KREIS UNNA

# Geprüfter Jahresabschluss 2018

# des Kreises Unna

# Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Kreises Unna

**Impressum**

**Herausgeber** Kreis Unna - Der Landrat
Friedrich-Ebert-Straße 17
59425 Unna
www.kreis-unna.de

**Gesamtleitung** Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten

**Druck**

**Stand** September 2019

**1 Prüfungsauftrag ..... 1**

**2 Grundsätzliche Feststellungen ..... 1**

2.1 Lage des Kreises Unna ..... 1

2.2 Wesentliche Prüfungsfeststellungen ..... 4

2.3 Sonstige Prüfungsfeststellungen ..... 5

**3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung ..... 6**

3.1 Gegenstand der Prüfung ..... 6

3.2 Art und Umfang der Prüfung ..... 6

**4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung ..... 9**

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung ..... 9

4.1.1 Jahresabschluss 2017 ..... 9

4.1.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen ..... 9

4.1.3 Jahresabschluss 2018 ..... 10

4.1.4 Lagebericht ..... 10

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses ..... 10

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses ..... 10

4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen ..... 11

4.3 Analyse und Erläuterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ..... 11

4.3.1 Ertragslage ..... 11

4.3.2 Vermögenslage ..... 18

4.3.3 Finanzrechnung ..... 29

**5 Feststellungen und Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft ..... 32**

5.1 Haushaltsverfahren ..... 32

5.2 Haushaltssatzung 2018 ..... 32

5.3 Ermächtigungsübertragungen ..... 34

5.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben ..... 34

5.5 Gewährung von Liquiditätskrediten und Investitionskrediten an die WFG ..... 35

**6 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung ..... 38**

6.1 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks ..... 38

6.2 Schlussbemerkung ..... 39

**7 Sach- und Ordnungsprüfungen ..... 40**

7.1 FB 32 – Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende ..... 40

7.2 FB 50 Arbeit und Soziales – LWL Delegationsabrechnung ..... 48

7.3 FB 50 Arbeit und Soziales – Hilfe zur Pflege (ambulant) ..... 56

7.4 FB 51 Familie und Jugend – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/Tagespflege (Elternbeiträge) ..... 73

7.5 FB 53 Gesundheit und Verbraucherschutz – Umwelthygiene und Infektionsschutz ..... 93

7.6 FB 62 Vermessung und Kataster – Grundstückswertermittlung durch den Gutachterausschuss 111
7.7 FB 69 Natur und Umwelt – Gewerblicher Umweltschutz ... 122

**8 Vergaben ... 134**

**9 Delegierte Leistungen nach dem SGB XII ... 153**

**10 Vorprüfung Landesrechnungshof ... 159**

**11 Übertragene Aufgaben ... 159**

**12 Bericht über die Prüfung der Zahlungsabwicklung ... 160**
12.1 Prüfungsauftrag und Prüfungsumfang ... 160
12.2 Bestandsaufnahme ... 160
12.3 Aufgaben und Geschäftsgang ... 161
12.3.1 Zahlungsverkehr ... 162
12.3.2 Verwahrgelass ... 163
12.3.3 Mahn- und Vollstreckungswesen ... 163
12.3.4 Liquiditätsplanung ... 164
12.4 Kreditkarten ... 164
12.5 Ungeklärte Zahlungseingänge ... 165
12.6 Belegprüfung ... 166
12.7 Zusammenfassung ... 166
12.8 Schlussbemerkung ... 166

**13 Anlagen ... 167**

**Verzeichnis der Tabellen:**

Tabelle 1: Ergebnisrechnung Plan-Ist-Vergleich (auf volle Euro gerundet) ... 15
Tabelle 2: Ergebnisrechnung Vorjahresvergleich (gerundet auf volle Euro) ... 16
Tabelle 3: Vermögensstruktur ... 18
Tabelle 4: Kapitalstruktur ... 22
Tabelle 5: Finanzrechnung Ist-Ist-Vergleich ... 30

# 1 Prüfungsauftrag

Entsprechend § 102 Gemeindeordnung NRW (GO NRW, in der ab dem 01.01.2019 geltenden Fassung) i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW obliegt der örtlichen Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 des Kreises Unna.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung informiert dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die „Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen“ des Instituts der Wirtschaftsprüfer (vgl. IDW PS 450) und die „Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen“ des Instituts der Rechnungsprüfer (IDR Prüfungsleitlinie 260) erstellt wurde.

# 2 Grundsätzliche Feststellungen

## 2.1 Lage des Kreises Unna

### Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Nach Auffassung der Rechnungsprüfung hat der Landrat als Verantwortlicher im Jahresabschluss sowie im Lagebericht die folgenden wesentlichen Aussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage des Kreises Unna getroffen:

Im Haushaltsjahr 2018 erzielte der Kreis Unna einen **Jahresüberschuss** von **10.560.256,48 €.**

Bei der Haushaltsplanung war man von einem Fehlbedarf von 2.300.000 € ausgegangen, der durch die Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden sollte. Damit wäre ein fiktiver Haushaltsausgleich erreicht worden. Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sollte der Entlastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden dienen und beruhte auf dem Rücksichtnahmegebot des § 9 Satz 2 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW). Das tatsächliche Jahresergebnis 2018 liegt somit um 12.860.256,48 € höher als die ursprünglichen Planungen.

Die ordentlichen Erträge beliefen sich auf 503.046 T€ und überstiegen die ordentlichen Aufwendungen von 490.645 T€ um 12.401 T€. Das Finanzergebnis fiel negativ aus und trug mit -1.840 T€ zu dem Jahresergebnis bei. Außerordentliche Aufwendungen oder Erträge waren in 2018 nicht zu verzeichnen.
Der nicht ergebniswirksame, direkt mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnende Saldo aus den Erträgen und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Anlagevermögen sowie den Wertberichtigungen bei Finanzanlagen betrug –237 T€.
Das **Eigenkapital** beträgt zum 31.12.2018 insgesamt **35.284.036,57 €** und ist damit um 10.322.767,56 € höher als zum Beginn des Jahres.

Das Anlagevermögen des Kreises macht den überwiegenden Anteil an der Aktivseite der Bilanz aus (376.090 T€ in 2018). Im Zeitreihenvergleich zeigt sich eine Erhöhung des Wertes des gesamten Anlage-

vermögens zwischen dem 31.12.2012 und dem 31.12.2018 um 27.279 T€. Gegenüber dem Vorjahr ist der aktuelle Wert um 19.323 T€ angestiegen. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Kreditweitergabe eines Investitionskredites an die WFG, welcher als Ausleihung an den Beteiligungen im Finanzanlagevermögen im Anlagevermögen aktiviert wurde (Stand 31.12.18: saldiert 15.800 T€).

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen erreichten am 31.12.2018 einen Stand von 69.957 T€. In 2018 erfolgten Zugänge von 22.000 T€. Davon waren 18.300 T€ für die Aufnahme des Investitionskredites, der an die WFG weitergeleitet wurde, sowie 3.700 T€ aus der erstmaligen Aufnahme eines Förderdarlehens im Rahmen des Programms „Gute Schule 2020“ – siehe hierzu auch Ziffer 4.3.2).
Die Abgänge in Höhe von 5.012 T€ beinhalteten neben den planmäßigen Tilgungen auch 2.500 T€ Sondertilgung des in 2018 aufgenommenen WFG-Investitionskredites.

Die Liquiden Mittel betrugen 8.063 T€ am 31.12.2018 und sind damit im Vergleich zum 31.12.2017 um 7.883 T€ gestiegen.

In 2018 gewährte der Kreis Unna der WFG Liquiditätsdarlehen i.H.v. von insgesamt 3,7 Mio. € und musste in diesem Zeitraum selbst an 48 Tagen Liquiditätskredite aufnehmen (siehe hierzu auch Ziffern 2.2 und 5.5).
Unterjährig wurde die Kreditermächtigung der Haushaltssatzung von 40 Mio. € nicht überschritten.

In der Bilanz waren Rückstellungen in Höhe von insgesamt 179.006 T€ auszuweisen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+ 7.637 T€) ergibt sich aus dem Zugang bei den Pensionsrückstellungen (+7.658 T€), der Verringerung der Instandhaltungsrückstellungen (- 784 T€) und dem Zugang bei den sonstigen Rückstellungen (+763 T€).

Zum 31.12.2018 betrug die Bilanzsumme **448.900.547,96 €.**

Die ordentlichen Erträge bestehen zu ca. 68% aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (340.521 T€), wovon die Kreisumlagen mit 275.501 T€ den überwiegenden Anteil darstellen.

Die Transferaufwendungen betragen 239.421 T€ und sind wie in den Vorjahren die größte Position der ordentlichen Aufwendungen. Sie bestehen – ebenfalls wie im Vorjahr - zu ca. 43% aus der Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (102.371 T€).

Die Leistungsbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung, an den einmaligen Leistungen sowie an den BuT-Leistungen an Arbeitsuchende mit 91.260 T€ macht ca. 85% der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (107.467 T€) aus.

Im Lagebericht wird die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage anhand der Zahlen für 2018 und der Vorjahreswerte dargestellt. Auf bedeutsame Ereignisse des Jahres 2018 wird getrennt nach Budgets eingegangen. Die erkannten Chancen und Risiken und die vermutete künftige Entwicklung werden erläutert.
Beigefügt ist eine namentliche Aufstellung der Kreistagsmitglieder.
Der Lagebericht enthält eine Kennzahlenübersicht auf Grundlage des Runderlasses des Innenministeriums NRW vom 01.10.2008 (Kennzahlenset).

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:
Die in Jahresabschluss und Lagebericht getroffenen Aussagen geben insgesamt ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kreises Unna wieder.

**Künftige Entwicklung, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Im Lagebericht traf der Landrat nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende wesentliche Aussagen zur künftigen Entwicklung und zu den Chancen und Risiken des Kreises Unna:

Aufgrund der seit dem Jahr 1982 erfolgten Absenkung des Verbundsatzes im kommunalen Finanzausgleich ist es zu einer strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen in NRW gekommen. Wegen der hohen Abhängigkeit von den Leistungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz ist mit einer durchgreifenden Besserung der finanziellen Situation der kreisangehörigen Kommunen und des Kreises in den nächsten Jahren trotz deutlich gestiegener Steuerkraft der kreisangehörigen Kommunen nicht zu rechnen.

Die weiterhin positiven konjunkturellen Wirtschaftsdaten für den Kreis Unna zeigen sich in der Verringerung der Arbeitslosenquote und der steigenden Steuereinnahmen. Von diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitiert der Kreishaushalt. Insbesondere bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung konnten durch erheblich geringere Aufwendungen Verbesserungen erzielt werden, obwohl die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die im Kontext „Flüchtlingsmigration“ stehen, relativ hoch ist.
Die Ansatzplanung wurde bei den kommunalen Leistungen nach dem SGB II (laufende und einmalige Leistungen der Kosten der Unterkunft und Heizung sowie sonstige einmalige Leistungen) um rd. 6,64 Mio. € unterschritten.

Das in den vergangenen Jahren durch Jahresüberschüsse angestiegene Eigenkapital des Kreises hat zur Schaffung eines „Puffers“ für eventuell eintretende negative Ergebnisse der nächsten Jahre geführt.
Auch für den Haushalt 2020 ergibt sich so die Möglichkeit, einen Teil der Ausgleichsrücklage für ein geplantes negatives Ergebnis einzusetzen und über die Berechnung der Kreisumlage die Überschüsse an die kreisangehörigen Kommunen zurückzugeben.

Die Einführung einer „Wirkungsorientierten Steuerung“ wurde in 2015 beschlossen und erstmals im Produkthaushalt 2017 für ein Handlungsfeld implementiert. Die Entwicklung der Gesamtstrategie wurde fortgesetzt, so dass in der Haushaltsplanung für das Jahr 2019 weitere Ansätze wirkungsorientierter Steuerung abgebildet werden konnten. Neben einer gesamtstrategischen Ausrichtung und einer Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten wird erwartet, dass sich zukünftig auch Chancen für finanzielle Verbesserungen ergeben werden.

Die ursprünglich bis zum Jahr 2018 befristete Entlastung von Kommunen von den zusätzlichen Kosten für Unterkunft und Heizung für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte wird um ein Jahr verlängert. Die Entlastung erfolgt für 2019 durch eine Umsatzsteuerverteilung.

Der Bund gewährt den Ländern Finanzhilfen für Investitionen, die an die Gemeinden und Gemeindeverbände weitergegeben werden (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz).
Die im Jahr 2015 bewilligten Mittel (3,8 Mio. €) werden für die Finanzierung der energetischen Sanierung von Sporthallen an den Berufskollegs in Werne und Lünen verwendet. Im Jahr 2018 wurden weitere rd. 4,3 Mio. € für Sanierungsmaßnahmen an Schulen in der Trägerschaft des Kreises Unna bewilligt.
Mit diesen Mitteln kann eine spürbare Entlastung bei der Finanzierung der investiven Auszahlungen für das Infrastrukturvermögen des Kreises Unna erreicht werden.

Mit den Mitteln aus dem Investitionsprogramm des Landes „Gute Schule 2020“ werden Neubauten wie die Kreissporthalle und das Förderzentrum in Unna sowie Digitalisierungsmaßnahmen an den Schulen des Kreises (mit-)finanziert werden.

Die Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe stellt ein wesentliches Risiko für den Kreishaushalt dar. Die Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte der mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) einhergehenden unterschiedlichen Rechts- und auch Zuständigkeitsänderungen können derzeit noch nicht abgesehen werden. Träger der Eingliederungshilfe in NRW sind die beiden Landschaftsverbände.

Es wird auf grundsätzliche zukünftige Risiken hingewiesen, die im Zusammenhang mit der politischen, ökonomischen und verstärkt auch mit der ökologischen Lage stehen, deren Auswirkungen sich auch aufgrund der Komplexität nicht mehr einschätzen lassen.
Aufgrund des demografischen Wandels werden erhebliche Aufwandssteigerungen im Bereich der Hilfen zur Pflege erwartet. Der erwartete Entwicklung soll durch individuelles Fallmanagement (ambulant vor stationär) entgegengewirkt werden.

Aufgrund der Prüfung wird festgestellt:

| |
|---|
| Die Aussagen im Lagebericht spiegeln nach Auffassung der Rechnungsprüfung insgesamt zutreffend die künftige Entwicklung sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung wider. |

## 2.2 Wesentliche Prüfungsfeststellungen

Die Rechnungsprüfung ist nach den Prüfungsstandards verpflichtet, über festgestellte Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften zu berichten. Unregelmäßigkeiten in diesem Sinne sind unbeabsichtigt falsche Angaben oder beabsichtigte Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften oder Rechnungslegungsgrundsätze (s. IDW Prüfungsstandard 210).

Bei der Vergabe von Liquiditätskrediten an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) hat der Kreis Unna gegen die Regelung des § 89 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i. V. m. § 53 Kreisordnung NRW (KrO NRW) verstoßen. In 2018 gewährte der Kreis Unna der WFG Liquiditätsdarlehen in dem Zeitraum vom 09.03.2018 bis 04.09.2018 Liquiditätsdarlehen von insgesamt 3,7 Mio. € und musste in diesem Zeitraum selbst an 48 Tagen Liquiditätskredite bei der Sparkasse UnnaKamen aufnehmen.
Die Gemeindeordnung NRW i.V.m. der Kreisordnung NRW regelt jedoch, dass Liquiditätskredite ausschließlich zur Deckung der rechtzeitigen Leistung der eigenen Auszahlungen der Kommune bzw. des Kreises aufgenommen werden dürfen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.
Die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung ist damit ausdrücklich auf den eigenen Bedarf beschränkt und nur dann erlaubt, wenn andere Mittel nicht bereit stehen.

Die Rechnungsprüfung ist trotz der genannten Prüfungsfeststellung der Auffassung, dass der Bestätigungsvermerk ohne Einschränkung – jedoch mit einem erläuternden, nicht einschränkenden Hinweis - erteilt werden kann.

Eine Sachverhaltsdarstellung und rechtliche Würdigung erfolgt unter Punkt 5 (Haushaltswirtschaft) dieses Prüfberichts.

## 2.3 Sonstige Prüfungsfeststellungen

Gemäß § 80 Abs. 5 Satz 2 GO NRW soll die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres (somit zum 30.11.2017) bei der Aufsichtsbehörde angezeigt werden. Die Sollvorschrift wurde nicht eingehalten, die Haushaltssatzung wurde am 12.12.2017 vom Kreistag beschlossen und anschließend der Bezirksregierung Arnsberg vorgelegt.

Gemäß § 95 Absatz 3 Satz 2 GO NRW a.F. i.V.m § 53 KrO NRW ist der vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres (hier: bis 31.03.2019) dem Kreistag zur Feststellung zuzuleiten. Dies wurde nicht eingehalten.
Der am 29.03.2019 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschluss 2018 (Drucksache 057/19) wurde am 10.04.2019 (Datum Postversand) den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses und den Mitgliedern des Kreistages zugeleitet.

Die Nichteinhaltung der gesetzlich vorgesehenen Termine hat keine Auswirkungen auf die Vermittlung eines zutreffenden Bildes der wirtschaftlichen Lage des Kreises Unna und damit auf den Bestätigungsvermerk.

# 3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

## 3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Landrates des Kreises Unna.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.
Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz sowie dem Anhang und dem Lagebericht für das Haushaltsjahr 2018 des Kreises Unna geprüft.
Im Bereich der kommunalen Abschlussprüfung ist es eine zentrale Aufgabe der örtlichen Prüfung, die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft zu prüfen. Es ist sicherzustellen, dass neben den buchhalterischen auch die haushaltsrechtlichen Vorschriften, z.B. die Allgemeinen Haushaltsgrundsätze, die Vorschriften zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan eingehalten werden.

Es wurden darüber hinaus Sach- und Ordnungsprüfungen aufgrund eines mehrjährigen Prüfplanes durchgeführt, über die unter Punkt 7 berichtet wird. Die Sach- und Ordnungsprüfungen tragen als Beleg- und Einzelfallprüfung zu der Beurteilung des Jahresabschlusses bei. Die aus den Sach- und Ordnungsprüfungen auch der vergangenen Jahre gewonnenen Erkenntnisse werden in die Planung der Abschlussprüfung einbezogen, da hieraus Erkenntnisse über die Abläufe, das interne Kontrollsystem und das Fehlerrisiko der einzelnen Bereiche gewonnen werden können.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurden die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Lagebericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Auch anlässlich der Prüfung sind derartige rechtswidrige oder schädliche Handlungen den Abschlussprüfern nicht bekannt geworden.

## 3.2 Art und Umfang der Prüfung

Mit dem „Zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften“ (2. NKFWG NRW) vom 18.12.2018 (GV. NRW. Ausgabe 2018 Nr. 32 vom 28.12.2018, Seite 729 bis 824) wurde u.a. die Gemeindeordnung NRW geändert.
Die Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes durch die örtliche Rechnungsprüfung ist nunmehr in § 102 GO NRW festgelegt.
Gleichzeitig wurden inhaltliche Änderungen zur Erstellung des Jahresabschlusses vorgenommen.

Darüber hinaus ersetzt die „Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen“ (KomHVO NRW) vom 12.12.2018 (GV. NRW., Ausgabe 2018 Nr. 31 vom 19.12.2018, Seite 683 bis 728) die bisher geltende Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

Sowohl das 2. NKFWG als auch die KomHVO NRW traten zum 01.01.2019 in Kraft.

Mit Erlass vom 15.02.2019 stellte das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG NRW) klar, dass die neuen Regelungen erstmals auf den Jahresabschluss zum 31.12.2019 Anwendung finden. Die neuen Vorschriften, die sich auf das Verfahren und das Vorgehen bei der Prüfung beziehen, sind seit dem 01. Januar 2019 in Kraft und finden also auch auf die Prüfung der Jahresabschlüsse vergangener Jahre Anwendung.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 war somit nach den bisher geltenden Regelungen der GO NRW und GemHVO NRW zu erstellen und nach den neuen Regelungen zu prüfen.

Bei der Jahresabschlussprüfung 2018 wurden die aktuell gültigen Regelungen beachtet.

Die Rechnungsprüfung des Kreises Unna hat die Prüfung nach § 102 GO NRW und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDR und vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen (siehe u.a. IDW Prüfungsstandard 450, IDR Prüfungsleitlinie 200 „Leitlinien zur Durchführung kommunaler Jahresabschlussprüfungen“).

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die Übersicht über die örtlich festgelegten Restnutzungsdauern, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko des Kreises ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt.
Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Kreises Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Aufgrund der Erfahrungen aus den Prüfungen der vorangegangenen Abschlüsse, der unterjährigen Beobachtung sowie der aus den Niederschriften der politischen Gremien gewonnenen Informationen wurden Sachverhalte identifiziert, die aus Sicht der Rechnungsprüfung für die Beurteilung des Jahresabschlusses wesentlich sein könnten. Schwerpunktmäßig wurde anhand dieser Sachverhalte geprüft, ob der Jahresabschluss ein zutreffendes Abbild der wirtschaftlichen Lage des Kreises darstellt. Dazu wurde nachvollzogen, wie die Sachverhalte im Einzelnen gebucht wurden und welche Verfahren hierbei angewandt wurden.
Die Vorteile dieser Vorgehensweise liegen in der umfassenden Betrachtung der Sachverhalte, bei denen mehrere Aspekte einbezogen werden. Hierzu gehören unter anderem die Haushaltsplanung und die Stellung und Bedeutung des Sachverhaltes für den Produktbereich. Aber auch die Einhaltung von Regelungen zum Zahlungsverkehr (erfolgte die Zahlung zeitgerecht, ergeben sich am Abschlussstichtag Forderungen oder Verbindlichkeiten aus diesem Sachverhalt) wird geprüft. Es hat sich gezeigt, dass auf diese Weise gerade auch Vorgänge auffallen können, die entgegen den Regelungen der Dienstanweisungen unterjährig nicht der Stabsstelle für Rechnungsprüfungsangelegenheiten vorgelegt wurden.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben in Jahresabschluss und Lagebericht ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Landrates und Kämmerers sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnen Erkenntnisse und der Informationen über Entscheidungen in der Politik und Verwaltung beurteilt worden, ob sie in Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.
Ausgangspunkt der Prüfung war der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Kreises Unna zum 31.12.2017.
Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl. Im Verlauf der Prüfung wurden insbesondere eigene Auswertungen aus der Finanzsoftware erstellt, die vorliegenden Belege eingesehen (z.B. Zuwendungsbescheide und Rechnungen) und weitergehende Unterlagen eingesehen (z.B. Verträge, Abrechnungsunterlagen) und ausgewertet. Es wurden Gutachten Dritter eingesehen (z.B. zu den Pensionsverpflichtungen und zu den Kreditverträgen mit der WFG). Protokolle der Kreistags- und Ausschusssitzungen wurden ausgewertet. In Gesprächen mit der Geschäfts- und Anlagenbuchhaltung und den Fachbereichen informierte sich die Rechnungsprüfung über Geschäftsprozesse und Arbeitsabläufe.

Die durch die Rechnungsprüfung angeforderten Unterlagen und erbetenen Auskünfte wurden zeitnah und umfassend vorgelegt bzw. erteilt.

Die in den vergangenen Jahren eingeholte Vollständigkeitserklärung des Landrates wurde für die Prüfung 2018 das zweite Mal in Folge nicht angefordert, weil sie für entbehrlich gehalten wird. Eine Bestätigung zu Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses geben Kämmerer und Landrat bereits mit der Aufstellung und Bestätigung des Entwurfs des Jahresabschlusses. Einer ausdrücklichen Bestätigung des Landrates, dass alle geforderten Unterlagen den Abschlussprüfern vorgelegt wurden, bedarf es ebenfalls nicht, weil ansonsten ein Prüfungshemmnis vorläge.
In der NKF-Handreichung, 7. Auflage vom Oktober 2016 (zu §§ 95, 96 und 103 GO NRW, u.a. S.1623), wird ebenfalls die Auffassung vertreten, dass die Vollständigkeitserklärung in der Regel entbehrlich sei.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

# 4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

## 4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

### 4.1.1 Jahresabschluss 2017

Die Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Kreises Unna gemäß § 96 GO NRW erfolgte in der Kreistagsitzung am 03.07.2018. Die Entlastung des Landrates durch den Kreistag fand in der gleichen Sitzung statt.
Der Kreistag beschloss, aus dem Jahresüberschuss 2017 den maximal zulässigen Betrag von 1.121.621,95 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen, die damit einen Bestand von 8.320.423,00 € erreicht. Der restliche Betrag von 2.676.633,29 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt, die damit einen Stand von 16.640.846,01 € hat.

Im Amtsblatt Nr. 29/2018 vom 20.07.2018 wurden die Beschlüsse des Kreistages zum Jahresabschluss 2017 öffentlich bekannt gemacht.

### 4.1.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Zur Abwicklung und Buchung von kreditorischen und debitorischen Geschäftsfällen nutzt der Kreis Unna einen elektronischen Kontierungsworkflow (eKWF). Die zentrale Rechnungseingangsstelle befindet sich in der „Geschäftsbuchhaltung“. Dort werden eingehende Rechnungen gescannt, ausgewertet, vorkontiert und an die zuständigen Organisationseinheiten weitergeleitet. Ausgangsrechnungen (z.B. Bescheide) werden durch die Organisationseinheiten in elektronischen Aufwands- und Ertragsordnern abgelegt. Die Kontierung der Rechnungen sowie der Mittelbindung erfolgt in den Organisationseinheiten. Nach Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit und nach der Anordnung erfolgt die systemtechnische Buchung des Geschäftsfalls in der „Geschäftsbuchhaltung“.
Ende 2018 konnte die Einführung des Kontierungsworkflows abgeschlossen werden, so dass dieser nunmehr allen Fachbereiche/Fachdienste/Stabsstellen zur Verfügung steht.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF-Kontenrahmens erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes.
Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig in das Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und vom Kreis aufgestellt.
Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.
Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung und Jahresabschluss.

### 4.1.3 Jahresabschluss 2018

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Teilergebnisrechnungen und die Finanzrechnung mit den Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert.
Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Eigenkapital, die Sonderposten und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Wesentlichen nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet.

Der Anhang enthält gem. § 44 GemHVO NRW die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die vom Kreis Unna angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

### 4.1.4 Lagebericht

Der Lagebericht wurde vom Kämmerer aufgestellt und vom Landrat bestätigt.

Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises Unna vermittelt;
- nach § 48 GemHVO NRW erforderliche Angaben und Erläuterungen enthält.

Der Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die im Lagebericht nicht berichtet wurde.

Der Lagebericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

## 4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

### 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

### 4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Es wird auf die Angaben im Anhang des Kreises Unna verwiesen.

## 4.3 Analyse und Erläuterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

### 4.3.1 Ertragslage

**Ergebnisrechnung**

Seit Einführung des NKF wurden beim Kreis Unna wegen der Abrechnungserfordernisse des Fachbereiches Arbeit und Soziales die Rückerstattungen überzahlter Leistungen im Rahmen der Hilfe innerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII bei den Aufwendungen abgesetzt, auch wenn es sich um Rückerstattungen für Vorjahre handelte. Den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) hätte es entsprochen, diese Rückerstattungen für Vorjahre als Ertrag zu buchen. Diese Abweichung vom Verrechnungsverbot gem. § 38 Abs. 1 Satz 2 GemHVO NRW wurde in den Anhängen der Jahresabschlüsse bis einschließlich des Haushaltsjahres 2016 erläutert.
Ab dem Haushaltsjahr 2017 ist es aufgrund von Anweisungen des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales zum Verfahren zur Erstattung der Grundsicherungsleistungen (SGB XII) notwendig, das bisherige Verfahren zu ändern und Erträge gesondert darzustellen und nachzuweisen. Dieses soll auch für klassische Gutschriften für das laufende Haushaltsjahr, die im Regelfall verrechnet werden, gelten. Nach den GoB wären diese Erstattungen vom Aufwand abzusetzen.
Auch im Haushaltsjahr 2018 wird somit zwar der bisherige Regelverstoß korrigiert und die Rückerstattungen für Vorjahre werden korrekt als Ertrag gebucht. Jedoch werden nun alle Rückerstattungen als Ertrag gebucht und es erfolgt ein Regelverstoß hinsichtlich der Erstattungen, die innerhalb eines Jahres eingehen und entsprechend den GoB vom Aufwand abzusetzen wären.
Mit dem Wechsel in der Buchung der Rückerstattungen wird weiterhin gegen die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung verstoßen. Nach Ansicht der Rechnungsprüfung handelt es sich jedoch um einen unwesentlichen Verstoß, der nicht zu einer verzerrten Darstellung der wirtschaftlichen Lage des Kreises führt. Darüber hinaus wäre es nicht praktikabel, neben der regelkonformen Buchführung noch eine zweite Rechnungslegung zum Nachweis der Zahlen gegenüber dem Land zu führen.
Im Anhang ist dieser Verstoß gegen die Buchführungsregelungen erläutert.

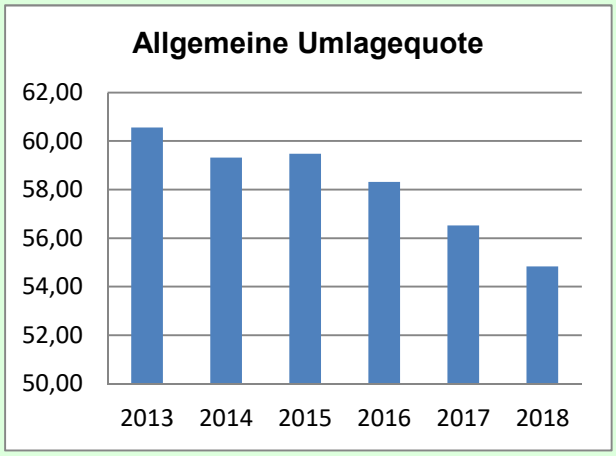
**NKF- Kennzahlen**

Anhand der dem Lagebericht beigefügten Übersicht über die NKF- Kennzahlen kann das Jahresergebnis 2018 analysiert werden. Gegenüber dem Vorjahr sind eklatante Änderungen der jeweiligen Kennzahl nicht eingetreten.

**Allgemeine Umlagequote**:

Die Kreisumlagen (allgemeine und differenzierte) werden zu den ordentlichen Erträgen ins Verhältnis gesetzt.

| | |
|---|---|
| 2018 | 54,77 % |
| 2017 | 56,52 % |
| 2016 | 58,32 % |
| 2015 | 59,48 % |
| 2014 | 59,32 % |
| 2013 | 60,57 % |
| 2012 | 61,18 % |
| 2011 | 62,84 % |

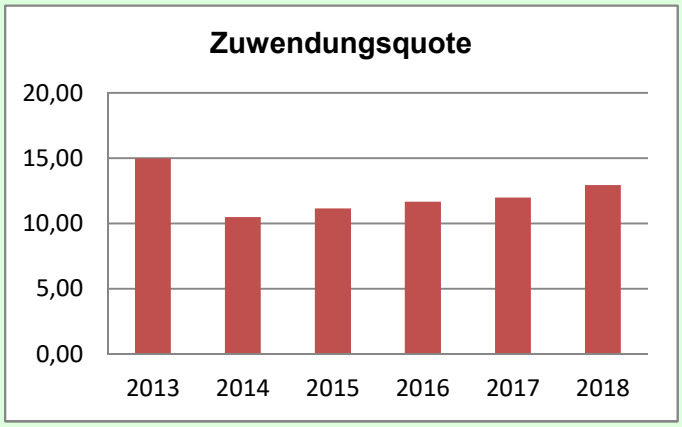



In 2018 ist die Quote zwar geringer als im Vorjahr, jedoch ist der Betrag der Kreisumlagen höher als in 2017. Die Verringerung der Quote ergibt sich, weil die Summe der ordentlichen Erträge stärker anstieg als die Kreisumlagen.

**Zuwendungsquote:**

Dargestellt wird der Anteil der Zuwendungen Dritter (ohne Kreisumlagen) an den ordentlichen Erträgen.

| | |
|---|---|
| 2018 | 12,93 % |
| 2017 | 11,99 % |
| 2016 | 11,68 % |
| 2015 | 11,15 % |
| 2014 | 10,48 % |
| 2013 | 14,97 % |
| 2012 | 13,20 % |
| 2011 | 10,94 % |

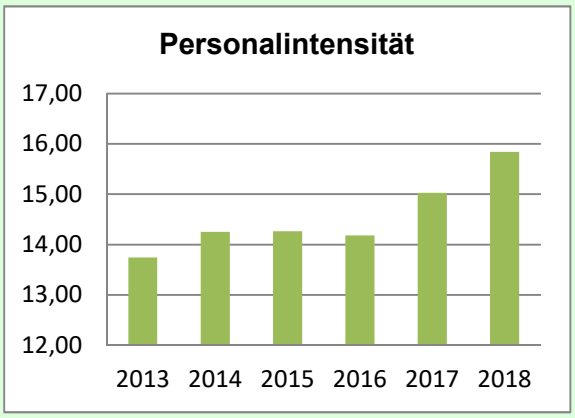



Die Erträge aus Zuwendungen (insbesondere die Schlüsselzuweisungen) sind stärker angestiegen als die gesamten ordentlichen Erträge. Daraus ergibt sich eine höhere Quote als im Vorjahr.

**Personalintensität:**

Die Quote zeigt den Anteil des Personalaufwands an den ordentlichen Aufwendungen.
Nach dem NKF-Kennzahlenerlass sind dabei nur die Aufwendungen für das derzeit beschäftigte Personal zu berücksichtigen, nicht die Versorgungsaufwendungen (= Zuführungen zu der Pensionsrückstellung für Versorgungsempfänger).

| | |
|---|---|
| 2018 | 15,84 % |
| 2017 | 15,03 % |
| 2016 | 14,18 % |
| 2015 | 14,26 % |
| 2014 | 14,25 % |
| 2013 | 13,75 % |
| 2012 | 13,59 % |
| 2011 | 13,96 % |

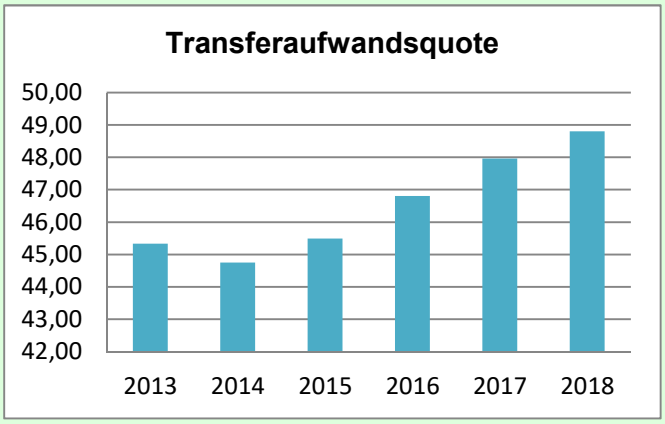



Ca. 10 % des Personalaufwandes werden durch die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen für Aktive verursacht (Vorjahr 11 %).

**Transferaufwandsquote:**

Diese Quote stellt den Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

| | |
|---|---|
| 2018 | 48,80 % |
| 2017 | 47,96 % |
| 2016 | 46,81 % |
| 2015 | 45,49 % |
| 2014 | 44,75 % |
| 2013 | 45,32 % |
| 2012 | 43,85 % |
| 2011 | 43,04 % |

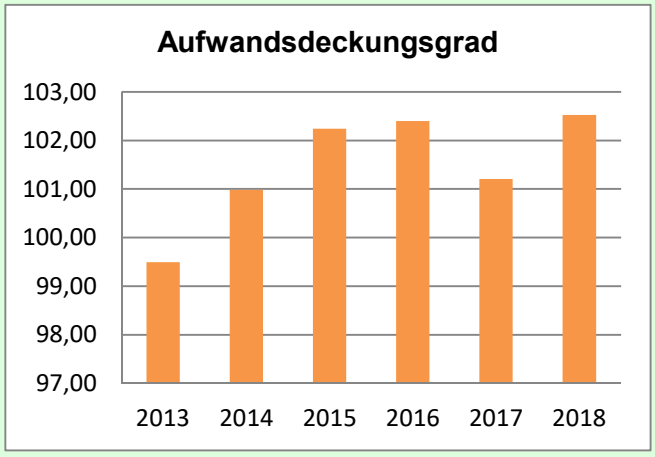



Die Transferaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 9.280 T€ (+4 %) gestiegen (Vorjahr +14.376 T€ = +7 %). Die ordentlichen Aufwendungen insgesamt sind um 10.802 T€ (+2 %) gestiegen (Vorjahr +18.870 T€ = + 4 %).

**Aufwandsdeckungsgrad**

Die ordentlichen Erträge werden zu den ordentlichen Aufwendungen ins Verhältnis gesetzt.

| | |
|---|---|
| 2018 | 102,53 % |
| 2017 | 101,20 % |
| 2016 | 102,40 % |
| 2015 | 102,24 % |
| 2014 | 100,98 % |
| 2013 | 99,49 % |
| 2012 | 100,56 % |
| 2011 | 99,87 % |




Anzustreben ist eine Quote von mindestens 100 %, damit die dauernde Leistungsfähigkeit erhalten bleibt. Im Jahr 2018 übersteigen die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen um 12.401 T€.

**Ergebnisanalyse**

Für die Beurteilung des ausgewiesenen Jahresergebnisses des Haushaltsjahres ist die Abweichungsanalyse zwischen dem vom Kreistag beschlossenen Haushaltsplan und den tatsächlichen Ergebnissen sowie ein Vergleich mit dem Vorjahres-Ist zu betrachten.

Im Lagebericht werden die Teilergebnispositionen dargestellt und erläutert, sofern die Planansätze erheblich über- oder unterschritten wurden.

§ 8 der Haushaltssatzung regelt, dass der Kämmerer zweimal jährlich (zum 30.06. und zum 30.09.) dem Kreistag über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen bzw. der Auszahlungen und Einzahlungen sowie über voraussichtlich zu erwartende Abweichungen von den Haushaltsansätzen berichtet (Budgetberichte). Diese Budgetberichte wurden dem Kreistag in seinen Sitzungen zur Kenntnis gegeben.

Plan-Ist-Vergleich:

| Pos. | Name | fortgeschriebener Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|
| 010 | Ordentliche Erträge | 490.158.157 | 503.045.667 | 12.887.510 |
| 017 | Ordentliche Aufwendungen | - 490.407.317 | - 490.644.970 | 237.653 |
| 018 | Ordentliches Ergebnis | -249.160 | 12.400.698 | 12.649.858 |
| 021 | Finanzergebnis | - 2.050.840 | - 1.840.441 | 210.399 |
| 022 | Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit | - 2.300.000 | 10.560.256 | 12.860.256 |
| 025 | Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| 026 | Jahresergebnis (= Zeilen 022 und 025) | -2.300.000 | 10.560.256 | 12.860.256 |

Tabelle 1: Ergebnisrechnung Plan-Ist-Vergleich (auf volle Euro gerundet)

Das Jahresergebnis war (wie bereits in 2017) zunächst negativ geplant. Im Jahresabschluss wird jedoch ein positives Ergebnis von 10.560 T€ ausgewiesen.

**Erträge** über dem Ansatz ergaben sich u.a. bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (+4,8 Mio. €) und den sonstigen ordentlichen Erträgen (+6,4 Mio. €).

Bei den **Aufwendungen** waren die Transferaufwendungen um 9,6 Mio. € höher als geplant und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 8,4 Mio. € geringer. Die Aufwendungen für Sach-und Dienstleistungen fielen um 2,04 Mio. € geringer aus. Zusammen mit Verschiebungen bei den übrigen Positionen waren die ordentlichen Aufwendungen insgesamt um 238 T€ höher als geplant.

Vorjahresvergleich Ist-Zahlen:

| Pos | Name | Ergebnis 2017 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ergebnis 2017/2018 |
|---|---|---|---|---|
| 010 | Ordentliche Erträge | 485.623.926 € | 503.045.667 € | 17.421.741 € |
| 017 | Ordentliche Aufwendungen | 479.842.818 € | 490.644.970 € | 10.802.152 € |
| 018 | Ordentliches Ergebnis | 5.781.108 € | 12.400.698 € | 6.619.590 € |
| 021 | Finanzergebnis | -1.982.852 € | -1.840.441 € | 142.411 € |
| 022 | Ergebnis der laufenden Verwaltungs-tätigkeit | 3.798.256 € | 10.560.256 € | 6.762.001 € |
| 025 | Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| 026 | Jahresergebnis (= Zeilen 022 und 025) | 3.798.256 € | 10.560.256 € | 6.762.001 € |

Tabelle 2: Ergebnisrechnung Vorjahresvergleich (gerundet auf volle Euro)

Die **ordentlichen Erträge** stiegen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 17.422 T€ an.

Die betragsmäßig größten Veränderungen (ab 1.000 T€) gegenüber dem Vorjahr sind folgende:

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ist ein Anstieg von 7.857 T€ (entspricht 2%) zu verzeichnen. Die Schlüsselzuweisungen vom Land stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 6.286 T€.
Die allgemeine Kreisumlage sank um einen Betrag von 1.493 T€, während die differenzierte Kreisumlage um 2.541 T€ höher als in 2017 war.
Die sonstigen Transfererträge stiegen um 1.805 T€ und gehen hauptsächlich zurück auf die gestiegene Kostenerstattung von Trägern sozialer Einrichtungen (+985 T€) und Erstattung nach dem UVG - FB51 (+483 T€).
Die um 5.685 T€ gestiegenen Erträge bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen gehen hauptsächlich zurück auf die öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungen vom Land (+3.120 T€, darin enthalten sind die Erstattung von Aufwendungen der Zentralen Ausländerbehörde –ZAB- sowie die Kostenerstattung der Erstaufnahmeeinrichtung –EAE-) und die öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungen von Zweckverbänden und dergleichen (+1.703 T€, u.a. von der Bundesagentur für Arbeit).
Der Anstieg bei den sonstigen ordentlichen Erträgen um 4.140 T€ ist überwiegend begründet durch die um 1.842 T€ gestiegenen Erträge von Buß- und Verwarngeldern (OWi – mit Ausland), aus den höheren Erträgen aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung (+699 T€), den Erträgen aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung fremdverwalteter Forderungen im SGB II-Bereich (+587 T€) und den Erträgen aus der Auflösung von Personalrückstellungen (+ 588 T€). Die anderen sonstigen öffentlich-rechtlichen Erträge sind um 649 T€ gestiegen, da hier die Erträge aus der bilanzierten Forderung aus der Jobcenterprüfung in Höhe von 678 T€ gegengebucht wurden.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sanken um 1.159 T€. Maßgeblich hier waren die um 2.370 T€ geringeren Abfallentsorgungsentgelte von Kommunen (FB 69).

Die **ordentlichen Aufwendungen** waren in 2018 um 10.802 T€ höher als in 2017.

Der Personalaufwand stieg um 5.608 T€ (+ 8%) und ist begründet mit der Erhöhung bei den Dienstbezügen der tariflich Beschäftigten (+4.294 T€) und der Beamten (+788 T€) sowie der damit verbundenen Erhöhung

von Aufwendungen für SV-Beiträge, Versorgungskasse, Beihilfe (+1.238 €). Demgegenüber sank die Zuführung zu Pensionsrückstellungen um 756 T€.

Der Versorgungsaufwand stieg wegen der höheren Zuführungen zu der Pensions- und Beihilferückstellung um 1.423 T€ an.

Die Sach- und Dienstleistungsaufwendungen sanken um 3.158 T€. Gründe hierfür sind die geringeren Kostenerstattung an Gemeinden/Gemeindeverbände (-1.287 T€) sowie die geringeren Aufwendungen für Verbrennung (-2.590 T €).

Der Transferaufwand stieg um 9.280 T€ an und ist begründet wie folgt:
Die Krankenhilfekosten für Personen der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende (EAE) stiegen um 1.153 T€.
Die Aufwendungen aus Verlustübernahmen für die WFG und betrugen 1.281 T€, davon sind 12 T€ für die Ausgleichszahlung 2017. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von 1.227 T€. Nach dem aktuellen Gesellschaftervertrag übernimmt der Kreis Unna den Ausgleich der Verluste der WFG von jährlich maximal 50 % des Stammkapitals, das wären jährlich max. 1.516 T€. Die Höhe des Maximalbetrages wurde damit nicht überschritten.
Die Aufwendungen für Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen sind um 1.034 T€ gestiegen
Die an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe zu leistende Umlage betrug 102.371 T€ ist damit erstmals seit Jahren gesunken (im Vergleich zum Vorjahr -206 T€).

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind um 2.099 T€ geringer als im Vorjahr.
In dieser Position der Ergebnisrechnung ist eine Vielzahl von Sachkonten zusammen gefasst. Bei allen kam es zu unwesentlichen Veränderungen nach oben oder unten. Die Einzelkonten mit den größten Veränderungen sind im Folgenden erklärt.
Die Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende war um 3.568 T€ geringer als im Vorjahr.
Bei der Leistungsbeteiligung bei einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende sanken die Aufwendungen um 456 T€.

Das **Finanzergebnis** war um 142 T€ besser als im Vorjahr.
Die Zinsen und Finanzaufwendungen waren um 76 T€ geringer und die Erträge aus Finanzanlagen stiegen um 67 T€ an.

### 4.3.2 Vermögenslage

**Vermögens- und Kapitalstruktur**

Zusammengefasst stellt sich die Vermögensstruktur im Jahresvergleich wie folgt dar:

| | 31.12.2018 | | 31.12.2017 | | 31.12.2016 | | 31.12.2015 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | T€ | v.H. | T€ | v.H. | T€ | v.H. | T€ | v.H. |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 1.071 | *0,24* | 1.038 | *0,25* | 1.032 | *0,26* | 944 | *0,24* |
| Sachanlagen | 264.515 | *58,93* | 261.504 | *63,39* | 262.979 | *65,81* | 262.167 | *66,81* |
| davon Infrastrukturvermögen | 95.616 | *21,30* | 95.337 | *23,11* | 96.893 | *24,25* | 98.991 | *25,23* |
| Finanzanlagen | 110.504 | *24,62* | 94.225 | *22,84* | 88.780 | *22,22* | 88.495 | *22,55* |
| **Anlagevermögen insgesamt** | **376.090** | *83,78* | **356.767** | *86,48* | **351.759** | *88,02* | **351.607** | *89,60* |
| Vorräte | 556 | *0,12* | 1.501 | *0,36* | 345 | *0,09* | 66 | *0,02* |
| öffentl.-rechtl. Forderungen u. Forderungen aus Transferleistungen | 45.677 | *10,18* | 36.698 | *8,90* | 31.688 | *7,93* | 18.652 | *4,75* |
| Privatrechtliche Forderungen | 1.475 | *0,33* | 796 | *0,19* | 600 | *0,15* | 3.815 | *0,97* |
| sonstige Vermögensgegenstände | 0 | *0,00* | 405 | *0,10* | 0 | *0,00* | 0 | *0,00* |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 17.039 | *3,80* | 16.205 | *3,93* | 14.854 | *3,72* | 17.530 | *4,47* |
| Liquide Mittel | 8.063 | *1,80* | 180 | *0,04* | 380 | *0,10* | 749 | *0,19* |
| **Bilanzsumme** | **448.901** | ***100*** | **412.552** | ***100*** | **399.626** | ***100*** | **392.418** | ***100*** |

Tabelle 3: Vermögensstruktur

Seit dem Jahresabschluss 2009 ist der Wert des Anlagevermögens (im Saldo) stets gestiegen: von 333.299 T€ auf aktuell 376.090 T€ (+42.791 T€). Der prozentuale Anteil an der Bilanzsumme ist dagegen gesunken von 94,41 % auf 83,78 %, weil die Bilanzsumme ebenfalls stets angestiegen ist (von 353.044 T€ in 2009 auf aktuell 448.901 T€).
Die Erhöhung des Anlagevermögens gegenüber dem Vorjahr um ca. 20 Mio. € ergibt sich vor allem aus dem im Finanzanlagevermögen gebuchten Darlehen an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Unna mbH in Höhe von 20.800 T€ (siehe auch „Erläuterungen zu Bilanzposten“, Finanzanlagen). Es ist in der Bilanz als „Ausleihung an Beteiligungen“ dargestellt. Ohne diesen Sachverhalt betrüge das Finanzanlagevermögen 89.704 T€.

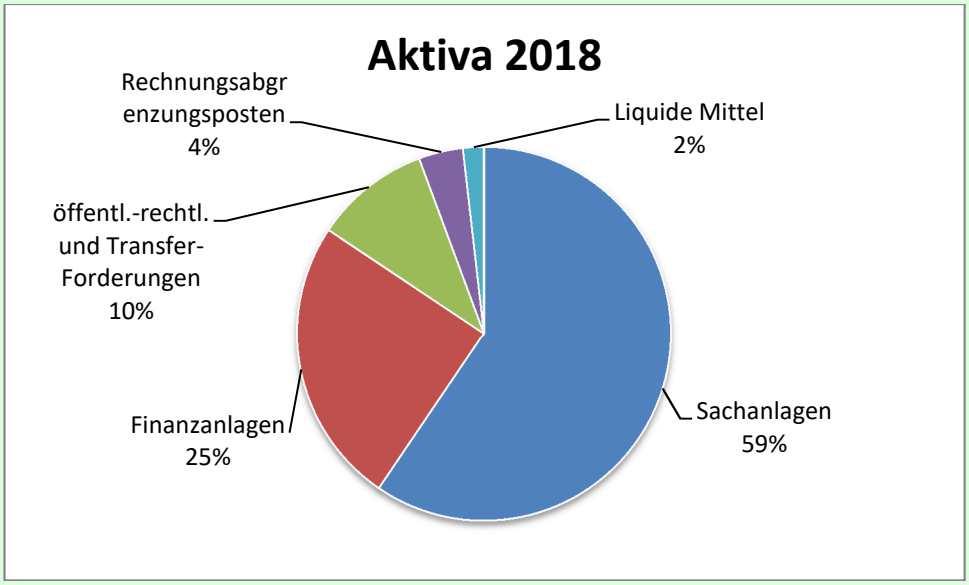
In der Bilanz wird der Bestand der Buchwerte der Anlagegüter dargestellt. Unterjährig erfolgen Zugänge bei Fertigstellung von (Bau-)Maßnahmen oder beim Kauf von Vermögensgegenständen. Gleichzeitig werden Abgänge sowie planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen gebucht, die den Wert des Anlagevermögens verringern.

Der Wert der Vorräte sank gegenüber dem Vorjahr, weil der Kreis die in 2017 gekauften Grundstücke in 2018 wie geplant weiterverkaufte. Die Erträge aus dem Verkauf (Verkaufspreis ist höher als der Buchwert) werden korrekt in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Der Beträge der Forderungen stiegen erneut deutlich an, es handelt sich jedoch zu mehr als drei Viertel um kurzfristige Forderungen, die im Lauf des Jahres 2019 (größtenteils bereits vor Abschluss dieser Prüfung) ausgeglichen werden bzw. wurden.

Ebenfalls stark erhöht sind die Liquiden Mittel, die sich aus den Guthabenständen der Bankkonten und den Beständen der Handkassen zusammen setzen.

Die Grafik zur Verteilung der größten Aktiva-Posten zeigt deutlich, dass das Anlagevermögen (Sachanlagen und Finanzanlagen) mehr als drei Viertel des Vermögens des Kreises ausmacht.

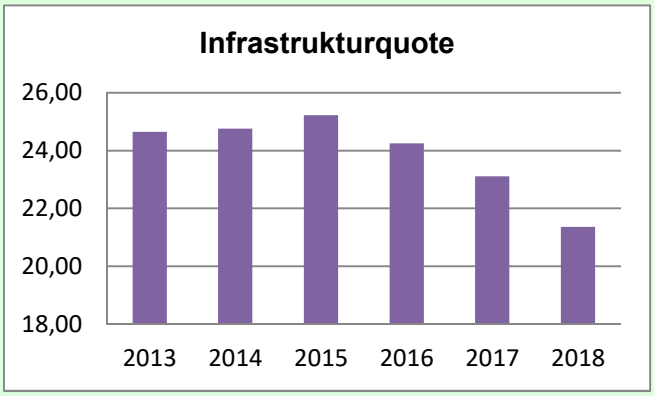



Es können Kennzahlen aus dem Kennzahlenset NRW zur Interpretation herangezogen werden.
Auch bei den Kennzahlen zur Vermögenslage sind keine ungewöhnlichen Veränderungen zu den Vorjahren festzustellen.

**Infrastrukturquote**

Die Kennzahl zeigt den Anteil des Infrastrukturvermögens wie z.B. Brücken und Tunnel, Straßennetz sowie sonstige Bauten und dazugehörigen Grund und Boden an der Bilanzsumme.

| | |
|---|---|
| 2018 | 21,30 % |
| 2017 | 23,11 % |
| 2016 | 24,25 % |
| 2015 | 25,23 % |
| 2014 | 24,76 % |
| 2013 | 24,65 % |
| 2012 | 24,42 % |
| 2011 | 24,35 % |

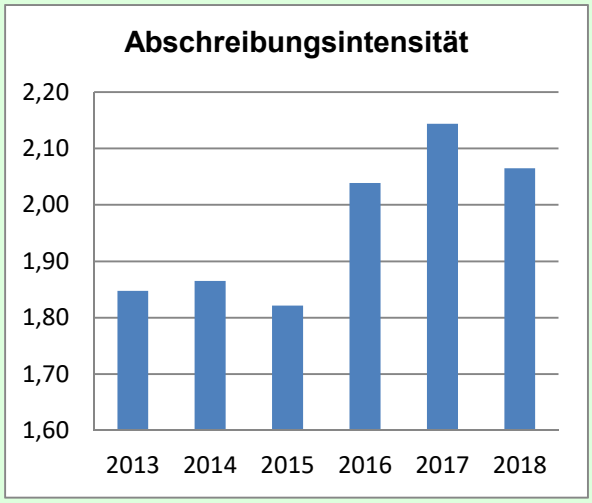



Die Quote ist trotz höheren Buchwertes geringer als in den Vorjahren, weil die Bilanzsumme angestiegen ist.

**Abschreibungsintensität**

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen werden ins Verhältnis gesetzt zu den ordentlichen Aufwendungen.

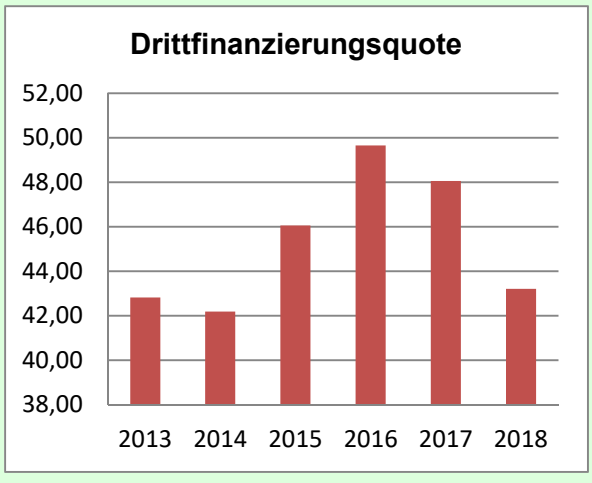
| | |
|---|---|
| 2018 | 2,07 % |
| 2017 | 2,14 % |
| 2016 | 2,04 % |
| 2015 | 1,81 % |
| 2014 | 1,87 % |
| 2013 | 1,85 % |
| 2012 | 2,19 % |
| 2011 | 1,97 % |




**Drittfinanzierungsquote**

Die Kennzahl errechnet sich aus dem Verhältnis der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zu den Abschreibungen auf das Anlagevermögen. Eine hohe Quote ist ein Kennzeichen für eine starke Verminderung der durch Abschreibungen bedingten haushaltsmäßigen Belastungen.

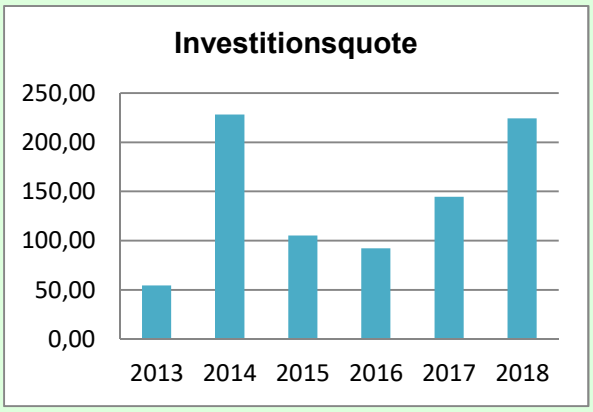
| | |
|---|---|
| 2018 | 43,21 % |
| 2017 | 48,05 % |
| 2016 | 49,65 % |
| 2015 | 46,06 % |
| 2014 | 42,19 % |
| 2013 | 42,81 % |
| 2012 | 45,02 % |
| 2011 | 43,01 % |



**Investitionsquote**

Die Bruttoinvestitionen (Zugänge und Zuschreibungen) des Anlagevermögens werden zu den Abschreibungen und Abgängen des Anlagevermögens ins Verhältnis gesetzt.

| | |
|---|---|
| 2018 | 224,40 % |
| 2017 | 142,63 % |
| 2016 | 92,11 % |
| 2015 | 105,24 % |
| 2014 | 228,07 % |
| 2013 | 54,42 % |
| 2012 | 112,35 % |
| 2011 | 189,85 % |




Die Zugänge beim Anlagevermögen waren mit 33.548 T€ in 2018 mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr (16.368 T€). Der in 2018 vergebene Investitionskredit an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Unna mbH (WFG) in Höhe von 18.300 T€ wurde auf der Aktivseite der Bilanz als „Ausleihung an Beteiligung“ im Finanzanlagevermögen dargestellt. Durch diesen Sachverhalt waren die Zugänge im Anlagevermögen erheblich höher als in den Vorjahren, als die regelmäßigen Maßnahmen (z. B. Straßenbau, Baumaßnahmen an Schulen) durchgeführt und als Zugänge gebucht wurden. Ohne die Ausleihung läge die Quote bei 121 % (unter Berücksichtigung des Abganges von 2.500 T€ wegen Sondertilgung des WFG-Kredites).

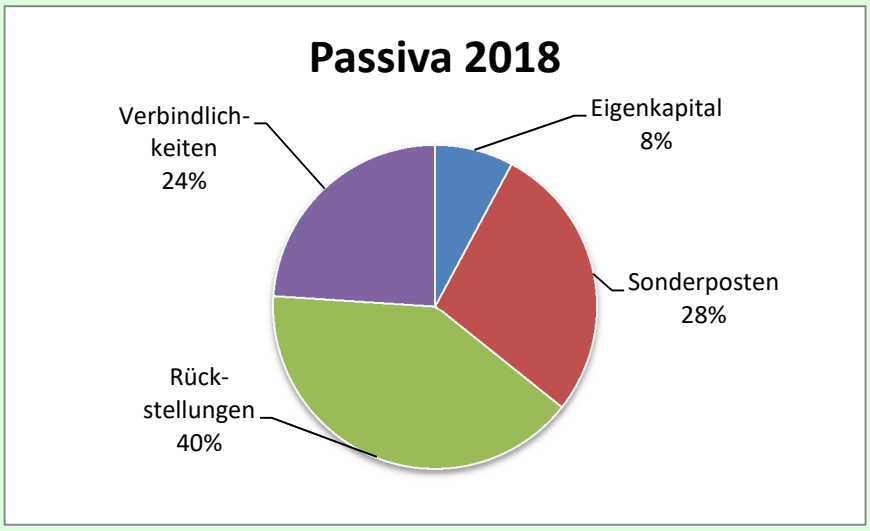
Die Kapitalstruktur ergibt folgendes Bild:

| | 31.12.2018 | | 31.12.2017 | | 31.12.2016 | | 31.12.2015 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | T€ | v.H. | T€ | v.H. | T€ | v.H. | T€ | v.H. |
| Allgemeine Rücklage | 16.641 | *3,71* | 14.398 | *3,49* | 8.648 | *2,16* | 4.677 | *1,19* |
| Ausgleichsrücklage | 8.320 | *1,85* | 7.199 | *1,74* | 4.324 | *1,08* | 2.338 | *0,60* |
| Jahresergebnis | 10.560 | *2,35* | 3.798 | *0,92* | 8.889 | *2,22* | 6.506 | *1,66* |
| Verrechnungen | -237 | *-0,05* | -433 | *-0,10* | -265 | *-0,07* | -549 | *-0,14* |
| **Eigenkapital** | **35.284** | *7,86* | **24.961** | *6,05* | **21.596** | *5,40* | **12.972** | *3,31* |
| Sonderposten Zuwendungen | 110.178 | *24,54* | 110.684 | *26,83* | 114.075 | *28,55* | 117.353 | *29,91* |
| Sonderposten Beiträge / Gebührenausgleich | 3 | *0,00* | 3 | *0,00* | 29 | *0,01* | 269 | *0,07* |
| sonstige Sonderposten | 13.423 | *2,99* | 10.525 | *2,55* | 8.522 | *2,13* | 7.945 | *2,02* |
| Pensionsrückstellungen | 165.687 | *36,91* | 158.029 | *38,31* | 149.620 | *37,44* | 147.262 | *37,53* |
| Rückstellungen Deponien und Altlasten | 763 | *0,17* | 763 | *0,18* | 763 | *0,19* | 763 | *0,19* |
| Instandhaltungsrückstellungen | 1.610 | *0,36* | 2.394 | *0,58* | 2.475 | *0,62* | 1.462 | *0,37* |
| sonstige Rückstellungen | 10.947 | *2,44* | 10.184 | *2,47* | 14.353 | *3,59* | 16.942 | *4,32* |
| Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 69.957 | *15,58* | 52.969 | *12,84* | 46.128 | *11,54* | 47.491 | *12,10* |
| übrige langfristige Verbindlichkeiten (PPP-Projekt) | 15.947 | *3,55* | 17.001 | *4,12* | 18.029 | *4,51* | 19.029 | *4,85* |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 2.277 | *0,51* | 2.888 | *0,70* | 2.729 | *0,68* | 2.400 | *0,61* |
| sonstige Verbindlichkeiten + Vb aus Transfer+ Vb Liquiditätskredite | 9.531 | *2,12* | 8.094 | *1,96* | 9.794 | *2,45* | 3.534 | *0,90* |
| Rechnungsabgrenzung | 3.925 | *0,87* | 3.948 | *0,96* | 3.669 | *0,92* | 3.491 | *0,89* |
| erhaltene Anzahlungen | 9.369 | *2,09* | 10.109 | *2,45* | 7961 | *1,99* | 8.504 | *2,17* |
| langfristiges Fremdkapital (über 5 Jahre) | 33.947 | *7,56* | 34.486 | *8,36* | 39.259 | *9,82* | 41.738 | *10,64* |
| mittelfristiges Fremdkapital (1 - 5 Jahre) | 43.433 | *9,68* | 31.918 | *7,74* | 21.757 | *5,44* | 21.581 | *5,50* |
| **Bilanzsumme** | **448.901** | **100** | **412.552** | **100** | **399.626** | **100** | **392.418** | **100** |

Tabelle 4: Kapitalstruktur

Das Eigenkapital ist aufgrund der positiven Jahresergebnisse in den letzten Jahren stetig angewachsen. An dem gesamten Kapital macht es einen Anteil von 7,86% aus.

Fast die Hälfte des Kapitals besteht aus Rückstellungen, insbesondere aus den Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeansprüche. Diese stiegen gegenüber dem Vorjahr um 7.658 T€.

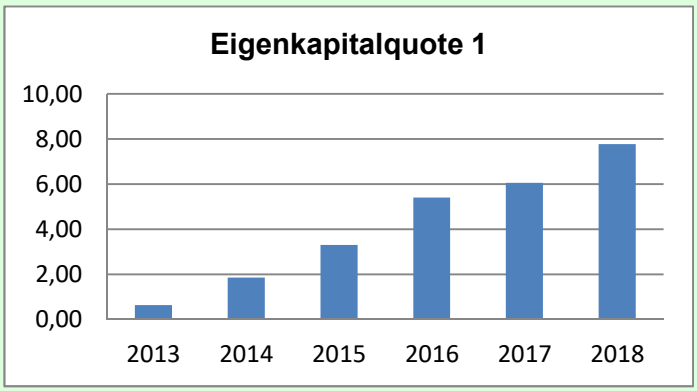



In der Grafik der wesentlichen Posten der Passiv-Seite der Bilanz ist deutlich zu erkennen, dass wie im Vorjahr ca. drei Viertel des Kapitals aus Rückstellungen und Verbindlichkeiten bestehen. Das Eigenkapital stieg von 6 % auf 8 % an. Die Verbindlichkeiten haben ungefähr den gleichen Anteil wie im Vorjahr (22 % in 2017).

Zur Interpretation der Kapitallage können Kennzahlen aus dem Kennzahlenset NRW herangezogen werden. Auch hier haben sich bedeutende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr nicht ergeben.

**Eigenkapitalquote 1:**
Der Anteil des Eigenkapitals an dem Gesamtkapital (= Bilanzsumme) wird errechnet.

| | |
|---|---|
| 2018 | 7,86 % |
| 2017 | 6,05 % |
| 2016 | 5,40 % |
| 2015 | 3,31 % |
| 2014 | 1,85 % |
| 2013 | 0,63 % |
| 2012 | 1,33 % |
| 2011 | 0,73 % |

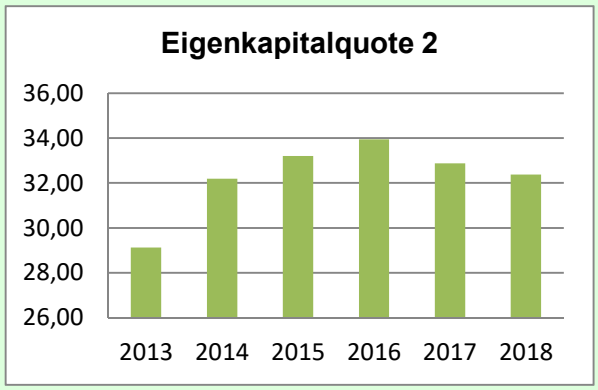



Die Werte spiegeln den Aufbau von Eigenkapital aufgrund der positiven Jahresergebnisse wider.

**Eigenkapitalquote 2:**

Bei der Eigenkapitalquote 2 werden die „langfristigen“ Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen dem Eigenkapital hinzugerechnet und ins Verhältnis gesetzt zur Bilanzsumme.

| | |
|---|---|
| 2018 | 32,40 % |
| 2017 | 32,88 % |
| 2016 | 33,95 % |
| 2015 | 33,21 % |
| 2014 | 32,19 % |
| 2013 | 29,13 % |
| 2012 | 33,34 % |
| 2011 | 31,93 % |



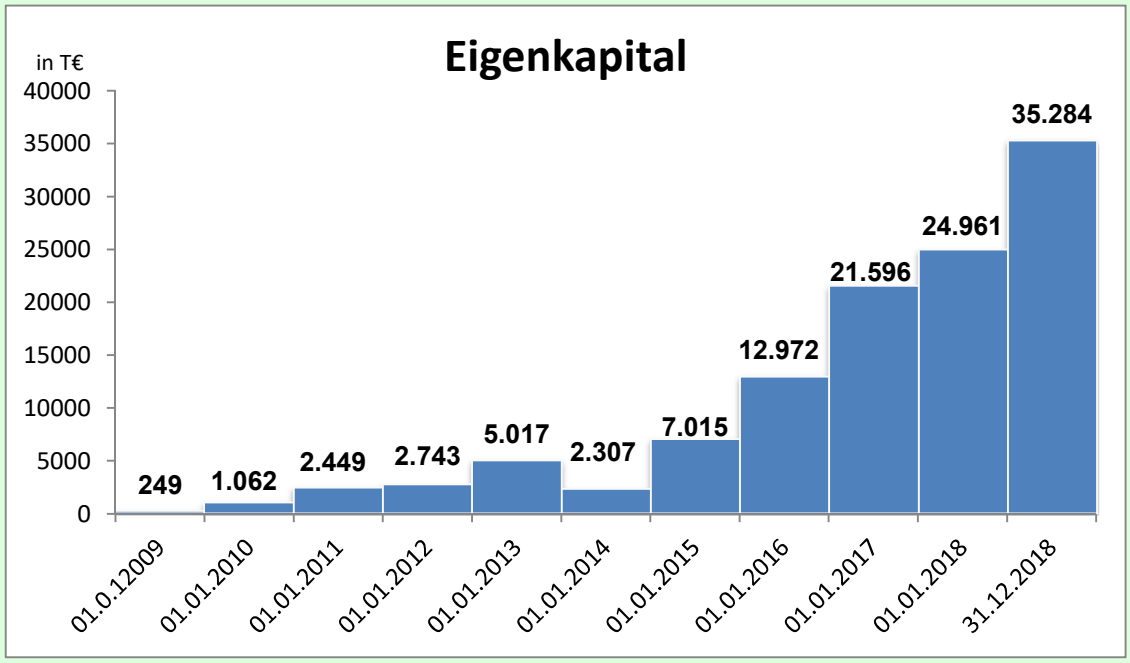

Am 31.12.2018 betrugen die Sonderposten aus Zuwendungen 110.178 T€ (506 T€ weniger als im Vorjahr), die Sonderposten aus Beiträgen waren wie jedes Jahr Null.

Die Sonderposten aus Zuwendungen sind etwa dreimal so hoch wie der Betrag des Eigenkapitals. Die Eigenkapitalquote 2 ist entsprechend höher als die Eigenkapitalquote 1, weil bei der Eigenkapitalquote 1 lediglich das (viel geringere) Eigenkapital betrachtet wird.

## Erläuterung einzelner Bilanzposten

### Eigenkapital

Das Eigenkapital (Allgemeine Rücklage + Ausgleichsrücklage + Jahresergebnis + Verrechnungen aus Wertveränderungen) hat sich von 249 T€ in der Eröffnungsbilanz im Jahr 2009 auf 35.284 T€ zum 31.12.2018 entwickelt.




### Jahresüberschuss

Die Ergebnisrechnung 2018 schließt mit einem Überschuss von 10.560.256,48 € ab. Im Entwurf des Jahresabschlusses 2018 war ein Betrag von 9.338.369,78 € dargestellt.

Grund für diese Veränderung sind die im Laufe des Prüfprozesses durchgeführten (Korrektur-) Buchungen. Diese erfolgten jeweils in Abstimmung mit allen Beteiligten (Buchhaltung / betroffener Fachbereich / Rechnungsprüfung).

Im Einzelnen sind dies folgende Sachverhalte:

- Die Bilanzierung des noch offenen Forderungsbestandes (Stand 31.12.2018) in Höhe von rd. 678 T€ des Kreises Unna aus der „Jobcenterprüfung der Jahre 2012 – 2016 – Vermögensschaden zu Lasten des Kreises Unna im Rahmen von Fehlbuchungen in der Software A2LL/ALLEGRO wurde nachgeholt. Gleichzeitig wurde wegen des geschätzten Forderungsausfalls eine Wertberichtigung in Höhe von 159 T€ gebucht.

- Die Höhe der Pauschalwertberichtigung (PWB) der fremd verwalteten Forderungen im SGB II sowie die Höhe der Pauschalwertberichtigung der darlehensweise gewährter Hilfen im SGB II waren falsch berechnet und mussten korrigiert werden.
  Bei den fremd verwalteten Forderungen im SGB II wurde die zunächst errechnete Höhe der Pauschalwertberichtigung von insgesamt 1.540 T€ auf 1.029 T€ korrigiert.

Bei den darlehensweise gewährten Hilfen im SGB II wurde die zunächst errechnete Höhe der Pauschalwertberichtigung von insgesamt 482 T€ auf 289 T€ korrigiert.
Aus den Korrekturen der Pauschalwertberichtigungen ergaben sich ergebniswirksame Änderungen im Saldo von +703 T€.

Zudem erfolgte noch eine Korrekturbuchung, die keine Auswirkung auf das Jahresergebnis hat:

Die Darstellung eines Teils der „durchlaufenden Mittel“ musste korrigiert werden.
Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2018 wurde festgestellt, dass sich in einem Teilbereich der „durchlaufenden Mittel“ ein Forderungsbestand in Höhe von 764.978,84 € per 31.12.2018 ergeben hat. Die „durchlaufenden Mittel“ werden in dem Bilanzposten „sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen, so dass der Saldo zunächst nicht korrekt als „negative“ sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen war. Mit der Korrekturbuchung erfolgt nunmehr für den betroffenen Teilbereich zutreffend die Ausweisung des festgestellten Forderungsbestandes in dem Bilanzposten „öffentlich-rechtliche Forderung und Forderung aus Transferleistung“.

Im Saldo fiel das geprüfte Jahresergebnis somit um 1.221.886,70 € höher aus als im Entwurf des Jahresabschlusses.

Außerhalb der Ergebnisrechnung wurde ein Saldo gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen und aus Wertveränderungen von Finanzanlagen von -237 T€ direkt mit dem Eigenkapital verrechnet. Erträgen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (z.B. Verkaufserlös über Buchwert, Auflösung von Sonderposten wegen Abgang eines Vermögenswertes) in Höhe von 1.338 T€ stehen Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen (z.B. Umstufung von Straßen, Verschrottung, Buchverlust) von 1.576 T€ gegenüber. Verluste aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren sind nicht bilanziert.

**Inventur der Grundstücke im Eigentum des Kreises Unna**
Im Februar 2018 wurde die „Projektgruppe Grundstücksverzeichnis“ eingerichtet, die den Auftrag hat ein einheitliches elektronisches Grundstücksverzeichnis für den Kreis Unna zu erstellen und verbindliche Regelungen zur einheitlichen Verwaltung dieses Grundstücksverzeichnisses festzulegen.
Grund für die Bildung dieser Projektgruppe war die Erkenntnis, dass verschiedene Grundstücksverzeichnisse existieren, die inhaltliche Differenzen aufwiesen. Dies gab Anlass zur Vermutung, dass die in der Anlagenbuchhaltung erfassten Grundstücke nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen könnten.

Im Jahr 2018 wurden erste Arbeitssitzungen der Projektgruppe durchgeführt. Aufgrund der Vielzahl der beteiligten fachlichen Belange stellt sich das Projekt als sehr komplex dar, so dass bislang noch keine konkreten Arbeitsergebnisse erzielt werden konnten. Die Arbeit der Projektgruppe wird jedoch zielorientiert weitergeführt.

Die Rechnungsprüfung hat bereits im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2017 geprüft, ob die Darstellung der Grundstücke in der Bilanz zum 31.12.2017 im Wesentlichen den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Als Ergebnis war damals festgehalten worden, dass nach Ansicht der Rechnungsprüfung nicht von einer wesentlich unrichtigen Darstellung der Grundstücke in der Bilanz zum 31.12.217 ausgegangen werden kann.
Die im Rahmen der diesjährigen Jahresabschlussprüfung durchgeführten Prüfhandlungen führen zu keiner anderen Einschätzung. Es kann davon ausgegangen werden, dass die zahlungswirksamen Grundstücksgeschäfte (Kauf, Verkauf) in der Anlagenbuchung korrekt abgewickelt werden.

Auch aufgrund des erst für den Jahresabschluss 2012 erfolgten Abgleiches zwischen den bestehenden Grundstücksdateien geht die Rechnungsprüfung nach wie vor von einer nicht wesentlich unrichtigen Darstellung der Grundstücke in der Bilanz zum 31.12.2018 aus.
Die Rechnungsprüfung sieht die Notwendigkeit der zeitnahen Schaffung einer verlässlichen Datenbasis für die einheitliche Verwaltung der Grundstücke des Kreises Unna.

Die zum 31.12.2016 fällige turnusmäßige Folgeinventur der Grundstücke gemäß § 28 Absatz 1 GemHVO NRW wurde nicht durchgeführt. Zunächst sollte nach Auskunft des Steuerungsdienstes mit der Einrichtung der Projektgruppe „Grundstückverzeichnis“ die Voraussetzung für eine wirtschaftliche und effiziente Bestandsaufnahme und Abgleichmöglichkeit geschaffen werden.
Die Rechnungsprüfung weist darauf hin, dass die Inventur zeitnah nachzuholen ist.

**Anlagen im Bau**
Folgende Vermögensgegenstände wurden im Jahr 2018 fertiggestellt und der Nutzung übergeben. Zum Zeitpunkt der Nutzungsübergabe erfolgte jeweils die Umgliederung von den „Anlagen im Bau“ in den endgültigen Bilanzposten:

- <u>Hochbaumaßnahmen</u>
- Neubau der Sporthalle Fr.-v.-Stein-Berufskolleg in Werne. Nutzungsübergabe zum 28.08.2018. Ein Betrag von 3.523 T€ wurde in den Bilanzposten „Bebaute Grundstücke – Schulen“ umgebucht.

- Sanierung der Außentoilette des Fr.-v.-Stein-Berufskollegs in Werne. Nutzungsübergabe zum 28.08.2018. Ein Betrag von 231 T€ wurde in den Bilanzposten „Bebaute Grundstücke – Schulen“ umgebucht.

- <u>Tiefbaumaßnahmen</u>
- Erneuerung K 38, Abschnitt 7, Westhemmerder Weg, Nutzungsübergabe zum 20.04.2018. Ein Betrag von 498 T€ wurde in den Bilanzposten „Infrastrukturvermögen – Straßennetz“ umgebucht.

- Erneuerung K 41, Abschnitt 3, Hilsingstraße, Kamen. Nutzungsübergabe zum 03.08.2018. Ein Betrag von 99 T€ wurde in den Bilanzposten „Infrastrukturvermögen – Straßennetz“ umgebucht.

- Funktionserweiterung Durchlass K 8, Abschnitt 13, Netteberger Straße, Selm. Nutzungsübergabe zum 31.10.2018. Ein Betrag von 360 T€ wurde in den Bilanzposten „Infrastrukturvermögen – Straßennetz“ umgebucht.

- Erneuerung K 6, Südkirchener Str., Selm. Nutzungsübergabe zum 19.11.2018. Ein Betrag von 1.093 T€ wurde in den Bilanzposten „Infrastrukturvermögen – Straßennetz“ umgebucht.

- Erneuerung K 42, Rhynerner Straße, Bönen. Nutzungsübergabe am 04.12.2018. Ein Betrag von 438 T€ wurde in den Bilanzposten „Infrastrukturvermögen – Straßennetz“ umgebucht.

**Finanzanlagen**

Der Bilanzposten Finanzanlagen enthält einen Zugang in 2018 über 18,3 Mio. €. Hier ist ein Investitionsdarlehen, das der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) gewährt wurde, aktiviert.
Zwischen dem Kreis und der WFG wurde ein schriftlicher Darlehensvertrag geschlossen, in dem vereinbart wurde, dass der Kreis Unna den von der Sparkasse aufgenommenen Festkredit i.H.v. 18,3 Mio. € an die WFG konditionengleich (Valutierung / Zinszahlung / Sondertilgungsrecht) weitergibt. Die WFG ist verpflichtet, die dem Kreis Unna entstehenden Zinsaufwendungen vollständig zu erstatten.
Eine entsprechende Kreditermächtigung wurde in der Haushaltssatzung 2018 erteilt.
Im Kalenderjahr 2018 hat eine Sondertilgung in Höhe von 2,5 Mio. € stattgefunden, so dass sich der Bilanzposten Finanzanlagen im Saldo um 15,8 Mio. € erhöht.
Aufgrund der Laufzeit bis zum 30.06.2021 ist der Anspruch des Kreises auf Rückzahlung des Darlehens durch die WFG richtigerweise nicht als Forderung (Umlaufvermögen), sondern als Ausleihung an Beteiligungen (Anlagevermögen) dargestellt.

**Verbindlichkeiten**

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

In der Bilanz des Kreises ist das der WFG gewährte Investitionsdarlehen (saldiert 15,8 Mio. €) korrekt als „Verbindlichkeit aus Krediten für Investitionen“ passiviert.

Bereits in der Jahresabschlussprüfung 2017 war die Frage der Zulässigkeit bzw. der Erlaubnispflicht nach dem Gesetz über das Kreditwesen (KWG) bei den in 2017 vorliegenden Kreditgeschäften mit der WFG (Gewährung eines Liquiditätskredites i.H.v. insges. 3,5 Mio.€ und eines Investitionskredites i.H.v. 5 Mio. €) thematisiert worden.
Die eingeholte aufsichtsrechtliche Stellungnahme der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFIN) vom 18.01.2019 brachte Rechtssicherheit. Zur Vermeidung von Wiederholung wird auf Ziffer 5.5 des Prüfberichtes (Gewährung von Liquiditätskrediten und Investitionskrediten an die WFG) verwiesen.

Die Rechnungsprüfung weist auf Folgendes hin:

Naturgemäß ist jede Darlehensvergabe mit dem Risiko behaftet, dass der Kreditbetrag nicht oder nicht vollständig zurück gezahlt wird. Dieses allgemeine Risiko trägt der Kreis. Wie hoch die Ausfallwahrscheinlichkeit in diesem konkreten Fall ist, kann die Rechnungsprüfung nach der derzeitigen Informationslage nicht beurteilen. Neben der wirtschaftlichen Situation der WFG spielen hier auch politische Entscheidungen eine Rolle.

Mit der Gewährung eines Darlehens eines Gesellschafters (Kreis Unna) an die Gesellschaft (WFG) ist ein weiteres Risiko verbunden:
Ein Gesellschafterdarlehen ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (BGH) Eigenkapital, das der Gesellschafter an die Gesellschaft gibt. Im Falle einer Unternehmenskrise (wenn das Unternehmen keinen Kredit zu marktüblichen Bedingungen erhält) würde dieses Gesellschafterdarlehen nach den Regelungen der Insolvenzordnung als nachrangige Insolvenzforderung eingestuft (§§ 39, 44a, 135, 143 Insolvenzordnung). Diese Regelung dient dem Gläubigerschutz.
Im Falle einer Unternehmenskrise bei der WFG besteht somit grundsätzlich das Risiko, dass das Darlehen nicht oder nicht in voller Höhe an den Kreis zurück gezahlt werden kann.

**Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen- Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen - Sonstige Verbindlichkeiten (hier: Projekt „Gute Schule 2020“)**

Im Rahmen des Projektes „Gute Schule 2020“ wurde dem Kreis Unna ein Förderdarlehen der NRW.Bank in Höhe von 3.700.054 € gewährt. Die Tilgungs- und ggf. Zinsleistungen übernimmt das Land.

Der Posten „öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen“ enthält daher Forderungen in gleicher Höhe gegenüber dem Land NRW.

Neben der Passivierung einer „Verbindlichkeit aus Krediten für Investitionen“ erfolgte zudem die Passivierung einer „sonstigen Verbindlichkeit“ zum 31.12.2018 in gleicher Höhe. Dies dient zur bilanziellen Klarstellung, dass der Kreis Unna keine eigenen Finanzmittel für die Tilgung und ggf. Zinsleistung des gewährten Darlehens aufbringen muss.

Mit der Fertigstellung und Nutzungsübergabe, d.h. mit der Umgliederung von den „Anlagen im Bau“ zu dem endgültigen Bilanzposten, wird die „sonstige Verbindlichkeit“ in einen „sonstigen Sonderposten“ umgebucht, der dann entsprechend zur Abschreibung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens aufgelöst wird.

### 4.3.3 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ist Bestandteil des Jahresabschlusses.

Bei der Interpretation der Finanzrechnung ist zu beachten, dass in ihr nicht – wie sich nach dem Wortlaut des § 39 GemHVO NRW vermuten ließe – ausschließlich die tatsächlichen Zahlungsströme des Haushaltsjahres 2017 abgebildet werden. Nach Auskunft der Fa. INFOMA ist die Finanzsoftware newsystem®kommunal in Absprache mit dem Land NRW dergestalt programmiert, dass fiktive Zahlungsströme abgebildet werden, wenn Umbuchungen, Aufrechnungen und Korrekturen (auch für Vorjahre) vorgenommen werden. Dies entspräche auch den Vorgaben in der Finanzstatistik NRW. Die Abbildung auch der fiktiven Zahlungsströme führt gegebenenfalls sogar dazu, dass negative Ergebnisse in einzelnen Zeilen dargestellt werden. Die Aussagekraft der Finanzrechnung ist insoweit eingeschränkt. Möglicherweise besteht hier das Risiko, dass bei Abfragen der finanzstatistischen Daten durch IT.nrw wegen des Miterfassens von fiktiven Zahlungsströmen Verfälschungen auftreten, die sich auf Zuweisungshöhen auswirken.

Im Folgenden wird ein Vergleich der Finanzrechnung 2018 mit dem Vorjahr 2017 dargestellt.

| | | Ergebnis 2017 | Ergebnis 2018 | Vergleich |
|---|---|---|---|---|
| **Pos.** | **Bezeichnung** | | | |
| **09** | **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **473.972.921,04** | **491.454.911,28** | **17.481.990,24** |
| **16** | **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **-464.592.610,45** | **-472.315.001,99** | **7.722.391,54** |
| **17** | **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **9.380.310,59** | **19.139.909,29** | **9.759.598,70** |
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 4.806.955,27 | 3.735.734,05 | - 1.071.221,22 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 8.899,00 | 79.720,23 | 70.821,23 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | 78.423,07 | 3.644.301,17 | 3.565.878,10 |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **4.894.277,34** | **7.459.755,45** | **2.565.478,11** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | -3.255.543,33 | -1.785.584,94 | - 1.469.958,39 |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | -5.159.726,47 | -6.848.466,61 | 1.688.740,14 |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -2.524.858,55 | -2.863.516,01 | 338.657,46 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | -457.882,07 | -480.468,44 | 22.586,37 |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | -120.080,25 | -665.100,00 | 545.019,75 |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -5.263.747,06 | -19.112.779,36 | 13.849.032,30 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-16.781.837,73** | **-31.755.915,36** | **14.974.077,63** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-11.887.560,39** | **-24.296.159,91** | **12.408.599,52** |
| **32** | **Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag** | **-2.507.249,80** | **-5.156.250,62** | **2.649.000,82** |
| 33 | Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen | 13.016.139,12 | 25.717.290,27 | 12.701.151,15 |
| 34 | Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung | 36.500.000,00 | 48.500.000,00 | 12.000.000,00 |
| 35 | Tilgung und Gewährung von Darlehen | -7.185.284,87 | -9.765.799,63 | 2.580.514,76 |
| 36 | Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung | -40.500.000,00 | -50.500.000,00 | 10.000.000,00 |
| **37** | **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** | **1.830.854,25** | **13.951.490,64** | **12.120.636,39** |
| **38** | **Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln** | **-676.395,55** | **8.795.240,02** | **9.471.635,57** |
| **39** | **Anfangsbestand an Finanzmitteln** | 379.946,38 | -156.498,08 | - 536.444,46 |
| 40 | Bestand an fremden Finanzmitteln | 139.951,09 | -575.407,72 | - 715.358,81 |
| **41** | **Liquide Mittel** | -156.498,08 | 8.063.334,22 | 8.219.832,30 |
| 42 | zzgl. SPM-Konto | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| **43** | **Gesamtbestand lt. Bilanz** | **- 156.498,08** | **8.063.334,22** | **8.219.832,30** |

Vorzeichen minus bedeutet: weniger als Vorjahr / ohne Vorzeichen: mehr als Vorjahr

Tabelle 5: Finanzrechnung Ist-Ist-Vergleich

Sowohl die Einzahlungen als auch die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit stiegen gegenüber dem Vorjahr an: die Einzahlungen erhöhten sich um 3,7 %, die Auszahlungen waren um 1,7 % höher.
Den größten betragsmäßigen Anstieg verzeichneten wie im Vorjahr die Einzahlungen aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen (+ 7.640 T€, + 8,5 %). Im Wesentlichen ist dies auf die um 5.187 T€ höheren Kostenerstattungen vom Land (u.a. für die Erstaufnahmeeinrichtung) zurück zu führen.
In 2018 stiegen die Einzahlungen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen um 7.256 T€ (+2,2 %), hauptsächlich aufgrund erhöhter Schlüsselzuweisungen (+6.286 T€).

Bei den Auszahlungen fand der größte betragsmäßige Anstieg (+ 8.773 T€, + 3,8%) bei den Transferauszahlungen statt. Hier sind vor allem die höheren Sozial- und Jugendhilfeleistungen sowie die gestiegenen Betriebskostenzuschüsse an die Träger von Kindertageseinrichtungen zu nennen.

In Zeile 29 Sonstige Investitionsauszahlungen ist der Betrag von 18,3 Mio. € enthalten, der in 2018 als Investitionskredit an die WFG gegeben wurde. Die Darstellung in der Bilanz erfolgte im Finanzanlagevermögen als Ausleihung an Beteiligungen.

Sowohl die Aufnahme (+12 Mio. €) als auch die Tilgung (+10 Mio. €) von Liquiditätskrediten war im Lauf des Jahres 2018 höher als im Vorjahr. Am Jahresende 2018 waren die Liquiditätskredite vollständig getilgt.

Die Liquiden Mittel zum 31.12.2018 als Endergebnis der Finanzrechnung betrugen 8.063 T€. Dieser Betrag findet sich auf der Aktiv-Seite der Bilanz zum 31.12.2018 wieder.

# 5 Feststellungen und Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft

In die Prüfung wurde auch die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft gemäß der IDR Prüfungsleitlinie 720 „Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft“ einbezogen.

## 5.1 Haushaltsverfahren

Die Einbringung des gemäß § 80 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 KrO NRW vom Kämmerer aufgestellten und vom Landrat bestätigten Haushaltsentwurfs für das Haushaltsjahr 2018 erfolgte in der Kreistagsitzung vom 14.11.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 155/17). Im Amtsblatt 51 vom 17.11.2017 wurde die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2018 bekanntgegeben (gem. § 54 KrO NW).
Die kreisangehörigen Kommunen wurden entsprechend der Regelungen der Kreisordnung NRW beteiligt.
In der Sitzung am 12.12.2017 hat der Kreistag die Haushaltssatzung 2018 gem. § 80 Abs. 4 GO NRW i.V.m. § 53 KrO beschlossen. Anschließend wurde die Haushaltssatzung der Bezirksregierung Arnsberg vorgelegt.

Eine Mitteilung im Intranet des Kreises vom 02.01.2018 informierte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber, dass bis zur Bekanntgabe der Haushaltssatzung die „Dienstanweisung zur vorläufigen Haushaltsführung“ zu beachten sei.
Am 02.03.2018 wurde die Haushaltssatzung 2018 im Amtsblatt Nr. 09 des Kreises Unna bekannt gemacht. Damit endete die haushaltslose Zeit.

Gemäß § 80 Abs. 5 Satz 2 GO NRW i.V.m § 53 KrO NRW soll die Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres (hier: 30.11.2017) bei der Aufsichtsbehörde angezeigt werden. Der vorgegebene Termin wurde wie bereits in den Vorjahren geringfügig überschritten.

## 5.2 Haushaltssatzung 2018

Nach § 78 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 KrO NRW hat der Kreis Unna für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen, in der die in § 78 Abs. 2 GO NRW i.V.m. § 53 KrO NRW aufgeführten Bestandteile festzusetzen sind. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

<u>Haushaltssatzung</u>
Der Haushalt 2018 ist nach der Planung in Erträgen und Aufwendungen nicht ausgeglichen. Die Aufwendungen übersteigen die Erträge um 2.300.000 €. Um den Haushaltsausgleich herzustellen, wurde eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe dieses Betrages geplant. Damit gilt die Verpflichtung, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, als erfüllt (§ 75 Absatz 2 GO NRW). Die Ausgleichsrücklage zum 31.12.2017 betrug nach Verwendung des Jahresüberschusses 2017 insgesamt 8.320.423 € und würde zur Deckung des Fehlbetrages im Ergebnisplan ausreichen.

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) belaufen sich auf 42.161.000 €. Darin enthalten sind 25.000.000 € zur Finanzierung von Ausleihungen an Beteiligungen und 3.700.054 € für Investitionen im Rahmen des Programmes „Gute Schule 2020“.
Ein Kreditaufnahme in Höhe von 18.300.000 € erfolgte, um diesen Betrag an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Unna (WFG) weiterzuleiten. In 2018 erfolgte eine Sondertilgung von 2.500.000 €.

Außerdem wurde im Programm „Gute Schule 2020“ wie geplant ein Betrag von 3.700.054 € aufgenommen.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen beträgt 27.700.000 € (Vorjahr 15.462.000 €).

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wurde in § 5 der Haushaltssatzung .auf 40 Mio. € festgesetzt (wie Vorjahr). Die Prüfung ergab, dass der satzungsgemäß festgelegte Höchstbetrag an jedem Tag des Jahres 2018 eingehalten wurde.
Wie in den Vorjahren wurden Liquiditätskredite jeweils kurzfristig aufgenommen, um die erforderlichen Zahlungen leisten zu können. Sämtliche Kredite wurden bei der Sparkasse UnnaKamen aufgenommen. Zum Abschlussstichtag 31.12.2018 bestanden keine Liquiditätskredite mehr.

Der Hebesatz für die Allgemeine Kreisumlage wurde auf 41,78 v.H. der Umlagegrundlagen festgesetzt (Vorjahr 45,41 v.H.). Daneben wurde der Hebesatz für die Differenzierte Mehrbelastung des Budgets Familie und Jugend mit 24,10363 v.H. festgesetzt. Die Prüfung hat ergeben, dass die Kreisumlagen korrekt berechnet wurden.

Aufgrund der Spitzabrechnung der Erträge und Aufwendungen des Budgets Familie und Jugend ergab sich eine Nachforderung von den Kommunen Bönen, Holzwickede und Fröndenberg/Ruhr in Höhe von insgesamt 1.611 T€. Die anteiligen Beträge werden von den Kommunen mit Fälligkeit 05.01.2020 gefordert und bis dahin als Forderung ausgewiesen.

In der Haushaltssatzung werden Regelungen zur Budgetbildung sowie zur Berichterstattung des Kämmerers gegenüber dem Kreistag getroffen. Die Budgetberichte wurden regelmäßig dem Kreistag zur Kenntnis gegeben.

Haushaltsplan

Der Haushaltsplan 2018 enthält die in § 1 GemHVO NRW geforderten Angaben. Er beinhaltet den Ergebnis- und den Finanzplan für das Haushaltsjahr 2018. Teilergebnis- und Teilfinanzpläne auf Produktbereichsebene und Produktebene sowie der Stellenplan und die sonstigen in § 1 GemHVO NRW geforderten Anlagen sind beigefügt.
Die in § 84 GO NRW und in § 6 GemHVO geforderte mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ist produktscharf je Budget dargestellt und entspricht nach Auffassung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Regelungen.

Vorbericht gem. § 7 GemHVO

Der dem Haushaltsplan beigefügte Vorbericht gibt einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplans. Auf die Finanzsituation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des Kreises wird eingegangen. Das Verfahren zur Aufstellung des Haushaltsplans und die Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen werden erläutert. Die Budgetsummen für das Jahr 2018 sind im Vergleich zu den Vorjahreswerten abgebildet. Der Haushaltsplan stellt die Entwicklung und die aktuelle Lage dar. Die Planungen für die folgenden drei Jahre und die Rahmenbedingungen der Planung (Gemeindefinanzierungsgesetz, Umlagegrundlagen, Zuwendungen, Kreisumlagen, Umlage an den Landschaftsverband usw.) sind enthalten. Darüber hinaus wird die Gesamtstrategie für den Kreis Unna dargestellt.

### 5.3 Ermächtigungsübertragungen

Nicht verbrauchte Haushaltsansätze für investive Maßnahmen werden auf Antrag der jeweiligen Fachdienste/ Fachbereiche in das Folgejahr übertragen und erhöhen dort die Ansätze der jeweiligen Auszahlungspositionen.
Vom Jahr 2017 wurden investive Ermächtigungen im Umfang von 9.596 T€ nach 2018 übertragen. Im Wesentlichen handelte es sich um Straßenbaumaßnahmen und Auszahlungen im Bereich der Schulinfrastruktur.
Die Übertragungen vom Jahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 betrugen insgesamt 16.751 T€.
Mit Drucksache 013/19 wurde die Übertragung von Ermächtigungen dem Kreisausschuss am 25.02.2019 und dem Kreistag am 26.02.2019 zur Kenntnisnahme gegeben.

Die „Dienstanweisung zur Übertragung von Ermächtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses“ wurde eingehalten.

Entsprechend der Regelung des § 22 Abs. 4 GemHVO NRW sind die Übertragungen in der Finanzrechnung (Teilfinanzrechnungen Teil B) sowie im Anhang angegeben worden.

### 5.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Nach den Regelungen der Kreisordnung NRW und der Haushaltssatzung 2018 bedürfen über- und außerplanmäßige Aufwendungen oberhalb einer Wertgrenze von 100 T€ der Zustimmung durch den Kreistag.
Die Veränderungen gegenüber den Planansätzen wurden dem Kreistag mit den Budgetberichten zur Kenntnis gegeben.

Gemäß § 53 Kreisordnung NRW in Verbindung mit § 81 Absatz 2 Nr. 2 Gemeindeordnung NRW ist eine Nachtragshaushaltssatzung unverzüglich zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen in erheblichem Umfang geleistet werden müssen.

In § 9 der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2018 wird der Begriff „erheblich“ konkretisiert. Demnach wäre die außerplanmäßige Auszahlung erheblich, wenn sie 2% des Volumens der ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit überstiege.
Laut Ergebnisplan 2018 betragen die ordentlichen Aufwendungen 490.644.969 €. Hiervon 2% sind 9.812.899 €.
Außerplanmäßige Auszahlungen in der o.a. Größenordnung sind im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

## 5.5 Gewährung von Liquiditätskrediten und Investitionskrediten an die WFG

Im Jahr 2018 hat der Kreis Unna der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) einen zinslosen Liquiditätskredit von zunächst 2,4 Mio. € zur Verfügung gestellt, dieser wurde mit einem Nachtragsvertrag um 1,3 Mio. € auf 3,7 Mio. € erhöht.

In der Finanzrechnung ist der an die WFG gewährte Liquiditätskredit ordnungsgemäß dargestellt.
Die Zahlungen werden entsprechend des Bruttoprinzips gem. § 39 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) getrennt nach Ein- und Auszahlungen in den Finanzrechnungspositionen „Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen“ sowie „Tilgung und Gewährung von Darlehen“ ausgewiesen.
Die Ein- und Auszahlungen stellen sich wie folgt dar:

| **Art des Finanzgeschäfts** | **Datum – Zahlungsart** | **Betrag** | **Laufzeit** |
|---|---|---|---|
| Liquiditätskredit (Vertrag vom 09.03.18) | 09.03.2018 Auszahlung | 2.400.000,00 € | zunächst 30.04.2018<br>verlängert 30.11.2018 |
| Nachtrag (Vertrag vom 24.04.18) | 27.06.2018 Auszahlung | 1.300.000,00 € | 30.11.2018 |
| Kreditrückzahlung | 04.09.2018 Einzahlung | 2.400.000,00 € | |
| Kreditrückzahlung | 04.09.2018 Einzahlung | 1.300.000,00 € | |

Da die Ein- und Auszahlungen gleich hoch sind und innerhalb des Jahres 2018 erfolgen, wird in der Finanzrechnung der Saldo aus Finanzierungstätigkeit nicht verändert.
Die Ergebnisrechnung wird von dem Kreditgeschäft nicht berührt, weil Zinszahlungen nicht vereinbart wurden.
Eine Bilanzierung als sonstige öffentlich-rechtliche Forderung sowie die Erfassung im Forderungsspiegel nach § 46 GemHVO hat korrekterweise nicht stattgefunden, da zum Bilanzstichtag 31.12.2018 das Kreditgeschäft nicht mehr bestand.

- Die Liquiditätskreditvergabe an die WFG ist über die Finanzrechnung gem. § 39 GemHVO ordnungsgemäß erfasst. Im Anhang des Jahresabschlusses (Ziffer 5.3) ist der Sachverhalt angemessen geschildert worden.

Während der Dauer des Liquiditätskreditgeschäftes mit der WFG (09.03. – 04.09.2018) musste der Kreis Unna selbst Liquiditätskredite bei der Sparkasse UnnaKamen in folgendem Umfang aufnehmen:

| Art | Datum Aufnahme KK | Höhe | Datum Rückzahlung KK | Höhe | Kreditdauer in Tagen |
|---|---|---|---|---|---|
| Kassenkredit | 29.03.2018 | 6.000.000,00 € | 04.04.2018 | 4.000.000,00 € | |
| | | | 05.04.2018 | 2.000.000,00 € | 8 |
| Kassenkredit | 30.04.2018 | 4.000.000,00 € | 04.05.2018 | 4.000.000,00 € | 5 |
| Kassenkredit | 30.05.2018 | 8.000.000,00 € | 04.06.2018 | 4.000.000,00 € | |
| | | | 05.06.2018 | 4.000.000,00 € | 7 |
| Kassenkredit | 27.06.2018 | 2.500.000,00 € | 04.07.2018 | 2.000.000,00 € | 8 |
| Kassenkredit | 02.07.2018 | 2.500.000,00 € | 05.07.2018 | 3.000.000,00 € | 4 |
| Kassenkredit | 31.07.2018 | 5.000.000,00 € | 03.08.2018 | 3.000.000,00 € | |
| | | | 06.08.2018 | 2.000.000,00 € | 7 |
| Kassenkredit | 02.08.2018 | 1.000.000,00 € | 06.08.2018 | 1.000.000,00 € | |
| Kassenkredit | 31.08.2018 | 6.000.000,00 € | 04.09.2018 | 3.000.000,00 € | |
| | | | 05.09.2018 | 3.000.000,00 € | 6 |
| Kassenkredit | 03.09.2018 | 4.000.000,00 € | 05.09.2018 | 4.000.000,00 € | 3 |
| Summe | | 39.000.000,00 € | | 39.000.000,00 € | 48 |

Dem Kreis sind für diesen Zeitraum Zinsaufwendungen i. H. v. aufger. 1.817 € entstanden.
Von Oktober bis Dezember 2018 nahm der Kreis keine Liquiditätskredite mehr in Anspruch.

Die Darlehensvergabe an die WFG verstößt aus den nachfolgenden Gründen gegen haushaltsrechtliche Regelungen:

Durch die Gewährung des Liquiditätskredites an die WFG sind liquide Mittel zur Verfügung gestellt worden, die der Kreis selbst zur Erhaltung seiner Zahlungsfähigkeit jeweils zum Monatsende benötigt hätte. Bei Nichtabschluss dieses Kreditgeschäftes hätten diese Mittel dem Kreis für seine Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung gestanden.
Da während der Darlehensdauer an die WFG der Kreis selbst Liquiditätskredite bei der Sparkasse Unna-Kamen in Anspruch genommen hat, wurde durch diese Liquiditätskredite mittelbar auch die Zahlungsfähigkeit der WFG sichergestellt.

Gemäß § 89 Abs. 2 GO NRW i. V. m. § 53 KrO NRW kann der Kreis zur rechtzeitigen Leistung seiner Auszahlungen Kredite zur Liquiditätssicherung bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.
Die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung ist damit ausdrücklich auf den eigenen Bedarf beschränkt und nur dann erlaubt, wenn andere Mittel nicht bereit stehen.

Nach dem RdErl. d. Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) vom 16.12.2014 „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden und Gemeindeverbände“ ist der kurzfristige Abfluss von Liquiditätsmitteln von der Gemeinde an Beteiligungen … nur dann zulässig, wenn liquide Mittel im Rahmen der unterjährigen Finanzplanung zeitweise absehbar von der Gemeinde nicht gebraucht werden.

Diese Voraussetzungen lagen nachweislich bei dem gewährten Liquiditätskredit nicht vor.

- Liquiditätskredite an Beteiligungen (hier: WFG) sind nur zulässig, wenn über die gesamte Dauer des Kreditgeschäftes die zur Verfügung gestellten liquiden Mittel vom Kreis nicht benötigt werden.
- Die Gewährung eines Liquiditätskredites an die WFG bei gleichzeitiger Inanspruchnahme eines Kredites zur Liquiditätssicherung während der Dauer des Kreditgeschäftes mit der WFG verstößt gegen haushaltsrechtliche Regelungen (§ 89 Abs. 2 GO i.V.m. § 53 KrO NRW, RdErl. d. MIK vom 16.12.2014).
- Wegen des festgestellten Verstoßes gegen haushaltsrechtliche Regelungen wird der Bestätigungsvermerk um einen erläuternden Hinweis ergänzt; eine Einschränkung des Bestätigungsvermerks erfolgt nicht.

Die Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheit weist ausdrücklich darauf hin, die Vereinbarkeit zukünftiger Liquiditätsdarlehen an die WFG unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kreises besonders sorgfältig zu prüfen.
Bis zum Zeitpunkt der Jahresabschlussprüfung erfolgte im Jahr 2019 keine Liquiditätsdarlehensgewährung an die WFG.

Neben dem Liquiditätskredit i. H. v. insgesamt 3,7 Mio. € gewährte der Kreis Unna der WFG ein verzinsliches Investitionsdarlehen in Höhe von 18,3 Mio. €. Hierfür hat der Kreis Unna selbst einen Kredit in dieser Höhe aufgenommen und diesen konditionengleich als verzinsliches Investitionsdarlehen an die WFG weitergegeben (Kreditverträge vom 23.04.2018 und 26.04.2019).
Eine entsprechende Kreditermächtigung liegt in der Haushaltssatzung 2018 vor.
In 2018 ist eine Sondertilgung des in 2018 gewährten Investitionsdarlehens in Höhe von 2,5 Mio. € erfolgt, so dass die Darlehenshöhe 15,8 Mio. € (Stand 31.12.2018) betrug.

Bereits in der Jahresabschlussprüfung 2017 war die Frage der Zulässigkeit bzw. der Erlaubnispflicht nach dem Gesetz über das Kreditwesen (KWG) bei den in 2017 vorliegenden Kreditgeschäften mit der WFG (Gewährung eines Liquiditätskredites i.H.v. insges. 3,5 Mio. € und eines Investitionskredites i.H.v. 5,0 Mio. €) thematisiert worden.

Gem. § 32 Abs. 1 S. 1 KWG bedarf der schriftlichen Erlaubnis der Aufsichtsbehörde, wer im Inland gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, Bankgeschäfte betreiben will.
Nach § 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 KWG ist die Gewährung von Gelddarlehen ein Bankgeschäft.

Der FD 10 Steuerungsdienst ist der im Prüfbericht zum JA 2017 ausgesprochenen Empfehlung der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten gefolgt und hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Schreiben vom 09.10.2018 unter Schilderung der in den Jahren 2017 und 2018 mit der WFG geschlossenen Kreditverträge und Darlegung der Beteiligungsrechte um eine Stellungnahme zur Frage der Erlaubnispflicht nach dem KWG gebeten.
Die aufsichtsrechtliche Stellungnahme der BaFin erfolgte mit Schreiben vom 18.01.2019.
Im Ergebnis geht die BaFin nach den ihr vorliegenden Informationen davon aus, dass die vorliegende Vergabe der zwei laufenden Gesellschafterdarlehen (Investitionsdarlehen 2017 über 5,0 Mio. € sowie Investitionsdarlehen 2018 i.H.v. 18,3 Mio. €) durch den Kreis Unna nicht den Tatbestand des Kreditgeschäfts i. S. d. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KWG erfüllt.

Aus Sicht der Rechnungsprüfung kann diese Angelegenheit nunmehr als abgeschlossen betrachtet werden.

# 6 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

## 6.1 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat die Rechnungsprüfung dem Jahresabschluss des Kreises Unna zum 31. Dezember 2018 und dem Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

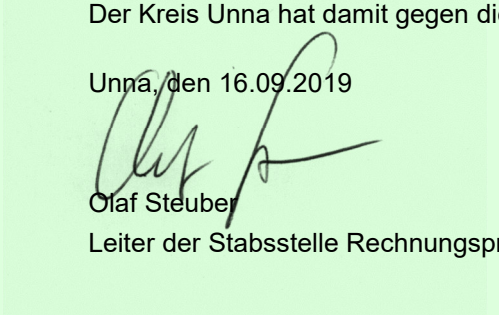
**Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung:**
Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang - sowie den Lagebericht des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2018 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Landrats des Kreises Unna. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 102 GO NRW (in der ab dem 01.01.2019 geltenden Fassung) und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) und vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Kreises sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Landrats des Kreises sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

**Die Prüfung hat nicht zu Einwendungen geführt.**
Der Jahresabschluss entspricht nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kreises Unna. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, wird auf Folgendes hingewiesen:
Gemäß § 89 Absatz 2 GO NRW kann die Gemeinde zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen Kredite zur Liquiditätssicherung bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.
In dem Zeitraum vom 09.03.2018 bis 04.09.2018 gewährte der Kreis Unna der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) Liquiditätskredite von insgesamt 3,7 Mio. € und musste in dieser Zeit selbst an 48 Tagen Liquiditätskredite aufnehmen.
Der Kreis Unna hat damit gegen die Regelung des § 89 Abs. 2 GO NRW verstoßen.

Unna, den 16.09.2019

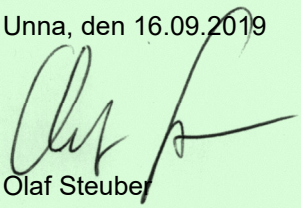


Olaf Steuber
Leiter der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten

## 6.2 Schlussbemerkung

Vor dem Hintergrund dieses Bestätigungsvermerks bestehen seitens der Rechnungsprüfung keine Bedenken gegen die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 durch den Kreistag und die Entlastung des Landrats.

Unna, den 16.09.2019



Olaf Steuber
Leiter der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten

# 7 Sach- und Ordnungsprüfungen

Auch nach Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements gehört es zu den Aufgaben der Rechnungsprüfung, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften sowie die wirtschaftliche und zweckmäßige Verwendung der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel und der zu erzielenden Erträge in den Stabsstellen, Fachbereichen und Fachdiensten in Verbindung mit dem Jahresabschluss zu prüfen.
Schwerpunktmäßig ist zu prüfen, ob bei den in den Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen abgebildeten Aufwendungen, Erträgen, Auszahlungen und Einzahlungen die gesetzlichen Vorschriften, Erlasse, Verfügungen und ortsrechtlichen Bestimmungen eingehalten wurden.
Die sich hierbei möglicherweise ergebenden Feststellungen fließen in die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung mit ein.

## 7.1 FB 32 – Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende

| Geprüfte Produktgruppe \| Geprüftes Produkt | Geprüfte/s Haushaltsjahr/e |
|---|---|
| 32.04.01 \| Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende | 2018 |
| Zuständige Verwaltungsdienststelle<br>FB 32 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung \|<br>SG 32.4 - Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende sowie<br>FD 10 – Steuerungsdienst \|<br>SG 10.1 – Gesamtsteuerung und Finanzwirtschaft | Prüfungszeitraum<br>Juni 2018 – August 2019 |

### 7.1.1 Prüfungsanlass

Entsprechend der risikoorientierten mehrjährigen Prüfungsplanung der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten wurde die Kostenerstattung für die im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen betriebene Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (EAE) geprüft. Bisher wurden keine Sach- und Ordnungsprüfungen zu der im Jahr 2015 eingerichteten EAE durchgeführt.

### 7.1.2 Grundlagen

Die nach § 102 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde erstreckt sich gem. § 102 Abs.3 Satz 2 GO NRW darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Nach § 8 der Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen (ZustAVO) stellen die Bezirksregierungen sicher, dass durch Erstaufnahmeeinrichtungen insbesondere die Unterbringung und Versorgung von Asylbegehrenden nach §§ 44 bis 54 des Asylgesetzes sowie deren Registrierung und weitere Aufgaben wahrgenommen werden. § 8 Abs. 2 ZustAVO ermächtigt die Bezirksregierung, mit bestimmten Städten und Kreisen (u.a. mit dem Kreis Unna) zu vereinbaren, dass Aufgaben nach Abs. 1 durch deren Ausländerbehörde wahrgenommen werden. Dementsprechend haben die Bezirksregierung Arnsberg und der Kreis Unna am 26.06.15 eine „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Erstaufnahmeeinrichtung für asylbegehrende Ausländer im Kreis Unna“ abgeschlossen, die im GV.NRW 2018 S. 231 – SGV.NRW 26 veröffentlicht worden ist.

Nach § 4 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung werden die Kosten für die EAE, bestehend aus den vorbereitenden und laufenden Kosten des Betriebes der EAE, dem Kreis vom Land erstattet.

Organisatorisch bildet die EAE ein Sachgebiet (32.4) im Fachbereich 32 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung -; die haushaltsrechtlichen Belange werden unter dem Produkt 32.04.01 abgebildet. Die Abrechnung der Kosten mit dem Land wird durch den Fachdienst 10 – Steuerungsdienst – wahrgenommen.

### 7.1.3 Ziel der Prüfung

Auf der Grundlage der vertraglichen Vereinbarung erfolgt die Kostenerstattung nach einer Spitzabrechnung der tatsächlich entstandenen Kosten durch die Bezirksregierung Arnsberg. Die für das Abrechnungsjahr zu erstattenden Kosten können nicht unmittelbar aus der Teilergebnisrechnung abgelesen werden, da diese entsprechend den Grundsätzen der doppelten Buchführung erstellt wird. Charakteristisch hierbei ist, dass mit der periodengerechten Buchung der Aufwendungen und Erträge der Ressourcenverbrauch dargestellt werden soll. Deshalb enthält die Ergebnisrechnung des Kreises zum Beispiel bei Investitionen nicht die Anschaffungskosten, sondern nur die auf das Jahr fallenden Abschreibungen. Die mit der Bezirksregierung vereinbarte Kostenerstattung ist zahlungsorientiert: erstattet werden sollen die in dem jeweiligen Jahr angefallenen Ausgaben abzüglich eventueller Einnahmen.

Mit dieser Prüfung soll festgestellt werden, ob die Kostenerstattung des Landes entsprechend der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erfolgt und alle durch den Betrieb der EAE tatsächlich entstandenen Kosten deckt.

### 7.1.4 Prüfungsverlauf

Um einen Eindruck von den Aufgaben der EAE sowie den daraus entstehenden Kosten und deren Abrechnung zu gewinnen, führte die Prüferin zunächst in der EAE ein Gespräch mit dem Leiter des Sachgebiets 32.4. Die zu prüfende Kostenabrechnung erfolgt durch den Fachdienst 10 – Steuerungsdienst -. Die weitere Prüfung erfolgte in Wesentlichen anhand der von dort zur Verfügung gestellten Unterlagen sowie durch Auswertungen aus dem Buchungssystem newsystem®kommunal. Außerdem wurde zur Prüfung der Personalkosten ein Gespräch mit der Sachbearbeiterin im Fachdienst 11 (Personal) geführt, bei dem Einblick in die dortigen Unterlagen genommen wurde.

### 7.1.5 Prüfungsergebnis

#### 7.1.5.1 Aufgaben der EAE

Wie unter 2 dargestellt, handelt es sich um Aufgaben der Bezirksregierung, die mit der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom 26.06.15 auf den Kreis Unna übertragen worden sind. Die dem Kreis im Einzelnen übertragenen Aufgaben der EAE Unna ergeben sich gem. § 2 II der Vereinbarung aus der dazugehörigen Anlage 4 (Schaubild Asylstraße). Hierbei handelt es sich um eine Prozessdarstellung, die die geplanten Arbeitsabläufe innerhalb der EAE sowie die Zusammenarbeit mit dem Betreiber der Einrichtung (DRK) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufzeigt.

Die EAE Unna ist im Wesentlichen zuständig für die Erstregistrierung der Asylbegehrenden, die erkennungsdienstliche Behandlung, die Aufnahme der Asylbegehrenden in das System zur bundesweiten Verteilung, Initiierung einer Röntgenuntersuchung sowie die Koordination des Transports in die zentralen Unter-

bringungseinrichtungen. Darüber hinaus übernimmt der Kreis Unna die Abrechnung der Kosten für die Krankenhilfe sowie für Taschengeldleistungen.

#### 7.1.5.2 Vereinbarungen zur Kostenerstattung

Nach § 4 Abs. 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung werden dem Kreis die vorbereitenden und laufenden Kosten des Betriebs der EAE vom Land erstattet. Die Absätze 2-6 treffen Regelungen über die nach Kostenarten differenzierte Abwicklung der Abrechnung. Unterschieden wird hierbei nach Personalkosten, Sachkosten und Transferleistungen an Dritte. Einzelheiten hierzu ergeben sich aus den Ausführungen in den folgenden Abschnitten.

Mit dem Vertrag wurde vorgesehen, dass das Land jeweils zu Quartalsbeginn eine Personal- und Sachkostenpauschale entsprechend der zuvor vorgelegten Kalkulation zahlt und am Quartalsende die Spitzabrechnung aller Kosten erfolgt. In der Praxis erwies sich die quartalsweise Spitzabrechnung jedoch als wenig praktikabel. Im Rahmen der Endabrechnung für das Jahr 2017 ist festgestellt worden, dass bei Einhaltung der korrekten Buchungssystematik nach der Doppik bereits abgerechnete Quartale im Nachhinein weiter bebucht wurden. Beispielweise wird eine Rechnung perioden-/leistungsgerecht auf den Zeitpunkt gebucht, zu dem die Aufwendungen entstanden sind, auch wenn die Rechnung erst Monate später eingeht. Dies ist in der Praxis insbesondere im Bereich der Krankenhilfe regelmäßig der Fall, die seit Mai 2017 durch die EAE abgerechnet wird.

Aus diesem Grund wurden in einem Gespräch mit der Bezirksregierung die möglichen Abrechnungsmodalitäten erörtert und mit Schreiben vom 30.07.2018 folgende Abrechnungsweise ab 01.01.2018 festgelegt:

- Quartalsweise Abrechnung der laufenden Kosten des Betriebes für das I. bis III. Quartal eines jeden Kalenderjahres inklusive Einrechnung eines durchschnittlichen Betrages für nachträgliche Buchungen, beispielsweise der Krankenhilfe
  (Abschlagszahlungen für das I. bis III. Quartal)
- Abrechnung Mitte Dezember eines jeden Kalenderjahres im Hinblick auf das gesamte Kalenderjahr (letzte Abschlagszahlung)
- Spitzabrechnung zu Beginn eines jeden Folgejahres.

Die sich aus der früheren Abrechnungsweise ergebenden noch ausstehenden Beträge aus den Quartalsabrechnungen 2017 wurden in die Endabrechnung für 2017 aufgenommen und im Jahr 2018 erstattet.

> ➢ Die Rechnungsprüfung begrüßt sehr, dass der Kreis und die Bezirksregierung einvernehmlich neue Abrechnungsmodalitäten abgestimmt haben. Damit werden die Probleme, die sich aus der Vorgehensweise nach der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ergeben hatten, künftig vermieden.

#### 7.1.5.3 Kostenerstattung für 2018

Im Jahr 2018 hat die Bezirksregierung drei Zahlungen aufgrund von Quartalsabrechnungen geleistet. Die Endabrechnung für das Jahr 2018 ist im Februar 2019 erfolgt. In dieser Abrechnung wurden alle im Jahr 2018 angefallenen Kosten geprüft, so dass eventuelle Fehler in den Quartalsabrechnungen damit ausgeglichen werden. Deshalb wird die Prüfung dieser abschließenden Spitzabrechnung für ausreichend erachtet, um die Kostendeckung für 2018 festzustellen.

Grundsätzlich kann hierfür die Teilergebnisrechnung 2018 für das Produkt 32.04.01 herangezogen werden. Soweit aufgrund der Kostenvereinbarung mit der Bezirksregierung bzw. aufgrund der Besonderheiten der doppelten Buchführung Abweichungen gelten, werden diese im Folgenden dargestellt.

#### 7.1.5.3.1 Personalkosten

Gemäß § 4 Absatz 2 des öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 26.06.2015 orientiert sich die Kalkulation der Personalkosten an den Vergütungsgruppen der Mitarbeiter/-innen auf der Basis der jeweils gültigen KGSt[1]-Berechnungen.

Der KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ enthält Personalkostentabellen, aus denen die jährlichen Personalkosten differenziert nach Beamten und Beschäftigten und den jeweiligen Vergütungsgruppen abgelesen werden können. Nach Ziffer 9.2 des aktuellen KGSt®-Berichts 9/2018 sind als Kostenfaktoren eingerechnet:

1. Dienstbezüge, Entgelt (brutto)
2. Sonderzuwendung, Jahressonderzahlung
3. Tarif- und Besoldungserhöhungen
4. Pensions- und Beihilferückstellungen für Beamte
5. Unfallversicherung für Beschäftigte
6. Beihilfe
7. Leistungsentgelt gem. § 18 (3) TVöD

Weiterhin schlägt der Bericht vor, für den Verwaltungs-Overhead und den Fachbereichs-Overhead einen Gemeinkostenzuschlag auf die Personalkosten zu erheben. Bei Büroarbeitsplätzen wird unter Ziffer 4.3 des Berichts ein Zuschlag von insgesamt 20% empfohlen.

Auf dieser Basis erfolgen die Kalkulation der Personalkosten und die Abschlagszahlungen.

Im Rahmen der Spitzabrechnung werden entsprechend § 4 Abs. 3 des öffentlich-rechtlichen Vertrages die tatsächlichen Personalkosten des Kreises Unna für das in der EAE eingesetzte Personal zuzüglich der Gemeinkosten nach dem jeweils gültigen Berechnungsmodus der KGSt erstattet.

Eine Feststellung der entstandenen Kosten unmittelbar aus der Teilkostenrechnung ist nicht möglich, da auch die Personalkosten der Fachbereichsleitung anteilig auf die Produkte umgelegt werden. Diese sind jedoch bereits in den nach dem KGSt-Berechnungsmodus zu erhebenden Gemeinkosten enthalten.

Im Rahmen der Spitzabrechnung mit der Bezirksregierung erfolgte die Berechnung der Personalkosten deshalb durch das Sachgebiet 11.2 – Personal –. Mithilfe der Personalkostenabrechnungssoftware LOGA wurden für jede im Laufe des abzurechnenden Jahres in der EAE eingesetzte Person die Kosten festgestellt. Die Aufstellung wurde anonymisiert der Spitzabrechnung beigefügt. In der Abrechnung enthalten sind folgende Personalkostenbestandteile:
:

- Dienstbezüge bzw. Entgelt
  in tatsächlich gezahlter Höhe. Darin enthalten sind Zahlungen aufgrund Sonderzuwendung / Jahressonderzahlung, Tarif-/ Besoldungserhöhung und Leistungsentgelte gem. § 18 (3) TVöD. Gesondert ausgewiesen ist bei den Beschäftigten der Arbeitgeberanteil für Sozialversicherungsabgaben und die Zusatzversorgung.
- Pensions-/Beihilferückstellungen
  Bei den Rückstellungen handelt es sich nicht um bereits entstandene Kosten, sondern um die bilanzielle Berücksichtigung künftiger Verbindlichkeiten, deren Höhe ungewiss ist. Entsprechend der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung akzeptiert die Bezirksregierung hierfür einen Versorgungszu-

[1] Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement

schlag auf der Basis der jeweils gültigen KGSt-Berechnungen. Dieser beträgt nach Ziffer 2.1 des KGSt®-Berichts 9/2018 zu den Kosten eines Arbeitsplatzes aktuell 61 % des Bruttogehaltes und wurde bei der Personalkostenberechnung berücksichtigt.

- Unfallversicherung (für Beschäftigte)
  Die Höhe entspricht dem Beitrag je Beschäftigten nach dem Bescheid der Unfallkasse NW vom 08.01.18, gegebenenfalls anteilig für die in der EAE geleistete Dienstzeit.
- Beihilfe
  Die Personalkostenaufstellung weist für die drei in der EAE eingesetzten Beamten jeweils 1.975,10 Euro aus. Dies erweckte zunächst den Anschein, hier seien pauschale Kosten abgerechnet worden. Tatsächlich konnte aber belegt werden, dass die konkret durch die in der EAE eingesetzten Beamten entstandenen Beihilfekosten berücksichtigt wurden.
  Die Abrechnung der Beihilfe für die Bediensteten des Kreises Unna wurde auf die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw) übertragen, der dem Kreis Unna die Summe der gezahlten Beihilfe zuzüglich einer Abrechnungspauschale von 27,50 Euro je Antragstellung in Rechnung stellt. Aus der jährlichen Abrechnungsübersicht der kvw wurden die auf die EAE entfallenden Beträge ermittelt. Hierzu wurden die Kosten aller Beihilfeanträge, die die Beamten während ihrer jeweiligen Dienstzeit in der EAE gestellt hatten, zusammengefasst. Der Zeitpunkt der Entstehung der einzelnen Kosten ist aus den dem Kreis Unna vorliegenden Unterlagen nicht erkennbar, so dass die Kostenermittlung nach dem Zeitpunkt der Antragstellung ursachengerecht ist.
  Aus Datenschutzgründen hatte die Personalsachbearbeiterin einen Mittelwert gebildet, so dass für alle Beamten der gleiche Betrag in Rechnung gestellt wurde. Soweit auch künftig auf die Nennung der auf die einzelnen Personen entfallenden Beträge verzichtet wird, soll nur die Gesamtsumme aufgeführt werden.

Festzustellen ist, dass die Abrechnung alle Kostenfaktoren enthält, die Bestandteil der Personalkostentabellen der KGSt sind. Die in der Aufstellung enthaltenen Summen sind nachvollziehbar, von der Prüferin durchgeführte Stichproben in der Personalkostenabrechnungssoftware LOGA bestätigten die aufgeführten Beträge. Insgesamt betrugen die Kosten für das in der EAE beschäftigte Personal nach der Aufstellung des Sachgebietes 11.2 – Personal 1.011.492,50 Euro.

Auf dieser Grundlage wurde dem Land NRW ein Gemeinkostenzuschlag von 20 % (=202.298,50 Euro) berechnet.

Insgesamt betrugen die vom Land zu erstattenden Personalkosten damit 1.213.791,00 Euro.

**7.1.5.3.2 Sachkosten und Transferleistungen**

Sachkosten und Transferleistungen (Krankenhilfe und Taschengeldzahlungen) sind in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.

Die für die Einrichtung und den Betrieb der EAE anfallenden Sachkosten ergeben sich im Wesentlichen aus den unter dem Produkt 32.04.01 gebuchten Aufwendungen. Für die Endabrechnung wurden alle nach der Teilergebnisrechnung (TER) für das Rechnungsjahr 2018 getätigten Buchungen daraufhin überprüft, ob sie in die Kostenabrechnung aufgenommen werden dürfen. Der Abrechnung für die Bezirksregierung werden die Auszüge aus dem Buchungsprogramm mit Auflistung aller relevanten Buchungen beigefügt.

Im Rahmen der Prüfung wurde insbesondere jede Buchung betrachtet, die nicht in die Abrechnung aufgenommen wurde. Mehrheitlich handelt es sich dabei um Buchungen, die später storniert oder von anderer

Seite ausgeglichen wurden. Die Streichung dieser Buchungen aus der Liste führte somit zu keiner Änderung des Rechnungsergebnisses.

Weitere Streichungen ergaben sich aus der Buchungssystematik des Kreises Unna. So wurden die Reisekosten des Fachbereichsleiters für die Teilnahme an der Verwaltungskonferenz anteilig dem Produkt 32.04.01 belastet. Entsprechend dem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Bezirksregierung gelten die Kosten der Fachbereichsleitung bereits mit dem Gemeinkostenzuschlag (siehe Personalkosten) als abgegolten. Auch die aufgrund der Doppik zur Rechnungsabgrenzung erfolgten Buchungen sind nicht in die Kostenabrechnung mit der Bezirksregierung eingeflossen.
Sämtliche Buchungen, die nicht in die Kostenabrechnung aufgenommen wurden, sind nachvollziehbar dokumentiert und begründet.

In die Abrechnung aufgenommen wurden folgende Kosten aus der Teilergebnisrechnung:

- TER 013 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
  (Haltung von Dienstfahrzeugen, Unterhaltung des beweglichen
  Vermögens, Beförderungskosten für Flüchtlinge) 226.872,75 Euro
- TER 015 – Transferleistungen
  - Krankenhilfe 2.185.102,60 Euro
  - Taschengeldzahlungen 540.732,78 Euro
- TER 016 – sonstige ordentliche Aufwendungen
  (insbesondere Geschäftsaufwendungen, Anschaffungen) 351.097,38 Euro

Da aufgrund der Buchungssystematik nach der Doppik jeweils die volle Rechnungssumme gebucht und gegebenenfalls gewährte Skonti als Ertrag gesondert gebucht werden, sind bei der Kostenabrechnung die Skontobuchungen zu berücksichtigen. In 2018 wurden als Erträge gebucht: 79,83 Euro.

Weitere Erträge ergaben sich daraus, dass in drei Fällen bereits im Vorjahr mit der Bezirksregierung abgerechnete Kosten für Krankenhausbehandlungen in 2018 von Dritten erstattet wurden. In drei weiteren Fällen konnte Vermögen der Asylbewerber eingezogen werden, um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz teilweise zu decken. Insgesamt sind hierfür Erträge in Höhe von 22.826,43 Euro gebucht und in die Kostenabrechnung aufgenommen worden.

Die Bewirtschaftung des Dienstgebäudes der EAE erfolgt durch den Fachdienst 11 - Zentrale Dienste –. Für Inventarversicherung, Elektronikversicherung, GEZ-Gebühren, Entsorgung und Reinigungsmaterial wurden nach der internen Leistungsverrechnung insgesamt 1.121,66 Euro aufgewendet, die ebenfalls in die Kostenabrechnung mit der Bezirksregierung einflossen.

Wie bereits unter 7.1.3 dargestellt, sind die im jeweiligen Jahr getätigten Investitionen nicht aus der Ergebnisrechnung ablesbar. In 2018 entstanden ausweislich der eingesehenen Beschaffungsvorgänge für zusätzliche Computerausstattung und Möbel für den Wartebereich Kosten von insgesamt 20.434,92 Euro. Ein Auszug des Sachkontos 2312.01 belegt, dass in dieser Höhe Sonderposten für die aus Zuwendungen finanzierten Investitionen gebildet wurden.

- Alle dem Kreis in 2018 entstandenen Kosten wurden in der Kostenabrechnung berücksichtigt.

#### 7.1.5.3.3 Gesamtabrechnung 2018

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich folgende Kostenaufstellung:

| **Kostenart** | **Betrag** |
|---|---|
| Personalkosten | 1.011.492,50 € |
| Gemeinkostenzuschlag | 202.298,50 € |
| Sach- und Dienstleistungen | 226.872,75 € |
| Krankenhilfe | 2.185.102,60 € |
| Taschengeldzahlungen | 540.732,78 € |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | 351.097,38 € |
| Skontobuchungen | -79,83 € |
| Sonstige ordentliche Erträge | -22.826,43 € |
| Bewirtschaftung Dienstgebäude | 1.121,66 € |
| Investitionen | 20.434,92 € |
| **Insgesamt in 2018** | **4.516.246,83** |

Die Summen entsprechen der Kostenaufstellung, die der Bezirksregierung mit Schreiben vom 26.02.2019 übersandt wurde.

In 2018 hatte die Bezirksregierung folgende Abschlagszahlungen geleistet:

- 31.01.18, 1. Abschlag 750.000,00 €
- 29.06.18, 2. Abschlag 3.000.000,00 €
- 10.12.18, 3. Abschlag 950.000,00 €

4.700.000,00 €

Somit lagen die bereits gezahlten Abschläge um 183.753,17 Euro über den entstandenen Kosten. Mit der Bezirksregierung ist vereinbart worden, diese Überzahlung mit der ersten Abschlagsrechnung für 2019 zu verrechnen.

> ➢ Die Erstattung der in 2018 entstandenen Kosten durch die Bezirksregierung erfolgte vollständig und ohne Verzögerung.

#### 7.1.5.3.4 Buchung der Kostenerstattung

Die geleisteten Zahlungen durch die Bezirksregierung wurden als Ertrag auf das Sachkonto 4422.98 – öffentlich-rechtliche Kostenerstattung vom Land – gebucht, soweit sie für die in die Ergebnisrechnung einfließenden Aufwendungen geleistet wurden. Der auf die Investitionen entfallende Anteil wurde zur Bildung eines Sonderpostens auf das Finanzkonto 2312.01 gebucht. Durch die Abschreibungen auf das Anlagevermögen werden diese Sonderposten ertragswirksam aufgelöst. Diese Buchungen entsprechen den Grundsätzen der doppelten Buchführung, sind aber bei der Abrechnung mit der Bezirksregierung irrelevant.

Nachdem bei der Spitzabrechnung im Februar 2019 festgestellt wurde, dass die Kosten unter den bereits geleisteten Zahlungen lagen, wurde in Höhe der Überzahlung von 183.753,17 Euro eine passive Rechnungsabgrenzung bilanziert und ein Sonderposten gebildet. Dieser ist im Haushaltsjahr 2019 ertragswirksam aufzulösen und als Teil der Kostenerstattung für 2019 zu buchen.

> ➢ Die Zahlungen der Bezirksregierung für 2018 wurden korrekt gebucht.

### 7.1.6 Gesamtfazit

Die Kostenerstattung des Landes erfolgt entsprechend dem öffentlich-rechtlichen Vertrag und deckt alle durch den Betrieb der EAE tatsächlich entstandenen Kosten.

Die Abrechnung mit der Bezirksregierung ist übersichtlich und gut nachvollziehbar dokumentiert. Die Buchungen für 2018 einschließlich der Bildung und Auflösung der Sonderposten entsprechen den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen.

## 7.2 FB 50 Arbeit und Soziales – LWL Delegationsabrechnung

| Geprüfte Produktgruppe \| Geprüftes Produkt | Geprüfte/s Haushaltsjahr/e |
|---|---|
| 50.02 | 2014 bis 2016 |
| Zuständige Verwaltungsdienststelle | |
| FB 50.2 LWL-Abrechnung-Delegation- | August 2018 |

### 7.2.1 Prüfungsanlass

Eine Aufteilung nach Leistungsarten der zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe gebuchten Ein- und Auszahlungen ist bis zum 31.12.2016 nach Vorgangsnummern erfolgt. Seit dem 01.01.2017 erfolgt diese Unterscheidung durch Buchung auf hierfür konkret eingerichtete DM-Konten. Die bis zum 31.12.2016 vorhandenen DM-Konten sind inzwischen abgeschlossen. In diesem Rahmen ist festgestellt worden, dass seitens des Kreises Unna bezogen auf den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2016 eine Forderung bestand in Höhe von 260.152,20 €. Durch den Fachbereich konnte geklärt werden, dass eine rechtzeitig angemeldete Forderung in Höhe von 451.279,92 € aus der Halbjahresabrechnung für das I. Halbjahr 2016 gegenüber dem Landschaftsverband durch diesen nicht ausgeglichen wurde. Eine Zahlung des Landschaftsverbandes ist 2018 erfolgt. Danach hat der Fachbereich 50 festgestellt, dass sich eine Forderung des LWL in Höhe von 191.127,72 € ergibt. Nicht klar ist, auf welchen Zeitraum sich die jeweiligen Beträge verteilen, weil der jetzige Kontenabruf eine Auswertung für die Jahre 2007 bis 31.12.2016 beinhaltet.

### 7.2.2 Grundlagen

Bei den abgerechneten Leistungen handelt es sich um Leistungen nach dem SGB XII. Die Sozialhilfe wird nach § 3 Abs. 1 SGB XII von örtlichen und überörtlichen Trägern geleistet. Der Kreis Unna ist nach § 3 Abs. 2 SGB XII örtlicher Träger der Sozialhilfe. Nach § 3 Abs. 3 SGB XII in Verbindung mit § 1 Abs. 1 AG-SGB XII NRW sind überörtliche Träger der Sozialhilfe die Landschaftsverbände. Der Kreis Unna gehört dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe an.

Für die Sozialhilfe sachlich zuständig ist der örtliche Träger der Sozialhilfe nach § 97 Abs. 1 SGB XII, soweit nicht der überörtliche Träger sachlich zuständig ist. Für welche Leistungen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe zuständig ist, ergibt sich aus dem Landesausführungsgesetz zum SGB XII (AG-SGB XII). Nach § 3 Abs. 1 AG-SGB XII können die überörtlichen Träger örtliche Träger und kreisangehörige Gemeinden zur Durchführung der ihnen als Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben durch Satzung heranziehen; diese entscheiden dann in eigenem Namen.

Hiervon hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) Gebrauch gemacht. Der LWL zahlt unterjährig Abschlagszahlungen an den Kreis Unna, welche aufgrund der mit dem Kreis Unna zuvor erfolgten Abrechnung aktualisiert werden. Zu den in der jeweils maßgeblichen Delegationssatzung festgelegten Zeitpunkten erfolgt eine Spitzabrechnung mit dem LWL. In den Delegationssatzungen hat der LWL festgelegt, dass die Abrechnungen einen Prüfungsvermerk der Rechnungsprüfung enthalten sollen. Eine solche Prüfung ist stichprobenhaft dementsprechend durch die hiesige Rechnungsprüfung jeweils erfolgt. Auf dieser Grundlage hat der Fachbereich die Rechnungsprüfung nunmehr auch im Rahmen der durch die Kontenumstellung erfolgten Abschlussprüfung einbezogen.

Der durch den Fachbereich 50 zunächst festgestellte Forderungsbestand in Höhe von 260.152,20 € ergab sich durch Auswertung der für die ambulante und stationäre Leistungen in der Vergangenheit vorhandenen Bilanzkonten (8514.98/8714.98). Durch den FB 50 konnte inzwischen ermittelt werden, dass eine im Jahr

2017 für das Jahr 2016 gegenüber dem LWL angemeldete Forderung in Höhe von 451.279,92 € nicht beglichen wurde. Nachdem der Fachbereich 50 hieran im Jahr 2018 erinnert hat, ist eine Überweisung des Betrages durch den LWL 2018 erfolgt.
Nach Feststellung des Fachbereichs 50 ergibt sich nach Schließung der alten Konten nunmehr ein Guthaben zugunsten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Höhe von 191.127,72 € bezogen auf den Zeitraum vom 01.01.2007 bis 31.12.2016. Eine Abgrenzung nach Leistungsarten und Jahren kann nach Aussage des Fachbereichs nicht mehr bzw. nur unter Einbeziehung eines erhöhten Zeitaufwandes erfolgen, weil ein Zugriff auf die Vorgangsnummern durch den Fachbereich 50 nicht mehr möglich ist.

- **Im Zusammenhang mit dieser Prüfung sind folgende Vorschriften und Unterlagen relevant:**
  - SGB I, SGB XII
  - Landesausführungsgesetz zum SGB XII NRW (AG-SGB XII NRW)
  - Delegationssatzung LWL
  - Abrechnungen für den Zeitraum 01.01.2014 bis 31.12.2016 einschl. der durch den Fachbereich herangezogenen und an die Rechnungsprüfung übermittelten Kontenblätter
  - Ausdruck aus der Finanzsoftware Newsystem.kommunal (Infoma), erstellt durch die Finanzbuchhaltung für die Jahre 2014 bis 2016
  - Urteil BSG –B 1 AS 1/16 KL vom 31.05.2016

### 7.2.3 Prüfungsverlauf

Auf Nachfrage des Fachbereichs 50 wurde in Vorgesprächen angeführt, dass eine umfangreiche Prüfung aufgrund vorliegender Prüfplanungen auch durch die hiesige Rechnungsprüfung zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen kann.

Nach Vorlage der durch den Fachbereich 50 bereits erfolgten Auswertungen zwecks Prüfung durch die hiesige Rechnungsprüfung wurde zunächst ermittelt, welcher Zeitraum im Rahmen einer Erstattungsregelung relevant ist.

In Anlehnung an das Urteil des Bundessozialgerichts vom 31.5.2016, B 1 AS 1/16 KL ist zur Beurteilung der Verjährung von Erstattungsansprüchen der § 45 SGB I maßgebend. Hierin ausgeführt wird, dass das BSG in ständiger Rechtsprechung davon ausgeht, dass die in § 45 SGB I bestimmte Verjährungsfrist von vier Jahren Ausdruck eines allgemeinen Prinzips ist, das der Harmonisierung der Vorschriften über die Verjährung öffentlich-rechtlicher Ansprüche dient. Im SGB XII selber ergibt sich keine Regelung zur Verjährungsfrist bezogen auf den vorliegenden Erstattungsfall.
Nach § 45 Abs. 1 SGB I verjähren Ansprüche auf Sozialleistungen in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem sie entstanden sind.
Dem folgend kann seitens des LWL, vorausgesetzt Leistungen sind nicht mit diesem abgerechnet worden, grundsätzlich nur für den Zeitraum 01.01.2014 bis 31.12.2016 etwaige Ansprüche geltend gemacht werden.
Zwecks Minimierung des Prüfungsaufwands ist die Prüfung aus diesem Grunde auf die Jahre 2014 bis 2016 beschränkt worden. Der Fachbereich schließt aufgrund eigener Auswertungen einen Erstattungsanspruch für die Jahre 2015 und 2016 aus. Im Weiteren fällt das Jahr 2014 nicht unter die Verjährungsfrist, weshalb durch die Prüferin zunächst eine nochmalige Kontrolle der insoweit der Rechnungsprüfung zum damaligen Zeitpunkt durch den Fachbereich 50 vorgelegten Abrechnungen und nach Vorgangsnummern ausgewerteten Kontenblätter erfolgt ist. Eine Prüfung der Abrechnungen 2015 und 2016 ist durch die Prüferin bereits zu den jeweiligen Stichtagen erfolgt. Etwaige Auffälligkeiten sind mit dem Fachbereich 50 direkt

geklärt worden. Darüber hinaus wurden zu späteren Stichtagen, in diesem Fall nach Buchungsschluss, Auswertungen gefahren, weshalb grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, dass nachträgliche Buchungen berücksichtigt wurden.

Der Abgleich für das Jahr 2014 ergab, dass für die Vorgangsnummer 99-70 anstelle der tatsächlichen Erstattung von Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträgen durch die Krankenkassen aufgrund eines Urteils in Höhe von 14.610,13 € ein Betrag von 13.452,09 € berücksichtigt wurde. Zur Ermittlung des Betrages wurden die durch den Fachbereich hierfür erstellten Kontierungsbelege herangezogen. Die für die Abrechnung herangezogenen Kontenblätter enthielten die Einzahlung noch nicht. Auf den maßgeblichen Kontenblättern wurde seitens der Sachbearbeiterin vermerkt, dass die Kasseneingangsanzeigen vorliegen. Den durch die Buchhaltung zur Verfügung gestellten Auswertungen konnte entnommen werden, dass die in der Abrechnung aufgeführten Erstattungen als Gutschriften für das Jahr 2014 ausgewiesen wurden. Darüber hinaus enthält das Kontenblatt auch den zusätzlich kontierten Gutschriftsbetrag in Höhe von 1.158,04 €.

Unter der Vorgangsnummer „97-25“ war dem Kontenblatt ein Betrag in Höhe von 5,04 € zu entnehmen, welcher weder im Rahmen der I. noch der II. Halbjahresabrechnung als Ausgabe berücksichtigt wurde. Dieser Betrag konnte unter der besagten Vorgangsnummer auch dem aktuell durch die Buchhaltung erstellten Kontenblatt 2014 entnommen werden.

Weitere Auffälligkeiten bzw. Unstimmigkeiten waren bezogen auf das Jahr 2014 auf Grundlage der damaligen Abrechnung und durch den Fachbereich 50 vorgelegten Kontenauswertungen in Form von Excel-Tabellen nicht ersichtlich. Diese ergaben sich erst nach Auswertung der aktuell durch die Buchführung zur Verfügung gestellten Kontenblätter, wie nachfolgend noch auszuführen ist.

Es konnte festgestellt werden, dass die zuständige Sachbearbeiterin nachvollzogen hat, welche Zahlungen dem Abrechnungsmodus zuzuordnen waren. Diese Auswertung floss wiederum in die nächste Abrechnung ein. Anhand farblicher Unterlegungen waren die Feststellungen auf den Kontenblättern in Form von Excel-Tabellen gut kenntlich gemacht. Darüber hinaus war auf den Kontenblättern vermerkt, welche Soll-Ist-Buchungen ggfls. abweichend für die nächste bzw. vorangegangene Abrechnung zu berücksichtigen sind bzw. wurden.

Unter Berücksichtigung der für die Vorgangsnummer „97-25“ nicht abgerechneten Ausgabe von 5,04 € und unter der Vorgangsnummer „99-70“ aufgrund des fehlenden Rückflusses in Höhe von 1.158,04 € in dieser Höhe zu viel abgerechneten Ausgaben, ergibt sich nach Auswertung der Kontenblätter für 2014 eine Verbindlichkeit gegenüber dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Höhe von 1.153,-- €.

Am 16.08.2018 hat ein Gespräch zwischen Herrn Gersch von der Buchhaltung und Herrn Steuber und der Prüferin stattgefunden. Es konnte geklärt werden, dass die Buchhaltung weiterhin auf die Sachkonten unterschieden nach Jahren und Vorgangsnummern zurückgreifen kann. Dies war dem zuständigen Sachbearbeiter des Fachbereichs 50 und der Prüferin aufgrund der diesen zur Verfügung stehenden Versionen der Buchhaltungssoftware Newsystem.kommunal (Infoma) nicht möglich. Es wird seitens der Buchhaltung ausgeschlossen, dass insbesondere Auszahlungen ohne eine Buchung erfolgt sind. Möglich könnte grundsätzlich die Buchung von Einzahlungen auf den entsprechenden DM-Konten ohne Berücksichtigung der Vorgangsnummer sein. Es konnte festgestellt werden, dass im System hinterlegt ist, ob Buchungen mit oder ohne Vorgangsnummer auf den maßgeblichen DM-Konten erfolgt sind. Für die Jahre 2014 bis 2016 konnte dies mit Hilfe der Buchhaltung ausgeschlossen werden. Damit enthalten für diese Jahrgänge alle Auswertungen nach Vorgangsnummern auch alle Ein- und Auszahlungen.

Die Buchhaltung hat zum Zweck einer Gesamtauswertung die entsprechenden Kontenblätter unterschieden nach Vorgangsnummern für die Jahre 2014 bis einschließlich 2016 der Rechnungsprüfung übermittelt.

Die Prüfung beinhaltet aus Zeitgründen nur bei besonderen Auffälligkeiten eine Belegprüfung. Dies betraf drei Buchungen. In einem ersten Schritt wurden die für den Zeitraum anhand der Abrechnung erfolgten Meldungen zusammengefasst. Die insoweit ermittelten Gesamtbeträge wurden mit den maßgeblichen insgesamt erfolgten Ein- und Auszahlungen lt. aktueller Kontenblätter verglichen. Ergab sich ein Differenzbetrag, wurden die Kontenblätter nach Buchungen durchsucht, die dem Differenzbetrag entsprachen. Führte dies zu keinem Ergebnis erfolgte in den Fällen, in denen es sich um größere Beträge handelte, eine weitergehende Prüfung. In diesem Rahmen wurde in einem ersten Schritt ermittelt, welche Jahre betroffen waren. Zu beachten war insoweit, dass bis einschließlich 2016 bei Rechnungsabgrenzungsposten seitens des Fachbereichs die Ein- bzw. Auszahlungen dem maßgeblichen Jahr zugeordnet wurden. Teilweise konnte festgestellt werden, dass Monatszahlungen, die im Dezember für Januar des folgenden Jahres erbracht wurden, bereits im Folgejahr gebucht wurden. Ab 01.01.2017 erfolgte nicht nur eine Umstellung von Vorgangsnummern auf DM(Durchlaufende Mittel)-Konten. Ab diesem Zeitpunkt ist für die Abrechnung mit dem LWL die Kassenwirksamkeit von Bedeutung.

Die Ein- und Auszahlungen für den Zeitraum 2014 bis 2016 werden nachfolgend dargestellt und mit den für diesen Zeitraum insgesamt abgerechneten Beträgen verglichen:

| **Art der Hilfe** | **Vorgang** | **Gemeldete Nettoausgaben** | **Tatsächliche Auszahlungen** | **Differenz** |
|---|---|---|---|---|
| Pflegegeld PS I | 97-05 | 6.360,25 | 6360,25 | |
| Pflegegeld PS II | 97-06 | 3.580,74 | 3.580,74 | |
| Pflegegeld PS III | 97-07 | 11.825,01 | 11.591,70 | ./. 233,31 |
| Aufw. Pflegepers. | 97-08 | 244,00 | 244,00 | |
| Pflegegeld PS 0 | 97-12 | 10.508,80 | 10.324,40 | ./.184,40 |
| Beihilfen PS III | 97-15 | 0,00 | | |
| Aufw.Alterssicherung | 97-19 | 1.303,80 | 1.303,80 | |
| Hilfsmittel PS 0 | 97-20 | 1.393,02 | 1.393,02 | |
| Hilfsmittel PS I | 97-21 | 538,21 | 538,21 | |
| Hilfsmittel PS II | 97-22 | 2.300,03 | 2.300,03 | |
| Hilfsmittel PS III | 97-23 | 329,85 | 329,85 | |
| Pflegesachl. PS 0 | 97-24/97-01 | 85.588,85 | 85.223,05 | (./.365,80) |
| Pflegesachl. PS I | 97-25/97-02 | 30.755,46 | 30.760,50 | +5,04 |
| Pflegesachl. PS II | 97-26 | 53.396,93 | 53.396,93 | |
| Pflegesachl. PS III | 97-27 | 2.538,04 | 2.538,04 | |
| **Forderung LWL** | | | | **412,67** |

Für die o.g. Vorgangsnummern konnte festgestellt werden, dass die Buchung in Höhe von 5,04 € und die Buchung in Höhe von 233,31 € aus dem Jahr 2014 sowie die Buchung in Höhe von 365,80 € aus dem Jahr 2016 datieren. Bei dem Betrag in Höhe von 365,80 € handelt es sich um einen Rechnungsabgrenzungsposten (Dez. 2016 gebucht für Januar 2017). Für 2017 erfolgte seitens des Fachbereich 50 eine Nachmeldung in Höhe von 626,41 €. Diese beinhaltete auch den Betrag in Höhe von 365,80 €. Der Zusammenfassung des Fachbereichs zu den jeweiligen Meldungen ist zu entnehmen, dass es sich bei der Nachmeldung insgesamt um Rechnungsabgrenzungsposten handelt. Der Betrag in Höhe von 365,80 € wurde daher im Rahmen der Erfassung der Forderung des LWL nicht berücksichtigt.

**Gesamtaufstellung der Nettoeinnahmen für den Zeitraum 01.01.2014 bis 31.12.2016:**

| Art der Einnahme | Vorgang | Gemeldete Nettoeinnahmen | Tatsächliche Einzahlungen | Differenz | Betroffenes Jahr |
|---|---|---|---|---|---|
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 99-50 | 45.865,29<br>Nachm. 2015: 632,25 | 47.413,29 | +915,75 | |
| Sonstige Ersatzleist. | 99-51 | 190,00 | 1.790,00 | +1.600,00 | 2015 |
| Kostenbeiträge, Aufwendungs-, Kostenersatz | 99-52 | 215.315,00 | 314.573,31 | +99.258,31 | 2014 |
| Unterhalt | 99-53 | 32.656,04<br>Nachm. 2015: 54,95 | 32.709,19 | +1,80 | |
| Rückzahlung von Darlehen/gewährter Hilfen | 99-54 | 15.455,33 | 15.905,33 | +.450,00 | |
| Leistungen der Pflegeversicherung | 99-55 | 3.441,68 | 3.441,68 | | |
| Rückzahlung Darlehen/gewährter Hilfen Eingliederungshilfe | 99-60 | 500,00 | 0,00 | ./.500,00 | |
| Leistungen der Pflegeversicherung Eingliederungshilfe | 99-61 | 3.135,02 | 2.842,60 | ./.292,42 | |
| **Forderung LWL insgesamt** | | | | **101.433,44** | |

Im Rahmen der Ermittlung der Differenz wurden die Nachmeldungen für 2015 berücksichtigt. Die größte Differenz ergab sich für die Buchungen auf der Vorgangsnummer 99-52. Anhand der Auszüge aus Newsystem.kommunal konnte festgestellt werden, dass 2014 Einzahlungen in Höhe von 99.258,31 € (Buchungsdatum 18.06.2014) erfolgt sind. Demgegenüber ist für diese Vorgangsnummer 2014 keine Einnahmemeldung erfolgt. Die der Abrechnung hinterlegten Auszüge aus Newsystem.kommunal enthielten den Vermerk: Keine Buchung. Offenkundig sind diese, obwohl das Buchungsdatum vor Erstellung der Abrechnung liegt, erst nach Erstellung derselben erfolgt. Informationen zufolge sollen Einnahmebuchungen in der Vergangenheit zum Teil auch erst nach Eingang der Kasseneingangsanzeige erfolgt sein. Dies würde erklären, aus welchem Grund die Einzahlungen zunächst nicht angezeigt wurden.

**Gesamtaufstellung der Ausgaben für unter 65-jährigen zzgl. ambulanter Eingliederungshilfe:**

| Art der Hilfe | Vorgang | Gemeldete Nettoausgaben bzw. Bruttoausgaben | Tatsächliche Auszahlungen | Zahlung 01.14 enthalten | Zahlung 01.17 enthalten | Differenz |
|---|---|---|---|---|---|---|
| HZP Tagespflege | 99-68 | 11.463,92 | 11.463,92 | | | |
| HzP Kurzzeitpfl. | 99-67 | 129.117,47 | 129.117,47 | 2.353,22 | 3.343,23 | |
| HzP Stufe 0 | 99-63 | 1.189.237,19 | 1.161.291,98 | 40.934,30 | 9.019,29 | ./.27.945,21 |
| HzP Stufe 1 | 99-64 | 2.531.710,68 | 2.533.429,64 | 60.116,42 | | + 1.718,96 |
| HzP Stufe 2 | 99-65 | 4.826.977,79 | 4.811.518,46 | 132.187,84 | | ./. 15.459,33 |
| HzP Stufe 3 | 99-66 | 4.870.041,01 | 4.867.765,44 | 131.158,17 | | ./. 2.275,57 |
| Krankenhilfe | 99-73 | 0,00 | | | | |
| §264VII SGBV i.E. | 99-74 | 468.614,93 | 464.157,20 | | | ./. 4.457,73 |
| Verw.kosten KH | 99-75 | 18.176,57 | 18.141,98 | | | ./.34,59 |
| GSiG i.E. Altersgrenze | 99-84 | 35.634,57 | 35.364,07 | | | ./.270,50 |
| Grundsicherung | 99-69 Ab 1.1.2015 einschl. 99-84 | 2.445.440,31 | 2.445.146,46 | | | ./. 293,85 |
| Hzl in Einr. | 99-70 | 939.210,12 | 938.862,62 | | | ./. 347,50 |
| Blindenhilfe i.E. | 99-71 | 1.507,68 | 1.507,68 | | | |
| Bestattungskosten | 99-72<br>99-79 | 34.457,04 | 31.413,02<br>3.522,80<br>=34.935,82 | | | +478,78 |
| Amb. Eingl. | 99-77 | 423.192,55 | 423.192,55 | | | |
| Prozess-/Anwaltskosten | 99-76 | 757,89 | 757,89 | | | |
| **Forderung LWL insgesamt** | | | | | | **48.886,54** |

Der größte Differenzbetrag ergibt sich bei der Vorgangsnummer 99-63. Im Rahmen einer Gegenüberstellung der einzelnen Jahre konnte festgestellt werden, dass 2014 eine Korrekturbuchung erfolgt ist. Insgesamt 28.119,33 € sind vom DM-Konto auf das Konto 5332.98 unter Angabe der Vorgangsnummer 50-00 gebucht worden. Aufgrund Differenzen aus den Jahren 2015 und 2016 ergibt sich unter dieser Vorgangsnummer letztlich eine Forderung des LWL in Höhe von 27.945,21 €. Beispielsweise waren 2016 im Vergleich zur Meldung Mehrausgaben in Höhe von 2.631,-- € zu verzeichnen.

Die Auswertung der Kontenblätter zur Vorgangsnummer 99-64 ergab, dass für 2014 1.669,78 € und für das Jahr 2015 47,18 € zu viel an Ausgaben gemeldet wurden. 2016 entsprachen die gemeldeten Ausgaben den tatsächlichen Auszahlungen.

Die Gesamtauswertung zur Vorgangsnummer **99-65** ergab eine Forderung in Höhe von 15.459,33 € des LWL. Bereits für 2014 konnte festgestellt werden, dass insgesamt 15.559,33 € zu viel an Ausgaben gemeldet wurden. Das Konto wies neben den Auszahlungen Gutschriften im Wert von insgesamt 50.546,06 auf. Davon wurde als Abgang auf dem Abrechnungsbogen die Rückerstattung Krankenversiche-

rung/Pflegeversicherung in Höhe von 1.133,67 € bereits berücksichtigt. Der Betrag konnte nicht eindeutig zugeordnet werden. Abgesehen davon, dass die Monatszahlungen höher ausfielen, kann festgestellt werden, dass die Monatszahlung für Januar 2014 zwecks Einhaltung der Rechnungsabgrenzung für das Jahr 2015 gebucht wurde.
Für 2015 liegt eine Jahresmeldung an den LWL in Höhe von 1.544.833,32 € vor. Demgegenüber stehen tatsächliche Zahlungen in Höhe von 1.544.666,23 € (1.662.957,74 € ./. 118.291,51 €) nach Abzug der Monatszahlung für Januar 2016 in Höhe von 118.291,51 €. Dieser Rechnungsabgrenzungsposten wurde im Jahr 2016 berücksichtigt, wie den nachfolgenden Erläuterungen zu entnehmen ist. Für 2015 ergab sich danach eine Forderung des LWL in Höhe von 167,09 €.
Für 2016 wurden dem Landschaftsverband gegenüber Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.626.881,48 € gemeldet. Die Kontoauflistung weist einen Betrag in Höhe von 1.508.857,06 € aus. Einschließlich der in 2015 noch gebuchten Januarzahlung in Höhe von 118.291,51 € ergibt sich ein Zahlbetrag in Höhe von insgesamt 1.627.148,57 €. Hierdurch ergibt sich für 2016 eine Forderung zugunsten des Kreises Unna in Höhe von 267,09 €. Dies macht insgesamt eine Forderung zugunsten des LWL aus in Höhe von 15.459,33 €.

Eine Auswertung der Buchungen zur Vorgangsnummer **99-66** ergab im Rahmen der Gegenüberstellung der an den LWL erfolgten Meldungen und der tatsächlichen Zahlungen für 2014 eine Forderung des LWL in Höhe von 8.965,60 €, eine Forderung des Kreises Unna für 2015 in Höhe von 5.677,27 € und für 2016 in Höhe von 1.012,76 €. Es verbleibt eine Forderung unter Berücksichtigung des Gesamtzeitraumes des LWL in Höhe von 2.275,57 €.

Unter der Vorgangsnummer **99-74** erfolgte 2014 eine Gesamtmeldung im Wert von 177.287,93 €. Demgegenüber konnten Zahlungen festgestellt werden in Höhe von 176.900,20 €. 2015 ist eine Meldung erfolgt im Wert von 173.774,97 € bei einer tatsächlichen Auszahlung in Höhe von 169.704,97. Die Meldung für 2016 belief sich auf 117.552,03 € bei einer tatsächlichen Zahlung von 117.552,03 €. Für 2015 ergibt sich ein Differenzbetrag in Höhe von 4.070,-- €. Dieser Betrag taucht auf dem Kontenblatt mehrfach auf. Es fällt auf, dass sich hierunter eine Rechnung vom 06.01.2014 über diesen Betrag befindet, welcher erst am 23.02.2015 gebucht wurde.

Letztlich konnten ohne eine zeitaufwendigere Prüfung nicht in jedem Fall die Gründe für die jeweiligen Differenzen festgestellt werden.

### 7.2.4 Prüfungsergebnis

Aufgrund der Umstellung von Vorgangsnummern auf differenzierte DM-Konten ist seitens des Fachbereichs 50 ein Saldenabgleich für den Zeitraum 2007 bis 2016 auf Grundlage der bis 31.12.2016 auf den für den stationären und ambulanten Bereich vorhandenen 98er-Konten (Bilanzkonten) erfolgt. Nach Begleichung der noch ausstehenden Forderung in Höhe von 451.279,92 € aus der I. Halbjahresabrechnung 2016 hat der Fachbereich 50 unter Einbeziehung des Zeitraumes 2007 bis 31.12.2016 noch eine Verbindlichkeit gegenüber dem LWL in Höhe von insgesamt 191.034,78 € festgestellt.

Die unter Einbeziehung der Vorgangsnummern maßgebenden DM-Konten sind abgeschlossen. Es konnte festgestellt werden, dass nur Ein- und Auszahlungen berücksichtigt wurden, die die Jahre ab 2007 bzw. für den ambulanten Bereich 2010 bis einschließlich 2016 betrafen. Das DM-Konto 8514.01 wies darüber hinaus die Zahlung des LWL in Höhe von 451.279,92 € aus dem Jahre 2018 aus. Diese bezog sich, wie bereits ausgeführt, auf das Jahr 2016. Soweit das DM-Konto 8517.02 noch Zahlungen aus dem Jahr 2017 beinhaltete, konnte festgestellt werden, dass sich diese durch Storno-Buchungen wieder aufgehoben haben. Bei den abgeschlossenen DM-Konten handelt es sich um nachfolgende Konten. Die zuletzt bestehenden Kontenstände unter Einbeziehung des Zeitraumes 2007 bis 2018 sind ebenfalls erfasst:

| DM-Konto | Art der Leistung | Art des Kontos | Bestände per 31.12.2016 | Ausweisung Forderung |
|---|---|---|---|---|
| 8514.01 | Sozialhilfe LWL -ambulant- | Zugang | -499.858,23 € | |
| 8514.02 | Sozialhilfe LWL -ambulant- | Abgang | +308.730,51 € | -191.127,72 € |
| 8514.98 | Sozialhilfe LWL -ambulant- | Bilanz | -260.152,20 € | |
| 8517.01 | Sozialhilfe LWL -stationär- | Zugang | -57.434.410,29 € | |
| 8517.02 | Sozialhilfe LWL -stationär- | Abgang | 57.434.503,23 € | +92,94 € |
| 8517.98 | Sozialhilfe LWL Stationär | Bilanz | -92,94 € | |
| **Forderung LWL für 2007 bis 2016** | | | | **191.034,78 €** |

Die Konten weisen, wie auch vom Fachbereich 50 festgestellt, für den Gesamtzeitraum eine Forderung des LWL in Höhe von 191.034,78 € aus. Die 98er DM-Konten weisen noch den bis zum 31.12.2017 festgestellten Differenzbetrag aus. Danach erfolgte Zahlungen, wie die des Landschaftsverbandes im Jahre 2018 für 2016, sind nicht erfasst. Eine Aktualisierung erfolgt laut Buchhaltung immer erst zum Jahresende. Insofern sind die aufgeführten Differenzbeträge maßgebend.

Der Forderungsbetrag zugunsten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe konnte anhand der jeweiligen abgeschlossenen Konten seitens der Rechnungsprüfung rechnerisch ermittelt werden. Aufgrund der Einführung der doppelten Buchführung und Umstellung hierauf zum 01.01.2007 ist die Heranziehung des aufgeführten Zeitraumes nachvollziehbar. Die Vorgehensweise ist nachvollziehbar, weshalb auch aus Sicht der Rechnungsprüfung rechnerisch von einer Forderung des LWL´s für den Zeitraum 2007 bis 31.12.2016 ausgegangen werden kann.

Die weitergehende Prüfung unter Einbeziehung der aktuellen Kontoauszüge ist seitens der Rechnungsprüfung für den Zeitraum 2014 bis 31.12.2016 erfolgt. Etwaige Forderungsbestände, welche diesen Zeitraum betreffen, fallen noch nicht unter die Verjährungsfrist.

Ein Vergleich der für den Zeitraum erfolgten Abrechnungen bzw. Meldungen mit den zum jetzigen Stichtag auf den Konten festgestellten Ein- und Auszahlungen ergab eine Forderung des LWL´s für den Zeitraum 2014 bis 2016 von insgesamt 150.732,65 €. Auf eine Auswertung von Vorgangsnummern, bei denen nur eine Differenz im Rahmen des Vergleichs von unter 1.000,-- € festgestellt wurde, ist aufgrund der in diesem Rahmen erforderlichen umfangreichen Prüfung verzichtet worden. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich um Ein- oder Auszahlungen handelt, die nach Erstellung der Abrechnung gebucht worden sind.

## 7.3 FB 50 Arbeit und Soziales – Hilfe zur Pflege (ambulant)

| Geprüfte Produktgruppe \| Geprüftes Produkt | Geprüfte/s Haushaltsjahr/e |
|---|---|
| 50.02 / 50.02.01 | 2017 |
| Zuständige Verwaltungsdienststelle<br>FB 50.2 Hilfe zur Pflege (ambulant) | Mai/Juni 2018 |

### 7.3.1 Prüfungsanlass

Es handelt sich um eine Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung, welche erstmalig durchgeführt wird. Ausschlaggebend hierfür ist, dass der Kreis Unna mit Änderung der Delegationssatzung diesen Aufgabenbereich seit 2011 sukzessive unmittelbar wahrnimmt. Erst seit dem 01.01.2012 erfolgt insgesamt eine Aufgabenwahrnehmung durch den Kreis Unna.

### 7.3.2 Grundlagen

Die nach § 103 Abs. 1 GO NW vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses erstreckt sich gem. § 101 Abs. 1 Satz 2 GO NW darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Dies schließt Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen ein. In die Prüfung der Jahresrechnung sind nach § 103 Abs. 1 GO NW die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Aufgaben auch dann mit einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch den Träger der Sozialhilfe vorgenommen werden. Die Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten (RPA) nimmt die Prüfungsaufgabe nach § 103 Abs. 1 GO NW als Pflichtaufgabe wahr.

Leistungen zur Absicherung der Pflege werden insbesondere erbracht im Rahmen der Pflegeversicherung (SGB XI) durch die Pflegekassen und im Rahmen der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII durch Sozialhilfeträger.
Dabei stellt die seit 1995 bestehende soziale Pflegeversicherung (SGB XI) nur eine Grundabsicherung für den Fall des Eintritts von Pflegebedürftigkeit dar. Bei den Leistungen der Pflegeversicherung (SGB XI) handelt es sich um Fest-/Höchstbeträge. Demgegenüber gilt für das SGB XII der Bedarfsdeckungsgrundsatz; d.h. die Hilfeleistung im Rahmen der Sozialhilfe basiert auf den durch den Sozialhilfeträger festgestellten tatsächlichen notwendigen Bedarf. Handelt es sich um zweckidentische Leistungen gehen die Leistungen nach dem SGB XI den Leistungen nach dem SGB XII vor.

Die Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII (§§61 bis 66 SGB XII) umfasst nach § 61 Abs. 2 SGB XII häusliche Pflege, Hilfsmittel, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege und stationäre Pflege. Je nach Fallkonstellation ist der örtliche oder überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Gewährung der ambulanten Hilfe zur Pflege sachlich zuständig. Mit Delegationssatzung des Kreises Unna vom 29.06.2011 ist die Gewährung von Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen gem. §§ 61 ff. SGB XII im Einvernehmen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden von einer Delegation ausgenommen worden. Eine Leistungsgewährung im Rahmen der ambulanten Hilfe zur Pflege erfolgt aus diesem Grunde unmittelbar durch den Kreis Unna als örtlicher Träger. Darüber hinaus erbringt der Kreis Unna aufgrund der Delegationssatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) ambulante Leistungen der Hilfe zur Pflege im Auftrage des LWL.

Der Gesetzgeber hat die Situation der Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen durch Verabschiedung der Pflegestärkungsgesetze (PSG) I bis III verbessert. Mit den Pflegestärkungsgesetzen II und III

wurde zum 01.01.2017 ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt, der einen gleichen Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung gewährleistet, unabhängig davon, ob die Pflegebedürftigkeit kognitiv, psychisch oder körperlich bedingt ist. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der besseren Einstufung von Menschen mit Demenz.

Darüber hinaus ist ein neues Begutachtungsinstrument eingeführt worden, mit dem die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade ersetzt wurden. Seit dem 01.01.2017 geht es in der Begutachtung darum, wie selbständig ein Pflegebedürftiger bei der Bewältigung seines Alltags ist. In sechs Bereichen werden dazu die individuellen Beeinträchtigungen und Fähigkeiten des Pflegebedürftigen erfasst und über ein Punktesystem bewertet. Die ermittelte Gesamtpunktzahl ist ausschlaggebend für die Zuordnung zu einem bestimmten Pflegegrad.

Neu ist in diesem Zusammenhang auch, dass für den Erhalt von Hilfe zur Pflege die Zuordnung zu einem Pflegegrad und damit mindestens zum Pflegegrad I auch im SGB XII Grundvoraussetzung ist. Nach altem Recht bestand für Personen ohne Pflegestufe (sog. Pflegestufe 0) noch die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen eine Pflegebeihilfe zu erhalten. Besteht ohne Pflegegrad ein Bedarf an hauswirtschaftlicher Versorgung oder ein geringfügiger Bedarf in Form der Übernahme einzelner Verrichtungen des täglichen Lebens, hat der Sozialhilfeträger nach aktuellem Recht zu prüfen, ob bzw. inwieweit andere Hilfen in Betracht kommen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die »Hilfe zur Weiterführung des Haushalts« und die »Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 Abs. 3 SGB XII«, wofür aufgrund der Delegationssatzung derzeit die sachliche Zuständigkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gegeben ist.

In die Prüfung einbezogen wurden Hilfefälle, in denen häusliche Pflegehilfe in Form von Pflegesachleistungen (mindestens Pflegegrad 2) gewährt wurde. Handelte es sich um Antragsberechtigte, welche innerhalb von ambulant betreuten Wohnformen, in diesem Fall von Pflegewohngemeinschaften, gepflegt und betreut wurden, sind die Besonderheiten dieser Leistungserbringung geprüft worden. Nachfolgend werden nur die prüfungsrelevanten gesetzlichen Regelungen aufgeführt.

- **Örtliche und Überörtliche Träger der Sozialhilfe**

Die Sozialhilfe wird nach § 3 Abs. 1 SGB XII von örtlichen und überörtlichen Trägern geleistet. Der Kreis Unna ist nach § 3 Abs. 2 SGB XII örtlicher Träger der Sozialhilfe. Nach § 3 Abs. 3 SGB XII in Verbindung mit § 1 Abs. 1 AG-SGB XII NRW sind überörtliche Träger der Sozialhilfe die Landschaftsverbände. Der Kreis Unna gehört dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe an.

- **Sachliche Zuständigkeit nach dem SGB XII**

Für die Sozialhilfe sachlich zuständig ist der örtliche Träger der Sozialhilfe nach § 97 Abs. 1 SGB XII, soweit nicht der überörtliche Träger sachlich zuständig ist. Nach § 97 Abs. 2 SGB XII in Verbindung mit § 2 a Abs. 1 Nr. 2 des Landesausführungsgesetzes zum SGB XII für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB XII NRW) ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe, in diesem Fall der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), sachlich zuständig

- für alle ambulanten Leistungen nach dem Sechsten (Eingliederungshilfe für behinderte Menschen) und Siebten (Hilfe zur Pflege) Kapitel des SGB XII für Menschen mit Behinderungen von der **Vollendung des 18. Lebensjahres bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres** ohne die ein selbständiges Wohnen außerhalb der Herkunftsfamilie nicht ermöglicht oder gesichert werden kann.
- für Personen, die **bei Vollendung des 65. Lebensjahres ununterbrochen seit mindestens 12 Monaten** Leistungen in diesem Sinne erhalten haben, wenn die Leistung weiterhin in ambulanter Form erbracht wird.

Der LWL als überörtlicher Träger der Sozialhilfe hat mit Delegationssatzung vom 24.11.2016 u.a. zur Durchführung nachfolgender Aufgaben den örtlichen Träger herangezogen:

- Ambulante Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel SGB XII für Menschen mit Behinderungen, die vom überörtlichen Träger der Sozialhilfe gleichzeitig Eingliederungshilfeleistungen nach dem Sechsten Kapitel im Rahmen des betreuten Wohnens (§ 2a Abs. 1 Nr. 2 AG-SGB XII) erhalten,
- Ambulante Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel SGB XII für Menschen mit Behinderungen, soweit der überörtliche Träger nach § 2a Abs. 1 Nr. 2 AG-SGB XII NRW sachlich zuständig ist, wenn diese mit dem Ziel geleistet werden, ein selbständiges Wohnen außerhalb der Herkunftsfamilie zu ermöglichen oder zu sichern. Die Heranziehung umfasst in diesen Fällen alle gleichzeitig zu erbringenden Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel SGB XII, mit Ausnahme der Blindenhilfe. Dies beinhaltet die Hilfe zur Gesundheit, die Eingliederungshilfe, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und die Hilfe in anderen Lebenslagen.

- **Örtliche Zuständigkeit nach dem SGB XII im Rahmen ambulanter Hilfe zur Pflege**

Für die Sozialhilfe örtlich zuständig ist nach § 98 Abs. 1 SGB XII grundsätzlich der Träger der Sozialhilfe, in dessen Bereich sich die Leistungsberechtigten tatsächlich aufhalten.
Für Leistungen nach diesem Buch an Personen, die Leistungen nach dem Sechsten bis Achten Kapitel in Formen ambulanter betreuter Wohnformen erhalten, ist nach § 98 Abs. 5 SGB XII der Träger der Sozialhilfe örtlich zuständig, der vor Eintritt in diese Wohnform zuletzt zuständig war oder gewesen wäre. Vor Inkrafttreten des SGB XII begründete Zuständigkeiten bleiben hiervon unberührt.

- **Besonderheiten im Rahmen der Antragstellung**

Nach § 18 Abs. 1 SGB XII setzt die Sozialhilfe, mit Ausnahme der Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, ein, sobald dem Träger der Sozialhilfe oder den von ihm beauftragten Stellen bekannt wird, dass die Voraussetzungen für die Leistungen vorliegen. Wird einem nicht zuständigen Träger der Sozialhilfe oder einer nicht zuständigen Gemeinde im Einzelfall bekannt, dass Sozialhilfe beansprucht wird, so sind nach Absatz 2 dieser Vorschrift die darüber bekannten Umstände dem zuständigen Träger der Sozialhilfe oder der von ihm beauftragten Stelle unverzüglich mitzuteilen und vorhandene Unterlagen zu übersenden. Ergeben sich daraus die Voraussetzungen für die Leistungen, setzt die Sozialhilfe zu dem nach Satz 1 maßgebenden Zeitpunkt ein.

- **Anspruchsgrundlage**

Hilfe zur Pflege wird nach § 19 Abs. 3 SGB XII nach dem Siebten Kapitel SGB XII gewährt, soweit den Leistungsberechtigten, ihren nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartnern und, wenn sie minderjährig und unverheiratet sind, auch ihren Eltern oder einem Elternteil die Aufbringung der Mittel aus dem Einkommen und Vermögen nach den Vorschriften des Elften Kapitels dieses Buches nicht zuzumuten ist.

- **Leistungsberechtigte nach dem Siebten Kapitel (Hilfe zur Pflege)**

Nach § 61 SGB XII haben Personen Anspruch auf Hilfe zur Pflege, soweit ihnen und ihren nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartnern nicht zuzumuten ist, dass sie die für die Hilfe zur Pflege benötigten Mittel aus dem Einkommen und Vermögen nach den Vorschriften des Elften Kapitels aufbringen. Sind die Personen minderjährig und unverheiratet, so sind auch das Einkommen und das Vermögen ihrer Eltern oder eines Elternteiles zu berücksichtigen.

- **Begriff der Pflegebedürftigkeit**

Pflegebedürftig sind nach § 61 a Abs. 1 SGB XII Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb der Hilfe durch andere bedürfen. Pflege-

bedürftige Personen in diesem Sinne können körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbständig kompensieren oder bewältigen. Welche Bereiche und Kriterien in diesem Rahmen von Bedeutung sind, ergibt sich im Einzelnen aus Absatz 2 dieser Vorschrift.

- **Pflegegrade**

Nach § 61 b Abs. 1 SGB XII sind pflegebedürftige Personen für die Gewährung von Leistungen der Hilfe zur Pflege entsprechend den im Begutachtungsverfahren nach § 62 ermittelten Gesamtpunkten in einen der Schwere der Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeit entsprechenden Pflegegrad einzuordnen. Dabei wird unterschieden zwischen dem Pflegegrad 1 (ab 12,5 bis unter 27 Gesamtpunkte) und Pflegegrad 5 (ab 90 bis 100 Gesamtpunkte).

Pflegebedürftige mit besonderen Bedarfskonstellationen, die einen spezifischen, außergewöhnlich hohen Hilfebedarf mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung aufweisen, können aus pflegefachlichen Gründen dem Pflegegrad 5 zugeordnet werden, auch wenn ihre Gesamtpunkte unter 90 liegen.

- **Ermittlung des Grades der Pflegebedürftigkeit**

Die Ermittlung des Pflegegrades erfolgt nach § 62 SGB XII durch ein Begutachtungsinstrument nach Maßgabe des § 15 des Elften Buches (Soziale Pflegeversicherung).

- **Bindungswirkung**

Die Entscheidung der Pflegekasse über den **Pflegegrad** ist nach § 62 a SGB XII für den Träger der Sozialhilfe bindend, soweit sie auf Tatsachen beruht, die bei beiden Entscheidungen zu berücksichtigen sind. Bei seiner Entscheidung kann sich der Träger der Sozialhilfe der Hilfe sachverständiger Dritter bedienen. Auf Anforderung unterstützt der Medizinische Dienst der Krankenversicherung den Träger der Sozialhilfe bei seiner Entscheidung und erhält hierfür Kostenersatz, der zu vereinbaren ist.

In den Schutz der sozialen Pflegeversicherung sind kraft Gesetzes alle einbezogen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind. Wer gegen Krankheit bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert ist, muss eine private Pflegeversicherung abschließen.
Träger der sozialen Pflegeversicherung sind nach § 1 SGB XI die Pflegekassen; ihre Aufgaben werden von den Krankenkassen (§ 4 SGB V) wahrgenommen.

- **Notwendiger pflegerischer Bedarf**

Die Träger der Sozialhilfe haben nach § 63 a SGB XII den notwendigen pflegerischen Bedarf zu ermitteln und festzustellen.

- **Vorrang**

Soweit häusliche Pflege ausreicht, soll der Träger der Sozialhilfe nach § 64 SGB XII darauf hinwirken, dass die häusliche Pflege durch Personen, die dem Pflegebedürftigen nahestehen, oder als Nachbarschaftshilfe übernommen wird.

- **Leistungen für Pflegebedürftige**

Die Hilfe zur Pflege umfasst für Pflegebedürftige der Pflegegrade 2, 3, 4 oder 5 unter anderem häusliche Pflege in Form von

- Pflegegeld (§ 64 a SGB XII)
- häuslicher Pflegehilfe (§ 64 b SGB XII)
- Verhinderungspflege (§ 64 c SGB XII)

- Pflegehilfsmitteln (§ 64 d SGB XII)
- Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes (§ 64 e SGB XII)
- anderen Leistungen (§ 64 f SGB XII).

Nachfolgend werden die zwei Leistungsarten, die am häufigsten in Anspruch genommen werden, dargestellt:

- **Pflegegeld**

Nach § 64 a SGB XII haben Pflegebedürftige der **Pflegegrade 2, 3, 4 oder 5** bei häuslicher Pflege Anspruch auf Pflegegeld in Höhe des Pflegegeldes nach § 37 Abs. 1 SGB XI. Der Anspruch auf Pflegegeld setzt voraus, dass die Pflegebedürftigen und die Sorgeberechtigten bei pflegebedürftigen Kindern die erforderliche Pflege mit dem Pflegegeld in geeigneter Weise selbst sicherstellen.

- **Häusliche Pflegehilfe**

Pflegebedürftige der **Pflegegrade 2, 3, 4 oder 5** haben Anspruch auf körperbezogene Pflegemaßnahmen und pflegerische Betreuungsmaßnahmen sowie auf Hilfen bei der Haushaltsführung als Pflegesachleistung (häusliche Pflegehilfe), soweit die häusliche Pflege nach § 64 SGB XII nicht sichergestellt werden kann. Mehrere Pflegebedürftige der Pflegegrade 2, 3, 4 oder 5 können die häusliche Pflege gemeinsam in Anspruch nehmen. Häusliche Pflegehilfe kann auch Betreuungs- und Entlastungsleistungen durch Unterstützungsangebote im Sinne des § 45a (Entlastungsbetrag) umfassen; § 64 i bleibt unberührt.

Pflegerische Betreuungsmaßnahmen umfassen Unterstützungsleistungen zur Bewältigung und Gestaltung des alltäglichen Lebens im häuslichen Umfeld, insbesondere

- bei der Bewältigung psychosozialer Problemlagen oder von Gefährdungen,
- bei der Orientierung, bei der Tagesstrukturierung, bei der Kommunikation, bei der Aufrechterhaltung sozialer Kontakte und bei bedürfnisgerechten Beschäftigungen im Alltag sowie
- durch Maßnahmen zur kognitiven Aktivierung.

- **Nachranggrundsatz nach § 2 SGB XII**

Sozialhilfe erhält nach § 2 Abs. 1 SGB XII nicht, wer sich vor allem durch Einsatz seiner Arbeitskraft, seines Einkommens und seines Vermögens selbst helfen kann oder wer die erforderliche Leistung von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält. Danach ist u.a. zu prüfen, ob andere Sozialleistungsträger nach deren gesetzlichen Vorgaben verpflichtet sind, die Leistung zu erbringen. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang § 63 b SGB XII zu beachten.

- **Leistungskonkurrenz**

Leistungen der Hilfe zur Pflege werden nach § 63 b SGB XII grundsätzlich (s. § 63 b Abs.2 SGB XII) nicht erbracht, soweit Pflegebedürftige gleichartige Leistungen nach anderen Rechtsvorschriften erhalten.

Das Pflegegeld kann um bis zu zwei Drittel gekürzt werden, soweit die Heranziehung einer besonderen Pflegekraft erforderlich ist.

- **Vereinbarung nach § 75 SGB XII**

Auf Sozialhilfe besteht nach § 17 Abs. 1 SGB XII ein Anspruch, soweit bestimmt wird, dass die Leistung zu erbringen ist. Ob ein Anspruch besteht, hängt von verschiedenen Kriterien, insbesondere von den persönlichen und finanziellen Verhältnissen sowie von der Notwendigkeit der Behebung einer gegenwärtigen Notlage ab. Dabei werden die Leistungen nach § 10 SGB XII in Form von Dienst-, Geld- und Sachleistungen erbracht. Je nach Leistungsart sind die im Rahmen der häuslichen Hilfe zur Pflege gewährten Leistungen

den Geld- bzw. Sachleistungen zuzuordnen. Ausschlaggebend für die Zuordnung zur Sachleistung ist, dass diese Leistung dem Leistungsempfänger nicht in Form von Bargeld, sondern unmittelbar in Form des zu befriedigenden Bedarfs zukommt. Handelt es sich um eine Sachleistung bedient sich der Sozialhilfeträger im Rahmen der Bedarfsdeckung anderer Dienste, da der Sozialhilfeträger keine eigenen Dienste vorhält.

Handelt es sich um einen zugelassenen Pflegedienst im Sinne des § 72 SGB XI richten sich Art, Inhalt, Umfang und Vergütung der ambulanten Pflegeleistungen nach § 75 Abs. 5 SGB XII nach den Vorschriften des Achten Kapitels des Elften Buches, soweit nicht nach den Vorschriften des Siebten Kapitels weitergehende Leistungen zu erbringen sind.
Eine Abrechnung ambulanter Leistungen der Hilfe zur Pflege erfolgt insoweit nach dem Leistungskomplexsystem. Nach Einführung weitergehender Leistungskomplexe (31 + 32) zum 01.01.2017 sind grundsätzlich alle möglichen Tatbestände der Hilfe zur Pflege erfasst, weshalb aus Sicht der Prüferin nach aktuellem Recht eine Vereinbarung nach § 75 SGB XII für eine Abrechnung ambulanter Leistungen der Hilfe zur Pflege nicht mehr erforderlich ist. Der Abschluss einer Leistungs-; Qualitäts- und Vergütungsvereinbarung erleichtert jedoch die Sachbearbeitung in den Fällen, in denen Leistungen innerhalb einer Pflegewohngemeinschaft erbracht werden aufgrund der insoweit bestehenden Besonderheiten. In diesen Fällen ist die Bedarfsfeststellung durch das Pflegemanagement gegenüber einer Einzelversorgung regelmäßig umfangreicher. Ist eine LQV vorhanden und damit eine Kostenkalkulation über die Festsetzung der Pauschale bereits erfolgt, entfällt diese.

- **Einkommenseinsatz**

Der Einkommenseinsatz bemisst sich im Rahmen der Hilfe zur Pflege nach Einkommensgrenzen (§ 85 SGB XII).

Nach § 85 Abs. 1 SGB XII ist der nachfragenden Person und ihren nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner die Aufbringung der Mittel nicht zuzumuten, wenn während der Dauer des Bedarfs ihr monatliches Einkommen zusammen eine Einkommensgrenze nicht übersteigt, die sich ergibt aus

- einem Grundbetrag in Höhe des Zweifachen der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 SGB XII (Ermittlung der Regelbedarfe),
- den Aufwendungen für die Unterkunft, soweit diese den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang nicht übersteigen und
- einem Familienzuschlag in Höhe des auf volle Euro aufgerundeten Betrages von 70 vom Hundert der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 SGB XII für den nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner und für jede Person, die von der nachfragenden Person, ihrem nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner überwiegend unterhalten worden ist oder für die sie nach der Entscheidung über die Erbringung der Sozialhilfe unterhaltspflichtig werden.

Ist der Leistungsempfänger minderjährig ist bezüglich des Einkommenseinsatzes § 85 Abs. 2 SGB XII zu beachten.

- **Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze**

Soweit das zu berücksichtigende Einkommen die Einkommensgrenze übersteigt, ist die Aufbringung der Mittel in angemessenem Umfange zuzumuten. Bei der Prüfung, welcher Umfang angemessen ist, sind insbesondere die Art des Bedarfs, die Art oder Schwere der Behinderung oder der Pflegebedürftigkeit, die Dauer und Höhe der erforderlichen Aufwendungen sowie besondere Belastungen der nachfragenden Person und ihrer unterhaltsberechtigten Angehörigen zu berücksichtigen. Bei Pflegebedürftigen der Pflegegra-

de 4 und 5 und blinden Menschen nach § 72 SGB XII ist ein Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze in Höhe von mindestens 60 vom Hundert nicht zuzumuten.

- **Vermögenseinsatz**

Nach § 90 Abs. 1 SGB XII ist grundsätzlich das gesamte verwertbare Vermögen einzusetzen. Zu beachten sind die im Abs. 2 dieser Vorschrift genannten Schutzbestimmungen und die Härtefallregelung des § 90 Abs. 3 SGB XII.

Nach § 90 Abs. 2 Nr. 9 SGB XII darf die Sozialhilfe beispielsweise nicht abhängig gemacht werden vom Einsatz oder von der Verwertung kleinerer Barbeträge oder sonstiger Geldwerte. Nach § 1 der VO zu § 90 SGB XII (Fassung ab 01.04.2017) sind kleinere Barbeträge oder sonstige Geldwerte in diesem Sinne

- für jede in § 19 Abs. 3 SGB XII genannte volljährige Person sowie für jede alleinstehende minderjährige Person, 5.000,-- €,
- für jede Person, die von einer Person nach Nummer 1 überwiegend unterhalten wird, 500,-- €.

- **Im Zusammenhang mit dieser Prüfung sind für das Produkt folgende Vorschriften und Unterlagen relevant:**
  - SGB I, SGB V, SGB IX, SGB X, SGB XI und SGB XII
  - Vereinbarungen gem. § 75 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch –Sozialhilfe- (SGB XII) zwischen dem Kreis Unna und Betreibern von Pflegewohngemeinschaften
  - Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI
  - Vergütungsvereinbarung der Pflegedienste nach § 89 SGB XI
  - Leistungskomplexsystem nach dem SGB XI

### 7.3.3 Prüfungsverlauf

Die Leistungsgewährung wird wahrgenommen durch 3 Sachbearbeiterinnen mit einem Stellenanteil von insgesamt 2,5 (VZÄ) einschließlich einer Mitarbeiterin mit Produktverantwortung. Davon beinhaltet eine Stelle Haushaltsangelegenheiten (0,1 VZÄ). Für die Produktverantwortung ist ein Stellenanteil von 0,1 einkalkuliert. Die Produktverantwortliche wird ab 01.07.2018 zu 50 % im Leistungsbereich der stationären Hilfe zur Pflege eingesetzt. Von der Leistungsgewährung getrennt wurde die Abrechnung der Leistungen. Im Sachgebiet 50.2 wurde hierfür eine Abrechnungsstelle eingerichtet. Für die Abrechnung der ambulanten Pflegeleistungen ist eine Sachbearbeiterin mit einem Stellenanteil von 0,5 eingesetzt. Die Ermittlung und Feststellung des tatsächlichen notwendigen Bedarfs erfolgt durch 2 Pflegefachkräfte mit einem Stellenanteil von insgesamt 2,0. Die Pflegefachkräfte decken weitere Tätigkeitsfelder ab. Hierbei handelt es sich um Begutachtungen für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie für das Jobcenter und andere kommunale Träger im Rahmen von Amtshilfeersuchen.

Die Hilfe zur Pflege umfasst verschiedene Leistungen (s. II.Grundlagen). In die Prüfung des Haushaltsjahres 2017 einbezogen wurden aufgrund des größeren Finanzvolumens Leistungsfälle, in denen häusliche Pflegehilfe nach § 64b SGB XII zu Lasten des Kreises Unna gezahlt wurden. Die Auswahl erfolgte anhand der Zahlliste für Dezember 2017 bzw. anhand einer Gesamtauflistung der Fälle des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für das Jahr 2017. Im Rahmen der Prüfung wurde darauf geachtet, dass unterschiedliche Fallkonstellationen und Fälle aller drei Mitarbeiterinnen herangezogen wurden. Es handelt sich um eine stichprobenhafte Prüfung. Hierunter befanden sich 13 Leistungsfälle des örtlichen Trägers der Sozialhilfe und 5 Leistungsfälle des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe.

Zur Wahrung einer einheitlichen Aufgabenerfüllung und Sicherstellung eines guten Informationsaustauschs finden nach Aussage der Sachgebietsleitung in der Regel einmal monatlich Produktbesprechungen statt. Hierzu wird vorab bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen angefragt, ob bzw. inwieweit Fallkonstellationen aufgetreten sind, welche besprochen werden sollen. Einer Niederschrift konnte entnommen werden, dass darüber hinaus über Änderungen und Vorgehensweisen ausführlich informiert wird. Es gibt jeweils eine Produktverantwortliche für den ambulanten und für den stationären Bereich, wobei die Produktverantwortliche des stationären Bereichs für generelle Angelegenheiten beider Bereiche zuständig ist. Hierzu gehört u.a. die Erstellung von Richtlinien.

Das Sachgebiet verfügt über ein Einarbeitungskonzept, welches individuell unter Berücksichtigung der Vorkenntnisse aus anderen Fachbereichen für jeden Mitarbeiter/ jede Mitarbeiterin angepasst wird. Darüber hinaus ist ein Prozesshandbuch vorhanden, welches durch den Fachdienst 10 in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 50 erstellt wurde.

Aufgrund der Gesetzesänderung zum 01.01.2017 war die gesetzlich vorgegebene Überleitung in die neu maßgebenden Pflegegrade zu beachten. Besteht eine Pflegeversicherung entweder aufgrund einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung ist die durch die Pflegekasse erfolgte Überleitung in die Pflegegrade nach § 140 SGB XI für den Sozialhilfeträger bindend. In den übrigen Fällen ergibt sich die Überleitung in die jeweiligen Pflegegrade aus § 137 SGB XII.

Den Aktenvorgängen konnte entnommen werden, dass eine rechtskonforme Überleitung in den geprüften Altfällen erfolgt ist. Den Sachbearbeiterinnen standen für diesen Vorgang entsprechend ausgearbeitete Informationsschreiben, Mustervordrucke und -bescheide zur Verfügung.

Die gesetzliche Regelung sieht darüber hinaus ab 01.01.2017 vor, dass Leistungen der ambulanten Hilfe zur Pflege nur noch gewährt werden können, wenn mindestens der Pflegegrad 1 festgestellt wurde. Demgegenüber war es nach altem Recht noch möglich, eine Pflegebeihilfe unterhalb der Pflegestufe 1 (sog. Pflegestufe 0) zu erhalten. Der Gesetzgeber hat u.a. für diese Fälle eine Übergangsregelung vorgesehen. Nach § 138 SGB XII (Übergangsregelung) sind einer Person, die am 31.12.2016 einen Anspruch auf Leistungen nach dem Siebten Kapitel (Hilfe zur Pflege) in der am 31.12.2016 geltenden Fassung hatte, die ihr am 31.12.2016 zustehenden Leistungen über den 31.12.2016 hinaus bis zum Abschluss des von Amts wegen zu betreibenden Verfahrens zur Ermittlung und Feststellung des Pflegegrades und des notwendigen pflegerischen Bedarfs nach § 63a SGB XII in der ab 01.01.2017 geltenden Fassung weiter zu gewähren.

Eine Prüfung der maßgeblichen Finanzkonten ergab, dass zu Lasten des Kreises Unna als örtlicher Träger der Sozialhilfe **Häusliche Pflegehilfe in Form von Pflegebeihilfe und Pflegesachleistungen** nach altem Recht bis einschl. März 2018 und zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe als überörtlichen Träger letztmalig am 20.12.2017 gebucht wurden. Für den Kreis Unna konnte in diesem Rahmen für das HHJ 2017 ein Gesamtaufwand in Höhe von 114.103,22 € und für 2018 in Höhe von 941,62 € festgestellt werden. Dabei verringerte sich die jeweilige Monatsleistung im Laufe des Jahres. Der Gesamtaufwand, der zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe aufgebracht wurde, belief sich auf 22.061,71 € für das Jahr 2017. Eine Umstellung im Sinne der aktuellen gesetzlichen Regelung ist sowohl im Bezug auf die für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe als auch die für den Kreis Unna erbrachten Leistungen zwischenzeitlich vollzogen. Auf eine Prüfung in Form eines Aktenstudiums ist aus diesem Grunde verzichtet worden.

Ist der Antragsberechtigte pflegeversichert, erfolgt eine Begutachtung und in diesem Rahmen die Feststellung des Pflegegrades durch den medizinischen Dienst, welcher von der zuständigen Pflegekasse hierzu

beauftragt wird. In den übrigen Fällen hat der Sozialhilfeträger diese Feststellung vorzunehmen. Er kann sich der Hilfe sachverständiger Dritter bedienen. Es wurde geprüft, wie in diesen Fällen verfahren wird.

Den Akten konnte entnommen werden, dass der medizinische Dienst der Privaten „Medicproof“ durch den Kreis Unna beauftragt wird, die Begutachtung zwecks Feststellung des Pflegegrades durchzuführen. Die abgerechneten Beträge für die jeweiligen Gutachten entsprachen den Sätzen laut Vergütungsübersicht des medizinischen Dienstes. Dabei wird unterschieden zwischen den jeweiligen Gutachterhonoraren und Verwaltungspauschalen. Der medizinische Dienst rechnet nach Angaben der Produktverantwortlichen pro Sachbearbeiterin die begutachteten Hilfefälle ab. Die Kontierungen sind korrekt erfolgt. Den Rechnungsbelegen sind die Kontierungsbelege beigefügt, auf denen die sachliche und rechnerische Richtigkeit bestätigt wurden. Entsprechend der Empfehlung der Rechnungsprüfung werden nach Angaben des Sachgebietsleiters auf den Rechnungen Prüfungen zukünftig dokumentiert.

Die häusliche Pflegehilfe setzt sich aus einzelnen Hilfeleistungen zusammen. Grundlage für die Festsetzung der insoweit möglichen Leistungsansprüche ist neben der Festlegung des Pflegegrades die nach § 63 a SGB XII durch den Träger der Sozialhilfe vorzunehmende Ermittlung und Feststellung des notwendigen pflegerischen Bedarfs.

Nach Feststellung des Pflegegrades durch den medizinischen Dienst, wird das Gutachten in der Regel an das Pflegemanagement zwecks Ermittlung und Feststellung des notwendigen pflegerischen Bedarfs weitergeleitet. Einem dem Gutachten beigefügten Arbeitsplan ist zusammengefasst und übersichtlich zu entnehmen, welche Leistungskomplexe in welcher Häufigkeit und zu welchen Zeiten abgerechnet werden können. Vom Leistungskomplexsystem abweichende Regelungen sind dem Arbeitsplan bzw. dem Gutachten des Pflegemanagement ebenfalls zu entnehmen.
Die durch das Pflegemanagement festgestellten notwendigen Hilfeleistungen werden als Bedarf im Bewilligungsbescheid übernommen.
Eine Begutachtung durch das Pflegemanagement ist zu Recht nicht erfolgt, wenn mit Anbietern von Pflege- und Betreuungsleistungen innerhalb einer Pflegewohngemeinschaft eine Leistungs-, Qualitäts- und Vergütungsvereinbarung nach § 75 SGB XII (LQV) mit dem Träger der Sozialhilfe abgeschlossen wurde. Die hiernach vereinbarte Pauschale deckt eine 24-Stunden-Versorgung im Bereich der Pflege und pflegerischen Betreuung ab.
In einem Hilfefall wurde auf eine Bedarfsfeststellung verzichtet, weil die Abrechnung nach Leistungskomplexen unter Einbeziehung des Leistungskomplexes 31 (Pflegerische Betreuungsmaßnahmen) nicht höher ausfiel, als die zuvor geltende LQV. In dem besagten Hilfefall lagen Kostenvoranschläge des Leistungsanbieters vor, aus denen die berechneten Zeitkontingente des LK´s 31 und weitere LK´s ersichtlich waren. Die Vorgehensweise ist aus Verwaltungsvereinfachungsgründen grundsätzlich nachvollziehbar, zumal die zuvor vereinbarte LQV eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung sicherstellte. Unabhängig davon erfordert die veränderte Abrechnungsart, aktuell nach Leistungskomplexen, eine konkrete Bedarfsfeststellung. Es wurde vereinbart, dass diese in dem maßgebenden Hilfefall nachgeholt wird.

In einzelnen Hilfefällen ist neben der Gewährung von häuslicher Pflegehilfe in Form von Pflegesachleistungen ein anteiliges Pflegegeld gewährt worden. Der Anspruch auf Pflegegeld setzt nach § 64a Abs. 1 SGB XII voraus, dass die Pflegebedürftigen mit dem Pflegegeld die erforderliche Pflege in geeigneter Weise selbst sicherstellen.

Den geprüften Vorgängen konnte entnommen werden, dass ein anteiliges Pflegegeld zusätzlich zu erbrachten Pflegesachleistungen nur in den Fällen gewährt wurde, in denen eine Pflegeperson vorhanden

war. Aus den Pflegegutachten ergab sich, ob eine Pflegeperson benannt wurde. Die Entscheidung ist aus Sicht der Prüferin nachvollziehbar. Es wird jedoch empfohlen, diese in der Akte zu dokumentieren.

Die Gewährung einer **häuslichen Pflegehilfe** setzt u.a. eine finanzielle Hilfebedürftigkeit voraus. Ob bzw. inwieweit der Antragsberechtigte zur Deckung des Bedarfs Einkommen einzusetzen hat, beurteilt sich nach Einkommensgrenzen. Der Gesetzgeber sieht je nach Fallkonstellation einen Einkommenseinsatz über der Einkommensgrenze bzw. unter der Einkommensgrenze vor. In der ambulanten Hilfe zur Pflege ist der Einkommenseinsatz über der Einkommensgrenze von Bedeutung. Dieser ist nach § 87 Abs. 1 SGB XII nur in angemessenem Umfange zuzumuten. Für Pflegebedürftige der Pflegegrade 4 und 5 sieht die Vorschrift ergänzend hierzu vor, dass ein Einkommenseinsatz über der Einkommensgrenze in Höhe von mindestens 60 % nicht zuzumuten ist.

Im Rahmen einer Dienstbesprechung (Niederschrift Nr. 01/2017 vom 05.01.2017) wurde festgelegt, dass ein Einkommenseinsatz über der Einkommensgrenze bei Pflegegrad 2 in Höhe von 80 % und bei Pflegegrad 3 von 60 % des anzurechnenden Einkommens grundsätzlich als angemessen angesehen wird. Hiervon ausgenommen sind die Pflegebedürftigen einer Pflege-Wohngemeinschaft. In diesen Fällen wird seitens des Sachgebietes ein Einkommenseinsatz über der Einkommensgrenze für Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 und 3 zu 100 % als angemessen angesehen.

Den Bewilligungsbescheiden konnte entnommen werden, dass eine Ermessensabwägung erfolgt. Zwecks Klarstellung wird empfohlen, die Kriterien, die zu diesen Regelungen geführt haben, festzuhalten.

Die Einkommensgrenzenberechnung einschließlich der Ermittlung des anrechenbaren Einkommens wurde anhand von Akten geprüft. Lag das Einkommen über der Einkommensgrenze wurde darauf geachtet, zu welchem Prozentsatz ein Eigenanteil erhoben wurde.

Den geprüften Vorgängen konnte entnommen werden, dass das anrechenbare Einkommen in der Regel unterhalb der Einkommensgrenze lag, weshalb ein Einkommenseinsatz nicht gefordert werden konnte. Lag das Einkommen über der Einkommensgrenze konnte festgestellt werden, dass die Festsetzung des Eigenanteils entsprechend der Vorgaben der Sachgebietsleitung bzw. der gesetzlichen Regelung erfolgt ist.

Neben dem Einkommen kann auch vorhandenes Vermögen für eine Hilfegewährung relevant sein. Es muss sich um einzusetzendes Vermögen im Sinne des § 90 SGB XII handeln. Dabei sind Freibeträge bzw. Schongrenzen zu beachten. Nach Aussage der Produktverantwortlichen wird je nach Höhe des einzusetzenden Vermögens die beantragte Leistung mit dem Hinweis abgelehnt, rechtzeitig vor Erreichung der Schongrenze erneut einen Antrag zu stellen. Handelt es sich um kleinere einzusetzende Beträge erfolgt eine Hilfegewährung unter Anrechnung des festgesetzten Eigenanteils.

Im Rahmen der Prüfung eines Neuzugangs 2017 nach dem 01.04.2017 enthielt das Vorblatt den Hinweis auf eine Bestattungsvorsorge in Form einer Lebensversicherung. Den Unterlagen konnte entnommen werden, dass sich der Rückkaufswert im Februar 2017 auf 2.350,-- € belief. Im Todesfall wäre nach dem vorliegenden Informationsschreiben der Versicherungsgesellschaft ein Betrag in Höhe von 5.250,-- € fällig. Den Richtlinien des Kreises Unna über die Angemessenheit einer Bestattungsvorsorge/Grabpflege kann entnommen werden, dass gekoppelte Sterbegeld-/Lebensversicherungen grundsätzlich nicht zu den im Rahmen einer Bestattungsvorsorge berücksichtigungsfähigen Anlageformen zählen. Eine weitergehende Prüfung konnte in diesem Fall seitens der Prüferin unterbleiben, weil der Rückkaufswert der Lebensversicherung einschließlich des vorhandenem Sparguthabens in Höhe von 1.897,16 € zum Zeitpunkt der An-

tragstellung unterhalb der für kleinere Barbeträge oder sonstige Geldwerte maßgeblichen Vermögensfreigrenze in Höhe von 5.000,-- € lag. Ein Vermögenseinsatz ist in diesem Fall zu Recht nicht gefordert worden.

Im Rahmen des Nachranggrundsatzes nach § 2 SGB XII ist neben dem Einsatz eigener Mittel in Form von Einkommen und Vermögen auch zu prüfen, inwieweit es Ansprüche gegenüber Dritte gibt. Dies betrifft insbesondere die Realisierung von Unterhaltsansprüchen und von Ansprüchen gegenüber Dritten aufgrund bestehender Verträge bzw. Schenkungen. Die Überprüfung ob bzw. inwieweit Unterhalt zu fordern ist, erfolgt durch die Unterhaltsabteilung des Sachgebietes 50.1. Die Prüfung bezog sich aus diesem Grunde nur auf die grundsätzliche Erfassung von Unterhaltsverpflichteten und Weitergabe der Information an die Unterhaltsabteilung durch die Leistungssachbearbeiterinnen. Demgegenüber werden Ansprüche aus Verträgen bzw. aufgrund von Schenkungen durch die Sachbearbeiterinnen des Sachgebietes 50.2 geprüft und geltend gemacht.

Im aktuellen Fallakten-Vorblatt ist vermerkt, ob Unterhaltsverpflichtete vorhanden sind sowie ob Rechtswahrungsanzeigen versandt wurden. Es gibt für den Unterhalt separate Akten, die farblich gekennzeichnet sind. In einem Hilfefall bestand ein Rückhaftungsanspruch wegen Nichtausübung des Wohnrechts aufgrund des Einzuges in eine Pflegewohngemeinschaft. Der Akte konnte entnommen werden, dass eine Überleitung des Anspruchs und Geltendmachung durch die Sachbearbeiterin erfolgt ist. Einem gerichtlichen Vergleich konnte entnommen werden, dass seitens des Vertragsnehmers 300,-- € monatlich zu leisten sind. Eine Überprüfung des entsprechenden Ertragskontos ergab, dass die Beträge monatlich eingegangen sind.

Wird häusliche Pflegehilfe in einer **Pflegewohngemeinschaft** beansprucht, ist die Bewertung derselben von Bedeutung. Diese hat Auswirkungen auf die Bestimmung des örtlich zuständigen Trägers der Sozialhilfe. Darüber hinaus sind Vereinbarungen nach § 75 SGB XII zu beachten, welche Inhaber bzw. Träger von Pflegediensten mit Trägern der Sozialhilfe abgeschlossen haben.

Die örtliche Zuständigkeit bemisst sich nach § 98 Abs. 1 SGB XII grundsätzlich nach dem tatsächlichen Aufenthalt des Antragsberechtigten. Zum Schutz des Einrichtungsortes ist im § 98 SGB XII für die stationären Leistungen sowie für ambulant betreute Wohnformen eine abweichende Regelung aufgenommen worden. Im Rahmen der Erbringung ambulanter Hilfe zur Pflege ist insoweit die für ambulant betreute Wohnformen aufgenommene Regelung bedeutsam. Handelt es sich um eine ambulant betreute Wohnform im Sinne des § 98 Abs. 5 SGB XII sind für die Bestimmung des örtlichen Trägers der Sozialhilfe die Aufenthaltsverhältnisse vor Aufnahme in diese Wohnform maßgebend.

§ 98 Abs. 5 SGB XII erfasst nur ambulant betreute Wohnformen, innerhalb derer Leistungen nach dem Sechsten bis Achten Kapitel SGB XII (Eingliederungshilfe/ Hilfe zur Pflege/ Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten) erbracht werden. Nach dem Urteil des Bundessozialgerichtes, Az.: B 8 SO 6/15 R, vom 30.06.2016 zählen hierzu auch ambulant betreute Wohnformen, innerhalb derer ausschließlich Leistungen der Hilfe zur Pflege erbracht werden. Für die Zuordnung einer Wohnform zum § 98 Abs. 5 SGB XII ist danach Voraussetzung, dass Zielsetzung der Leistung eine möglichst selbständige und selbstbestimmte Lebensführung ist. Dies sieht das Gericht im Rahmen der Hilfe zur Pflege zumindest in den Fällen als gegeben an, in denen nicht nur geringfügige Leistungen der Hilfe zur Pflege gewährt werden. Nach aktuellem Recht muss ein Leistungsberechtigter mindestens dem Pflegegrad 2 angehören, um häusliche Pflegehilfe in Pflegewohngemeinschaften erhalten zu können. Dies entspricht dem durch das Gericht mindestens einbezogenen Pflegeumfang.

Eine weitere Voraussetzung ist laut Kommentar »Grube/Warendorf« die konzeptionelle Verknüpfung zwischen Wohnen (Wohnmöglichkeiten) und ambulanter Betreuung. Der Kommentar Schellhorn/Hohm/Scheider spricht insoweit von einer Verknüpfung von Wohnraum und speziellen organisatorischen Anforderungen hieran. Da es sich um eine ambulante Form der Betreuung handelt, kommt es auf eine institutionelle Verknüpfung nicht an.

In den geprüften Hilfefällen handelte es sich ausschließlich um Pflegewohngemeinschaften, innerhalb derer eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung sichergestellt wurde.
Es lagen unterschiedliche Vertragskonstellationen vor. Zu einem geringen Anteil war der Anbieter des Wohnraums identisch mit dem Anbieter der Pflege- und pflegerischen Betreuungsleistungen. In den überwiegenden Fällen gab es einen Anbieter des Wohnraums und einen Pflegedienst als Anbieter der Pflege- und pflegerischen Betreuungsleistungen. Unabhängig dieser unterschiedlichen vertraglichen Regelungen ergab sich nach Auswertung derselben, dass die Räumlichkeiten ausschließlich zur Erbringung der Pflege- und Betreuungsleistungen genutzt wurden und auch nur dafür vorgesehen waren.
Zielsetzung ist im Rahmen der Schaffung solcher Wohnformen weitestgehend ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten. Mindestens die Einzelzimmer, teilweise aber auch die Gemeinschaftsräume, werden durch die Nutzer selber ausgestattet. Der Wohnraum wird in der Regel den Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen angepasst. Dies betrifft insbesondere die unter das Wohn- und Teilhabegesetz fallenden anbieterverantworteten Pflegewohngemeinschaften.
Eine konzeptionelle Verknüpfung von Wohnraum und Dienstleistungen ist aus Sicht der Prüferin in allen geprüften Fällen aufgrund der aufgeführten Zusammenhänge und Konzepte zu bejahen. Den Entscheidungen konnte entnommen werden, dass in diesen Fällen die besondere Zuständigkeitsregelung beachtet wurde.
Die Akten enthielten die maßgeblichen Pflege-, Betreuungs- und Mietverträge, so dass eine entsprechende Auswertung erfolgen konnte. Den Bewilligungsbescheiden konnte entnommen werden, dass jeweils von einer ambulant betreuten Wohnform ausgegangen wurde. Zur besseren Übersicht wird empfohlen, die maßgeblichen Gründe in der Akte zu dokumentieren, die zur Annahme einer ambulant betreuten Wohnform im Sinne des § 98 Abs. 5 SGB XII geführt haben.

Welche Leistungen innerhalb einer Pflegewohngemeinschaft erbracht werden, ergibt sich aus den mit den Nutzern/Nutzerinnen abgeschlossenen Pflege- und Betreuungsverträgen. Erbracht wurden die Leistungen in den geprüften Hilfefällen von ambulanten Pflegediensten, welche aufgrund eines bestehenden Versorgungsvertrages nach § 72 SGB XI berechtigt sind, mit den Pflegekassen auf Grundlage von Vergütungsvereinbarungen abzurechnen. Die in den Vergütungsvereinbarungen enthaltenen Leistungen sind in Komplexe gefasst und beschreiben Tätigkeiten ambulanter Pflegedienste für Pflegebedürftige. Die auf Grundlage des SGB XI ergangenen Vergütungsvereinbarungen sind nach § 75 Abs. 5 SGB XII auch für den Sozialhilfeträger bindend, soweit nicht nach den Vorschriften des Siebten Kapitels (Hilfe zur Pflege) SGB XII weitergehende Leistungen zu erbringen sind.

Den Aktenunterlagen konnte entnommen werden, dass mit den Pflegediensten als Anbieter der Leistungen innerhalb von Pflegewohngemeinschaften diese entweder aufgrund einer bestehenden LQV pauschal oder bei fehlender LQV nach Leistungskomplexen abgerechnet wurden. Teilweise erfolgte eine Abweichung vom Leistungskomplexsystem. Zunächst wird nachfolgend auf die Fälle eingegangen, in denen die Pflege- und Betreuungsleistungen über Pauschalen auf Grundlage einer bestehenden LQV abgerechnet wurden.

Eine Hilfeempfängerin bewohnt eine Pflegewohngemeinschaft in Remscheidt. Es besteht eine LQV, welche zwischen der Stadt Remscheidt und dem Pflegedienst abgeschlossen wurde.

Laut LQV sind auf die Betreuungspauschale der Wohngruppenzuschlag und der durch die Pflegekasse gezahlte Entlastungsbetrag anzurechnen. Entsprechend der Vertragslage wurde der sozialhilferechtliche Bedarf korrekt ermittelt. Die für Dezember 2017 vorliegende Zahlliste enthielt den insoweit ermittelten Aufwand.

Eine Hilfeempfängerin bewohnt eine Pflegewohngemeinschaft in Hamm. Es besteht eine LQV, welche zwischen dem Pflegedienst und der Stadt Hamm abgeschlossen wurde. Die Betreuungspauschale betrug laut Vertrag (gültig bis 31.12.2014), welcher sich in der Akte befand, auf 1.200,-- €. Ab 01.01.2017 wird eine Pauschale in Höhe von 1.250,-- € als Bedarf anerkannt. Dieser Betrag ist laut Zahlliste auch im Dezember 2017 an den Pflegedienst angewiesen worden. Einem Vermerk konnte entnommen werden, dass der Abschluss einer neuen LQV auf Basis der Gesetzesänderungen verhandelt wird. Eine insoweit erfolgte Anfrage bei der Stadt Hamm durch die Prüferin hat ergeben, dass seitens der Stadt Hamm die Betreuungspauschale auf 1.075,-- € ab 01.08.2017 gekürzt und der Vertrag zum 31.12.2017 gekündigt wurde. Es wurde vereinbart, dass geprüft wird, inwieweit Beträge zurückzufordern sind. Zukünftige Zahlungen werden unter Zugrundelegung des derzeitigen Vertrages neu festgesetzt.

In der Pflegewohngemeinschaft der AWO »Lippeaue« wird ein unter 65-Jähriger gepflegt und betreut. Der Kreis Unna hat mit dem Träger der Pflegewohngemeinschaft eine LQV abgeschlossen. Die hiernach vereinbarten Pauschalen wurden als sozialhilferechtlicher Bedarf anerkannt. Die Leistung wird zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) erbracht. Dies geht jedoch weder aus den Leistungsbescheiden noch aus der Akte hervor. Ersichtlich ist dies lediglich aufgrund der erfolgten Buchung auf DM-Konten (Durchlaufende Mittel). Diese ist nach Auskunft der Administratorin, eine Sachbearbeiterin im Sachgebiet 50.1, auf dem entsprechenden DM-Konto erfolgt. Es wurde vereinbart, dass die Feststellung der Zuständigkeit in der Akte dokumentiert wird.

In den übrigen drei Hilfefällen, in denen Pflege- und Betreuungsleistungen innerhalb von Pflegewohngemeinschaften erbracht wurden, erfolgte die Abrechnung aufgrund der fehlenden LQV nach § 75 SGB XII grundsätzlich nach Leistungskomplexen.
Es handelte sich um zugelassene Pflegedienste nach dem SGB XI, welche mit den Pflegekassen bzw. mit dem Verbund der Pflegekassen einen Versorgungsvertrag und eine Vergütungsvereinbarung abgeschlossen haben. Vereinbart ist danach eine Abrechnung nach Leistungskomplexen. Die Leistungskomplexe beschreiben Tätigkeiten ambulanter Pflegedienste für Pflegebedürftige.
Bei zugelassenen Pflegediensten im Sinne des § 72 SGB XI richten sich Art, Inhalt, Umfang und Vergütung der ambulanten Pflegeleistungen nach den Vorschriften des Achten Kapitels des SGB XI, soweit nicht im Rahmen der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII weitergehende Leistungen zu erbringen sind. Insofern war zu beachten, dass die Abrechnung nach dem Leistungskomplexsystem für den Sozialhilfeträger verbindlich ist.

In einem Hilfefall hatte die Stadt Hamm eine nach § 75 SGB XII abgeschlossene Vereinbarung (LQV) zum 01.01.2017 gekündigt. Anstelle der Betreuungspauschale rechnete die Stadt Hamm mit der Caritas den aufgrund der gesetzlichen Änderung neu eingefügten Leistungskomplex (LK) 31 »Pflegerische Betreuung« zusätzlich zu den ansonsten maßgebenden Leistungskomplexen ab. Im Rahmen der Bedarfsfeststellung wurde der Zeitaufwand unter Einbeziehung der Mitglieder der Pflege-Wohngemeinschaft durch die Stadt Hamm festgesetzt. Auf Grundlage dieser Feststellungen (LK 31 + Anfahrtspauschale) ist ab 01.01.2017 nach Rücksprache mit dem hiesigen Pflegemanagement eine entsprechende Pauschale als Bedarf berücksichtigt worden.

Die Hilfeempfängerin zog am 28.11.2017 in die Pflege-WG Windlicht von Pro Sanitate um. Der von dem Leistungsanbieter für die Betreuung kalkulierte Zeitaufwand ist nach Rücksprache mit dem Pflegemanagement akzeptiert worden. Auf eine Pflegebedarfsplanung ist in beiden Fällen verzichtet worden, weil die jetzigen Aufwendungen nach Leistungskomplexen die in der Vergangenheit aufgrund der LQV gezahlte Pauschale nicht erreicht haben. Es wurde vereinbart, dass auch in diesen Fällen eine Pflegebedarfsplanung durch das Pflegemanagement erfolgt. (s. Erläuterungen 1. Rahmen Seite 10)
Zwei Hilfeempfängerinnen bewohnen eine Pflegewohngemeinschaft, welche durch den Pflegedienst Jakubke betreut werden. Für eine der beiden Pflegewohngemeinschaften bestand zunächst eine LQV, die seitens des Pflegedienstes zum 31.07.2017 gekündigt wurde. Der Pflegedienst legte nach Fristablauf bzw. in dem anderen Hilfefall von Beginn an einen Kostenvoranschlag unter Einbeziehung der maßgeblichen Leistungskomplexe vor. Der Kostenvoranschlag beinhaltete keine pflegerischen Betreuungsleistungen (LK 31). Es erfolgte eine Bedarfsfeststellung durch das Pflegemanagement. Den danach erstelltem Pflegegutachten sind die individuellen notwendigen Leistungskomplexe zu entnehmen. Darüber hinaus wurde seitens des Pflegemanagements mit dem Pflegedienst vereinbart, anstelle des LK´s 12 »Zubereiten von warmen Mahlzeiten« pro Bewohner/Bewohnerin für jede Mittagsversorgung einen Betrag in Höhe von 7,-- € unter Anrechnung eines Eigenanteils für die in dem Satz enthaltenen Lebensmittelkosten zu berechnen.
Nach § 64b Abs. 1 Satz 2 SGB XII können mehrere Pflegebedürftige die häusliche Pflege auch gemeinsam in Anspruch nehmen. Liegt ein solcher Fall vor, ist dies im Rahmen der Bedarfsfeststellung zu berücksichtigen. Die Maßstäbe und Vergütung des Leistungskomplexes 12 beziehen sich auf eine Einzelversorgung. Die Vergütungsvereinbarung nach dem SGB XI sieht insoweit keine Regelung für einen Mehrpersonenhaushalt vor. Da die Sozialhilfe nur den tatsächlichen notwendigen Bedarf im Rahmen des Bedarfsdeckungsprinzips sicherzustellen hat, ist hier aus Sicht der Prüferin eine abweichende Regelung gerechtfertigt und zulässig. Zu beachten ist insoweit, dass der Sozialhilfeträger nach § 75 Abs. 5 SGB XII die Leistungen nach dem SGB XII analog der Regelungen des Achten Kapitels des SGB XI zu erbringen hat. Es wird daher empfohlen, eine abweichende Regelung auf Grundlage des Leistungskomplexsystems vorzunehmen.

Die Abrechnung der Leistungen erfolgt über die Software »Open-Prosoz«. Veranlasst wird die Zahlung durch einen Administrator erst, wenn die Zahlläufe durch die jeweiligen Sachbearbeiter/Sachbearbeiterinnen freigegeben werden. Hierfür wird elektronisch den maßgeblichen Sachbearbeiterinnen eine Prüfliste übermittelt. Im ambulanten Bereich wird dabei unterschieden zwischen monatlichen Zahlungen/Pflegesachleistungen und Pflegegeld/einmalige Zahlungen/Pflegehilfsmittel. Handelt es sich um monatliche Zahlungen/Pflegesachleistungen erfolgt die Abrechnung über die Abrechnungsstelle. Hierfür geben die Sachbearbeiterinnen der Leistungsverwaltung die Bewilligungsbescheide weiter an die Abrechnungsstelle. Die in der Prüfliste insoweit enthaltenen Leistungen werden durch die zuständige Sachbearbeiterin der Abrechnungsstelle geprüft und dem Administrator übermittelt. In den übrigen Fällen erfolgt eine Prüfung und Übermittlung durch die Sachbearbeiterinnen der Leistungsverwaltung an den Administrator. Die Leistungsverwaltung verfügt über eine Excel-Tabelle, welche regelmäßig aktualisiert wird, aus welcher die Fälle, Zahlungen und Besonderheiten ersichtlich sind. Die Tabelle ermöglicht den Sachbearbeiterinnen einen zügigen Abgleich der Daten. Die Prüferin konnte sich bereits im Rahmen einer anderen Prüfung von dem Verfahrensablauf anhand einer Schulungsversion »Open Prosoz« einen Überblick verschaffen.

Anhand einer Akte der Abrechnungsstelle wurde die dortige Vorgehensweise geprüft.

In der Akte befanden sich Rechnungen der Firma opta data Abrechnungs GmbH. Als Anlage beigefügt waren Leistungsnachweise des Pflegedienstes. Hieraus ersichtlich waren u.a. die Häufigkeit der Einsätze sowie die durchgeführten Tätigkeiten laut Leistungskomplex. In der Akte befanden sich die Bewilligungsbescheide der Leistungsverwaltung. Es konnte nachvollzogen werden, dass die Sachbearbeiterin alle Positionen geprüft hat. Entsprachen Rechnungen nicht der Bewilligung, wurden diese korrigiert. Gleichermaßen

wurde die Begleichung von Rechnungen abgewiesen, wenn hierfür keine Bewilligung vorlag. Einem Vermerk auf der Rechnung konnte entnommen werden, zu welchem Zeitpunkt die Zahlung angewiesen wurde.

Wurden Leistungen zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) erbracht, wurden zusätzlich die Kriterien geprüft, welche für die sachliche Zuständigkeit des LWL von Bedeutung sind.

In den geprüften Hilfefällen konnte festgestellt werden, dass die Anspruchsberechtigten unter 65 Jahre alt waren und zu dem berechtigten Personenkreis zählten. Die betreffenden Personen waren auf die Gewährung von Hilfe zur Pflege angewiesen. Sie erhielten die Hilfe zur Pflege entweder in ihrer eigenen Wohnung, innerhalb einer Pflegewohngemeinschaft bzw. innerhalb einer Wohngruppe für Behinderte, also außerhalb der Herkunftsfamilie. Es konnte in vier der fünf geprüften Hilfefälle eindeutig festgestellt werden, dass die Leistung zu Recht zu Lasten des LWL´s erfolgt sind. In dem übrigen Hilfefall geht die Prüferin ebenfalls davon aus, weil für die Anspruchsberechtigte ein behinderungsgerechter Anbau am Elternhaus geschaffen wurde. Aus den Unterlagen war nicht eindeutig ersichtlich, ob es sich hierbei um eine eigenständige Wohnung handelt. Beispielsweise wurde in der Akte einmal ausgeführt, die Anspruchsberechtigte lebe im Haushalt der Eltern. Im Rahmen der Einkommensgrenzenberechnung wurde keine Miete einbezogen, während Berechnungen aus dem SGB II-Bereich ein Mietanteil zu entnehmen war. Es wurde daher vereinbart, dies zu prüfen und generell in den Akten die Kriterien zu dokumentieren, die zur Feststellung der sachlichen Zuständigkeit des LWL´s geführt haben. Die Leistung zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe konnte in allen Fällen ausschließlich aus dem Zahlungsvorgang entnommen werden. Weder der Bescheid enthielt einen entsprechenden Hinweis noch war dies in der Akte vermerkt. Teilweise enthielt die Akte einen Auszug aus der Schwerbehindertenakte. Dieser enthielt Information zum Krankheitsbild, Grad der Behinderung sowie zu etwaig aufgenommenen Merkzeichen.

### 7.3.4 Prüfungsergebnis

Die Arbeitsabläufe waren strukturiert. Den Aktenvorgängen konnte entnommen werden, dass ein geordnetes Zusammenwirken der verschiedenen Bereiche des Sachgebietes und der Sachgebiete untereinander gegeben war. Im Sachgebiet 50.2 betraf dies die Leistungsverwaltung, das Pflegemanagement und die Abrechnungsstelle. Die Vorgänge waren geordnet und nachvollziehbar, so dass eine Prüfung ohne weiteres möglich war. Insbesondere die Aufteilung derselben in allgemeinem Verwaltungsvorgang und Pflegegutachten ermöglichen einen schnellen Überblick.
Aus einem Vorblatt sind wichtige Informationen übersichtlich zu entnehmen. Für Neufälle gibt es eine Checkliste, welche Angaben zu einzureichenden Unterlagen und Angaben enthält. Dies stellt sicher, dass alle Abfragen erfolgen und benötigte Unterlagen angefordert werden. Es wird empfohlen in den Fällen, in denen Antragsberechtigte in einer Pflegewohngemeinschaft betreut werden, eine weitere separate Checkliste dem Vorblatt hinzuzufügen, aus welcher die für die Beurteilung der Wohnform und für die Leistung relevanten Fakten ersichtlich sind. Handelt es sich um Leistungen, die zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe erbracht werden, sollte das Vorblatt Aussagen zu den Kriterien enthalten, die zur Feststellung der sachlichen Zuständigkeit des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe geführt haben.
Es gibt Mustervordrucke, Musterbescheide sowie Textbausteine, welche je nach Fallkonstellation in den Bescheid eingefügt werden.

Regelmäßige Dienstbesprechungen werden genutzt für einen Informationsaustausch, Festlegung grundlegender Sachverhalte und Fallbesprechungen. Im Rahmen der Fallbearbeitung werden zusätzlich zu Regelungen des Sachgebietes die Empfehlungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bis zur Erstellung

eigener Richtlinien als Arbeitshilfe herangezogen. Hierdurch wird eine einheitliche Verfahrensweise gewährleistet.

Es gibt Einarbeitungskonzepte, die auf die konkreten Aus- und Weiterbildungen sowie Vorkenntnisse des Einzelnen angepasst werden. Diese stellen einen Leitfaden für die Einarbeitung dar. Die genutzte Software enthält ausrechende Kontrollfunktionen. Der Administrator hat die Möglichkeit, Fälle einzusehen. Insofern ist ein 4-Augen-Prinzip gewährleistet.

Die Hilfegewährung erfolgte auf Grundlage der rechtlichen Vorgaben sowie unter Einbeziehung der durch das Sachgebiet ergangenen Regelungen ordnungsgemäß. Lediglich in einem Hilfefall sind zu hohe Pauschalen nach Kürzung derselben durch den zuständigen Träger der Sozialhilfe als Bedarf weiter abgerechnet worden, weil versäumt wurde, nach Ablauf der Vereinbarungszeit (LQV) die neuen Konditionen abzufragen. Da erfahrungsgemäß nach Fristablauf die Abrechnung höherer Pauschalen aufgrund von Kostensteigerungen vereinbart werden, ist eine versäumte Abfrage in der Regel unschädlich. In diesem Fall erfolgte die Vereinbarung einer geringeren Pauschale offenkundig aufgrund der gesetzlichen Änderung zum 01.01.2017. Es wurde vereinbart, dass über die Vertragslaufzeiten eine Wiedervorlage geführt wird.

Besondere Anforderungen ergeben sich für das Pflegemanagement, wenn es sich um die Ermittlung und Feststellung des notwendigen Bedarfs im Rahmen einer Leistungserbringung innerhalb von Pflegewohngemeinschaften handelt. Nach Einführung der Leistungskomplexe »Pflegerische Betreuung (LK 31)« und ›Hilfe bei der Sicherstellung der selbstverantworteten Haushaltsführung (LK 32)« enthält das Leistungskomplexsystem nach dem SGB XI alle maßgeblichen Pflege- und pflegerischen Betreuungsleistungen, die innerhalb einer Pflegewohngemeinschaft durch Pflegedienste angeboten werden. Da das Leistungskomplexsystem grundsätzlich auf eine Einzelversorgung abstellt, entsprechen die hierauf basierenden Vergütungsvereinbarungen nach dem SGB XI jedoch nicht immer den tatsächlichen Gegebenheiten, wenn es sich um eine gemeinschaftliche Inanspruchnahme von Leistungen handelt. Dies betrifft insbesondere die hauswirtschaftliche Versorgung. Das SGB XI und dementsprechend auch die hierauf basierenden Vergütungsvereinbarungen sehen eine Abweichung hiervon grundsätzlich nicht vor. Lediglich im Bezug auf die neu eingefügten LK´s 31 und 32 wird angeführt, dass der ermittelte Kostenaufwand im Falle einer gemeinschaftlichen Inanspruchnahme auf die Mitglieder einer Pflegewohngemeinschaft aufzuteilen ist. Ansonsten greift die im SGB XI vorhandene Regelung, dass Zeit- und Kostenersparnisse dem Leistungsempfänger zugutekommen sollen, die sich aufgrund einer gemeinschaftlichen Inanspruchnahme ergeben.
Die nach dem SGB XI bestehenden Vergütungsvereinbarungen sind nach § 75 Abs. 5 SGB XII für den Sozialhilfeträger verbindlich. Im Rahmen der Ermittlung und Feststellung des Bedarfs nach dem SGB XII kann jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, dass im Rahmen der Sozialhilfe nach dem sogenannten Bedarfsdeckungsprinzip nur der tatsächliche notwendige Bedarf sicherzustellen ist. Entspricht ein Leistungskomplex im Einzelfall aufgrund der gemeinschaftlichen Inanspruchnahme nicht dem tatsächlichen Bedarf, ist zur Wahrung der im SGB XII bestehenden speziellen Regelung eine Abweichung vom Leistungskomplexsystem aus Sicht der Prüferin gerechtfertigt und rechtlich zulässig. Auch im SGB XII findet sich die Regelung wieder, dass Anspruchsberechtigte häusliche Pflege gemeinschaftlich in Anspruch nehmen können. Dies muss dann auch im Rahmen der Bedarfsfeststellung Berücksichtigung finden.

Um einen Gesamtüberblick zu erhalten, wird empfohlen, unter Einbeziehung der zwischen dem Nutzer und dem Pflegedienst bestehenden Pflege- und Betreuungsverträge eine Bedarfsfeststellung vorzunehmen, wenn zwischen dem Pflegedienst als Dienstleister und dem zuständigen Träger der Sozialhilfe keine LQV nach § 75 ff SGB XII abgeschlossen wurde. Erst danach sollte die Entscheidung getroffen werden, welche Leistungen anderer Sozialleistungsträger, insbesondere Leistungen der Pflegekasse, hierauf anzurechnen sind.

Innerhalb einer Pflegewohngemeinschaft findet regelmäßig eine Rund-um-die-Uhr-Versorgung statt. Diese ist hinsichtlich des Umfanges vergleichbar mit einer Versorgung innerhalb einer stationären Einrichtung. Da es sich um kleinere Einheiten handelt, werden die Kosten für den Einsatz bzw. die Anwesenheit von Pflegekräften auf eine geringere Anzahl von Nutzern bzw. Nutzerinnen umgelegt. Dies kann gegenüber einer stationären Versorgung höhere Kosten zur Folge haben. Darüber hinaus ist zu beachten, dass im Rahmen der stationären Hilfe zur Pflege auch der Einkommenseinsatz unterhalb der Einkommensgrenze von Bedeutung ist. Insofern sollte in diesen Fällen regelmäßig ein Kostenvergleich erfolgen, wenn eine Versorgung innerhalb einer stationären Einrichtung als zumutbar angesehen wird. § 13 Abs. 1 Satz 2 SGB XII stellt zwar klar, dass ambulante Leistungen vor teilstationären und stationären Leistungen den Vorrang haben. Dies gilt nach Satz 3 nicht, wenn eine Leistung für eine geeignete stationäre Einrichtung zumutbar und eine ambulante Leistung mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Zu beachten ist insoweit auch § 9 SGB XII. Danach soll den Wünschen der Leistungsberechtigten, die sich auf die Gestaltung der Leistung richten, entsprochen werden, soweit sie angemessen sind. Nicht entsprochen werden soll Wünschen, deren Erfüllung mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden wäre.

Unter den geprüften Hilfefällen befand sich ein Neuantrag. Den Aktenunterlagen konnte eine Zumutbarkeitsprüfung und/oder ein Kostenvergleich nicht entnommen werden. Es wurde vereinbart, dass hierauf in Zukunft geachtet und die Entscheidung dokumentiert wird.

Die Leistungen der ambulanten Hilfe zur Pflege stellen sich für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt dar:

| Leistung | Zu Lasten des Kreises | Zu Lasten des LWL´s |
|---|---|---|
| **Pflegebeihilfe unter 0** | 28.221,42 € | 1.560,85 € |
| **Pflegegeld PG 2** | 78.557,22 € | 18.559,59 € |
| **Pflegegeld PG 3** | 155.315,07 € | 14.932,15 € |
| **Pflegegeld PG 4** | 20.356,30 € | 25.188,46 € |
| **Pflegegeld PG 5** | 7.530,07 € | 1.625,46 € |
| **Entlastungsbeitrag** | 150,00 € | 245,88 € |
| **Besitzstandspflegegeld** | 18.891,48 € | 16.948,46 € |
| **Pflegesachleistungen unter 0** | 85.881,80 € | 20.500,86 € |
| **Pflegesachleistungen PG 1** | 0,00 € | 2.684,03 € |
| **Pflegesachleistungen PG 2** | 171.091,22 € | 52.396,42 € |
| **Pflegesachleistungen PG 3** | 336.013,68 € | 32.263,53 € |
| **Pflegesachleistungen PG 4** | 200.529,85 € | 25.460,94 € |
| **Pflegesachleistungen PG 5** | 72.242,77 € | 7.805,70 € |
| **Aufwendungen Alterssicherung Pflegeperson** | 3.972,24 € | 6.580,88 € |
| **Hilfsmittel** | 5.173,91 € | 3.046,13 € |

## 7.4 FB 51 Familie und Jugend – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/Tagespflege (Elternbeiträge)

| Geprüfte Produktgruppe \| Geprüftes Produkt | Geprüfte/s Haushaltsjahr/e |
|---|---|
| 51.03 / 51.03.02<br>Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/Tagespflege (Elternbeiträge) | Elternbeitragssatzung 2013<br>Kindergartenjahre 2013/2014 bis 2018/2019 |
| Zuständige Verwaltungsdienststelle<br>51 Jugend- und Familie | Mitte März 2019 bis Anfang Mai 2019 |

### 7.4.1 Prüfungsanlass

Es handelt sich um eine anlassunabhängige Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung im Rahmen der mehrjährigen risikoorientierten Prüfungsplanung.

### 7.4.2 Grundlagen

Die nach § 102 Abs. 1 GO NRW vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses erstreckt sich gem. § 102 Abs. 3 Satz 2 GO NRW darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Leistungen der Jugendhilfe sind nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII u.a. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege. Dabei erstreckt sich die Zuständigkeit des Kreises Unna auf die Kommunen „Holzwickede, Fröndenberg und Bönen“. Handelt es sich um schulpflichtige Kinder, erfolgt ein bedarfsgerechtes Angebot in der Primarstufe über den jeweiligen Schulträger. Aufgrund einer seit dem 01.08.2008 mit der Gemeinde Bönen bestehenden Vereinbarung übernimmt der Fachbereich Familie und Jugend die Erhebung von Elternbeiträgen für die offene Ganztagsgrundschule in Bönen auf Grundlage der Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen zur Finanzierung außerunterrichtlicher Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule in der Gemeinde Bönen vom 20.03.2008. Die Erhebung von Elternbeiträgen zugunsten der Gemeinde Bönen ist nicht Bestandteil dieser Prüfung.

Nach § 90 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII in Verbindung mit § 23 KiBiz können für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege nach den §§ 22 bis 24 SGB VIII Kostenbeteiligungen (Elternbeiträge) vom Jugendamt festgesetzt werden. In diesem Rahmen ist zu beachten, dass das SGB VIII vom Grundsatz her ein Hilfegesetz und kein Kostengesetz darstellt. Der optimale Erziehungserfolg steht regelmäßig im Vordergrund einer Leistung. Im Gegensatz zu den Beiträgen, die nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) NRW erhoben werden, stellt die Erhebung von Elternbeiträgen keine volle Gegenleistung dar. Sie sind vielmehr dazu bestimmt, die für die in Anspruch genommene Jugendhilfeleistung anfallenden Kosten mitzutragen (Urteil des BVerwG vom 25.04.1997 – 5 C 6.96).

Wird von der Möglichkeit der Kostenbeteiligung Gebrauch gemacht, hat diese nach dem Willen des Gesetzgebers in pauschalierter Form zu erfolgen. In diesem Rahmen sind nur solche Umstände maßgebend, die die Jugendhilfeleistung betreffen. Dabei ist zu beachten, dass nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) eine soziale Staffelung vorzusehen ist und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern sowie die Betreuungszeiten zu berücksichtigen sind. Es handelt sich dabei um eine grobe Einstufung.
Auf Antrag hat der Beitragspflichtige die Möglichkeit, prüfen zu lassen, ob ihm die Aufbringung der maßgeblichen Beiträge aufgrund der individuellen Verhältnisse teilweise oder ganz erlassen werden können. Hierüber wird das Individualitätsprinzip gewahrt.

In Nordrhein-Westfalen (NRW) sind die Jugendämter nach dem SGB VIII in Verbindung mit dem KiBiz NRW befugt, Kostenbeitragsfestsetzungen vorzunehmen für die Inanspruchnahme der eigenen (kommunale) Kindergärten und der Kindergärten eines Trägers der freien Jugendhilfe. Der Kreis Unna unterhält keine kreiseigenen Kindergärten mehr.

Wie den nachfolgend aufgenommenen Regelungen zu entnehmen ist, gewährt das Jugendamt den Trägern der Einrichtungen einen Zuschuss zu den Betriebskosten. Dieser kann bis zu 100 % betragen. Für die Bemessung der Elternbeiträge der Höhe nach ist von Bedeutung, in welcher Höhe durch die Jugendhilfeleistung Kosten entstehen, die nicht bereits durch eine institutionelle Förderung gedeckt sind. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass das Land sich nach § 18 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz –KiBiz-) als viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes –SGB VIII – (4. AG zum SGB VIII) an den Kosten der Kinderbetreuung (Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege) nach Maßgabe des KiBiz beteiligt. Der sich aus Artikel 3 Abs. 1 Grundgesetz (GG) ergebende Grundsatz der Abgabengerechtigkeit ist zu beachten.

Der Kreistag des Kreises Unna hat unter Beteiligung des Jugendhilfeausschusses im Rahmen einer Elternbeitragssatzung festgelegt, in welchen Fällen sowie in welchem Umfang Elternbeiträge erhoben werden. Die aktuelle Satzung trat zum 01.11.2013 in Kraft. Eine Anpassung ist seit diesem Zeitpunkt nicht erfolgt.

Nachfolgend werden nur die mit der Prüfung in Zusammenhang stehenden rechtlichen Grundlagen aufgeführt.

- **Leistungserbringung**

Leistungen der Jugendhilfe werden nach § 3 Abs. 2 SGB VIII von Trägern der freien Jugendhilfe und von Trägern der öffentlichen Jugendhilfe erbracht. Dabei richten sich Leistungsverpflichtungen, die durch das SGB VIII begründet werden, an die Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

- **Träger der öffentlichen Jugendhilfe**

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe werden nach § 69 Abs. 1 SGB VIII durch Landesrecht bestimmt. Nach § 1 des ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG/SGB VIII) sind die Kreise und kreisfreien Städte örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Nach § 2 AG-KJHG bestimmt die oberste Landesjugendbehörde auf Antrag Große und Mittlere kreisangehörige Städte durch Rechtsverordnung zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe.
Von dieser Ermächtigung hat die oberste Landesjugendbehörde Gebrauch gemacht und mit Verordnung über die Bestimmung Großer kreisangehöriger Städte und Mittlerer kreisangehöriger Städte zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe vom 08.11.1991, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 17.11.2011 (–GV.NRW 2011 S. 598-), die Städte Bergkamen, Kamen, Lünen, Selm, Schwerte, Unna und Werne zum örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bestimmt.
Der Kreis Unna ist danach nur noch zuständig für die Stadt Fröndenberg und die Gemeinden Bönen und Holzwickede.

- **Aufgabenverteilung**

Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB VIII errichtet jeder örtliche Träger ein Jugendamt, jeder überörtliche Träger ein Landesjugendamt. Die Aufgaben des Jugendamtes werden nach § 70 Abs. 1 SGB VIII durch den Jugendhilfeausschuss und durch die Verwaltung des Jugendamtes wahrgenommen.

Die Geschäfte der laufenden Verwaltung im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe werden vom Leiter der Verwaltung der Gebietskörperschaft oder in seinem Auftrag vom Leiter der Verwaltung des Jugendamtes im Rahmen der Satzung und der Beschlüsse der Vertretungskörperschaft und des Jugendhilfeausschusses geführt.

- **Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege**

Die Förderung von Kindern kann nach dem Dritten Abschnitt SGB VIII in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege erfolgen. Tageseinrichtungen sind nach § 22 Abs. 1 SGB VIII Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztägig aufhalten und in Gruppen gefördert werden. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Tagespflegeperson in ihrem Haushalt oder im Haushalt des Personensorgeberechtigten geleistet. Je nach Größe kann es sich bei der Tagespflege auch um Großtagespflegestellen handeln.

- **Angebote für Schulkinder**

Für Kinder im schulpflichtigen Alter ist nach § 24 Abs. 4 SGB VIII ein bedarfsgerechtes Angebot in Tageseinrichtungen vorzuhalten. Das Jugendamt kann diese Verpflichtung nach § 5 Abs. 1 KiBiz auch durch entsprechende Angebote in Schulen erfüllen.

- **Berechnungsgrundlage für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen**

Die finanzielle Förderung der Kindertageseinrichtungen wird nach § 19 Abs. 1 KiBiz in Form von Pauschalen für jedes in einer Kindertageseinrichtung aufgenommene Kind (Kindpauschalen) gezahlt. Die vom Ministerium festgesetzten Kindpauschalen variieren je nach Gruppenform. Es gibt drei verschiedene Gruppenformen. Die Gruppenform I beinhaltet Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung, die Gruppenform II Kinder im Alter von unter drei Jahren und die Gruppenform III Kinder im Alter von drei Jahren und älter.

- **Zuschuss des Jugendamtes**

Das Jugendamt gewährt dem Träger der Einrichtung einen Zuschuss für die Aufgaben nach diesem Gesetz, wenn der Finanzierungsanteil des Trägers an den Kindpauschalen nach § 19 KiBiz geleistet wird. Der Zuschuss variiert je nach Art des Trägers der Einrichtung. Dieser Zuschuss beträgt beispielsweise 88 Prozent der Kindpauschalen nach § 19, wenn es sich um eine kirchliche Trägerschaft handelt. Unter bestimmten Voraussetzungen übernimmt das Jugendamt darüber hinaus den von dem Träger zu leistenden Eigenanteil ganz oder teilweise.

- **Förderung in Tagespflege**

Nach § 23 Abs. 1 SGB VIII umfasst die Förderung in Kindertagespflege die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson.
Die Höhe der laufenden Geldleistung wird nach § 23 Abs. 2a SGB VIII von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe festgelegt, soweit Landesrecht nicht etwas anderes bestimmt.

- **Landeszuschüsse**

Das Land beteiligt sich nach § 18 Abs. 1 KiBiz an den Kosten der Kindertagesbetreuung (Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege) nach Maßgabe des KiBiz.

- **Elternbeiträge und Elternbeitragsfreiheit nach § 90 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII aktueller Fassung in Verbindung mit § 23 Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz)**

Gem. § 90 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII in Verbindung mit § 23 Abs. 1 KiBiz NRW können für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege Teilnahme- oder Kostenbeiträge vom Jugendamt festgesetzt werden. Werden Kinder in einer Kindertageseinrichtung betreut, die nicht im Jugendamtsbezirk des Wohnsitzes des Kindes gelegen ist, erfolgt die Kostenbeitragserhebung im Jugendamt des Wohnsitzes, wenn das Jugendamt der aufnehmenden Kommune nach § 21 d KiBiz NRW einen Kostenausgleich von dem Jugendamt des Wohnsitzes verlangt.

Die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die am 01.08 des Folgejahres schulpflichtig werden, ist nach § 23 Abs. 3 KiBiz in dem Kindergartenjahr, das der Einschulung vorausgeht, beitragsfrei. Abweichend hiervon ist für Kinder, die ab dem Schuljahr 2012/2013 vorzeitig in die Schule aufgenommen werden, die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ab dem 01.12. für maximal zwölf Monate beitragsfrei. Werden Kinder aus erheblichen gesundheitlichen Gründen nach § 35 Absatz 3 Schulgesetz NRW für ein Jahr zurückgestellt, so beträgt die Elternbeitragsfreiheit ausnahmsweise zwei Jahre.

Zum **Ausgleich des Einnahmeausfalls** nach § 23 Absatz 3 KiBiz gewährt das Land nach § 21 Abs. 10 KiBiz dem Jugendamt pro Kindergartenjahr einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 5,1 Prozent der Summe der Kindpauschalen für in Tageseinrichtungen betreute Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung, die sich auf der Basis der verbindlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 bis zum 15. März für das in dem gleichen Kalenderjahr beginnende Kindergartenjahr ergibt.

Erhebt das Jugendamt Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege, hat es nach § 90 Abs. 1 SGB VIII in Verbindung mit § 23 Abs. 5 KiBiz eine soziale Staffelung vorzusehen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern sowie die Betreuungszeit zu berücksichtigen. Es kann ermäßigte Beiträge oder eine Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder, auch wenn sie eine Ganztagsschule im Primarbereich besuchen, vorsehen. Bei Geschwisterregelungen sind Kinder, deren Tagesbetreuung elternbeitragsfrei ist, so zu berücksichtigen, als ob für sie ein Elternbeitrag zu leisten wäre.
Werden die Kostenbeiträge nach dem Einkommen berechnet, bleibt die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz außer Betracht.

Der Kostenbeitrag soll nach § 90 Abs. 3 SGB VIII auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern.
Für die Feststellung der zumutbaren Belastung gelten die §§ 82 bis 85, 87,88 und 92a SGB XII entsprechend. Auch insoweit bleibt bei der Einkommensberechnung die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz außer Betracht.

- **Gesetzesänderung zum 01.08.2019**

Die Gesetzesänderung betrifft u.a. den § 90 SGB VIII. Danach wird § 90 Abs. 1 Satz 2 bis 4 SGB VIII aufgehoben. Dafür werden dem Absatz 2 des § 90 SGB VIII nachfolgende Sätze angefügt:
»Für die Feststellung der zumutbaren Belastung gelten die §§ 82 bis 85, 87, 88 und 92a des Zwölften Buches entsprechend, soweit nicht Landesrecht eine andere Regelung trifft. Bei der Einkommensberechnung bleiben das Baukindergeld des Bundes und die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimgesetz außer Betracht.

Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst:

(3)Im Fall des Absatzes 1 Nummer 3 (Kindertageseinrichtung + Kindertagespflege) sind Kostenbeiträge zu staffeln. Als Kriterien für die Staffelung können insbesondere das Einkommen der Eltern, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit des Kindes berücksichtigt werden. Werden die Kostenbeiträge nach dem Einkommen berechnet, bleibt das Baukindergeld des Bundes außer Betracht. Darüber hinaus können weitere Kriterien berücksichtigt werden.
(4)Im Fall des Absatzes 1 Nummer 3 wird der Kostenbeitrag auf Antrag erlassen oder auf Antrag ein Teilnahmebeitrag vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen, wenn die Belastung durch Kostenbeiträge den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Nicht zuzumuten sind Kostenbeiträge immer dann, wenn Eltern oder Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch, Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches oder Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen oder wenn die Eltern des Kindes Kinderzuschlag gem. § 6a des Bundeskindergeldgesetzes oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten.
Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die Eltern über die Möglichkeit einer Antragstellung nach Satz 1 bei unzumutbarer Belastung durch Kostenbeiträge zu beraten. Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend. (=Lebt das Kind oder der Jugendliche nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern)«

- **Elternbeiträge für außerunterrichtliche Angebote**

Nach § 5 Abs.2 KiBiz können der Schulträger oder das Jugendamt für außerunterrichtliche Angebote im Rahmen offener Ganztagsschulen und für andere außerunterrichtliche Angebote Ganztags- und Betreuungsangebote in Schulen Beiträge von den Eltern oder den nach kommunalem Satzungsrecht gleichgestellten Personen erheben. Der Schulträger oder das Jugendamt sollen eine soziale Staffelung der Beiträge vorsehen. Beiträge für Geschwisterkinder können ermäßigt werden. Dies gilt auch für Kinder, deren Geschwister in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut werden.

- **Im Zusammenhang mit dieser Prüfung sind für das Produkt folgende Vorschriften relevant:**

- Grundgesetz (GG)
- SGB VIII
- Kinderbildungsgesetz (KiBiz)
- Satzung des Kreises Unna über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege (EKBS), welche am 01.11.2013 in Kraft getreten ist
- Landschaftsverbandsordnung
- Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
- Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – AG-KJHG –
- Verordnung über die Bestimmung Großer kreisangehöriger Städte und Mittlerer kreisangehöriger Städte zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe
- Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19.12.2018
- Gemeindeordnung
- Kreisordnung

### 7.4.3 Prüfungsverlauf

Im Rahmen dieser Prüfung erfolgt eine Bewertung der Regelungen der zum 01.11.2013 in Kraft getretenen Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege (EKBS) unter Einbeziehung der rechtlichen Vorgaben, Gutachten und Gerichtsentscheidungen.

Anhand von Aktenvorgängen wurde die Verfahrensweise nachvollzogen und geprüft, ob die rechtlichen Vorgaben bzw. Regelungen der Satzung eingehalten wurden. Hierfür wurden die für das Jahr 2018 insgesamt abgeschlossenen 10 Widerspruchsfälle herangezogen. Geprüft wurde in diesen Fällen der Zeitraum ab Erlass der aktuellen Elternbeitragssatzung. In der Regel handelte es sich um Kinder, die in Kindertageseinrichtungen betreut wurden. Lediglich in einem Fall erfolgte eine Betreuung bei einer Tagespflegemutter. Da in den vorliegenden Fällen alle drei Sachbearbeiterinnen vertreten waren, wurde auf die Heranziehung weiterer Vorgänge verzichtet. Darüber hinaus waren beide Betreuungsarten vertreten. Die Widerspruchsakten enthielten keine Erlassanträge. Es wurden daher zusätzlich zwei Vorgänge, in denen Erlassanträge gestellte wurden, in die Prüfung einbezogen. In diesen Fällen bezog sich die Prüfung auf das Jahr 2018.

Im Rahmen der Fallbearbeitung wird das Fachverfahren „OK.JUG“ genutzt. Für die Kindertageseinrichtungen gibt es darüber hinaus ein durch den Kreis Unna entwickeltes Anmeldeverfahren, welchem die Tageseinrichtungen angeschlossen sind. Die Anmeldung zur Tagespflege erfolgt über das hiesige Jugendamt. Nach Angaben der Sachgebietsleitung besteht keine Möglichkeit, das Anmeldeverfahren mit dem Fachverfahren über eine Schnittstelle zu verknüpfen. Eine Verknüpfung würde zu einer Vereinfachung der Arbeitsabläufe führen. Derzeit müssten die über das Anmeldeverfahren übermittelten Daten manuell in das Fachverfahren eingegeben werden. Dies würde im Rahmen einer Verknüpfung wegfallen. Der Fachdienst 16 wird in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend ein Fachverfahren entwickeln, welches mit dem bereits bestehenden Anmeldeverfahren kompartibel ist. Auf eine Risikoeinschätzung zum derzeitig genutzten Fachverfahren wurde aufgrund der geplanten Veränderung verzichtet.

#### 7.4.3.1 Prüfung Elternbeitragssatzung

Die Elternbeiträge stellen eine öffentlich-rechtliche Abgabe eigener Art dar. Die unmittelbare Ermächtigungsgrundlage ergibt sich aus § 90 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII. Weitergehende Regellungen sind dem in Nordrhein-Westfalen geltenden KiBiz zu entnehmen. Dabei wird die Beitragserhebung weder im Bundes- noch im Landesgesetz abschließend geregelt, weshalb der Kreis Unna auf der Grundlage des § 5 Abs. 1 Kreisordnung (KrO) NRW unter Beachtung der bundes- und landesgesetzlichen Vorgaben eine Elternbeitragssatzung erlassen hat. Hieraus gehen die Beitragserhebung sowie die insoweit maßgebenden Kriterien hervor.

Aus § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 77 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) NRW ergibt sich für den Kreis Unna eine Pflicht zur Abgabenerhebung. Nach § 77 Abs. 2 GO NRW hat dieser zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Finanzmittel soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihm erbrachten Leistungen und nur im Übrigen aus Steuermitteln zu beschaffen, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen. Die Erhebung von Elternbeiträgen steht nach § 90 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII, gleichermaßen auch nach dem KiBiz im Ermessen des Jugendhilfeträgers. Indem im Rahmen der Ermessensauslegung soziale und pädagogische Gesichtspunkte, welche sich aus den Spezialgesetzen ergeben, berücksichtigt wurden, sind die besonderen Aspekte des SGB VIII eingeflossen (s. auch Beschluss des OVG NRW vom 28.05.2010 – 15 A 2759/09). Dem Gedanken des SGB VIII folgend handelt es sich nur um eine Mitfinanzierung durch die Eltern unter Einbeziehung einer sozialen Staffelung.

Die Beitragssatzung ist übersichtlich aufgebaut. Sie ist unterteilt in 9 Bereiche. Die ersten drei Paragraphen enthalten insbesondere Informationen zum Förderungsanspruch der Kinder nach dem SGB VIII unterschieden nach Alter, zur grundsätzlichen Beitragserhebung, zum Aufbau der Beitragstabellen, zur Entstehung der Beitragspflicht, zum Beitragszeitraum und geben Aufschluss über verfahrensrechtliche Vorgänge.

Die Satzung enthält für den Beitragspflichtigen grundlegende Informationen in verständlicher Form. Sie enthält den Hinweis (§ 2 Abs.3), dass die Beitragspflicht nicht durch Schließungszeiten oder Ausfallzeiten der Tagesmutter berührt wird. Diese besteht unabhängig von der tatsächlichen Nutzung, so auch Urteil des OVG NRW vom 02.09.2009 -12 A 729/09. Die Klarstellung ist wichtig und dürfte darüber hinaus etwaigen Klageverfahren vorbeugen.

§ 4 der Satzung ist zu entnehmen, wer als Beitragspflichtiger herangezogen wird. Hierunter aufgeführt sind nachfolgende Personenkreise:

- Die Eltern, auf deren Veranlassung hin das Kind eine Kindertageseinrichtung für Kinder besucht oder die Kindertagespflege in Anspruch nimmt.
- Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern.
- Wird bei Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag gem. § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, so treten die Personen, die diese Leistung erhalten, an die Stelle der Eltern.

§ 90 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VIII regelt nicht ausdrücklich, wem gegenüber Kostenbeiträge festgesetzt werden können. Ein Hinweis ergibt sich lediglich im § 90 Abs. 3 SGB VIII. Hierin wird ausgeführt, dass im Rahmen des »Härteantrages« zu prüfen ist, inwieweit die Belastung den Eltern und dem Kind zugemutet werden kann. Laut Kommentar Schellhorn (s. auch Rechtsgutachten des Deutschen Instituts für Familie und Jugend –DIJuF- vom 30.06.2014) ist hieraus indirekt zu schließen, dass das Kind und seine Eltern kostenbeitragspflichtig sind. Dem folgend spricht KiBiz im § 23 von Elternbeiträgen.
Eine Definition für den Begriff Eltern ist dem Grundgesetz (GG) und dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) zu entnehmen. Nach Artikel 6 Abs. 2 GG sind Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 19.02.2013 -1 BvL 1/11 – 1 BvR 3247/09 – ist zu entnehmen, dass hierunter zunächst die leiblichen Eltern zu verstehen sind. Darüber hinaus genießt den verfassungsrechtlichen Schutz des Art. 6 Abs. 2 GG auch die Adoptivelternschaft. Die Heranziehung der Eltern bzw. Elternteile entspricht damit den gesetzlichen Regelungen.

Neben den Eltern bzw. Elternteilen werden auch die Pflegeeltern, die einen Kinderfreibetrag bzw. Kindergeld für das Kind erhalten, als Beitragspflichtige in Anspruch genommen. § 6 Abs. 4 der Elternbeitragssatzung ist zu entnehmen, dass der Beitrag unabhängig davon, über welches Einkommen die Pflegeeltern verfügen, begrenzt wird auf die zweite und damit auf die Eingangsstufe. Für die erste Einkommensgruppe bis 15.000,-- € wird kein Beitrag gefordert. Der nach der zweiten Einkommensgruppe zugrundezulegende Beitrag beläuft sich je nach Betreuungsart sowie gebuchten Betreuungszeit höchstens auf 61,--€. Hierdurch ist sichergestellt, dass dieser mit dem Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag aufgebracht werden kann. Es wurde geprüft, inwieweit dies ausreicht, um eine Ausweitung des im § 90 SGB VIII genannten Personenkreises vorzunehmen. Wie der Regelung zu entnehmen ist, sollen die Pflegeeltern in diesen Fällen an die Stelle der Eltern treten. Handelt es sich bei den Pflegeeltern um die Großeltern, besteht zumindest eine Unterhaltsverpflichtung ihren Enkelkindern gegenüber.

Sowohl der Kommentar Wiesner als auch der Kommentar Schellhorn zum SGB VIII verneint eine Heranziehung von Pflegeeltern zum Kostenbeitrag im Rahmen des § 90 SGB VIII. Gleiches ist dem Rechtsgutachten des DIJuF vom 11.05.2009 zu entnehmen. Lediglich § 5 KiBiz lässt die Aufnahme von gleichgestellten Personen in einer Satzung zu, wenn es sich um außerunterrichtliche Förderung handelt. Ausschlaggebend hierfür ist, dass die im § 90 SGB VIII enthaltene Ermächtigungsgrundlage die außerunterrichtliche Förderung nicht betrifft. Eine gleichlautende Regelung ist für den Bereich der Tagespflege und Tageseinrichtung nicht erfolgt.

Sind Pflegeeltern berechtigt, das Kindergeld bzw. den Kinderfreibetrag in Anspruch zu nehmen, sind diese Leistungen nach § 39 SGB VIII zumindest zu einem bestimmten Anteil auf die Hilfe zur Erziehung anzurechnen. Gegen eine Beteiligung der Pflegeeltern spricht auch, dass der öffentliche Jugendhilfeträger den Beitrag im Rahmen der Festsetzung des laufenden Lebensunterhaltes nach Aussage eines Kommentars zum SGB VIII als Mehrbedarf zu berücksichtigen hätte.
Aus Sicht der Prüferin widerspricht eine Inanspruchnahme von Pflegeeltern unabhängig davon, dass diese begrenzt wurde, dem Willen des Gesetzgebers. Insoweit wird auf die vorangegangenen Ausführungen verwiesen.
Es wird daher angeraten, die Regelung ggfls. unter Hinzuziehung der Stabsstelle für Rechtsangelegenheiten zu prüfen. Wird diese beibehalten, wird empfohlen, die Gründe hierfür zu dokumentieren, um mehr Transparenz zu schaffen.

Die Höhe des Beitrages richtet sich nach § 5 Elternbeitragssatzung (EBS) u.a nach den vertraglich vereinbarten Betreuungsstunden. Die für die Tagespflege maßgebliche Beitragstabelle enthält eine Abstufung im 5 Stunden Takt beginnend ab der Einteilung „Bis 10 Stunden Betreuungszeit“. Die jeweiligen Tabellensätze sind festgesetzt für Kinder von 0 bis über 6 Jahren.
Für die Tageseinrichtung wurde die Eingangsstufe 25 Stunden Betreuungszeit gewählt. Ein höherer Beitrag ergibt sich danach im 10 Stunden Takt bis zu einer maximalen Betreuungszeit von 45 Stunden. Im Gegensatz zur Tagespflege wird im Rahmen des Besuchs von Tageseinrichtungen auch noch zwischen Altersgruppen unterschieden. Dabei haben Eltern von in der KiTa betreuten Kindern unter 2 Jahren einen höheren Beitrag für die vereinbarte Betreuungszeit zu entrichten.

Im Rahmen der Beitragsfestsetzung sind die Betriebskosten, die für die jeweilige Maßnahme anfallen, sowie die hierauf anzurechnenden Landeszuschüsse von Bedeutung.
Handelt es sich um Kindertageseinrichtungen stellen nach KiBiz NRW grundsätzlich die vom Ministerium festgelegten Kindpauschalen die Berechnungsgrundlage für die Finanzierung derselben dar. Es gibt 3 Gruppenformen. Die höchsten Kindpauschalen sind vorgesehen für die Gruppenform II, also für die Kinder unter drei Jahren. Ausschlaggebend hierfür ist der höhere Betreuungsaufwand, welcher insbesondere einem höheren Personalaufwand geschuldet ist.
Die Kindpauschalen der Gruppenformen I und III, welche die Aufnahme von Kindern ab 3 Jahren bzw. ab zwei Jahren vorsehen, weichen nur unwesentlich voneinander ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der Gruppenform I nur eine begrenzte Anzahl von Zweijährigen zulässig ist. Eltern, die nach Ausschöpfung des Kontingents ihre Kinder nur in der Gruppenform II unterbringen könnten, müssten entsprechend höhere Beiträge zahlen. Die jetzige Regelung, einen höheren Beitrag nur bis zu einem Alter von zwei Jahren vorzusehen, führt zu mehr Abgabengerechtigkeit und ist insofern nachvollziehbar.

Für die Kindertagespflege sieht der Kreis Unna keine altersmäßige Unterscheidung vor. Die unter Berücksichtigung der Betreuungszeit festgesetzten Beiträge sind maßgebend für die Altersgruppe 0 bis über 6 Jahre.
Im Gegensatz zur Kindertageseinrichtung erfolgt die Finanzierung der Kindertagespflege nicht nach Kindpauschalen. Die Tagespflegeperson erhält eine laufende Geldleistung, welche unabhängig von der Altersgruppe festgesetzt wird.

Aufgrund der anders gelagerten Finanzierungsart ist die Erhebung von altersunabhängigen Elternbeiträgen im Fall der Kindertagespflege nachvollziehbar.
Im Rahmen einer Gegenüberstellung der für die Kindertageseinrichtung (Altersgruppe 2 – Über 6) und der Kindertagespflege (Altersgruppe 0 – Über 6 Jahre) aufgenommenen Tabellensätze konnte festgestellt werden, dass diese bei gleicher Betreuungszeit, d. h. bis 25 Stunden, bis 35 Stunden und bis 45 Stunden iden-

tisch waren. Anzumerken ist, dass es für die Kindertageseinrichtung im Gegensatz zur Kindertagespflege keine weitergehende Unterteilung gibt.
Die insoweit für die Tagespflege übernommenen Beiträge gelten offenkundig als Eckpfeiler für die Bemessung der übrigen Beitragsstufen in der Tagespflege. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die Beiträge bis zu einer Betreuungszeit von 25 Std. in der Regel um den Wert erhöhen, welcher für die Buchung weiterer 5 Stunden ab einer Betreuungszeit von 45 Stunden festgelegt wurde. Ab einer Betreuungszeit von 25 Stunden gibt es im Vergleich zur Kindertageseinrichtung jeweils nur eine Zwischenstufe. Bei dem insoweit festgesetzten Beitrag handelt es sich in diesen Fällen um den Mittelwert, welcher sich aus dem Beitrag für die niedrigere und höhere Stufe ergibt. Hieraus konnte geschlossen werden, dass es für die Tagespflege keine eigene Aufwandsberechnung gibt. Nach Aussage der Sachgebietsleitung soll den Eltern über die Tagespflege eine der Tageseinrichtung vergleichbares Angebot zur Verfügung gestellt werden, ohne dass von diesen ein höherer Kostenbeitrag gefordert wird. Insofern wird ein angemessenes Wahlrecht zur Verfügung gestellt. Im Rahmen einer Mischkalkulation könnte dann ggfls. auch darüber nachgedacht werden, analog der Tageseinrichtung eine auch für die Tagespflege eine Unterscheidung nach Alter vorzunehmen.
Datenmaterial, aus dem sich die Berechnung der jeweiligen Höchstbeiträge ergeben, lag der Prüferin nicht vor. Aus Sicht der Prüferin bedarf es grundsätzlich einer Kalkulation unterschieden nach den Angebotsformen.
Zwecks Herstellung von Transparenz wird angeraten, Kalkulationen darzulegen und Gesichtspunkte, insbesondere solche, die zu abweichenden Entscheidungen bzw. Mischkalkulationen geführt haben, zu dokumentieren.

Zur Bemessung des zu leistenden Elternbeitrages wird nach der vorliegenden Satzung ausschließlich das Einkommen der Eltern bzw. des Elternteils, mit dem das Kind zusammenlebt, herangezogen.
Satzungen anderer kommunaler Träger konnte entnommen werden, dass das Einkommen der Ehepartner oder Partner einer eingetragenen Lebensgemeinschaft, die in einem Haushalt mit der Beitragspflichtigen/dem Beitragspflichtigen und dem Kind leben, aber nicht zugleich Elternteil des Kindes sind, zum beitragsrelevanten Einkommen gezählt wurde. Das insoweit festgestellte Familieneinkommen stellte die maßgebliche Bemessungsgrundlage dar.

Die Vorgehensweise des Kreises Unna entspricht grundsätzlich den gesetzlichen Vorgaben. Da andere kommunale Satzungsgeber weitergehende Regelungen vorsehen, wurde geprüft, inwieweit eine Ausweitung auf den Ehepartner und Partner einer eingetragenen Lebensgemeinschaft zulässig ist.

Nach dem Gutachten des DIJuF vom 30.06.2014 ist es aufgrund des Gestaltungsspielraumes zulässig, neben dem Einkommen der Eltern bzw. eines Elternteils auch das Einkommen beispielsweise des im Haushalt lebenden Ehemannes, der nicht Vater des Kindes ist, zu berücksichtigen. Andere kommunale Jugendhilfeträger berücksichtigen Unterhaltsansprüche, die die Kindesmutter/ der Kindesvater gegenüber dem/der Ehepartner/-in haben, welche/r nicht gleichzeitig Elternteil ist. Nicht berücksichtigt wird beispielsweise im Rahmen der jetzigen Regelung auch, dass Stiefelternteile im Rahmen einer Abtretung den Kinderfreibetrag für das Stiefkind in Anspruch nehmen können.
Eine weitergehende Einkommenserfassung scheint unter Einbeziehung dieser Gesichtspunkte aufgrund der verschiedenen Familienkonstellationen zu mehr Abgabengerechtigkeit zu führen.
Unter Verweis auf das genannte Gutachten des DIJuF wird daher empfohlen, über eine weitergehende Regelung zur Einkommensbemessung nachzudenken bzw. eine solche ggfls. unter Einbeziehung der Stabsstelle Rechtsangelegenheiten zu prüfen.

§ 90 SGB VIII und das KiBiz enthalten keine Vorgabe zur Einkommensermittlung. Kommentaren ist zu entnehmen, dass dem Satzungsgeber insoweit ein weiter Gestaltungsspielraum zur Verfügung steht. Es

kommen verschiedene Grundlagen in Betracht. Eine davon stellt, wie durch den Kreis Unna erfolgt, die Heranziehung des Einkommenssteuergesetzes dar.

Die Satzung enthält unter § 5 eine Geschwisterregelung als auch die im Gesetz aufgenommene Beitragsfreistellung.

Die Geschwisterregelung enthält alle gesetzlichen Vorgaben. Darüber hinaus sind Anregungen des Gesetzgebers eingeflossen.

Die zum 01.11.2013 in Kraft getretene Satzung sieht eine beitragsfreie Einkommensstufe bis 15.000,-- € vor. Im Kreis Unna konnten unterschiedlich hohe Beitragsfreistellungen (15.000,-- € bis 19.999,-- €) festgestellt werden. Der Kreis Unna liegt mit seiner antragsunabhängigen Freistellung von bis zu 15.000,-- € im untersten Bereich.

Der Satzungsgeber hat im Bezug auf die Festsetzung der Beitragsstaffelung Gestaltungsspielraum. Zur Vermeidung von Erlassanträgen wird in Kommentaren und Gutachten empfohlen, im Rahmen der grundsätzlichen Festlegung per Satzung darauf zu achten, dass Familien mit entsprechend geringem Einkommen von Vornherein nicht mit einer Beitragserhebung belastet werden. Die Zumutbarkeit ermittelt sich nach Kriterien des SGB XII. Maßgebend ist die Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII. Liegt das nach § 82 SGB XII ermittelte anzurechnende Einkommen unterhalb der Einkommensgrenze, ist zu beachten, dass der Familie mindestens das zum notwendigen Lebensunterhalt im Sinne des SGB II, SGB XII bzw. des Asylbewerberleistungsgesetzes benötigte Einkommen verbleiben sollte.

Nachfolgend wird beispielhaft dargestellt, wie sich der sozialhilferechtliche Bedarf nach dem SGB II/SGB XII je nach Familienkonstellation zum aktuellen Zeitpunkt unter Berücksichtigung der für die einzelnen Kommunen maßgebenden angemessenen Bruttokaltmiete darstellt:

| **Bedarf Lebensunterhalt SGB II/SGB XII ohne HK =Jahresbetrag in Euro** | **Regelbedarf Alleinerziehend Monatlich in Euro** | **Mehrbedarf Alleinerz. Monatlich in Euro** | **Regelbedarf Eltern/Elternteil + Ehe-/partner mtl. in Euro** | **Kind (RB6 bzw.RB5) Monatl. in Euro** | **Angem. Bruttokaltmiete ohne Heizk. (Richtlinien) in Euro** |
|---|---|---|---|---|---|
| 14.485,08 bis 14.945,28 | 424,00 | 152,64 | | 245,00 | 385,45 – 423,80 |
| 17.944,80 bis 18.252,00 | | | 764,00 | 245,00 | 486,40 – 512,00 |
| 18.636,48 bis 18.943,68 | 424,00 | 152,64 | | 490,00 | 486,40 – 512,00 |
| 19.320,48 bis 19.627,68 | 424,00 | 152,64 | | 547,00 | 486,40 – 512,00 |

Noch nicht einbezogen wurden die ebenfalls zu berücksichtigenden angemessenen Heizkosten, weil diese u.a. von dem jeweiligen Energieträger abhängig sind.

§ 6 Abs. 1 Satz 6 der Elternbeitragssatzung sieht vor, dass das Kindergeld nicht zum beitragsrelevanten Einkommen zählt. Um bewerten zu können, ob ein Jahreseinkommen in Höhe von 15.000,-- € für die o.g. Familienkonstellationen ausreicht, wurde daher von dem errechneten Bedarf an notwendigem Lebensunterhalt das Kindergeld in Höhe von (194,-- € x 12 Monate) 2.328,-- € pro Kind in Abzug gebracht, weil dieses auf die Sozialleistung angerechnet wird. Anzumerken ist, dass sich das Kindergeld ab 01.07.2019 für

das erste und zweite Kind auf jeweils 204,-- € erhöht. Dies wurde im Rahmen der nachfolgenden Berechnung noch nicht berücksichtigt.

Für die/den Alleinerziehenden mit einem Kind würde danach je nachdem, um welche Kommune es sich handelt, ein Jahreseinkommen in Höhe von 12.157,08 € bis 12.617,28 €, mit zwei Kindern unter 6 Jahre in Höhe von 13.288,80 € bis 13.596,00 € bzw. mit einem Kind unter sechs und einem Kind über sechs Jahre in Höhe von 14.664,48 € bis 14.971,68 € bzw. für ein Ehepaar mit einem Kind in Höhe von 15.616,80 € bis 15.924,00 € jeweils zuzüglich Heizkosten nach der Elternbeitragssatzung herangezogen.

Dem Berechnungsbeispiel ist zu entnehmen, dass die in der Satzung vorgesehene Freistellung bei einem Einkommen bis zu 15.000,-- € jährlich die Alleinerziehenden mit einem Kind unter 6 Jahre, jedoch beispielsweise nicht mehr Ehepaare mit einem Kind einschließt. Handelt es sich um eine/n Alleinerziehende/n mit einem Kind unter sechs und 1 Kind über sechs Jahren dürfte die Grenze unter Einbeziehung der Heizkosten ebenfalls überschritten werden. Nach Aussage der Sachgebietsleitung ist eine Anpassung im Rahmen der für 2020 vorgesehenen Überarbeitung der Satzung angedacht.

Zum 01.08.2019 hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und der Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19.12.2018 u.a. eine gesetzliche Änderung zum § 90 Abs. 3 und 4 SGB VIII beschlossen. Nach § 90 Abs. 3 SGB VIII soll der Kostenbeitrag auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Absatz 4 der Vorschrift enthält Regelungen zur Feststellung der zumutbaren Belastung. Unabhängig der maßgeblichen Berechnungsgrundlage nach dem SGB XII hat der Gesetzgeber mit dem Gesetz zum 01.08.2019 neu aufgenommen, dass ein Kostenbeitrag immer dann nicht zuzumuten ist, wenn Eltern oder das Kind Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II, Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel SGB XII oder Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes beziehen oder wenn die Eltern des Kindes einen Kinderzuschlag nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt konnte festgestellt werden, dass kommunale Satzungsgeber eine Befreiungsklausel aufgenommen haben. Dies gewährleistet, dass Empfänger laufender Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II, SGB XII oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von Vornherein nicht mit einer Beitragszahlung belastet wurden. Wie bereits dargestellt, kann die Einführung einer beitragsfreien Einkommensstufe der Erfassung nicht leistungsfähiger Beitragspflichtiger nur bedingt gerecht werden. Mit Blick auf eine einzuhaltende Abgabengerechtigkeit, stellt sich auch die Frage, bis zu welcher Höhe eine Beitragsfreiheit noch angemessen ist. Es wird daher neben der Beibehaltung der beitragsfreien Einkommensstufe die Aufnahme einer entsprechenden Befreiungsklausel empfohlen. Dies würde auch zu mehr Transparenz für den Beitragspflichtigen führen.

Die Beiträge wurden nach Angaben der Sachgebietsleitung zur Vermeidung jährlicher Anpassungen vorausschauend festgesetzt. § 19 Abs. 2 KiBiz NRW konnte entnommen werden, dass die Kindpauschalen, welche für den Bereich der Kindertageseinrichtungen die Betriebskosten darstellen, erstmals für das Kindergartenjahr 2015/2016 erhöht wurden. Im Rahmen der 2020 geplanten Überarbeitung der Satzung ist ihren Angaben zufolge auch eine Überprüfung der Beiträge angedacht. Nachfolgende Tabelle soll einen Überblick über die derzeitig im Kreis Unna geforderten Höchstbeiträge geben:

| Kommunaler Jugendhilfeträger | Letzte Einkommensstufe über .. | Tageseinrichtung mit Betreuungszeit bis zu 45 Stunden wöchtl. | | Tagespflege mit Betreuungszeit bis zu 45 Stunden wöchtl. bzw. 215 Std. mtl. | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | U 2 Jahre | Ü 2 Jahre | U-2 | Ü-2 |
| **Kreis Unna (2013)** | **100.000,00 €** | **587,00 €** | **392,00 €** | **392,00 €** | **392,00 €** |
| Bergkamen (2010) | 77.000,00 € | 539,00 € | 410,67 € | 539,00 € | 410,67 € |
| Kamen (2008) | 70.000,00 € | 531,00 € | 354,00 € | 350,00 € für 25 Std. | 233,00 € für 25 Std. |
| Unna (2014) | 86.000,00 € | 613,00 € | 516,00 € | 613,00 € | 516,00 € |
| Werne (2016) | 100.000,00 € | 573,52 € | 427,32 € | 573,52 € | 427,32 € |
| Selm (2015) | 120.000,00 € | 605,00 € | 375,00 € | 375,00 € | 375,00 € |
| Lünen (2015) | 72.000,00 € | 491,00 € | 330,00 € | 330,00 € | 330,00 € |
| Schwerte (2018) | 105.000,00 € | 542,00 € | 493,00 € | 546,00 € | 497,00 € |

Bei den durch den Kreis Unna festgelegten Höchstbeiträgen handelt es sich aktuell weder um die niedrigsten noch um die höchsten Beiträge unabhängig davon, um welche Art von Betreuung bzw. um welche Altersklasse es sich handelt. Die vom Datum aktuellste Satzung konnte in Schwerte vorgefunden werden. Im Bereich der Tagespflege gibt es beide Varianten der Festsetzung. Einerseits konnte eine Unterscheidung im Rahmen der Beitragserhebung zwischen unter 2 Jährigen (U-2) und über 2-Jährigen (Ü-2) und andererseits die Forderung eines vom Alter unabhängigen Beitrages vorgefunden werden. In den überwiegenden Fällen wurden unabhängig davon die Höchstbeiträge aus dem Bereich der Kindertageseinrichtung bei gleicher Betreuungszeit für die Tagespflege übernommen.

#### 7.4.3.2 Einzelfallprüfungen

Die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des Besuchs von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und außerunterrichtlicher Förderangebote im Primarbereich der OGS in Bönen erfolgt durch 3 Mitarbeiterinnen. Die Widerspruchssachbearbeitung nimmt der Produktverantwortliche wahr. Dabei decken die jeweiligen Aufgabengebiete zum Teil noch weitere Tätigkeiten ab.

Der Internetseite des Fachbereichs konnten bereits nachfolgende Informationen und Formulare entnommen werden:

- Die aktuelle Satzung mit Anlagen
- Anmeldeverfahren zur Kindertagesbetreuung
- Namen, Anschriften der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege unterschieden nach den drei Kommunen, für die der Kreis Unna zuständig ist.
- Vordruck für die Vermittlung und Gewährung von Kindertagespflege.
- Verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen.
- Informationsblatt über erforderliche Einkommensnachweise.

Darüber hinaus steht hierüber ein Wegweiser für jede einzelne Kommune (Bönen, Fröndenberg und Holzwickede) zur Verfügung.

Über die Internetseite werden den Beitragspflichtigen umfassende Informationen zur Verfügung gestellt. Einem Flyer ist u.a. auch die Verfahrensweise zu entnehmen. Die „Verbindliche Erklärung“ enthält bereits den Antrag auf Erlass des Elternbeitrages für die Beitragspflichtigen, die Leistungen zur Sicherung des

Lebensunterhaltes nach sozialen Gesetzen erhalten. Hierdurch wird der dem Gesetz zu entnehmenden Antragspflicht entsprochen. Gleichzeitig ermöglicht dieser vorsorglich gestellte Antrag dem kommunalen Jugendhilfeträger für den angesprochenen Personenkreis von Beginn an die Befreiung auszusprechen. Dies vermeidet weitergehenden Verwaltungsaufwand und etwaige Niederschlagungen, wenn der Antrag nicht separat gestellt wird, Zahlungen jedoch nicht erbracht werden. Der Wegweiser gibt einen guten Überblick über Einrichtungen, Angebote und Ansprechpartner.

Für die Abwicklung der Festsetzung der Elternbeiträge und Bescheiderteilung wird das Fachverfahren „ok.jug“ und zur Registrierung das Anmeldeverfahren „Kiba“ genutzt. Nach Angaben der Sachgebietsleitung hat sich das Anmeldeverfahren u.a. aufgrund seiner einfachen Handhabung bewährt. Dem Anmeldeverfahren sind die Kindertageseinrichtungen angeschlossen.

Die Einkommensberechnung erfolgt nach Angaben des Fachbereichs nicht über das Fachverfahren, sondern über eine Excel-Tabelle, welche den Bescheiden beigefügt wird. Die Beitragspflichtigen können anhand der Anlage die jeweiligen Berechnungen nachvollziehen. Dies habe dazu geführt, dass es weniger Nachfragen zur Einkommensberechnung geben würde. Die hierüber ermittelten Einkünfte werden nach eigenen Angaben in „ok.jug“ übertragen.

Die Excel-Tabelle ist übersichtlich gestaltet. Laut Vordruck werden die für Mutter und Vater festgestellten Einkünfte, genauso wie Abschläge und Zuschläge manuell eingetragen. Es erfolgt hiernach keine anteilige Berechnung von Einkünften bzw. Zu- und Abschlägen. Diese werden manuell vorgenommen, wenn die Jahreswerte aus den Gehaltsabrechnungen nicht dem Kalenderwert entsprechen.
Der Berechnungsbogen gibt Aufschluss über die vorzunehmenden Beitragszahlungen unter Einbeziehung von Beitragsbefreiungen. Im Falle von Neufestsetzungen werden die jeweiligen Differenzbeträge ausgewiesen.

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung stehen vielfältige Musterschreiben und -bescheide zur Verfügung.

Das zur Verfügung stehende Vordruckwesen stellt eine Arbeitserleichterung dar und gewährleistet eine einheitliche Handhabung vergleichbarer Sachverhalte. Es konnte im Laufe der Prüfung festgestellt werden, dass alle notwendigen Informationen sowie Hinweise zur Mitwirkungspflicht aufgenommen wurden. Dies betrifft insbesondere die Information zum beitragsfreien Jahr und die Belehrung über die Anzeige veränderter Einkommensverhältnisse.

Im Jahr 2018 gingen nach Aussage des Sachbearbeiters insgesamt 11 Widersprüche ein. Davon betrafen 10 Widersprüche die Förderung in Kindertagespflege (1) und Kindertageseinrichtungen (9). Ein Widerspruch wurde eingelegt gegen die Festsetzung des Elternbeitrages für die außerunterrichtliche Förderung in der OGS in Bönen. Die Prüfung dieses Produktes ist nicht Bestandteil dieser Prüfung.
Anhand der 10 Widerspruchsakten wurde zunächst die allgemeine Vorgehensweise nachvollzogen.

Alle Aktenvorgänge enthielten ein Vorblatt, welchem die wesentlichen Daten zusammengefasst entnommen werden können. Die Eltern bzw. der Elternteil werden/wird, nachdem eine verbindliche Anmeldung für einen Kindergarten vorliegt, aufgefordert, Angaben zu den Einkommensverhältnissen über die Verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen zu machen. Die Erklärung enthält darüber hinaus auch weitere Fragestellungen, wie z.B. zur gebuchten Betreuungszeit, Namen der Kindertageseinrichtung und die Angabe, welche Einkommensnachweise vorzulegen sind. Anhand einer Tabelle haben die Beitragspflichtigen anzugeben, welcher Einkommensstufe sie sich zuordnen. Mit der Unterzeichnung derselben bestätigen sie die Richtigkeit ihrer Angaben.

Im Rahmen einer Anhörung werden die Beitragspflichtigen darüber informiert, in welche Einkommensstufe diese nach Überprüfung der Einkommensunterlagen eingestuft werden sowie welcher Beitrag sich hieraus ergibt. Sie haben dann innerhalb einer Frist von in der Regel 1 Woche die Gelegenheit sich hierzu zu äußern.
Nach Ablauf der gesetzten Frist ergeht der Festsetzungs- und Leistungsbescheid. Treten Veränderungen ein, erfolgt über einen Änderungsbescheid zum Festsetzungs- und Leistungsbescheid eine Neufestsetzung ab dem jeweiligen Zeitpunkt.

Im Weiteren wurde geprüft, inwieweit gesetzliche Vorgaben bzw. Vorgaben aus der Satzung beachtet wurden.

§ 23 Abs. 3 KiBiz sieht vor, dass die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege insbesondere für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung beitragsfrei ist. Dies ist auch im Rahmen der Geschwisterregelung zu berücksichtigen.

In den Widerspruchsfällen erfolgte in der Regel eine ordnungsgemäße Berücksichtigung der beitragsfreien Zeit. Lediglich in einem Fall wurde dies erst auf Anfrage bestätigt. Dies lag darin begründet, dass das Geburtsjahr falsch aufgenommen wurde. Bei Aufnahme eines Geschwisterkindes wurde in einem anderen Fall darauf geachtet, dass innerhalb der beitragsfreien Zeit eines Kindes auch das zweite Kind nicht herangezogen wurde.

Für die Einkommensermittlung lagen insbesondere Einkommenssteuerbescheide, elektronisch erstellte Lohnbescheinigungen und Gehaltsabrechnungen des Vormonats bzw. für den Monat Dezember des jeweiligen Jahres vor. Teilweise wurden auch Elterngeldbescheide eingereicht. Den Einkommenssteuerbescheiden wurden neben den Bruttoarbeitsentgelten Lohnersatzleistungen, Kinderbetreuungskosten und Werbungskosten entnommen. Ergab sich aus Dezemberabrechnungen ein höheres Bruttoarbeitsentgelt wurde dieser Wert herangezogen.

Die aus den Bescheiden ersichtlichen Einkommensbewertungen bzw. Zuordnungen zu Einkommensstufen konnten nachvollzogen werden. Seit einiger Zeit wird den Bescheiden eine Excel-Tabelle beigefügt, aus welcher die Einkommensberechnung ersichtlich ist. Dies führt zu mehr Transparenz und vereinfacht die Prüfung.

Für den Bereich der Kindertageseinrichtungen ist zu beachten, dass für Kinder unter zwei Jahren aufgrund des höheren Betreuungsaufwandes ein höherer Beitrag gefordert wird. Gleichermaßen ist ab dem Monat, in dem das Kind das 2. Lebensjahr vollendet, auf den geringeren Beitrag umzustellen.

Es konnte festgestellt werden, dass in der Regel der korrekte Beitrag unterschieden nach Altersgruppen festgesetzt wurde. Entsprechende Umstellungen sind ordnungsgemäß erfolgt. Lediglich in einem Fall wurde das Kind zum Zeitpunkt der Aufnahme als zweijähriges Kind berücksichtigt, obwohl noch der Beitrag für U-2-Jährige maßgebend gewesen wäre.

Nach § 8 Abs. 1 der Elternbeitragssatzung ist für die Festsetzung des Elternbeitrages das Einkommen des Jahres, in dem die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege in Anspruch genommen wird, maßgebend. Sollten für dieses Jahr noch keine Einkommensnachweise vorgelegt werden, wird danach zunächst das Einkommen des Vorjahres zugrundegelegt. Eine Anpassung des Elternbeitrages soll dann im Folgejahr rückwirkend für den Zeitraum der Beitragspflicht des Vorjahres erfolgen. Dies hat zur

Folge, dass für jedes Jahr mindestens 1 Beitragsfestsetzung vorgesehen ist. Hinzu kommen Veränderungen im Laufe der Betreuung. Dies betrifft insbesondere Einkommensveränderungen, Aufnahme eines Geschwisterkindes, Änderung der Betreuungszeit, Wechsel von U-2 (Unter 2.Jährige) nach Ü-2 (Über-2-Jährige) sowie die Berücksichtigung der beitragsfreien Zeit.

In allen geprüften Fällen lag eine abschließende Einkommensermittlung und hierauf beruhende Beitragsfestsetzung für die vergangenen Zeiträume vor. Es fehlte jedoch in allen Fällen eine jährliche endgültige Festsetzung unter Einbeziehung der jeweils aktuellen Einkommensverhältnisse. Hierfür gab es unterschiedliche Gründe. Die Fälle wurden nicht jährlich aufgerufen und/oder Aufforderungen zur Vorlage entsprechender Unterlagen wurde erst verspätet durch den Beitragspflichtigen nachgekommen. Eingehalten wurden die Zeitabläufe lediglich in dem Fall der Tagespflege. Dieser ist insoweit jedoch nicht aussagekräftig, weil das Kind nur einen Monat von einer Tagespflegemutter betreut wurde.

Elternbeitragsbescheide sind vergleichbar mit Abgabenbescheiden. Eine Nacherhebung ist danach ohne verfahrensrechtliche Einschränkung unter Beachtung einer Verjährungsfrist von 4 Jahren zulässig. Mangels anderweitiger Regelungen in den Spezialgesetzen, wie KiBiz und SGB VIII wird die Verjährungsfrist vorliegender Ausarbeitungen zufolge analog des § 12 Abs. 1 Nr.4 b KAG (Kommunalabgabengesetz) NRW in Verbindung mit § 169 Abs. 2 S. 1 AO (Abgabenordnung) festgelegt. Dabei ist die letztgenannte Vorschrift, so auch VG Minden, Urteil v. 17.10.1996 – 9 K 3139/96-, im Bereich des KAG mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Festsetzungsfrist einheitlich 4 Jahre beträgt. Die Festsetzungsverjährung beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres in dem der Elternbeitrag als Jahresbeitrag entstanden ist.

Es konnte festgestellt werden, dass in 50 % der Fälle für Teilabschnitte die Verjährung eingetreten ist. Zum Teil wurde durch die Sachbearbeiterin selber auf die Erhebung einer Nachforderung verzichtet und zum anderen Teil wurde die Verjährung im Widerspruchsverfahren festgestellt. Lediglich in einem Fall wurde auf den Eintritt der Verjährung nicht geachtet.

In 2 Fällen wurden aufgrund einer gesetzlichen Änderung zum 01.08.2014 die Festsetzungsbescheide aufgehoben. Es handelte sich hierbei um Kinder, die außerhalb des Kreises Unna wohnhaft waren und im Kreis Unna einen Kindergartenplatz besuchten. Aufgrund entsprechender Vereinbarungen wurden in einem Fall für den zurückliegenden Zeitraum Kostenbeitragsfestsetzungen bzw. in einem anderen Fall zukünftig wieder Kostenbeitragsfestsetzungen vorgenommen. Hiergegen eingelegte Widersprüche wurden zurückgewiesen.

Für die Förderung in Kindertageseinrichtungen ist nach § 86 SGB VIII der Jugendhilfeträger grundsätzlich zuständig, in dessen Bereich das Kind mit seinen Eltern bzw. seinem Elternteil seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Nach § 3a KiBiz haben die Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht. Werden Kinder in einer Kindertageseinrichtung betreut, die nicht im Jugendamtsbezirk des Wohnsitzes des Kindes gelegen ist, kann das Jugendamt der aufnehmenden Kommune einen Kostenausgleich von dem Jugendamt des Wohnsitzes verlangen. Wird hiervon Gebrauch gemacht, erfolgt die Kostenbeitragserhebung nach § 23 KiBiz, so auch § 23 Abs. 1 Satz 2 KiBiz, im Jugendamt des Wohnsitzes. Voraussetzung ist danach, dass ein Kostenausgleich durch die aufnehmende Kommune geltend gemacht wird. Wird, wie in den genannten Fällen hierauf verzichtet, können die Elternbeiträge, wie erfolgt, durch die Kommune erhoben werden, welche die genutzten Kindertageseinrichtungen fördern. Die Entscheidung ist nachvollziehbar.

Eine individuelle Betrachtung der finanziellen Situation sieht der Gesetzgeber über den Erlassantrag vor. Eine Berechnung erfolgt analog der gesetzlichen Regelungen des SGB XII unter Einbeziehung der dort maßgebenden Einkommensgrenzen. Auf Nachfrage teilte die zuständige Sachbearbeiterin mit, dass 2019

bereits 12 Erlassanträge zur Bearbeitung vorliegen würden. Dagegen belaufen sich die im Jahr 2018 abgeschlossenen Anträge ihren Aussagen zufolge auf insgesamt 5. Der Zuwachs könnte darauf zurückzuführen sein, dass für den genannten Personenkreis ein Erlassantrag mit Unterzeichnung der Verbindlichen Erklärung durch den Beitragspflichtigen automatisch als gestellt angesehen wird.
Kommentaren und Gutachten zufolge ist eine Beitragserhebung nicht zumutbar, wenn das anzurechnende Einkommen im Sinne des SGB XII unter der Einkommensgrenze nach dem SGB XII liegt. Die Vorgehensweise und Rechtsanwendung wurden anhand von 2 Erlassanträgen für das Jahr 2018 geprüft.
Im Rahmen des Erlassantrages ist zu beachten, dass auch insoweit eine Überprüfung für die vergangenen 4 Jahre beansprucht werden kann.

Für die Beantragung steht ein Vordruck zur Verfügung. Dieser wurde in beiden Fällen genutzt. Das Bruttojahreseinkommen wurde jeweils der Gehaltsabrechnung für Dezember des maßgeblichen Jahres entnommen. Hiervon in Abzug gebracht wurden die der Gehaltsabrechnung zu entnehmenden gesetzlichen Abzüge an Steuern und Versicherungsbeiträgen. Etwaige weitere Einkünfte, wie z.B. Kindergeld bzw. Unterhaltsvorschussleistung wurden hinzugerechnet. Das insoweit ermittelte Nettoeinkommen wurde verringert um private Versicherungsbeiträge. Diese können nach § 82 Abs. 2 Nr. 3 SGB XII vom Einkommen abgesetzt werden, soweit diese Beiträge gesetzlich vorgeschrieben oder nach Grund und Höhe angemessen sind. In Anlehnung an eine gemeinsame Empfehlung für die Heranziehung zu den Kosten nach §§ 90 ff. SGB VIII der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter verschiedener Länder und Landesjugendämter, wozu auch das Landesjugendamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zählt, wurden Versicherungsbeiträge bis zu 3 % des Nettoeinkommens ohne konkrete Prüfung abgesetzt. Im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung ist die Vorgehensweise nachvollziehbar. Zu beachten ist, dass die Regelung nur solche Fälle umfasst, in denen der Beitragspflichtige insgesamt keine höheren Beiträge aufzubringen hat. Dem SGB XII ist eine pauschale Bewertung bis zu dieser Größenordnung nicht zu entnehmen. In einem Fall wurden höhere Versicherungsbeiträge durch die Beitragspflichtigen nachgewiesen. Spätestens in diesen Fällen ist zu prüfen, ob bzw. inwieweit die Beiträge nach den Bestimmungen des SGB XII absetzbar sind.

An Kosten der Unterkunft wurde der Mietbetrag insgesamt im Rahmen der Einkommensberechnung berücksichtigt. Rechtsprechungen und dem Kommentar Schellhorn zufolge sind nach § 82 SGB XII nur die Kaltmiete und die kalten Betriebskosten, nicht jedoch die Heizkosten, zu berücksichtigen. Ausschlaggebend hierfür ist, dass im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung unterschieden wird zwischen Kosten der Unterkunft und Heizkosten, während zur Berechnung der Einkommensgrenze nach den Vorschriften ausschließlich die Kosten der Unterkunft zu berücksichtigen sind.

Aufgeteilt werden die Kosten der Unterkunft in der Sozialhilfe nach Kopfzahl (höchstrichterliche Rechtsprechung). In einem Beitragsfall handelte es sich um eine dreiköpfige Familie. Bei dem Lebensgefährten, welcher den Mietvertrag mit unterzeichnet hatte, handelte es sich nicht um den leiblichen Vater des im Haushalt lebenden Kindes. Dieser wurde daher nicht im Rahmen der Einkommensberechnung berücksichtigt. Eingeflossen in die Berechnung waren die hälftigen Kosten der Unterkunft, weil der Mietvertrag von der leiblichen Mutter und dem Lebensgefährten unterzeichnet wurde.
Genutzt wird die Wohnung von drei Personen, weshalb 2/3 der Kosten in die Berechnung hätten einfließen müssen.

Das Land gewährt den kommunalen Jugendhilfeträgern zum Ausgleich des beitragsfreien Jahres auf Grundlage der Kindpauschalen einen prozentualen Zuschuss in Höhe von 5,1 %. Ausgewertet und beantragt wird dieser über das Fachverfahren „KiBiz.web“, worüber generell die jeweiligen Zuschüsse zu den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege berechnet, beantragt und abge-

rechnet werden. Es handelt sich hierbei um eine webbasierte Anwendung, welche im Auftrage des Ministeriums entwickelt wurde.

Die Ausgleichsleistungen des Landes sind dem Sachkonto „4142.035“ zu entnehmen. Die Zuweisung teilt sich auf in 12 Monatsbeträge. Bei Durchsicht des Kontenblattes konnte festgestellt werden, dass zwei Monatszahlungen fehlten. Der Ertrag für April in Höhe von 41.695,-- € wurde auf dem Sachkonto 4142.017 gebucht. Dieses Sachkonto ist vorgesehen für alle übrigen Landeszuschüsse zu den Betriebskosten (z.B. zu Kindpauschalen und Mietkosten). Eine Überprüfung der Kontierung über die hinterlegten Belege ergab, dass durch den Fachbereich 51 eine korrekte Kontierung mit Angabe des Sachkontos „4142.035“ erfolgt ist.
Durch den Fachbereich wurde dargelegt, dass die Landeszuweisungen nach KiBiz für den Monat Januar 2018 unabhängig der Art der Zuweisung nachweislich durch das Landesjugendamt mit Rückzahlungsforderungen aus dem Jahr 2017 verrechnet wurden. Der für Januar 2018 danach ausgewiesene restliche Zuschussbetrag wurde dem Sachkonto „4142.017“ insgesamt zugeordnet. Hierin enthalten war ein Ausgleich für die Elternbefreiung ebenfalls in Höhe von 41.695,00 €.
Dem maßgeblichen Sachkonto „4142.017“ konnte entnommen werden, dass für den Monat November 2018 letztlich nur ein Ausgleichsbetrag in Höhe von 14.741,77 € (45.375,-- € ./. Storno 30.633,23 €) gebucht wurde. Aus dem Beleg war ersichtlich, dass der Monatsbetrag in Höhe von 45.375,-- € mit Rückforderungsansprüchen des Landesjugendamtes in Höhe von 16.865,58 € und 13.767,65 € verrechnet wurde. Die Rückforderung in Höhe von 16.865,58 € bezog sich auf die Landeszuweisungen für Mietzahlungen (Sachkonto 4142.017), weshalb für November 2018 tatsächlich eine Ausgleichsleistung in Höhe von 31.607,35 € (+ 16.865,58 €) einzubeziehen ist. Danach wurden an Ausgleichsleistungen im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Elternbeitragsbefreiung 2018 insgesamt (Ertrag Sachkonto „4142.035“ 404.720,19 € + 16.865,58 € + 41.695,-- € + 41.695,-- €) **504.975,77 €** vereinnahmt.
Da die Landeszuweisungen beider Sachkonten im Rahmen der Abrechnung letztlich berücksichtigt werden, ist durch die fehlerhaften Buchungen kein Schaden entstanden. Unabhängig davon wird der Fachbereich insbesondere im Rahmen von Verrechnungen auf eine ordnungsgemäße Zuordnung achten.

### 7.4.4 Prüfungsergebnis

Die Satzung ist übersichtlich aufgebaut und enthält alle notwendigen Informationen bzw. Festlegungen. Die Einkommensstaffelungen gewährleisten aufgrund der geringen Unterschiedsbeträge eine gerechte Beitragsbemessung. Ein Vergleich der Höchstbeiträge zu denen anderer kommunaler Träger im Kreis Unna hat ergeben, dass sich diese weder im untersten noch höchsten Sektor bewegen.
Die im Rahmen der Satzung vorgesehene Beitragsfreiheit für Einkommen der unteren Einkommensstufe liegt im untersten Sektor. Es konnte festgestellt werden, dass Empfänger von Leistungen zum notwendigen Lebensunterhalt je nach Familienkonstellation hierdurch nicht mehr erfasst werden.
Dies ist aus dem Gesichtspunkt heraus, dass der Gesetzgeber eine individuelle Betrachtung auf Antrag vorsieht, nicht zu beanstanden.
Eine angemessene generelle Einkommensbefreiungsstufe kommt zum einen den Beitragsschuldnern entgegen, weil diesen die Stellung eines Erlassantrages erspart wird. Zum anderen führt dies zu einer Arbeitsentlastung. Insofern ist die durch den Fachbereich 51 für das Jahr 2020 angedachte Überprüfung dieser Einkommensstufe zu befürworten.

Im Hinblick auf die Gesetzesänderung zum 01.08.2019 (Seite 5) wird darüber hinaus empfohlen, für den durch den Gesetzgeber im Rahmen eines Härtefallantrages freigestellten Personenkreis eine Befreiungsklausel in der Satzung insbesondere zur Erreichung von mehr Transparenz für die Beitragspflichtigen aufzunehmen.

Eine Prüfung der Kostenkalkulation ist nicht erfolgt. Der Prüferin lag insoweit kein Datenmaterial vor. Ein Vergleich der Höchstbeiträge für die Tageseinrichtungen mit denen der Tagespflege ergab, dass diese mit denen der Tageseinrichtungen bei gleicher Betreuungszeit für Kinder ab 2 Jahre identisch waren. Dies lässt den Schluss zu, dass für die Tagespflege keine eigene Kostenkalkulation erfolgt ist. Gleichermaßen verfahren auch andere kommunale Träger des Kreises Unna.
Für die Bemessung der Beiträge sind grundsätzlich die Betriebskosten unter Einbeziehung der Landeszuschüsse relevant. Während sich die Betriebskosten für die Tageseinrichtungen nach Kindpauschalen ermitteln, erhält die Tagespflegeperson eine laufende Geldleistung unabhängig vom Alter der betreuten Kinder. Hinzu kommen unterschiedlich hohe Landeszuschüsse, die gleichermaßen zu einer anderen Bewertung führen können. Inwieweit die jetzige Kalkulation gerichtsfest ist, kann nicht beurteilt werden.

Es handelt sich aufgrund der insgesamt zu berücksichtigenden Faktoren nachvollziehbar um eine schwierige Bewertung. Der Kreis Unna hat zum einen den gesetzlichen Anspruch auf Förderung sicherzustellen. Hierfür stehen diese beiden Betreuungsarten zur Verfügung. Die Beteiligung der Eltern bzw. Elternteile an den Kosten soll soziale Gesichtspunkte und deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Dem Gesetz zufolge handelt es sich um gleichartige bzw. gleichwertige Betreuungsangebote.
Gerade aufgrund der dargestellten Komplexität sollten die Beweggründe und die Berechnungsgrundlagen transparent dokumentiert bzw. dargestellt werden.

Beitragspflichtig sind laut Satzung die Eltern bzw. Elternteile, welche mit dem Kind zusammenleben und die Pflegeeltern, die den Kinderfreibetrag bzw. das Kindergeld beanspruchen.
Die Heranziehung der Eltern bzw. Elternteile entspricht dem Gesetz. Ob eine Heranziehung sorgeberechtigter Pflegeeltern zur Beitragszahlung durch das Gesetz abgedeckt ist, ist auch unter dem Gesichtspunkt, dass nur der geringste Beitrag gefordert wird, fraglich. Sowohl Kommentaren zum SGB VIII als auch einem Gutachten des DIJuF vom 11.05.2009 konnte entnommen werden, dass eine Heranziehung verneint wird.
Unabhängig davon, dass auch in anderen Satzungen kommunaler Träger die sorgeberechtigten Pflegeeltern als Beitragspflichtige aufgeführt sind, wird empfohlen, die Regelung ggfls. unter Einbeziehung der Stabsstelle Rechtsangelegenheiten prüfen zu lassen.
Demgegenüber wäre es laut vorliegender Gutachten möglich, neben dem Einkommen des Elternteils z.B. auch das Einkommen des Ehepartners, welcher nicht zugleich Elternteil des Kindes ist, zu berücksichtigen. Aus Sicht der Prüferin würde eine solche Regelung im Verhältnis zu Alleinerziehenden zu mehr Abgabengerechtigkeit führen, zumal der Partner durch Abtretung den Kinderfreibetrag beanspruchen kann und Unterhaltsansprüche der Ehepartner untereinander bestehen.
Es wird daher empfohlen, eine erweiterte Einkommensbemessung zu prüfen.

Inwieweit das für die Bearbeitung eingesetzte Fachverfahren „OK.jug“ die nachweislich umfangreiche Verwaltungsarbeit unterstützt, wurde nicht geprüft, weil dieses ohnehin durch ein aktuelleres auf die Bedürfnisse des Kreises Unna abgestimmtes Verfahren abgelöst werden soll. Nach Aussage der Sachgebietsleitung als auch einer Sachbearbeiterin handelt es sich um ein veraltetes Verfahren. Hinzu kommt, dass dieses nicht kompatibel ist mit dem Anmeldeverfahren, welches sich durch die einfache Handhabung bewährt hat. Der Kreis Unna beabsichtigt, ein eigenes Fachverfahren für die Sachbearbeitung und Bescheiderteilung zu entwickeln, welches über eine Schnittstelle die automatische Übertragung der Daten aus dem Anmeldeverfahren ins Fachverfahren gewährleistet.

Die Einzelfallprüfung ergab, dass die Beitragsfestsetzungen in der Regel korrekt erfolgt sind. Lediglich in einem Fall wurde der Beitrag für Ü-2-Jährige für einen Teilabschnitt ausgewählt, obwohl das Kind zum Zeitpunkt der Aufnahme noch keine 2 Jahre alt war. Die Geschwisterregelung wurde beachtet; in der Regel

auch die gesetzlich zu berücksichtigende Beitragsfreiheit vor der Einschulung. In einem Fall erfolgte aufgrund der falschen Übernahme des Geburtsjahres nachträglich die Festlegung der beitragsfreien Zeit aufgrund einer Mitteilung des Beitragspflichtigen.
Die Satzung sieht nach § 8 Abs. 1 vor, dass das Jahreseinkommen für die Zuordnung zur Einkommensstufe und damit Festlegung des zu erbringenden Elternbeitrages maßgebend ist, welches jeweils in dem Jahr der Betreuung erzielt wird. Zum Zeitpunkt der Aufnahme in die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflege ist dieses vielfach noch nicht bekannt, weshalb eine prognostische Beurteilung anhand von Einkommensnachweisen des Vorjahres und/oder aktueller Gehaltsabrechnung des laufenden Jahres erfolgt. Die in der Satzung festgelegte Vorgehensweise ist nachvollziehbar, führt jedoch zu einem immensen Verwaltungsaufwand, weil in jedem Jahr alleine aus diesem Grund eine Festsetzung vorzunehmen ist. Im ersten Jahr fallen alleine aufgrund dessen mindestens zwei Festsetzungen an. Hinzu kommen Festsetzungen aufgrund anderer Veränderungen, wie z.B. zur gebuchten Betreuungszeit, aufgrund der Geschwisterregelung sowie der Beitragsfreiheit vor der Einschulung.

Den Vorgängen konnte entnommen werden, dass diese Vorgehensweise nicht eingehalten wurde. Teilweise lagen auch längere Zeitabschnitte zwischen den Festsetzungen. Die im Rahmen der Prüfung erfolgten Feststellungen bestätigen die Aussage der Sachgebietsleitung. Diese wies bereits im Auftaktgespräch darauf hin, dass die Vorgabe der Satzung insbesondere aufgrund der Zunahme der Fallzahlen nicht mehr erfüllt werden kann. Einer vorliegenden Tabelle zur Fallzahlentwicklung kann entnommen werden, dass in dem Zeitraum 2012/2013 (1.701 Fälle) bis 2018/2019 (2.035 Fälle) ein Zuwachs an Fällen von cirka **19,6 %** zu verzeichnen war. Demgegenüber hat es nach Angaben der Sachgebietsleitung keinen Zuwachs an Stellenanteilen gegeben. Derzeit stehen ihren Angaben zufolge cirka 1,7 Stellenanteile für die Bearbeitung der Elternbeiträge Kita (Kindertageseinrichtung) und Tagespflege zur Verfügung.

Ein weiteres Indiz für eine hohe Arbeitsbelastung ist die Feststellung, dass in 5 von 10 Fällen für Teilabschnitte die Verjährung eingetreten ist. Hierin einbezogen wurde auch ein Fall, in dem unabhängig davon eine Festsetzung erfolgt, ein Schaden also nicht entstanden ist. Da mindestens vorläufige Festsetzungen erfolgt sind, betraf dies ausschließlich Nachforderungen für vergangene Zeiträume. Auf Nachfrage teilte eine Sachbearbeiterin mit, dass eine Wiedervorlage nicht mehr ordnungsgemäß abgearbeitet werden kann. Begründet wurde dies mit einer Fallzahlensteigerung, der vermehrten Eingabe von Veränderungen (z.B. Betreuungszeiten) sowie dem Eingang einer Vielzahl von E-Mails von Beitragspflichtigen.

Die jährliche Festsetzung gibt dem Beitragspflichtigen Rechtssicherheit und die Gewähr, dass nicht zu hohe Nachzahlungen auf diesen zukommen. Da nach Angaben des Fachbereichs der hieraus resultierende Verwaltungsaufwand mit dem vorhandenen Personal nicht gewährleistet werden kann, wird empfohlen, über längere Zeitintervalle (ggfls. zwei Jahre) bis zur endgültigen Festsetzung nachzudenken. Dabei muss sichergestellt sein, dass eine endgültige Festsetzung innerhalb der Festsetzungsfrist von 4 Jahren erfahrungsgemäß möglich ist.

Welcher Personalschlüssel für eine Sachbearbeitung in diesem Bereich zugrundezulegen ist, ist nicht Gegenstand dieser Prüfung. Aufgrund der vorliegenden Informationen und Prüfungsergebnisse wird empfohlen, anhand einer Organisationsüberprüfung den Personalbedarf festzustellen.

Zu begrüßen ist die Aufnahme des Antrages auf Erlass des Elternbeitrages in der Verbindlichen Erklärung für den Personenkreis, der Leistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes erhält. Beabsichtigt ist, diesen Personenkreis zu erweitern nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung zum 01.08.2019. Danach fallen unter die Härteregelung auch die Bezieher von Wohngeld und Kinderzuschlag (s. Seite 5 des Prü-

fungsberichtes). Mit der Unterzeichnung der Erklärung gilt der Antrag automatisch als gestellt. Dies erspart weiteren Verwaltungsaufwand sowie Niederschlagungen aufgrund fehlender Zahlungen.
Im Rahmen der Erlassberechnungen wird zukünftig darauf geachtet, dass Kosten der Unterkunft nach Kopfzahl aufgeteilt werden und Heizkosten unberücksichtigt bleiben. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass insbesondere in den Fällen, in denen höhere Beitragszahlungen zu öffentlichen und privaten Versicherungen nachgewiesen werden als 3 % des Nettoeinkommens der Beitragspflichtigen geprüft wird, ob bzw. inwieweit diese vom Einkommen nach § 82 SGB XII abgesetzt werden können. Aufgrund einer gemeinsamen Empfehlung für die Heranziehung zu den Kosten nach §§ 90 ff. SGB VIII werden nachgewiesene private Versicherungsbeiträge derzeit unabhängig einer Prüfung zur Angemessenheit anerkannt. Diese Regelung, die im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung aufgenommen wurde, bezieht sich nur auf Beitragspflichtige, die Versicherungsbeiträge bis zu dem genannten prozentualen Anteil nachweisen und nicht auf solche, die insgesamt höhere Versicherungsbeiträge aufzubringen haben.

## 7.5 FB 53 Gesundheit und Verbraucherschutz – Umwelthygiene und Infektionsschutz

| Geprüfte Produktgruppe \| Geprüftes Produkt | Geprüfte/s Haushaltsjahr/e |
|---|---|
| 53.02 Gesundheitsschutz und Umweltmedizin<br>53.02.01 Umwelthygiene und Infektionsschutz | IV. Quartal 2017 / III. Quartal 2018 bzw.<br>2015 – 2017 |
| Zuständige Verwaltungsdienststelle | Prüfungszeitraum |
| FB 53 \| SG 53.2 Gesundheitsschutz und Umwelt-Medizin | September 2018 – April 2019 |

### 7.5.1 Prüfungsanlass

Es handelt sich um eine anlassunabhängige Prüfung. Das Produkt 53.02.01 Umwelthygiene und Infektionsschutz wurde entsprechend der risikoorientierten mehrjährigen Prüfungsplanung der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten ausgewählt.

### 7.5.2 Grundlagen

Die nach § 102 Abs. 1 GO NRW vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde erstreckt sich gem. § 102 Abs. 3 Satz 2 GO NRW darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Das Produkt 53.02.01 Umwelthygiene und Infektionsschutz gehört zum Sachgebiet 53.2 Gesundheitsschutz und Umweltmedizin des Fachbereiches 53 Gesundheit und Verbraucherschutz. Es umfasst die wichtige Aufgabe der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und damit eine Vielzahl von Tätigkeitsfeldern, die zu den klassischen Bereichen des öffentlichen Gesundheitsdienstes gehören und die aufgrund der rechtlichen Vorgaben keinerlei oder kaum Gestaltungsspielraum zulassen.

So gehören beispielhaft die nachfolgenden Aufgaben zum Produkt 52.02.01:

- Hygieneüberwachung von Einrichtungen (wie z.B. Krankenhäuser, ambulante OP-Einrichtungen, Schulen pp.) und Trinkwassergewinnungs- und Trinkwasserverteilungsanlagen
- Stellungnahmen zu Planungen von Einrichtungen
- Beteiligung an Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Stellungnahmen im Rahmen von Orts-, Siedlungs- und Wohnungshygiene (Bauleitplanung, Altlasten)
- Stellungnahmen zu Industrie- und Gewerbeanlagen (BImSchG, Schadensfälle)
- Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen
- Mitwirkung bei der Erstellung der Todesursachenstatistik und Durchführung zweiter Leichenschauen gem. Bestattungsgesetz NRW
- Durchführung von MRE-Netzwerktagungen (MRE für multiresistente Erreger)

Im Zusammenhang mit dieser Prüfung sind folgende Rechtsgrundlagen relevant:

- Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ÖGDG NRW)
- Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG)
- Gebührengesetz für das Land NRW (GebG NRW)
- Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung (AVerwGebO NRW)

- Kooperationsvertrag zwischen dem Kreis Unna und der AIDS-Hilfe des Kreises Unna e.V.

Aus Gründen der Vereinfachung wird im vorliegenden Prüfbericht auf die organisatorisch korrekte Bezeichnung „Fachbereich 53 Gesundheit und Verbraucherschutz“ verzichtet und der gebräuchliche Begriff „Gesundheitsamt“ verwendet.

### 7.5.3 Ziel der Prüfung

Gegenstand dieser Prüfung sind die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sowie die Transferaufwendungen.

**Überblick Teilergebnisrechnung 53.02.01 Umwelthygiene und Infektionsschutz**

| | Ergebnis 2017 | Ergebnis 2018 |
|---|---|---|
| **Summe ordentliche Erträge** | 223.698,51 € | 190.488,80 € |
| | | |
| **davon öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** | **218.455,78 €** | **182.318,28 €** |
| davon Kostenerstattungen und -umlagen | | 778,47 € |
| davon sonstige ordentliche Erträge | 5.242,73 € | 7.392,05 € |
| | | |
| **Summe ordentliche Aufwendungen** | 1.054.284,11 € | 1.011.792,08 € |
| | | |
| davon Personalaufwendungen | 892.458,83 € | 853.608,31 € |
| davon Versorgungsaufwendungen | 50.781,26 € | 39.168,87 € |
| davon Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 18.858,10 € | 14.582,33 € |
| davon bilanzielle Abschreibungen | 1.312,46 € | 1.334,26 € |
| **davon Transferaufwendungen** | **65.139,00 €** | **74.724,90 €** |
| davon sonstige ordentliche Aufwendungen | 25.734,46 € | 28.373,41 € |

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte setzten sich wie folgt zusammen:

**2017:**

| | | |
|---|---|---|
| Verwaltungsgebühren (Sachkonto 4311.98) | 217.510,17 € | (1.324 Buchungen) |
| und | | |
| Benutzungsgebühren u.a. Entgelte (Sachkonto 4221.98) | 945,61 € | 3 Buchungen |

**2018:**

| | | |
|---|---|---|
| Verwaltungsgebühren (Sachkonto 4311.98) | 182.318,28 € | (1.035 Buchungen) |

Da das zu prüfende Produkt eine Vielzahl von Aufgaben beinhaltet, setzen sich natürlich auch die vereinnahmten Verwaltungsgebühren aus mehreren Aufgabenbereichen zusammen.
Um einen Überblick zu erhalten, wie hoch die vereinnahmten Verwaltungsgebühren der einzelnen Aufgabenbereiche/Tätigkeiten sind, hat die Prüferin die vorhandenen Buchungen des Sachkontos 4311.98 entsprechend der hinterlegten Beschreibungen nach den häufigsten vorkommenden Tätigkeiten/Bereichen gefiltert.

Bei dieser Vorgehensweise ergeben sich in 2017/2018 die folgenden Gebühreneinnahmen je „Filter“:

| | 2017 | 2018 |
|---|---|---|
| **Verwaltungsgebühren (Sachkonto 4311.98) gesamt** | **217.510,17 €** | **182.318,28 €** |
| | | |
| **"Belehrung" (Infektionsschutzgesetz)** | **145.094,00 €** | **121.220,25 €** |
| "Feuerbestattung" | 21.006,65 € | 15.896,55 € |
| "Besichtigung" (Hygienekontrollen) | 19.953,80 € | 12.903,50 € |
| "Trinkwasser" | 5.036,00 € | 1.754,00 € |
| "Auslandsüberführung" | 5.734,56 € | 2.701,83 € |
| | | |
| Summe der gesetzten Filter | 196.825,01 € | 154.476,13 € |

Damit bilden die Einnahmen im Rahmen der durchgeführten Belehrungen vor erstmaliger Ausübung einer Tätigkeit im Lebensmittelbereich nach dem IfSG den weitaus größten Anteil an den eingenommenen Verwaltungsgebühren des Produktes 53.02.01. Aufgrund dieser Gewichtung wurde der Schwerpunkt der Prüfung im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte auf die vereinnahmten Verwaltungsgebühren im Rahmen der durchgeführten Belehrung vor erstmaliger Ausübung einer Tätigkeit im Lebensmittelbereich (§ 43 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz IfSG) gelegt.

Die Transferaufwendungen (2017: 65.139 € / 2018: 74.724,90 €) beinhalten die vom Kreis Unna an die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung geleisteten jährlichen Personal- und Sachkostenzuschüsse (Sachkonto 5319.98 – Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche).

Mit der Prüfung soll festgestellt werden,

- ob die vereinnahmten Verwaltungsgebühren (Sachkonto 4311.98) im Rahmen der durchgeführten Belehrung vor erstmaliger Ausübung einer Tätigkeit im Lebensmittelbereich (§ 43 Abs. 1 IfSG) rechtmäßig und vollständig erhoben und verbucht werden.

  Da für diese Einnahmen eine Einzahlungskasse gem. Ziffer 6.1 der Dienstanweisung nach § 31 GemHVO NRW f. d. Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung des Kreises Unna eingerichtet ist, soll die Prüfung auch darüber Aufschluss geben, ob die vorhandenen Regelungen zur Verwaltung der Einzahlungskasse eingehalten werden.

- ob die vom Kreis Unna an die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. gezahlten Personal- und Sachkostenzuschüsse den rechtlichen Verpflichtungen des geschlossenen Kooperationsvertrages entsprechen.

### 7.5.4 Prüfungsverlauf

Nach Ankündigung der Prüfung erfolgte am 19.09.2018 ein Auftaktgespräch mit Herrn Merfels, L 53, Frau Kollmann, SL 53.1, und Herrn Dr. Staudt, SL 53.2. Für die Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten nahmen der Leiter der Rechnungsprüfung, Herr Steuber, sowie die für diese Prüfung zuständige Verwaltungsprüferin, Frau Krause, teil. Es wurden Fragen zur Organisation des Bereiches und den dort üblichen Arbeitsabläufen gestellt sowie die praktische Abwicklung der anstehenden Prüfung besprochen.

Sowohl im Gesundheitsamt Unna als auch im Gesundheitsamt Lünen werden Belehrungen angeboten. An beiden Standorten wurde daher eine Arbeitsbeobachtung an einem Belehrungstermin durchgeführt, um die so transparent gewordenen Verwaltungsabläufe auf ggf. vorhandene Schwächen analysieren zu können.
Mit den jeweils zuständigen Sachbearbeitern wurden Fragen zum allgemein üblichen Arbeitsablauf und zur Arbeitsorganisation erörtert.
Anschließend erfolgten Einsichtnahmen in Akten und in diverse Unterlagen (z.B. vom Sachbearbeiter geführte Dateien, Kostenentscheidungen, Buchungs- und Rechnungsunterlagen).
Im Rahmen der Prüfung der gezahlten Personal- und Sachkostenzuschüsse fand im Einvernehmen mit dem zuständigen Geschäftsführer eine Einsichtnahme in die Belege bei der AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. vor Ort statt.
Fragen der Rechnungsprüfung wurden von den Mitarbeitern der Kreisverwaltung Unna und der AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. offen und umfassend beantwortet. Erbetene Unterlagen wurden umgehend zur Verfügung gestellt.

### 7.5.5 Prüfungsergebnis

#### 7.5.5.1 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:
#### Gebühreneinnahme im Rahmen der durchgeführten Belehrungen nach § 43 IfSG

##### 7.5.5.1.1 allgemeine Feststellungen

Personen, die erstmalig gewerbsmäßig bestimmte unverpackte Lebensmittel (§ 42 Abs. 2 IfSG) herstellen, behandeln oder in den Verkehr bringen und mit ihnen in Berührung kommen, und Personen, die in Küchen von Gaststätten und sonstigen Einrichtungen mit oder zur Gemeinschaftsverpflegung tätig sind, benötigen eine Belehrung und Bescheinigung gemäß § 43 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) des Gesundheitsamtes oder eines vom Gesundheitsamt beauftragten Arztes.
Sie müssen gem. § 43 Abs. 1 Nr. 2 IfSG nach der Belehrung erklärt haben, dass ihnen keine Tatsachen für ein Tätigkeitsverbot (gem. § 42 Abs. 1 IfSG) bekannt sind.

In bestimmten Lebensmitteln können sich Krankheitserreger besonders leicht vermehren. Durch den Verzehr von mit Krankheitserregern verunreinigten Lebensmitteln können Menschen an Lebensmittelinfektionen oder –vergiftungen schwer erkranken. In Gaststätten oder Einrichtungen mit oder zur Gemeinschaftsverpflegung kann davon eine große Anzahl von Menschen betroffen sein.
Aus diesem Grund muss von jedem Beschäftigten zum Schutz des Verbrauchers und zum eigenen Schutz ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Beachtung von Hygieneregeln verlangt werden.

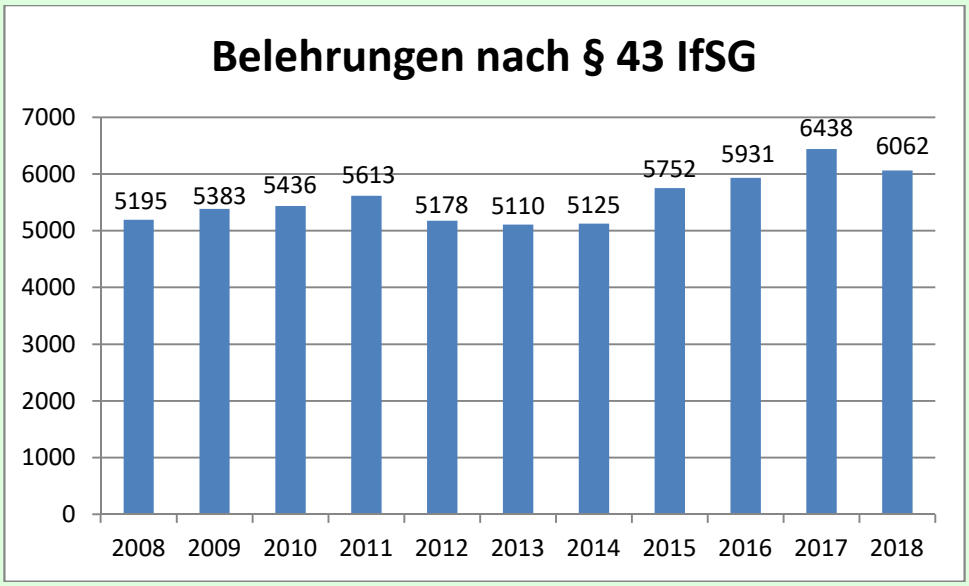
Die Belehrung (Vortrag und Videofilm) soll den Personen den verantwortungsvollen Umgang mit Lebensmitteln nahebringen. Sie erfahren, welche Nahrungsmittel für eine Besiedlung von Krankheitskeimen besonders empfindlich sind, wann bei ihnen Gründe für den vorübergehenden Ausschluss von ihrer Tätigkeit (Tätigkeitsverbot) vorliegen und werden über Krankheitssymptome aufgeklärt, die sie zu einem Arztbesuch veranlassen sollen.

Am Ende der Belehrung erhalten die Teilnehmer eine sogenannte Belehrungsbescheinigung.

#### 7.5.5.1.2 Organisation/ Entwicklung / Arbeitsabläufe und Verfahren

Bei der Kreisverwaltung Unna werden diese Belehrungen im Gesundheitsamt in Unna (mittwochnachmittags und donnerstagvormittags) und im Gesundheitsamt in Lünen (dienstagvormittags und -nachmittags) angeboten. Bei Bedarf werden Belehrungen nach vorheriger Absprache auch außerhalb der Behörde (z.B. in Schulen) durchgeführt.
Die Belehrungen führen die Hygienekontrolleure/-innen (früher: Gesundheitsaufseher) durch.

Die Anzahl der durchgeführten Belehrungen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt (Quelle: Statistik des kreiseigenen Belehrungsprogramms):




Eine Aussage zur Entwicklung der durchgeführten Belehrungen getrennt für Unna bzw. Lünen kann nicht getroffen werden, da der Belehrungsort selbst nicht gesondert datenmäßig erfasst wird.

Die Prüferin hat an einem „Belehrungstag“ sowohl im Gesundheitsamt Unna als auch in Lünen eine Arbeitsbeobachtung durchgeführt, um die so transparent gewordenen Verwaltungsabläufe auf ggf. vorhandene Schwächen – gerade auch hinsichtlich der Gebühreneinnahmen der Einzahlungskasse - analysieren zu können.
Es wird darauf hingewiesen, dass die Arbeitsbeobachtungen noch vor der Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows (eRWF) im Fachbereich 53 stattgefunden haben. Seit Dezember 2018 wird der eRWF auch im SG 53.2 genutzt.

Es ist festzustellen, dass die Durchführung der Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz und die damit verbundene bare Gebühreneinnahme an beiden Standorten im Wesentlichen identisch ist.
Unterschiede ergeben sich durch die Tatsache, dass in Lünen nicht die Möglichkeit besteht, vor Ort die eingenommenen Gebühren der zentralen Finanzbuchhaltung (10.2) zu übergeben und die Bargeldeinnahmen in Lünen von einem Geld- und Werttransportunternehmen abgeholt werden.
Des Weiteren werden in Lünen die im Rahmen der Belehrungsdurchführung anfallenden Kostenentscheidungen/Rechnungen von den Hygienekontrolleuren gefertigt, während in Unna hierfür eine Verwaltungskraft zur Verfügung steht.

Die Erfassung der Antragsteller, die eine Belehrung wünschen, erfolgt durch die Nutzung eines kreisinternen Programms. Bei der Anmeldung werden die Personalien (Name, Geburtsdatum, Geburtsort -ohne ak-

tuelle Anschrift) sowie die Zahlweise der Antragsteller (bar/auf Rechnung) bzw. Informationen zur Gebührenhöhe (gebührenfrei/ehrenamtlich tätig) von der Verwaltungskraft im Computer erfasst. Alle Personen müssen sich durch die Vorlage eines Personalausweises/Reisepasses ausweisen.

Minderjährige benötigen eine Vollmachterklärung der Erziehungsberechtigten. Mit der Eingabe des Geburtsdatums weist das Programm automatisch auf eine ggf. erforderliche Vollmachterklärung hin.
Mit dieser Erklärung bestätigen die Erziehungsberechtigten, dass sie die Gesundheitsinformationen für den Umgang mit Lebensmitteln gelesen haben und erklären für ihr nicht voll geschäftsfähiges Kind, dass ihnen keine Tatsachen für ein Tätigkeitsverbot nach § 42 IfSG bekannt sind.
Minderjährige, die die Vollmachterklärung zum Belehrungstermin nicht einreichen, können zwar an der Belehrung teilnehmen, die Aushändigung der Belehrungsbescheinigung erfolgt aber erst bei Nachreichen der entsprechenden Vollmachterklärung.

Nach Erfassung der Personalien und Bezahlung der Belehrungsgebühr erhalten die Personen vorab ein Merkblatt zur Belehrung. Bei Bedarf kann dieses Merkblatt auch in verschiedenen Sprachen ausgehändigt werden. Anschließend werden die Personen aufgefordert, sich zu den Räumlichkeiten zu begeben, in denen die Belehrung stattfinden.

In der Regel wird die Belehrungsgebühr bar entrichtet. An beiden Standorten besteht (bislang) keine Möglichkeit, unbar zu zahlen. Einige Einrichtungen wie z. B. die Werkstatt im Kreis Unna GmbH melden ihre Mitarbeiter vorab an, erklären schriftlich/per Mail die Kostenübernahme und bitten um Rechnungsstellung. Auch Schulen, die nicht in der Trägerschaft des Kreises Unna stehen, erhalten für ihre vorab angemeldeten Schüler (die Belehrung wird hier in der Regel für ein abzuleistendes Praktikum benötigt) eine schriftliche Rechnung bzw. Kostenentscheidung.

Am Ende der Anmeldung druckt die Verwaltungskraft die Teilnehmerliste sowie die jeweiligen Belehrungsbescheinigungen aus und händigt diese dem/der die Belehrung durchführenden Hygienekontrolleur/-in aus. Aus der Teilnehmerliste sind das Belehrungsdatum, die Kurs-Nummer, die Teilnehmeranzahl, die bar eingenommene Gebührensumme, die Namen der zu Belehrenden sowie die dazu gehörige Zahlweise (bar/auf Rechnung) ersichtlich.
Am Ende der Belehrung werden die Belehrten gebeten - sofern ihnen keine Tatsachen bekannt sind, die bei ihnen ein Tätigkeitsverbot nach § 42 IfSG begründen würden - die Teilnehmerlisten zu unterzeichnen, anschließend übergibt der/die Hygienekontrolleur/-in die Belehrungsbescheinigung.

Aus der Belehrungsbescheinigung selbst ist ersichtlich, wann die Person durch den Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz über die Tätigkeitsverbote nach § 42 und die Pflichten nach § 43 IfSG belehrt wurde. Es wird bescheinigt, dass der Belehrte erklärt hat, dass ihm keine Tatsachen bekannt sind, die ein Tätigkeitsverbot nach § 42 IfSG begründen würden. Die Entrichtung der bar vereinnahmten Verwaltungsgebühr wird ebenfalls schriftlich bestätigt.

Das genutzte kreisinterne Programm erfasst, wer und wann belehrt worden ist. So kann festgestellt werden, ob ein Antragsteller schon einmal durch das Gesundheitsamt des Kreises Unna belehrt worden ist. Eine erneute Belehrung ist in diesen Fällen nicht erforderlich. Es wird dann eine Zweitschrift der Belehrungsbescheinigung ausgestellt, aus der hervorgeht, wann der Betroffene belehrt worden ist.

Die Höhe der Gebühreneinnahmen für die ausgestellten Belehrungszweitschriften kann nur allein durch die Anzahl der tatsächlich vorliegenden ausgedruckten Quittungen/Belege ermittelt werden. Es ist nicht möglich, die Anzahl der erstellten Zweitschriften nachträglich systemseitig festzustellen.

Hier sieht die Prüferin eine risikobehaftete Schwachstelle, da eine anderweitige Kontrollmöglichkeit zur Überprüfung des Bargeldsollbestandes für die ausgestellten Belehrungszweitschriften nicht vorhanden ist.

Auf die Bemerkungen des Prüfungsberichts (Barkasse und Handvorschuss des Sachgebietes 53.2) vom 02.11.2015 wird hingewiesen.

- Die Rechnungsprüfung hält es für zwingend erforderlich, dass das für die Durchführung der Belehrung genutzte Programm auch die Möglichkeit bietet, im Nachhinein systemseitig die Anzahl der ausgestellten Zweitschriften zu ermitteln.
- Optimal wäre es, wenn nachvollzogen werden könnte, wann, wie viele und durch wen Belehrungszweitschriften ausgestellt wurden.
- Dem Fachbereich 53 wird empfohlen, sich zeitnah um die Erweiterung/Ergänzung des genutzten Programmes durch den FD 16 zu kümmern.
- Sofern es zum Einsatz eines neuen Programmes kommt, sollten die oben beschriebenen Leistungsmerkmale vorhanden sein.

Als Beleg/Quittung für die ausgestellten Belehrungszweitschriften in der Einnahmekasse dient ein Ausdruck aus dem genutzten Belehrungsprogramm. Mit der Unterschrift auf diesem Beleg bestätigt der Antragsteller den Erhalt der Zweitschrift.
Erst seit Anfang Februar 2019 sind auf diesen Belegen das Ausstellungsdatum und damit der Einzahlungstag der baren Gebühreneinnahme ersichtlich. Nach wie vor geht aus diesen Belegen nicht die Höhe der vereinnahmten Gebühr hervor. Auch ist es auf den Ausdrucken nicht ersichtlich, wer die Zweitschrift ausgestellt und damit die Gebühr eingenommen hat.

Gemäß der Dienstanweisung nach § 31 GemHVO NRW für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung des Kreises Unna muss für jede Einzahlung eine Quittung oder ein sonstiger Beleg vorhanden sein. Geldbestände und Belege sind getrennt aufzubewahren (Ziffer 6.2 Abs. 1 S. 3 u 4 a.a.O).
Die Personen, die die Einzahlungskassen verwalten, haben die Befugnis zur Quittungserteilung. Die Quittung muss den Namen der einzahlenden Person, den Grund der Zahlung, den Betrag in Ziffern und in Worten sowie den Einzahlungstag enthalten (Ziffer 6.2 Abs. 2 S. 1 u 2 a.a.O).

- Der Dienstanweisung nach § 31 GemHVO NRW für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung des Kreises Unna entsprechend sollten zukünftig die Belege für die ausgestellten Belehrungszweitschriften noch um den vereinnahmten Gebührenbetrag sowie den Name des Mitarbeiters, der die Zweitschrift ausgestellt und damit die Gebühr vereinnahmt hat, ergänzt werden.

- In der Dienstanweisung wird zwar nicht ausdrücklich der Name, der/des die Gebühr vereinnahmenden Mitarbeiters/-in als Bestandteil der Quittung aufgeführt. Da jedoch mehrere Personen für die Ausstellung von Belehrungszweitschriften zuständig sind, hält es die Prüferin auch im Rahmen eines sogenannten internen Kontrollsystems für erforderlich, dass es zukünftig sowohl auf den systemseitig erstellten Belegen als auch im Programm ersichtlich ist, wer die Zweitschrift ausgestellt und damit die Gebühr eingenommen hat.

#### 7.5.5.1.2.1 Organisation / Arbeitsabläufe in Unna

In Unna steht für die administrativen Tätigkeiten (Anmeldung / Gebühreneinnahme / Abrechnung / Rechnungsstellung) im Rahmen der durchzuführenden Belehrungen eine Verwaltungskraft zur Verfügung.
Seit dem 09.08.2018 wird dieser Aufgabenbereich von einer neu eingestellten Verwaltungskraft wahrgenommen. Diese Mitarbeiterin wurde mit Wirkung vom 01.02.2019 innerhalb des FB 53 in ein neues Sachgebiet umgesetzt und steht seitdem „nur“ noch an den Belehrungstagen für diesen Tätigkeitsbereich zur Verfügung.
Die darüber hinaus an den übrigen Wochentagen anfallenden Arbeiten (telefonische/schriftliche Bearbeitung von generellen Auskünften, Organisation von auswärtigen/zusätzlichen Belehrungsterminen, Kommunikation mit Schulen und Arbeitgebern, Erstellung von Belehrungsdurchschriften u.a.) werden von den Hygienekontrolleuren/-innen – je nach Erreichbarkeit vor Ort – erledigt.

Die Bareinzahlungen für die Gebühren für Belehrungen nach dem IfSG sowie der Wechselgeldhandvorschuss werden in einer verschlossenen Geldkassette in einem Tresor aufbewahrt.
Der Tresorschlüssel selbst wird auch diebstahlgesichert aufbewahrt.

Die an den Belehrungstagen erfolgten Einzahlungen setzen sich aus den Bareinzahlungen der durchgeführten Belehrungen nach § 43 IfSG und den ausgestellten Zweitschriften der Belehrungsbescheinigungen zusammen.

Nach Auskunft des vor Ort angetroffenen Hygienekontrolleurs werden die hierfür eingenommenen Gebühren einschließlich des Beleges von jedem/-r Hygienekontrolleur/-in bis zur Abrechnung am Belehrungstag gesammelt. Dies erfolgt in der Regel im jeweiligen Büroschreibtisch. Die Bürotüren werden bei jedem Verlassen des Raumes abgeschlossen.

Die Einzahlungen der Bareinzahlungskasse werden einmal in der Woche, in der Regel nach Durchführung der Belehrung des zweiten festen Belehrungstermins am Donnerstag, mit der Zentralen Finanzbuchhaltung abgerechnet.
Die zuständige Verwaltungskraft ermittelt die Einnahmehöhe zunächst anhand der Teilnehmerlisten, die die jeweilige Summe der Bareinnahmen je Belehrung ausweisen, und den ausgedruckten Belegen der ausgestellten Zweitschriften und gleicht diese dann mit den tatsächlich vorhandenen Bareinnahmen ab.

Zum Zeitpunkt der Arbeitsbeobachtung besaß die neue Verwaltungskraft aufgrund ihrer Entgeltgruppe nicht die Befugnis zur sachlichen und rechnerischen Feststellung (Ziffer 3.7 der Dienstanweisung zur Erstellung und Unterzeichnung von Buchungsbelegen und von Ein- bzw. Auslieferungsanordnungen für das Verwahrgelass vom 06.02.2008). Zwischenzeitlich wurde ihr diese Befugnis erteilt.

Die Verwaltungskraft bereitet den Kontierungsbeleg zur Ertragsbuchung vor und übergibt das Bargeld/die Barkasse und die einnahmebegründenden Belege einer zweiten Verwaltungskraft, die die Befugnis zur sachlichen und rechnerischen Feststellung besitzt.
Die zweite Verwaltungskraft zählt noch einmal die Bareinnahmen und vergleicht diese mit den einnahmebegründenden Unterlagen bevor sie die sachliche und rechnerische Richtigkeit bestätigt.
Sobald der Kontierungsbeleg anschließend von der anordnungsbefugten Person unterschrieben ist, übergibt die zuständige Verwaltungskraft die Bareinnahmen einschließlich des Buchungsbeleges persönlich an eine/n Mitarbeiter/in der Zentralen Finanzbuchhaltung (SG 10.2). Dort wird im Beisein der Mitarbeiterin des SG 53.2 die Höhe der erfolgten Bareinzahlung noch einmal überprüft und per Unterschrift bestätigt.

Die Durchschrift des Kontierungsbeleges sowie die Teilnehmerlisten und die Belege für die ausgestellten Zweitschriften werden im SG 53.2 abgeheftet.

Anschließend fertigt die Verwaltungskraft die erforderlichen schriftlichen Kostenentscheidungen/Rechnungen. Die Rechnungsstellung wird mit einem Erledigungsvermerk auf der Teilnehmerliste dokumentiert, so dass übersichtlich nachvollzogen werden kann, für welche Teilnehmer die erforderliche Rechnungsstellung erfolgt ist.

Zwischenzeitlich ist die manuelle Fertigung des Kontierungsbeleges durch die Nutzung des elektronischen Rechnungsworkflows (eRWF) nicht mehr erforderlich. Nach Absprache mit der Zentralen Finanzbuchhaltung werden die Bareinnahmen nunmehr erst in der darauffolgenden Woche dort abgegeben, um sicherzustellen, dass die erforderliche Buchungsanordnung im eRWF bei der Annahme des Bargeldes vollständig (d.h. Erstellung, Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit sowie Anordnung) bearbeitet worden ist. Die Bareinnahmen werden für diese Zeit im Tresor eingeschlossen.

**7.5.5.1.2.2 Organisation / Arbeitsabläufe in Lünen**

Aufgrund der Versetzung eines Verwaltungsmitarbeiters in den Ruhestand und der fehlenden Nachbesetzung der Stelle wurden seit 2008 alle die im Zusammenhang mit der Durchführung von Belehrungen verbundenen Verwaltungstätigkeiten von den Hygienekontrolleuren erbracht. Erst seit November 2017 unterstützt eine Verwaltungskraft aus dem Sachgebiet 53.1 die Hygienekontrolleure am Belehrungstag (dienstags) und übernimmt an diesem Tag die Anmeldung, die Gebühreneinnahme und
–abrechnung.
An den übrigen Wochentagen werden die darüber hinaus anfallenden Verwaltungstätigkeiten von den Hygienekontrolleurinnen bzw. dem Hygienekontrolleur – je nach Erreichbarkeit vor Ort - erledigt.

Trotz der eingetretenen Arbeitsentlastung am Belehrungstag wird nach Auskunft der vor Ort angetroffenen Hygienekontrolleure/-innen die Arbeitssituation zum Teil als sehr unbefriedigend erlebt: Die im Rahmen der Belehrungen anfallenden Verwaltungstätigkeiten seien oftmals so zeitintensiv, dass für den weiteren, wichtigen und sensiblen Aufgabenbereich (Badewasserhygiene, Hygieneüberwachungen, Infektionsschutz, Seuchenhygiene, Trinkwasserhygiene, Überwachung Hygieneverordnung, Wohnungshygiene) zu wenig Zeit verbleibe.

Die Bareinzahlungen sowie der Wechselgeldhandvorschuss werden in einer abschließbaren Geldkassette im Tresorraum der Zulassungsstelle (36.1) aufbewahrt. Die Aufbewahrung des Geldkassettenschlüssels erfolgt diebstahlgesichert im SG 53.2.

Die zuständige Verwaltungskraft holt einmal in der Woche am Belehrungstag die Bareinzahlungskasse mit dem Handvorschuss aus dem Tresor der Zulassungsstelle. Der Tresor selbst kann nur von zwei Mitarbeitern des SG 36.1 geöffnet/verschlossen werden.

Während der Woche sind alle Hygienekontrolleure/-innen – je nach Erreichbarkeit vor Ort – für die Ausstellung der Belehrungszweitschriften zuständig.
Die eingenommenen Gebühren für die Belehrungszweitschriften werden mit den Quittungen/Belegen der ausgestellten Zweitschriften in einem flachen Pappkarton in einem Büroraum gesammelt. Dieser Karton wird zwischen mehreren Aktenvorgängen in einem Büroschrank gelagert. Der Schrank selbst ist nicht abschließbar (fehlender Schlüssel). Die Bürotür wird nach Auskunft der Hygienekontrolleurinnen bei jedem Verlassen des Raumes abgeschlossen.

Die Einnahmen für die ausgestellten Zweitschriften werden einmal in der Woche am Belehrungstag nach Anmeldeschluss der letzten Belehrung mit den Bareinnahmen der durchgeführten Belehrung abgerechnet.

Die Verwaltungskraft ermittelt zunächst den Soll-Geldbetrag anhand der Anzahl der durchgeführten Belehrungen sowie der Anzahl der vorhandenen Quittungen/Belege für die ausgestellten Zweitschriften der Belehrungsbescheinigungen. Anschließend wird der Kassen-Sollbestand mit dem tatsächlichen Kassenbestand abgeglichen.
In einem von der Verwaltungskraft selbst erstellten Dokument werden übersichtlich die Art und Höhe der abgerechneten Einnahmen aufgeführt. Neben der Anzahl der belehrten Personen sind aus diesem Dokument die jeweilige Gebührenhöhe je Belehrungstermin sowie die Anzahl der ausgestellten Zweitschriften einschl. der Gebührenhöhe ersichtlich. Die Verwaltungskraft unterzeichnet für die sachliche und rechnerische Richtigkeit, eine zweite Person (in der Regel der/die anwesende Hygienekontrolleur/-in) bestätigt die durchgeführte Abrechnung durch Unterschrift.

Die Geldeinnahmen des Kreishauses in Lünen und damit auch die eingenommenen Gebühren aus den durchgeführten Belehrungen/ausgestellten Belehrungszweitschriften werden regelmäßig zweimal wöchentlich von einem Geld- und Werttransportunternehmen abgeholt und zur Bank gebracht.

Für diesen Zweck füllt die zuständige Sachbearbeiterin das Formular „Einzahlung durch Tag- und Nachttresor“ aus. Die abgerechneten Bareinnahmen werden mit den ausgefüllten Formularen von der Verwaltungskraft persönlich in der Zulassungsstelle (36.1) zum Verschluss in den Tresor abgeben. Die Geldkassette wird ebenfalls wieder dort deponiert.
Anschließend werden die Abrechnungsunterlagen per Telefax an das SG 53.1 in Unna übersandt. Von dort wird der Kontierungsbeleg für die Ertragsbuchung gefertigt.

Die erforderlichen schriftlichen Kostenentscheidungen/Rechnungen werden von den Hygienekontrolleuren/-innen gefertigt.
Schulen und ggf. auch andere Einrichtungen erhalten erst dann eine Rechnung, wenn alle zu einem Termin vorangemeldeten Personen tatsächlich auch belehrt sind oder durch entsprechende Nachfragen feststeht, dass die noch fehlenden Personen nicht mehr für eine Belehrung in Betracht kommen.
Wenn sich dieses über mehrere Belehrungstage bzw. –wochen hinzieht, dauert es bis zur Rechnungslegung entsprechend lange (siehe auch Prüfungsbemerkungen zu Ziffer 5.1.5.1).
Auf den Teilnehmerlisten selbst werden in Lünen keine Erledigungsvermerke angebracht, wenn die erforderliche Rechnungsstellung erfolgt ist.

Die Kontierungsanordnungen werden von dem SG 53.1 in Unna gefertigt.

**7.5.5.1.2.3 Beurteilung Arbeitsabläufe Unna und Lünen**

Die Aufbewahrungsform des für die Belehrungszweitschriften vereinnahmten Bargeldes entspricht sicherlich nicht auf den ersten Blick einer diebstahlgesicherten Aufbewahrung (Ziffer 6.2 der Dienstanweisung nach § 31 GemHVO für die Finanzbuchhaltung und zur Regelungslegung des Kreises Unna).
Durch die darüber hinaus getroffenen Maßnahmen (nicht sichtbare Aufbewahrung in einem Büroschrank bzw. -tischen-, Abschließen der Bürotür bei jedem Verlassen des Zimmers) hält die Prüferin eine diebstahlgesicherte Aufbewahrung zumindest gegenüber verwaltungsfremden Personen noch für gegeben.

Gemäß Ziffer 6.2 Abs. 1 S. 5 der oben genannten Dienstanweisung sind Geldbestände und Belege der Einzahlungskassen getrennt aufzubewahren.

Sowohl in Unna als auch in Lünen wird diese Vorschrift bei der Gebühreneinnahme für die ausgestellten Belehrungszweitschriften nicht beachtet.

- Die vorgeschriebene getrennte Aufbewahrung von Geldbeständen und Belegen gem. Ziffer 6.2 der Dienstanweisung nach § 31 GemHVO NRW für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung des Kreises Unna wird bei den vereinnahmten Gebühren für die ausgestellten Belehrungszweitschriften nicht beachtet.
- Die Prüferin hält es für erforderlich, dass für beide Standorte verbindliche organisatorische Regelungen zur Beachtung der vorgenannten Dienstanweisung getroffen werden.
- In diesem Zusammenhang sollten Überlegungen angestellt werden, wie die Aufbewahrung der Bargeldeinnahmen für die ausgestellten Belehrungszweitschriften optimiert werden kann.

- Die Abrechnung der Bareinnahmen an den Belehrungstagen ist zweckmäßig organisiert.

- Für den Standort Lünen empfiehlt die Rechnungsprüfung, den Sachstand der erforderlichen und noch offenen Rechnungen transparenter zu gestalten.
- Dies könnte z. B. durch das verbindliche Anbringen eines Erledigungsvermerkes in den Teilnehmerlisten bei Rechnungsstellung erfolgen. Des Weiteren wird die Erfassung im Belehrungsprogramm, welche Einrichtung/Arbeitgeber/Schule die Belehrungskosten des Teilnehmers trägt, für erforderlich gehalten.
- Ggf. sollte auch der Zeitpunkt der Rechnungslegung (z.B. Fertigung aller erforderlichen Rechnungen nach Durchführung des Belehrungstages) überdacht werden.

Darüber hinausgehende Schwachstellen, die in den einzelnen Arbeitsabläufen begründet sind, stellte die Prüferin nicht fest.

#### 7.5.5.1.3 Rechtmäßigkeit der Gebührenfestlegung - Rahmengebühr / Gebührenbefreiung SOLL / IST

Gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ÖGDG NRW) führt das Gesundheitsamt des Kreises Unna als untere Gesundheitsbehörde u.a. die ihm nach § 9 ÖGDG NRW obliegenden Aufgaben (Gesundheitsschutz, Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, Impfungen) als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung durch.
Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) regelt seit dem 1. Januar 2001 die gesetzlichen Pflichten zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen.
Die Durchführung der Belehrung und Bescheinigung nach § 43 IfSG nimmt das Gesundheitsamt des Kreises Unna daher im Rahmen der Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahr.

Die Grundlage für die Erhebung von Verwaltungsgebühren ist damit das Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) in Verbindung mit der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung (AVerwGebO NRW).
Die Höhe der Gebühr für die einzelne Amtshandlung ergibt sich grundsätzlich aus dem Allgemeinen Gebührentarif (Anlage der AVerwGebO NRW).

Die Tarifstelle 10.14.6 des allgemeinen Gebührentarifs (Anlage der AVerwGebO NRW) legt für die Belehrung und Bescheinigung nach § 43 IfSG eine Rahmengebühr von 20 bis 30 Euro fest.

Die Ausstellung einer Zweitschrift der Belehrungsbescheinigung nach § 43 IfSG wird in dem Allgemeinen Gebührentarif nicht ausdrücklich aufgeführt. Es greift hier die Tarifstelle 30.1.3 des allgemeinen Gebührentarifs (Anlage der AVerwGebO NRW), die eine Rahmengebühr für „Bescheinigungen“ in Höhe von 1,50 € bis 10,00 € festlegt.

Das Gesundheitsamt des Kreises Unna vereinnahmt aktuell die nachfolgenden Gebührenhöhen:

- Für die Belehrung und Bescheinigung nach § 43 IfSG 25,00 €
- Für die Ausstellung einer Belehrungszweitschrift 10,00 €

> ➢ Die jeweilige Gebührenhöhe entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liegt innerhalb des festgelegten Gebührenrahmens.

Folgende Personengruppen erhalten für die Belehrung und Bescheinigung nach § 43 IfSG eine Gebührenermäßigung:

- Schülerpraktikanten 10,00 €

- Ehrenamtlich Tätige (Voraussetzung: Belehrung ist für die Ausübung des Ehrenamtes erforderlich) 12,50 €

Gemäß § 6 S. 1 GebG NRW kann aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten Gebührenermäßigung und Auslagenermäßigung sowie Gebührenbefreiung und Auslagenbefreiung vorgesehen und zugelassen werden.

> ➢ Die Gebührenermäßigung entspricht den gebührenrechtlichen Vorschriften.

Bei der Belehrung der Schülerpraktikanten der kreiseigenen Schulen verzichtet der FB 53 auf eine Gebührenerhebung bei dem FB 40. Ausschlaggebend für den Verzicht der Gebührenerhebung war eine Stellungnahme des FD 10 vom 23.04.2008.

Bei den kreiseigenen Schulen hätte der Kreis Unna als Schulträger (FB 40) die Kosten zu tragen, so dass es sich um eine interne Verrechnung handeln würde, die keine Auswirkung auf das Gesamtergebnis entfalten würde. Sie würde jedoch zu einer größeren Transparenz auf der Produktebene (Transparenz des vollständigen Ressourcenverbrauchs und Ressourcenaufkommens) führen.

Aufgrund des geringen prozentualen Anteils dieser Fälle und des geringen jährlichen Verrechnungsvolumens (2008 geschätzte 2.000 bis 2.400 €) hatte der FD 10 in der o.g. Stellungnahme eine interne Verrechnung dieser Verwaltungsgebühren für nicht angemessen gehalten und den mit einer internen Verrechnung verbundenen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand als nicht gerechtfertigt eingestuft.

Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung zur Darstellung der internen Leistungsbeziehungen. Die Regelungen des § 17 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) bzw. ab 01.01.2019 des § 16 Kommunale Haushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) eröffnen lediglich die Möglichkeit hierzu.

> ➢ Aus Sicht der Rechnungsprüfung ist der Verzicht auf die interne Verrechnung im Rahmen der Belehrung der Schülerpraktikanten der kreiseigenen Schulen nicht zu beanstanden.

Die Sachgebietsleitung 53.2 stellt sicher, dass alle betrauten Mitarbeiter über Änderungen der Gebührenhöhe und über den Zeitpunkt der Änderungen informiert werden.

#### 7.5.5.1.4 Bareinzahlungskasse

In der Regel wird die Belehrungsgebühr bar entrichtet. Einige Einrichtungen wie z. B. die Werkstatt im Kreis Unna GmbH melden ihre Mitarbeiter vorab an, erklären schriftlich/per Mail die Kostenübernahme und bitten um Rechnungsstellung.
Auch Schulen, die nicht in der Trägerschaft des Kreises Unna stehen, erhalten für ihre vorab angemeldeten Schüler (die Belehrung wird hier in der Regel für ein abzuleistendes Praktikum benötigt) eine schriftliche Rechnung bzw. Kostenentscheidung. Bei Bedarf werden auch gesonderte Belehrungstermine eingerichtet.

Sowohl die Hygienekontrolleure/-innen als auch die jeweils zuständigen Verwaltungskräfte sind mit der Führung der Kassengeschäfte in den Einzahlungskassen und für die Handvorschüsse beauftragt.

Die Verwaltung einer Bareinnahmekasse ist naturgemäß risikobehaftet. Angesichts der Höhe der an den einzelnen Belehrungstagen vereinnahmten Gebührensummen (bis zu 1.500 €) sollten für beide Standorte zur Risikominimierung Alternativen zur vorhandenen Bareinzahlungskasse in Betracht gezogen werden.

Für die Zulassungsstelle am Standort Lünen ist im Kalenderjahr 2019 die Anschaffung eines Kassenautomatens geplant (siehe Produkthaushalt 2019 FB 36 – Teilfinanzplan – Teil B – Investitionen). Diese Tatsache sollte vom FB 53 zum Anlass genommen werden, die Möglichkeit einer zukünftigen Gebührenvereinnahmung durch den Kassenautomaten der Zulassungsstelle zu prüfen.

.

- Für beide Standorte (Unna und Lünen) sollten Alternativen zu der naturgemäß risikobehafteten Bareinzahlungskasse in Betracht gezogen werden.
- Für den Standort Lünen wird dem FB 53 empfohlen zu prüfen, ob die Gebühren für die Durchführung der Belehrungen gem. § 43 IfSG und für die Ausstellung der Belehrungszweitschriften über den neu anzuschaffenden Kassenautomat der Zulassungsstelle vereinnahmt werden können.

#### 7.5.5.1.5 Gebühreneinnahmen/Buchungen

Die Prüfung richtete sich auf die Gebühreneinnahmen des IV. Quartals 2017 sowie des III. Quartals 2018 der im Gesundheitsamt Unna und Lünen an den feststehenden Belehrungsterminen durchgeführten Belehrungen. Für die genannten Quartale fand eine Vollprüfung statt.
Die gesondert vereinbarten Belehrungstermine für Schulen und andere Einrichtungen und die damit verbundenen Gebühreneinnahmen waren nicht Inhalt dieser Prüfung.

Es wurden jeweils die abgerechneten Bareinnahmen mit den Teilnehmerlisten der Belehrungen verglichen, um festzustellen, ob die abgerechneten Bareinnahmen vollständig und korrekt waren.
Des Weiteren wurde geprüft, ob erfolgte Gebührenermäßigungen berechtigt waren.
Es erfolgte eine Einsichtnahme der Quittungen für die ausgestellten und abgerechneten Belehrungszweitschriften.

In den Fällen, in denen das Erstellen einer Rechnung erforderlich war, wurde geprüft, ob die Kostenentscheidungen zeitnah und vollständig gefertigt und Kontierungsanordnungen erstellt wurden.

#### 7.5.5.1.5.1 Standorte Unna und Lünen

Sowohl in Unna als auch in Lünen konnten die abgerechneten Bareinnahmen vollständig nachvollzogen werden. Erfolgte Gebührenermäßigungen (ehrenamtlich Tätige/Schüler) waren begründet.
Es konnten keine Unstimmigkeiten bei den abgerechneten Gebühren festgestellt werden.

Es wurde festgestellt, dass die Gebühreneinnahmen der Belehrungen vom 03.07.2018 (Lünen) wegen der falschen Angabe im Kontierungsbeleg auf den falschen Kostenträger gebucht worden sind. Dies hat jedoch keine Auswirkungen auf die Ergebnisrechnung.

Weitere Verstöße gegen haushaltsrechtliche Vorschriften wurden nicht festgestellt

In Lünen war für eine Person (Belehrungsdatum 14.11.17) die erforderliche Rechnungslegung nicht feststellbar.
Darüber hinaus wurden die überprüften Kostenentscheidungen/Rechnungen sowohl in Lünen als auch in Unna vollständig gefertigt.

Die Höhe der in Rechnung gestellten Gebühren entsprachen dem in der Kontierungsanordnungen zum Soll gestellten Ertrag.

In Unna werden die überprüften Kostenentscheidungen regelmäßig zeitnah gefertigt.

In Lünen erhalten Schulen und ggf. auch andere Einrichtungen erst dann eine Rechnung, wenn alle zu einem Termin vorangemeldeten Personen tatsächlich auch belehrt sind oder durch entsprechende Nachfragen feststeht, dass die noch fehlenden Personen nicht mehr für eine Belehrung in Betracht kommen.
Wenn sich die Belehrung aller angemeldeten Teilnehmer über mehrere Belehrungstage und damit über Wochen hinzieht, dauert es bis zur Rechnungslegung entsprechend lange.
In diesen Fällen wurde ein Zeitraum von bis zu zwei Monaten zwischen Belehrungstermin und erfolgter Rechnungserstellung festgestellt.
In diesem Zusammenhang wird auf Ziffer 7.5.5.1.2.2 dieses Prüfberichtes verwiesen. Die Empfehlung, den Zeitpunkt der Rechnungslegung zu überdenken, wurde bereits dort gegeben.
Die darüber hinaus überprüften Kostenentscheidungen wurden zeitnah gefertigt.

Die Anzahl der Belege für die abgerechneten Belehrungszweitschriften entsprachen den vereinnahmten Gebühren für die Belehrungszweitschriften.

Bei der Einsichtnahme in die Belege der abgerechneten Belehrungszweitschriften (IV. Quartal 2017 und III. Quartal 2018) wurde festgestellt, dass in Unna auf vielen Belegen ein handschriftliches Datum und Namenszeichen versehen war. Nur deshalb konnte nachvollzogen werden, wer und wann die Zweitschrift ausgestellt und die Gebühr eingenommen hat.
Auf den in Lünen vorhandenen Belegen waren keine Angaben handschriftlich vermerkt, so dass für die Prüferin der Einnahmetag und der die Gebühr vereinnahmende Mitarbeiter nicht ersichtlich waren

Seit Anfang Februar 2019 ist nunmehr das Ausstellungsdatum systemseitig auf den Belegen erfasst.

Eine weitere inhaltliche Ergänzung der Belege für die ausgestellten Zweitschriften wird aus Sicht der Rechnungsprüfung für erforderlich gehalten. Zur Vermeidung von Wiederholungen darf auf Ziffer 7.5.5.1.2 dieses Prüfberichtes hingewiesen werden.

- In den geprüften Fällen wurden die Gebühren rechtmäßig und vollständig erhoben.
- Kostenentscheidungen/Rechnungen wurden in der Regel vollständig erstellt.
- Der Abgleich zwischen den abgerechneten Gebühren und den Daten der Finanzbuchhaltung ergab keine Unstimmigkeiten.

### 7.5.5.2 Personal- und Sachkostenzuschüsse des Kreises Unna an die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V.

#### 7.5.5.2.1 Allgemeines

Die Transferaufwendungen des Produktes 53.02.01 beinhalten die vom Kreis Unna an die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e. V. geleisteten Personal- und Sachkostenzuschüsse (Sachkonto 5319.98 – Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche).

Am 15.12.2009 hat der Kreistag des Kreises Unna dem Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen dem Kreis Unna und der AIDS-Hilfe im Kreis Unna e. V. zugestimmt. Der unterzeichnete Vertrag dient der Förderung der AIDS-Hilfe durch den Kreis und gilt ab 01.01.2010.

Der Umfang der finanziellen Förderung wird in § 3 Abs. 2 – 4 des Vertrages geregelt:

Nach § 3 Abs. 2 a.a.O. stellt der Kreis der AIDS-Hilfe neben den jährlichen kommunalisierten Landesmittel weitere finanzielle und sachliche Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung. Die finanzielle Förderung umfasst

a) die verbleibenden bzw. ungedeckten Personalkosten für zwei hauptamtlich tätige psychosoziale Vollzeitkräfte und eine hauptberuflich tätige Teilzeitverwaltungskraft (26 Std./Wo.). Reduzierungen der wöchentlichen Arbeitszeiten führen gleichsam zur Reduzierung der zu übernehmenden Personalkosten. Eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit führt nicht automatisch zur Übernahme der entstehenden Mehrkosten und bedarf einer Änderungsvereinbarung.
b) einen jährlichen Sachkostenzuschuss in Höhe von 18.000 €.

Gemäß § 3 Abs. 3 a.a.O. sind die in Abs. 2 aufgeführten Kosten gegenseitig deckungsfähig.

Gemäß § 3 Abs. 4 a.a.O vermindern weitere Spenden oder andere finanzielle Leistungen Dritter, die zu einer Überdeckung der Aufwendungen führen, die Leistungen des Kreises und sind zeitnah mitzuteilen. Die bisher gezahlte Spende der Sparkasse Unna in Höhe von 20.000 € führt zur Reduzierung der Kreismittel aus Abs. 2.

Seit 2010 hat sich die Höhe der geleisteten Personal- und Sachkostenzuschüsse wie folgt entwickelt:

| Jahr | Plan-ansatz | Ergebnisrechnung Sachkonto 5319.98 | |
|---|---|---|---|
| 2010 | 49.430,00 € | 30.622,80 € | |
| 2011 | 41.000,00 € | 35.650,48 € | |
| 2012 | 53.500,00 € | 42.209,00 € | einschl. 1.200 € Zuschuss f. sex.-pädag. Fachtagung) |
| 2013 | 62.000,00 € | 52.509,00 € | davon Rückzahlung i.H.v. 58,45 € (Sachkonto 4429.98 in 2014) |
| 2014 | 70.000,00 € | 54.162,00 € | |
| 2015 | 75.000,00 € | 57.969,83 € | einschließlich 690,97 € Nachzahlung für 2014 |
| 2016 | 79.000,00 € | 65.669,86 € | |
| 2017 | 82.000,00 € | 65.139,00 € | davon Rückzahlung i.H.v. 778,47 € (Sachkonto 4429.98 in 2018) |
| 2018 | 85.000,00 € | 74.724,90 € | |

**7.5.5.2.2 Organisation/Arbeitsablauf**

Die Personal- und Sachkostenzuschüsse werden jeweils monatlich an die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. gezahlt.
Hierfür errechnet die zuständige Sachbearbeiterin des SG 53.1 am Ende eines Kalenderjahres die voraussichtlich zu zahlenden Personal- und Sachkostenzuschüsse des kommenden Jahres. Grundlage für diese Berechnung ist der von der AIDS-Hilfe eingereichte Haushaltsentwurf (Prognose der Einnahmen und Ausgaben des kommenden Jahres) für das entsprechende Jahr. Die AIDS-Hilfe wird schriftlich über die Höhe des voraussichtlichen Zuschussbetrages informiert.
Jeweils im Januar erfolgt die Abrechnung des abgelaufenen Kalenderjahres anhand der zu diesem Zeitpunkt vom Verein eingereichten Jahresabrechnung (Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben des Kalenderjahres) einschließlich einer Summen- und Saldenliste der Sachkonten.
Als Nachweis der jährlichen Personalkosten (Gehalt/Sozialversicherung/Steuern) reicht die AIDS-Hilfe eine Kostenstatistik der PariDienst GmbH in Wuppertal ein. Das Dienstleistungsunternehmen ist mit der Erstellung der Gehaltsabrechnungen der Mitarbeiter der AIDS-Hilfe beauftragt und weist mit diesem Formular die im Kalenderjahr (Abrechnungen Januar – Dezember) entstandenen Personalkosten (Gehalt / Steuern / Sozialversicherung) nach.

Die zuständige Sachbearbeiterin in 53.1 ermittelt aufgrund der von der AIDS-Hilfe im Januar mitgeteilten Einnahmen und Ausgaben des Vorjahres die tatsächliche Höhe der vertraglichen Zahlungsverpflichtung und verrechnet die bisher geleisteten Zuschüsse des abgerechneten Kalenderjahres. Sofern eine Nachzahlung erforderlich ist, wird die Überweisung des Betrages an die AIDS-Hilfe veranlasst, eine entstandene Überzahlung wird entsprechend zurückgefordert. Diese Erstattungen werden auf das Sachkonto 4429.98 (öffentlich-rechtl. Kostenerstattungen von übrige Bereiche) gebucht.
Die Jahresspitzabrechnung erfolgt in schriftlicher Form und wird von der Fachbereichsleitung unterzeichnet.

Die jeweiligen Buchungsanordnungen werden von der zuständigen Sachbearbeiterin in 53.1 erstellt, die die sachliche und rechnerische Richtigkeit bescheinigt, und von der anordnungsbefugten Person unterzeichnet (4-Augen-Prinzip). Inzwischen erfolgt auch hier die Nutzung des elektronischen Rechnungsworkflows (eRWF).

Bis Ende März erhält das Sachgebiet 53.1 den Rechenschaftsbericht und den Jahresabschluss des vergangen Jahres von der AIDS-Hilfe.

Eine Belegeinsicht zur Überprüfung der mitgeteilten Einnahmen und Ausgaben bei der AIDS-Hilfe durch die zuständige Sachbearbeiterin des SG 53.1 erfolgte bisher nicht.

#### 7.5.5.2.3 Belegprüfung bei der AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V.

Die Tatsache, dass eine Belegeinsicht bislang nicht durchgeführt wurde, nahm die Prüferin zum Anlass im Einvernehmen mit dem Geschäftsführer der AIDS-Hilfe Unna eine solche bei der AIDS-Hilfe vor Ort durchzuführen.
Die durchgeführte Prüfung erstreckte sich auf die Kalenderjahre 2015 – 2017. Die Belege der jeweiligen Einnahmen und Ausgaben der im Januar erstellten Jahresabrechnungen wurden stichprobenmäßig überprüft.

Alle im Rahmen der Prüfung der Jahresabrechnungen aufgetretenen Fragen wurden von der Verwaltungskraft zügig und umfassend beantwortet.

- Die stichprobenmäßig geprüften Einnahmen und Ausgaben der AIDS-Hilfe der Kalenderjahre 2015 – 2017 sind sachlich und rechnerisch begründet und vollständig belegt.
- Die vorgelegten Unterlagen waren übersichtlich geführt.

- Die Rechnungsprüfung empfiehlt, zukünftig – ggf. auch in unregelmäßigen Abständen - eine stichprobenmäßige Belegeinsicht der von der AIDS-Hilfe mitgeteilten Einnahmen und Ausgaben durchzuführen.

#### 7.5.5.2.4 Rechtmäßigkeit der gezahlten Zuschüsse

Auch die Überprüfung der vom Kreis Unna an die AIDS-Hilfe gezahlten Personal- und Sachkostenzuschüsse umfasste die Kalenderjahre 2015 – 2017. Zum Prüfungszeitpunkt war das Kalenderjahr 2018 noch nicht abgeschlossen, so dass sich die Prüfung nicht auf dieses Kalenderjahr erstreckte.

Die Höhe der pauschalierten Landeszuweisung für den Förderbereich „Bekämpfung der erworbenen Immunschwäche AIDS“ ist seit Vertragsabschluss unverändert geblieben und beträgt 67.938 € jährlich.
Die Auszahlung der fachbezogenen Pauschale erfolgt vierteljährlich jeweils zum 15.02.,15.05., 15.08. und 15.11. von der Bezirksregierung Arnsberg an den Kreis Unna und wird anschließend zweckentsprechend an die AIDS-Hilfe Unna ausgezahlt.
Die Pauschale ist jährlich bei der Bezirksregierung zu beantragen und die zweckentsprechende Mittelverwendung ist nachzuweisen.

- Die pauschalierten Landesmittel für den Förderbereich „Bekämpfung der erworbenen Immunschwäche AIDS“ an die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. wurden vertragsentsprechend bei der Berechnung der Personal- und Sachkostenzuschüsse berücksichtigt.
- Der Abgleich zwischen der Ein- und Auszahlung der pauschalierten Landesmittel (sogenannte „durchlaufende Mittel“) ergab keine Unstimmigkeiten.

Änderungen der wöchentlichen Arbeitszeit der drei hauptberuflich tätigen Mitarbeiter haben sich nicht ergeben, so dass nach wie vor vertragsgemäß die Personalkosten von zwei Vollzeitkräften und einer Teilzeit-Verwaltungskraft (26 Std./Woche) Berücksichtigung finden.

Die jährliche Spende der Sparkasse Unna (bis 2016 jeweils 20.000 €, 2017: 23.000 €) wurde vertragsgemäß berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden die weiteren vertraglich festgelegten Abrechnungsmodalitäten bei der Berechnung der zu zahlenden Personal- und Sachkostenzuschüsse eingehalten.

- Die vom Kreis Unna geleisteten Personal- und Sachkostenzuschüsse für die Jahre 2015 – 2017 an die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. entsprechen den rechtlichen Verpflichtungen des geschlossenen Kooperationsvertrages.

- Der Abgleich zwischen den geleisteten Personal- und Sachkostenzuschüssen (Sachkonto 5319.98) bzw. Rückforderungen/Erstattungen (Sachkonto 4429.98) und den Daten der Finanzbuchhaltung ergab keine Unstimmigkeiten.

### 7.5.6 Gesamtfazit

#### 7.5.6.1 Öffentlich-rechtliche Entgelte

In den überprüften Fällen wurden die Gebühren für die durchzuführenden Belehrungen gem. § 43 IfSG rechtmäßig und in der Regel vollständig erhoben und festgesetzt.

Bareinnahmekassen sind naturgemäß risikobehaftet. Unter Berücksichtigung der nicht unerheblichen Einnahmehöhe an den Belehrungstagen wird empfohlen, Alternativen zu den vorhandenen Bareinzahlungskassen für beide Standorte (Unna und Lünen) zu überprüfen.
So wäre z.B. in Lünen mit der Vereinnahmung der Belehrungsgebühren durch den neu anzuschaffenden Kassenautomaten der Zulassungsstelle eine Risikominimierung möglich.

Optimierungsbedarf wird bei der systemseitigen Erfassung der ausgestellten Belehrungszweitschriften gesehen. Eine nachträgliche systemseitige Kontrollmöglichkeit, ob die vorliegenden Bargeld-Sollbestände mit der Anzahl der ausgestellten Belehrungszweitschriften übereinstimmen, besteht bislang nicht. Diese wird aus Prüfersicht für zwingend erforderlich gehalten. Die Schaffung dieser Kontrollmöglichkeit sollte zeitnah geschehen.
Die systemseitig erstellten Belege für die ausgestellten Belehrungszweitschriften sollten inhaltlich ergänzt werden, so dass neben dem Erstellungsdatum zukünftig auch die Höhe der vereinnahmten Gebühr sowie der Name des/der die Gebühr vereinnahmenden Mitarbeiters/-in ersichtlich sind.

#### 7.5.6.2 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die vom Kreis Unna geleisteten Personal- und Sachkostenzuschüsse an die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. für die Jahre 2015 – 2017 entsprechen den rechtlichen Verpflichtungen des geschlossenen Kooperationsvertrages.

## 7.6 FB 62 Vermessung und Kataster – Grundstückswertermittlung durch den Gutachterausschuss

| Geprüfte Produktgruppe \| Geprüftes Produkt | Geprüfte/s Haushaltsjahr/e |
|---|---|
| 62.04.01 Grundstückswertermittlung durch den Gutachterausschuss | 2016 und 2017 |
| Zuständige Verwaltungsdienststelle | Prüfungszeitraum |
| FB 62 \| SG 62.5 Geschäftsstelle des Gutachterausschusses | März bis Mai 2018 |

### 7.6.1 Prüfungsanlass

Es handelt sich um eine anlassunabhängige Prüfung. Das Produkt 62.04.01 (Grundstückswertermittlung durch den Gutachterausschuss) wurde entsprechend der risikoorientierten mehrjährigen Prüfungsplanung der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten ausgewählt.
Die letzte Prüfung dieses Bereiches erfolgte im Jahr 2009.

### 7.6.2 Grundlagen

Die nach § 103 Abs. 1 GO NRW vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde erstreckt sich gem. § 101 Abs.1 Satz 2 GO NRW darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Das Produkt 62.04.01 umfasst die Grundstückswertermittlung durch den Gutachterausschuss.

Die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte sind nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte (GAVO NRW) bei den kreisfreien Städten, Kreisen und großen kreisangehörigen Gemeinden eingerichtet.

Obwohl die Gutachterausschüsse Einrichtungen des Landes sind, handelt es sich bei ihnen um neutrale und unabhängige Kollegialgremien und Behörden im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Die Landesregierungen wurden im BauGB ermächtigt, wesentliche Dinge per Gutachterausschussverordnung zu regeln.

Nach § 1 Abs. 3 GAVO NRW besteht der Gutachterausschuss aus einer/einem Vorsitzenden (vorsitzendes Mitglied), den stellvertretenden Vorsitzenden (stellvertretende Mitglieder) und ehrenamtlichen weiteren Gutachterinnen oder Gutachtern (ehrenamtliche weitere Mitglieder).

Das vorsitzende Mitglied und dessen stellvertretende Mitglieder sowie die ehrenamtlichen weiteren Mitglieder werden von der Bezirksregierung für die Dauer von 5 Jahren bestellt. Dies erfolgt nach Anhörung der zuständigen Gebietskörperschaft.
Die Mitglieder sind in der Regel überwiegend Sachverständige aus den Fachgebieten Architektur, Bau-, Immobilien- und Wohnungswirtschaft, Land- und Forstwirtschaft sowie Vermessungs- und Liegenschaftswesen.
Die Gutachterausschüsse bedienen sich zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Tätigkeit einer Geschäftsstelle, die in der Regel bei der jeweiligen Gebietskörperschaft, für die der Gutachterausschuss zuständig ist, eingerichtet ist (§ 15 GAVO NRW).

Der Geschäftsstelle obliegen insbesondere

- die Einrichtung und Führung der Kaufpreissammlung,
- die vorbereitenden Arbeiten für die Ermittlung der Bodenrichtwerte,
- die Ableitung und Fortschreibung der sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten,
- die Erarbeitung der Übersicht über die Bodenrichtwerte und des Grundstücksmarktberichts,
- die Vorbereitungen der Wertermittlungen,
- die Erteilung von Auskünften aus der Kaufpreissammlung und über Bodenrichtwerte,
- die Erteilung von Wertauskünften und Stellungnahmen über Grundstückswerte und
- die Erledigung von Verwaltungsaufgaben.

Für das Gebiet des Kreises Unna (ohne die Städte Lünen und Unna) ist die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses bei der Kreisverwaltung, Fachbereich 62 Vermessung und Kataster, Sachgebiet 62.5, angesiedelt.

Die Geschäftsstelle untersteht fachlich ausschließlich der Weisung des Gutachterausschusses oder dessen vorsitzenden Mitglieds (§ 15 Abs. 4 GAVO NRW).
Vorsitzender des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Kreis Unna ist seit dem 01.07.2017 Herr Dipl.-Ing. Jochen Marienfeld, Leiter des Fachbereichs 62 Vermessung und Kataster.

Die Kosten des Gutachterausschusses trägt die Gebietskörperschaft bzw. tragen die Gebietskörperschaften, für deren Bereich der Gutachterausschuss gebildet ist (§ 20 Abs. 1 GAVO NRW).

Für die Tätigkeit des Gutachterausschusses werden Gebühren und Auslagen nach dem Gebührengesetz für das Land NRW erhoben. Die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte gemäß dem Baugesetzbuch und der Gutachterausschussverordnung NRW haben für ihre Tätigkeit Kosten (Gebühren und Auslagen) nach der Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung – VermWertGebO NRW) zu erheben. Der in der Anlage zur VermWertGebO enthaltene Gebührentarif (VermWertGebT) ist anzuwenden.

Wertermittlungsgutachten, die von Gerichten und Justizbehörden beantragt werden, werden nach dem Justizvergütungs- und –entschädigungsgesetz (JVEG) abgerechnet.

Die für die Tätigkeit des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Kreis Unna erhobenen Gebühren und Auslagen stehen dem Kreis Unna als Kostenträger des Gutachterausschusses zu; sie werden von der Geschäftsstelle festgesetzt (§ 20 Abs. 2 S. 2 GAVO NRW).

Im Zusammenhang mit dieser Prüfung sind folgende Rechtsgrundlagen relevant:

- Baugesetzbuch (BauGB)
- Verordnung über die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte (Gutachterausschussverordnung NRW – GAVO NRW)
- Gebührengesetz für das Land NRW (GebG NRW)
- Gebührenordnung für das amtliche Vermessungswesen und die amtliche Grundstückswertermittlung in Nordrhein-Westfalen (Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung – VermWertGebO NRW)
- Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtli-

chen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG)
- Gesetz über die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz – LBG NRW)
- Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen (Nebentätigkeitsverordnung – NtV)

### 7.6.3 Ziel der Prüfung

Mit der Prüfung soll festgestellt werden, ob

- die öffentlich-rechtlichen Entgelte, die für bestimmte Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle im Rahmen der Grundstückswerteermittlung und des Datenverkaufes erhoben werden, rechtmäßig berechnet und festgesetzt werden,

- die Entschädigungszahlungen für Sachverständigenleistungen beim Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Kreis Unna (Sachkonto 5424.98 Ehrenamtliche Tätigkeit - Kreistagsmitglieder u.a.) rechtmäßig erfolgen.

### 7.6.4 Prüfungsverlauf

Nach Ankündigung der Prüfung erfolgte am 13.02.2018 ein Auftaktgespräch mit Herrn Oschinski, SL 65.5, und Herrn Beckmann als zuständiger Sachbearbeiter. Für die Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten nahmen der Leiter der Rechnungsprüfung, Herr Steuber, sowie die für diese Prüfung zuständige Verwaltungsprüferin, Frau Krause, teil. Es wurden Fragen zur Organisation des Bereiches und zu den dort üblichen Verfahrensweisen besprochen.

In der Prüfung vor Ort wurden zunächst mit den zuständigen Sachbearbeitern Fragen zum allgemein üblichen Arbeitsablauf und zur Arbeitsorganisation erörtert. Anschließend erfolgten Einsichtnahmen in die Akten und in diverse Unterlagen (z. B. vom Sachbearbeiter geführte Dateien, Kostenentscheidungen, Buchungsunterlagen pp.).

Fragen der Rechnungsprüfung wurden von allen Beteiligten offen und umfassend beantwortet und erbetene Unterlagen umgehend zur Verfügung gestellt.

### 7.6.5 Prüfungsergebnis

#### 7.6.5.1 Produkt 62.04.01 Grundstückswerteermittlung durch den Gutachterausschuss

##### 7.6.5.1.1 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Nach den Rechnungsergebnissen betrugen die Erträge aus den erhobenen öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten

| | | | |
|---|---|---|---|
| im Jahr 2016 | 65.171,00 € | (Ansatz: 30.000 €) | 43 Buchungen und |
| im Jahr 2017 | 39.912,30 € | (Ansatz: 40.000 €) | 50 Buchungen. |

Diese Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

| Jahr | Summe öffentlich-rechtliche Entgelte | davon Erträge aus der Gutachtenerstellung | davon Erträge Datenverkauf vor Ort | davon Erträge Einnahmeanteil BORIS.NRW |
|---|---|---|---|---|
| 2016 | 65.171,00 € | 58.511,50 € | 856,00 € | 5.803,88 € |
| 2017 | 39.912,30 € | 39.272,30 €* | 640,00 € | 0,00 € |

*26.315,50 € aus Sachkonto 4311.50 + 12.956,80 € aus Sachkonto 4311.98

#### 7.6.5.1.1.1 Erträge aus der Gutachtenerstellung

2016 wurden 29 und im Kalenderjahr 2017 23 kostenpflichtige Wertgutachten über bebaute und unbebaute Grundstücke erstellt (Quelle: IST-Erfassung der Leistungsdaten 2016/2017 für die Produktgruppe 62.04 Geschäftsstelle des Gutachterausschusses).

Die Anzahl und die Einnahmen für erstellte Wertgutachten über bebaute und unbebaute Grundstücke sind abhängig von der Anzahl der Anträge, dem Verkehrswertvolumen sowie von der Anzahl der vorrangig zu bearbeitenden Anträge im Bereich der Kommunalen Bewertung (62.04.02 Gutachterliche Stellungnahmen zu Grundstückswerten durch die kommunale Bewertungsstelle).

In dem Produkt 62.04.02 (nicht Gegenstand dieser Prüfung) werden u.a. die nach dem Gesetz kostenlos zu erstellenden Gutachten im Bereich des Jobcenters, der Sozialhilfe und die für die eigene Verwaltung zu erbringenden Leistungen im Bewertungsbereich erfasst.
Die Einnahmeposition des zu prüfenden Produktes 62.04.01 enthält damit nur die kostenpflichtig zu erstellenden Wertgutachten.

Aus den Jahren 2016/2017 wurden insgesamt 17 Gebühren- bzw. Kostenbescheide geprüft. Die Auswahl erfolgte nach dem Zufallsprinzip aus den Daten der Finanzbuchhaltung (Buchungsliste der jeweiligen Sachkonten).

In 12 der 17 geprüften Fälle wurden Gebühren nach der Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung – VermWertGebO NRW erhoben. Der in der Anlage zur VermWertGebO enthaltene Gebührentarif (VermWertGebT) ist anzuwenden.
In 5 der 17 überprüften Vorgänge war das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG – Rechtsgrundlage für den zu erlassenden Kostenbescheid, da Gerichte die Wertermittlungsgutachten in Auftrag gegeben hatten.

Alle Bescheide enthalten die nach § 14 Gebührengesetz NRW (GebG NRW) erforderlichen Angaben (u.a. Rechtsgrundlage für die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung).

Die Erstellung von Wertgutachten über bebaute und unbebaute Grundstücke unterliegt der Umsatzsteuerpflicht. So ist neben der errechneten Gebühr vom Kostenschuldner noch die gesetzliche Umsatzsteuer zu zahlen.

- In allen geprüften Fällen wurden die Gebühren bzw. die Kosten rechtmäßig und korrekt berechnet und erhoben/festgesetzt.
- Der Abgleich zwischen den festgesetzten Gebühren bzw. Kosten und den Daten der Finanzbuchhaltung ergab keine Unstimmigkeiten.

Für die Zwangsvollstreckung dieser öffentlich-rechtlichen Geldforderungen nach dem ersten Abschnitt (§§ 1 – 54) des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW (VwVG NRW) ist die Zentrale Finanzbuchhaltung (10.2) – Zahlungsabwicklung, Vollstreckung – die zuständige Vollstreckungsbehörde.

In einem der 17 überprüften Geschäftsvorfälle wurde im Kalenderjahr 2017 ein Ratenzahlungsantrag gestellt.

- Es ist festzustellen, dass in diesem Fall von der Zentralen Finanzbuchhaltung, Produkt „Zahlungsabwicklung, Vollstreckung“ die Zuständigkeitsregelungen über die Entscheidung von Stundungsansprüchen gem. Ziffer 2.6 Abs. 1 der Dienstanweisung über die Stundung, die Niederschlagung und den Erlass von Ansprüchen des Kreises Unna vom 11.11.2009 nicht eingehalten wurden.

Bei dem hier betroffenen Betrag von über 1.000 Euro bis zu 5.000 € wäre die produktverantwortliche Person für das Produkt „Zahlungsabwicklung, Vollstreckung“ für die Entscheidung des vorliegenden Stundungsantrages zuständig gewesen; tatsächlich hat die mit der Sachbearbeitung betraute Person des Produktes über den Antrag entschieden. Diese wäre aber nach der Dienstanweisung nur für die Entscheidung bei Beträgen bis 1.000 Euro zuständig gewesen.

Darüber hinaus wurden keine Verstöße gegen die genannte Dienstanweisung festgestellt.

#### 7.6.5.1.1.2 Erträge Datenverkauf

Die Grundstücksmarktdaten werden im Internet unter der Adresse „BORISplusNRW“ veröffentlicht. BORISplusNRW ist das zentrale Informationssystem der Gutachterausschüsse und des Oberen Gutachterausschusses für Grundstückswerte über den Immobilienmarkt in NRW.

Die seit 2016 kostenfreie Bereitstellung der Bodenrichtwerte, des Grundstücksmarktberichtes sowie einer allgemeinen Preisauskunft zu Häusern und Eigentumswohnungen im Internet unter www.boris.nrw.de hat Einfluss auf die Einnahmen aus dem Verkauf der analogen Bodenrichtwertkarten, der schriftlichen Richtwertauskünfte sowie des analogen Grundstücksmarktberichtes.

Diese Entwicklung spiegelt die „Open-Data“-Bewegung des Landes NRW wider.
Im Rahmen von „Open Data“ stellt das Land NRW der Öffentlichkeit Daten aus der Landesverwaltung und den Kommunen in NRW antrags- und kostenfrei zur Verfügung (www.open.nrw).

So sind die Einnahmen aus dem analogen Datenverkauf vor Ort mit 856,00 € (2016) und 640 € (2017) auch relativ gering.

Bei der Auswahl der zu prüfenden Geschäftsvorfälle orientierte sich die Prüferin anhand der Buchungslisten der jeweiligen Sachkonten.
Es wurden jeweils 4 Gebührenbescheide der Jahre 2016 (von insgesamt 9) und 2017 (von insgesamt 8) überprüft.

- Die Gebühren wurden rechtmäßig und korrekt berechnet und erhoben.
- Der Abgleich zwischen den festgesetzten Gebühren und den Daten der Finanzbuchhaltung ergab keine Unstimmigkeiten.

#### 7.6.5.1.1.3 Einnahmen aus BORIS NRW

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte des Jahres 2016 beinhalten auch den dem Gutachterausschuss zustehenden Einnahmeanteil aus der Internetnutzung BORIS.NRW für das Jahr 2015 in Höhe von 5.803,88 €.
Für die Abrechnung und für die Zuweisung des dem Gutachterausschuss zustehenden Anteils zuständig war die Abteilung Geobasis NRW bei der Bezirksregierung Köln, die zunächst die Höhe des zustehenden Einnahmeanteils aus dem vergangenen Kalenderjahr dem Gutachterausschuss mitteilte und um Erstellung einer Rechnung über den mitgeteilten Einnahmeanteil bat.
Anschließend forderte der für die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Haushaltssachen zuständige Mitarbeiter (SL 62.1) den Einnahmeanteil in Form eines erstellten Gebührenbescheides von der Bezirksregierung Köln – Abt. Geobasis – an.

- Die Rechnungsprüfung weist darauf hin, dass die Höhe des zustehenden Einnahmeanteils aus der Internetnutzung BORIS.NRW von hier nicht überprüfbar ist.
- Der Abgleich zwischen dem angeforderten Einnahmeanteil und den Daten der Finanzbuchhaltung ergab keine Unstimmigkeiten.

Durch die kostenlose Bereitstellung der oben genannten Daten im Internet unter www.boris.nrw.de entfällt dieser Einnahmeanteil aus der Internetnutzung seit 2016. Der Wegfall dieser Einnahmen zeigt sich in der Ergebnisrechnung 2017.

#### 7.6.5.1.2 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Nach den Rechnungsergebnissen betrugen die sonstigen ordentlichen Aufwendungen

| | | |
|---|---|---|
| im Jahr 2016 | 22.316,01 € | (Ansatz 23.800 €) |
| im Jahr 2017 | 20.263,28 € | (Ansatz 22.100 €) |

Diese setzen sich aus den Aufwendungen für

- Aus- und Fortbildung,
- Reisekosten,
- ehrenamtliche Tätigkeiten,
- Supportleistungen für eingesetzte Software,
- Anschaffungen Gebrauchsgegenstände bis 410 € netto,
- Geschäftsaufwendungen sowie
- weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeiten.

Den größten Anteil der sonstigen ordentlichen Aufwendungen bilden die gezahlten Entschädigungen für Sachverständigenleistungen beim Gutachterausschuss für Grundstückswerte (Sachkonto 5424.98 ehrenamtliche Tätigkeit – Kreistagsmitglieder u.a.).

#### 7.6.5.1.2.1 Entschädigungen für Sachverständigenleistungen beim Gutachterausschuss für Grundstückswerte

Die Entschädigungszahlungen betrugen

im Jahr 2016 13.404,50 € ( = 60,07 % der sonstigen ordentlichen Aufwendungen)
im Jahr 2017 13.074,90 € ( = 64,53 % der sonstigen ordentlichen Aufwendungen).

Nach § 19 Abs. 1 der Gutachterausschussverordnung NRW -GAVO NRW- werden die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses für Ihre Leistungen entschädigt.
Die Entschädigung beträgt für jede Stunde der erforderlichen Zeit 50 €. Im Übrigen gelten die Regelungen für die Sachverständigen nach dem Justizvergütungs- und entschädigungsgesetz (JVEG).
Gem. § 5 Abs. 2 Nr. 2 JVEG erhalten Sachverständige 0,30 Euro für jeden gefahrenen Kilometer zur Abgeltung der Anschaffungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten sowie zur Abgeltung der Abnutzung des Kraftfahrzeuges ersetzt.
Die Entschädigung wird von der Geschäftsstelle festgesetzt.

Im Kalenderjahr 2016 wurden die Entschädigungen noch halbjährlich abgerechnet und ausgezahlt.
Unter Nutzung der Bürosoftware GEORG (das sogenannte elektronische Geschäftsbuch) werden die Entschädigungsleistungen seit 2017 nach jeder Ausschusssitzung nach Fertigstellung der Wertgutachten, d. h. Siegelung und Versendung der Gutachten, abgerechnet.

Im Rahmen dieser Abrechnung erhalten die Mitglieder des Gutachterausschusses eine schriftliche Mitteilung/Festsetzung über die Höhe und Zusammensetzung (Sitzungstag, Sitzungsdauer, Höhe der Stundenentschädigung, Fahrtkosten) der ihnen zustehenden Entschädigungsleistungen. Eine Rechtsgrundlage der gezahlten Entschädigungsleistungen wird nicht genannt.

Aus dem Kalenderjahr 2016 wurden 7 von insgesamt 31 halbjährlichen Abrechnungen, im Kalenderjahr 2017 11 von insgesamt 55 Entschädigungszahlungen in die Prüfung mit einbezogen.
Die Auswahl erfolgte anhand der Daten aus der Finanzsoftware nach dem Zufallsprinzip.

In allen Fällen wurden die Entschädigungen von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses festgesetzt.

Sowohl die tatsächlichen Sitzungsdauer als auch die Dauer der Fahrzeit (Wegestrecke) der jeweiligen Sachverständigen wird entschädigt. Die beiden Zeiten werden addiert und die Summe auf- bzw. abgerundet (Aufrundung ab 0,5 Stunden) und mit dem Stundensatz in Höhe von 50 € abgerechnet.
Die Fahrtkosten werden mit 0,30 €/Kilometer abgerechnet.

- Die Höhe der festgesetzten Entschädigungsleistungen entspricht dem jeweils geleisteten Zeitaufwand.
- Die Fahrtkosten waren korrekt berechnet.
- Der Abgleich zwischen den festgesetzten Entschädigungen und den Daten aus der Finanzbuchhaltung ergab keine Unstimmigkeiten.

- Die Entschädigungszahlungen an die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses erfolgen rechtmäßig.

- Die Rechnungsprüfung empfiehlt, in der schriftliche Festsetzung an die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses der Vollständigkeit halber die jeweilige Rechtsgrundlage der zu zahlenden Entschädigung/Fahrtkosten aufzuführen; auch um die Art der gezahlten Geldleistungen für die steuerrechtliche Beurteilung zu verdeutlichen.

Es ist festzustellen, dass neben den ehrenamtlichen Mitgliedern des Gutachterausschusses auch Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Mitglieder des Gutachterausschusses sind (betroffen sind hier der Vorsitzende sowie zwei stellvertretende Vorsitzende), für die Tätigkeit im Gutachterausschuss Geldleistungen erhalten haben. Fahrtkosten wurden dem Sachverhalt entsprechend nicht abgerechnet.
Die betroffenen Mitarbeiter sind alle im Beamtenverhältnis tätig.

Aus dem Wortlaut der Gutachterausschussverordnung NRW ergibt sich, dass die Mitglieder des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Kreis Unna, die der Kreisverwaltung Unna angehören, keine ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses sind:

Nach § 2 Abs. 2 S. 1 GAVO NRW soll zum vorsitzenden Mitglied eine Bedienstete oder ein Bediensteter der Gebietskörperschaft/Gebietskörperschaften bestellt werden, für deren Bereich der Gutachterausschuss gebildet ist.
Gemäß § 2 Abs. 3 GAVO NRW sind für das vorsitzende Mitglied des Gutachterausschusses stellvertretende Mitglieder zu bestellen, von denen mindestens eines nicht der Verwaltung der Gebietskörperschaft/Gebietskörperschaften angehören darf, für deren Bereich der Gutachterausschuss gebildet ist.

§ 2 Abs. 6 GAVO NRW legt fest, dass die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses nicht der Vertretung oder einem ihrer Ausschüsse, einer Bezirksvertretung oder der Verwaltung der Gebietskörperschaft/Gebietskörperschaften angehören, für deren Bereich der Gutachterausschuss gebildet ist.

Die GAOV NRW entfällt damit als Rechtsgrundlage für die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden sowie seiner zwei stellvertretenden Mitglieder, die der Kreisverwaltung Unna angehören.

Dem jetzigen Leiter des Fachbereiches 62 (Dienstaufnahme 01.07.2017) wurde im Juli 2017 die Ausübung der Aufgaben des Vorsitzenden des Gutachterausschusses im Rahmen einer Nebentätigkeit gem. § 48 Landesbeamtengesetz NRW (LBG NRW) schriftlich vom FD 11 – Zentrale Dienste / Personal - übertragen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass die durch die Tätigkeit als Vorsitzender des Gutachterausschusses versäumte Arbeitszeit nicht nachgeleistet werden muss.

Zu prüfen war hier, ob die Zahlung einer Vergütung für die Nebentätigkeit als Vorsitzender des Gutachterausschusses gem. § 12 Abs. 3 Buchs. a) NtV ausgeschlossen war.

Gem. § 12 Abs. 3 Buchst. a) der geltenden Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen (Nebentätigkeitsverordnung – NtV) scheidet die Zahlung einer Vergütung der Nebentätigkeit aus, wenn der Beamte für die Nebentätigkeit angemessen entlastet wird.
Ausnahmen von dieser Regelung (§ 22 NtV) können nicht festgestellt werden.
Vielmehr ist Ziffer 3 Satz 3 des Runderlasses des Innenministers vom 19.01.1983 zur Nebentätigkeitsverordnung, Tätigkeit in Ausschüssen (MBl. NW S. 143/SMBl. NW 20302), zu entnehmen, dass bei einem Kommunalbeamten, der zum Vorsitzenden des bei seiner Anstellungskörperschaft gebildeten Gutachterausschusses für Grundstückswerte bestellt worden ist und dem die Tätigkeit als Nebentätigkeit übertragen worden ist, die Zahlung einer Vergütung ausscheidet, wenn – wie vielerorts üblich – der Beamte für die Nebentätigkeit angemessen entlastet wird (§ 12 Abs. 3 Buchst. a NtV).

Zum Prüfungszeitpunkt war bei beiden stellvertretenden Vorsitzenden (SL 62.5 sowie SL 62.2) eine Übertragung der Aufgaben als stellvertretender Vorsitzender des Gutachterausschusses im Rahmen einer Nebentätigkeit nicht erfolgt.
Beide Mitarbeiter melden sich für die jeweilige Sitzungsdauer des Ausschusses vom Zeiterfassungssystem ab. Eine Stichprobenüberprüfung bei dem SL 62.5 bestätigte dies. Der Einblick in das Zeiterfassungssystem erfolgte einvernehmlich.

Zur Klärung des festgestellten Sachverhaltes hat zwischenzeitlich ein gemeinsames Gespräch mit allen Beteiligten (L 11, L 62, SL 62.2, SL 62.5) und der Rechnungsprüfung (L RPA sowie zuständige Prüferin) stattgefunden.

Der Vorsitzende des Gutachterausschusses legte in diesem Gespräch nachvollziehbar dar, dass er durch die Tatsache, dass er die durch die Sitzungsdauer versäumte Arbeitszeit nicht nachleisten muss, nicht angemessen entlastet sei. Er habe als Vorsitzender des Gutachterausschusses vor den Sitzungen regelmäßig vorbereitende Arbeiten (Aktenstudium u.a.) zu leisten, die er außerhalb seiner Arbeitszeit verrichte, da er diese Tätigkeiten zeitlich nicht in seinem Hauptamt erledigen könne.

Die stellvertretenden Vorsitzenden des Gutachterausschusses verdeutlichten, dass neben der Teilnahme der Sitzungen darüber hinausgehende Arbeiten außerhalb der Arbeitszeit für die Tätigkeit als stellvertretende Vorsitzende im Gutachterausschuss nicht erforderlich seien.
Durch die Tatsache, dass sie sich für die Sitzungsdauer vom Zeiterfassungssystem abmelden, findet eine Entlastung für die Nebentätigkeit nicht statt.

Zwischenzeitlich haben beide Mitarbeiter die Anzeige ihrer Tätigkeit als stellvertretende Vorsitzende des Gutachterausschusses an den FD 11 nachgeholt. Die Übertragung dieser Aufgaben als Nebentätigkeit gem. § 48 LBG durch den FD 11 ist ebenfalls erfolgt.

Es ist abschließend festzustellen, dass in allen drei Fällen eine angemessene Entlastung für die Tätigkeit im Gutachterausschuss nicht stattfindet. § 12 Abs. 3 Buchs. a) NtV spricht der Zahlung einer Vergütung für die Ausübung der Nebentätigkeit im Gutachterausschuss nicht entgegen.

- Die Anzeige der Tätigkeit und die Übertragung der Aufgaben der stellvertretenden Vorsitzenden des Gutachterausschusses als Nebentätigkeit gem. § 48 LBG NRW wurden nachgeholt.
- Damit ist festzustellen, dass die Geldleistungen/Vergütungen an die Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die im Gutachterausschuss tätig sind, rechtmäßig erfolgen.

#### 7.6.5.1.3 Buchungstechnische Abwicklung

##### 7.6.5.1.3.1 Erträge aus der Gutachtenerstellung und dem Datenverkauf

Seit 2017 nutzt die Geschäftsstelle die Datensoftware GEORG (das sogenannte elektronische Geschäftsbuch). Die Bürosoftware GEORG ist ein Organisationssystem für das gesamte Vermessungs- und Katasterwesen, welches sowohl im hoheitlichen als auch im privaten Vermessungsbereich Anwendung findet. Der gesamte Fachbereich 62 nutzt dieses Programm.

Nach Auskunft der betroffenen Mitarbeiter war der mit der Einführung der Datensoftware GEORG verbundene Arbeits-/Verwaltungsaufwand in der Geschäftsstelle sehr umfangreich und zeitintensiv.

Die Buchungen der Erträge aus der Gutachtenerstellung (Gebührenbescheide, die nach der Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung – VermWertGebO NRW abgerechnet werden) und die Buchungen der Erträge aus dem analogen Datenverkauf erfolgen seit 2017 über eine Schnittstelle zum Buchungsprogramm newsystem®kommunal (Datenaustauschverfahren).

Bei der Erstellung der Kostenbescheide weist das Programm ein Zahlungskennzeichen aus. Hierüber erfolgt eine automatische Zuordnung zum Produkt (Kostenstelle und Kostenträger) und Kontenplan.
Entsprechend Ziffer 1.2 Abs. 6 der Dienstanweisung zur elektronischen und beleghaften Kontierung vom 01.03.2016 wird das Schnittstellenprotokoll als Buchungsanordnung verwendet.

Das Schnittstellenprotokoll wird täglich von 10.2 (Zentrale Finanzbuchhaltung) ausgedruckt und an den FB 62 weitergeleitet.
Da der gesamte Fachbereich 62 die Datensoftware GEORG nutzt und mehrere Schnittstellen zum Buchungsprogramm newsystem®kommunal eingerichtet sind, enthält das Schnittstellenprotokoll auch Erträge anderer Sachgebiete des Fachbereiches 62.
Das Schnittstellenprotokoll wird im Sachgebiet 62.1 sachlich und rechnerisch richtig gezeichnet und von einer anordnungsbefugten Person unterzeichnet (4-Augen-Prinzip) und anschließend an die Zentrale Finanzbuchhaltung zurück gegeben.

Im Zuge der Einführung der Datensoftware GEORG erfolgte in 2017 zunächst noch eine händische Buchungsanordnung der Einnahmen, die auf Grundlage des Justizvergütungs- und entschädigungsgesetz – JVEG – erhoben wurden (das betrifft Wertgutachten, die von Gerichten in Auftrag gegeben wurden).
Nach Auskunft der Sachgebietsleitung 62.5 werden auch diese Erträge seit 2018 voll automatisiert erfasst (Datenaustauschverfahren).

Auch die Buchungsanordnungen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses, die händisch erfolgen, werden durch das Sachgebiet 62.1 gefertigt.
Hierfür erhält 62.1 eine Durchschrift des jeweiligen Geschäftsvorfalles von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses. Die Buchungsanordnung wird von der zuständigen Sachbearbeiterin in 62.1 erstellt, die die sachliche und rechnerische Richtigkeit bescheinigt, und von der anordnungsbefugten Person unterzeichnet.

Entsprechend des geltenden Kontenplanes wurden im Jahr 2016 alle öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte des Produktes (Erträge aus Gutachtenerstellung und Datenverkauf) auf ein Sachkonto (4311.98 Verwaltungsgebühren) gebucht.
Im laufenden Kalenderjahr 2017 wurde ein neues Sachkonto 4311.50 Gebühren für Gutachterausschuss mit USt. (FB 62 – GA) eingerichtet. Seit dem sind die Erträge aus der Gutachtenerstellung auf dieses Konto zu buchen.

Es ist festzustellen, dass Ende 2017 in einem Fall der Ertrag aus der Gutachtenerstellung noch auf das „alte“ Sachkonto gebucht wurde. Die fehlerhafte Zuordnung erfolgte aufgrund der händisch erstellten Kontierungsanordnung. Dies hat jedoch keine Auswirkung auf die Ergebnisrechnung.

- Der Abgleich zwischen den festgesetzten Gebühren bzw. Kosten und den Daten der Finanzbuchhaltung ergab keine Unstimmigkeiten.

#### 7.6.5.1.3.2 Aufwendungen für Sachverständigenleistungen im Gutachterausschuss für Grundstückswerte

Die Aufwendungen für Sachverständigenleistungen im Gutachterausschuss werden auf das Sachkonto 5424.98 Ehrenamtliche Tätigkeit – Kreistagsmitglieder u.a. gebucht.
In der Geschäftsstelle erfolgt die Abrechnung der Entschädigungen/Vergütungen der Mitglieder des Gutachterausschusses unter Nutzung des elektronischen Geschäftsbuches (Datensoftware GEORG).
Die Buchungsanordnung der Aufwendungen für die Entschädigungen/Vergütungen der Mitglieder des Gutachterausschusses erfolgt händisch, da (noch) keine Schnittstelle zum Buchungsprogramm bei der Abrechnung der Aufwandsentschädigungen/Vergütungen für die Mitglieder des Gutachterausschusses vorhanden ist.
Bei der Abrechnung der Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses kann ein sachlicher Grund, der gegen eine einzurichtende Schnittstelle zum Buchungsprogramm spricht, nicht festgestellt werden.
Bei der Abrechnung der Nebentätigkeit für die drei Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die im Gutachterausschuss tätig sind, sollte es jedoch zur Sicherstellung eines internen Kontrollsystems (IKS) bei der Einzelkontierung der Buchungsanordnungen bleiben.

- Die Rechnungsprüfung empfiehlt, auch die Abrechnungen der zu zahlenden Entschädigungen an die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses (Bürosoftware GEORG) mit einer Schnittstellendatei (Datenaustauschverfahren) zum vorhandenen Buchungsprogramm einzurichten.
- Die Aufwendungen könnten so im automatischen Datenaustauschverfahren ermittelt und die Verwaltungsarbeit vereinfacht werden.

### 7.6.6 Gesamtfazit

#### 7.6.6.1 Öffentlich-rechtliche Entgelte

Die Gebühren und Auslagen für die Wertermittlungsgutachten als auch die Gebühren für den analogen Datenverkauf wurden rechtmäßig erhoben und festgesetzt.

#### 7.6.6.2 Sonstige ordentliche Aufwendungen

##### 7.6.6.2.1 Entschädigungszahlungen für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses

Die Entschädigungszahlungen an die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Kreis Unna erfolgen rechtmäßig.

##### 7.6.6.2.1 Entschädigungszahlung/Geldleistungen an die Mitglieder des Gutachterausschusses, die kreiseigene Mitarbeiter sind

Die Anzeige der Tätigkeit beider stellvertretenden Vorsitzenden des Gutachterausschusses und die Übertragung dieser Aufgaben als Nebentätigkeit gem. § 48 LBG wurden zwischenzeitlich nachgeholt. Damit ist festzustellen, dass auch die Geldleistungen/Vergütungen an die Mitarbeiter der Kreisverwaltung für ihre Tätigkeit im Gutachterausschuss rechtmäßig erfolgen.

## 7.7 FB 69 Natur und Umwelt – Gewerblicher Umweltschutz

| Geprüfte Produktgruppe \| Geprüftes Produkt | Geprüfte/s Haushaltsjahr/e |
|---|---|
| 69.03 \| 69.03.03 – Gewerblicher Umweltschutz | 2018 |
| Zuständige Verwaltungsdienststelle<br>FB 69 Natur und Umwelt \| SG 69.3 Gewerblicher Umweltschutz und Abfallwirtschaft | Prüfungszeitraum<br>April 2019 – Juni 2019 |

### 7.7.1 Prüfungsanlass

Die Prüfung des Produktes 69.03.03 erfolgte anlassunabhängig entsprechend der risikoorientierten mehrjährigen Prüfungsplanung der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten. Zum 01.01.2008 hat das Land Nordrhein-Westfalen den Kommunen Zuständigkeiten im Bereich Immissionsschutz übertragen, die beim Kreis Unna dem geprüften Sachgebiet zugeordnet wurden. Seither ist in diesem Aufgabenbereich keine Sach- und Ordnungsprüfung durchgeführt worden.

### 7.7.2 Grundlagen

Die nach § 102 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde erstreckt sich gem. § 102 Abs. 3 Satz 2 GO NRW darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Der Kreis nimmt als Sonderordnungsbehörde im Fachbereich 69 – Natur und Umwelt – die Aufgaben der unteren Umweltschutzbehörde wahr. Die Zuständigkeiten des Kreises ergeben sich aus der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) vom 03.02.2015. Soweit diese Aufgaben Industrie- und Gewerbebetriebe betreffen, hat der Kreis Unna sie organisatorisch zusammengefasst im Sachgebiet 69.3.

Aufgrund der Festlegungen in der ZustVU liegen die in der Regel größeren und umweltrelevanteren Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Arnsberg. Diese ist ebenso für alle Anlagen zuständig, die in den Anwendungsbereich der Störfall-Verordnung (12. BImSchV) fallen. Die Zuständigkeit des Kreises Unna beschränkt sich somit auf die Anlagen, von denen ein weniger großes Risiko für die Umwelt erwartet wird. Zum 01.01.2017 hat der Kreis Unna auf der Grundlage des § 52a BImSchG einen Umweltüberwachungsplan mit Überwachungsprogramm aufgestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren hier insgesamt 5.067 zu überwachende Arbeitsstätten registriert, von denen 481 Anlagen in die Regelüberwachung aufgenommen wurden (siehe auch 7.7.5.2).

Die den gewerblichen Umweltschutz betreffenden Erträge und Aufwendungen werden im Haushalt unter dem Produkt 69.03.03 (gewerblicher Umweltschutz) abgebildet. Sie ergeben sich insbesondere aus folgenden Aufgaben:

- Genehmigungen nach dem Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrecht,
- Überwachungen von Gewerbe- und Industriebetrieben,
- Beratung der Industriebetriebe zu abfall-, immissionsschutz- und abwassertechnischen Fragen,
- Beteiligung an unterschiedlichen Genehmigungsverfahren mit Prüfung und Abgabe von Stellungnahmen.

Je nach Art und Größe der Industrie- und Gewerbebetriebe bzw. abhängig von der geplanten Maßnahme sind verschiedene Vorschriften einschlägig.

Im Einzelnen können insbesondere folgende Aufgaben anfallen:

**Immissionsschutzrecht**

nach dem Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) und dem Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und ähnlichen Umwelteinwirkungen (Landes-Immissionsschutzgesetz - LImSchG)

- Genehmigung und Überwachung von genehmigungsbedürftigen Anlagen gemäß § 4 BImSchG, einschließlich der Überprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Prüfung von Anzeigen nach § 15 BImSchG über die Änderung oder Stilllegung von genehmigungsbedürftigen Anlagen
- Überwachung von emissionsrelevanten, jedoch nicht genehmigungspflichtigen Anlagen mäß § 22 BImSchG
- Bearbeitung von Nachbarbeschwerden über Geräusche, Gerüche, Staub, Erschütterungen, Licht und ähnliche Einwirkungen ausgehend von gewerblichen Anlagen
- Erteilung von Nachtarbeitsgenehmigungen gemäß § 9 LImSchG
- Immissionsschutzrechtliche Stellungnahmen zu Baugenehmigungsanträgen und sonstigen Zulassungsverfahren anderer Behörden sowie zur Bauleitplanung der Gemeinden
- Spezielle Aufgaben nach den verschiedenen Verordnungen zum BImSchG, z.B.
    - Prüfung von Emissionserklärungen
    - Prüfung von Anzeigen bei Neuerrichtung oder Änderung von Hoch- und Niederfrequenzanlagen
    - Überwachung der Beschaffenheit und Auszeichnung von Kraftstoffqualitäten
    - Überwachung der Emissionsbegrenzung beim Umfüllen und Lagern von Ottokraftstoffen in Tankstellen und Tanklagern sowie beim Betanken von Kraftfahrzeugen
    - Überwachung der Emissionsbegrenzung nach der Lösemittelverordnung

**Wasserrecht**

nach dem Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), ggf. in Verbindung mit der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV)

- Genehmigung nach § 58 WHG für betriebliche Abwassereinleitungen in die öffentliche Kanalisation (Indirekteinleitung)
- Genehmigung/Überwachung von betrieblichen Abwasserbehandlungsanlagen gemäß § 60 WHG
- Überwachung von betrieblichen Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Stoffen und zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. bei Tankstellen) gemäß § 62 WHG i. V. m. AwSV
- Eignungsfeststellung von Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Umschlagen wassergefährdender Stoffe gemäß § 63 WHG i. V. m. AwSV

**Abfallrecht**

nach dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) sowie ergänzenden Vorschriften wie z.B. der Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung - NachwV)

- Überwachung der abfallrechtlichen Bestimmungen zur Abfallvermeidung, -verwertung und -beseitigung von nicht gefährlichen und gefährlichen Abfällen ("Sonderabfälle")
- Überwachung der Überlassungspflichten von Abfällen an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger
- Erteilung von Abfall-Maklergenehmigungen und Abfall-Transportgenehmigungen
- Vergabe von Erzeuger-, Beförderer-, Entsorger- und Maklernummern nach den Bestimmungen der Abfall-Nachweisverordnung
- Befreiungen von der Nachweis- und Registerpflicht gemäß § 26 NachwV

- Plangenehmigungsverfahren für Abfallentsorgungsanlagen

Im Rahmen der Überwachung der o.g. Vorschriften können ordnungsbehördliche Verfahren oder die Einleitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren erforderlich werden.

Neben den o.g. Vorschriften und ergänzenden Verordnungen und Regelungen sind im Zusammenhang mit dieser Prüfung vorrangig die gebührenrechtlichen Vorschriften relevant:

- Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW),
- Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung (AVerwGebO NRW).

### 7.7.3 Ziel der Prüfung

Grundsätzlich soll durch diese Prüfung festgestellt werden, ob bzw. durch welche organisatorischen Regelungen die Wahrnehmung der Aufgaben (Genehmigung und Überwachung) sichergestellt ist und ob die sich daraus ergebenden Erträge rechtmäßig erhoben und gebucht werden.

In das Teilergebnis 004 (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte) fließen ausschließlich Verwaltungsgebühren ein. Diese ergeben sich aufgrund des Aufgabenspektrums aus sehr unterschiedlichen Verfahren mit diversen Rechtsgrundlagen. Der Schwerpunkt der Prüfung liegt bei den Verfahren mit den höchsten Gebührenanteilen (vgl. 7.7.5.3).

### 7.7.4 Prüfungsverlauf

Im Eröffnungsgespräch am 30.04.2019 wurden dem Sachgebietsleiter des geprüften Bereichs Anlass und Ziel der Prüfung vorgestellt. Weiterhin wurden die Organisation, personelle Ausstattung und sonstige Rahmenbedingungen des Prüffeldes sowie der weitere Prüfablauf erörtert. Der hierbei übergebene Fragenkatalog wurde in einem nächsten Gespräch gemeinsam mit den beiden Produktverantwortlichen und den Verwaltungsmitarbeitern beantwortet.

Im weiteren Verlauf der Prüfung wurden die verschiedenen Softwareprogramme vorgestellt und Zugang zu allen Dateien des Sachgebietes gewährt. Die Stichprobenprüfungen erfolgten durch Einsicht in die Einzelfallakten vor Ort. Gewünschte Unterlagen wurden umgehend zur Verfügung gestellt und Fragen von allen Beteiligten offen und umfassend beantwortet.

### 7.7.5 Prüfungsergebnis

#### 7.7.5.1 Organisation des Sachgebietes

##### 7.7.5.1.1 Softwareeinsatz

Zur Erfassung von Anlagen, von denen Gefahren für Mensch und Umwelt ausgehen können, haben das Land NRW und der Bund verschiedene Datenbanken eingeführt, die der Information der Öffentlichkeit und der Überwachung durch die Behörden dienen sollen. Insbesondere das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) betreibt eine Vielzahl von Infosystemen zur Erfassung nach verschiedenen Gefahrenquellen bzw. Prüfungsfaktoren wie z.B. Abwasser, Abfall, wassergefährdende Stoffe, Lärm etc.

Der Kreis Unna ist als untere Umweltschutzbehörde verpflichtet, Eingaben und Prüfungen in diversen Web-Anwendungen durchzuführen. Im geprüften Produkt „Gewerblicher Umweltschutz“ betrifft dies vor allem:

- ISA – Informationssystem Stoffe und Anlagen / Land NRW
- ELKA – Abwasser-Einleiterkataster / Land NRW
- BUBE – Betriebliche Umweltdaten-Berichterstattung / Land NRW
- KaVKA-42.BV - Kataster Verdunstungskühlanlagen entsprechend der 42. BImSchV / Bund
- ASYS

Darüber hinaus führt der Kreis Unna ein Register, in dem alle gewerblichen und privaten Tankanlagen und Lagerbehälter für wassergefährdende Stoffe geführt werden. Hierfür wurde eine eigene Software („UBR“) entwickelt.

Die verschiedenen Anwendungen werden unterschiedlich häufig benötigt, die Spanne reicht von täglicher Nutzung bis zu einmal jährlicher Eingabe.

Eine große Rolle bei der gesamten Sachbearbeitung spielt die Software für Dokumentenmanagement, Vorgangsbearbeitung, Registratur und elektronische Aktenführung „DoRIS“. Sämtliche Vorgänge werden mit den einzelnen Arbeitsschritten in diesem System erfasst und dauerhaft gespeichert.

Bei der erstmaligen Erfassung einer immissionsschutzrechtlich relevanten Anlage wird über das „ISA“-System eine Betriebsnummer (Arbeitsstättennummer) vergeben, unter der sämtliche weiteren Verfahren geführt werden. Je nach Art und Umfang des Betriebes sind für die Industrie- und Gewerbebetriebe verschiedene Vorschriften einschlägig. In „DoRIS“ ist sofort anhand der Aktenkennzeichnung erkennbar, welche Verfahren für den jeweiligen Betrieb durchgeführt worden sind (z.B. immissionsschutzrechtliche Genehmigungen oder Anzeigen, abwasserrechtliche Erlaubnisse, abfallrechtliche Nachweise) und welche regelmäßigen Prüfungen erforderlich sind.

Sowohl in „DoRIS“ als auch in den einschlägigen Katastern (z.B. ELKA, UBR) werden eventuell bestehende Prüfpflichten mit den entsprechenden Prüfintervallen eingegeben. Hierdurch kann jederzeit festgestellt werden, in welchen Fällen bestehende Pflichten nicht erfüllt wurden.

Die elektronische Aktenführung ermöglicht auch die inzwischen an zwei (potentiell drei) Arbeitsplätzen eingeführte alternierende Telearbeit.

> ➢ Insgesamt sind die diversen Computeranwendungen Voraussetzung für die Aufgabenerfüllung. Eine gute PC-Ausstattung und bedarfsentsprechende Pflege der Basisprogramme (z.B. JAVA) ist daher zwingend erforderlich.

#### 7.7.5.1.2 Aufgabenverteilung

Der unter 2 beschriebene Zuschnitt des Sachgebietes, in dem alle umweltrechtlichen Belange für Gewerbe- und Industriebetriebe zusammengefasst sind, entspricht dem strategischen Schwerpunkt „Wirtschaftsorientierte Verwaltung“ des Kreises Unna. Dem folgt auch die interne Verteilung der Aufgaben nach örtlicher Zuständigkeit. Dadurch haben die Betriebe jeweils zunächst einen zentralen Ansprechpartner für sämtliche abfall-, immissionsschutz- und abwassertechnischen Fragen.

Durch diese Organisation entfallen innerbehördliche Abstimmungserfordernisse und ermöglichen eine einheitliche und damit oft schnellere Bearbeitung. Gleichzeitig steigt mit dieser Aufgabenbündelung jedoch die Korruptionsgefahr (vgl. 7.7.5.1.3).

Wegen der Größe des Aufgabenbereichs wurde die Produktverantwortung auf zwei Personen übertragen (Produktbereiche Nordkreis bzw. Südkreis). Diese sind – ebenso wie die übrigen technischen Sachbearbeiter – grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, die in der ihnen zugewiesenen kreisangehörigen Stadt/Gemeinde anfallen. Eine Ausnahme bildet der sogenannte „Allgemeine Immissionsschutz“ (Nachbarschaftsbeschwerden, Nachtarbeit, Lärmmessungen, Marktüberwachung), der jeweils durch einen technischer Sachbearbeiter für den Nord- bzw. Südkreis wahrgenommen wird.

An viele Anlagearten werden – z.B. durch spezielle BImSch-Verordnungen - besondere Anforderungen gestellt. Um trotz des breiten Aufgabenspektrums ausreichende Kenntnisse auch in den seltener anzuwendenden Regelungen vorzuhalten, wurden den Sachbearbeitern jeweils Aufgabenbereiche zugewiesen, für die sie sachgebietsintern als „Experten“ gelten. Diese Sonderzuweisungen sind jedoch nachrangig. In schwierigen Fällen soll der örtlich zuständige Sachbearbeiter seine Entscheidung mit dem jeweiligen Experten abstimmen; erforderliche Ortstermine werden gegebenenfalls gemeinsam wahrgenommen.

Verfahren, in denen besondere Verwaltungskenntnisse erforderlich sind, werden unter Beteiligung von Verwaltungssachbearbeitern durchgeführt. Hauptverantwortlich sind die Verwaltungssachbearbeiter insbesondere für die Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG (vgl. hierzu weitere Ausführungen unter 7.7.5.3.3), ordnungsbehördliche und Ordnungswidrigkeitenverfahren sowie gebührenrechtliche Fragestellungen.

Die Produktverantwortlichen und alle Sachbearbeiter treffen sich je nach Bedarf 2-4x jährlich zu sogenannten „Strategiegesprächen“. Hier werden rechtliche Neuerungen/Änderungen vorgestellt und deren Auswirkungen auf die eigenen Aufgaben besprochen. Die Protokolle dieser Besprechungen werden zentral gespeichert, so dass die getroffenen Vereinbarungen jederzeit nachlesbar sind.

Bei der Prüfung vor Ort war festzustellen, dass Sachbearbeiter sich auch in Einzelfällen fachlich austauschen und ein Interesse daran besteht, bei bestehenden Beurteilungsspielräumen vergleichbare Kriterien anzuwenden. Auch die einheitliche Eingabe in die verschiedenen Datenbanken wird angestrebt, um das Suchen und Auswerten zu erleichtern. Wie weit dies gelingt, ist aber vielfach abhängig vom Willen der einzelnen Sachbearbeiter.

- Die umfassende örtliche Zuständigkeit erfordert ein ausgesprochen breites Spektrum an Fachkenntnissen. Die Rechnungsprüfung sieht deshalb die intern geregelte Zuweisung von Aufgabenbereichen (Benennung von „Experten“) als sehr sinnvoll und erforderlich an, um den vielseitigen Ansprüchen gerecht werden zu können.
- Die regelmäßige Durchführung der „Strategiegespräche“ sowie verbindliche Vorgaben sind wichtige Grundlagen für einheitliche Entscheidungen und Verfahrensweisen.

#### 7.7.5.1.3 Interne Kontrollsysteme

Nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW sind korruptionsgefährdete Bereiche insbesondere dort anzunehmen, wo auf Aufträge, Fördermittel oder auf Genehmigungen, Gebote oder Verbote Einfluss genommen werden kann. Der geprüfte Bereich zählt aufgrund seiner Aufgaben (Entscheidungen über Genehmigungen/Gebote/Verbote, Festsetzung von Abgaben und Gebühren, Ausübung von Kontrolltätigkeiten, häufige Außenkontakte) grundsätzlich hierzu.

Nach Ziffer 5.5 Abs. 2 der „Allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung für die Kreisverwaltung Unna“ vom 15.04.2013 wird eine Korruptionsgefährdung in solchen Bereichen nicht angenommen, wenn durch die Ablauforganisation das „Vier-Augen-Prinzip“ gewährleistet wird bzw. kein gesetzlicher Ermessenspielraum besteht oder dieser durch interne Regelungen gebunden ist. Im Übrigen sind nach Ziffer 5.5 Abs. 4 der vorgenannten Dienstanweisung die Regelungen des Landes NRW in den Fällen, in denen eine Übertragung auf die Kommunalverwaltung möglich ist, entsprechend anzuwenden bzw. umzusetzen. Bezug genommen wird ausdrücklich auf den Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 20.08. 2014 - IR 12.02.02 -. Als Indikatoren für Korruptionsgefährdung sind danach anzusehen:

a) zu große Aufgabenkonzentration auf eine Person,
b) unzureichende interne Kontrollen, schwach ausgeprägte Dienst-/Fachaufsicht,
c) zu große unkontrollierte Entscheidungsspielräume.

Die unter 7.7.5.1.2 dargestellte Aufgabenbündelung kann demnach zu einer erhöhten Korruptionsgefährdung führen. Bei der Prüfung wurde deshalb ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitsabläufe und Interne Kontrollsysteme gelegt. Allerdings konnte wegen der Vielzahl der unterschiedlichen Verfahren nicht jeder Ablauf betrachtet werden.

Übereinstimmend mit den Aussagen im Auftaktgespräch ergab sich aus den geprüften Vorgängen, dass die Genehmigungs- und Anzeigeverfahren nach dem BImSchG von Verwaltungs- und technischen Sachbearbeitern gemeinsam bearbeitet werden. Der jeweilige Bescheid wird (mindestens) vom Sachgebietsleiter unterzeichnet. Damit ist in den Entscheidungen mit besonderer Bedeutung das 4-Augen-Prinzip gewährleistet. Andere Entscheidungen wie z.B. die Erteilung und Änderung von Indirekteinleitergenehmigungen werden bislang vom technischen Sachbearbeiter allein getroffen (inklusive der Gebührenfestsetzung). Der geprüfte Bereich hat zugesagt, dass Indirekteinleitergenehmigungen künftig vom zuständigen Verwaltungssachbearbeiter mitgezeichnet werden sollen. Die Einhaltung der diversen Prüfpflichten wird ausschließlich vom örtlich zuständigen technischen Sachbearbeiter überwacht.

Die Art und Form der Betriebsüberwachung liegt weitgehend im Ermessen der einzelnen Sachbearbeiter. Über die Kontrolle von vorzulegenden Prüfberichten hinaus erfolgt eine Überwachung der Betriebe in der Regel bei Antragsverfahren zu vorgesehenen betrieblichen Änderungen oder aufgrund von Beschwerden. Darüber hinaus erfolgen Vor-Ort-Besichtigungen der Betriebe gegebenenfalls nach dem Umweltüberwachungsplan/Überwachungsprogramm (vgl. hierzu 7.7.5.2).

Insgesamt ist festzustellen, dass sämtliche Vorgänge und der jeweilige Bearbeitungsstand aufgrund der elektronischen Aktenführung in „DoRIS“ jederzeit nachprüfbar sind. Über Auswertungen der jeweiligen Datenbanken ist nachvollziehbar, ob bzw. wie weit die verschiedenen Prüf- und Überwachungsaufgaben erfüllt worden sind. Solche Auswertungen erfolgen bisher aus besonderem Anlass, z.B. wenn die Gebühreneinnahmen für die Auswertung von Prüfberichten deutlich von den Erwartungen abweichen sowie regelmäßig für die Erstellung der Jahresstatistiken und insbesondere die halbjährliche Haushaltsüberwachung anhand der zu ermittelnden Kennzahlen.

Wie bereits unter 2 dargestellt, beschränkt sich die Zuständigkeit des Kreises Unna auf Anlagen, von denen ein weniger großes Risiko für die Umwelt erwartet wird. Auch deshalb sieht der geprüfte Bereich die Korruptionsgefährdung als gering an. Dennoch empfiehlt die Rechnungsprüfung, durch regelmäßigen systematischen Abgleich sicherzustellen, dass die erforderliche Betriebsüberwachung durchgeführt wird. Vereinbart wird, dass künftig die Überwachung der Einhaltung der Betreiberpflichten systematischer geprüft wird. Hierzu sollen die Produktverantwortlichen künftig die zweimal jährliche Haushaltsüberwachung auch dazu nutzen, abzugleichen, ob die erforderlichen Prüfberichte in ihrem Verantwortungsbereich vorliegen.

- ➢ Interne Kontrollen finden bislang hauptsächlich statt, soweit ein konkreter Bedarf gesehen wird. Künftig soll im Bereich der Betriebsüberwachung die Einhaltung von Betreiberpflichten stärker als bisher systematisch kontrolliert werden; dabei sollen auch inhaltliche Stichprobenkontrollen erfolgen.

#### 7.7.5.2 Umweltüberwachungsplan des Kreises Unna

§ 52 BImSchG regelt die Überwachungspflichten der zuständigen Behörden. Nach Absatz 1b sind sie insbesondere dazu verpflichtet, zur regelmäßigen Überwachung von Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie (IE-RL) in ihrem Zuständigkeitsbereich Überwachungspläne und Überwachungsprogramme aufzustellen. In den Überwachungsprogrammen sind auch die Zeiträume anzugeben, in denen Vor-Ort-Besichtigungen stattfinden müssen. Mit dem sogenannten „Umweltinspektionserlass“ des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 03.01.2011 wurde diese Pflicht erweitert. Hiernach sollen auch alle anderen nach dem BImSchG genehmigungsbedürftigen Anlagen und weitere umweltrelevante Anlagen in die systematische Überwachung mit aufgenommen werden.

Mit diesem inzwischen mehrfach fortgeschriebenen Erlass wurden Regelungen getroffen hinsichtlich

- der Systematisierung der Überwachungsmaßnahmen,
- des medienübergreifenden Ansatzes,
- der Kriterien für eine risikobasierte Planung sowie
- der Dokumentation und Veröffentlichung der Ergebnisse.

Auf dieser Grundlage hat der Kreis Unna zum 01.01.2017 einen Umweltüberwachungsplan mit Überwachungsprogramm aufgestellt. In dem Programm sind alle nach den ministeriellen Vorgaben überwachungsbedürftigen Betriebe und Anlagen aufgeführt und jeweils Prüfintervalle festgelegt. Es legt jedoch nicht fest, wann jeweils die erste Prüfung erfolgen soll. Umweltüberwachungsplan und –programm sind auf der Internetseite des Kreises Unna veröffentlicht. Entsprechend § 52a Abs. 5 BImSchG werden auch die Berichte über die durchgeführten Vor-Ort-Besichtigungen der IER-Anlagen dort veröffentlicht.

Wesentlicher Unterschied der Überwachungsmaßnahmen nach diesem Programm („Umweltinspektionen“) gegenüber einer anlassbezogenen Überwachung ist, dass nicht nur einzelne Teile des Betriebes betrachtet werden, sondern die Anlage insgesamt auf Einhaltung der zugewiesenen Rechtsvorschriften und Betriebspflichten geprüft wird. Hierzu ist in der Regel die Beteiligung mehrerer Sachbearbeiter, oft auch verschiedener Dienststellen vorgesehen.

Die Umweltinspektionen in den im Kreis Unna bestehenden 12 Anlagen nach der IE-RL erfolgten erstmals 2015 und unter Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Prüfintervalls wieder in der Zeit vom 30.10.18-04.12.18. Auf Nachfrage erklärte der Sachgebietsleiter zu Beginn dieser Prüfung, dass eine konsequentere Umweltinspektion der übrigen Betriebe und Anlagen bis 2018 nicht vorgesehen war. Bereits mit Bericht vom 07.07.14 habe der Kreis Unna der Bezirksregierung Arnsberg mitgeteilt, dass er sich ohne zusätzliches Personal nicht in der Lage sehe, mehr als die bundesgesetzlich zwingend vorgegebene Regelüberwachung qualifiziert durchzuführen. Die beantragte zusätzliche Vollzeitstelle sei aber aufgrund der strukturell angespannten Haushaltslage des Kreises für den Haushalt 2014 abgelehnt worden. An dieser Situation habe sich bis heute nichts geändert.

Die Entscheidung, die medienübergreifenden Umweltinspektionen als solche vorerst ausschließlich in den Anlagen nach der IE-RL durchzuführen, steht im Widerspruch zu dem Überwachungsprogramm, das der

Kreis Unna aufgestellt und veröffentlicht hat. Auch wenn bereits bei der Aufstellung des Umweltüberwachungsplanes/-programms davon ausgegangen wurde, dass die personelle Ausstattung unzureichend ist, die Vorgaben des Überwachungsprogramms vollständig zu erfüllen, darf dies nach Auffassung der Rechnungsprüfung nicht dazu führen, Umweltinspektionen in den übrigen Betrieben und Anlagen nicht durchzuführen. Vielmehr hätte durch Erstellen einer Prioritätenliste die weitere Vorgehensweise geregelt werden müssen.

Nach Auskunft des Sachgebietes haben vergleichbare Betriebsüberprüfungen zwischenzeitlich stattgefunden, sind aber als solche nicht dokumentiert worden. Inzwischen sind weitere Umweltinspektionen erfolgt. Im Strategiegespräch am 07.05.2019 wurde vereinbart, dass Umweltinspektionen jetzt auch verstärkt in Betrieben, welche keine IED-Anlagen betreiben, durchgeführt werden sollen. Entsprechend dem risikobasierten Überwachungsplan solle jeder Sachbearbeiter 5 Betriebe pro Jahr einer Umweltinspektion unterziehen. Mit dieser Regelung kann das aufgestellte Überwachungsprogramm nicht in vollem Umfang erfüllt werden. Es stellt jedoch eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Umsetzungspraxis dar.

- Die gesetzliche Verpflichtung zur Überwachung der Anlagen nach der IE-RL und Veröffentlichung der diesbezüglichen Berichte wurde erfüllt.
- Entgegen dem selbst aufgestellten und veröffentlichten Überwachungsprogramm findet die ministeriell geforderte medienübergreifende Überwachung der übrigen überwachungsbedürftigen Betriebe und Anlagen bislang nicht in dem vorgesehen Umfang statt.

#### 7.7.5.3 Aufgabenwahrnehmung und Gebührenerhebung

##### 7.7.5.3.1 Gebührenerhebung allgemein

Grundlage für die Erhebung von Verwaltungsgebühren sind das GebG NRW und die hierzu erlassenen Vorschriften. Aufgrund der vielseitigen Aufgaben kann sich die Gebühr für die einzelnen Amtshandlungen aus verschiedenen Anlagen zur AVerwGebO NRW ergeben:

- Anlage 15a – Immissionsschutzrechtliche Angelegenheiten,
- Anlage 15h – Amtshandlungen nach dem UVPG,
- Anlage 28.1 – Wasserwirtschaft,
- Anlage 28.2 – Abfallrechtliche Angelegenheiten.

Nach § 3 GebG sind bei der Bemessung der Gebühr der Verwaltungsaufwand und die wirtschaftliche Bedeutung für den Antragsteller zu berücksichtigen. Dementsprechend ist in den o.g. Tarifstellen vielfach vorgeschrieben, dass sich die Gebühr unter Berücksichtigung bestimmter Faktoren (z.B. Errichtungskosten, Zeitaufwand) errechnet. Unter bestimmten Voraussetzungen können Zuschläge erhoben oder Ermäßigungen gewährt werden.

Einige Tarifstellen sehen einen Gebührenrahmen mit zum Teil erheblichen Spannen vor. Sind Rahmensätze für Gebühren vorgesehen, so sind nach § 9 GebG NRW bei der Festsetzung der Gebühr im Einzelfall zu berücksichtigen

1. der mit der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand, soweit Aufwendungen nicht als Auslagen gesondert berechnet werden, und
2. die Bedeutung, der wirtschaftliche Wert oder der sonstige Nutzen der Amtshandlung für den Gebührenschuldner sowie auf Antrag dessen wirtschaftliche Verhältnisse.

Um eine einheitliche Gebührenbemessung zu gewährleisten, wurden für die Anwendung von Rahmengebühren im geprüften Sachgebiet Faktoren zur Berechnung festgelegt, niedergeschrieben im Protokoll zum Strategiegespräch vom 10.10.2017. Danach hat der jeweils zuständige technische Sachbearbeiter der Verwaltung mitzuteilen, wie hoch der Verwaltungsaufwand (klein, durchschnittlich, groß) war und wie er die Bedeutung der Amtshandlung für den Antragsteller bewertet (gering, mittel, hoch). Aus den hinterlegten Faktoren errechnet die Verwaltung dann die im Einzelfall festzulegende Gebühr. Eine besondere Regelung gilt für die Genehmigung von Nachtarbeit (siehe unter 7.7.5.3.2).

- Die internen Regelungen für die Anwendung von Rahmengebühren entsprechen den Vorschriften des GebG NRW. Mit ihnen ist die Bemessung der Gebühren nachvollziehbar und führt zur Gleichbehandlung.

#### 7.7.5.3.2 Einzelfallprüfung Nachtarbeitsgenehmigungen

Regelmäßig ergibt sich ein großer Anteil der Erträge an Verwaltungsgebühren (2018: 42%) aus den Genehmigungen für Nachtarbeit. Der aus der Vielzahl der Verfahren resultierende hohe Anteil war Veranlassung zur näheren Betrachtung; stichprobenartig wurde 6% der Buchungen aus 2018 geprüft.

Gem. § 9 Abs. 1 LImSchG sind von 22 bis 6 Uhr Betätigungen verboten, welche die Nachtruhe zu stören geeignet sind. Gem. § 9 Abs. 2 Satz 2 LImSchG kann die zuständige Behörde auf Antrag Ausnahmen vom Verbot des Absatzes 1 zulassen, wenn die Ausübung der Tätigkeit während der Nachtzeit im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten geboten ist; die Ausnahme kann unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Ein großer Teil der Ausnahmegenehmigungen bezieht sich auf Arbeiten an Bahnstrecken, die erteilt werden, um Beeinträchtigungen für den Bahnverkehr gering zu halten.

Die Gebühr für diese Amtshandlung beträgt nach Tarifstelle 15a.4.2 der AVwGebO je nach Verwaltungsaufwand 10 bis 1000 €. Das Sachgebiet 69.3 wendet bei der Festsetzung der Gebühr im Einzelfall das "Arbeitsblatt zur Ermittlung der Gebühren bei Nachtarbeitsgenehmigungen" an. Dieses wurde 2007 von der Bezirksregierung Arnsberg entwickelt. Da sich der Gebührenrahmen seither nicht geändert hat, ist es immer noch anwendbar.

Mit dem Arbeitsblatt werden entsprechend der Vorgaben des § 9 GebG NRW die im Einzelfall festzusetzenden Gebühren nach Verwaltungsaufwand und nach der Bedeutung für den Antragsteller bestimmt. Dabei wird nach eindeutigen Faktoren differenziert. So ist insbesondere die Anzahl der Nächte, für die die Ausnahmegenehmigung erteilt wird, von Bedeutung. Außerdem wird unterschieden, ob es sich um eine überwiegend privatnützige Tätigkeit handelt oder ein öffentliches Interesse vorliegt (z.B. bei der Arbeit an Bahngleisen). Durch die klaren Vorgaben ist von einer einheitlichen Einstufung und damit von einer gleichen Gebührenfestsetzung bei vergleichbaren Fällen auszugehen.

In allen geprüften Fällen war die Gebühr entsprechend dem o.g. Arbeitsblatt festgesetzt und korrekt gebucht worden. In zwei Fällen entsprach die textmäßige Begründung jedoch nicht der Höhe der Gebühr. So lautete in einem Fall trotz der Festsetzung der Höchstgebühr die Begründung, die Gebühr liege im „unteren Bereich des Gebührenrahmens“. Darauf angesprochen, erklärte ein zuständiger Sachbearbeiter, dass in der Regel – gerade bei wiederholten Genehmigungen für einen Antragsteller – ein früherer Gebührenbescheid als Grundlage für den neuen Bescheid verwendet wird. Beide Sachbearbeiter sagten zu, künftig darauf zu achten, auch die Begründung an den jeweiligen Gebührenbetrag anzupassen.

- Grundsätzlich werden die Gebühren für Nachtarbeitsgenehmigungen rechtmäßig festgesetzt.
- Die teilweise wiederkehrende Arbeit verleitet zur Arbeitsvereinfachung. Auch bei Anwendung von Musterschreiben ist aufmerksam darauf zu achten, dass die Begründungen auf den Einzelfall anzupassen sind.

#### 7.7.5.3.3 Einzelfallprüfung BImSchG-Verfahren

Ebenfalls einen hohen Anteil an den Verwaltungsgebühren (2018: 21%) haben die Gebühren für Genehmigungen nach §§ 4, 16 BImSchG bzw. Entscheidungen über Anzeigen nach § 15 BImSchG. Dies liegt weniger an der Anzahl der Verfahren, sondern vielmehr an der Höhe der Gebühr im Einzelfall.

Alle Genehmigungsverfahren sind nach den Vorschriften des BImSchG, der 9. BImSchV (Verordnung über das Genehmigungsverfahren) und des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land NRW durchzuführen. Dabei ist die Konzentrationswirkung, die das Genehmigungsverfahren entfaltet, von besonderer Bedeutung. Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt eine Reihe anderer, die Anlage betreffende, behördlicher Entscheidungen ein, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen. Von besonderer Bedeutung in der Praxis ist hier die in die BImSchG-Genehmigung integrierte Baugenehmigung.

Wegen der besonderen verwaltungsrechtlichen Anforderungen liegt die Federführung für die Genehmigungs- und Anzeigeverfahren bei den Verwaltungssachbearbeitern. Für das formelle Genehmigungsverfahren wurde eine Arbeitsbeschreibung erstellt, in der der Verfahrensablauf und die Zuständigkeit für die einzelnen Arbeitsschritte klar definiert sind. Die vorrangige Verantwortung der Verwaltungssachbearbeiter endet mit der Abnahme der Anlage. Für die Wiedervorlage zur weiteren Überwachung der Anlage (zum Beispiel Erfassung von Prüfpflichten in die jeweilige Datenbank) ist der technische Sachbearbeiter zuständig.

Wegen der Bedeutung der Entscheidungen und dem Anteil am Gebührenaufkommen wurden fünf in 2018 abgeschlossene Verfahren nach dem BImSchG geprüft. Dazu wurden unterschiedliche Vorgänge (Genehmigungen, Änderungsgenehmigungen, Anzeigen) aus verschiedenen Städten (und damit von verschiedenen Sachbearbeitern) ausgewählt. Die Verfahrensabläufe waren alle gut dokumentiert und die Entscheidungen nachvollziehbar.

In der Regel ergeht die Entscheidung unter vielen Nebenbestimmungen. Zur besseren Übersichtlichkeit werden die Gebühren mit einem gesonderten Bescheid erhoben. Die Höhe der Gebühr richtet sich im Wesentlichen nach Tarifstelle 15a.1.1 AVerwGebO. Sie hängt ab von den Errichtungskosten der Anlage; unter bestimmten Bedingungen sind diverse Zu- und Abschläge zu berücksichtigen. In allen geprüften Fällen wurde die Berechnung korrekt ausgeführt, ausführlich dargestellt und begründet.

In zwei Fällen war im Verfahren eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 2 UVPG erforderlich gewesen. In beiden Fällen führte diese zu dem Ergebnis, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich war. Die gemäß § 5 Abs. 2 UVPG erforderliche Information der Öffentlichkeit über das Ergebnis der Vorprüfung erfolgte jeweils durch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Unna. In einem Fall wurden hierfür gemäß § 10 GebG NRW Auslagen in Höhe von 50 Euro festgesetzt. Dieser Betrag entspricht den Kosten, die Dritten für Veröffentlichungen im Amtsblatt in Rechnung gestellt werden.

In dem anderen Fall bestand für den Antragsteller (Bundesrepublik Deutschland) gemäß § 8 Abs. 1 Nr.1 GebG NRW persönliche Gebührenfreiheit. Nach Angaben des zuständigen Sachbearbeiters wurden des-

halb auch die Auslagen für die Bekanntmachung nicht erhoben. Nach § 10 Abs. 2 GebG NRW kann jedoch die Erstattung von Auslagen auch verlangt werden, wenn für die Amtshandlung Gebührenfreiheit besteht.

- ➢ Grundsätzlich erfolgt die Gebührenfestsetzung in BImSchG-Verfahren rechtmäßig. Die Berechnung ist übersichtlich und nachvollziehbar begründet.
- ➢ Die Erstattung von Auslagen kann auch verlangt werden, wenn für die Amtshandlung Gebührenfreiheit besteht. Soweit hiervon abgesehen wird, sollte die Entscheidung über das diesbezüglich ausgeübte Ermessen dokumentiert werden.

#### 7.7.5.3.4 Sonstige Verfahren

Auf die Vergabe von Abfallerzeugernummern entfiel in 2018 zwar die höchste Anzahl der Buchungen; die Höhe der Erträge liegt jedoch insgesamt nur bei 10%. Hier wurde kein hoher Prüfbedarf gesehen, weil eine feste Gebühr von 50 € je Vorgang zu erheben ist. Alle anderen Aufgabenbereiche haben regelmäßig einen geringeren Anteil an den Erträgen. Im Rahmen der Prüfung wurde in folgenden Aufgabenbereichen jeweils ein Vorgang betrachtet, um den grundsätzlichen Arbeitsablauf, die Berechnung und Kontierung nachvollziehen zu können:

- Vergabe einer Abfallerzeugernummer,
- Genehmigung der Einleitung von Abwasser in eine öffentliche Abwasseranlage (Indirekteinleitergenehmigung) gemäß § 58 WHG,
- Prüfung einer Emmissionserklärung (PRTR-Erklärung) nach § 27 BImSchG,
- Erhebung einer Sicherheitsleistung gemäß § 12 BImSchG.

Hierbei ergaben sich keine Bedenken.

Festzustellen ist allerdings, dass die meisten dieser Vorgänge von dem jeweils zuständigen Sachbearbeiter ganzheitlich bearbeitet werden (inklusive Gebührenfestsetzung) und das 4-Augen-Prinzip erst bei der Anordnung der Buchung greift.

- ➢ Stichproben in weiteren einzelnen Aufgabenbereichen gaben keinen Anlass zur weitergehenden Prüfung.

#### 7.7.5.4 Bewirtschaftung des Haushalts

Sämtliche Erträge der Teilergebnisrechnung 004 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte) resultieren aus der Erhebung von Verwaltungsgebühren. Die Buchungen erfolgten auf die Sachkonten

- 4311.003 Verwaltungsgebühren für immissionschutzrechtliche Genehmigungen (FB69) oder
- 4311.98 Verwaltungsgebühren.

Das Sonderkonto für den Fachbereich Natur und Umwelt wurde eingerichtet, um die finanziellen Folgen der Übertragung von Aufgaben des Immissionsschutzes vom Land Nordrhein-Westfalen feststellen zu können. Die Kontendifferenzierung gilt bis heute und wird weiterhin angewendet. Lediglich in wenigen Einzelfällen wurden versehentlich Gebühren falsch zugeordnet. Dies ist aber ohne Auswirkung auf den Ergebnishaushalt und die Bilanz.

Für das Produkt lagen die Erträge aus Verwaltungsgebühren von 2014-2017 regelmäßig deutlich über den Veranschlagungen im Haushaltsplan. In 2018 blieben die Erträge erstmals wieder hinter der Planung zurück. Der Rückgang in 2018 zeigt auf, dass kein verlässlicher Anstieg des Gebührenaufkommens vorliegt.

Die Schwankungen ergeben sich insbesondere aus den Gebühren für Genehmigungen nach dem BImSchG. Diese können im Einzelfall sehr hohe Gebühren verursachen. Weil zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht abgeschätzt werden kann, welche BImSchG-Verfahren im Rechnungsjahr durchgeführt bzw. abgeschlossen werden, ist eine Prognose insoweit kaum möglich. Die Planung erfolgt nach Angabe des Sachgebietsleiters deshalb vorrangig auf der Grundlage der übrigen Gebühren, die gleichmäßiger anfallen.

- Die Haushaltsplanung und –bewirtschaftung erfolgt grundsätzlich rechtmäßig.

### 7.7.6 Gesamtfazit

Bei der Prüfung des Produkts „Gewerblicher Umweltschutz“ wurden keine Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften oder betriebswirtschaftliche Grundsätze festgestellt.

Insgesamt handelt es sich um einen Bereich, in dem viele Aufgaben gebündelt sind und der wegen der umfassenden örtlichen Zuständigkeit von den einzelnen Sachbearbeitern ein vielseitiges Fachwissen erfordert. Hilfreich sind insoweit die organisatorischen Regelungen und die technische Unterstützung.

Angesichts der Bedeutung der Aufgabenwahrnehmung für die einzelnen Gewerbe-/Industriebetriebe einerseits und der großen Aufgabenkonzentration auf einzelne Personen andererseits, muss allerdings von einer grundsätzlichen Korruptionsgefährdung ausgegangen werden. Das Bewusstsein hierfür erscheint bislang relativ schwach ausgeprägt.

Zwar sind für die grundlegenden Entscheidungen wie Genehmigungs- und Anzeigeverfahren das Vier-Augen-Prinzip gewährleistet, allerdings sind die Kontrollmechanismen für die laufende Überwachung bisher nicht durchgehend systematisch und verbindlich festgelegt. Hier hat der Bereich für die Zukunft Verbesserungen vorgesehen.

Dadurch, dass nunmehr auch das Umweltüberwachungsprogramm verstärkt umgesetzt werden soll, kann schon deshalb einer Korruptionsgefahr entgegengewirkt werden, weil an der medienübergreifenden Vor-Ort-Besichtigung regelmäßig mehrere Sachbearbeiter beteiligt sind. Die strikte Beachtung und Anwendung des Umweltüberwachungsplanes führt zu einer systematischen, anlassunabhängigen (Regel-) überwachung und trägt damit zur Überprüfung der Einhaltung rechtlicher Vorschriften durch die Anlagenbetreiber bei. Zwar ist diese umfassende Prüfung für den Großteil der Betriebe nur in größeren zeitlichen Abständen (3, 5, 7 Jahre) vorgesehen. Die Betriebe befinden sich allerdings zu einem überwiegenden Teil aufgrund ihrer Selbstüberwachungspflichten ohnehin in einem engen Überwachungsmodus.

Aufgrund der Veröffentlichung des Umweltüberwachungsplans im Intranet dürfen die Bürger auch darauf vertrauen, dass der Kreis Unna die selbst festgelegten Überwachungsmaßnahmen durchführt. Sollte die Einhaltung der Prüfintervalle tatsächlich nicht möglich sein, rät die Rechnungsprüfung dazu, die Gründe zu dokumentieren und anzuzeigen. Grundsätzlich ist aber nach den Ausführungen des Überwachungsplanes selbst davon auszugehen, dass bei den Betrieben/Anlagen, die in das Überwachungsprogramm aufgenommen wurden, aufgrund des Gefährdungspotentials in den vorgegebenen Intervallen eine anlassunabhängige umfassende Inspektion neben der regelmäßigen Überwachung erfolgen soll und die ausschließlich anlassbezogene Überwachung nur für die übrigen Betriebe als ausreichend angesehen wird.

# 8 Vergaben

## VOB | VOL | UVgO-Vergabeprüfungen 2018

### 8.1 Allgemeines

Als Recht der Vergabe (Vergaberecht) wird die Gesamtheit der Rechtsnormen, die der öffentliche Auftraggeber bei der Beschaffung von sachlichen Mitteln und Leistungen, die er zur Erfüllung eines öffentlichen Auftrages benötigt, bezeichnet. (BVerfG, Urteil vom 13.06.2006 (Az: 1 BvR 1160/03)
Öffentliche Aufträge sind die Beschaffung einer Leistung *(Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen)* am Markt gegen Entgelt. Der Beschaffungsgegenstand wird von den zu erfüllenden Aufgaben bestimmt. Grundsätzlich dürfen nur Sachmittel und Leistungen beschafft werden, die zur Aufgabenerfüllung benötigt werden, denn die Beschaffungstätigkeit wird durch Steuergelder finanziert deren Verwendung reglementiert ist. Öffentliche Aufträge werden im Wettbewerb und im Wege transparenter Verfahren vergeben. Dabei sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Die Prüfung von Vergaben gehört zu den Pflichtaufgaben der Rechnungsprüfung. Maßgebende Rechtsvorschrift war im Jahr 2018 hierfür noch § 103 Abs. 1 Nr. 8 GO NRW. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass nach dem zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFWG NRW) vom 18. Dezember 2018 ab 01.01.2019 § 104 Abs. 1 Nr. 5 GO NRW anzuwenden ist.
Nach § 25 Abs. 1 GemHVO NRW muss der Vergabe von Aufträgen eine öffentliche Ausschreibung oder eine beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb vorausgehen, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen. Auch hier hat sich für 2019 eine Änderung ergeben. Nach der Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land NRW (Kommunalhaushaltsverordnung NRW – KomHVO NRW) vom 12.12.2018 ist ab 2019 § 26 Abs. 1 KomHVO NRW maßgebend.

Am 15.09.2018 sind die neuen „Kommunalen Vergabegrundsätze“ in Kraft getreten. Mit Inkrafttreten des Runderlasses des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung vom 28.08.2018 folgte NRW wie viele andere Bundesländer, die ebenfalls die Anwendung der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) auf kommunaler Ebene vorgegeben haben.
Die UVgO beendet die rund 90-jährige Regentschaft der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A) und stellt somit einen historischen Einschnitt im deutschen Vergaberecht dar. Hintergrund der neu eingeführten UVgO ist, dass ca. 90% der öffentlichen Aufträge unterhalb des EU-Schwellenwertes in Höhe von z. Zt. 221.000 Euro netto erfolgen. Daher ist der Leitgedanke der Unterschellenreform, die Regelungen des Oberschwellenbereichs auf den Unterschwellenbereich analog anzuwenden.

Sowohl für die Rechnungsprüfung als auch für die zentrale Vergabestelle bedeutete der sog. „Anwendungsbefehl“ der UVgO in NRW bis zum 14.09.2018 die Berücksichtigung der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A und ab 15.09.2018 die Anwendung der Unterschwellenvergabeordnung.

Die Kreisverwaltung Unna hat zwei zentrale Vergabestellen im Bereich VOL | UVgO und VOB eingerichtet. Dem Fachbereich Bauen obliegt die Wahrnehmung der Aufgaben der zentralen Vergabestelle für alle Vergaben im Zusammenhang mit Baumaßnahmen und Bauunterhaltungsmaßnahmen einschließlich der Unterhaltung von Verkehrsflächen (VOB). Den Zentralen Diensten obliegt die Wahrnehmung der Aufgaben

der zentralen Vergabestelle für alle Vergaben, die nicht im Zusammenhang mit Baumaßnahmen stehen (VOL bzw. UVgO). Die zentralen Vergabestellen führen das Vergabeverfahren durch und treffen die formelle Vergabeentscheidung. Einzelheiten werden in den jeweiligen Dienstanweisungen geregelt.

Die Vergabeprüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung setzt vor der Auftragserteilung (vorgelagerte Prüfung), also bevor ein Vertrag zwischen dem Anbieter und der vergebenden Stelle abgeschlossen wird, ein. Dies bietet den Vorteil, dass durch Beratung und Prüfung eventuelle Mängel bei der beabsichtigten Auftragsvergabe und somit auch investitionsverzögernde Vergabebeschwerden vermieden werden.
Im Rahmen der jeweiligen Beschaffungsvorgänge ist das Zusammenwirken zwischen der technisch-fachlichen Vergabeberatung und der Anforderungsermittlung, die letztendlich in der Leistungsbeschreibung mündet besonders wichtig. Eine sorgfältige Verfahrensvorbereitung seitens der Bedarfsstelle in enger Zusammenarbeit mit der zentralen Vergabestelle unter Beteiligung der Rechnungsprüfung ist unerlässlich, da ansonsten nicht nur vergaberechtliche Probleme entstehen können.
Der Prüfungsumfang ist durch die Rechnungsprüfung grundsätzlich frei wählbar. Er ist jedoch so gewählt, dass gravierende Mängel rechtzeitig erkannt, verhindert bzw. beseitigt werden.
Im Rahmen der Vergabeprüfung stellt die Rechnungsprüfung fest, ob

- die gesetzlichen Bestimmungen (Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit) beachtet worden sind und
- die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Vergabe gegeben sind, also die notwendigen Haushaltsmittel zu Verfügung stehen.

**Grundlagen**

Das Vergaberecht ist grundsätzlich zweigeteilt. Entscheidend ist, ob der Auftragswert der zu vergebenden Leistung einen bestimmten Schwellenwert über- oder unterschreitet. Je nachdem, ob der geschätzte Auftragswert den durch EU-Richtlinie festgelegten und durch das GWB in deutsches Recht übertragenen Schwellenwert erreicht bzw. überschreitet oder unterschreitet, sind unterschiedliche Rechtsvorschriften zu beachten.

**GWB**

Der 4. Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) umfasst die wesentlichen Vorgaben zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen **oberhalb** der maßgeblichen EU-Schwellenwerte. Um die praktische Anwendung des Gesetzes zu erleichtern, wird der Ablauf des Vergabeverfahrens von der Leistungsbeschreibung über die Prüfung von Ausschlussgründen, die Eignungsprüfung, den Zuschlag bis hin zu den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags im Gesetz vorgezeichnet. Die Möglichkeiten für öffentliche Auftraggeber, strategische Ziele - z. B. umweltbezogene, soziale oder innovative Aspekte - im Rahmen von Vergabeverfahren vorzugeben, werden gestärkt. Soziale Dienstleistungen, wie zum Beispiel zur Integration arbeitsuchender Menschen, können in einem erleichterten Verfahren vergeben werden. Die stärkere Nutzung elektronischer Mittel wird für effizientere Vergabeverfahren sorgen. Das neue Gesetz verpflichtet Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, dabei die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Dies gilt insbesondere für die Regelungen in für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen und den gesetzlichen Mindestlohn. Kommunale Freiräume, etwa bei der Vergabe an kommunale Unternehmen oder bei der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, werden erstmals im GWB ausdrücklich geregelt.

**VgV**

Der 4. Teil des GWB wird durch mehrere Rechtsverordnungen ergänzt, die in einer sog. „Mantelverordnung“ zusammenfasst worden sind. Diese "Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts" greift die

allgemeinen Regelungen des Gesetzes auf und ergänzt dieses in zahlreichen Detailfragen. Im Einzelnen handelt es sich u.a. um die **Vergabeverordnung (VgV)**, in der die Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch öffentliche Auftraggeber näher ausgestaltet wird (sog. "klassische Auftragsvergabe"). In der VgV werden die wesentlichen Vorgaben des GWB zum Anlass genommen, vertiefend zu regeln, was öffentliche Auftraggeber im konkreten Vergabeverfahren zu beachten haben.

**VOB**

Das Vergaberecht ist spezieller Teil des Haushaltsrechts. Hintergrund ist der Haushaltsgrundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel. Die **Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen** (VOB) ist ein dreiteiliges Normenwerk. Es ist weder ein Gesetz noch eine Rechtsverordnung, sondern ein von interessierten Fachkreisen erarbeitetes Vertragswerk und enthält Regelungen für die Vergabe von Bauaufträgen durch öffentliche Auftraggeber (Teil A), Regelungen für den Bauvertrag (Teil B) sowie allgemeine und Gewerk spezifische weitere technische Vertragsbedingungen, die ATV (Teil C).

**VOL**

Die **Vergabe – und Vertragsordnung für Leistungen** (VOL) ist weder ein Gesetz noch eine Rechtsverordnung, sondern hat den Rang von Verwaltungsvorschriften und regelt die Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen (VOL) durch öffentliche Auftraggeber.
Leistungen im Sinne der VOL sind alle Lieferungen und (Dienst-)Leistungen, ausgenommen Bauleistungen, die in der VOB behandelt werden.
Die VOL ist unterteilt in Teil A und Teil B.

- Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen (VOL/A)
- Teil B: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

Während die VOL/A mit der UVgO hinfällig geworden ist, gilt der in der Praxis weniger relevante Teil B der VOL, der die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen enthält, fort. In § 21 Abs. 2 UVgO wird auf die VOL/B verwiesen.

**UVgO**

Anders als die VgV ist die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) keine Rechtsverordnung im Sinne des Art. 80 Grundgesetz. Dafür fehlte dem Bund die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage. Das bedeutete, dass die UVgO erst durch einen sog. „Anwendungsbefehl“ von Bund und Ländern in Kraft gesetzt werden konnte. In NRW erfolgte dies mit Inkrafttreten des Runderlasses des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung vom 28.08.2018. Mit den „Kommunalen Vergabegrundsätzen“ wurde in NRW die Anwendung der UVgO vorgegeben.
Die UVgO löste die VOL/A ab. Sie umfasst 54 Paragraphen (alte VOL/A = 20 Paragraphen). Die Textinhalte sind aus dem 4. Teil des GWB und der VgV übernommen worden. Dadurch wurde eine weitestgehende Übereinstimmung mit den Regelungen für die Vergabe oberhalb der Schwellenwerte erreicht. Die UVgO regelt die Unterschwellenvergabe nicht abschließend; mittels Verweistechnik werden weitere Vorschriften einbezogen. Dies hat zur Folge, dass GWB und VgV zusätzlich zu beachten sind. Der sachliche Anwendungsbereich der UVgO beschränkt sich auf Liefer- und Dienstleistungen und Rahmenvereinbahrungen unterhalb dieser Schwellenwerte. Die Vergabe von Bauleistungen unterliegt nicht der UVgO, sondern weiterhin der VOB/A. Die UVgO legt fest, welche Verfahrensarten bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zulässig sind und regelt deren Ablauf. Die UVgO gibt vor, bei Vorliegen welcher Voraussetzungen die Wahl einer bestimmten Verfahrensart möglich ist oder nicht.

**Schwellenwerte**

Im regelmäßigen Turnus findet eine Anpassung der EU-Schwellenwerte (Nettobeträge) statt. Die Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen wurden durch die Europäische Kommission mit Verordnungen

vom 17.12.2017 mit Wirkung vom 01.01.2018 neu festgelegt. Diese Schwellenwerte gelten durch Verweis auf die Verordnungen in § 106 GWB unmittelbar und müssen nicht noch in nationales Recht umgesetzt werden. Ab dem 01.01.2018 gelten für den nächsten Turnus von zwei Jahren folgende Schwellenwerte:

- für Liefer- und Dienstleistungsaufträge: 221.000 € (bisher 209.000 €)
- für Bauaufträge: 5.548.000 € (bisher 5.225.000 €)
- Folge bei Überschreitung: = EU-weite Ausschreibung

**TVgG NRW**

Ursprünglicher Zweck des Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG NRW) war es, neben der Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs weitere gesellschaftspolitisch relevante Aspekte in die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots einzubeziehen. Damit sollte das Gesetz u.a. die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand für eine sozialverträgliche, umweltfreundliche, energieeffiziente, gleichstellungs- und integrationsfördernde und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Vertragsbeziehungen verdeutlichen und umsetzen.
Mit Wirkung vom 30.03.2018 ist das neue TVgG NRW in Kraft getreten. Mit der Novellierung ist das TVgG entschieden verschlankt worden. Das neugefasste TVgG NRW bringt Erleichterungen für öffentliche Auftraggeber und Unternehmen, weil es auf die notwendigen und wesentlichen Vorschriften zurückgeführt wird. Insbesondere entfallen die bisher notwendigen Verpflichtungserklärungen. Stattdessen ist nur noch eine vertragliche Vereinbarung für die Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen notwendig.
Die wichtigsten Änderungen werden im Folgenden in Kürze dargestellt:

- Das TVgG NRW ist nur für Beschaffungen von Bau- und Dienstleistungen anzuwenden. Es findet keine Anwendung bei der Beschaffung von Lieferleistungen.
- Der Schwellenwert zur Anwendung des TVgG NRW ist angepasst worden. Das TVgG NRW ist ab einem geschätzten Auftragswert von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer anzuwenden. Die bisherige Unterteilung in mehrere Schwellenwerte entfällt.
- Die Verpflichtungserklärungen der (Best-)Bieter, die für die Bereiche „Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen“, „Mindestlohn- und Tariftreue“ sowie „Familien- und Frauenförderung“ vorgelegt werden müssen, entfallen.

Mit sofortiger Wirkung sind bei allen Vergaben, die unter den Geltungsbereich des TVgG NRW fallen, ab dem o. g. Schwellenwert die Besonderen Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen zwingend als Bestandteil der Vergabeunterlagen beizufügen und zu einem Bestandteil der Vertragsunterlagen zu machen.
Das neue TVgG NRW ist ohne Übergangsfrist in Kraft getreten.

**Vergabegrundsätze für Gemeinden nach § 26 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (Kommunale Vergabegrundsätze)**

Gemäß § 26 Abs. 2 GemHVO NRW haben die Gemeinden bei der Vergabe von Aufträgen unterhalb der durch die Europäische Union vorgegebenen Schwellenwerte die Vergabebestimmungen anzuwenden, die das zuständige Ministerium bekannt gibt. Unter Ausschöpfung des Spielraums für kommunale Selbstverwaltung, bei Ermöglichung eines möglichst flexiblen, aber einheitlichen Handlungsrahmens für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen wurden nach dem RdErl. des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung vom 28. August 2018 Kommunale Vergabegrundsätze festgelegt. Dieser Runderlass trat am 15.09.2018 in Kraft und am 31.12.2024 außer Kraft.

**Vergabearten**

Die nationalen und europäischen Vergabevorschriften sehen für die Vergabe von Bauaufträgen bzw. für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen verschiedene Verfahren vor, die Vergabearten. Je nachdem, ob es sich um Verfahren oberhalb der Schwellenwerte (europaweite Verfahren) oder unterhalb der Schwel-

lenwerte (nationale Verfahren) handelt, werden sie unterschiedlich bezeichnet. Inhaltlich stimmen diese in wesentlichen Teilen überein.

| Nationale Vergabearten | | | Oberschwellenvergabe EU-weite Vergabearten |
|---|---|---|---|
| **ehem. VOL/A bis 14.09.18** | **UVgO - ab 15.09.18** | | |
| Öffentliche Ausschreibungen | | = | Offenes Verfahren |
| Beschränkte Ausschreibungen mit / ohne Teilnahmewettbewerb | | = | Nichtoffenes Verfahren mit / ohne Teilnahmewettbewerb |
| Freihändige Vergaben | **neu** Verhandlungsvergabe | = | Verhandlungsverfahren mit / ohne Teilnahmewettbewerb |
| | | | Wettbewerblicher Dialog |

Die Wahl der Vergabeart ist nicht beliebig. Öffentliche Auftraggeber sind verpflichtet, Aufträge grundsätzlich im Wege der Öffentlichen Ausschreibung bzw. des Offenen Verfahrens zu vergeben. Nur ausnahmsweise, beim Vorliegen besonderer in den betreffenden Vergabevorschriften genannter Voraussetzungen, die auch aktenkundig gemacht werden müssen, darf von dieser Regel abgewichen werden. In diesem Fall wird zunächst geprüft, ob eine Beschränkte Ausschreibung bzw. ein Nichtoffenes Verfahren, durchgeführt werden kann. Diese Vergabeart hat jeweils Vorrang vor der Freihändigen Vergabe bzw. dem Verhandlungsverfahren.

**Prüfungszeitraum**

Im Prüfungszeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2018 erfolgten nachstehende Vergabeprüfungen:

**VOB-Vergabeprüfungen**

| Vergabeart VOB | FB 60 - Bauen | | | | FB 69 Natur und Umwelt | | G e s a m t | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | SG 60.2 - Tiefbau | | SG 60.3 - Hochbau | | | | | |
| | Anz. | Euro | Anz. | Euro | Anz. | Euro | Anz. | Euro |
| Öffentliche Ausschreibung | --- | --- | --- | --- | 1 | 109.877 | **1** | **109.877** |
| beschränkte Ausschreibung | 4 | 2.695.930 | 7 | 1.234.327 | 1 | 156.685 | **15** | **4.086.942** |
| Freihändige Vergabe | 39 | 964.514 | 85 | 1.645.861 | 8 | 372.024 | **124** | **2.982.399** |
| Wettbewerblicher Dialog | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| | | 3.660.444 | | 2.880.188 | | 638.586 | | **7.179.218** |

Nachstehende, projektbezogene Baumaßnahmen im VOB-Vergabeverfahren waren seitens der Rechnungsprüfung sehr umfangreich und infolge dessen auch arbeits- und zeitintensiv.

| **VOB-Vergabeprüfungen Tiefbau** | |
|---|---|
| K 4 Mühlenstr., Ausführungsplanung/Bauvorbereitung und -überwachung | 28.224,32 € |
| K 10 Römer Str.; Planungsleistungen Fahrbahnsanierung | 58.408,19 € |
| K6, Erneuerung Südkirchener Str. Selm | 980.379,94 € |
| K 8 Erneuern und Durchlass; Ingenieurleistungen | 29.131,08 € |
| Kreisstraßen Markierungsarbeiten | 75.343,66 € |
| K 42 Rhynerner Str. Schadstellebeseitigung | 26.631,05 € |

| | |
|---|---|
| K 39 Beseitigung BÜ; Ingenieurleistungen | 50.580,28 € |
| K20n; Objektplanung Eisenbahnunterführung | 45.136,09 € |
| verschiedene Kreisstraßen; Räumung und Proflierung von Bankettflächen | 30.297,40 € |
| K 42 Rhynerner Str. + K 35 Röhrberg; Oberbauerneuerung | 1.061.339,89 € |
| K 41 Hilsingstr.; Oberbauerneuerung | 101.028,43 € |
| Instandsetzung der Brücke Schulstr., Nordbögge (1. BA); Sanierungsarbeiten | 395.897,16 € |
| Brücke Schulstr. über DB in Nordbögge | 43.643,37 € |
| K 31 Sanierung Steinbruchstr./Massener Heide | 46.901,16 € |
| K 8 Straßenbau mit Durchlasserneuerung | 258.313,23 € |
| K 6 Südkirchener Str.; Neubau Radwegebrüke über Hegebach; | 52.730,09 € |

| **VOB-Vergabeprüfungen** | |
|---|---|
| Sph Werne; Sanierung der Estricharbeiten wegen Wasserschaden | 11.462,08 € |
| SpH Werne; Sanierung wegen Wasserschaden, Fliesenarbeiten | 49.206,78 € |
| SpH Werne; Arbeiten Außenanlagen | 16.508,87 € |
| Neubau K 39 N; Pflanzmaßnahmen | 56.074,66 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne; Sanierung Toilettenanlage, Angebot Fachplaner | 29.500,00 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne; Metallbauarbeiten | 23.892,82 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne; Abbruch-, Rohbau- und Putzarbeiten | 37.074,44 € |
| SpH BK Werne; Wasserschaden Betonwerksteinarbeiten | 26.343,03 € |
| BK Hellweg; Tagungsraum Elektroarbeiten | 12.196,39 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne; Sanierung Toilettenanlage, Elektrotechnik | 23.935,78 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne; Sanierung Toilettenanlage, Lüftungstechnik | 22.292,28 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne; Sanierung Toilettenanlage, Sanitärtechnik | 74.690,53 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne, Sanierung Außentoilette; Trockenbauarbeiten | 17.361,03 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne; Heizungstechnik | 19.005,00 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne, Sanierung Außentoilette; Estrich- und Fliesenarbeiten | 27.403,86 € |
| Objektplanung "Naturerlebnis Lippeaue | 39.348,87 € |
| Friedrich-v.-Bodelschwingh-Schule; Erweiterung Zaunanlage | 29.409,78 € |
| Bachumbau im NSG "Strickherdicker Bach" | 156.685,84 € |
| NTZ Unna, Einbau Innentüren aus Brandschutzgründen | 19.203,28 € |
| Entschlammung und Erweiterung eines Kleingewässers in Selm | 11.412,10 € |
| Naturerlebnis Lippeaue; Tiefbauarbeiten | 109.877,22 € |
| NSG "Kiebitzwiese"; Zaunarbeiten | 19.248,25 € |
| Lippe BK, Lünen; Außenanlagen | 14.274,17 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne; Tragwerksplanung Eingangsüberdachung | 10.042,59 € |
| Karl-Brauckmann-Schule; Durchführung VGV-Verhandlungsverfahren | 14.958,30 € |
| Sanierung Dreifeldsporthalle, Lünen; VgV-Vergabemanagement | 11.170,00 € |
| Teichbau und Entschlammung in Schwerte und Unna | 15.565,20 € |
| Opherdiche; Videoüberwachungsanlage | 17.524,33 € |
| SpH Lippe BK, Lünen; Fachplaner Gebäudeausrüstung TGA | 246.347,95 € |
| BK Lippe, Lünen; Abdichtungarbeiten Außenwände Hausmeisterwohnung | 9.840,09 € |
| Fr.-von-Bodelschwingh-Schule; Aufstellen und Miete einer Containeranlage | 56.025,20 € |
| Kreisgebiet Unna; Anpflanzungen von Baumreihen, Hecken, Feldgehölzen | 60.754,50 € |
| Pflegemaßnahmen an Naturdenkmalen | 44.030,00 € |
| BK Freiherr-v.-Stein, Werne, Neugestaltung Schulhof | 316.138,76 € |

| | |
|---|---|
| Kreis Unna Kreisstraßen; Baumpflanzungen | 128.911,13 € |
| Hansa BK; Erneuerung Wärmetauscher | 11.969,39 € |
| Fr.-v.-Bodelschwingh-Schule; Containerstellfläche Erdarbeiten u. Pflasterung | 14.765,56 € |
| BK Hellweg; Elektroarbeiten | 14.876,84 € |

| **Neubau Kreissporthalle Unna** | |
|---|---|
| Als Ersatz der Sporthalle des Hansa-Berufskollegs wurde mit dem Neubau der Kreissporthalle Unna in 2017 begonnen. Für diese Maßnahme werden Fördermittel in Höhe von 3.357.939 € aus dem Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ in Anspruch genommen. Für das Projekt konnten bereits vorliegenden Planunterlagen des „Neubaus der Sporthalle am Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg in Werne“ verwendet werden. Im Jahr 2017 wurden insg. 18 Ausschreibungen und Vergaben durchgeführt und für die weiterführenden Maßnahmen wurden im Jahr 2018 insgesamt 27 Auf- und Nachträge vergeben. | |
| Lüftungstechnik | 146.761,88 € |
| Trockenbauarbeiten | 77.637,15 € |
| Sanitärtechnik | 165.054,89 € |
| Elektroinstallation | 177.723,00 € |
| Heizungstechnik | 171.388,83 € |
| Innenputzarbeiten | 37.953,38 € |
| Neubau Parkplatzanlage, Änderung der Kanalanschlüsse | 81.550,76 € |
| Estrich- und Fliesenarbeiten | 118.793,54 € |
| Schlosserarbeiten | 13.461,28 € |
| Malerarbeiten | 61.687,34 € |
| Rohbauarbeiten, Einbau v. Warmbeton und höherwertigen Zement | 3.234,69 € |
| Rohbauarbeiten, Änderungen im Bereich der Gerüstbauarbeiten | 25.488,31 € |
| Gebäudereinigung | 5.753,06 € |
| Sportboden und Prallwand | 202.049,62 € |
| Tischlerarbeiten Innentüren | 35.545,93 € |
| Schreinerarbeiten Garderoben | 27.348,58 € |
| Sportgeräte | 55.210,61 € |
| Malerarbeiten, Brandschutzanstrich | 10.829,00 € |
| Elektroarbeiten | 2.176,81 € |
| Neubau Parkplatzanlage, Schachterneuerung | 4.286,64 € |
| Neubau Parkplatzanlage; Einbau Winkelsteine | 7.074,71 € |
| Blitzschutzarbeiten | 1.916,32 € |
| Elektroarbeiten Voutenbeleuchtung | 1.317,54 € |
| Baugrunduntersuchungen | 13.979,73 € |
| Hauswasserstation | 554,83 € |
| Gebäudedigitalisierung, Zähleraufschaltung M-Bus | 2.107,11 € |
| Steuertableaus | 2.378,73 € |

| **Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen der Produktionsstätte der Biofleisch NRW e.G. auf dem Standort der Ökologiestation** | |
|---|---|
| Auf Wunsch der Verwaltungsleitung wurden die Vergaben von der Stabstelle der Rechnungsprüfungsangelegenheiten auf die Einhaltung der vergaberechtlichen Bestimmungen geprüft. | |
| Fußbodenarbeiten (Spezialfußboden) | 231.713,35 € |
| Kälte- und Wärmedämmarbeiten | 178.192,86 € |
| Lüftungsanlage | 188.478,97 € |

| | |
|---|---|
| Kälteanlage | 421.331,47 € |
| Kühl- und Betriebsraumtüren | 121.760,80 € |
| Fliesenarbeiten | 59.248,67 € |
| Elektroarbeiten | 100.128,41 € |
| Heizungs- und Sanitärarbeiten | 71.679,38 € |
| Wärmeverbundsystem | 22.849,19 € |
| Trockenbauarbeiten | 33.885,25 € |
| Stahltreppen | 25.727,80 € |
| Malerarbeiten | 12.377,61 € |

| **Neubau „Bildungscampus Unna“** | |
|---|---|
| Der Kreis Unna plant den Neubau des „Bildungscampus Unna“ (Förderzentrum, Weiterbildungskolleg und Ergänzungsräume für angrenzende Berufskollegs).<br>Das Projekt ist Teil des Förderprogramms „Gute Schule 2020“.<br>Die Planungsleistungen für das Objekt wurden europaweit ausgeschrieben. | |
| Technische Ausrüstung; Planungsleistung | 848.000,00 € |
| Gebäudeplanung inkl. Freianlagenplanung | 1.621.000,00 € |
| Tragwerksplanung | 401.630,00 € |
| Baugrunduntersuchung | 4.624,24 € |
| Wärme-, Schallschutznachweis | 16.405,94 € |
| Brandschutzkonzept | 9.500,00 € |
| Baugrundgutachten | 7.774,26 € |
| Bauzaun im Zuge der Abbrucharbeiten | 7.545,09 € |
| Baustatiker | 50.230,01 € |
| weiteres Bodengutachten | 1.692,18 € |
| Fachplanung Abbrucharbeiten | 56.608,36 € |

**VOL | UVgO-Vergabeprüfungen**

| **Vergaben** | 2016 | | 2017 | | **2018** | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anz. | Euro | Anz. | Euro | **Anz.** | **Euro** |
| Öffentliche Ausschreibung<br>EU =Offenes Verfahren | 4 | 1.369.969,00 € | 8 | 4.838.998,14 € | **6** | **3.006.018,85 €** |
| Beschränkte Ausschreibung<br>EU = Nichtoffenes Verfahren | 0 | 0,00 € | 0 | 0,00 € | **0** | **0,00 €** |
| Freihändige Vergabe<br>EU =Verhandlungsverfahren | 160 | 4.010.931,57 € | 185 | 4.625.962,85 € | **170** | **3.552.273,06 €** |
| Wettbewerblicher Dialog | 0 | 0,00 € | 0 | 0,00 € | **0** | **0,00 €** |
| **Gesamt<br>(inkl. IT-Vergabeprüfungen)** | 164 | 5.380.900,57 € | 193 | 9.464.960,99 € | **176** | **6.558.291,91 €** |

| **OE** | **Summe** | **Kurzbezeichnung** |
|---|---|---|
| **Öffentliche Ausschreibung(en)** | | |
| 10 | 312.641,56 € | Beschaffung einer informationstechnischen Verfahrenslösung zur Einführung eines Dokumenten-Management-Systems (DMS) für 500 Lizenzen inkl. 50 tägiger Projektunterstützung sowie Wartung & Support über 4 Jahre *(s. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 14.11.18; Drucksache Nr. 165/18)* |

| | | |
|---|---|---|
| 32 | 216.937,00 € | Bus-Dienstleistungen; Durchführung von Personen-Transfers auf Anforderung der EAE Unna-Massen - Beförderung von Asylsuchenden vom 01.01.2019 - 31.12.2020 *(s. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 14.11.18; Drucksache Nr. 169/18)* |
| | 179.168,59 € | Beschaffung von 4 Fahrzeugen zum Personentransport / Kleinbusse (max. 8 Sitze + Fahrersitz) für die ZAB *(s. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 14.11.18; Drucksache Nr. 160/18)* |
| 36 | 237.205,08 € | Fahrzeug mit Geschwindigkeitslasermesssystem für Front, Seiten und Heckmessung und Lieferung eines funktionsfähig aufgebauten stationären Laser-Messsystems *(s. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 14.11.18; Drucksache Nr. 177/18)* |
| 40 | 1.692.842,62 € | Schülerspezialverkehr für 4 Jahre (2018 - 2022) - Beförderungsleistung für Schüler d. Regenbogenschule u. Förderzentren d. Kr. Unna (p. J. = 423.210,66€) |
| | 367.224,00 € | Vertrag über die Lieferung einer Mittagsverpflegung für die Friedrich-von-Bodelschwingh-Förderschule des Kreises Unna für rd. 39.000 Mittagessen jährlich vom 01.02.2019 - 31.01.2021 mit der Möglichkeit einer Vertragsverlängerung von 2 Jahren (insg. 4 Jahre) = durchschnittlich 2,354€ je Pers. pro Tag *(s. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 14.11.18; Drucksache Nr. 174/18)* |
| | **3.006.018,85 €** | |

| OE | Summe | Kurzbezeichnung |
|---|---|---|
| **Beschränkte Ausschreibung(en)** | | |
| | **0,00** | |

| OE | Summe | Kurzbezeichnung |
|---|---|---|
| **Freihändige Vergaben \| Verhandlungsvergaben** | | |
| LK | 5.000,00 € | Durchführung von rd. 20 Kreisrundfahrten mit modernen Reisebussen |
| | 8.574,99 € | Beschaffung von zwei neuen Leasingfahrzeugen (BMW 530d) für die Nutzung durch Landrat, dessen Stellvertreter/innen sowie Verw.-Vorstand |
| | **13.574,99 €** | |
| KU | 43.595,65 € | Beschaffung einer Software für das Ausstellungsmanagement der Stabsstelle "Kultur" (4 Jahre) |
| | **43.595,65 €** | |
| PK | 49.266,00 € | Erstellung eines Imagefilms "Kreis Unna" |
| | **49.266,00 €** | |
| PM | 4.641,00 € | Software "demosim Ortsteil-Demografiemonitor" für Auswertungen und Prognosen zur demografischen Entwicklung. |
| | 49.980,00 € | Rahmenvertrag für die Kreisprojekte FUN (Flexibel Unterwegs im Kreis Unna) und Rad- und Mobilstationen für das Jahr 2019 |
| | **54.621,00 €** | |
| 10 | 7.002,34 € | Büromöbel Ergänzungslieferung für den Steuerungsdienst |

| | | |
|---|---|---|
| | 111.813,35 € | Erweiterung der Finanzsoftware "Newsystem kommunal" um die Module "zentrale Adressverwaltung" und "Rechnungs-Manager", Implementierung (einschl. Softwarewartung/-pflege für 48 Mon.) |
| | 15.002,03 € | Umstellung der Wahlsoftware auf die Software "Votemanager" |
| | 40.681,01 € | Erweiterung der Finanzsoftware "Newsystem kommunal" um die Module "Bestellworkflow" und "Anmerken im elektronischen Rechnungsworkflow", einschl. Softwarewartung/-pflege |
| | 4.712,40 € | Organisationsuntersuchung / Schnittstellenanalyse zwischen FD 11 - Zentrale Dienste und FB 60 - Bauen im Zusammenhang mit gebäudebezogenen Aufgaben |
| | 14.280,00 € | Softwareerwerb für die Finanzbuchhaltung INFOMA newsystem ePayment Manager zur Implementierung von Online-Bezahlsystemen (jährliche Kosten 3.570€) |
| | **193.491,13 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 11 | 9.499,77 € | Umrüstung von Stahl- und Einbauschränken mit Hängeregistersystemen i.V.m. div. Umzügen innerhalb des Kreishauses Unna |
| | 11.781,00 € | Umzüge innerhalb des Kreishauses Unna; tlw. im Zusammenhang mit dem Umzug des SG 32.2 "Ausländer- und Personenstandswesen" |
| | 9.570,24 € | Leasingvertrag (24 Monate) für Dienstwagen (E-Auto) als Ersatz für vorhandenen PKW und jährl. Fahrleistung von 10.000 km |
| | 4.284,00 € | Prüfung von ortsfesten Betriebsmitteln (Maschinenprüfung) in den Dienstgebäuden des Kreises Unna |
| | 29.597,68 € | Vergabe Gaslieferung (1.8.18 - 31.7.19) für Dienstgebäude Förderzentrum in 59425 Unna |
| | 41.108,69 € | Vergabe Gaslieferung (1.8.18 - 31.7.19) für Dienstgebäude Freiherr-vom-Stein Berufschulkolleg in 59368 Werne |
| | 95.200,00 € | Tägl. Postfahrten zwischen dem Kreishaus Unna und dem Kreishaus Lünen für max. 4 Jahre (01.10.2018 - 30.09.2022) |
| | 5.313,35 € | Unterstützung bei der europaweiten Ausschreibung von (Öko-)Stromlieferung |
| | 90.283,87 € | Anmietung von einem digitalen schwarz-weiß Hochleistungsdrucksystem sowie einem Farb-Hochleistungsdrucksystem für die Dauer von 48 Mon. |
| | 47.701,33 € | Beschaffung (Jahresbedarf 2019) von Reinigungs- und Hygieneartikeln für die div. Dienstgebäude der Kreisverwaltung Unna |
| | 31.344,60 € | Leasingverträge für 4 Kleinwagen für den allg. Fuhrpark sowie für die FB 32 und 36.2 für die Dauer von jeweils 36 Monaten |
| | 18.849,60 € | Leasingverträge für 2 Kleinwagen für den allg. Fuhrpark sowie für einen Wagen der Kompaktklasse für den FB 36.2 für die Dauer von jeweils 36 Monaten |
| | 34.182,75 € | Massenentsäuerung von Archivalien / Papier (ca. 2.500kg) = vorbeugende konservatorische Maßnahme, die das Papier vor dem Zerfall bewahrt |
| | 6.000,00 € | Team- und Einzelcoaching in der Heimaufsicht (SG 50.1) |
| | 29.476,30 € | Softwarelösung zur Unterstützung des Bewerbermanagement für den FD 11 |
| | **464.193,18 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 16 | 3.586,59 € | 6 St. Arbeitsplatzcomputer der Fa. Dell zum Stückpreis von 597,765€ brutto |
| | 5.959,82 € | Lieferung diverser "HP-Tinte" für Drucker |
| | 9.945,00 € | Virenschutzsoftware Gdata für die Nutzer (Anz. 13) des Bildungsportals PeP |

| | | |
|---|---|---|
| | | für 3 Jahre |
| | 93.671,49 € | 150 St. Arbeitsplatzcomputer der Fa. Dell zum Stückpreis von rd. 624,48€ brutto |
| | 46.024,12 € | 111 St. Apple iPads für den papierlosen Sitzungsdienst |
| | 10.306,35 € | 15 St. Arbeitsplatzcomputer der Fa. Dell zum Stückpreis von 687,09€ brutto |
| | 26.178,81 € | 2 St. HP-Server |
| | 8.008,70 € | Erweiterung des bestehenden EUROSTOR-Backup-Systems |
| | 14.757,58 € | 15 St. Laptops (Dell Latitude 5580) |
| | 4.963,00 € | Beschaffung von 7 Scannern |
| | 63.296,10 € | Beratung und Unterstützung zur Etablierung von Sicherheitsstandards nach BSI im Rahmen des Projektes iKFZ; Durchführung eines Penetrationstests gem. KBA-Vorgaben; Erstellung eines Penetrationstestberichtes; |
| | 14.472,78 € | Supportverlängerung für 1 Jahr für Firewallsystem Fortigate-800C UTM Bundle inkl. Antivirus Webfiltering und Antispam Services |
| | 11.102,70 € | 60 Farbdrucker Typ Epson Workforce pro WF-C5290DM |
| | 30.869,61 € | Fernwartungssoftware "Bomgar" incl. Wartungs-/Support-Vertrag mit max. Regellaufzeit von 4 Jahren |
| | 7.044,80 € | Beratungsleistung bezügl. Entwicklung eines Lösungskonzepts für die vollständige Server-/Cal-Lizenzierung |
| | 5.148,30 € | Lieferung von HP-Tinte |
| | 11.322,86 € | Ersatzbeschaffung der virtuellen Load Balancer auf VLM-3000 |
| | 15.288,44 € | 1 St. Storage-Server |
| | 20.816,37 € | Storage-Erweiterung |
| | **402.763,42 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 32 | 11.414,15 € | Fingerabdruckscanner mit entspr. Software für die Zentrale Ausländerbehörde |
| | 6.625,33 € | Schnittstellen zur Anbindung der Alamierungs-Software an den Einsatzleitrechner der Kreisleitstelle |
| | 5.209,85 € | Individuelles Buffet für 220 geladene Gäste anlässlich des erweiterten Neujahrsempfangs des Kreisbrandmeisters (offizielle Begrüßung des neuen und Verabschiedung des ehemaligen KBM) in der Stadthalle Kamen |
| | 7.615,77 € | Lieferung und Einbau von Digitalfunk und Navigation in das neue Kommandofahrzeug des Kreisbrandmeisters |
| | 4.644,81 € | Das landeseigene Fahrzeug (DekonP), welches am 20.01.18 an den Kreis Unna übergeben wurde, ist lt. RdVerfg. der BR Düsseldorf auf Kosten des Landes NRW mit digitalen Funkgeräten auszustatten |
| | 118.252,66 € | Pflegevertrag für die Software des Einsatzleitsystems "Celios" (Laufzeit 01.01.18 - 31.12.19). Jährliche Kosten = 59.126,33€ |
| | 5.794,41 € | Reparatur Motorschaden RTW1 (UN-LR 2211) |
| | 5.350,48 € | Ausstattung des Wechselladerfahrzeuges (WLF) mit Analog- und Digitalfunkausstattung |
| | 4.004,35 € | 7 St. TAROX Basic PC-Systemen zum Stückpreis von rd. 572,05€ brutto für die Ausfall-Leitstelle Lünen. |
| | 5.188,40 € | Ersatzbeschaffung einer „Zelthaut“ für Rettungszelt vom Abrollbehälter für Massenanfall von Verletzten (AB-MANV) |
| | 5.970,96 € | 169 St. Feldbetten für die Betreuungsplatz-Bereitschaft |

| | | |
|---|---|---|
| | 148.523,90 € | Rahmenvertrag (4 Jahre) für den Digitalfunk sowohl für den Kreis Unna als auch für alle Kommunen des Kreises Unna für Endgeräte (tragbare Digitalfunkgeräte, Fahrzeugfunkgeräte, Festeinbauten) |
| | 10.841,19 € | Wartung von insg. 11 Beatmungsgeräten in Rettungswagen und dem Abrollcontainer des Kreises Unna |
| | 12.168,94 € | Errichtung einer Richtfunktverbindung zwischen Leitstelle Unna und der Feuerwehr Lünen |
| | 14.470,40 € | Erstellung einer Beeinträchtigungsanalyse (Verträglichkeitsprüfung) für den Rettungs- und Krankentransportdienst |
| | 6.224,65 € | Lieferung und Montage von zwei mobilen Dieseltankstellen |
| | 23.265,69 € | Überprüfung und Nachprogrammierung der 140 Sirenen im Kreis Unna |
| | 6.613,60 € | 3 Stück Leitstellenstühle |
| | 5.625,18 € | 2 Stück Leitstellenstühle |
| | 6.311,76 € | 3 Stück Leitstellenstühle |
| | 24.878,14 € | Ersatzbeschaffung eines Atemschutzprüfgerätes |
| | 3.619,26 € | Anfertigung, Lieferung und Einbau einer Schrankwand |
| | 11.681,40 € | Lizenzverlängerungen (13 St.) "Renewal Veeam Backup & Replication Enterprise" bis 2021 für die Leitstelle |
| | 12.184,05 € | 3 St. Chemikalien-Schutz-Anzüge (CSA) |
| | 3.630,13 € | Netzwerkswitche für die Notfallleitstelle und die Leitstelle des Kreises Unna |
| | 3.696,38 € | Erweiterungslizenz zur Erfassung und Programmierung weiterer Digital-Funkgeräte |
| | 24.999,00 € | Beschaffung eines gebrauchten Kommandofahrzeuges (VW T5 Mannschaftstransporter) |
| | 35.156,68 € | Ausstattung der EAE mit weiteren Büromöbeln und Sitzgelegenheiten im neuen Gebäude sowie Ausstattung des Warteraumes mit Sitzmöbeln |
| | 8.640,00 € | Aus- und Weiterbildung (Eigensicherung, Selbstschutz, Durchsuchungstechniken, Anwendung Reizstoffsprühgerät ….) der Mitarbeiter/innen des Außendienstes der ZAB |
| | 24.982,24 € | Ergänzungslieferung von Büromöbeln für die Zentrale Ausländerbehörde (Dienstgebäude Zechenstr. 49, Unna) |
| | 5.433,00 € | Ergänzungslieferung von Büromöbeln für die Zentrale Ausländerbehörde (Dienstgebäude Zechenstr. 49, Unna) |
| | 6.841,31 € | 1 St. Kodak Scanner mit 36 Monate Wartung |
| | 6.407,15 € | Ergänzungsbeschaffung von Möbeln für die ZAB |
| | 10.434,25 € | Erstausstattung Multifunktionsraum der ZAB mit stapelfähigen und klappbaren Möbeln |
| | 4.976,58 € | Ergänzung Regalsystem zur Unterbringung von Aktenordnern der Ausländerbehörde |
| | **601.676,05 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 36 | 4.980,22 € | 33 St. Acer B246HLymdr - Monitore |
| | 16.713,40 € | 24 St. Scanner Typ Fujitsu fi-7160 |
| | 5.441,11 € | Büromöbel Ergänzungslieferung für den FB 36.3 "Bußgeldstelle" |
| | **27.134,73 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 40 | 12.709,20 € | Evaluierung der Zahlen des Förderschulgutachtens aus dem Jahre 2014 |

| | |
|---|---|
| 94.098,06 € | Hard- und Software Support an den Berufschulkollegs des Kreises Unna für den Zeitraum 01.01.-31.12.2019 mit Option der 2xmaligen Verlängerung von 1 Jahr |
| 49.996,20 € | Fortführung der Schulsozialarbeit an Schulen \| Koordination Klassenhelfer für die Zeit vom 01.09.18 - 31.08.19 |
| 17.057,98 € | jährl. Sicherheitsprüfung und Wartung von rund 800 Schultafeln an den Berufschulkollegs und Förderschulen in der Trägerschaft des Kr. Unna gem. GUV-V A1/GUV-SI 8016 für die Jahre 2018 - 2021 (jährl. Kosten = 4.264,50€) |
| 31.460,86 € | Ergänzungsbeschaffung Mensaeinrichtung Förderzentrum Nord |
| 8.277,64 € | Beschaffung einer Haubenspülmaschine für das Märkische Berufschulkolleg |
| 15.368,85 € | Einrichtung des großen Konferenzraumes am Hellweg BK; Beschaffung von 85 Konferenzstühlen |
| 31.683,75 € | Harewarebeschaffung (25 St. iMac´s) für das Hansa BK |
| 7.473,20 € | Software Updatebeschaffung für MTS-CNC Drehmaschine |
| 7.901,60 € | Einrichtung des großen Konferenzraumes am Hellweg BK; Beschaffung von 20 Klapptischen mit Transportwagen |
| 7.651,11 € | Ausstattung der Kreissporthalle 2 mit div. Sportmaterialien |
| 4.406,45 € | Laser- und Multifunktionsdrucker für verschiedene Berufschulkollegs |
| 37.640,89 € | Ausstattung der Kreissporthalle 2 mit div. Sportmaterialien |
| 80.000,00 € | Kauf einer gebrauchten CNC-Maschine für das Hellweg BK |
| 27.625,81 € | Beschaffung von Beamern; LCD-Projektoren; Ultrakurzinstanzprojektoren für div.. BKs und Förderzentren |
| 13.721,89 € | 3 St. Promethean Activboard AB10 Touch für das Lippe BK in Lünen |
| 16.769,48 € | 22 St. Notebook's für die Förderzentrum Unna und Förderzentrum Nord |
| 9.287,95 € | 5 St. Smart Boards für das Märkische BK |
| 7.514,85 € | 20 St. Apple iPads für das Lippe BK in Lünen |
| 57.272,32 € | 56 St. PCs und 106 LED Monitore für div. BKs |
| 5.226,87 € | Beschaffung einer transportablen Bühne f. das Freih.-vom-Stein BK in Werne |
| 6.818,70 € | 60 St. Schüler-Drehstühle für das Lippe BK in Lünen |
| 4.207,60 € | div. Schulmöbel (Stühle, Tische) für das Lippe BK in Lünen |
| 12.160,00 € | Tägl. Beförderung des anspruchsberechtigten Schülers von Wohnadresse zur Fr.-v.-Bodelschwingh-Schule und zurück für das Schuljahr 2018/19 (190 T.) |
| 12.160,00 € | Tägl. Beförderung des anspruchsberechtigten Schülers von Wohnadresse zur Sonnenschule und zurück für das Schuljahr 2018/19 (190 T.) |
| 12.350,00 € | Tägl. Beförderung des anspruchsberechtigten Schülers von Wohnadresse zum Hansa BK und zurück für das Schuljahr 2018/19 (190 T.) |
| 11.242,30 € | Tägl. Beförderung des anspruchsberechtigten Schülers von Wohnadresse zur Sonnenschule und zurück für das Schuljahr 2018/19 (190 T.) |
| 23.257,90 € | Tägl. Beförderung der anspruchsberechtigten Schüler mit Begleitperson von Wohnadresse zur Fr.-v.-Bodelschwingh-Schule und zurück für das Schuljahr 2018/19 (190 T.) |
| 32.384,39 € | Erneuerung der Switsche im Serverraum des Freiherr-vom-Stein BK in Werne |
| 47.328,62 € | Fortführung der sozialen Arbeit am Förderzenttrum Unna für den Zeitraum vom 01.08.18-31.07.19 (hier: Personalgestellung zu Maßnahmen zur pädagogischen Übermittagsbetreuung und zu ergänzenden Ganztags- und Betreuungsangeboten) |

| | |
|---|---|
| 15.089,20 € | Ergänzungsbeschaffung (Schüler-/Lehrerstühle) für das Hansa BK |
| 15.658,62 € | Ergänzungsbeschaffung von Klassenmöbeln verschiedener Räume am Freiherr-v.-Stein BK in Werne |
| 19.541,39 € | Personalgestellung (11,7h / 0,3 Stelle) für die Schulsozialarbeit an Schulen / pädagogische Übermittagsbetreuung […] für den Zeitraum vom 17.09.2017 - 31.07.2019 |
| 5.260,50 € | Tägl. Beförderung der anspruchsberechtigten Schüler von Wohnadresse zur Sonnenschule, 59174 Kamen und zurück ab 1.10.18 f. d. Schuljahr 2018/19 (167 T.) |
| 8.827,62 € | Tägl. Beförderung des anspruchsberechtigten Schülers von Schule zur Wohnadresse für das restliche Schuljahr 2018/19 (167 T.) |
| 26.160,22 € | Tägl. Beförderung des anspruchsberechtigten Schülers von Wohnadresse zur Regenbogenschule, Standort Rünthe (Linie L) ab 1.10.18 für das restliche Schuljahr 2018/19 (167 T.) |
| 23.176,09 € | Tägl. Beförderung des anspruchsberechtigten Schülers von Wohnadresse zur Regenbogenschule, Standort Rünthe (Linie G) ab 1.10.18 für das restliche Schuljahr 2018/19 (167 T.) |
| 32.000,00 € | Personalgestellung (0,5 Stelle) für die Schulsozialarbeit an Schulen / pädagogische Übermittagsbetreuung (17.09.2018 - 31.07.2019) |
| 23.176,09 € | Tägl. Beförderung des anspruchsberechtigten Schülers von Wohnadresse zur Regenbogenschule, Standort Rünthe (Linie G) ab 29.10.18 für das restliche Schuljahr 2018/19 (157 T.) |
| 11.440,66 € | Beschaffung eines Backofens für das Märkische BK |
| 37.812,25 € | Beschaffung von 31 Doppelpylonen-Tafeln für das Hellweg BK |
| 29.933,75 € | Beschaffung von 47 DELL-Rechnern und 47 Monitoren für das Hellweg BK |
| 7.728,00 € | Wartungsvertrag Hardware und Softwaresupport für den Zeitraum 01.01.19 - 31.12.19 am Förderzentrum Nord; Standorte Lünen und Selm |
| 51.576,46 € | Fortführung der sozialen Arbeit am Märkischen BK für den Zeitraum vom 1.1.-31.07.19 |
| 34.234,91 € | Fortführung der sozialen Arbeit am Freiherr-vom-Stein-BK in Werne für den Zeitraum vom 1.1.-31.07.19 |
| 29.064,16 € | Fortführung der sozialen Arbeit am Hansa BK für den Zeitraum vom 1.1.-31.07.18 |
| 8.333,57 € | 12 St. Smart Dokumentenkameras für das Hansa BK und Förderzentrum Nord (Selm) |
| 10.981,32 € | Beschaffung von Hardwarezubehör für div. BKs und Förderzentren |
| 12.619,95 € | 105 St. Schülerstühle für die Regenbogenschule |
| 3.871,21 € | Ergänzungsbeschaffung (Möbel) für den Speiseraum - Mensa im Förderzentrum Nord |
| 14.383,48 € | Ausstattung der Musikräume am Förderzentrum Nord (Lünen und Selm) mit Instrumenten |
| 17.582,66 € | Einbau v. 5 Garderobennischen in der Karl-Brauckmann-Schule Holzwickede |
| 5.694,09 € | 91 St. Schüler- und Lehrerstühle als Ergänzungsbeschaffung für das Förderzentrum Nord, Standort Selm |
| 4.003,76 € | Klassenmöbel (Schränke, Regale, Lehrerschreibtische …) für das Förderzentrum Nord, Standort Selm |

| | | |
|---|---|---|
| | 9.602,11 € | Bustransfer von Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Projekts "Komm auf Tour" 2018 (Aufteilung nach Losen) |
| | 20.330,00 € | Durchführung von Alphabetisierungskursen für Flüchtlinge am Freiherr-vom-Stein BK in Werne (15 Std. pro Woche) für das Schuljahr 2018/2019 |
| | 32.903,00 € | Durchführung von Alphabetisierungskursen für Flüchtlinge am MK Berufschulkolleg in Unna (15 Std. pro Woche) für das Schuljahr 2018/2019 |
| | 14.042,00 € | Raumanmietung für das Projekt "Komm auf Tour" vom 06. - 24.05.2019 |
| | **1.230.081,54 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 50 | 4.488,00 € | Leasingvertrag für 1 Kleinwagen für den FB 50.2 (Hilfen bei Pflegebedürftigkeit) für die Dauer von 36 Monaten |
| | 44.268,00 € | Organisationsuntersuchung im Sachgebiet 50.3 "Teilhabe und Förderleistungen" (Leistungen der Eingliederungshilfe) |
| | **48.756,00 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 51 | 5.970,00 € | Busanmietung für Fahrten im Rahmen des Ferienspaßes 2017 |
| | 8.900,00 € | Kücheneinrichtung (ohne E-Geräte) für den Treffpunkt Villa in Holzwickede |
| | **14.870,00 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 53 | 5.950,00 € | Direktvergabe; Hydraulischer Abgleich - Heizungsanlage Gesundheitshaus Unna, Massener Str., Unna |
| | 5.149,13 € | EKG-Gerät mit Spirometer nebst Zubehör inkl. Installation und Inbetriebnahme für den amtsärztlichen Dienst |
| | 5.637,78 € | Verwaltungssoftware für das Tierheim |
| | **16.736,91 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 60 | 5.057,50 € | Anmietung eines Kompaktbaggers f. 50 Tage |
| | 5.057,50 € | Anmietung einer LKW-Kehrmaschnine f. 30 Arbeitstage |
| | 3.977,69 € | Entwicklungspflege (Mäharbeiten) 2018 - 2020 der Lärmschutzwälle an der K35, Edisonstraße in Bönen (pro Jahr ~1.325,90€) |
| | 24.840,00 € | Anschaffung eines Dienstfahrzeuges (Opel Grandland) für den Bauhof |
| | 19.694,92 € | Lieferung von Verkehrszeichen und Zubehör |
| | 10.234,00 € | Lieferung einer Frontkehrmaschine als Anbaugerät an einem Unimog |
| | 10.946,81 € | Anhänger / Dreiseitenkipper für den Bauhof |
| | 29.631,00 € | Frontmähgerät für ein Schmalspurfahrzeug |
| | 11.412,10 € | Bereitstellung einer LKW-Arbeitsbühne |
| | 11.900,00 € | Anmietung eines Unimogs f. d. Winterdienst (Zeitraum 01.12.18 - 30.04.19) |
| | 21.173,67 € | Softwareerwerb (3 Lizenzen) CAD-Programm "Archicad" Vollversion für den Hochbau (Schnitte, Ansichten, energetische Berechnung, Massen- und Mengenermittlung, Pläne …) |
| | **153.925,19 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 62 | 13.313,72 € | Grafisches Feldbuch FX S-Kataster (inkl. Software) |
| | 27.766,87 € | Erweiterung von GEOgraf durch weitere Module sowie das Berechnungsprogramm KIVID inkl. 4-jähr. Wartungsvertrag |
| | 31.731,33 € | Dienstfahrzeug (T6) für den vermessungstechnischen Außendienst |
| | 12.307,71 € | Einbau Fahrzeuginneneinrichtung Dienstfahrzeug (T6) für den vermessungstechnischen Außendienst |

| | | |
|---|---|---|
| | 3.879,40 € | Externer GPS / GLONASS-Empfänger für die vorhandenen außendiensttauglichen Pen PCs |
| | **88.999,03 €** | |

| | | |
|---|---|---|
| 69 | 5.236,00 € | Archäologische Begleituntersuchung im Rahmen der Umgestaltung des Strickherdicker Baches in Fröndenberg |
| | 28.043,20 € | Saatgutmischung (385 kg) zur Anlage von artenreichem Grünland in Bönen-Nordbögge |
| | 79.472,84 € | Gehölzpflege 2018 im Rahmen der Realisierung von Landschaftsplänen |
| | 6.640,20 € | 900 St. Eichenspaltpfähle (2 m lang) |
| | 29.196,00 € | Durchführung der amtl. Abwasserüberwachung 2018/2019 mit Verlängerungsoption für 2020 (Probenahme und Analytik von rd. 100 betrieblichen Abwasserproben pro Jahr) |
| | **148.588,24 €** | |

Inklusive IT-Vergaben waren im Jahr 2018 insgesamt 176 VOL/A bzw. Vergaben nach der neuen Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) zu prüfen. Die Prüfung umfasste das Spektrum von der Arbeitsplatzausstattung bis hin zur Wahlsoftwarebeschaffung.
Besonders hervorzuheben ist, dass es in keinem Vergabeprüfungsverfahren zu gravierenden Bemerkungen / Beanstandungen gekommen ist, über die es an dieser Stelle nähere Ausführungen zu machen gibt. Sicherlich wurden bei der ein oder anderen Prüfung kleinere Unstimmigkeiten festgestellt. Diese konnten jedoch im Dialog mit den betroffenen Organisationseinheiten und entsprechenden Anmerkungen/Hinweisen seitens der Rechnungsprüfung einvernehmlich ausgeräumt werden. Größtenteils handelte es sich dabei um formale, innerdienstliche Prozessabläufe. Gravierende Verstöße gegen die VOL/A bzw. gegen die UVgO konnten nicht festgestellt werden.
Hervorzuheben ist die aus Sicht der Rechnungsprüfung gute, konstruktive Zusammenarbeit sowohl mit den zentralen Vergabestellen des Kreises Unna als auch mit den einzelnen Bedarfsstellen. Durch eine frühzeitige Einbindung in den Vergabeprozess, den schriftlichen, zum Teil sehr ausführlichen Vergabedokumentationsbegründungen, den tabellarischen Ergebnisdarstellungen und deren Bewertung aber auch den in diversen Gesprächsrunden verbal gemachten Ausführungen zu beabsichtigten Vergaben war es der Rechnungsprüfung möglich, während des laufenden Verfahrens beratend tätig zu werden und die Vergaben beanstandungsfrei zu prüfen.
Um vergaberechtliche Fehler bereits im Vorfeld auszuschließen richtet die Rechnungsprüfung den Appell an alle mit einer Beschaffungsabsicht befassten Organisationseinheiten, sich frühzeitig mit den zentralen Vergabestellen in Verbindung zu setzen und sich über die einzelnen Schritte eines möglichen Vergabeverfahrens zu informieren.

**Vergabeprüfungen von IT-Leistungen 2018**

**Grundsätzliches**
Informationstechnik »IT« hat eine zentrale Stellung für die Handlungsfähigkeit der Verwaltung. Ein Verwaltungshandeln ohne »IT« ist in der heutigen Zeit nicht mehr vorstellbar. Unternehmen und Behörden leben von der schnellen Kommunikation miteinander. Es werden immer größere Mengen an Informationen benötigt und Daten produziert. Bei der Kreisverwaltung Unna werden mittlerweile alle typischen Arbeitsabläufe zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben IT-gesteuert organisiert. Die »IT« hat alle Arbeitsprozesse durchdrungen. Sofern Fachverfahren oder die Systemtechnik auch nur in Teilen ausfallen, ist die Kreisverwal-

tung nicht mehr arbeitsfähig. »IT« ist immer dynamisch; die Anforderungen an ihre Sicherheit wachsen ebenso schnell.
Unter dem Stichwort »Digitale Verwaltung« kommen neue, zusätzliche Aufgaben auf die »IT« zu. Um die Digitalisierung der Kreisverwaltung Unna voran zu bringen, braucht es eine Verwaltungslandschaft, die komplexe Abläufe hinterfragt und ihre elektronischen Systeme vernetzt ausbaut. Online-Verfahren sollen für Menschen zugänglich sein. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen müssen zukünftig ihre Anliegen elektronisch auf gesichertem Weg abwickeln können.
In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass Cyber-Sicherheit in der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung kontinuierlich betrachtet und beachtet werden muss. Die Sicherheitsarchitektur von computergestützten Arbeitsplätzen und Arbeitsabläufen muss ebenso von Anfang an mit gedacht werden wie die IT-Sicherheit von Produkten und Dienstleistungen.
Den reibungslosen Ablauf, die hohe Zuverlässigkeit, Funktionalität, Sicherheit, Verfügbarkeit und die »Versorgung« aller Organisationseinheiten sowie einiger Dritter mit der kommunalen IT-Infrastruktur gewährleistet der Fachdienst 16 »Zentrale Datenverarbeitung«.

Unter dem Oberbegriff »IT-Vergabe« werden verschiedenartige Leistungen zusammengefasst. Ob Computer, Server, Bladeserver, Server-Virtualisierung, Netzwerktechnik, Telefonieren über Computernetzwerke (IP-Telefonie), Datenbanksysteme, Betriebssoftware, Fachanwendungen, Open Source Software, eGovernment, Internet, Intranet oder andere Informations- und Telekommunikationstechnologie, die eindeutige, widerspruchsfreie Formulierung der Leistungsbeschreibung, die Anwendung der ergänzenden Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen (EVB-IT) sowie die Prüfung von IT-Vergaben durch das RPA unterscheidet sich in verschiedenen Punkten von anderen Beschaffungsvorgängen.

Die technische Komplexität zu beschaffender IT-Lösungen, die exakte Abstimmung zwischen Hard- und Anwendungssoftware, das Gebot der produktneutralen Ausschreibung, vergaberechtskonforme Gestaltung der Leistungs- und Eignungskriterien, die bei der Vergabe von umfassenden IT-Leistungen zu prüfenden Ausnahmetatbestände des Verhandlungsverfahrens und des wettbewerblichen Dialogs, immer kürzer werdende Produktlebenszyklen bei gleichzeitigem Preisverfall, technische Kompatibilitätserfordernisse und als Gegenpol dazu eine zunehmende Schnittstellenvielfalt einzelner Softwareprodukte, Implementierungs- und Migrationsfaktoren, Vernetzung, Systemoffenheit, Wartung [...] sind nur einige Punkte, die zu den Besonderheiten von IT-Vergaben zählen und sowohl die Zentrale Vergabestelle als auch die Rechnungsprüfung vor große Herausforderungen stellen.

**Vergabeverfahren mit IT-Bezug richten sich nach den Vorschriften des europäischen und nationalen Rechts. National sind die Regelungen des allgemeinen Vergaberechts – insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Vergabeordnung (VgV) sowie die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) zu berücksichtigen. Ein spezielles »IT-Vergaberecht« gibt es hingegen nicht.**
**Einen Praxisleitfaden für Durchführung von IT-Beschaffungen bildet die »Unterlage für Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen (UfAB)«. Die »UfAB« ist vollständig überarbeitet worden. Die neu entwickelte »UfAB 2018« berücksichtigt die aktuelle Rechtslage nach der letzten großen Reform im Ober- und Unterschwellenbereich des Vergaberechts. Schwerpunkt der Darstellungen sind die Verfahrensarten im »GWB«, in der »VgV« und in der »UVgO«. Darüber hinaus sind neue Erkenntnisse und Entwicklungen aus Praxis und Rechtsprechung der IT-Vergabe eingeflossen.**

Die Prüfung von Vergaben erstreckt sich in erster Linie auf die Recht- und Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Vergabe. Die Einhaltung der vergaberechtlichen Grundprinzipien »Vergabe im Wettbewerb«, »Gleichbehandlungsgebot/Nichtdiskriminierung«, »Transparenzgebot«, »Wirtschaftlich-

keitsprinzip«, »Vergabe an geeignete Unternehmen«, »Berücksichtigung mittelständischer Interessen« versteht sich dabei von selbst.

**IT-Vergabeprüfungen**

Die Zentrale Vergabestelle legte der Rechnungsprüfung im Zeitraum vom 01.01. - 31.12.2018 insgesamt 60 IT-Vergabevermerke zur Prüfung vor. Das Auftragsvolumen insgesamt betrug für IT-Vergaben 1.759.763 €.

Mit Ausnahme der Beschaffung einer informationstechnischen Verfahrenslösung zur Einführung eines Dokumenten-Management-Systems »DMS« für 500 Lizenzen inkl. 50 tägiger Projektunterstützung sowie Wartung & Support über 4 Jahre (*s. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben am 14.11.18; Drucksache Nr. 165/18)* handelte es sich um freihändige Vergaben, d. h. es wurden jeweils Preisermittlungen bei mindestens drei in der Leistungsfähigkeit vergleichbaren Bewerberinnen bzw. Bewerbern (Verhandlungsverfahren) durchgeführt.

| Jahr | IT Vergaben Anzahl | + / - | % |
|---|---|---|---|
| 2009 | 42 | 0 | 100% |
| 2010 | 51 | 9 | 21% |
| 2011 | 33 | -18 | -35% |
| 2012 | 36 | 3 | 9% |
| 2013 | 25 | -11 | -31% |
| 2014 | 34 | 9 | 36% |
| 2015 | 45 | 11 | 32% |
| 2016 | 62 | 17 | 38% |
| 2017 | 70 | 8 | 13% |
| **2018** | 60 | -10 | -14% |
| **Mittelwert** | **46** | | |

| Jahr | IT Vergaben Summe | + / - | % |
|---|---|---|---|
| 2009 | 638.000 € | 0 € | 100% |
| 2010 | 1.102.998 € | 464.998 € | 73 % |
| 2011 | 477.657 € | -625.341 € | -57 % |
| 2012 | 675.541 € | 197.884 € | 41 % |
| 2013 | 378.181 € | -297.360 € | -44% |
| 2014 | 742.234 € | 364.053 € | 96% |
| 2015 | 1.197.500 € | 455.266 € | 61% |
| 2016 | 1.628.675 € | 431.175 € | 36% |
| 2017 | 2.222.349 € | 593.674 € | 36% |
| **2018** | 1.759.763 € | -462.586 € | -21% |
| **Mittelwert** | **1.082.290 €** | | |

Geprüft wurden u.a. die bei der Vergabe von IT-Leistungen bei öffentlichen Auftragsvergaben einzuhaltenden vergaberechtlichen Grundprinzipien (Vergabe im Wettbewerb, Gebot der Gleichbehandlung/Nichtdiskriminierung, Transparenzgebot, Prinzip der Wirtschaftlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Vergabe an geeignete Unternehmen, Berücksichtigung mittelständischer Interessen, Produktneutralität …).

**Fazit**

Im Rahmen der IT-Beschaffungen ist das Zusammenwirken zwischen der technisch-fachlichen Vergabeberatung und der Anforderungsermittlung, die letztendlich in der Leistungsbeschreibung mündet besonders wichtig. Eine sorgfältige Verfahrensvorbereitung seitens der Bedarfsstelle in enger Zusammenarbeit mit der zentralen Vergabestelle unter Beteiligung der Rechnungsprüfung ist unerlässlich, da ansonsten nicht nur vergaberechtliche Probleme entstehen.

Die Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten hat bei der Prüfung der einzelnen Vergabevorgänge festgesellt, dass die jeweils am Vergabeprozess beteiligten Organisationseinheiten bei der Kreisverwaltung Unna koordiniert und sachlich sinnvoll zusammenarbeiten um ein rechtssicheres Vergabeergebnis zu erlangen.

Wie der FD 16 in einem seiner IT-Berichte beschreibt, ist das wertvollste Gut eines Betriebes nicht die vorhandene Technik und Geschäftsausstattung, sondern die elektronisch gespeicherten Angaben und Informationen (Daten).

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) führt in seinem Bericht „Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2018“ in der Gesamtwertung und Fazit auf Seite 91 ff u.a. aus, das wir uns erst am Anfang einer Ära der Digitalisierung, die unseren Alltag und unsere Gesellschaft umfassend beeinflussen wird, befinden. Angriffe und Gefährdungen, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schon heute vor extreme Herausforderungen stellen, werden in einer digitalisierten und vernetzten Welt weiter zunehmen. Ohne entsprechende Anstrengungen, das notwendige Maß an Informationssicherheit durch Prävention, Detektion und Reaktion zu gewährleisten, werden Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland zunehmend gefährdet. Das Problem liegt in der Kombination von wachsender Gefährdung mit zunehmender Abhängigkeit von Informationstechnik. Die Wahrscheinlichkeit für den Erfolg von Angriffen auf digitalisierte Infrastrukturen steigt, da sich die Anzahl der Angriffspunkte erhöht, die Kommunikationsinfrastrukturen immer komplexer werden und die zu verarbeitenden Datenmengen sich vervielfachen.

Die Gefährdungslage ist vielschichtiger geworden, was den Aufwand für den Schutz erhöht. Es gibt nach wie vor eine hohe Dynamik der Angreifer bei der Weiterentwicklung von Schadprogrammen und Angriffswegen, was hohe Aufmerksamkeit und Flexibilität zur Gewährleistung der Informationssicherheit erfordert. Und es gibt eine neue Qualität von Schwachstellen in Hardware, die ohne einen Austausch der Hardware nicht vollständig geschlossen werden können.

Die Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität der Daten, die Gewährleistung des funktionellen, zuverlässigen Ablaufs der Arbeitsprozesse muss mit qualifiziertem Personal und durch Vorhaltung der jeweils aktuellsten Hard- und Softwarekomponenten bei der Kreisverwaltung Unna ständig gewährleistet sein. Dies ist nur zu erreichen, wenn sich die Datenverarbeitung einem permanenten Anpassungsprozess stellt. Der aktuelle Stand der Technik muss dabei garantiert sein. Bei dem Bestreben zur Digitalisierung der Kreisverwaltung Unna ist hierauf besondere Aufmerksamkeit zu richten.

# 9 Delegierte Leistungen nach dem SGB XII

**Leistungen aus delegierten Aufgaben des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL)**

In die Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde sind nach § 102 Abs. 4 GO NRW auch die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Aufgaben einzubeziehen.

## 9.1 Prüfungsanlass

Es handelt sich um eine jährlich anfallende Überprüfung der mit dem Landschaftsverband abgerechneten Leistungen nach dem SGB XII. Darüber hinaus enthält dieser Prüfungsbericht das für die Grundsicherung nach Kapitel 4 SGB XII zu erstellende Untertestat.

## 9.2 Grundlagen

Die Sozialhilfe wird nach § 3 Abs. 1 SGB XII von örtlichen und überörtlichen Trägern geleistet. der Kreis Unna ist nach § 3 Abs. 2 SGB XII örtlicher Träger der Sozialhilfe. Nach § 3 Abs. 3 SGB XII in Verbindung mit § 1 Abs. 1 AG-SGB XII NRW sind überörtliche Träger der Sozialhilfe die Landschaftsverbände. Der Kreis Unna gehört dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe an.

Für die Sozialhilfe sachlich zuständig ist der örtliche Träger der Sozialhilfe nach § 97 Abs. 1 SGB XII, soweit nicht der überörtliche Träger sachlich zuständig ist. Für welche Leistungen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe zuständig ist, ergibt sich aus dem Landesausführungsgesetz zum SGB XII (AG-SGB XII). Nach § 3 Abs. 1 AG-SGB XII können die überörtlichen Träger örtliche Träger und kreisangehörige Gemeinden zur Durchführung der ihnen als Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben durch Satzung heranziehen; diese entscheiden dann in eigenem Namen.

Hiervon hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) Gebrauch gemacht. Der LWL zahlt unterjährig Abschlagszahlungen an den Kreis Unna, welche aufgrund der mit dem Kreis Unna zuvor erfolgten Abrechnung aktualisiert werden. Zu den in der jeweils maßgeblichen Delegationssatzung festgelegten Zeitpunkten erfolgt eine Spitzabrechnung mit dem LWL. Nach Nr. 17.3 der Verwaltungsrichtlinien zur Heranziehung des LWL´s zur Durchführung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe vom 24.11.2016 ist die Richtigkeit der dem LWL vorgelegten Abrechnungen durch das örtliche Rechnungsprüfungsamt zu testieren.

- **Im Zusammenhang mit dieser Prüfung sind für das Produkt folgende Vorschriften relevant:**
- SGB XII
- AG-SGB XII
- Delegationssatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
- Verwaltungsrichtlinien zur Heranziehungssatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zur Durchführung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe vom 24.11.2016

## 9.3 Prüfungsverlauf

Die mit dem LWL erfolgte Abrechnung beinhaltet eine Vielzahl von Hilfearten, weshalb eine Sach- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung in allen Bereichen erforderlich wäre, um einen genaueren Überblick als Grundlage für die Erstellung eines Testats zu erhalten. Aus personellen Gründen war eine solche bislang

nicht möglich. Geprüft wurde im letzten Jahr nur der Teilbereich der ambulanten Hilfe zur Pflege und in diesem Rahmen auch die insoweit zu Lasten des Landschaftsverbandes erbrachten Leistungen.

In einem ersten Schritt wurde geprüft, für welche Hilfearten das Sozialgesetzbuch (SGB) XII eine Testierung vorsieht.
Zwingend vorgegeben ist danach die Erstellung eines Testats im Rahmen der Abrechnung von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII. Da diese Leistungen nicht konkret in der Delegationssatzung genannt sind, wurde zunächst die Zuständigkeit geprüft.

Nach § 1 Abs. 3 AG-SGB XII NRW ist für die Leistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII der Träger örtlich zuständig, in dessen Bereich der gewöhnliche Aufenthaltsort des Leistungsberechtigten liegt. Soweit keine abweichende landesrechtliche Regelung besteht, gilt danach das Zwölfte Kapitel XII über die Regelungen der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit für das Vierte Kapitel SGB XII entsprechend.

Für die Sozialhilfe sachlich zuständig ist nach § 97 Abs. 1 der örtliche Träger der Sozialhilfe, soweit nicht der überörtliche Träger sachlich zuständig ist. Die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe wird nach Landesrecht bestimmt. Maßgebend ist auch insoweit das Landesausführungsgesetz zum SGB XII für das Land NRW (AG-SGB XII NRW).
Nach § 2 a Abs. 1 Nr. 1 AG-SGB XII NRW ist der überörtliche Träger u.a. sachlich zuständig

a. für Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel SGB XII (Hilfe zur Gesundheit/ Eingliederungshilfe für behinderte Menschen/ Hilfe zur Pflege/ Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten/ Hilfe in anderen Lebenslagen) für Personen, die in § 53 Abs. 1 Satz 1 SGB XII genannt sind, Menschen mit einer sonstigen geistigen oder seelischen Beeinträchtigung, mit Anfallserkrankung oder einer Suchterkrankung bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, wenn es wegen der Beeinträchtigung oder der Krankheit dieser Personen in Verbindung mit den Besonderheiten des Einzelfalles erforderlich ist, die Hilfe in einer teilstationären oder stationären Einrichtung zu gewähren;
b. für Personen, die bei Vollendung des 65. Lebensjahres weiterhin teilstationäre Leistungen in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung erhalten bis zur Altersgrenze des § 41 Abs. 2 SGB XII;
c. für Personen, die bei Vollendung des 65. Lebensjahres ununterbrochen seit mindestens 12 Monaten Eingliederungshilfe nach Buchstaben a und b erhalten haben, wenn die Leistung weiterhin in einer stationären Einrichtung erbracht wird.

Ist in diesem Rahmen die Gewährung von Grundsicherungsleistungen nach Kapitel IV SGB XII erforderlich ist hierfür der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ebenfalls sachlich zuständig.

Aus diesem Aufgabengebiet übertragen hat der LWL nach § 1 Nr. 6 der Delegationssatzung vom 24.11.2016 die Gewährung von Hilfe zur Pflege in teilstationärer oder stationärer Form und die Gewährung der Hilfe in stationären Hospizen, für welche dieser nach § 2 a Abs. 1 Nr. 1 AG-SGB XII NRW sachlich zuständig ist. Die Regelung verweist auf § 97 Abs. 4 SGB XII. Danach umfasst die sachliche Zuständigkeit für eine stationäre Leistung auch die sachliche Zuständigkeit für Leistungen, die gleichzeitig nach anderen Kapiteln zu erbringen sind, also auch die Grundsicherung nach Kapitel IV SGB XII.

Nach § 46a SGB XII erstattet der Bund den Ländern 100 % der im jeweiligen Kalenderjahr den für die Ausführung des Gesetzes nach diesem Kapitel zuständigen Trägern entstandenen Nettoausgaben für Geldleistungen nach Kapitel IV SGB XII (Grundsicherungsleistungen).
Das Land Nordrhein-Westfalen leitet diese Finanzmittel vollständig an die Kommunen und Landschaftsverbände weiter. Gleichzeitig ist das Land nach § 46a Abs. 4 und 5 SGB XII dazu verpflichtet, die erstatteten

Ausgaben nachzuweisen und darüber hinaus die Prüfung zu gewährleisten, dass die Ausgaben begründet und belegt sind und den Grundsätzen für Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen.

Um dieser Prüfungspflicht nachzukommen, sieht § 7 Abs. 2 Satz 3 AG-SGB XII NRW vor, dass die örtlichen (Kreis und kreisfreien Städte) und überörtlichen Träger (Landschaftsverbände) der Sozialhilfe ihrem Jahresnachweis über die Nettoausgaben des Vorjahres ein Testat der örtlichen Rechnungsprüfung beifügen. Die Regelung spricht zwar nicht von einem Untertestat, möglich erscheint jedoch zur Einhaltung der o.g. Darlegungspflicht die Testierung der durch den Delegationsnehmer erbrachten Grundsicherungsleistungen im Rahmen der Delegationssatzung vorzugeben. In diesem Fall ergibt sich die Erstellung eines Untertestats ausschließlich aus den Verwaltungsrichtlinien zur Delegationssatzung. Inwieweit sich hieraus eine verbindliche Verpflichtung des Delegationsnehmers ergibt, ist fraglich. Unabhängig davon enthält dieser Prüfungsbericht ein Untertestat für den Bereich der Grundsicherungsleistungen. Um einen Überblick zu erhalten, wurden 6 Hilfefälle, in denen Grundsicherungsleistungen zu Lasten des Landschaftsverbandes erbracht wurden geprüft. Dabei bezog sich die Prüfung ausschließlich auf die Feststellung der sachlichen Zuständigkeit des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe. Als Berechnungsgrundlage steht die Software „Open-Prosoz“ zur Verfügung. Der hierfür zuständige Sachbearbeiter konnte nachvollziehbar darstellen, dass die zur Berechnung der Grundsicherungsleistungen benötigten Parameter, wie Regelbedarf und Warmmiete, bereits im Programm hinterlegt sind. Es ist über das Programm darüber hinaus sichergestellt, dass vorhandenes Einkommen und Vermögen vorrangig zur Deckung des Grundsicherungsbedarfs herangezogen wird.

.

Durch die hiesige Rechnungsprüfung erfolgte eine Prüfung der durch den Fachbereich vorgelegten Abrechnungen wie nachfolgend dargestellt. Die Abrechnungen wurden durch den Fachbereich der hiesigen Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten am 16.01.2019 zur Verfügung gestellt.

Anhand einer für das Jahr 2018 zusammengefassten Abrechnung wurde die rechnerische Richtigkeit unter Heranziehung der auf den DM-Konten (Konten der durchlaufenden Mittel) gebuchten Ein- und Auszahlungen geprüft. Seit dem 01.01.2017 erfolgt eine Buchung nach Kassenwirksamkeitsprinzip. Für 2018 wurden keine Abgrenzungsposten gebildet. Im Rahmen der für das Jahr 2018 vorzunehmenden 3. Tertialmeldung wurden die Einnahmen- und Ausgaben zum Stichtag 16.01.2019 erfasst. Ausschlaggebend hierfür war, die bis zum 20.01.2019 durch den Fachbereich 50.02 an den LWL vorzunehmende Meldung. Mitte Februar 2019 erfolgte ein weiterer Abruf zu den jeweiligen Konten, welcher mit den am 16.01.2019 vorgenommenen Auswertungen verglichen wurden. Hierdurch sollte sichergestellt werden, dass etwaige nach dem Stichtag für 2018 noch vorgenommene Buchungen in die Abrechnung 2018 einfließen.

Die Kontenabrufe wurden grob gesichtet. Wurden in diesem Rahmen Auffälligkeiten festgestellt, wurde der Sachverhalt in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Sachbearbeiter des Fachbereichs 50.1 geklärt.

Einzelbelege sind nur zu einem geringen Teil hinterlegt. In der überwiegenden Anzahl der Fälle handelt es sich um monatliche Zahlungen. Hierfür sind Listen innerhalb der Software „Open-Prosoz“ hinterlegt, aus denen die Aufteilung ersichtlich ist. Die Erstellung der Buchungsbelege erfolgt zentral. Der hierfür zuständige Sachbearbeiter erstellt über die Software monatlich einen Prüfungsauftrag an die jeweiligen Leistungssachbearbeiter/-innen. Diese geben die Zahlung im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs nach Prüfung frei.

Erst, wenn alle Sachbearbeiter/-innen eine Freigabe erteilt haben, werden die Buchungsbelege erstellt. Einer Liste ist zu entnehmen, welche Konten mit welchem Betrag zu belasten sind. Dies betrifft auch die DM-Konten.

Im Jahr 2018 wurde das Produkt „Ambulante Hilfe zur Pflege“ geprüft. Die insoweit stattgefundene Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung beinhaltete auch die zu Lasten des LWL erbrachten Leistungen der ambulanten Hilfe zur Pflege. In den geprüften Hilfefällen konnte festgestellt werden, dass die Leistungsempfänger unter 65 Jahre alt waren und zu dem berechtigten Personenkreis zählten. Die betreffenden Personen waren auf die Gewährung von Hilfe zur Pflege angewiesen. Sie erhielten die Hilfe zur Pflege entweder in ihrer eigenen Wohnung, innerhalb einer Pflegewohngemeinschaft bzw. Wohngruppe für behinderte Menschen, also außerhalb der Herkunftsfamilie.
Mit dem Fachbereich wurde vereinbart, die Kriterien, die zur Feststellung der sachlichen Zuständigkeit des LWL´s geführt haben, auf einem gesonderten Vorblatt festzuhalten. Dies ermöglicht einen direkten Überblick über die aktuellen Verhältnisse. Die Leistung zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe konnte in allen geprüften Fällen aus dem Zahlungsvorgang entnommen werden.

Für 2018 wurden durch den Fachbereich 50 entsprechend der Vorgaben des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe insgesamt drei Abrechnungen erstellt. Diese betrafen den Zeitraum vom 01.01. bis 30.04., den Zeitraum vom 01.05. bis 31.08. und den Zeitraum vom 01.09. bis 31.12.

Im Rahmen der Prüfung wurden die gemeldeten Ein- und Auszahlungen zusammengefasst. Die jeweiligen Jahressummen wurden dann anhand der für das Jahr 2018 jeweils erstellten Kontenlisten abgeglichen.

Darüber hinaus wurde die zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe erbrachte Grundsicherungsleistung stichprobenhaft überprüft. In diesem Rahmen wurden 6 Aktenvorgänge herangezogen.

In den geprüften Hilfefällen wurde Hilfe zur Pflege in Einrichtungen gewährt. Zum Zeitpunkt der Prüfung zählten 5 Leistungsberechtigte zu dem im AG-SGB XII genannten berechtigten Personenkreis. In einem Fall entfiel die sachliche Zuständigkeit des LWL mit Ablauf des Monats Februar 2018 aufgrund der Vollendung des 65. Lebensjahres. Eine Umstellung wird vorgenommen. Die noch zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe erfolgten Zahlungen werden umgebucht. Nach Angaben der Produktverantwortlichen ist der Ausdruck einer Liste zu Beginn des Jahres, aus dem die Fälle, in denen aufgrund der Erreichung des 65. Lebensjahres eine Umstellung vorzunehmen ist, beabsichtigt.

Die leistungsrechtliche Prüfung führte in fünf von sechs Fällen zu keiner Beanstandung. In einem Hilfefall handelte es sich um ein Ehepaar. Der Ehemann wurde zu Lasten des örtlichen Trägers und die Ehefrau zu Lasten des überörtlichen Trägers geführt. Beide erhielten Hilfe zur Pflege in Einrichtungen. Das Renteneinkommen des Ehemannes wurde je zu 50 % auf den maßgeblichen Grundsicherungsbedarf der Ehepartner angerechnet. Dabei verfügte die Ehefrau selber über kein Einkommen.

Nach § 43 Abs. 1 SGB XII ist das Einkommen des nicht getrennt lebenden Ehegatten im Rahmen der Grundsicherung nur insoweit auf den notwendigen Lebensunterhalt des Ehepartners anzurechnen, als dieses seinen eigenen notwendigen Lebensunterhalt im Sinne des § 27 a SGB XII übersteigt. Aufgrund der tatsächlichen Einkommensaufteilung ist es zu einer geringeren Zahlung zu Lasten des überörtlichen Trägers gekommen.
Die korrekte Vorgehensweise ist nach Angaben der Produktverantwortlichen grundsätzlich bekannt. Sie wird hierauf aus gegebenem Anlass nochmals hinweisen.

### 9.4 Prüfungsergebnis

Für das Jahr 2018 wurden insgesamt Auszahlungen in Höhe von 5.931.942,26 € durch den Fachbereich 50.2 gemeldet. Tatsächlich sind Auszahlungen zu Lasten des Landschaftsverbandes nach einer Auswer-

tung der Kontenblätter zum Stichtag 11.02.2019 in Höhe von 5.959.960,98 € für das Jahr 2018 erfolgt. Dies ergibt eine Nachmeldung in Höhe von 28.018,72 € wie nachfolgend dargestellt:

| Produkt | Jahresmeldung 2018 | Tatsächliche Buchung 2018 | Abweichung Abgang |
|---|---|---|---|
| Hilfen zur Gesundheit 2 | 83.003,95 € | 91.774,99 € | 8.771,04 € |
| Hilfen zur Betreuung in einer Pflegefamilie 12 | 1.037.648,51 € | 1.056.457,63 € | 18.809,12 € |
| Verwaltungskosten an Krankenkassen § 264 SGB V 18 | 4.150,20 € | 4.588,76 € | 438,56 € |
| **Mehrausgaben insges**. | | | **28.018,72 €** |

Hinzuweisen ist, dass das Produkt „Versorgung mit Körperersatzstücken und Hilfsmitteln“ neben den Leistungen der ambulanten Eingliederungshilfe einen Betrag in Höhe von 1.734,88 € für Hilfsmittel im Rahmen der ambulanten Hilfe zur Pflege enthält.

In dem Auszahlungsbetrag sind Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** von insgesamt 703.924,50 € enthalten.

An Einnahmen wurden für 2018 insgesamt 99.155,18 € gemeldet. Die Aufschlüsselung ist der beigefügten Anlage zu entnehmen. Die Prüfung der tatsächlichen Zahlungsflüsse anhand der Konten zum Stichtag 12.02.2019 ergab eine Gesamteinnahme für das Jahr 2019 in Höhe von 95.302,40 €. Dies macht eine Mindereinnahme in Höhe von insgesamt 3.852,78 € aus. Wie sich dieser Betrag aufschlüsselt, ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

| Produkt | Jahresmeldung 2018 | Tatsächliche Buchung 2018 | Abweichung Zugang |
|---|---|---|---|
| Versorgung mit Körperersatzstücken und Hilfsmittel (9) | 4.241,58 € | 1.413,86 € | 2.827,72 € |
| Kostenbeiträge, Aufwendungs- und Kostenersatz (15) | 1.537,59 € | 512,53 € | 1.025,06 € |
| **Mindereinnahmen insgesamt** | | | **3.852,78 €** |

Die Einzahlungen in Höhe von insgesamt 95.302,40 € beinhalten eine Einnahme in Höhe von insgesamt 9.240,05 € zugunsten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Danach ergeben sich für dieses Produkt **Nettoausgaben** in Höhe von (703.924,50 € ./. 9.240,05 €) insgesamt **694.684,45 €.**

Einer Auswertung des Fachbereichs 50 zufolge wurde in insgesamt 117 Hilfefällen Leistungen der Grundsicherung zu Lasten des Landschaftsverbandes erbracht. In 11 Fällen handelte es sich um den Personenkreis der über 65-Jährigen. In insgesamt sechs Hilfefällen wurde anhand der Aktenvorgänge die sachliche Zuständigkeit nachvollzogen. In fünf von sechs Fällen gab es keine Beanstandung. In einem Hilfefall war die Zuständigkeit des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe seit dem 01.03.2018 nicht mehr gegeben. Der Fachbereich wird die Zahlungen rückwirkend entsprechend umstellen.

§ 42 Nr 4 Halbsatz 2 SGB XII sieht vor, dass bei Leistungen der stationären Einrichtung als Kosten der Unterkunft und Heizung Beträge in Höhe der durchschnittlichen angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushaltes im Bereich des örtlich zuständigen Trägers der Sozialhilfe zugrunde zu legen sind.
Für die Festlegung des anzusetzenden Durchschnittsbetrages werden statistische Auswertungen des Jobcenters herangezogen. Eine Anpassung des im Rahmen der stationären Hilfegewährung einzubeziehenden Durchschnittsbetrages ist zuletzt zum 01.01.2017 erfolgt. Dieser Betrag wurde in den geprüften Hilfefällen auch als Warmmiete berücksichtigt.
Es konnte anhand der Software festgestellt werden, dass hierüber der vorrangige Einkommenseinsatz auf die Grundsicherungsleistung sichergestellt ist.

Aufgrund der geringen Anzahl der geprüften Hilfefälle handelt es sich nicht um eine repräsentative Stichprobenprüfung.

*Aufgrund der von der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten durchgeführten Prüfung wurde folgendes Untertestat erteilt:*

**Untertestat**

Für das durch den Landschaftsverband im Rahmen der Grundsicherung zu erstellende Testat wird hiermit auf Grundlage dieses Prüfungsberichtes bestätigt, dass die im Jahr 2018 durch den Kreis Unna zu Lasten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe erbrachten Nettoausgaben in Höhe von insgesamt **694.684,45 €** für Geldleistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII

1. rechnerisch nachvollzogen werden konnten,
2. diese in den geprüften Hilfefällen überwiegend begründet waren und
3. den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen.

In einem geprüften Hilfefall im Jahr 2018 zu Unrecht zu Lasten des Landschaftsverbandes erbrachte Leistungen der Grundsicherung wurden im Rahmen einer rückwirkenden Umstellung durch den Fachbereich entsprechend umgebucht. Die Umbuchung wirkt sich erst im März 2019 aus.

## 10 Vorprüfung Landesrechnungshof

Mit Verfügung vom 15.01.2019 (V A 395/0017-2002/07574) teilt die Präsidentin des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen mit, dass der Landtag mit dem Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019) vom 18.12.2018 die Aufhebung des § 100 LHO beschlossen hat. Damit endet die Vorprüfungsverpflichtung gegenüber dem Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen.

Am Arbeitsumfang für die örtliche Rechnungsprüfung ändert sich hieraus nichts, da die Vorprüfung immer im Rahmen der Sach- und Ordnungsprüfungen durchgeführt wurden. Einzig die Vorgabe in jedem Prüfjahr auch Fälle zu berücksichtigen, die der Vorprüfung unterlagen, entfällt.

## 11 Übertragene Aufgaben

Über die Pflichtaufgaben hinaus sind der Rechnungsprüfung gem. § 104 Abs. 3 GO NRW vom Kreistag folgende weitere Prüfungsaufgaben übertragen worden und entsprechende Jahresabschlussprüfungen durchgeführt:
Prüfung des Jahresabschlusses der Naturförderungsgesellschaft und der Biologische Station
Prüfung des Jahresabschlusses des Vereins für Kriminalprävention, Jugendschutz- und Verkehrssicherheitsarbeit e.V. „ProSi“
Prüfung der Gemeinschaftskasse
Prüfung der Wasser- und Bodenverbände (Funne und Altlünen)

Außerdem wurde der Rechnungsprüfung des Kreises Unna die Wahrnehmung der Rechnungsprüfung der Stadt Schwerte gem. § 101 Abs. 1 Satz 2 GO NRW in Verbindung mit den maßgeblichen Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit ab dem 01.05.2003 übertragen. Die Übernahme dieser Aufgabe erfolgt gegen Kostenerstattung.

Für die übertragenen Prüfungsbereiche wurden jeweils separate Prüfungsberichte erstellt und den zuständigen Stellen zugeleitet.

# 12 Bericht über die Prüfung der Zahlungsabwicklung

## 12.1 Prüfungsauftrag und Prüfungsumfang

Der Auftrag zur unvermuteten Prüfung der Zahlungsabwicklung ergibt sich aus § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 103 Abs. 1 Nr. 5 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i.V.m. § 30 Abs. 5 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) und Nr. 2.5 Abs. 2 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung des Kreises Unna. Der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten obliegt die mindestens einmal jährlich durchzuführende unvermutete Prüfung der Zahlungsabwicklung.

Die Prüfung für das Jahr 2018 erfolgte in der Zeit vom 22. August 2018 bis zum 30. August 2018.

Die Prüfung wurde durchgeführt von Frau Jennifer Salzmann-Vogt.

Ziel der Prüfung ist es festzustellen, ob

- die Sicherheit beim Umgang mit Zahlungsmitteln und Wertgegenständen gewährleistet ist,
- die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Zahlungsvorgänge gegeben sind und
- die gesetzlichen und kreisinternen Regelungen eingehalten werden.

Die Prüfung wurde nach dem risikoorientierten Prüfungsansatz durchgeführt, d.h. sie beschränkte sich auf die von der Rechnungsprüfung als wesentlich erachteten Aspekte.

Die Produktverantwortliche für die Zahlungsabwicklung und Vollstreckung, Frau Brunhilde Graas erklärte dass

- alle von der Zahlungsabwicklung für die Zeitbuchung geführten Bücher vorgelegt wurden
- alle Einzahlungen und Auszahlungen in den Büchern eingetragen sind,
- alle vorhandenen Kassenmittel im Kassenbestandsnachweis berücksichtigt sind und
- im Kassenbestand nur Kassenmittel enthalten sind, die von der Zahlungsabwicklung zu verwalten sind,
- außer den aufgeführten Konten bei Geldinstituten keine weiteren Konten unterhalten werden.

Die Erklärung wurde zu den Arbeitspapieren genommen.

## 12.2 Bestandsaufnahme

Der letzte gefertigte Tagesabschluss, welcher auch der Kassenbestandsaufnahme zugrunde gelegt wurde, ist auf den 21. August 2018 datiert.

Es lagen keine wesentlichen Buchungsrückstände aufgrund der Buchungssystematik (die Zahlungsabwicklung bucht auf Grundlage von Online-Kontoauszügen) vor. Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt die Übertragung der Originalkontoauszüge je nach Kreditinstitut lediglich in einem monatlichen Turnus. Die Stabstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten befürwortet generell wirtschaftliche Bestrebungen, die Einsparpotential beinhalten. Aus prüfungs- und sicherheitstechnischen Gründen wird weiterhin der Abgleich der

Online-Auszüge mit den Originalauszügen empfohlen. Stichproben der Online-Auszüge mit den Originalauszügen führten zu keinerlei Beanstandungen.

Gemäß § 27 GemHVO NRW sind alle Geschäftsvorfälle sowie die Vermögens- und Schuldenlage nach dem System der doppelten Buchführung und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung in den Büchern klar ersichtlich und nachprüfbar aufzuzeichnen. Der Saldo der Finanzrechnungskonten ist gem. § 30 Abs. 4 GemHVO NRW täglich mit dem Ist-Bestand an Finanzmitteln abzustimmen (Tagesabstimmung). Diese Abstimmung erfolgt laufend im Zuge der Erstellung der Tagesabschlüsse.

Der ermittelte Kassensollbestand in Höhe von 11.031.445,86 € zuzüglich der gebuchten, noch nicht belasteten Auszahlungen von 474.086,20 €, abzüglich der noch nicht gebuchten, jedoch bereits belasteten Auszahlungen von 96,35 € sowie abzüglich der gebuchten, aber noch nicht gutgeschriebenen Einzahlungen von 7.000,00 € (siehe auch Anlage I) stimmte mit dem Kassenistbestand in Höhe von 11.498.435,71 € überein.

Die Tagesabschlüsse sind im Prüfungszeitraum ordentlich geführt, sowie von den zuständigen Sachbearbeiterinnen unterzeichnet.

Aufgrund des Ausweises der Handvorschüsse in der Kontenklasse 1, Kontengruppe 18, enthält der Tagesabschluss aktuell 37 Zahlwege für Handvorschüsse mit einem Gesamtvolumen von 54.920,00 €. Die tägliche Abstimmung erfolgt bei den zwei Handvorschüssen der Zahlungsabwicklung. Die übrigen Handvorschüsse werden analog der Dienstanweisung zur Erledigung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung vom 11. April 2007 (letzte Änderung am 20. September 2011) abgerechnet.

### 12.3 Aufgaben und Geschäftsgang

In § 30 Abs. 1 GemHVO NRW sind die Aufgaben der Zahlungsabwicklung festgelegt als

- die Annahme von Einzahlungen
- die Leistung von Auszahlungen
- die Verwaltung der Finanzmittel.

Nach Umsetzung des 1. NKF-Fortentwicklungsgesetzes im Jahre 2012 obliegen das Mahnwesen und die Zwangsvollstreckung nicht mehr zwangsläufig der Zahlungsabwicklung (Änderung im § 30 Abs. 1 GemHVO NRW).

Bei der Kreisverwaltung Unna werden sowohl die oben genannten Aufgaben gem. § 30 Abs.1 GemHVO NRW als auch das Mahnwesen und die Zwangsvollstreckung durch das Produkt »Zahlungsabwicklung, Vollstreckung« innerhalb der Finanzbuchhaltung ausgeführt.

Folgende Dienstanweisungen sind für die Aufgabenerledigung des Produktes maßgeblich:

- Dienstanweisung nach § 31 GemHVO NRW für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung des Kreises Unna vom 01. Juni 2017
- Dienstanweisung über die Stundung, die Niederschlagung und den Erlass von Ansprüchen des Kreises Unna vom 11. November 2009

- Dienstanweisung zur Erstellung und Unterzeichnung von Buchungsbelegen und von Ein- und Auslieferungsanordnungen für das Verwahrgelass vom 06. Februar 2008 (letzte Änderung am 31. Juli 2008)
- Dienstanweisung zur elektronischen und beleghaften Kontierung vom 01. März 2016
- Dienstanweisung zur vorläufigen Haushaltsführung vom 28. Dezember 2010
- Handbuch Kontierung und Buchungsbelege

Bei der Erstellung oder Änderung der Dienstanweisungen wirkt der Bereich mit. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden geänderte Dienstanweisungen zusätzlich zu der Veröffentlichung im Intranet per Umlauf bekannt gegeben.

### 12.3.1 Zahlungsverkehr

Die Zahlungsgeschäfte sind wie im Vorjahr an die Räumlichkeiten der Zahlungsabwicklung gebunden und erfolgen größtenteils bargeldlos. Auskunftsgemäß erfolgen Einzahlungen in unregelmäßigen Abständen ebenfalls bar. Der Geldtransport der Kassenbestände der Zahlungsabwicklung zum Kreditinstitut erfolgt durch die Poststelle des Kreises. Ein Geld- und Werttransportunternehmen übernimmt die sichere Übermittlung der Geldbestände aus den Kassenautomaten des Kreishauses in Unna und des Kreishauses in Lünen.

Weitere Ausnahmen bestehen hinsichtlich der eingerichteten Einnahmekassen und Handvorschüsse. Diese Kassen sind organisatorisch nicht der Zahlungsabwicklung angegliedert und werden durch die zuständige Dienststellenleitung überwacht sowie mindestens einmal jährlich unvermutet geprüft. Die Berichte über diese unvermutete Prüfung sind entsprechend Nr. 6.1 Absatz 4 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung jeweils der Stabstelle »Rechnungsprüfungsangelegenheiten« sowie der »Zahlungsabwicklung und Vollstreckung« zuzuleiten.

Das 4-Augen-Prinzip wird beim Online-Banking eingehalten, indem zwei berechtigte Personen in einem neuen Online-Banking Softwareprogramm mit Hilfe eines sogenannten Sticks (**E**lectronic **B**anking **I**nternet **C**ommunication **S**tandard = EBICS Verfahren) die Zahlungen freigeben. Für Verfügungen über die Bankkonten sind jeweils zwei (elektronischen) Unterschriften erforderlich. Für das Online-Banking Verfahren haben verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zahlungsabwicklung sogenannte A-Berechtigungen. Das bedeutet, dass sie jeweils zusammen mit einer weiteren Person mit A-Berechtigung die Zahlungen freigeben können.

Für manuelle (nicht Online-) Banktransaktionen sind auskunftsgemäß auch für einige Mitarbeiterinnen der Zahlungsabwicklung B-Berechtigungen erteilt worden. Diese Mitarbeiterinnen können zusammen mit einer Person, die die A-Berechtigung zugeteilt bekommen hat, manuelle Banktransaktionen tätigen. Somit wird auch hier das 4-Augen-Prinzip eingehalten.

Seit dem 01. Januar 2016 übernimmt die Zahlungsabwicklung des Kreises Unna auch Kassengeschäfte für Dritte. So wurde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland Soest zur Wahrnehmung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung des Studieninstitutes Hellweg-Sauerland geschlossen.

In der Finanzsoftware wird das Studieninstitut als separater Mandant mit eigenem Tagesabschluss und eigenen Konten geführt.

### 12.3.2 Verwahrgelass

Analog des § 31 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO NRW wurden in Nr. 5.15 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung des Kreises Unna örtliche Bestimmungen über die sichere Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen erlassen.

Das Verwahrgelass wurde im Rahmen dieser Prüfung am 30. August 2018 in Augenschein genommen. Die Gegenstände des Verwahrgelasses werden wie in den Vorjahren in einem Tresor in den Räumlichkeiten der Zahlungsabwicklung verwahrt. Verwalterin des Verwahrgelasses ist Frau Sandra Katthagen, vertreten wird sie durch Frau Brunhilde Graas. Beide besitzen Zugriff zu einem Schlüssel zu diesem Tresor.

Über einen weiteren Schlüssel verfügt die jeweils diensthabende Mitarbeiterin der Zahlungsabwicklung, da die Barkassen ebenfalls in diesem Tresor sicher verwahrt werden.

Entsprechend der Empfehlung der Stabstelle Rechnungsprüfungsangelegenheit aus dem Prüfbericht der Zahlungsabwicklung 2016 wird seit 2017 ein systemunterstütztes Verfahren genutzt.

So erfolgt die Verwahrbuchfühung über ein Modul der Finanzsoftware »newsystem.kommunal«. Hierin enthalten sind Informationen über die Verwahrgelassnummer, eine Zuordnung zu dem jeweiligen Fachdienst, ein Buchungstext, die Vorgangsnummer, eine Mengenangabe sowie der Betrag. Ein Ausdruck dieser Datei vom 30. August 2018 wurde zu den Prüfunterlagen genommen.

Anhand der o.g. Auflistung ist die Prüfung auf Vollständigkeit möglich. Es erfolgte eine Prüfung ausgewählter Vorgänge, welche zu keinen Beanstandungen führte.

### 12.3.3 Mahn- und Vollstreckungswesen

Gemäß Nr. 5.1 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung wird die »Zentrale Finanzbuchhaltung« als die für das Mahn- und Vollstreckungswesen zuständige Stelle der Kreisverwaltung Unna bestimmt. Das Mahnverfahren und die Zwangsvollstreckung sind dem Produkt »Zahlungsabwicklung und Vollstreckung« zugewiesen.

Sofern für eine öffentlich-rechtliche Forderung bis zur Fälligkeit kein Zahlungseingang zu verzeichnen ist, wird nach 14 Tagen ein Mahnlauf durchgeführt. Die Mahngebühren und Säumniszuschläge werden durch die Finanzsoftware newsystem.kommunal (INFOMA) berechnet und zum Soll gestellt.

Vier Wochen nach Versand der Mahnung durch die Zahlungsabwicklung geht eine zu diesem Zeitpunkt noch offene Forderung in die Vollstreckung. Die Forderung wird in die Vollstreckungssoftware AVVISO der Firma DATA-team GmbH übernommen. Sollten im Rahmen der Vollstreckung weitere Säumniszuschläge anfallen, so werden diese von der Software AVVISO ermittelt und an die Finanzsoftware newsystem.kommunal (INFOMA) übertragen.

Die Aufgaben des Vollstreckungsaußendienstes wurden an die kreisangehörigen Kommunen übertragen. Die Datenübermittlung im Rahmen der Amtshilfeersuchen an die Städte und Gemeinden erfolgt regelmäßig je nach technischen Gegebenheiten in digitaler oder gedruckter Form.

Im Bereich der offenen privatrechtlichen Forderungen werden nach einem Zeitraum von 14 Tagen nach Fälligkeit durch die Zahlungsabwicklung Zahlungserinnerungen versandt. Erfolgt kein Zahlungsausgleich, setzt sich die Zahlungsabwicklung hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise mit den jeweiligen Fachbereichen in Verbindung.

### 12.3.4 Liquiditätsplanung

Punkt 5.11 Absatz 3 der Dienstanweisung des Kreises Unna für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung berechtigt die produktverantwortliche Person für das Produkt »Zahlungsabwicklung und Vollstreckung« zur Abwendung von Liquiditätsengpässen vorübergehend Kredite zur Liquiditätssicherung im Rahmen der Ermächtigung durch die Haushaltssatzung, aufzunehmen. Die Kämmerin bzw. der Kämmerer ist zu informieren.

Entsprechend der Dienstanweisung werden die Liquiditätskredite tagesaktuell und bedarfsgerecht bei der Sparkasse UnnaKamen über einen Rahmenkreditvertrag. durch die Produktverantwortliche oder ihren Stellvertreter aufgenommen.

Von Seiten des Sachgebietes »Gesamtsteuerung und Finanzwirtschaft« werden monatliche Übersichten über die in dem Monat notwendigen Kreditaufnahmen erstellt und sowohl dem Kreisdirektor und Kämmerer als auch dem Landrat zur Kenntnis gegeben. Entsprechende Nachweise wurden zu der Prüfakte genommen.

Die Vorgaben der Dienstanweisung des Kreises Unna hinsichtlich der Liquiditätsplanung werden somit vollumfänglich eingehalten.

Die Prüfung der Einhaltung der satzungsgemäßen Höchstgrenzen von Liquiditätskrediten war nicht Bestandteil der unvermuteten Prüfung der Zahlungsabwicklung. Diese erfolgt jährlich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung.

Aufgrund der Negativverzinsung von Guthaben auf den Giro- und Tagesgeldkonten wird seit August 2017 kein Tagesgeld mehr für überschüssige Liquidität angelegt (siehe Punkt 2). Eine Umschichtung bzw. Differenzierung über die Konten »Kassenkredite« und »Tagesgeld« erfolgt somit nicht mehr. Die Liquidität wird über das Girokonto des Kreises überwacht und anhand des Kontostands wird beurteilt, ob ein Bedarf an kurzfristigen Krediten besteht.

## 12.4 Kreditkarten

Im Haushaltsjahr 2017 wurden erstmals Kreditkarten für die Auszahlungen im Ausnahmefall für dienstliche Zwecke bei Online-Geschäften in den Diensträumen der Kreisverwaltung Unna zugelassen. Eine schriftliche Fixierung findet sich unter Punkt 5.5 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung.

So wird es ermöglicht betragsmäßig limitierte Firmenkunden-Kreditkarten in Zusammenarbeit mit der Sparkasse UnnaKamen einzusetzen, die auf den Kreis Unna sowie auf die von der einsetzenden Organisationseinheit benannten Person ausgestellt werden. Zum Stichtag 22. August 2018 verfügt der Kreis Unna

über eine Kreditkarte, welche von der Organisationseinheit PK Presse und Kommunikation eingesetzt wird. Vier Anträge auf Ausstellung einer Kreditkarte befinden sich aktuell in Bearbeitung.

Entsprechend Punkt 5.5 Absatz 2 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung darf der mit der Sparkasse UnnaKamen abzuschließende Kreditkarten-Rahmenvertrag einen monatlichen Gesamtverfügungsrahmen aller im Einsatz befindlichen Kreditkarten i. H. v. 50.000,00 Euro nicht übersteigen. Eine dementsprechende Überprüfung wies einen Rahmenvertrag i. H. v. 1.000,00 € aus. Eine Prüfung der Kreditkartenabrechnungen für den Zeitraum 01. Januar 2018 bis 01. August 2018 führte zu keinen Beanstandungen.

Ergänzende detaillierte Regelungen bezüglich der Ausstellung, des Antragsverfahrens, der Aufbewahrung sowie der Abrechnung und Kosten finden sich in Punkt 5.5 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und zur Rechnungslegung wieder.

### 12.5 Ungeklärte Zahlungseingänge

Im Rahmen der unvermuteten Prüfung der Zahlungsabwicklung wurde der Stabstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten eine Übersicht in Form einer Datei aus dem Buchhaltungssystem für die zum Prüfungszeitpunkt am 22. August 2018 offenen Positionen von ungeklärten Zahlungseingängen zur Verfügung gestellt.

Es ergaben sich anhand der ausgewerteten Unterlagen zum 22. August 2018 insgesamt 2172 offene Positionen von ungeklärten Zahlungseingängen mit einem Rest-Gesamtwert in Höhe von 18.744.989,55 €. Davon resultieren 3.901.440,80 € aus 763 Zahlungseingängen aus dem Monat August 2018.
Die übrigen Posten betreffen zunächst 191 ungeklärte Zahlungseingänge mit einem Volumen von 59.510,16 € aus dem Haushaltsjahr 2017. Die 78 Zahlungseingänge mit eine Wert von 4.842,30 € aus den Jahren 2013 bis 2015 des Vorjahresprüfberichts konnten zugeordnet werden. Aus dem Haushaltsjahr 2016 stammen 70 Positionen mit einem Restwert von 15.898,26 €. Insgesamt wurden 1914 ungeklärte Zahlungseingänge mit einem Volumen von 18.670.080,45 € im aktuellen Haushaltsjahr festgestellt. Es ist somit zu erkennen, dass die ungeklärten Zahlungseingänge im Wesentlichen aus dem laufenden Jahr stammen.

Auskunftsgemäß werden nicht direkt zuzuordnende Zahlungseingänge zunächst einem »Sammelkonto/ Verwahrdebitor« gutgeschrieben. Es erfolgen daraufhin Kontaktaufnahmen mit den Fachbereichen, Fachdiensten sowie Sachgebieten und anschließende Zuordnungen der Zahlungen. Der »Verwahrdebitor« zeigt somit hohe Verkehrszahlen und unterjährig auch hohe Salden.

Die unterjährig zum Teil sehr hohen Posten der ungeklärten Zahlungseingänge resultieren im Wesentlichen aus hohen Einzahlungen, die aufgrund zunächst noch fehlender Sollstellungen und zum Teil noch nicht vorliegenden Bescheiden nicht direkt einem Debitoren zugeordnet werden können. Ein Zahlungsausgleich beim richtigen Debitor und somit eine Zuordnung der ungeklärten Zahlungseingänge kann erst nach korrekt erfolgter Sollstellung erreicht werden.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahresabschlussprüfungen zeigt sich, dass unterjährig die wesentlichen ungeklärten Zahlungseingänge zugeordnet werden konnten. Die zum Teil hohen unterjährigen Salden aus ungeklärten Zahlungseingängen waren somit zum Jahresabschluss im Wesentlichen ausgeglichen.

Auch in der kommenden Jahresabschlussprüfung 2018 wird die dann offene Position der Verbindlichkeiten aus ungeklärten Zahlungseingängen durch die Rechnungsprüfung geprüft.

### 12.6 Belegprüfung

Im Zusammenhang mit der Prüfung der Zahlungsabwicklung/ Vollstreckung wurde auch eine stichprobenhafte Belegprüfung durchgeführt.

Wesentliche Feststellungen wurden nicht getroffen.

### 12.7 Zusammenfassung

Aufgrund der unvermuteten Prüfung der Zahlungsabwicklung des Kreises Unna ist die Stabstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten der Ansicht, dass

- die Sicherheit beim Umgang mit Zahlungsmitteln und Wertgegenständen gewährleistet ist,
- die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Zahlungsvorgänge gegeben sind und
- die gesetzlichen und kreisinternen Regelungen eingehalten werden.

### 12.8 Schlussbemerkung

Die Stabstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten hat die örtliche Prüfung der Zahlungsabwicklung gem. § 53 KrO NRW i.V.m. § 103 Abs. 1 Nr. 5 GO NRW i.V.m. § 30 Abs. 5 GemHVO auf Schwerpunkte und Stichproben beschränkt.

Anmerkungen, die nach Umfang und Gewicht nicht in den Prüfungsbericht aufzunehmen waren, wurden während der Prüfung mit den zuständigen Sachbearbeitern/innen besprochen.

Die Prüfungsergebnisse wurden Herrn Krampitz als Stellvertreter der Produktverantwortlichen der Zahlungsabwicklung im Rahmen eines Abschlussgespräches mitgeteilt.

Es wird festgestellt, dass die Arbeit der Stabstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten stets in hilfsbereiter und freundlicher Weise durch die zuständigen Mitarbeiter/innen unterstützt wurde. Alle Unterlagen wurden zeitnah vorgelegt.

Unna, den 30. August 2018

# 13 Anlagen

Anlage 1: Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung

Anlage 2: Jahresabschluss 2018

**Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung:**

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang - sowie den Lagebericht des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2018 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Landrats des Kreises Unna. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

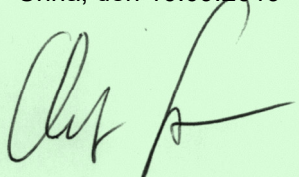
Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 102 GO NRW (in der ab dem 01.01.2019 geltenden Fassung) und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) und vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Kreises sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Landrats des Kreises sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

**Die Prüfung hat nicht zu Einwendungen geführt.**

Der Jahresabschluss entspricht nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kreises Unna. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, wird auf Folgendes hingewiesen:
Gemäß § 89 Absatz 2 GO NRW kann die Gemeinde zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen Kredite zur Liquiditätssicherung bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.
In dem Zeitraum vom 09.03.2018 bis 04.09.2018 gewährte der Kreis Unna der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) Liquiditätskredite von insgesamt 3,7 Mio. € und musste in dieser Zeit selbst an 48 Tagen Liquiditätskredite aufnehmen.
Der Kreis Unna hat damit gegen die Regelung des § 89 Abs. 2 GO NRW verstoßen.

Unna, den 16.09.2019



Olaf Steuber
Leiter der Stabsste*lle* Rechnungsprüfungsangelegenheiten

# Jahresabschluss 2018
# des Kreises Unna

**Inhaltsverzeichnis** **Seite:**

## Aufstellung und Bestätigung des Jahresabschlusses 2018


**1 Ergebnisrechnung** 1

**2 Finanzrechnung** 2

**3 Teilrechnungen**

3.1 Teilergebnisrechnungen 4

3.2 Teilfinanzrechnungen Teil A und Teil B 14

**4 Bilanz zum 31.12.2018** 35

**5 Anhang** 37

5.1 Anhang zur Bilanz 38

5.1.1 Anlagevermögen 39

5.1.2 Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung 42

5.1.3 Eigenkapital 46

5.1.4 Sonderposten 47

5.1.5 Rückstellungen 48

5.1.6 Verbindlichkeiten 53

5.1.7 Passive Rechnungsabgrenzungsposten 54

5.2 Anhang zur Ergebnisrechnung 55

5.3 Anhang zur Finanzrechnung 56

5.4 Angaben zu Haftungsverhältnissen 57

5.5 Angaben zu Leasingverträgen 59

5.6 Angaben zu Sachverhalten, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben 59

5.7 Angaben zu vom Kreis Unna treuhänderisch verwalteten Vermögen 60

5.8 Mitgliedschaften in Verbänden 61

5.9 Angaben zu Ermächtigungsübertragungen 61

5.10 Anlagenspiegel 62

5.11 Forderungsspiegel 63

5.12 Rückstellungsspiegel 64

5.13 Verbindlichkeitenspiegel 66

**6 Lagebericht** 67

6.1 Allgemeines und Haushaltssatzung 68

6.2 Vermögenslage 69

6.3 Schuldenlage 70

6.4 Ertragslage 72

6.5 Aufwandslage 81

6.6 Finanzlage 90

6.7 Ergebnisüberblick sowie Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft 92

6.8 Kennzahlen 98

6.9 Chancen und Risiken / Künftige Entwicklung 109

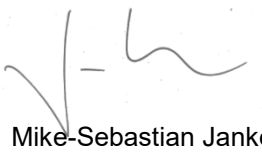
6.10 Anlage zum Lagebericht nach § 95 Abs. 2 GO NRW 113

**7 Normierter Produktbereich** 121

**Aufstellung und Bestätigung des Jahresabschlusses 2018**

Hiermit wird gem. § 53 Abs. 1 Kreisordnung Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) i. V. m. § 95 Abs. 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) der Jahresabschluss des Kreises Unna zum 31.12.2018 aufgestellt.

Unna, den 29.03.2019



Mike-Sebastian Janke, Kreiskämmerer

Der Jahresabschluss des Kreises Unna zum 31.12.2018 wird hiermit gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 95 Abs. 3 GO NRW bestätigt.

Unna, den 29.03.2019

Michael Makiolla, Landrat

**Kreis Unna**

**Ergebnisrechnung**

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | 8.137.299,92 | 7.100.000 | 7.473.844,36 | 373.844,36 |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 332.664.201,60 | 335.742.093 | 340.521.342,41 | 4.779.249,41 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 4.946.107,16 | 5.911.240 | 6.751.274,09 | 840.034,09 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 33.587.670,33 | 32.649.854 | 32.429.111,13 | -220.742,87 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 3.058.217,68 | 2.519.092 | 2.596.263,16 | 77.171,16 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 92.442.769,20 | 97.213.964 | 98.127.599,13 | 913.635,13 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 10.261.056,74 | 7.998.914 | 14.400.859,13 | 6.401.945,13 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | 526.603,00 | 1.023.000 | 745.374,00 | -277.626,00 |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | 0,00 |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **485.623.925,63** | **490.158.157** | **503.045.667,41** | **12.887.510,41** |
| 011 | Personalaufwendungen | -72.121.508,82 | -77.591.777 | -77.729.447,67 | -137.670,67 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -8.574.722,49 | -9.150.067 | -9.998.135,23 | -848.068,23 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -49.052.688,90 | -47.929.840 | -45.894.728,93 | 2.035.111,07 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -10.387.192,06 | -9.991.340 | -10.134.666,53 | -143.326,53 |
| 015 | Transferaufwendungen | -230.140.449,11 | -229.824.054 | -239.420.541,48 | -9.596.487,48 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -109.566.256,61 | -115.920.239 | -107.467.450,03 | 8.452.788,97 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-479.842.817,99** | **-490.407.317** | **-490.644.969,87** | **-237.652,87** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **5.781.107,64** | **-249.160** | **12.400.697,54** | **12.649.857,54** |
| 019 | Finanzerträge | 305.655,58 | 296.000 | 372.473,42 | 76.473,42 |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | -2.288.507,98 | -2.346.840 | -2.212.914,48 | 133.925,52 |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | **-1.982.852,40** | **-2.050.840** | **-1.840.441,06** | **210.398,94** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **3.798.255,24** | **-2.300.000** | **10.560.256,48** | **12.860.256,48** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **3.798.255,24** | **-2.300.000** | **10.560.256,48** | **12.860.256,48** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | 9.472.158,84 | 10.755.655 | 9.398.804,07 | -1.356.850,93 |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -9.472.158,84 | -10.755.655 | -9.398.804,07 | 1.356.850,93 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **3.798.255,24** | **-2.300.000** | **10.560.256,48** | **12.860.256,48** |
| **Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage** | | | | | |
| 300 | Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen | 636.895,68 | 4.780 | 1.338.459,93 | 1.333.679,93 |
| 305 | Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen | | | | 0,00 |
| **310** | **Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen** | **636.895,68** | **4.780** | **1.338.459,93** | **1.333.679,93** |
| 320 | Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen | -1.056.311,47 | | -1.575.948,85 | -1.575.948,85 |
| 325 | Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen | -13.973,59 | | | |
| **330** | **Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen** | **-1.070.285,06** | | **-1.575.948,85** | **-1.575.948,85** |
| **340** | **Verrechnungssaldo (= Zeilen 310 - 330)** | **-433.389,38** | **4.780** | **-237.488,92** | **-242.268,92** |

# Kreis Unna

## Finanzrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 01 | Steuern und ähnliche Abgaben | 8.137.299,92 | 7.100.000 | 7.473.844,36 | 373.844,36 |
| 02 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 326.455.894,02 | 331.377.423 | 333.712.226,90 | 2.334.803,90 |
| 03 | Sonstige Transfereinzahlungen | 4.509.960,74 | 5.706.070 | 5.807.564,14 | 101.494,14 |
| 04 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 33.826.203,91 | 32.649.854 | 31.839.030,07 | -810.823,93 |
| 05 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 2.831.673,52 | 2.519.092 | 2.334.752,43 | -184.339,57 |
| 06 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 90.325.421,88 | 97.213.964 | 97.966.200,87 | 752.236,87 |
| 07 | Sonstige Einzahlungen | 7.576.958,65 | 6.093.202 | 11.969.742,82 | 5.876.540,82 |
| 08 | Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | 309.508,40 | 296.000 | 351.549,69 | 55.549,69 |
| **09** | **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **473.972.921,04** | **482.955.605** | **491.454.911,28** | **8.499.306,28** |
| 10 | Personalauszahlungen | -63.755.119,52 | -70.110.696 | -70.151.350,30 | -40.654,30 |
| 11 | Versorgungsauszahlungen | -8.016.718,26 | -7.800.000 | -8.401.801,88 | -601.801,88 |
| 12 | Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | -52.151.521,00 | -47.929.840 | -46.872.492,15 | 1.057.347,85 |
| 13 | Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | -2.297.424,00 | -2.346.840 | -2.220.648,68 | 126.191,32 |
| 14 | Transferauszahlungen | -229.975.797,14 | -229.824.054 | -238.749.282,79 | -8.925.228,79 |
| 15 | Sonstige Auszahlungen | -108.396.030,53 | -114.616.389 | -105.919.426,19 | 8.696.962,81 |
| **16** | **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **-464.592.610,45** | **-472.627.819** | **-472.315.001,99** | **312.817,01** |
| **17** | **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **9.380.310,59** | **10.327.786** | **19.139.909,29** | **8.812.123,29** |
| 18 | Einz. aus Zuwendungen für Invest.-Maßnahmen | 4.806.955,27 | 5.600.740 | 3.735.734,05 | -1.865.005,95 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 8.899,00 | 4.780 | 79.720,23 | 74.940,23 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | 78.423,07 | 10.000 | 3.644.301,17 | 3.634.301,17 |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **4.894.277,34** | **5.615.520** | **7.459.755,45** | **1.844.235,45** |
| 24 | Auszahlungen f.d. Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden | -3.255.543,33 | -1.035.500 | -1.785.584,94 | -750.084,94 |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | -5.159.726,47 | -22.054.090 | -6.848.466,61 | 15.205.623,39 |
| 26 | Auszahlungen f.d. Erwerb v. beweglichem Anl.-Vermögen | -2.524.858,55 | -4.063.319 | -2.863.516,01 | 1.199.802,99 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | -457.882,07 | -481.000 | -480.468,44 | 531,56 |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | -120.080,25 | -400.000 | -665.100,00 | -265.100,00 |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -5.263.747,06 | -26.263.195 | -19.112.779,36 | 7.150.415,64 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-16.781.837,73** | **-54.297.104** | **-31.755.915,36** | **22.541.188,64** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-11.887.560,39** | **-48.681.584** | **-24.296.159,91** | **24.385.424,09** |
| **32** | **Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag** | **-2.507.249,80** | **-38.353.798** | **-5.156.250,62** | **33.197.547,38** |
| 33 | Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen | 13.016.139,12 | 42.191.000 | 25.717.290,27 | -16.473.709,73 |
| 34 | Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung | 36.500.000,00 | | 48.500.000,00 | 48.500.000,00 |
| 35 | Tilgung und Gewährung von Darlehen | -7.185.284,87 | -3.935.000 | -9.765.799,63 | -5.830.799,63 |
| 36 | Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung | -40.500.000,00 | | -50.500.000,00 | -50.500.000,00 |
| **37** | **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** | **1.830.854,25** | **38.256.000** | **13.951.490,64** | **-24.304.509,36** |
| **38** | **Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln** | **-676.395,55** | **-97.798** | **8.795.240,02** | **8.893.038,02** |
| 39 | Anfangsbestand an Finanzmitteln | **379.946,38** | | **-156.498,08** | **-156.498,08** |
| 40 | Bestand an fremden Finanzmitteln | 139.951,09 | | -575.407,72 | -575.407,72 |
| **41** | **Liquide Mittel** | **-156.498,08** | | **8.063.334,22** | **8.063.334,22** |

# TEILRECHNUNGEN

## 01 - Zentrale Verwaltung

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | 8.137.299,92 | 7.100.000 | 7.473.844,36 | 373.844,36 |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 309.303.321,30 | 314.664.125 | 317.260.386,60 | 2.596.261,60 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 96.185,21 | 77.000 | 76.158,00 | -842,00 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 632.126,53 | 614.500 | 682.752,55 | 68.252,55 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 9.530.407,00 | 8.325.281 | 8.765.575,53 | 440.294,53 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 1.738.721,83 | 1.377.247 | 1.843.883,08 | 466.636,08 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **329.438.061,79** | **332.158.153** | **336.102.600,12** | **3.944.447,12** |
| 011 | Personalaufwendungen | -16.261.924,93 | -17.329.975 | -17.173.086,69 | 156.888,31 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -3.591.893,68 | -4.021.705 | -4.128.774,84 | -107.069,84 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -8.915.779,67 | -8.747.300 | -7.958.925,63 | 788.374,37 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -1.580.379,26 | -1.695.680 | -1.628.139,59 | 67.540,41 |
| 015 | Transferaufwendungen | -111.789.633,90 | -113.288.088 | -114.098.517,22 | -810.429,22 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -6.633.842,97 | -7.671.038 | -7.646.400,94 | 24.637,06 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-148.773.454,41** | **-152.753.786** | **-152.633.844,91** | **119.941,09** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **180.664.607,38** | **179.404.367** | **183.468.755,21** | **4.064.388,21** |
| 019 | Finanzerträge | 301.763,96 | 296.000 | 369.081,10 | 73.081,10 |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | -2.265.391,82 | -2.342.840 | -2.212.914,48 | 129.925,52 |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | **-1.963.627,86** | **-2.046.840** | **-1.843.833,38** | **203.006,62** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **178.700.979,52** | **177.357.527** | **181.624.921,83** | **4.267.394,83** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **178.700.979,52** | **177.357.527** | **181.624.921,83** | **4.267.394,83** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | 9.472.158,84 | 10.755.655 | 9.384.528,50 | -1.371.126,50 |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -1.569.608,09 | -1.693.796 | -1.541.077,87 | 152.718,13 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **186.603.530,27** | **186.419.386** | **189.468.372,46** | **3.048.986,46** |

## 32 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 1.725.754,18 | 1.745.920 | 2.458.804,87 | 712.884,87 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 2.648.693,71 | 2.648.200 | 2.743.338,15 | 95.138,15 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 21,03 | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 4.731.633,56 | 8.561.916 | 9.171.130,05 | 609.214,05 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 187.534,21 | 287.239 | 494.713,83 | 207.474,83 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **9.293.636,69** | **13.243.275** | **14.867.986,90** | **1.624.711,90** |
| 011 | Personalaufwendungen | -6.240.519,92 | -8.885.129 | -8.388.591,38 | 496.537,62 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -1.156.555,36 | -1.482.568 | -1.490.921,55 | -8.353,55 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -2.177.612,60 | -2.146.055 | -2.737.536,84 | -591.481,84 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -506.021,78 | -584.650 | -625.656,82 | -41.006,82 |
| 015 | Transferaufwendungen | -1.474.762,43 | -1.702.000 | -2.727.835,38 | -1.025.835,38 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -1.610.206,20 | -1.981.890 | -1.760.362,95 | 221.527,05 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-13.165.678,29** | **-16.782.292** | **-17.730.904,92** | **-948.612,92** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **-3.872.041,60** | **-3.539.017** | **-2.862.918,02** | **676.098,98** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **-3.872.041,60** | **-3.539.017** | **-2.862.918,02** | **676.098,98** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **-3.872.041,60** | **-3.539.017** | **-2.862.918,02** | **676.098,98** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -461.521,33 | -698.920 | -526.449,46 | 172.470,54 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **-4.333.562,93** | **-4.237.937** | **-3.389.367,48** | **848.569,52** |

## 36 - Straßenverkehr

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 42,60 | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 5.484.217,22 | 5.852.750 | 6.217.825,75 | 365.075,75 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 4.093,00 | 3.000 | 2.626,50 | -373,50 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | 1.783,10 | 1.783,10 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 5.143.396,54 | 4.364.186 | 7.341.085,49 | 2.976.899,49 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **10.631.749,36** | **10.219.936,00** | **13.563.320,84** | **3.343.384,84** |
| 011 | Personalaufwendungen | -4.538.198,72 | -4.663.684 | -4.754.046,50 | -90.362,50 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -451.958,61 | -427.934 | -452.906,22 | -24.972,22 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -132.718,78 | -99.930 | -101.764,02 | -1.834,02 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -91.285,95 | -90.260 | -81.713,47 | 8.546,53 |
| 015 | Transferaufwendungen | -1.000,00 | -1.000 | -1.000,00 | |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -887.935,27 | -832.970 | -865.103,19 | -32.133,19 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-6.103.097,33** | **-6.115.778** | **-6.256.533,40** | **-140.755,40** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **4.528.652,03** | **4.104.158** | **7.306.787,44** | **3.202.629,44** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **4.528.652,03** | **4.104.158** | **7.306.787,44** | **3.202.629,44** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **4.528.652,03** | **4.104.158** | **7.306.787,44** | **3.202.629,44** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -785.928,95 | -796.645 | -874.513,04 | -77.868,04 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **3.742.723,08** | **3.307.513** | **6.432.274,40** | **3.124.761,40** |

## 40 - Schulen und Bildung

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 5.763.695,43 | 6.026.119 | 5.461.250,84 | -564.868,16 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 6.761,74 | 60.000 | 6.390,28 | -53.609,72 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 2.270,30 | 1.900 | 1.314,35 | -585,65 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 276.983,97 | 180.600 | 255.397,71 | 74.797,71 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 44.293,32 | 77.711 | 147.498,94 | 69.787,94 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **6.094.004,76** | **6.346.330** | **5.871.852,12** | **-474.477,88** |
| 011 | Personalaufwendungen | -4.415.137,14 | -4.830.220 | -4.597.189,90 | 233.030,10 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -183.537,87 | -188.165 | -232.379,30 | -44.214,30 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -4.331.666,82 | -5.366.340 | -5.000.679,21 | 365.660,79 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -3.298.887,18 | -3.422.950 | -3.393.628,85 | 29.321,15 |
| 015 | Transferaufwendungen | -1.093.449,53 | -35.000 | -1.068.770,50 | -1.033.770,50 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -1.645.380,79 | -3.676.309 | -1.893.840,18 | 1.782.468,82 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-14.968.059,33** | **-17.518.984** | **-16.186.487,94** | **1.332.496,06** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **-8.874.054,57** | **-11.172.654** | **-10.314.635,82** | **858.018,18** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **-8.874.054,57** | **-11.172.654** | **-10.314.635,82** | **858.018,18** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **-8.874.054,57** | **-11.172.654** | **-10.314.635,82** | **858.018,18** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -4.028.304,62 | -4.833.853 | -3.870.158,57 | 963.694,43 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **-12.902.359,19** | **-16.006.507** | **-14.184.794,39** | **1.821.712,61** |

## 50 - Arbeit und Soziales

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 2.503.736,09 | 2.861.343 | 2.692.582,88 | -168.760,12 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 2.548.602,98 | 2.755.120 | 3.469.199,88 | 714.079,88 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 57.181,11 | 69.500 | 51.729,92 | -17.770,08 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 74.135.646,40 | 76.284.721 | 76.689.829,47 | 405.108,47 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 1.281.168,61 | 369.088 | 2.685.074,60 | 2.315.986,60 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **80.526.335,19** | **82.339.772** | **85.588.416,75** | **3.248.644,75** |
| 011 | Personalaufwendungen | -16.200.568,33 | -17.026.549 | -18.072.898,54 | -1.046.349,54 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -1.369.720,32 | -1.339.758 | -1.553.121,13 | -213.363,13 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -6.544.785,34 | -5.787.000 | -5.549.693,08 | 237.306,92 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -94.214,76 | -99.950 | -96.610,50 | 3.339,50 |
| 015 | Transferaufwendungen | -85.371.529,09 | -85.650.258 | -88.952.060,11 | -3.301.802,11 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -96.895.261,45 | -99.630.850 | -93.539.254,61 | 6.091.595,39 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-206.476.079,29** | **-209.534.365** | **-207.763.637,97** | **1.770.727,03** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **-125.949.744,10** | **-127.194.593** | **-122.175.221,22** | **5.019.371,78** |
| 019 | Finanzerträge | | | 1.651,30 | 1.651,30 |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | | | 1.651,30 | 1.651,30 |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **-125.949.744,10** | **-127.194.593** | **-122.173.569,92** | **5.021.023,08** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **-125.949.744,10** | **-127.194.593** | **-122.173.569,92** | **5.021.023,08** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -588.577,47 | -615.552 | -571.276,66 | 44.275,34 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **-126.538.321,57** | **-127.810.145** | **-122.744.846,58** | **5.065.298,42** |

## 51 - Familie und Jugend

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 10.173.911,92 | 7.399.396 | 9.235.083,74 | 1.835.687,74 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 2.390.391,27 | 3.095.470 | 3.275.679,97 | 180.209,97 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 1.641.903,11 | 1.493.104 | 2.255.882,26 | 762.778,26 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 112.789,66 | 103.733 | 110.178,96 | 6.445,96 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 2.524.760,48 | 2.485.332 | 1.828.838,43 | -656.493,57 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 800.478,45 | 663.431 | 723.923,73 | 60.492,73 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **17.644.234,89** | **15.240.466** | **17.429.587,09** | **2.189.121,09** |
| 011 | Personalaufwendungen | -5.016.552,61 | -5.140.360 | -5.102.220,88 | 38.139,12 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -276.720,21 | -273.214 | -372.151,20 | -98.937,20 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -584.917,54 | -621.750 | -865.820,43 | -244.070,43 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -45.756,87 | -53.470 | -52.742,36 | 727,64 |
| 015 | Transferaufwendungen | -28.791.224,34 | -27.433.358 | -30.899.293,87 | -3.465.935,87 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -756.336,95 | -560.462 | -648.874,58 | -88.412,58 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-35.471.508,52** | **-34.082.614** | **-37.941.103,32** | **-3.858.489,32** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **-17.827.273,63** | **-18.842.148** | **-20.511.516,23** | **-1.669.368,23** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **-17.827.273,63** | **-18.842.148** | **-20.511.516,23** | **-1.669.368,23** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **-17.827.273,63** | **-18.842.148** | **-20.511.516,23** | **-1.669.368,23** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -478.742,75 | -505.103 | -443.378,79 | 61.724,21 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **-18.306.016,38** | **-19.347.251** | **-20.954.895,02** | **-1.607.644,02** |

## 53 - Gesundheit und Verbraucherschutz

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 263.375,56 | 254.500 | 275.091,62 | 20.591,62 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 308,57 | 650 | 3,96 | -646,04 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 1.050.794,28 | 954.900 | 1.020.120,36 | 65.220,36 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 100,00 | | 29.067,92 | 29.067,92 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 937.119,22 | 948.475 | 851.765,87 | -96.709,13 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 69.599,46 | 107.616 | 151.350,03 | 43.734,03 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **2.321.297,09** | **2.266.141** | **2.327.399,76** | **61.258,76** |
| 011 | Personalaufwendungen | -7.922.607,85 | -7.967.096 | -7.920.956,50 | 46.139,50 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -567.139,58 | -482.561 | -627.629,66 | -145.068,66 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -816.800,14 | -880.350 | -816.941,95 | 63.408,05 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -94.937,72 | -97.800 | -98.397,69 | -597,69 |
| 015 | Transferaufwendungen | -1.397.743,32 | -1.492.250 | -1.451.957,90 | 40.292,10 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -325.371,27 | -472.750 | -354.834,10 | 117.915,90 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-11.124.599,88** | **-11.392.807** | **-11.270.717,80** | **122.089,20** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **-8.803.302,79** | **-9.126.666** | **-8.943.318,04** | **183.347,96** |
| 019 | Finanzerträge | 3.891,62 | | 1.741,02 | 1.741,02 |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | **3.891,62** | | **1.741,02** | **1.741,02** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **-8.799.411,17** | **-9.126.666** | **-8.941.577,02** | **185.088,98** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **-8.799.411,17** | **-9.126.666** | **-8.941.577,02** | **185.088,98** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -734.920,00 | -802.705 | -721.494,03 | 81.210,97 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **-9.534.331,17** | **-9.929.371** | **-9.663.071,05** | **266.299,95** |

## 60 - Bauen

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 2.606.123,88 | 2.412.070 | 2.427.220,45 | 15.150,45 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 969.731,73 | 592.500 | 601.377,56 | 8.877,56 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 1.658,30 | 8.000 | 2.271,90 | -5.728,10 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 6.013,64 | 25.910 | 127.628,40 | 101.718,40 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 444.148,98 | 343.088 | 474.742,36 | 131.654,36 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | 526.603,00 | 1.023.000 | 745.374,00 | -277.626,00 |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **4.554.279,53** | **4.404.568** | **4.378.614,67** | **-25.953,33** |
| 011 | Personalaufwendungen | -3.578.393,91 | -3.662.917 | -3.649.842,41 | 13.074,59 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -234.040,77 | -234.991 | -251.297,64 | -16.306,64 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -2.420.753,07 | -2.061.590 | -2.151.529,35 | -89.939,35 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -4.306.620,76 | -3.694.180 | -3.645.808,24 | 48.371,76 |
| 015 | Transferaufwendungen | -106,50 | -500 | -106,50 | 393,50 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -152.432,00 | -257.120 | -123.722,30 | 133.397,70 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-10.692.347,01** | **-9.911.298** | **-9.822.306,44** | **88.991,56** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **-6.138.067,48** | **-5.506.730** | **-5.443.691,77** | **63.038,23** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | -23.116,16 | | | |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | **-23.116,16** | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **-6.161.183,64** | **-5.506.730** | **-5.443.691,77** | **63.038,23** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **-6.161.183,64** | **-5.506.730** | **-5.443.691,77** | **63.038,23** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -264.512,86 | -255.764 | -283.866,42 | -28.102,42 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **-6.425.696,50** | **-5.762.494** | **-5.727.558,19** | **34.935,81** |

## 62 - Vermessung und Kataster

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 68,49 | 70 | 57.068,48 | 56.998,48 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 686.716,09 | 640.000 | 647.430,08 | 7.430,08 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 26.194,50 | | 20.832,36 | 20.832,36 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | | |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 29.687,32 | 57.239 | 68.473,33 | 11.234,33 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **742.666,40** | **697.309** | **793.804,25** | **96.495,25** |
| 011 | Personalaufwendungen | -3.975.555,84 | -4.063.359 | -4.104.015,45 | -40.656,45 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -313.827,04 | -307.189 | -350.696,81 | -43.507,81 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -13.217,74 | -25.000 | -13.990,40 | 11.009,60 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -70.737,67 | -63.610 | -68.450,48 | -4.840,48 |
| 015 | Transferaufwendungen | | | | |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -236.613,69 | -189.900 | -209.849,72 | -19.949,72 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-4.609.951,98** | **-4.649.058** | **-4.747.002,86** | **-97.944,86** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **-3.867.285,58** | **-3.951.749** | **-3.953.198,61** | **-1.449,61** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **-3.867.285,58** | **-3.951.749** | **-3.953.198,61** | **-1.449,61** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **-3.867.285,58** | **-3.951.749** | **-3.953.198,61** | **-1.449,61** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -301.095,80 | -322.145 | -293.320,05 | 28.824,95 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **-4.168.381,38** | **-4.273.894** | **-4.246.518,66** | **27.375,34** |

## 69 - Natur und Umwelt

### Teilergebnisrechnung

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 324.214,75 | 378.550 | 653.852,93 | 275.302,93 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 20.949.977,57 | 20.320.000 | 18.813.934,70 | -1.506.065,30 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 2.281.234,66 | 1.789.859 | 1.748.532,97 | -41.326,03 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 300.204,93 | 401.729 | 435.650,57 | 33.921,57 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 522.028,02 | 352.069 | 470.113,74 | 118.044,74 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **24.377.659,93** | **23.242.207** | **22.122.084,91** | **-1.120.122,09** |
| 011 | Personalaufwendungen | -3.972.049,57 | -4.022.488 | -3.966.599,42 | 55.888,58 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -429.329,05 | -391.982 | -538.256,88 | -146.274,88 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -23.114.437,20 | -22.194.525 | -20.697.848,02 | 1.496.676,98 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -298.350,11 | -188.790 | -443.518,53 | -254.728,53 |
| 015 | Transferaufwendungen | -221.000,00 | -221.600 | -221.000,00 | 600,00 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -422.876,02 | -646.950 | -425.207,46 | 221.742,54 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-28.458.041,95** | **-27.666.335** | **-26.292.430,31** | **1.373.904,69** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 010 und 017)** | **-4.080.382,02** | **-4.424.128** | **-4.170.345,40** | **253.782,60** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | -4.000 | | 4.000,00 |
| **021** | **Finanzergebnis (= Zeilen 019 und 020)** | | **-4.000** | | **4.000,00** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 018 und 021)** | **-4.080.382,02** | **-4.428.128** | **-4.170.345,40** | **257.782,60** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 023 und 024)** | | | | |
| **026** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung (= Zeilen 022 und 025)** | **-4.080.382,02** | **-4.428.128** | **-4.170.345,40** | **257.782,60** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | 14.275,57 | 14.275,57 |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -258.946,97 | -231.172 | -273.269,18 | -42.097,18 |
| **290** | **Ergebnis (= Zeilen 026, 270 und 280)** | **-4.339.328,99** | **-4.659.300** | **-4.429.339,01** | **229.960,99** |

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 01 Zentrale Verwaltung

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | 724,52 | -724,52 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 6.849,00 | | 16.640,94 | -16.640,94 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | 77.743,07 | 10.000 | 2.595.930,94 | -2.585.930,94 |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **84.592,07** | **10.000** | **2.613.296,40** | **-2.603.296,40** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | | |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | -77.613,80 | -1.508.000 | -97.108,57 | -1.410.891,43 |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -690.831,84 | -913.700 | -624.445,47 | -289.254,53 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | -457.882,07 | -481.000 | -480.468,44 | -531,56 |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -5.112.592,71 | -25.526.897 | -18.519.842,67 | -7.007.054,33 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-6.338.920,42** | **-28.429.597** | **-19.721.865,15** | **-8.707.731,85** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-6.254.328,35** | **-28.419.597** | **-17.108.568,75** | **-11.311.028,25** |

## Investitionen Teil B | Budget 01 Zentrale Verwaltung

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **ÜBER der festgelegten Wertgrenze** | | | | | | |
| 01000101 Erwerb von System- und Standardsoftware-Lizenzen | -24.582,06 | -409.000 | -9.873,16 | -399.126,84 | -89.000 | -9.873,16 |
| 29 Sonstige Investitionsauszahlungen | -24.582,06 | -409.000 | -9.873,16 | -399.126,84 | -89.000 | -9.873,16 |
| 01002202 Erwerb v. Komponenten f. d. Storage-Infrastruktur | -104.418,57 | -68.000 | -29.301,74 | -38.698,26 | -28.000 | -27.680,80 |
| 26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -95.483,10 | -68.000 | -29.301,74 | -38.698,26 | -28.000 | -27.680,80 |
| 29 Sonstige Investitionsauszahlungen | -8.935,47 | | | | | |
| 01002401 Zentrale Beschaffung von Hardware (FD 16) | -205.795,90 | -189.100 | -176.104,44 | -12.995,56 | -9.100 | -9.005,43 |
| 26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -205.795,90 | -189.100 | -176.104,44 | -12.995,56 | -9.100 | -9.005,43 |
| 01004101 Versorgungsfonds KVW (Zuführung) | -457.882,07 | -481.000 | -479.468,44 | -1.531,56 | | |
| 27 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | -457.882,07 | -481.000 | -479.468,44 | -1.531,56 | | |
| 01174101 Kreditweitergabe an die WFG | -5.000.000,00 | -25.000.000 | -15.800.000,00 | -9.200.000,00 | | |
| 22 Sonstige Investitionseinzahlungen | | | 2.500.000,00 | -2.500.000,00 | | |
| 29 Sonstige Investitionsauszahlungen | -5.000.000,00 | -25.000.000 | -18.300.000,00 | -6.700.000,00 | | |
| 01183103 Neubau Weiterbildungskolleg (Bildungscampus Unna) | | -1.300.000 | -76.571,40 | -1.223.428,60 | | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -1.300.000 | -76.571,40 | -1.223.428,60 | | |
| 69001101 Grund u. Boden f. Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen | | | 426,74 | -426,74 | | |
| 19 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | | 426,74 | -426,74 | | |
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-401.950,99** | **-842.897** | **-321.545,60** | **-521.351,40** | **-234.647** | **-62.312,90** |

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 180.892,73 | 226.000 | 86.409,98 | 139.590,02 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 1.750,00 | | 32.984,00 | -32.984,00 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | | | | |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **182.642,73** | **226.000** | **119.393,98** | **106.606,02** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | | |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -15.000 | | -15.000,00 |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -643.670,48 | -1.402.321 | -966.504,67 | -435.816,33 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -35.959,57 | -175.322 | -130.531,63 | -44.790,37 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-679.630,05** | **-1.592.643** | **-1.097.036,30** | **-495.606,70** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-496.987,32** | **-1.366.643** | **-977.642,32** | **-389.000,68** |

## Investitionen Teil B | Budget 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **ÜBER der festgelegten Wertgrenze** | | | | | | |
| 32182301 Beschaffung von Personentransportfahrzeugen (ZAB) | | | | | | |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | 210.000 | | 210.000,00 | | |
| 26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | | -210.000 | | -210.000,00 | | |
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-478.622,54** | **-1.247.293** | **-895.319,92** | **-351.973,08** | **-983.493** | **-649.460,71** |

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 36 Straßenverkehr

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | | |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 300,00 | | | |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | | | | |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **300,00** | | | |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | | |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -105.474,30 | -371.014 | -33.747,57 | -337.266,60 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -6.563,90 | -49.959 | -1.814,75 | -48.144,01 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-112.038,20** | **-420.973** | **-35.562,32** | **-385.410,61** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-111.738,20** | **-420.973** | **-35.562,32** | **-385.410,61** |

## Investitionen Teil B | Budget 36 Straßenverkehr

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **ÜBER der festgelegten Wertgrenze** | | | | | | |
| 36002202 Ersatzbeschaffungen für Starenkastenstandorte | -40.000,00 | | | | | |
| 26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -40.000,00 | | | | | |
| 36182202 Ergänzung/Ausweitung der Überwachungstechnik | | -170.000 | | -170.000,00 | | |
| 26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | | -170.000 | | -170.000,00 | | |
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-55.387,32** | **-238.973** | **-16.983,22** | **-221.989,71** | **-98.373** | |

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 40 Schulen und Bildung

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 2.333.416,19 | 180.000 | 915.458,95 | -735.458,95 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | | | |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | | | | |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **2.333.416,19** | **180.000** | **915.458,95** | **-735.458,95** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | | |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | -2.424.102,20 | -9.617.300 | -3.941.594,96 | -5.675.705,04 |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -774.330,02 | -870.830 | -890.345,93 | 19.515,93 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -35.991,47 | -30.300 | -26.061,87 | -4.238,13 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-3.234.423,69** | **-10.518.430** | **-4.858.002,76** | **-5.660.427,24** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-901.007,50** | **-10.338.430** | **-3.942.543,81** | **-6.395.886,19** |

# Investitionen Teil B | Budget 40 Schulen und Bildung

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **ÜBER der festgelegten Wertgrenze** | | | | | | |
| 40002201 Beschaffungen Berufskollegs (Machinen,techn. Anl.) | -64.927,06 | -159.200 | -158.405,00 | -795,00 | | |
| 26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -64.927,06 | -159.200 | -158.405,00 | -795,00 | | |
| 40002413 Beschaffungen Berufskollegs | -273.175,06 | -227.270 | -280.690,67 | 53.420,67 | -33.100 | -33.100,00 |
| 26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -273.175,06 | -227.270 | -280.690,67 | 53.420,67 | -33.100 | -33.100,00 |
| 40002414 Beschaffungen Förderschulen | -105.941,38 | -64.100 | -62.692,24 | -1.407,76 | | |
| 26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -105.941,38 | -64.100 | -62.692,24 | -1.407,76 | | |
| 40153101 Energ. Sanierung Sporthalle Lippe BK Lünen | | -200.000 | -7.606,35 | -192.393,65 | | |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | 180.000 | | 180.000,00 | | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -200.000 | -7.606,35 | -192.393,65 | | |
| 40153104 Sporthalle Fr.-v.-Stein-Berufskolleg Werne | -1.782.720,25 | -967.800 | -532.602,81 | -435.197,19 | -967.800 | -533.671,84 |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 1.527.230,62 | | | | | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | -1.782.720,25 | -967.800 | -532.602,81 | -435.197,19 | -967.800 | -533.671,84 |
| 40163103 Kreissporthalle Unna Neubau | -278.635,37 | 214.300 | -2.067.288,68 | 2.281.588,68 | -43.700 | -1.668,26 |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | -278.635,37 | -3.143.700 | -2.067.288,68 | -1.076.411,32 | -43.700 | -1.668,26 |
| 40173102 Neubau Förderzentrum Unna | | -2.400.000 | -214.113,48 | -2.185.886,52 | -400.000 | -104.449,02 |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -2.400.000 | -214.113,48 | -2.185.886,52 | -400.000 | -104.449,02 |
| 40173201 Errichtung Parkplatz Kreissporthalle | -30.750,83 | -1.319.200 | -736.169,94 | -583.030,06 | -469.200 | -376.469,78 |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | -30.750,83 | -1.319.200 | -736.169,94 | -583.030,06 | -469.200 | -376.469,78 |
| 40173202 Neubau Außensportanlage Kreissporthalle | | -200.000 | -89.186,51 | -110.813,49 | -50.000 | -4.681,93 |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -200.000 | -89.186,51 | -110.813,49 | -50.000 | -4.681,93 |
| 40183101 Sanierung der Außentoilette BK Werne | | -200.000 | -242.063,66 | 42.063,66 | | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -200.000 | -242.063,66 | 42.063,66 | | |
| 40183104 Bau zusätzl. Klassenräume f. d. BKs am Campus Unna | | -400.000 | -34.090,31 | -365.909,69 | | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -400.000 | -34.090,31 | -365.909,69 | | |
| 40183201 Außenanlage und Garagen Fr.-v.-Stein BK, Werne | | -400.000 | | -400.000,00 | | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -400.000 | | -400.000,00 | | |
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-453.552,61** | **-442.200** | **-84.974,16** | **-357.225,84** | **-351.600** | **-15.303,65** |

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 50 Arbeit und Soziales

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | | |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | | | |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | | | | |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | | | | |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | | |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -20.385,74 | -103.487 | -50.537,20 | -52.949,82 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -29.051,82 | -190.667 | -123.210,22 | -67.456,66 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-49.437,56** | **-294.154** | **-173.747,42** | **-120.406,48** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-49.437,56** | **-294.154** | **-173.747,42** | **-120.406,48** |

## Investitionen Teil B | Budget 50 Arbeit und Soziales

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-37.591,92** | **-263.654** | **-150.173,98** | **-113.479,92** | **-193.104** | **-119.459,24** |

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 51 Familie und Jugend

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 120.080,25 | | 665.100,00 | -665.100,00 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | | | |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | | | | |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **120.080,25** | | **665.100,00** | **-665.100,00** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | | |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -43.898,83 | -40.750 | -33.280,51 | -7.469,49 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | -120.080,25 | -400.000 | -665.100,00 | 265.100,00 |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | | -90.000 | -36.793,49 | -53.206,51 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-163.979,08** | **-530.750** | **-735.174,00** | **204.424,00** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-43.898,83** | **-530.750** | **-70.074,00** | **-460.676,00** |

## Investitionen Teil B | Budget 51 Familie und Jugend

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **ÜBER der festgelegten Wertgrenze** | | | | | | |
| 51180101 Beschaffung Jugendamtssoftware | | -90.000 | | -90.000,00 | | |
| 29 Sonstige Investitionsauszahlungen | | -90.000 | | -90.000,00 | | |
| 51183101 Ausbau Kindertagesbetreuung - Finanzier. neuer Gr. | | -400.000 | | -400.000,00 | | |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | 665.100,00 | -665.100,00 | | |
| 28 Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | -400.000 | -665.100,00 | 265.100,00 | | |
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-25.644,39** | **-28.950** | **-57.291,42** | **28.341,42** | | **-30.000,00** |

# Jahresabschluss Kreis Unna 2018

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 53 Gesundheit und Verbraucherschutz

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 8.055,16 | | -275,00 | 275,00 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | | 450,00 | -450,00 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | | | | |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **8.055,16** | | **175,00** | **-175,00** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | | |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -40.653,98 | -49.180 | -38.281,68 | -10.898,32 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -11.740,54 | -40.000 | | -40.000,00 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-52.394,52** | **-89.180** | **-38.281,68** | **-50.898,32** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-44.339,36** | **-89.180** | **-38.106,68** | **-51.073,32** |

# Jahresabschluss Kreis Unna 2018

## Investitionen Teil B | Budget 53 Gesundheit und Verbraucherschutz

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-30.972,74** | **-61.100** | **-14.622,48** | **-46.477,52** | **-19.500** | |

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 60 Bauen

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 1.382.574,00 | 4.847.740 | 1.376.091,70 | 3.471.648,30 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | 4.780 | 28.895,29 | -24.115,29 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | | | 1.048.370,23 | -1.048.370,23 |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **1.382.574,00** | **4.852.520** | **2.453.357,22** | **2.399.162,78** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | -1.474.199,66 | -725.500 | -159.880,08 | -565.619,92 |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | -2.658.010,47 | -10.913.790 | -2.809.763,08 | -8.104.026,92 |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -162.668,82 | -166.877 | -149.981,94 | -16.895,06 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -3.689,00 | -35.650 | -21.709,17 | -13.940,83 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-4.298.567,95** | **-11.841.817** | **-3.141.334,27** | **-8.700.482,73** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-2.915.993,95** | **-6.989.297** | **-687.977,05** | **-6.301.319,95** |

# Jahresabschluss Kreis Unna 2018

## Investitionen Teil B | Budget 60 Bauen

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **ÜBER der festgelegten Wertgrenze** | | | | | | |
| 60073202 K40n Südkamener Straße, Kamen | -1.255.307,46 | -55.900 | 761.245,81 | -817.145,81 | -205.900 | -8.390,66 |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 272.600,00 | 1.150.000 | | 1.150.000,00 | | |
| 22 Sonstige Investitionseinzahlungen | | | 1.048.370,23 | -1.048.370,23 | | |
| 24 Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | -1.309.090,37 | | -8.390,66 | 8.390,66 | | -8.390,66 |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | -218.817,09 | -1.205.900 | -188.033,53 | -1.017.866,47 | -205.900 | |
| 60073206 Ausbau und Radwegebau K10 Holzwickede | | -657.500 | -32.477,94 | -625.022,06 | -175.600 | |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | 349.400 | | 349.400,00 | | |
| 24 Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | -103.300 | | -103.300,00 | | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | | -903.600 | -32.477,94 | -871.122,06 | -175.600 | |
| 60093202 K4n Straßen- u. Radwegebau Stockum-Horst | -16.784,57 | -980.600 | 8.372,01 | -988.972,01 | -980.600 | -17.914,66 |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | 200.000 | 34.500,00 | 165.500,00 | | |
| 24 Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | -36.913,24 | -481.500 | -29,00 | -481.471,00 | -381.500 | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | 20.128,67 | -699.100 | -26.098,99 | -673.001,01 | -599.100 | -17.914,66 |
| 60093206 Neubau d. Lippebrücke im Zuge der K2 (Anteil) | -54.212,85 | -428.600 | -27.453,04 | -401.146,96 | -86.600 | -27.453,04 |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | 400.000 | | 400.000,00 | | |
| 24 Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | -100.000 | | -100.000,00 | | |
| 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen | -54.212,85 | -728.600 | -27.453,04 | -701.146,96 | -86.600 | -27.453,04 |
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-1.773.946,43** | **-4.213.097** | **-2.203.452,70** | **-2.009.644,30** | **-4.134.327** | **-2.111.593,59** |

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 62 Vermessung und Kataster

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | | |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | | 500,00 | -500,00 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | | | | |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | | | **500,00** | **-500,00** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | | |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -17.821,22 | -124.660 | -61.785,82 | -62.874,18 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -3.274,47 | -36.000 | -36.384,85 | 384,85 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-21.095,69** | **-160.660** | **-98.170,67** | **-62.489,33** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-21.095,69** | **-160.660** | **-97.670,67** | **-62.989,33** |

## Investitionen Teil B | Budget 62 Vermessung und Kataster

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-13.816,71** | **-155.360** | **-90.021,95** | **-65.338,05** | **-42.210** | **-42.187,80** |

# Jahresabschluss Kreis Unna 2018

## Teilfinanzrechnung - Teil A | Budget 69 Natur und Umwelt

Kreis Unna

| Position | Ein- und Auszahlungsarten | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 |
|---|---|---|---|---|---|
| 18 | Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 781.936,94 | 347.000 | 692.223,90 | -345.223,90 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | | 250,00 | -250,00 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | 680,00 | | | |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **782.616,94** | **347.000** | **692.473,90** | **-345.473,90** |
| 24 | Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | -1.781.343,67 | -310.000 | -1.625.704,86 | 1.315.704,86 |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | |
| 26 | Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV | -25.123,32 | -18.900 | -14.605,22 | -4.294,78 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | | |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | | |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -24.883,58 | -90.000 | -216.430,71 | 126.430,71 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-1.831.350,57** | **-418.900** | **-1.856.740,79** | **1.437.840,79** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-1.048.733,63** | **-71.900** | **-1.164.266,89** | **1.092.366,89** |

## Investitionen Teil B | Budget 69 Natur und Umwelt

Kreis Unna

| Investitionsmaßnahme | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz / Ergebnis 2018 | Aus 2017 übertragene Ermächtigungen | In Anspruch genommene Ermächtigungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **ÜBER der festgelegten Wertgrenze** | | | | | | |
| 69000201 Grund u. Boden f. Entschädigungen n. d. LandSchG | 225.772,05 | -18.000 | -15.724,60 | -2.275,40 | | |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 8.095,63 | 72.000 | | 72.000,00 | | |
| 29 Sonstige Investitionsauszahlungen | -24.883,58 | -90.000 | -5.724,60 | -84.275,40 | | |
| 69001101 Grund u. Boden f. Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen | -30.231,00 | -30.000 | -174.223,06 | 144.223,06 | | |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | 388.635,34 | 170.000 | -28.741,11 | 198.741,11 | | |
| 24 Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | -490.960,03 | -200.000 | -477.519,89 | 277.519,89 | | |
| 69001102 Grund u. Boden i. Rahmen d. ökol.Grundstücksfonds | -3.857,25 | | -162.307,58 | 162.307,58 | | |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | 100.000 | 85.317,45 | 14.682,55 | | |
| 24 Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | -58.915,34 | -100.000 | -240.117,02 | 140.117,02 | | |
| 29 Sonstige Investitionsauszahlungen | | | -207.432,85 | 207.432,85 | | |
| 69181101 Grunderwerb Livrée | | | | | | |
| 18 Einzlg. aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | 635.647,56 | -635.647,56 | | |
| 24 Auszlg. für d. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden | | | -908.067,95 | 908.067,95 | | |
| **UNTER der festgelegten Wertgrenze Summe** | **-403.558,03** | **-14.200** | **-9.091,45** | **-5.108,55** | | |

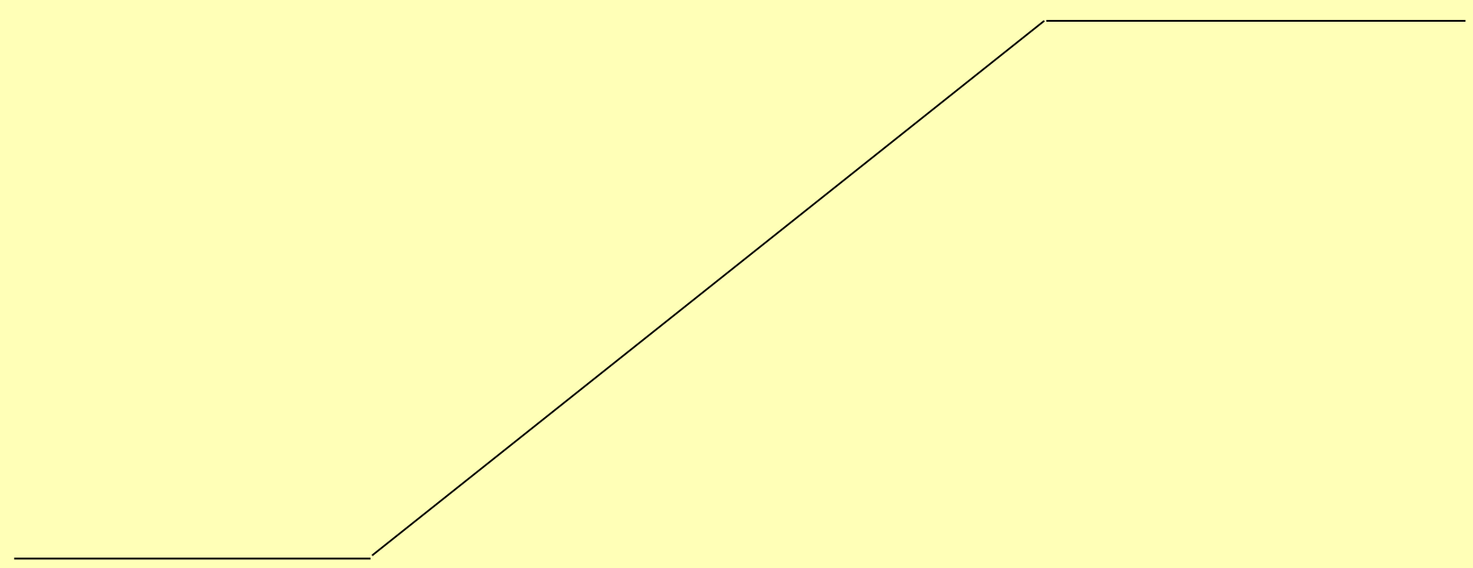
# Bilanz des Kreises Unna per 31.12.2018

## AKTIVA

| | | 31.12.2017 | 31.12.2018 | |
|---|---|---|---|---|
| **1.** | **Anlagevermögen** | | | |
| 1.1 | Immaterielle Vermögensgegenstände | 1.038.477,42 | 1.070.891,30 | 32.413,88 |
| 1.2 | Sachanlagen | | | |
| 1.2.1 | Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | |
| 1.2.1.1 | Grünflächen | 8.641.722,54 | 8.864.888,39 | 223.165,85 |
| 1.2.1.2 | Ackerland | 5.126.381,45 | 6.469.943,04 | 1.343.561,59 |
| 1.2.1.3 | Wald, Forsten | 1.991.897,81 | 2.070.431,24 | 78.533,43 |
| 1.2.1.4 | Sonstige unbebaute Grundstücke | 3.318.633,78 | 3.289.344,48 | -29.289,30 |
| | **Summe** | **19.078.635,58** | **20.694.607,15** | **1.615.971,57** |
| 1.2.2 | Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | |
| 1.2.2.1 | Kinder- und Jugendeinrichtungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.2.2 | Schulen | 64.384.417,26 | 66.498.966,84 | 2.114.549,58 |
| 1.2.2.3 | Wohnbauten | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.2.4 | Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude | 51.038.787,73 | 49.650.899,47 | -1.387.888,26 |
| | **Summe** | **115.423.204,99** | **116.149.866,31** | **726.661,32** |
| 1.2.3 | Infrastrukturvermögen | | | |
| 1.2.3.1 | Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 16.314.489,42 | 16.747.234,59 | 432.745,17 |
| 1.2.3.2 | Brücken und Tunnel | 9.094.975,14 | 8.897.925,38 | -197.049,76 |
| 1.2.3.3 | Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.3.4 | Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen | 1,00 | 0,00 | -1,00 |
| 1.2.3.5 | Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen | 67.385.414,03 | 67.450.959,44 | 65.545,41 |
| 1.2.3.6 | Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens | 2.542.243,69 | 2.520.170,45 | -22.073,24 |
| | **Summe** | **95.337.123,28** | **95.616.289,86** | **279.166,58** |
| 1.2.4 | Bauten auf fremdem Grund und Boden | 8.036.081,65 | 7.734.293,94 | -301.787,71 |
| 1.2.5 | Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 1.625.959,73 | 1.625.959,73 | 0,00 |
| 1.2.6 | Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 4.968.303,99 | 4.943.952,25 | -24.351,74 |
| 1.2.7 | Betriebs- und Geschäftsausstattung | 9.760.086,60 | 8.956.563,84 | -803.522,76 |
| 1.2.8 | Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 7.274.279,17 | 8.793.759,37 | 1.519.480,20 |
| | **Summe** | **31.664.711,14** | **32.054.529,13** | **389.817,99** |
| 1.3 | Finanzanlagen | | | |
| 1.3.1 | Anteile an verbundenen Unternehmen | 63.936.185,96 | 63.936.185,96 | 0,00 |
| 1.3.2 | Beteiligungen | 21.485.010,73 | 21.485.010,73 | 0,00 |
| 1.3.3 | Sondervermögen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.4 | Wertpapiere des Anlagevermögens | 3.803.534,23 | 4.283.002,67 | 479.468,44 |
| | **Summe** | **89.224.730,92** | **89.704.199,36** | **479.468,44** |
| 1.3.5 | Ausleihungen | | | |
| 1.3.5.1 | an verbundene Unternehmen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.5.2 | an Beteiligungen | 5.000.000,00 | 20.800.000,00 | 15.800.000,00 |
| 1.3.5.3 | an Sondervermögen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.5.4 | Sonstige Ausleihungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| | **Summe** | **5.000.000,00** | **20.800.000,00** | **15.800.000,00** |
| | **Summe Anlagevermögen** | **356.766.883,33** | **376.090.383,11** | **19.323.499,78** |
| **2.** | **Umlaufvermögen** | | | |
| 2.1 | Vorräte | | | |
| 2.1.1 | Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren | 1.500.533,45 | 556.496,88 | -944.036,57 |
| 2.1.2 | Geleistete Anzahlungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| | **Summe** | **1.500.533,45** | **556.496,88** | **-944.036,57** |
| 2.2 | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | |
| 2.2.1 | Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen | 36.698.050,48 | 45.676.782,47 | 8.978.731,99 |
| 2.2.2 | Privatrechtliche Forderungen | 795.904,14 | 1.475.005,24 | 679.101,10 |
| 2.2.3 | Sonstige Vermögensgegenstände | 405.174,66 | 0,00 | -405.174,66 |
| | **Summe** | **37.899.129,28** | **47.151.787,71** | **9.252.658,43** |
| 2.3 | Wertpapiere des Umlaufvermögens | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.4 | Liquide Mittel | 179.877,58 | 8.063.334,22 | 7.883.456,64 |
| | **Summe Umlaufvermögen** | **39.579.540,31** | **55.771.618,81** | **16.192.078,50** |
| **3.** | **Aktive Rechnungsabgrenzung** | 16.205.148,96 | 17.038.546,04 | 833.397,08 |
| **4.** | **Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag** | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| | | **412.551.572,60** | **448.900.547,96** | **36.348.975,36** |

## PASSIVA

| | | 31.12.2017 | 31.12.2018 | |
|---|---|---|---|---|
| **1.** | **Eigenkapital** | | | |
| 1.1 | Allgemeine Rücklage | 13.964.212,72 | 16.403.357,09 | 2.439.144,37 |
| 1.2 | Sonderrücklagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3 | Ausgleichsrücklage | 7.198.801,05 | 8.320.423,00 | 1.121.621,95 |
| 1.4 | Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 3.798.255,24 | 10.560.256,48 | 6.762.001,24 |
| | **Summe** | **24.961.269,01** | **35.284.036,57** | **10.322.767,56** |
| **2.** | **Sonderposten** | | | |
| 2.1 | für Zuwendungen | 110.683.679,74 | 110.177.659,92 | -506.019,82 |
| 2.2 | für Beiträge | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.3 | für den Gebührenausgleich | 2.859,63 | 2.859,63 | 0,00 |
| 2.4 | Sonstige Sonderposten | 10.525.373,67 | 13.422.766,03 | 2.897.392,36 |
| | **Summe** | **121.211.913,04** | **123.603.285,58** | **2.391.372,54** |
| **3.** | **Rückstellungen** | | | |
| 3.1 | Pensionsrückstellungen | 158.028.646,00 | 165.686.720,00 | 7.658.074,00 |
| 3.2 | Rückstellungen für Deponien und Altlasten | 762.814,00 | 762.814,00 | 0,00 |
| 3.3 | Instandhaltungsrückstellungen | 2.393.767,50 | 1.609.604,96 | -784.162,54 |
| 3.4 | Sonstige Rückstellungen | 10.184.039,78 | 10.947.305,37 | 763.265,59 |
| | **Summe** | **171.369.267,28** | **179.006.444,33** | **7.637.177,05** |
| **4.** | **Verbindlichkeiten** | | | |
| 4.1 | Anleihen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 4.2 | Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | | | |
| 4.2.1 | von verbundenen Unternehmen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 4.2.2 | von Beteiligungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 4.2.3 | von Sondervermögen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 4.2.4 | vom öffentlichen Bereich | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 4.2.5 | von Kreditinstituten | 52.969.132,39 | 69.957.320,89 | 16.988.188,50 |
| | **Summe** | **52.969.132,39** | **69.957.320,89** | **16.988.188,50** |
| 4.3 | Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | 2.336.375,66 | 0,00 | -2.336.375,66 |
| 4.4 | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 17.001.365,28 | 15.946.747,57 | -1.054.617,71 |
| 4.5 | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 2.887.592,26 | 2.277.095,25 | -610.497,01 |
| 4.6 | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 3.297.192,84 | 2.896.147,79 | -401.045,05 |
| 4.7 | Sonstige Verbindlichkeiten | 2.460.363,32 | 6.635.286,46 | 4.174.923,14 |
| 4.8 | Erhaltene Anzahlungen | 10.109.243,61 | 9.368.752,68 | -740.490,93 |
| | **Summe** | **91.061.265,36** | **107.081.350,64** | **16.020.085,28** |
| **5.** | **Passive Rechnungsabgrenzung** | 3.947.857,91 | 3.925.430,84 | -22.427,07 |
| | | **412.551.572,60** | **448.900.547,96** | **36.348.975,36** |



# ANHANG

## 5 Anhang

Gemäß § 44 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW[1]) sind im Anhang zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit sind zu erläutern. Die Anwendung von Vereinfachungsregeln und Schätzungen ist zu beschreiben. Zu erläutern sind auch die im Verbindlichkeitenspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftige erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

Für den Jahresabschluss des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2018 findet die Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90) und die GemHVO NRW vom 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.04.2018 (GV. NRW. S. 239) Anwendung.

### 5.1 Anhang zur Bilanz

Die Bewertung des ausgewiesenen Vermögens und der Schulden ist unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechend der §§ 32 bis 36 und §§ 42 und 43 GemHVO NRW erfolgt.

Grundlage für die vorliegende Bilanz sind die in der Eröffnungsbilanz des Kreises Unna zum 01.01.2009 festgestellten Vermögenswerte und Schulden. Auf die Ausführungen im Anhang zur Eröffnungsbilanz des Kreises Unna zum 01.01.2009 wird hinsichtlich der Bewertungsverfahren verwiesen.

Zugänge von Vermögensgegenständen nach dem Eröffnungsbilanzstichtag 01.01.2009 werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bilanziert (§ 33 Absätze 2 und 3 GemHVO NRW). Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten wertmäßig einen Betrag von 410 Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, die selbstständig nutzbar sind und einer Abnutzung unterliegen, werden in Anwendung des § 35 Absatz 2 GemHVO NRW unmittelbar als sonstiger ordentlicher Aufwand gebucht. Ausnahmen bilden hier seit dem Haushaltsjahr 2016 die immateriellen Vermögensgegenstände.

Soweit die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens einer Abnutzung unterliegen, werden sie gemäß der Nutzungsdauerntabelle für den Kreis Unna linear abgeschrieben. Abweichungen von der standardmäßigen linearen Abschreibung und der örtlichen Nutzungsdauerntabelle liegen nicht vor. Die Abschreibung beginnt im Jahr der Anschaffung bzw. des Zugangs ab dem nächsten vollen Monat nach Anschaffung / Zugang und endet im letzten vollen Monat vor dem Abgang des Vermögensgegenstandes.

Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Absatz 3 GO NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen werden entsprechend § 43 Absatz 3 GemHVO NRW unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage im bilanziellen Eigenkapital des Kreises Unna verrechnet. Die einzelnen ergebnisneutralen Verrechnungen werden im Anhang erläutert. Es werden sämtliche Erträge und Aufwendungen aus Anlageabgängen mit der allgemeinen Rücklage verrechnet, unabhängig davon, welche Gründe dahinterstehen (»vermögensbezogene Sichtweise«).

[1] Die GemHVO NRW ist zum 31.12.2018 außer Kraft getreten. Dennoch galt sie für das gesamte Buchungsgeschäft im Haushaltsjahr 2018 und ist deshalb für die Bewertung aller Sachverhalte im Rahmen des Jahresabschlusses die richtige Rechtsgrundlage.

### 5.1.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens im abgeschlossenen Haushaltsjahr ist im Anlagenspiegel dargestellt (vgl. Abschnitt 5.11). In einem Zeitreihenvergleich hat sich das Anlagevermögen des Kreises Unna wie folgt entwickelt:

| Bilanzposten | Buchwert per … in T.Euro | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **31.12.2014** | **31.12.2015** | **31.12.2016** | **31.12.2017** | **31.12.2018** |
| Immat. Vermögensgegenstände | 1.025 | 944 | 1.032 | 1.038 | 1.071 |
| Unbebaute Grundstücke | 15.889 | 16.360 | 17.742 | 19.079 | 20.695 |
| Bebaute Grundstücke | 110.193 | 115.376 | 118.118 | 115.423 | 116.150 |
| Infrastrukturvermögen | 94.131 | 98.991 | 96.893 | 95.337 | 95.616 |
| Bauten auf fremdem Grund | 8.941 | 8.640 | 8.338 | 8.036 | 7.734 |
| Kunstgegenstände | 467 | 467 | 467 | 1.626 | 1.626 |
| Maschinen, technische Anlagen | 4.136 | 4.003 | 4.658 | 4.968 | 4.944 |
| Betriebs- u. Geschäftsausstatt. | 11.445 | 11.378 | 10.484 | 9.761 | 8.957 |
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 16.293 | 6.951 | 5.247 | 7.274 | 8.794 |
| Finanzanlagen | 88.443 | 88.495 | 88.780 | 94.225 | 110.504 |

**Immaterielle Vermögensgegenstände**

Grunddienstbarkeiten im Fachbereich »Natur und Umwelt« (FB 69)

Aufgrund der in Landschaftsplänen festgesetzten Naturschutzmaßnahmen werden im Fachbereich »Natur und Umwelt« neben dem tatsächlichen Erwerb von Grundstücksflächen regelmäßig Verträge über diverse Nutzungsrechte auf verschiedenen Grundstücksflächen abgeschlossen. Diese sog. Grunddienstbarkeiten werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und zum Jahresende voll abgeschrieben, da der Kreis Unna nicht wirtschaftlicher Eigentümer der einzelnen Grundstücksflächen wird, sondern lediglich ein Recht erwirbt, auf einer »fremden« Fläche bestimmte Maßnahmen durchzuführen. Auch wenn dieses Recht grundsätzlich selbstständig bewertbar ist, wäre eine Veräußerung dieses Rechtes faktisch nicht durchführbar, da der Kreis Unna kein uneingeschränktes Nutzungsrecht genießt, sondern lediglich Maßnahmen zum Zwecke der Umsetzung von Landschaftsplanmaßnahmen durchführen darf. Es handelt sich insofern um eine dauernde Wertminderung eines Vermögensgegenstandes des Anlagevermögens, für die gemäß § 35 Absatz 5 Satz 1 GemHVO NRW außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen sind. Im Jahr 2018 betrugen diese außerplanmäßigen Abschreibungen insgesamt 213.157,45 Euro.

Geleistete Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände

Per 31.12.2018 werden geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von insgesamt 128.703,26 Euro ausgewiesen.

Aktivierung von Lizenzen und Software

Seit dem Haushaltsjahr 2016 werden sämtliche Lizenzen und Softwareprogramme, unabhängig von der Höhe der Anschaffungskosten, aktiviert und über einen Zeitraum von fünf Jahren (sofern auf der Rechnung oder im Lizenzvertrag keine abweichende Nutzungsdauer angegeben ist) abgeschrieben.

**Unbebaute Grundstücke und Grundstücke des Infrastrukturvermögens**

Außerplanmäßige Abschreibungen

Auf Grund von Nutzungsänderungen oder auf Grund endgültiger bzw. erstmaliger Vermessungen nach Abschluss des Grunderwerbs einiger unbebauter Grundstücke und einiger Grundstücke des Infrastrukturvermögens im Laufe des Jahres 2018 hat die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Kreis Unna eine Neubewertung vorgenommen. Wurde hierbei ein am Jahresabschlussstichtag niedrigerer beizulegender Wert im Vergleich zum (bisherigen) Buchwert festgestellt, wurden die betroffenen Flurstücke gemäß § 35 Absatz 5 Satz 1 GemHVO NRW außerplanmäßig abgeschrieben, da die festgestellten Wertminderungen als dauerhaft anzusehen sind.

Bei den folgenden Bilanzposten wurden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen:

| Bilanzposten | Betrag der außerplanmäßigen Abschreibung in Euro |
|---|---|
| Wald, Forsten | 109.870,47 |
| Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 36.223,78 |
| Sonstige unbebaute Grundstücke | 12.023,15 |
| Grünflächen | 824,41 |
| Ackerland | 234,41 |
| **Summe** | **159.176,22** |

Bei den abzuwertenden Teilflächen ist zum Teil ein bilanzieller Sonderposten passiviert. Um den prozentualen Anteil des Sonderpostens im Vergleich zum Buchwert des entsprechenden Grundstücks beizubehalten, mussten in Summe Sonderposten in Höhe von 114.368,93 Euro ertragswirksam aufgelöst werden.

**Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau**

Der Bilanzposten »Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau« umfasst folgende Einzelmaßnahmen:

| Sachverhalt | Betrag in Euro |
|---|---|
| Straßen- und Radwegebaumaßnahmen sowie sonstige Infrastrukturbaumaßnahmen | |
| Neubau K40n Kamen | 1.922.720,25 |
| Neubau Lippe-Brücke | 180.237,33 |
| Ausbau und Radwegebau K10 Holzwickede | 83.740,51 |
| Radweg K4-L844 Werne-Stockum | 83.259,15 |
| Brücke K10 Ostberger Str. Schwerte | 31.755,96 |
| Beseitigung BÜ Afferder Weg | 30.083,12 |
| Beseitigung/Neubau Bahnübergang K16 Bergkamen | 25.146,03 |
| Neubau K20n | 17.627,50 |
| Brücke an der K38 Mühlbach | 16.262,75 |
| K19 Varnhöveler Str. Werne | 9.807,32 |
| *Zwischensumme* | *2.400.639,92* |
| Hochbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie sonstige Baumaßnahmen | |
| Neubau Kreissporthalle Unna | 2.785.217,47 |
| Neubau Parkplatz Kreissporthalle | 929.585,13 |
| Neubau Förderzentrum Unna | 322.859,35 |
| Neubau Weiterbildungskolleg | 118.827,30 |
| Neubau Außensportanlage Kreissporthalle | 102.983,51 |
| Bau zusätzlicher Klassenräume Berufskollegs | 51.482,69 |
| Energetische Sanierung Sporthalle Lippe-BK | 8.813,35 |
| Ergänzung Außenmöblierung Lippe-BK | 3.722,57 |
| Außenanlagen Fr.-v.-Stein-BK, Werne | 999,60 |
| Gastronomische Nutzung Pferdestall Opherdicke | 399,84 |
| *Zwischensumme* | *4.324.890,81* |
| Geleistete Anzahlungen im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren | |
| Lippeaue Bergkamen/Werne | 295.544,29 |
| Selm-Hassel | 54.190,59 |
| Lenningsen-Flierich | 17.796,07 |
| Fröndenberg/Ruhr-Ostbüren | 2.500,00 |
| *Zwischensumme* | *370.030,95* |
| Geleistete Anzahlungen für Grunderwerbe | |
| Grunderwerbe in Fröndenberg-Bausenhagen | 787,06 |
| Grunderwerb Kamen-Methler | 671,16 |
| *Zwischensumme* | *1.458,22* |
| Weitere Anlagen im Bau und geleistete Anzahlungen | |
| Einführung Digitalfunk | 1.000.091,14 |
| Hardware Einsatzleitsystem | 647.782,85 |
| Puppenbus | 48.865,48 |
| *Zwischensumme* | *1.696.739,47* |
| **Summe** | **8.793.759,37** |

**Finanzanlagen / Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen**

Außerplanmäßige Abschreibung

Im Rahmen der Inventur per 31.12.2018 gemäß § 28 Absatz 1 GemHVO NRW und unter Beachtung des Vorsichtsprinzips aus § 32 Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 GemHVO NRW wurden auch die Anteile an verbundenen Unternehmen begutachtet. Im Rahmen der Bewertung der Unternehmensanteile ist geprüft worden, ob durch Zugänge (z. B. Neugründung, Tausch, Kapitalerhöhung, Verschmelzung) oder Abgänge (Beendigung der Gesellschaft, Austritt aus einer Gesellschaft, Verkauf von Anteilen, Kapitalrückzahlungen) Tatbestände bestehen, die zu einer - auch wertmäßigen - Änderung führen. Liegt der neu ermittelte beizulegende Wert unterhalb des Buchwertes und ist diese festgestellte Wertminderung als voraussichtlich dauerhaft anzusehen, ist gemäß § 35 Absatz 5 Satz 1 GemHVO NRW eine außerplanmäßige Abschreibung vorzunehmen. Im Jahresabschluss 2018 musste keine außerplanmäßige Abschreibung auf Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgen.

**Ausleihungen**

Ausleihungen an Beteiligungen

Unter den Ausleihungen an Beteiligungen werden zum 31.12.2018 Ausleihungen an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) in Höhe von insgesamt 20.800.000,00 Euro bilanziert.

### 5.1.2 Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung

In einem Zeitreihenvergleich hat sich das Umlaufvermögen des Kreises Unna wie folgt entwickelt:

| Bilanzposten | Buchwert per … in T.Euro | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **31.12.2014** | **31.12.2015** | **31.12.2016** | **31.12.2017** | **31.12.2018** |
| Vorräte | 127 | 66 | 345 | 1.501 | 556 |
| Forderungen | 19.833 | 22.466 | 32.288 | 37.494 | 47.152 |
| Sonst. Vermögensgegenstände | 129 | 0 | 0 | 405 | 0 |
| Liquide Mittel | 1.660 | 749 | 380 | 180 | 8.063 |
| Aktive Rechnungsabgrenzung | 7.469 | 17.530 | 14.854 | 16.205 | 17.039 |

**Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren**

Im Bereich des Bauhofs (Fachbereich Bauen, FB 60), der Druckerei, der zentralen Materialbeschaffung sowie des Bistros (alle Zentrale Dienste, FD 11) wurde auf eine mengen- und wertmäßige Erfassung der Bestände an Vorräten aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Wesentlichkeit verzichtet. Darüber hinaus hat sich der Kreis Unna grundsätzlich entschieden, keine Lagerbuchhaltung in diesen Bereichen zu installieren. Beschaffungen werden direkt (»Just in Time«) als Aufwand gebucht (»sofortige Verbrauchsfiktion«).

Im Posten »Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren« werden auch Grundstücke des Umlaufvermögens ausgewiesen. Diese wurden vom Kreis Unna (z.T. im Rahmen von Infrastrukturbaumaßnahmen) mit der Absicht erworben, in absehbarer Zeit - auch als Teilgrundstücke - weiterveräußert zu werden.

Entsprechend dem Vorsichts- und Niederstwertprinzip wurden die Grundstücke des Umlaufvermögens durch die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Kreis Unna zum Bilanzstichtag gutachterlich neu bewertet. Liegt der beizulegende Wert unter dem bisherigen Buchwert, wird gemäß § 35 Absatz 7 GemHVO NRW eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Für das Haushaltsjahr 2018 waren hier außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 2.179,64 Euro vorzunehmen.

Im Zuge der außerplanmäßigen Abschreibungen waren teilweise bei den aus Mitteln des Ökologischen Grundstücksfonds finanzierten Grundstücken diese Zuschüsse in gleichem Maße zu reduzieren. Die Mittel sind hierbei in voller Höhe in die erhaltene Anzahlung zum Ökologischen Grundstücksfonds zurückgeflossen.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2018 beträgt der Buchwert aller im Umlaufvermögen ausgewiesenen Grundstücke insgesamt 260.683,81 Euro (Vorjahr 1.220.533,45 Euro). Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus dem Verkauf von Flurstücken im Zusammenhang mit dem Bau der geplanten K 40n an die Stadt Kamen.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Eine Aufteilung der Forderungen nach Fälligkeiten kann dem Forderungsspiegel unter Abschnitt 5.11 entnommen werden.

Der deutliche Anstieg der »öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen« zum 31.12.2018 gegenüber dem Vorjahr um rd. 7 Mio. Euro resultiert zum einen im Wesentlichen aus der erstmaligen Aktivierung einer Forderung in Höhe von rd. 3,7 Mio. Euro aus dem Projekt »Gute Schule 2020« (siehe weitere Erläuterungen unter »Forderungen aus dem Projekt Gute Schule 2020«). Zum anderen werden zum Jahresabschluss 2018 höhere Forderungen aus der differenzierten Kreisumlage als im Vorjahr aktiviert.

<u>»Fremd verwaltete Forderungen«, sowie »Forderungen von darlehensweise gewährten Hilfen im SGB II und SGB XII«</u>

Der Kreis Unna ist Träger der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) sowie weiterer kommunaler Leistungen (u. a. BuT-Leistungen für SGB II-Empfänger), die seit 2011 durch die gemeinsame Einrichtung Jobcenter Kreis Unna gewährt werden. Im Rahmen der Gewährung und Zahlbarmachung dieser Leistungen können Forderungen u. a. auch durch Überzahlungen an die Leistungsberechtigten oder durch Erstattungsansprüche gegen Dritte (z. B. aus Unterhaltsverpflichtungen) entstehen.

Die Leistungsbeteiligung des Bundes an den KdU und Heizung für Arbeitssuchende nach § 22 SGB II hat sich seit 2005 immer wieder verändert und beträgt zurzeit über alles 45,66%. Das wirtschaftliche Eigentum an der Forderung i. S. d. § 33 Absatz 1 GemHVO NRW beträgt für den Kreis Unna daher maximal 54,34 % nach Abzug der Bundesbeteiligung.

Bei diesem Bestand der sog. fremdverwalteten Forderungen (Verwaltung über das Jobcenter und den Regionalen Inkasso Service West der Bundesagentur für Arbeit) kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie auch voll realisiert werden können. Auf Grund des allgemeinen haushaltsrechtlichen Grundsatzes, einen Jahresabschluss aufzustellen, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild u. a. auch der Vermögenslage des Kreises Unna vermittelt (§ 95 Absatz 1 GO NRW), ist der Forderungsbestand pauschal zu bereinigen. Hierfür wird das Verhältnis der jährlichen Tilgungen zu den jährlichen Zugängen im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2018 ermittelt. Die Berichtigungsquoten werden für die KdU-Forderungen auf 20,0 % und für BuT-Forderungen auf 20,0 % festgelegt. Per 31.12.2018 ergibt sich ein bereinigter <u>und</u> wertberichtigter Bestand an fremd verwalteten Forderungen nach SGB II i. H. v. 4.117.213,87 Euro.

Die Ermittlung des Bestandes der Forderungen aus der darlehensweisen Hilfegewährung im Rechtskreis SGB II erfolgt korrespondierend zu den fremd verwalteten Forderungen. Die Berichtigungsquoten werden für die KdU-Darlehen auf 15,0 % und für die BuT-Forderungen auf 20,0 % festgelegt. Es ergibt sich per 31.12.2018 ein bereinigter und wertberichtigter Bestand der darlehensweise gewährten Hilfen im Rechtskreis SGB II i. H. v. 1.638.084,74 Euro.

Aus dem Bereich »Hilfen bei Pflegebedürftigkeit« werden darlehensweise Hilfen nach dem 7. Kapitel SGB XII gewährt. Daraus ergibt sich per 31.12.2018 insgesamt ein Forderungsbestand in Höhe von 242.046,12 Euro. Alle zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Informationen, die die Realisierbarkeit dieser Forderungen beeinträchtigen können, sind berücksichtigt worden.

Leistungen nach dem 3./4. Kapitel SGB XII sind durch den Kreis Unna als örtlicher Sozialhilfeträger zu gewähren. Im Rahmen einer Delegationssatzung ist den kreisangehörigen Kommunen die Hilfegewährung für die v.g. Leistungen auferlegt worden. Erstmalig zum 31.12.2018 werden für die existenzsichernden Leistungen (außerhalb von Einrichtungen) nach dem SGB XII Forderungen für die Härtefälle, in denen Darlehen nach § 91 SGB XII gewährt wurden, aktiviert. Es ergibt sich hieraus ein Forderungsbestand per 31.12.2018 in Höhe von insgesamt 339.190,52 Euro. Alle zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Informationen, die die Realisierbarkeit dieser Forderungen beeinträchtigen können, sind berücksichtigt worden.

Forderungen aus Dienstherrenwechseln

Im Posten »öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen« ist eine Forderung gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW sowie dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW für übernommene Pensions- und Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt rd. 7,1 Mio. Euro enthalten. Darüber hinaus sind Forderungen im Rahmen von Dienstherrenwechseln gegenüber Land, Gemeinden und Zweckverbänden i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro bilanziert.

Forderungen aus dem Projekt »Gute Schule 2020«

Der Posten »öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen« enthält zum 31.12.2018 Forderungen in Höhe von 3.700.054,00 Euro gegenüber dem Land NRW aus dem Projekt »Gute Schule 2020«. Demgegenüber hat der Kreis Unna einen Investitionskredit (NRW Bank) passiviert, der zum 31.12.2018 einen Saldo in gleicher Höhe ausweist. Die Forderung gegenüber dem Land NRW wird sich analog zu den Tilgungen des Investitionskredites bei der NRW Bank mindern. Zur bilanziellen Klarstellung, dass der Kreis Unna keine eigenen Finanzmittel für die Tilgung und ggfs. die Zinsleistung aufbringen muss, erfolgte zudem eine Passivierung einer sonstigen Verbindlichkeit zum 31.12.2018 in Höhe von ebenfalls 3.700.054,00 Euro. Mit Fertigstellung der durch das Projekt »Gute Schule 2020« geförderten investiven Maßnahmen wird die »sonstige Verbindlichkeit« in einen »sonstigen Sonderposten« umgebucht, der dann analog zur Abschreibung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens aufgelöst wird.

Ausfallwahrscheinlichkeiten der Forderungen in eigener Verwaltung

Alle Forderungen des Kreises Unna in eigener Verwaltung (ohne fremd verwaltete Forderungen, s.o.) werden zum Nennwert angesetzt. Ihre Werthaltigkeit wird entsprechend der Altersstruktur auf Grund von Erfahrungswerten eingeschätzt. Dabei werden folgende Ausfallwahrscheinlichkeiten zu Grunde gelegt:

| Forderungen mit Fälligkeiten | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| bis 31.12.2014 | 01.01.2015 bis 31.12.2015 | 01.01.2016 bis 31.12.2016 | 01.01.2017 bis 31.12.2017 | 01.01.2018 bis 31.12.2018 | ab 01.01.2019 |
| 100% | 65% | 50% | 30% | 10% | 0% |

Sonstige Vermögensgegenstände

Zum 31.12.2018 sind unter den »sonstigen Vermögensgegenständen« keine Positionen aktiviert.

**Kostenunterdeckung für die Abrechnung der Abfallentsorgungsgebühren**

Die vorläufige Gebührenabrechnung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2018 ergab eine Kostenunterdeckung in Höhe von 61.657,28 Euro.

**Aktive Rechnungsabgrenzung**

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden per 31.12.2018 bilanziert:

| Sachverhalt | Betrag in Euro |
|---|---|
| Abbuchung der Zentralkasse der Bundesagentur für Arbeit für die Kosten der Unterkunft für Januar 2019 | 6.461.805,97 |
| Geleistete Investitionskostenzuschüsse nach dem GTK / KiBiz | 3.163.650,77 |
| Leistungen nach SGB XII für Januar 2019 | 2.595.367,21 |
| Hilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen (Hilfen bei Pflegebedürftigkeit) | 2.338.007,27 |
| Auszahlungen Dienstbezüge und Reiskostenvorschüsse für Januar 2019 | 1.228.464,54 |
| Auszahlungen für Versorgungsaufwendungen | 554.766,00 |
| Monatszahlung Januar 2019 nach dem SGB VIII | 224.764,33 |
| Softwareupdate und -supportvertrag, Versicherungen für Rechtsschutz und EDV-Unterstützung | 154.099,46 |
| Leistungen nach dem UVG für Januar 2019 | 107.992,98 |
| Fraktions- und Gruppenzuwendungen 1. Quartal 2019 | 104.796,19 |
| Hilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen (Hilfen bei Pflegebedürftigkeit) | 35.162,57 |
| Bildung- und Teilhabeleistungen für Januar 2019 | 29.185,78 |
| Bauunterhaltung Schloss Cappenberg | 23.885,15 |
| Auszahlungen für Eingliederungshilfe | 16.377,82 |
| Abgrenzung von Kreditbeschaffungskosten nach § 42 Absatz 2 GemHVO NRW | 220,00 |
| **Summe** | **17.038.546,04** |

### 5.1.3 Eigenkapital

Direkte Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage

Gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Absatz 3 Satz 1 GO NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen.

Im Berichtsjahr sind folgende Sachverhalte verrechnet worden:

| Sachverhalt | Betrag in Euro |
|---|---|
| Abgang / vollständige Auflösung von Sonderposten für Vermögensgegenstände, deren Abgang unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage verrechnet wurde | 1.277.514,14 |
| Diverse Verkäufe von beweglichen Gegenständen sowie von Grundstücken des Anlagevermögens (Abgang über Buchwert) | 60.945,79 |
| **Summe verrechnete Erträge** | **1.338.459,93** |
| Außerplanmäßige Abschreibung im Finanzanlagevermögen | 0,00 |
| Diverse Verkäufe, Verschrottungen und sonstige Abgänge von beweglichen Gegenständen des Anlagevermögens (Abgang unter Buchwert) | 1.575.948,85 |
| **Summe verrechnete Aufwendungen** | **1.575.948,85** |
| **Verrechnungssaldo** | **-237.488,92** |

Eigenkapitalveränderung

Das Eigenkapital des Kreises Unna entwickelt sich im Haushaltsjahr 2018 wie folgt (in Euro):

| | Allgemeine Rücklage | Ausgleichs-rücklage | Jahresergebnis |
|---|---|---|---|
| Stand per 31.12.2017 (vor Ergebnisverwendung) | 13.964.212,72 | 7.198.801,05 | 3.798.255,24 |
| Verwendung des Jahresergebnisses 2017 | 2.676.633,29 | 1.121.621,95 | -- |
| Stand per 31.12.2017 nach Ergebnisverwendung | 16.640.846,01 | 8.320.423,00 | -- |
| Verrechnete Erträge und Aufwendungen 2018 (Saldo, s.o.) | -237.488,92 | -- | -- |
| Jahresergebnis 2018 (Überschuss) | -- | -- | 10.560.256,48 |
| Stand per 31.12.2018 (vor Ergebnisverwendung) | 16.403.357,09 | 8.320.423,00 | 10.560.256,48 |

Eigenkapitalentwicklung

In einem Zeitreihenvergleich hat sich das Eigenkapital des Kreises Unna wie folgt entwickelt:

| **Eigenkapitalposten** | Buchwert per … in T.Euro | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **31.12.2014** | **31.12.2015** | **31.12.2016** | **31.12.2017** | **31.12.2018** |
| Allgemeine Rücklage | 2.087 | 4.128 | 8.383 | 13.964 | 16.403 |
| Sonderrücklagen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ausgleichsrücklage | 0 | 2.338 | 4.324 | 7.199 | 8.321 |
| Jahresergebnis | 4.929 | 6.506 | 8.889 | 3.798 | 10.560 |
| **Summe Eigenkapital** | **7.015** | **12.972** | **21.596** | **24.961** | **35.284** |

### 5.1.4 Sonderposten

In einem Zeitreihenvergleich haben sich die Sonderposten des Kreises Unna wie folgt entwickelt:

| **Bilanzposten** | Buchwert per … in T.Euro | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Sonderposten für …** | **31.12.2014** | **31.12.2015** | **31.12.2016** | **31.12.2017** | **31.12.2018** |
| … Zuwendungen | 115.351 | 117.354 | 114.075 | 110.684 | 110.177 |
| … Beiträge | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| … den Gebührenausgleich | 240 | 269 | 29 | 3 | 3 |
| Sonstige Sonderposten | 8.125 | 7.945 | 8.522 | 10.525 | 13.423 |
| **Summe Sonderposten** | **123.716** | **125.568** | **122.626** | **121.212** | **123.603** |

**Sonderposten für Zuwendungen**

Erhaltene Zuwendungen und Beiträge für Investitionen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt werden, werden gemäß § 43 Absatz 5 GemHVO NRW als Sonderposten angesetzt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

**Sonderposten für den Gebührenausgleich**

Gemäß der vorläufigen Abrechnung der Abfallentsorgungsgebühren für das Gebührenjahr 2017 (Vorjahr) ergab sich eine Gebührenüberdeckung, so dass im Haushaltsjahr 2017 ein Sonderposten für den Gebührenausgleich in Höhe von 2.859,63 Euro gebildet wurde. Diese Überdeckung kann frühestens 2019 in die Kalkulation der Abfallgebühren einfließen.

**Sonstige Sonderposten**

Für die bestehenden Nutzungsbeschränkungen der Vermögenswerte aus der Zimmermann-Stiftung ist ein sonstiger Sonderposten gebildet worden. Er teilt sich auf in einen Sonderposten für das Stiftungsvermögen in Höhe von 238.115,31 Euro und in einen Sonderposten für die liquiden Mittel in Höhe von 331,50 Euro. Auf die Ausführungen unter Abschnitt 5.7 wird verwiesen.

Weiterhin werden unter den sonstigen Sonderposten folgende Sachverhalte ausgewiesen:

- Sonderposten für eine Verwendungsbeschränkung der dem Kreis Unna zugeflossenen Mittel aus Nachlässen,
- Sonderposten für ab dem Haushaltsjahr 2011 investiv verwendete Ersatzgelder,
- Sonderposten für ab dem Haushaltsjahr 2014 unentgeltlich übernommene Vermögensgegenstände, z. B. im Rahmen der Rückübertragung der Baulastträgerschaft an Kreisstraßen.

### 5.1.5 Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen im abgeschlossenen Haushaltsjahr kann dem Rückstellungsspiegel entnommen werden (vgl. Abschnitt 5.13). In einem Zeitreihenvergleich haben sich die Rückstellungen des Kreises Unna wie folgt entwickelt:

| **Bilanzposten** | Buchwert per … in T.Euro | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **31.12.2014** | **31.12.2015** | **31.12.2016** | **31.12.2017** | **31.12.2018** |
| Pensionsrückstellungen | 140.062 | 147.262 | 149.620 | 158.028 | 165.687 |
| Deponie- u. Altlastenrückstell. | 763 | 763 | 763 | 763 | 763 |
| Instandhaltungsrückstellungen | 2.021 | 1.462 | 2.475 | 2.394 | 1.610 |
| Sonstige Rückstellungen | 15.188 | 16.942 | 14.353 | 10.184 | 10.947 |
| **Summe Rückstellungen** | **158.034** | **166.429** | **167.211** | **171.369** | **179.007** |

**Pensionsrückstellungen**

Die Pensionsrückstellungen basieren auf einem differenzierten versicherungsmathematischen Gutachten der »Heubeck AG« im Auftrag der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse in Münster, das für alle Kommunen in gleicher Weise erstellt wurde, die dort Mitglied sind.

Bewertet wurden Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber aktiven Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängern und Versorgungsempfängerinnen. Für die Bewertung der Beihilfeverpflichtungen wurden dabei nur die zukünftigen Verpflichtungen gegenüber den derzeitigen Aktiven zur Zahlung von Beihilfen nach Eintritt des Versorgungsfalls sowie gegenüber den derzeitigen Versorgungsempfängern und Hinterbliebenen (ohne nicht schwerbehinderte Waisen) berücksichtigt.

Ermittelt wurde jeweils der Teilwert der Verpflichtungen. Dabei wird eine kalkulatorische Gleichverteilung der Belastungen aus den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen über die Dauer des aktiven Dienstverhältnisses unterstellt. Als Finanzierungsbeginn wird dabei der Beginn des Beamtenverhältnisses angesetzt.

Für die Bewertung wird grundsätzlich der Stichtagsbestand zum 31.10.2018 verwendet. Zusätzlich werden Abgänge, Neuzugänge und Beförderungen zwischen dem 01.11.2018 und dem 31.12.2018 berücksichtigt.

Die Bewertung erfolgt mit dem in § 36 Absatz 1 GemHVO NRW vorgesehenen Rechnungszins von fünf Prozent auf Basis der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck. Für die Höhe der Versorgung werden zum 31.12.2018 die ab dem 01.01.2018 maßgeblichen Beträge gemäß den Anlagen zu Artikel 2 des Gesetzes vom 07.04.2017 zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2017/2018 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen (GV.NRW 2017 S. 452) unter Berücksichtigung des Einbaufaktors gemäß § 5 Abs. 1 LBeamtVG NRW angesetzt.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilfeverpflichtungen erfolgt auf Grundlage von Kopfschadenstatistiken unter Berücksichtigung eines altersabhängig steigenden Schadenprofils (Basis: Wahrscheinlichkeitstafeln in der privaten Krankenversicherung 2016, veröffentlicht von der BaFin am 29.12.2017). Die Bewertung erfolgt unter Einfluss der Statistiken für Zahnbehandlung und Zahnersatz, ambulante Heilbehandlung, stationäre Heilbehandlung im Zweibettzimmer sowie ambulante und stationäre Pflege aller drei Pflegestufen jeweils für Beihilfeberechtigte.

Das rechnungsmäßige Pensionierungsalter wird für Feuerwehrbeamte mit 60 Jahren und für alle übrigen Beamten in Abhängigkeit vom Geburtsjahr mit 65, 66 bzw. 67 Jahren angesetzt.

**Rückstellungen für Altlastensanierung**

Auf dem Nordteil des Geländes der ehemaligen Zeche und Kokerei Massen III/IV ist eine Altlastensanierung durchzuführen. Die Sanierung erfolgt in Abstimmung mit dem Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV). Nach aktuellen Schätzungen werden für die Sanierung insgesamt Aufwendungen i. H. v. rund 5,5 Mio. Euro anfallen.

Die Sanierungsmaßnahmen werden vom AAV und dem Kreis Unna durchgeführt. Die entstehenden Aufwendungen werden – vermindert um die Anteile Dritter – vom AAV und dem Kreis Unna im Verhältnis 80:20 getragen.

Im Haushaltsjahr 2018 sind zwar Bauleistungen angefallen, für die bisher jedoch noch keine Rechnungsstellung durch den AAV erfolgte.

Die Gesamtkosten der Maßnahmen können sich eventuell aufgrund von möglichen Preissteigerungen erhöhen. Eine qualitative fachliche Aussage kann jedoch noch nicht getroffen werden, so dass die vorhandene Rückstellung i. H. v. 762.814,00 Euro aus fachlicher Sicht per 31.12.2018 unverändert fortgeführt wird.

**Instandhaltungsrückstellungen**

Gemäß § 36 Absatz 3 GemHVO NRW sind für unterlassene Instandhaltung von Sachanlagen Rückstellungen anzusetzen, wenn die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss. Die vorgesehenen Maßnahmen müssen am Abschlussstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein. Die Rückstellungen dürfen ausschließlich für Instandhaltungen des Sachanlagevermögens, also insbesondere der Gebäude, des Infrastrukturvermögens und der Maschinen und technischen Anlagen, gebildet werden. Die Nachholung der unterlassenen Instandhaltung kann nur dann als hinreichend konkret beabsichtigt angesehen werden, wenn sie in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung berücksichtigt wird. Damit beschränkt sich der Zeitraum für die Nachholung der Instandhaltung auf maximal vier Jahre, ausgehend von dem Jahr, in dem die Instandhaltung unterlassen wurde.

Zum Stichtag 31.12.2018 konnten folgende Maßnahmen nicht ausgeführt werden, die somit zu einer unterlassenen Instandhaltung führen:

| Objekt | Gegenstand der Rückstellung | Voraussichtliche Ausführung | Betrag in Euro |
|---|---|---|---|
| Brücke (K9) | Sanierung der Brücke über die Seseke | 2019 | 335.000,00 |
| K31 Fahrbahn | Deckenerneuerung | 2019 | 247.887,21 |
| Förderzentrum Unna | diverse Reparaturarbeiten | 2019 | 89.273,88 |
| Fr.-v.- Stein BK | Dachsanierung | 2019 | 80.000,00 |
| Hellweg BK | Austausch der Rauchschutztüren | 2019 | 75.000,00 |
| B233/K9 | Straßensanierung nach Kanalbau | 2019 | 73.000,00 |
| Signalanlage K16 | Umrüstung der Signalanlage auf LED-Beleuchtung | 2019 | 57.781,25 |
| Hellweg-BK | Erneuerung der Bodenbeläge | 2019 | 46.530,88 |
| Kreisporthalle Unna | Erneuerung des Prallschutzes | 2019 | 45.000,00 |
| L507/K8 | Umbau der Einmündung und der Verkehrsinsel | 2019 | 45.000,00 |
| Kreishaus Lünen | Erneuerung der Grundleitungen | 2019 | 36.000,00 |
| Fr.-v.-Bodelschwingh-Schule | Erneuerung der Schwimmbadfilter | 2019 | 30.000,00 |
| K30 Fahrbahn | Deckenerneuerung | 2019 | 29.685,74 |
| Tierheim | Austausch der Fäkalrinnen und Gittertüren | 2019 | 21.601,36 |
| Freiherr-von-Bodelschwingh-Schule | Reparatur der Fahrbahndecke am Busbahnhof | 2019 | 20.000,00 |
| Kreishaus Lünen | Sanierung der Holzfenster | 2019 | 20.000,00 |
| Leitstelle | Raumluftstabilisierung | 2019 | 20.000,00 |
| NTZ | Austausch der Türen | 2019 | 19.203,28 |
| Haus Opherdicke | Austausch von Holz (Gauben) | 2019 | 16.000,00 |
| NTZ | Umrüstung der Schließanlagen | 2019 | 15.000,00 |
| Lippe BK | Fußbodensanierung | 2019 | 15.000,00 |
| Tierheim | Dachsanierung des Hundezwingers | 2019 | 15.000,00 |
| Hellweg BK | Erneuerung der Trinkwasserverteilung | 2019 | 15.000,00 |
| Hansa BK | Erneuerung der Schließanlagen | 2019 | 15.000,00 |
| Fr.-v.-Stein BK | Austausch der Fenster | 2019 | 15.000,00 |
| Märkisches BK | Erneuerung der Schließanlage | 2019 | 15.000,00 |
| Hellweg BK | Erneuerung der Schließanlage | 2019 | 15.000,00 |
| Regenbogenschule | Einbau der Spielgeräte | 2019 | 14.400,00 |
| Fr.-v.-Bodelschwingh-Schule | Einzäunung | 2019 | 14.003,97 |
| Gesundheitshaus | Hydraulischer Ausgleich für Heizungsanlage | 2019 | 12.000,00 |
| Kreishaus Lünen | Be- und Entlüftungsarbeiten | 2019 | 12.000,00 |
| Tierheim | Badsanierung | 2019 | 12.000,00 |

| Objekt | Gegenstand der Rückstellung | Voraussichtliche Ausführung | Betrag in Euro |
|---|---|---|---|
| NTZ | Putzarbeiten nach Türeneinbau | 2019 | 10.000,00 |
| Gesundheitshaus | Verkleidung der Terrassentüren | 2019 | 10.000,00 |
| NTZ | Überarbeitung der Heizungsanlagen | 2019 | 10.000,00 |
| Tierheim | Erneuerung der Abwasserrinne | 2019 | 8.000,00 |
| Gesundheitshaus | Erneuerung der Dachholzbalken | 2019 | 8.000,00 |
| Leitstelle | Überarbeitung der Notstromversorgung | 2019 | 8.000,00 |
| Hansa BK | Austausch der Melder (BMA) | 2019 | 7.913,36 |
| Gesundheitshaus | Reparatur oder Austausch der Rauchschutztüren | 2019 | 7.000,00 |
| Gesundheitshaus | Arbeitsplatzumbau (Infothek) | 2019 | 7.000,00 |
| Sonnenschule | Überarbeitung der Lüftungsanlage | 2019 | 6.000,00 |
| FSZ | Ergänzung der Schließanlage | 2019 | 6.000,00 |
| Sporthalle Unna | Austausch der Notausgangstüren | 2019 | 6.000,00 |
| Fr.-v.-Stein BK | Sanierung der Sicherheitsbeleuchtung | 2019 | 5.906,74 |
| Kreishaus Lünen | Austausch der Brandschutztüren | 2019 | 5.000,00 |
| FSZ | Erneuerung der Jalousien | 2019 | 5.000,00 |
| Fr.-v.-Bodelschwingh-Schule | Schotterarbeiten | 2019 | 4.520,91 |
| Hellweg BK | Umbau Konferenz- in Multifunktionsraum | 2019 | 2.586,15 |
| NTZ | Erneuerung der Klassenraumtüren | 2019 | 1.310,23 |
| | | **Summe** | **1.609.604,96** |

**Sonstige Rückstellungen**

Rückstellungen müssen gemäß § 36 Absatz 4 GemHVO NRW auch für Verpflichtungen angesetzt werden, die dem Grunde oder der Höhe nach zum Abschlussstichtag noch nicht genau bekannt sind. Dabei muss es zumindest wahrscheinlich sein, dass die Verbindlichkeit gegenüber anderen (z. B. auf Grund vertraglicher Vereinbarungen oder gesetzlicher Regelungen) zukünftig entstehen wird. Die wirtschaftliche Ursache muss vor dem Jahresabschlussstichtag liegen. Eine Verpflichtung gegen sich selbst, die nur interne Gültigkeit hat, stellt keinen Rückstellungsgrund dar.

Per Stichtag 31.12.2018 sind folgende sonstige Rückstellungen passiviert worden:

| Rückstellungsgrund | Betrag in Euro |
|---|---|
| Personalrückstellungen | |
| Nicht in Anspruch genommener Urlaub | 2.495.521,08 |
| Arbeitszeitguthaben | 778.716,40 |
| Dienstherrenwechsel | 741.669,88 |
| Leistungsprämien nach TVöD für 2018: Tariflich Beschäftigte | 665.757,65 |
| Jubiläumszuwendungen | 393.490,74 |
| Überstunden | 287.336,31 |
| Leistungsprämien nach LPZVO für 2018: Beamte | 258.681,83 |
| Altersteilzeitverträge | 106.790,93 |
| Sabbatjahr | 49.300,00 |
| *Zwischensumme* | *5.777.264,82* |
| Sozial- und Jugendhilferückstellungen | |
| Abzurechnende Krankenhilfekosten mit den Krankenkassen nach § 264 SGB V | 1.764.801,35 |
| Sozialticket 2. Halbjahr 2018 | 708.000,00 |
| Kosten der Betreuung von Kindern und Jugendlichen in anderen Jugendamtsbezirken im Rahmen der erzieherischen Hilfen | 373.665,00 |
| Widerspruchsfälle Jobcenter; Streitverfahren Erwerbsfähigkeit | 344.000,00 |
| Ausstehende Jahresabrechnungen: Hilfen zur Gesundheit | 335.254,40 |
| Schulbegleitung von Kindern mit Behinderungen | 310.982,28 |
| Kostenerstattungen für die Unterbringung behinderter Kinder in Pflegefamilien | 115.200,00 |
| Kostenerstattungen für die Unterbringung in Frauenhäusern | 87.427,30 |
| Rückzahlungsverpflichtung für Fördermittel der Regionalagentur West. Ruhrgebiet | 45.000,00 |
| *Zwischensumme* | *4.084.330,33* |
| Übrige sonstige Rückstellungen | |
| Leistungs- und Rechnungsrückstellungen | 399.541,11 |
| Verlustabdeckung WFG | 369.798,00 |
| Prozesskosten | 196.039,75 |
| Mängelbeseitigung Schloss Cappenberg | 102.831,36 |
| Umweltkartenausgleich mit der Busverkehr Ruhr-Sieg GmbH | 17.500,00 |
| *Zwischensumme* | *1.085.710,22* |
| **Summe** | **10.947.305,37** |

In der per 31.12.2018 gebildeten Rückstellung aus Dienstherrenwechsel sind die Beteiligungsbelastungen nach dem Versorgungslastenverteilungsgesetz NRW und nach § 107 b Beamtenversorgungsgesetz ausgewiesen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 17.12.2013 beschlossen, die Nachsorgeverpflichtung der Zentraldeponie Fröndenberg (ZDF), die der Kreis Unna zum 01.01.2016 von der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet mbH (AGR) übernehmen müsste, auf die Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) zu übertragen. Die buchhalterische Abwicklung erfolgte im Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013. Nach der Übertragung besteht für den Kreis Unna weiterhin eine vertragliche Verpflichtung, nun gegenüber der GWA. Es ist aus Sicht des Kreises Unna derzeit ungewiss, ob, wann und in welcher Höhe eine Verbindlichkeit entsteht. Die wirtschaftliche Ursache ist in der Verfüllung der Deponie zu sehen. Die rechtliche Verursachung erfolgte durch Abschluss der

vertraglichen Vereinbarung im Jahr 2013. Für den Abschlussstichtag 31.12.2018 ist weiterhin von den Berechnungen des im Auftrag der GWA erstellten Gutachtens aus Mai 2015 auszugehen, welches eine vollständige Deckung der Nachsorgeverpflichtungen darstellt. Im Jahresabschluss der GWA für das Geschäftsjahr 2018 waren somit auch weiterhin keine Anpassungsbuchungen hinsichtlich der Übernahme der Nachsorgeverpflichtungen der ZDF mit Ausnahme der Zuführung der Zinserträge aus einer Finanzanlage erforderlich.

Zum Jahresabschluss 2018 ist es nicht möglich, einen wirklichkeitsnahen Rückstellungsbetrag für die Krankenhilfekosten (ausstehende Abrechnungen von Krankenhäusern, Rettungsdiensten, Taxiunternehmen sowie von Apotheken) der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Haushaltsjahres 2018 zu schätzen. Aus diesem Grund wird auf eine Rückstellungsbildung für das Haushaltsjahr 2018 verzichtet. Aufgrund der 100%-igen Kostenerstattung durch das Land Nordrhein-Westfalen ist dieser Sachverhalt mithin haushaltsneutral.

### 5.1.6 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind die Summe der noch offenen finanziellen Verpflichtungen gegenüber Lieferanten und sonstigen Gläubigern. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten an den Kreis Unna erbrachte Sach- und Dienstleistungen durch Dritte, die in Rechnung gestellt sind. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen ergeben sich insbesondere aus dem Bereich der Sozialleistungen. Alle Verbindlichkeiten des Kreises Unna sind zum jeweiligen Rückzahlungswert bilanziert.

Der Stand und die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten zum 31.12.2018 können dem Verbindlichkeitenspiegel unter Abschnitt 5.13 entnommen werden.

In einem Zeitreihenvergleich haben sich die Verbindlichkeiten des Kreises Unna wie folgt entwickelt:

| **Bilanzposten** | Buchwert per … in T.Euro | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **31.12.2014** | **31.12.2015** | **31.12.2016** | **31.12.2017** | **31.12.2018** |
| Investitionskredite | 49.738 | 47.491 | 46.128 | 52.969 | 69.957 |
| Liquiditätskredite | 0 | 3.000 | 6.000 | 2.337 | 0 |
| Kreditähnliche Sachverhalte | 19.803 | 19.029 | 18.029 | 17.001 | 15.947 |
| Liefer-/Leistungsverbindlichk. | 3.797 | 2.400 | 2.729 | 2.888 | 2.277 |
| Transferverbindlichkeiten | 3.391 | 1.766 | 1.710 | 3.297 | 2.896 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 1.581 | 1.768 | 1.966 | 2.460 | 6.635 |
| Erhaltene Anzahlungen | 9.309 | 8.504 | 7.961 | 10.109 | 9.369 |
| **Summe Verbindlichkeiten** | **87.619** | **83.958** | **84.523** | **91.061** | **107.081** |

**Investitionskredite und sonstige Verbindlichkeiten**

In Bezug auf die Investitionskredite und sonstigen Verbindlichkeiten aus dem Projekt »Gute Schule 2020« wird auf die Ausführungen unter Punkt 5.1.2 Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung; Unterpunkt »Forderungen aus dem Projekt Gute Schule 2020« verwiesen.

**Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**

Unter diesem Bilanzposten wird die im Rahmen des PPP-Projektes »Sanierung und Betrieb des Kreishauses Friedrich-Ebert-Str. 17 in Unna; Betrieb der Verwaltungsgebäude Platanenallee 16 und Hansastr. 4 in Unna« eingegangene Rückzahlungsverpflichtung (Laufzeit 25 Jahre) an die Projekt- und Betriebsgesellschaft Kreishaus Unna mbH (PBKU) in Höhe von 15.946.747,57 Euro angesetzt.

**Erhaltene Anzahlungen**

Der Bilanzposten »erhaltene Anzahlungen« setzt sich wie folgt zusammen:

| Sachverhalt | Betrag in Euro |
|---|---|
| Erhaltene Anzahlungen für den Bereich Natur und Umwelt | |
| Erhaltene Anzahlungen aus Ersatzgeldern | 2.924.552,84 |
| Erhaltene Anzahlungen im Rahmen des Ökologischen Grundstücksfonds | 1.222.960,26 |
| Zuschuss AGR für Rekultivierung und Nachsorgeverpflichtung | 775.162,19 |
| Erhaltene Anzahlungen für Flurbereinigungsverfahren | 348.201,25 |
| Erhaltene Anzahlungen Nießbrauch | 62.773,72 |
| Sicherheitsleistung nach § 5 Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) | 35.000,00 |
| *Zwischensumme* | *5.368.650,26* |
| Übrige erhaltene Anzahlungen | |
| Zweckgebundene erhaltene Anzahlungen zugunsten späterer Auszahlungen | 2.471.943,61 |
| Erhaltene Anzahlungen auf Anlagen im Bau | 1.084.532,58 |
| Erhaltene Anzahlungen für zu tätigende Grunderwerbe | 200.114,56 |
| Erhaltene Anzahlungen Digitalfunk | 125.598,94 |
| Erhaltene Anzahlung für die Anschaffung und Fertigstellung eines Puppenbusses | 50.000,00 |
| Erhaltene Sicherheitsleistungen im Bereich Ausländerwesen | 49.156,00 |
| Erhaltene Anzahlungen aus sonstigen Förderungen und Zuwendungen | 16.194,81 |
| Schlüsselkautionen | 2.561,92 |
| *Zwischensumme* | *4.000.102,42* |
| **Summe** | **9.368.752,68** |

### 5.1.7 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In einem Zeitreihenvergleich hat sich die passive Rechnungsabgrenzung wie folgt entwickelt:

| Bilanzposten | Buchwert per … in T.Euro | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **31.12.2014** | **31.12.2015** | **31.12.2016** | **31.12.2017** | **31.12.2018** |
| Passive Rechnungsabgrenzung | 3.798 | 3.491 | 3.669 | 3.948 | **3.925** |

Per 31.12.2018 sind unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten angesetzt:

| Sachverhalt | Betrag in Euro |
|---|---|
| Erhaltene Zuweisungen durch das Land für die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren | 3.074.895,57 |
| Abgrenzung Kreisumlage aus dem Jahr 2017 / Bauunterhaltung Schloss Cappenberg | 616.000,00 |
| Abgrenzung aus der Endabrechnung 2018 Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) | 183.753,17 |
| Passive Rechnungsabgrenzung für mehrjährige Vermögensabgänge | 47.113,33 |
| Abgrenzung aus der Endabrechnung 2018 Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) | 3.668,77 |
| **Summe** | **3.925.430,84** |

## 5.2 Anhang zur Ergebnisrechnung

### Bruttoprinzip

In der Ergebnisrechnung werden die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen getrennt voneinander nachgewiesen (Bruttoprinzip gemäß § 38 Absatz 1 Satz 1 GemHVO NRW). Bis zum Haushaltsjahr 2016 wurden abweichend vom Verrechnungsverbot des § 38 Absatz 1 Satz 2 GemHVO NRW Rückerstattungen überzahlter Leistungen im Rahmen von Hilfen innerhalb von Einrichtungen (SGB XII) bei den Aufwendungen abgesetzt, auch dann, wenn es sich um Rückerstattungen für Vorjahre handelte. Ab dem Haushaltsjahr 2017 ist es aufgrund von Anweisungen des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales zum Verfahren zur Erstattung der Grundsicherungsleistungen (SGB XII) notwendig, das bisherige Verfahren zu ändern und Erträge gesondert darzustellen und nachzuweisen. Dieses soll auch für klassische Gutschriften für das laufende Haushaltsjahr, die im Regelfall verrechnet werden, gelten. Somit werden ab dem Haushaltsjahr 2017 Ertragsbuchungen notwendig, auch für unterjährige Rückerstattungen überzahlter Leistungen, die im Rahmen von Hilfen innerhalb von Einrichtungen (SGB XII) erfolgen.

### Außerplanmäßige Abschreibungen

Im Haushaltsjahr 2018 wurden folgende ergebniswirksame außerplanmäßige Abschreibungen erfasst:

- außerplanmäßige Abschreibungen auf Grunddienstbarkeiten des Fachbereichs Natur und Umwelt (FB 69) i. H. v. 213.157,45 Euro (§ 35 Absatz 5 Satz 1 GemHVO NRW),
- außerplanmäßige Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke des Anlagevermögens und Grundstücke des Infrastrukturvermögens auf Grund vorgenommener Neubewertung / Nutzungsänderung i. H. v. insgesamt 159.176,22 Euro (§ 35 Absatz 5 Satz 1 GemHVO NRW),
- außerplanmäßige Abschreibungen auf Grundstücke des Umlaufvermögens i .H. v. 2.179,64 Euro (§ 35 Absatz 7 GemHVO NRW).

Die Summe der außerplanmäßigen Abschreibungen ist in der Ergebnisrechnungsposition »Bilanzielle Abschreibungen« enthalten.

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung**

Die Rechnungsergebnisse der einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2018 werden im Lagebericht (Abschnitte 6.4 und 6.5) dargestellt und analysiert. Insofern wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

**Aufwendungen und Erträge, die direkt mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden**

Die unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnenden Aufwendungen und Erträge werden unter den einzelnen Bilanzposten sowie im Abschnitt 5.1.3 bei den Erläuterungen zum Eigenkapital nachgewiesen. Insofern wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

## 5.3 Anhang zur Finanzrechnung

**Bruttoprinzip**

Die Finanzrechnung stellt unter Beachtung des Bruttoprinzips gemäß § 39 GemHVO NRW sämtliche Ein- und Auszahlungen dar. Dabei werden neben den tatsächlichen Zahlungsströmen (Bewegungen auf den Bankkonten des Kreises Unna) auch ausschließlich die Finanzrechnung beeinflussende Umbuchungen (z. B. auf Grund von endgültigen Zuordnungen erhaltener Anzahlungen zu Investitionen oder zur lfd. Verwaltungstätigkeit, endgültige Zuordnungen von auf Verwahrung liegenden Einzahlungen – ggf. auch aus Vorjahren) ausgewiesen.

**Erläuterung zu den Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen**

Bei den Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen konnten nicht alle für 2018 geplanten Maßnahmen (vollständig) abgeschlossen werden. Hier führten insbesondere verzögerte Grundstückskäufe und nicht abgeschlossene Baumaßnahmen an den Kreisstraßen zu geringeren Auszahlungen.

**Erläuterung zur Gewährung und Tilgung von Liquiditätskrediten an die WFG**

Die Finanzrechnungspositionen »Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen« und »Tilgung und Gewährung von Darlehen« enthalten Ein- und Auszahlungen in Höhe von jeweils 3,7 Mio. Euro für vorübergehende Liquiditätsdarlehen an die WFG.

**Zahlungsströme für die Anschaffung bzw. Herstellung oder Veräußerung von Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens**

Seit dem Jahr 2017 werden Einzahlungen und Auszahlungen für die Anschaffung beziehungsweise Herstellung oder Veräußerung von Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens grundsätzlich investiv ausgewiesen.

**Darstellung in den Teilfinanzrechnungen A und B**

Die Teilfinanzrechnungen – Teil B (Nachweis über einzelne Investitionsmaßnahmen) wurden im Vergleich zum empfohlenen Muster lt. Anlage 21B VV Muster zur GO NRW und GemHVO NRW um die Angabe der gemäß § 22 GemHVO NRW übertragenen Ermächtigungen in einem Plan-/Ist-Vergleich ergänzt.

Vermögensveräußerungen, die nicht im Zusammenhang mit Vermögensneuerwerben stehen, werden im Teil B der Teilfinanzrechnung nicht dargestellt. Ebenso verhält es sich mit den Investitionskostenförderungen an die Träger der Kindertageseinrichtungen und den Investitionskostenzuschüssen durch das Land NRW für diese Sachverhalte, da die Mittel durch den Kreis Unna direkt weitergeleitet werden und für den Kreis Unna keine einzelne Investitionsmaßnahme daraus abgeleitet werden kann.

In der Spalte »Ergebnis 2018« (sowohl im Teil A als auch im Teil B) werden die tatsächlichen Zahlungsströme innerhalb des Haushaltsjahres 2018 dargestellt, d.h. hier sind auch Zahlungen von noch per 31.12.2017 offenen Rechnungen enthalten, die erst im Folgejahr (2018) beglichen werden mussten (auf Grund der späteren Fälligkeit). Insofern kann es in der Vergleichsspalte im Teil B dazu kommen, dass einzelne Investitionsmaßnahmen »überbucht« erscheinen. Eine Ansatzfortschreibung für diese Sachverhalte wurde nicht vorgenommen.

Die Anschaffungen von geringwertigen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten den Betrag von 410 Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, werden nicht mit einer Investitionsnummer gebucht, jedoch in der Finanzrechnung als investive Auszahlungen dargestellt. Dieses führt dazu, dass die Ergebnisse im Teil A und Teil B der Teilfinanzrechnungen in Höhe der angeschafften geringwertigen Vermögensgegenstände voneinander abweichen.

## 5.4 Angaben zu Haftungsverhältnissen

Zum Bilanzstichtag hat der Kreis Unna Verpflichtungen aus Ausfallbürgschaften in Höhe der in der folgenden Tabelle dargestellten Einzelbeträge:

| | Übersicht Bürgschaften Kreis Unna | Ursprüngliche Höhe der Bürgschaften | Stand zu Beginn des HHJahres | Zugang (+) | Abgang (-) | Stand bei Abschluss des HHJahres |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2018 | | | |
| | | | € | | | |
| 1 | Bürgschaften zugunsten der VKU | 2.000.000 | 266.661 | | 133.333 | 133.328 |
| 2 | | 1.500.000 | 400.000 | | 100.000 | 300.000 |
| 3 | | 1.500.000 | 700.000 | | 100.000 | 600.000 |
| 4 | | 2.000.000 | 1.199.984 | | 133.336 | 1.066.648 |
| 5 | | 1.100.000 | 843.334 | | 73.333 | 770.001 |
| 6 | | 1.900.000 | 1.423.333 | | 146.667 | 1.276.666 |
| 7 | Bürgschaft zugunsten der WFG | 535.000 | 535.000 | | 0 | 535.000 |
| 8 | Bürgschaften zugunsten der VKU | 2.200.000 | 1.805.060 | | 225.680 | 1.579.380 |
| 9 | | 2.500.000 | 2.307.670 | | 192.330 | 2.115.340 |
| 10 | | | | 2.600.000 | 260.000 | 2.340.000 |
| 11 | Bürgschaft zugunsten der BKU | | | 8.800.000 | 0 | 8.800.000 |
| | **Gesamtsumme** | **15.235.000** | **9.481.042** | **11.400.000** | **1.364.679** | **19.516.363** |

Weiterhin bestehen folgende sonstige Haftungsverhältnisse:

| | | |
|---|---|---|
| 12 | Kommunale Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw) zugunsten "Gesellschaft für Suchthilfe Kreis Unna mbH". | Verpflichtung zur Zahlung des lt. Satzung vorgesehenen Ausgleichsbetrages und die zu seiner Ermittlung erf. Kosten bei Auflösung des Trägervereins; Höhe der Ausfallbürgschaft nicht bezifferbar. |
| 13 | kvw zugunsten der Holzwickeder Elternselbsthilfe-Vorschulerziehung e. V. (HEV) | |
| 14 | kvw zugunsten der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) | |
| 15 | kvw Münster zugunsten der Elterninitiative Dellwiger Kindergarten e. V. | |
| 16 | Stadt Recklinghausen | Ankauf des ehem. Straßenbahndepots durch die Stadt RE zur Nutzung durch die "Neue Philharmonie Westfalen e. V. Recklinghausen (NPhW)". Verpflichtung für die Dauer der Zweckbindung des Bewilligungsbescheides der Bezirksregierung Münster vom 09.12.1998 über 1.186.672,67 Euro verbindlich, 16,66 % der Kosten zu übernehmen, die der Stadt RE dann entstehen, wenn sie durch das Land NRW auf ganz oder tlw. Rückzahlung von Landesmitteln in Anspruch genommen wird und die Veräußerungserlöse aus dem Verkauf des sogenannten Depots nicht ausreichen sollten, die auf dem Grundstück bestehenden Belastungen und die Rückforderung der Landesmittel abzulösen. |
| 17 | Sparkasse Unna und LandesSportBund Nordrhein-Westfalen zugunsten des Reit- und Fahrvereins Hengsen-Opherdicke e.V. | Der Kreis Unna hat der Belastung des im Grundbuch des Amtsgerichts Unna von Holzwickede Blatt 4897 verzeichneten Grundstücks, Gemarkung Opherdicke, Flur 1, Flurstück 251 in einer Größe von 10.600 m² und des im Erbbaugrundbuch 6596 verzeichneten Erbbaurechts mit einer Grundschuld über 100.000 € zugunsten der Sparkasse Unna sowie einer Grundschuld über 25.000 € zugunsten des LandesSportBundes Nordrhein-Westfalen zugestimmt. |

Der Kreis Unna ist Mitglied der Kommunalen Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw) mit Sitz in Münster. Die kvw hat die Aufgaben, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung in Form einer beitragsorientierten Leistungszusage zu gewähren.

Die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung richten sich nach dem Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K). Seit dem 1. Januar 2002 ist die Höhe der Betriebsrente insbesondere abhängig von dem jeweiligen Jahresentgelt und dem Alter des Beschäftigten (sog. Punktemodell). Anwartschaften aus dem bis zum 31. Dezember 2001 durchgeführten Gesamtversorgungssystem werden zusätzlich in Form einer Startgutschrift berücksichtigt.

Die kvw finanziert sich im Umlageverfahren. Eine vollständige Kapitaldeckung des Barwerts der Verpflichtungen gegenüber den Versorgungsempfängern ist nicht gegeben. Die Mitglieder (und somit auch der Kreis Unna) haften nach der Satzung der kvw gesamtschuldnerisch für die Versorgungsverpflichtungen. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme aus dieser gesamtschuldnerischen Haftung ist zum derzeitigen Zeitpunkt als gering einzuschätzen.

## 5.5 Angaben zu Leasingverträgen

Über das Berichtsjahr hinaus werden folgende Leasingverträge weitergeführt:

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Anzahl | Leasingrate/mtl. gesamt | Laufzeitende (Restlaufzeit) | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | in Euro | < 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | > 5 Jahre |
| 1 | KFZ | 31 x | 6.683,23 | 10 x | 21 x | 0 x |
| 2 | Warnkleidung Bauhofmitarbeiter | | 840,00 | | x | |
| 3 | Kopiergeräte in den Schulen/Berufskollegs | 25 x | 2.907,73 | 0 x | 25 x | 0 x |

## 5.6 Angaben zu Sachverhalten, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben

Der Kreis Unna ist im Rahmen des PPP-Projektes »Sanierung und Betrieb des Kreishauses Friedrich-Ebert-Str. 17 in Unna; Betrieb der Verwaltungsgebäude Platanenallee 16 und Hansastr. 4 in Unna« eine langjährige Rückzahlungsverpflichtung an die Projekt- und Betriebsgesellschaft Kreishaus Unna mbH (PBKU) eingegangen. Zum Stichtag der Eröffnungsbilanz per 01.01.2009 betrug die Rückzahlungsverpflichtung insgesamt 23.691.058,00 Euro. Das Vertragsverhältnis endet zum 31.05.2031 (mit einer fünfjährigen Verlängerungsoption).

In den nächsten fünf Jahren ab Bilanzstichtag ist mit Tilgungsleistungen i. H. v. insgesamt rund 5,56 Mio. Euro zu rechnen (Auszug aus dem Verbindlichkeitenspiegel):

| Art der Verbindlichkeiten | Gesamtbetrag zum 31.12.2018 EUR | mit einer Restlaufzeit von | | | Gesamtbetrag zum 31.12.2017 EUR |
|---|---|---|---|---|---|
| | | bis zu 1 Jahr EUR | 1 bis 5 Jahre EUR | mehr als 5 Jahre EUR | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| **4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen** | **15.946.747,57** | 1.082.794,56 | 4.628.307,93 | 10.235.645,08 | **17.001.365,28** |

Neben den Tilgungsleistungen ist mit folgenden Zinsaufwendungen und -auszahlungen für den Zeitraum 2019 bis 2022 zu rechnen (gerundet):

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | Summe |
|---|---|---|---|---|---|
| **Zinsen (in Euro)** | 407.860 | 378.930 | 349.228 | 318.732 | **1.454.750** |

Für den Kreis Unna besteht insgesamt kein zusätzliches Risiko, das nach der abgeschlossenen baulichen Sanierung gesondert zu beschreiben oder zu bilanzieren wäre. Dies hat mit der Art der gewählten Finanzierung zu tun, die eine reine Projektfinanzierung und keine Forfaitierung mit Einredeverzicht ist. Hierbei wurde eine faire und ökonomisch sinnvolle Risikozuordnung zwischen dem Kreis Unna, Bilfinger Berger und der finanzierenden KfW IPEX-Bank gelegt.

Die Projektfinanzierung stellt hinsichtlich des Schuldendienstes allein auf die zukünftigen Einnahmen des Projektes ab. Die Ertragskraft und die Risikostruktur des Projektes sind daher entscheidend, da Schlechtleistung zu einer Kürzung des Leistungsentgeltes führen kann. Die Konstruktion des beim Kreis Unna realisierten Projektes wurde so gewählt, dass die gegründete Projektgesellschaft PBKU mit dem erforderlichen Eigenkapital ausgestattet wurde und darüber hinaus ein Darlehen von der KfW-Bank erhielt. Eigen- und Fremdkapital werden ausschließlich aus dem monatlichen Entgelt bedient, das der Kreis Unna der Projektgesellschaft zahlt. Die finanzierende Bank partizipiert damit direkt an dem Projektrisiko, denn der Projektgesellschaft steht das volle Entgelt des Kreises Unna nur zu, wenn die in einem umfangreichen Vertragswerk genau definierten Leistungsmaßstäbe des Betriebs erfüllt werden.

Der Kreis Unna ist am gesetzlichen Mindeststammkapital der PBKU mit einem Anteil von 10 Prozent beteiligt, ohne Ergebnisbeteiligung. Dadurch hat er die rechtliche Funktion eines Gesellschafters, kann Einsicht in alle Informationen nehmen und ist an wichtigen Entscheidungen beteiligt.

### 5.7 Angaben zu vom Kreis Unna treuhänderisch verwalteten Vermögen

Gemäß § 97 Absatz 1 Nr. 2 GO NRW ist Sondervermögen der Gemeinde das Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen. Dieses Sondervermögen unterliegt den Vorschriften über die gemeindliche Haushaltswirtschaft. Es ist im Haushaltsplan der Gemeinde gesondert nachzuweisen (§ 97 Absatz 2 GO NRW).

Der Kreis Unna ist Rechtsträger der nichtrechtsfähigen Zimmermann-Stiftung.

Zweck der Zimmermann-Stiftung ist die Förderung des Tierschutzes. Sie wird im Rechts- und Geschäftsverkehr durch den Kreis Unna vertreten. Zu dessen Geschäftsführungs- und Verwaltungsaufgaben gehört auch die Vermögensverwaltung, die mit Geschäftsbesorgungsvertrag vom 19.04.1999 in dem dort festgelegten Umfang auf die Deutsche Stiftungszentrum GmbH (DSZ) übertragen wurde.

Die Vermögenswerte der Zimmermann-Stiftung sind unter dem jeweils zutreffenden Posten in der Bilanz des Kreises Unna auszuweisen:

- Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 238.115,31 Euro,
- Liquide Mittel in Höhe von 331,50 Euro.

Ihnen ist auf der Passivseite ein sonstiger Sonderposten gegenüberzustellen:

- Sonstiger Sonderposten i. H. v. 238.446,81 Euro.

## 5.8 Mitgliedschaften in Verbänden

In folgenden Organisationen ist der Kreis Unna Mitglied und leistet die genannten Mitgliedsbeiträge und ggf. Personal-/Sachkosten.

| Organisation | Mitglieds-beitrag | Personalkosten Sachkosten |
|---|---|---|
| Regionalverband Ruhr - RVR | 4.297.654,00 € | |
| Neue Philharmonie Westfalen*) | 618.637,00 € | |
| Landkreistag NRW | 134.651,90 € | |
| Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. (NFG) | 40.000,00 € (enthält Eigenanteil des Kreises Unna im Rahmen der Förderung der Biologischen Station) | |
| KGSt – Verband für kommunales Management | 10.266,26 € | |
| Westfälisches Literaturbüro Unna e.V. | 51,13 € | 43.726,45 € |

*) Der Kreis Unna ist Träger der Neuen Philharmonie Westfalen e.V. jedoch nicht Mitglied des Fördervereins

Im folgenden Arbeitskreis ist der Kreis Unna ebenfalls Mitglied, trägt jedoch nicht zur Finanzierung bei sondern erhält für Tätigkeiten des Fachbereichs Gesundheit und Verbraucherschutz Personal- und Sachkostenerstattungen.

| Organisation | Personal-kosten-erstattung | Sachkosten-erstattung |
|---|---|---|
| Arbeitskreis Zahngesundheit im Kreis Unna (Prophylaxe-Bereich) | 78.915,66 € | Materiallieferung im Wert von ca. 30.000 € |

## 5.9 Angaben zu Ermächtigungsübertragungen

Die gemäß § 22 GemHVO NRW i.V.m. der Dienstanweisung zur Übertragung von Ermächtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses übertragenen Ermächtigungen aus Vorjahren wurden dem Kreistag mit Sitzungsvorlage Nr. 013/19 zur Kenntnis gegeben und finden sich in den Teilfinanzrechnungen – Teil B (Nachweis der einzelnen Investitionen) wieder.

## 5.10 Anlagenspiegel

| Anlagevermögen | Anschaffungs- und Herstellungskosten | | | | | Abschreibungen | | | | | | Buchwert | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stand am 01.01.2018 | Zugänge in 2018 | Abgänge in 2018 | Umbuchungen in 2018 | Stand am 31.12.2018 | Stand am 01.01.2018 | Abschrei-bungen in 2018 | *davon außerhalb der Ergebnis-rechnung* | Zuschrei-bungen in 2018 | Abgänge Abschreibung in 2018 | Kumulierte Abschrei-bungen | am 31.12.2018 | am 31.12.2017 |
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | *EUR* | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 |
| **1. Immaterielle Vermögensgegenstände** | 4.662.825,42 | 587.657,92 | 80,00 | 0,00 | 5.250.403,34 | 3.624.348,00 | 555.202,71 | *0,00* | 0,00 | 38,67 | 4.179.512,04 | **1.070.891,30** | 1.038.477,42 |
| **2. Sachanlagen** | | | | | | | | | | | | | |
| 2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | | | | | | | | | | | |
| 2.1.1 Grünflächen | 8.812.114,88 | 0,00 | 426,74 | 224.417,00 | 9.036.105,14 | 170.392,34 | 824,41 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 171.216,75 | **8.864.888,39** | 8.641.722,54 |
| 2.1.2 Ackerland | 5.203.947,02 | 638,20 | 3.312,98 | 1.346.470,78 | 6.547.743,02 | 77.565,57 | 234,41 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 77.799,98 | **6.469.943,04** | 5.126.381,45 |
| 2.1.3 Wald, Forsten | 2.196.483,59 | 0,00 | 0,00 | 188.403,90 | 2.384.887,49 | 204.585,78 | 109.870,47 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 314.456,25 | **2.070.431,24** | 1.991.897,81 |
| 2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke | 3.889.877,15 | 0,00 | 8.868,25 | -11.562,69 | 3.869.446,21 | 571.243,37 | 12.023,15 | *0,00* | 0,00 | 3.164,79 | 580.101,73 | **3.289.344,48** | 3.318.633,78 |
| 2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | | | | | | | | | | | | |
| 2.2.1 Kindertageseinrichtungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 0,00 |
| 2.2.2 Schulen | 83.393.623,80 | 204.116,36 | 0,00 | 3.753.550,54 | 87.351.290,70 | 19.009.206,54 | 1.843.117,32 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 20.852.323,86 | **66.498.966,84** | 64.384.417,26 |
| 2.2.3 Wohnbauten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 0,00 |
| 2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- u. Betriebsgebäude | 64.859.515,53 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 64.859.515,53 | 13.820.727,80 | 1.387.888,26 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 15.208.616,06 | **49.650.899,47** | 51.038.787,73 |
| 2.3 Infrastrukturvermögen | | | | | | | | | | | | | |
| 2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 16.929.583,10 | 669.565,73 | 252.369,20 | 51.772,42 | 17.398.552,05 | 615.093,68 | 36.223,78 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 651.317,46 | **16.747.234,59** | 16.314.489,42 |
| 2.3.2 Brücken und Tunnel | 11.156.120,08 | 13.726,60 | 0,00 | 0,00 | 11.169.846,68 | 2.061.144,94 | 210.776,36 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 2.271.921,30 | **8.897.925,38** | 9.094.975,14 |
| 2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 0,00 |
| 2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen | 1,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 1,00 | 0,00 | 1,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 1,00 | **0,00** | 1,00 |
| 2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen | 94.716.803,67 | 1.899.129,35 | 1.680.254,02 | 2.488.147,22 | 97.423.826,22 | 27.331.389,64 | 3.106.110,49 | *0,00* | 0,00 | 464.633,35 | 29.972.866,78 | **67.450.959,44** | 67.385.414,03 |
| 2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens | 3.215.560,96 | 20.537,17 | 0,00 | 0,00 | 3.236.098,13 | 673.317,27 | 42.610,41 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 715.927,68 | **2.520.170,45** | 2.542.243,69 |
| 2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden | 11.353.460,49 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 11.353.460,49 | 3.317.378,84 | 301.787,71 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 3.619.166,55 | **7.734.293,94** | 8.036.081,65 |
| 2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 1.625.959,73 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 1.625.959,73 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **1.625.959,73** | 1.625.959,73 |
| 2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 12.804.575,33 | 959.818,59 | 201.303,01 | 13.672,25 | 13.576.763,16 | 7.836.271,34 | 990.871,41 | *0,00* | 0,00 | 194.331,84 | 8.632.810,91 | **4.943.952,25** | 4.968.303,99 |
| 2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung | 13.209.984,52 | 838.535,19 | 170.923,95 | 0,00 | 13.877.595,76 | 3.449.897,92 | 1.534.945,00 | *0,00* | 0,00 | 63.811,00 | 4.921.031,92 | **8.956.563,84** | 9.760.086,60 |
| 2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 7.274.279,17 | 9.574.351,62 | 0,00 | -8.054.871,42 | 8.793.759,37 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **8.793.759,37** | 7.274.279,17 |
| **3. Finanzanlagen** | | | | | | | | | | | | | |
| 3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen 1) | 65.901.229,43 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 65.901.229,43 | 1.965.043,47 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 1.965.043,47 | **63.936.185,96** | 63.936.185,96 |
| 3.2 Beteiligungen | 21.485.010,73 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 21.485.010,73 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **21.485.010,73** | 21.485.010,73 |
| 3.3 Sondervermögen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 0,00 |
| 3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens | 3.803.534,23 | 479.468,44 | 0,00 | 0,00 | 4.283.002,67 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **4.283.002,67** | 3.803.534,23 |
| 3.5 Ausleihungen | | | | | | | | | | | | | |
| 3.5.1 an verbundene Unternehmen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 0,00 |
| 3.5.2 an Beteiligungen | 5.000.000,00 | 18.300.000,00 | 2.500.000,00 | 0,00 | 20.800.000,00 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **20.800.000,00** | 5.000.000,00 |
| 3.5.3 an Sondervermögen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 0,00 |
| 3.5.4 Sonstige Ausleihungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | *0,00* | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **0,00** | 0,00 |
| **Summe:** | **441.494.489,83** | **33.547.545,17** | **4.817.538,15** | **0,00** | **470.224.496,85** | **84.727.606,50** | **10.132.486,89** | ***0,00*** | **0,00** | **725.979,65** | **94.134.113,74** | **376.090.383,11** | **356.766.883,33** |
| nachrichtlich: Grundstücke des Umlaufvermögens | 1.532.097,10 | 0,00 | 1.048.370,23 | 0,00 | 483.726,87 | 311.563,65 | 2.179,64 | *0,00* | 0,00 | 90.700,23 | 223.043,06 | **260.683,81** | 1.220.533,45 |

*1) In der Spalte 6 wird der Nettowert der vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibung und der vorgenommenen Zuschreibung vor der Rechnungsperiode ausgewiesen (Abschreibung: 3.356.443,47 € | Zuschreibung: 1.391.400 €)*

## 5.11 Forderungsspiegel

| Forderungsart | Gesamtbetrag per 31.12.2018 | mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr | 1 bis 5 Jahre | mehr als 5 Jahre | Gesamtbetrag per 31.12.2017 |
|---|---|---|---|---|---|
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| | 5 | 2 | 3 | 4 | 1 |
| 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen | 45.676.782,47 | 31.634.269,20 | 2.438.511,62 | 11.604.001,65 | 36.698.050,48 |
| 2. Privatrechtliche Forderungen | 1.475.005,24 | 1.418.299,43 | 28.316,83 | 28.388,98 | 795.904,14 |
| 3. Sonstige Vermögensgegenstände | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 405.174,66 |
| **4. Summe aller Forderungen** | **47.151.787,71** | **33.052.568,63** | **2.466.828,45** | **11.632.390,63** | **37.899.129,28** |

## 5.12 Rückstellungsspiegel

| Arten der Rückstellungen | Gesamtbetrag am 01.01.2018 | Veränderungen im Haushaltsjahr | | | | Gesamtbetrag am 31.12.2018 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Zuführungen | Inanspruch nahme | Umbuchungen | aufgelöst | |
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Pensions- und Beihilferückstellungen | 158.028.646,00 | 17.213.349,23 | 7.915.725,91 | 82.732,34 | 1.556.816,98 | 165.686.720,00 |
| **Rückstellungen für Deponien und Altlasten** | | | | | | |
| *...Altlastenfläche Massen 3/4* | 762.814,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 762.814,00 |
| **Instandhaltungsrückstellungen** | | | | | | |
| *... Sanierungsmaßnahmen an der Bahnbrücke (K 42) in Bönen-Nordbögge, R1041* | 337.804,72 | 0,00 | 337.804,72 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| *...Reparatur o. Austausch Rauchschutztüren, GH Unna, R1084* | 7.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 7.000,00 |
| *...Austausch Fäkalrinnen u. Gittertüren, Tierheim, R1085* | 25.000,00 | 0,00 | 3.398,64 | 0,00 | 0,00 | 21.601,36 |
| *...Erneuerung Grundleitungen Kreishaus Lünen R 1501; R0106034* | 16.000,00 | 20.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 36.000,00 |
| *...Erneuerung Abwasserrinne Tierheim R 1503* | 8.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 8.000,00 |
| *...Erneuerung Bodenbeläge Hellweg-BK R 1504* | 46.530,88 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 46.530,88 |
| *...Umbauarbeiten im Verwaltungsteil Hellweg-BK R 1505* | 46.537,90 | 0,00 | 46.537,90 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| *...Umrüstung der Schließungsanlage NTZ, R 1506* | 15.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 15.000,00 |
| *...Erneuerung des Prallschutzes in der Kreissporthalle Unna, R 1507* | 45.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 45.000,00 |
| *...Reparatur der Fahrbahndecke Busbahnhof an F.-v.-Bodelschwingh-Schule Bergkamen, R 1508* | 20.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 20.000,00 |
| *...Reparturarbeiten am Förderzentrum Unna, R 1509* | 90.690,34 | 0,00 | 1.416,46 | 0,00 | 0,00 | 89.273,88 |
| *...Umrüstung der Signalanlage K16 Weddinghofer Str., R 1097* | 57.781,25 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 57.781,25 |
| *...Deckenerneuerung K8 Netteberger Str., R 1098* | 11.955,84 | 0,00 | 11.955,84 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| *...Brückensanierung K4 Sandbochumer Weg Lippebrücke, R 1510* | 350.000,00 | 0,00 | 350.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| *...Brückensanierung K9 Brücke Am langen Kamp Straßenbrücke Seseke, R 1511* | 335.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 335.000,00 |
| *...Einbau Spielgeräte Regenbogenschule, R 1518; R0106032* | 3.400,00 | 11.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 14.400,00 |
| *...Erneuerung Elektrohauptverteilung Jugendzentrum GO IN R1559* | 22.943,28 | 0,00 | 22.943,28 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| *...Deckenerneuerung K31 Steinbruch-str./Massener Heide R1561; R6002005* | 549.935,87 | 46.901,16 | 348.949,82 | 0,00 | 0,00 | 247.887,21 |
| *...Deckenerneuerung K30 Lichtendorfer Str. R1562* | 29.685,74 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 29.685,74 |
| *...Holzfenster Sanierung Kreishaus Lünen R1563* | 20.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 20.000,00 |
| *...Fußbodensanierung Lippe BK R1564* | 15.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 15.000,00 |
| *...Dachsanierung Fr.-v.-Stein BK R1565; R0106033* | 50.000,00 | 30.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 80.000,00 |
| *...Sanierung Sicherheitsbeleuchtung Fr.-v.-Stein BK R1566* | 5.906,74 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 5.906,74 |
| *...Erneuerung von Klassenraumtüren NTZ R1567* | 18.594,94 | 0,00 | 17.284,71 | 0,00 | 0,00 | 1.310,23 |
| *...Umbau Einmündung und der Verkehrsinsel L507/K8 R1568* | 45.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 45.000,00 |
| *...Straßensanierung nach Kanalbau B233/K9 R1569* | 73.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 73.000,00 |
| *...Umbau Konferenz-in Multifunktionsraum Hellweg BK R1570* | 40.000,00 | 0,00 | 37.413,85 | 0,00 | 0,00 | 2.586,15 |
| *...Austausch Rauchschutztüren Hellweg BK R1571* | 75.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 75.000,00 |
| *...Einzäunung Fr.-v.- Bodelschwingh-Schule R 1572; R0106054* | 18.000,00 | 11.409,78 | 15.405,81 | 0,00 | 0,00 | 14.003,97 |
| *...Dachsanierung Tierheim Hundezwinger R1573;* | 15.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 15.000,00 |
| *...Erneuerung Trinkwasserverteilung Hellweg BK R0106019* | 0,00 | 15.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 15.000,00 |
| *...Austausch Melder BMA Hansa BK; R0106018* | 0,00 | 7.913,36 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 7.913,36 |
| *...Erneuerung Schließanlage Hansa-BK; R0106017* | 0,00 | 15.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 15.000,00 |
| *...Putzarbeiten nach Türeneinbau NTZ; R0106016* | 0,00 | 10.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 10.000,00 |
| *...Austausch Türen NTZ; R0106014* | 0,00 | 19.203,28 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 19.203,28 |
| *...Arbeitsplatzumbau Infothek GH Unna; R0106013* | 0,00 | 7.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 7.000,00 |
| *...Erneuerung der Dachholzbalken GH Unna; R0106012* | 0,00 | 8.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 8.000,00 |
| *...Hydraulischer Ausgleich GH Unna, R0106011* | 0,00 | 12.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 12.000,00 |
| *...Verkleidung der Terrassentüren GH Unna, R0106010* | 0,00 | 10.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 10.000,00 |
| *...Austausch Brandschutztüren; R0106009* | 0,00 | 5.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 5.000,00 |
| *...Be- und Entlüftungsarbeiten Raum 307 KH Lünen; R0106008* | 0,00 | 12.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 12.000,00 |
| *...Schotterarbeiten Bodelschwinghschule Kley; R0106005* | 0,00 | 4.520,91 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4.520,91 |
| *...Überarbeitung Lüftungsanlage Sonnenschule; R0106025* | 0,00 | 6.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 6.000,00 |
| *...Überarbeitung Notstromversorgung Leitstelle; R 0106028* | 0,00 | 8.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 8.000,00 |
| *...Erneuerung Jalousien FSZ; R0106031* | 0,00 | 5.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 5.000,00 |
| *...Ergänzung Schließanlage FSZ; R0106030* | 0,00 | 6.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 6.000,00 |
| *...Badsanierung Tierheim; R0106029* | 0,00 | 12.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 12.000,00 |
| *...Raumluftsstabilisierung Leitstelle, R0106027* | 0,00 | 20.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 20.000,00 |
| *...Austausch von Holz (Gauben) Haus Opherdicke; R0106026* | 0,00 | 16.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 16.000,00 |
| *...Austausch Fenster Fr.-v.-Stein-BK; R0106023* | 0,00 | 15.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 15.000,00 |
| *...Erneuerung Schwimmbadfilter Fr.-v.-Bodelschwinghs.; R0106024* | 0,00 | 30.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 30.000,00 |
| *...Erneuerung Schließanlage Märkisches-BK; R0106021* | 0,00 | 15.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 15.000,00 |
| *...Erneuerung der Schließanlage Hellweg-BK; R0106020* | 0,00 | 15.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 15.000,00 |
| *...Überarbeitung Heizungsanlagen NTZ; R0106015* | 0,00 | 10.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 10.000,00 |
| *...Austausch Notausgangstür SporthalleUnna; R0106022* | 0,00 | 6.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 6.000,00 |

| Arten der Rückstellungen | Gesamtbetrag am 01.01.2018 | Veränderungen im Haushaltsjahr | | | | Gesamtbetrag am 31.12.2018 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Zuführungen | Inanspruchnahme | Umbuchungen | aufgelöst | |
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| **Sonstige Rückstellungen** | | | | | | |
| **Sonstige Personalrückstellungen** | | | | | | |
| *… Leistungsprämien Beamte** | 243.443,97 | 15.237,86 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 258.681,83 |
| *… Leistungsprämien Tarifbeschäftigte** | 614.307,85 | 51.690,98 | 0,00 | 241,18 | 0,00 | 665.757,65 |
| *… Dienstherrenwechsel** | 706.741,00 | 27.647,00 | 0,00 | -7.281,88 | 0,00 | 741.669,88 |
| *… nicht in Anspruch genommener Urlaub** | 2.228.021,79 | 267.499,29 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 2.495.521,08 |
| *… Arbeitszeitguthaben** | 746.020,33 | 32.696,07 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 778.716,40 |
| *… Überstunden** | 254.582,04 | 32.754,27 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 287.336,31 |
| *… Inanspruchnahme von Altersteilzeit* | 161.009,75 | 27.817,93 | 81.590,07 | -241,18 | 687,86 | 106.790,93 |
| *… Jubiläumszuwendungen** | 400.574,71 | -3.202,51 | 0,00 | 0,00 | 3.881,46 | 393.490,74 |
| *…Sabbatjahr* | 49.300,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 49.300,00 |
| **Sozial- und Jugendhilferückstellungen** | | | | | | |
| *… Krankenhilfekosten (Sozialhilfe)*** | 1.620.169,84 | 1.700.000,00 | 1.667.514,15 | 164.850,16 | 52.704,50 | 1.764.801,35 |
| *… Hilfen zur Gesundheit*** | 605.850,16 | 305.000,00 | 235.825,38 | -164.850,16 | 174.920,22 | 335.254,40 |
| *… erzieherische Hilfen* | 166.691,00 | 321.115,00 | 68.597,60 | 0,00 | 45.543,40 | 373.665,00 |
| *…Kostenerstattungen Frauenhäuser* | 147.628,55 | 26.741,73 | 75.420,65 | 0,00 | 11.522,33 | 87.427,30 |
| *…Kostenerstattungen Unterbringung behinderter Kinder in Pflegefamilien* | 240.000,00 | 115.200,00 | 240.000,00 | 0,00 | 0,00 | 115.200,00 |
| *… Fördermittel Regionalagentur Westf. Ruhrgebiet* | 80.000,00 | 45.000,00 | 68.126,68 | 0,00 | 11.873,32 | 45.000,00 |
| *…Sozialticket 2. Halbjahr 2018* | 292.000,00 | 708.000,00 | 263.513,53 | 0,00 | 28.486,47 | 708.000,00 |
| *…Schulbegleitung von Kindern mit Behinderungen* | 375.000,00 | 310.982,28 | 375.000,00 | 0,00 | 0,00 | 310.982,28 |
| *…Förderung des Caritasverbands* | 10.000,00 | 0,00 | 3.886,14 | 0,00 | 6.113,86 | 0,00 |
| *…Förderung des Frauenforums* | 32.804,52 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 32.804,52 | 0,00 |
| *…Widerspruchsfälle Jobcenter* | 0,00 | 344.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 344.000,00 |
| **Rückstellungen für ÖPNV** | | | | | | |
| *… Umweltkartenausgleich mit der Busverkehr Ruhr-Sieg-GmbH* | 17.000,00 | 17.500,00 | 16.592,57 | 0,00 | 407,43 | 17.500,00 |
| **Rückstellungen Finanzmanagement** | | | | | | |
| …Verlustabdeckung WFG | 0,00 | 369.798,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 369.798,00 |
| **Übrige sonstige Rückstellungen** | | | | | | |
| *… Prozesskosten** | 187.085,00 | 8.954,75 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 196.039,75 |
| *… Leistungs- und Rechnungsrückstellung* | 362.697,12 | 179.323,48 | 111.996,42 | 0,00 | 30.483,07 | 399.541,11 |
| *…Gebühren GPA-Prüfung* | 5.974,00 | 0,00 | 5.974,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| *… Mängelbeseitigung Schloss Cappenberg* | 468.485,99 | 0,00 | 365.654,63 | 0,00 | 0,00 | 102.831,36 |
| *…Rückstellung zur Wahlkostenerstattung BTW 2017* | 82.652,16 | 0,00 | 82.652,06 | 0,00 | 0,10 | 0,00 |
| *…Rückstellung aus Steuerprüfung* | 86.000,00 | 0,00 | 86.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| **Gesamt** | **171.369.267,28** | **22.526.053,85** | **12.857.180,82** | **75.450,46** | **1.956.245,52** | **179.006.444,33** |

Hinweis:
Die mit einem * gekennzeichneten Rückstellungen können aus technischen Gründen nur saldiert ausgewiesen werden. Da es sich beim Rückstellungsspiegel um einen freiwilligen Bestandteil des Anhangs handelt, werden diese Rückstellungen zu Informationszwecken aufgenommen.

## 5.13 Verbindlichkeitenspiegel

| Art der Verbindlichkeiten | Gesamtbetrag zum 31.12.2018 EUR 1 | mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr EUR 2 | 1 bis 5 Jahre EUR 3 | mehr als 5 Jahre EUR 4 | Gesamtbetrag zum 31.12.2017 EUR 5 |
|---|---|---|---|---|---|
| **1. Anleihen** | | | | | |
| **2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** | **69.957.320,89** | 7.441.538,28 | 38.804.509,77 | 23.711.272,84 | **52.969.132,39** |
| 2.1 von verbundenen Unternehmen | | | | | |
| 2.2 von Beteiligungen | | | | | |
| 2.3 von Sondervermögen | | | | | |
| 2.4 vom öffentlichen Bereich | | | | | |
| 2.5 von Kreditinstituten | **69.957.320,89** | 7.441.538,28 | 38.804.509,77 | 23.711.272,84 | **52.969.132,39** |
| **3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung** | **0,00** | 0,00 | 0,00 | 0,00 | **2.336.375,66** |
| **4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen** | **15.946.747,57** | 1.082.794,56 | 4.628.307,93 | 10.235.645,08 | **17.001.365,28** |
| **5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** | **2.277.095,25** | 2.277.095,25 | 0,00 | 0,00 | **2.887.592,26** |
| **6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen** | **2.896.147,79** | 2.896.147,79 | 0,00 | 0,00 | **3.297.192,84** |
| **7. Sonstige Verbindlichkeiten** | **6.635.286,46** | 6.635.286,46 | 0,00 | 0,00 | **2.460.363,32** |
| **8. Erhaltene Anzahlungen** | **9.368.752,68** | 9.368.752,68 | 0,00 | 0,00 | **10.109.243,61** |
| **9. Summe aller Verbindlichkeiten** | **107.081.350,64** | **29.701.615,02** | **43.432.817,70** | **33.946.917,92** | **91.061.265,36** |

Hinweis:
Die gem. § 47 GemHVO NRW nachrichtlich anzugebenden Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten (z. B. Bürgschaften) werden in einer separaten Tabelle dargestellt (siehe Ziff. 5.4).

# LAGEBERICHT

# 6 Lagebericht des Kreises Unna zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018

## Vorbemerkung

Nach § 37 Abs. 2 GemHVO NRW ist der Lagebericht dem Jahresabschluss beizufügen. Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solche, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten.

Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO NRW, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

### 6.1 Allgemeines und Haushaltssatzung

Der Kreis Unna ist eine kommunale Gebietskörperschaft mit zehn kreisangehörigen Städten und Gemeinden und einer Einwohnerzahl von **393.946** (Stand: 30.06.2018). Mit Blick auf die Haushaltssituation der Städte und Gemeinden im Kreis Unna ergibt sich folgendes Bild: Die Gemeinde **Holzwickede** sowie die Städte **Bergkamen** und **Fröndenberg/Ruhr** stellen ausgeglichene Haushalte auf. Ebenso können die Stärkungspaktkommunen **Selm**, **Schwerte** und **Bönen** mit der Konsolidierungshilfe des Landes Nordrhein-Westfalen jeweils einen Haushaltsausgleich darstellen. Auch die Stadt **Lünen** stellt seit 2017 einen ausgeglichenen Haushalt auf, muss jedoch im Rahmen eines individuellen Sanierungskonzeptes bis zum Ende des Jahres 2020 den Abbau der im Jahr 2015 eingetretenen bilanziellen Überschuldung nachweisen. Die übrigen Städte **Kamen**, **Unna** und **Werne** streben den Haushaltsausgleich entsprechend der gesetzten Zieljahre an. Insgesamt ist aber die tatsächliche Bewirtschaftung der Haushalte in einigen Kommunen – auch mit Blick auf die Höhe der aufgelaufenen Liquiditätssicherungskredite – weiterhin schwierig.

Trotz der guten Verkehrsinfrastruktur, einer konsequenten Wirtschaftsförderung des Kreises Unna und der weiterhin positiiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte der Strukturwandel nicht die erhoffte Entlastung des Arbeitsmarktes erreichen. So betrug die Arbeitslosenquote im Kreis Unna im Februar 2019 **7,0 v. H.** Damit nähert sich der Kreis dem Landesdurchschnitt in Nordrhein-Westfalen von **6,6 v. H.** und dem Bundesdurchschnitt von **5,3 v. H.**

Der Kreishaushalt wurde insbesondere durch die Umlageverpflichtungen an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Landschaftsumlage) mit rd. **102,37 Mio. €** im Haushaltsjahr 2018 belastet. Eine weitere hohe Aufwandsposition in 2018 stellen die laufenden und einmaligen Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende sowie die sonstigen einmaligen Leistungen nach dem SGB II (kommunale Leistungen) mit rd. **88,36 Mio. €** dar.

Die Prognose für die Bevölkerungsentwicklung lässt für die Zukunft einen Bevölkerungsrückgang innerhalb des Kreisgebietes erwarten. Inwieweit der Zustrom von Asylsuchenden den Rückgang der Bevölkerung abmildert, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus wird sich aufgrund des demografischen Wandels die Altersstruktur verändern und der Altersdurchschnitt der Bevölkerung weiter ansteigen.

## 6.2 Vermögenslage

| Strukturbilanz AKTIVA | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Bezeichnung** | **31.12.2016** | | **31.12.2017** | | **31.12.2018** | |
| | **TEUR** | **%** | **TEUR** | **%** | **TEUR** | **%** |
| **Anlagevermögen** | **351.759** | **88,02** | **356.767** | **86,48** | **376.090** | **83,78** |
| **davon** | | | | | | |
| • Immaterielle Vermögensgegenstände | 1.032 | 0,26 | 1.038 | 0,25 | 1.071 | 0,24 |
| • Sachanlagen | 262.979 | 65,81 | 261.504 | 63,39 | 264.515 | 58,93 |
| • Finanzanlagen | 88.780 | 22,22 | 94.225 | 22,84 | 110.504 | 24,62 |
| **Umlaufvermögen** | **33.013** | **8,26** | **39.580** | **9,59** | **55.772** | **12,42** |
| **davon** | | | | | | |
| • Vorräte | 345 | 0,09 | 1.501 | 0,36 | 556 | 0,12 |
| • Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 32.288 | 8,08 | 37.899 | 9,19 | 47.153 | 10,50 |
| • Liquide Mittel | 380 | 0,10 | 180 | 0,04 | 8.063 | 1,80 |
| **Rechnungsabgrenzungsposten** | **14.854** | **3,72** | **16.205** | **3,93** | **17.039** | **3,80** |
| **Bilanzsumme** | **399.626** | | **412.552** | | **448.901** | |

Die **Aktivseite** der Bilanz wird insbesondere durch das Anlagevermögen von rd. **376,09 Mio. €** bestimmt, das sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 19,32 Mio. € erhöht hat.

Hierbei machen die Sachanlagen weiterhin einen Anteil von knapp **2/3** (rd. **264,52 Mio. €**) des Kreisvermögens aus. Sie umfassen mit rd. **136,84 Mio. €** insbesondere die unbebauten Grundstücke sowie die Schulen und sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude des Kreises Unna. Hinzu kommt mit rd. **95,62 Mio. €** das Infrastrukturvermögen. Hiermit sind das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsmaßnahmen, sowie Brücken und Tunnel einschließlich des hierzu gehörenden Grund und Bodens umfasst. Schließlich werden rd. **32,05 Mio. €** bei Bauten auf fremden Grund und Boden, bei Kunstgegenständen, bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung, bei Maschinen und technischen Anlagen sowie bei geleisteten Anzahlungen im Bau nachgewiesen.

Die Finanzanlagen werden mit rd. **1/4** (rd. **110,50 Mio. €**) des Kreisvermögens insbesondere durch die 100%-ige Tochter Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU) mit ihren Untergesellschaften dominiert. Hierzu gehören auch weitere Unternehmensbeteiligungen des Kreises Unna, wie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH ( WFG) und Unnaer Kreis- Bau- u. Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS).

Das Umlaufvermögen des Kreises Unna erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 16,19 Mio. € auf nunmehr **55,77 Mio. €**. Ursächlich hierfür sind insbesondere der Anstieg bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um rd. 9,25 Mio. € sowie bei den liquiden Mitteln um rd. 7,88 Mio. €.

## 6.3 Schuldenlage

| Strukturbilanz PASSIVA | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bezeichnung | 31.12.2016 | | 31.12.2017 | | 31.12.2018 | |
| | TEUR | % | TEUR | % | TEUR | % |
| **Eigenkapital** | **21.596** | **5,41** | **24.961** | **6,06** | **35.284** | **7,87** |
| **davon** | | | | | | |
| • Allgemeine Rücklage | 14.319 | 3,59 | 16.641 | 4,04 | 16.403 | 3,66 |
| • Ausgleichsrücklage | 7.199 | 1,79 | 8.320 | 2,02 | 18.881 | 4,21 |
| **Sonderposten** | 122.626 | 30,68 | 121.212 | 29,38 | 123.603 | 27,53 |
| **Rückstellungen** | 167.211 | 41,84 | 171.370 | 41,54 | 179.006 | 39,88 |
| **Verbindlichkeiten** | 76.680 | 19,19 | 80.952 | 19,62 | 97.714 | 21,77 |
| **Erhaltene Anzahlungen** | 7.961 | 1,99 | 10.109 | 2,45 | 9.369 | 2,09 |
| **Rechnungsabgrenzungsposten** | 3.669 | 0,92 | 3.948 | 0,96 | 3.925 | 0,87 |
| **Bilanzsumme** | **399.626** | | **412.552** | | **448.901** | |

Die **Passivseite** der Bilanz gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert ist. Das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital ist hierbei von besonderer Bedeutung.

Im Saldo aller Buchungen errechnet sich für den Kreis Unna insgesamt ein neues **Eigenkapital** zum 31.12.2018 in Höhe von rd. **35,28 Mio. €**. Im Rahmen einer zweiten Weiterentwicklung der Bestimmungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen (**2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz**) wurden zum 01.01.2019 auch die Vorschriften zu der im Eigenkapital angesiedelten Ausgleichsrücklage angepasst. Bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2019 wurde für den Kreis Unna bereits angenommen, dass der Jahresüberschuss 2018 (rd. 10,56 Mio. €) **vollständig** der Ausgleichsrücklage zugeführt werden kann, da die bisherige Beschränkung in der Zuführung entfällt, soweit die allgemeine Rücklage einen Bestand in Höhe von mindestens 3 v. H. der Bilanzsumme aufweist. Mit Erlass vom 17. Mai 2019 wird die durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz geschaffene Möglichkeit der vollständigen Zuführung in die Ausgleichsrücklage ausdrücklich für das Jahresergebnis 2018 zugelassen.

Es ist demnach vorgesehen, dass sich die Ausgleichsrücklage zum 31.12.2018 um das positive Jahresergebnis erhöht, so dass ein deutlich höherer „Puffer“ für die Darstellung eines fiktiven Haushaltsausgleichs in den kommenden Jahren vorhanden ist. Die derzeitige Die Ausgleichsrücklage weist sodann einen Bestand von rd. **18,88 Mio. €** auf.

Die Summe der Rückstellungen ist in der Schlussbilanz 2018 um rd. 7,64 Mio. € auf nunmehr rd. **179,01 Mio. €** gestiegen. Den größten Anteil an dieser Bilanzposition machen weiterhin mit rd. **165,69 Mio. €** die Pensionsrückstellungen aus, die zum Jahresabschluss 2018 um rd. 7,66 Mio. € erhöht werden mussten (Besoldungserhöhungen, Demografie, Anpassung Bewertungsverfahren).

Die Verbindlichkeiten sind im Saldo insgesamt um rd. 16,00 Mio. € auf nunmehr rd. **97,71 Mio. €** gestiegen. Die erhaltenen Anzahlungen verringern sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,74 Mio. €, der passive Rechnungsabgrenzungsposten verringert sich nur geringfügig (rd. 0,02 Mio. €).

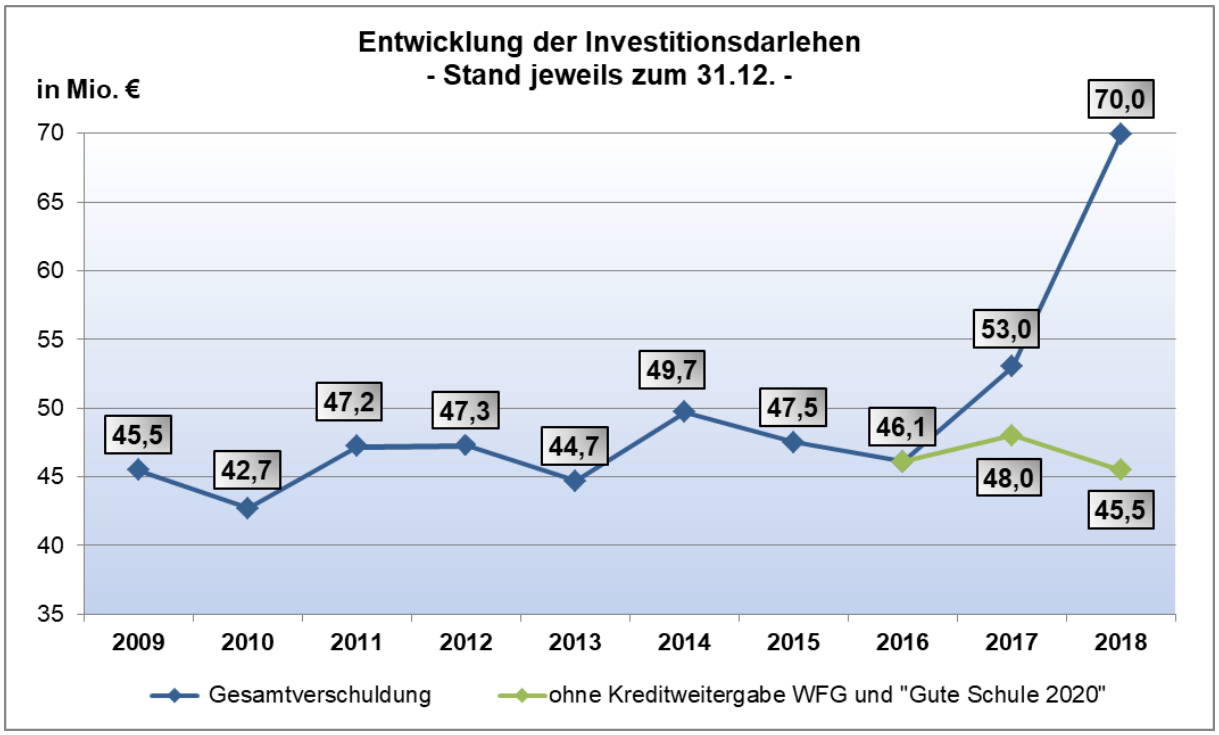
**Entwicklung der Investitionsdarlehen in Mio. €**

Die nachstehende Grafik stellt die Entwicklung der **Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** als Teilmenge der gesamten Verbindlichkeiten des Kreises Unna in den letzten 10 Jahren dar.

Zum Stichtag **31.12.2018** betrug der Darlehensstand insgesamt rd. **69,96 Mio. €**. Der Anstieg der Darlehenssumme im Haushaltsjahr 2018 resultiert zum einen aus der erstmaligen Aufnahme eines Förderdarlehens aus dem Investitionsförderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen „Gute Schule 2020“ in Höhe von rd. 3,70 Mio. € (Abruf der jährlichen Kreditkontingente 2017 und 2018). Das Land übernimmt hierbei die vollständige Tilgung sowie ggf. anfallende Zinsen für das Darlehen. Zum anderen wurde ein Investitionsdarlehen in Höhe von insgesamt 18,30 Mio. € für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) aufgenommen und anschließend an diese weitergegeben. Da die Zins- und Tilgungsleistungen durch die WFG getragen werden, ist die Maßnahme ansonsten haushaltsneutral.

Ohne Brücksichtigung der Verbindlichkeiten, die aus der WFG-Kreditweitergabe und dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ resultieren, sinkt der Stand der Investitionsdarlehen des Kreises Unna gegenüber den Vorjahren (seit 2014).

Die Einzelheiten aller Verbindlichkeiten finden sich insbesondere im Verbindlichkeitenspiegel unter Ziffer 5.13 im Anhang wieder.



## 6.4 Ertragslage

Zur Beschreibung der Ertragslage des Kreises Unna werden nachstehend verschiedene bedeutende Teilergebnisplanpositionen (TEP) dargestellt und ggf. budgetübergreifend erläutert, sofern sich erhebliche Abweichungen von den Planansätzen ergeben haben:

### TEP 001 Steuern und ähnliche Abgaben

| Steuern und ähnliche Abgaben | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| Zuweisung des Landes aufgrund der Wohngeldreform | 8.137.299,92 | 7.100.000 | 7.473.844,36 | 373.844,36 |
| **Summe TEP 001:** | **8.137.299,92** | **7.100.000** | **7.473.844,36** | **373.844,36** |

Die Belastungssumme aller Kreise und kreisfreien Städte ist gegenüber dem Vorjahr 2017 um rd. 153 Mio. € auf rd. 1.048 Mio. € gestiegen. Wegen nicht ausreichender Landesmittel zur Abdeckung der gesamten Belastungssumme erfolgte die Verteilung in dem Verhältnis des nach § 7 Abs. 3 Sätze 1 bis 5 der AG-SGB II NRW ermittelten Belastungsbetrages zur Gesamthöhe der Zuweisungen. Aus diesem Grund flossen dem Kreis Unna im Haushaltsjahr 2018 rd. **374 T€** mehr Erträge als ursprünglich geplant zu (insgesamt rd. **7,47 Mio. €**).

### TEP 002 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

| Zuwendungen und allgemeine Umlagen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **Zuweisungen des Landes** | **53.688.365,85** | **51.942.514** | **54.784.287,08** | **2.841.773,08** |
| darunter | | | | |
| ~ Schlüsselzuweisungen | 24.531.664,00 | 30.825.166 | 30.818.102,00 | -7.064,00 |
| ~ Schulpauschale | 2.566.649,00 | 2.566.732 | 2.739.066,00 | 172.334,00 |
| ~ Investitionspauschale | 1.790.421,57 | 1.790.422 | 2.107.960,43 | 317.538,43 |
| ~ für Zwecke des ÖPNV nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG (PM) | 1.478.605,95 | 1.561.000 | 1.514.832,14 | -46.167,86 |
| ~ Ausbildungsverkehrspauschale nach § 11a Anlage 2a ÖPNVG (PM) | 1.649.922,59 | 1.910.000 | 2.205.104,65 | 295.104,65 |
| ~ für das Sozialticket | 979.564,00 | 970.000 | 929.262,43 | -40.737,57 |
| ~ Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen (FB 51) | 8.443.652,04 | 5.850.336 | 7.759.420,94 | 1.909.084,94 |
| ~ Fachbezogene Pauschale für Schwerbehindertenangelegenheiten | 1.023.811,00 | 1.136.904 | 1.068.133,50 | -68.770,50 |
| **Weitere Zuweisungen für lfd. Zwecke** | **6.234.788,50** | **5.560.000** | **6.333.955,20** | **773.955,20** |
| darunter | | | | |
| ~ für Notarztkosten durch die Kommunen | 1.616.000,00 | 1.610.000 | 2.310.624,00 | 700.624,00 |
| ~ Beteiligung der Kommunen gem. Refinanzierungsvereinbarung ÖPNV | 4.618.789,00 | 3.950.000 | 4.023.331,20 | 73.331,20 |
| **Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen** | **4.522.700,35** | **4.364.670** | **3.902.161,84** | **-462.508,16** |
| **Kreisumlagen** | **274.453.135,40** | **273.874.909** | **275.500.938,29** | **1.626.029,29** |
| darunter | | | | |
| ~ Allgemeine Kreisumlage | 256.418.210,52 | 254.910.390 | 254.924.908,92 | 14.518,92 |
| ~ Differenzierte Kreisumlage - Familie und Jugend | 18.034.924,88 | 18.964.519 | 20.576.029,37 | 1.611.510,37 |
| **Summe TEP 002** | **332.664.201,60** | **335.742.093** | **340.521.342,41** | **4.779.249,41** |

**Zuweisungen für Zwecke des ÖPNV / Ausbildungsverkehrspauschale**

Die vom Land zugewiesenen Haushaltsmittel konnten nicht in voller Höhe an öffentliche und private Verkehrsunternehmen ausgezahlt werden. Die noch nicht verausgabten Erträge in Höhe von rd. **1,58 Mio. €** werden bei den erhaltenen Anzahlungen ausgewiesen.

**Sozialticket**

Der Kreis Unna hat auf Grundlage der „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr NRW“ für das Jahr 2018 Fördermittel in Höhe von insgesamt rd. **929 T€** erhalten.

Die Aufwendungen für das Sozialticket im Jahr 2018 in Höhe von rd. **1,47 Mio. €** sind in der TEP 015 Transferaufwendungen abgebildet.

**Kreisumlagen**

- **Allgemeine Kreisumlage**

In der am 12.12.2017 verabschiedeten Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2018 sank der Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage von zuvor 45,41 v. H. um 3,63 Prozentpunkte auf **41,78 v. H.**. Gegenüber dem Jahr 2017 reduzierte sich die Zahllast für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden von rd. 256,42 Mio. € um rd. 1,50 Mio. € auf rd. **254,92 Mio. €**.

- **Differenzierte Kreisumlage für die Aufgaben der Jugendhilfe**

Mit der Neufassung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in 2012 ist in § 56 Abs. 4, Satz 3 des Gesetzes geregelt, dass Differenzen zwischen Plan und Ergebnis im übernächsten Jahr ausgeglichen werden können. Der Anspruch der beteiligten Kommunen auf Erstattung bzw. Nachzahlung erfolgt erst für das zweite Folgejahr (2020) des abgerechneten Haushaltsjahres 2018. Beim Kreis entstehen bei einer Erstattung Transferaufwendungen (TEP 015) im Rechnungsjahr 2018 bzw. bei Nachzahlungen Forderungen bei Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (TEP 002), die in 2020 mit der dann zu zahlenden differenzierten Kreisumlage verrechnet werden.

Nach Vorliegen des Rechnungsergebnisses 2018 haben sich im Budget 51 Familie und Jugend die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen gegenüber der Haushaltsplanung um rd. 7,6 v. H. erhöht. Das Jahr 2018 schloss im Saldo mit einem um rd. **1,61 Mio. €** schlechteren Ergebnis im Vergleich zur Haushaltsplanung ab. Erläuterungen hierzu sind in der in der TEP 015 Transferaufwendungen aufgeführt.

### TEP 003 Sonstige Transfererträge

| Sonstige Transfererträge | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz** | **1.332.237,09** | **1.445.550** | **1.483.315,18** | **37.765,18** |
| darunter u.a. Finanzierungsbeteiligung der ka. Gemeinden an | | | | |
| ~ sozialen Leistungen nach dem SGB XII | 1.038.248,28 | 1.161.000 | 1.076.261,99 | -84.738,01 |
| ~ Kostenersatz im Bereich der Jugendhilfe | 313.109,92 | 283.900 | 407.053,19 | 123.153,19 |
| **Kostenerstattungen von and. Trägern sozialer Leistungen** | **1.755.225,47** | **2.106.000** | **2.465.025,73** | **359.025,73** |
| darunter für | | | | |
| ~ soziale Leistungen nach dem SGB XII | 1.130.159,68 | 1.463.300 | 2.115.649,36 | 652.349,36 |
| ~ Jugendhilfeleistungen | 625.065,79 | 642.700 | 349.376,37 | -293.323,63 |
| **Sonstige Transfererträge** | **1.858.644,60** | **2.359.690** | **2.802.933,18** | **443.243,18** |
| darunter | | | | |
| ~ übergeleitete Ansprüche gg. Unterhaltsverpflichteten | 858.698,93 | 978.250 | 1.104.539,47 | 126.289,47 |
| ~ Rückzahlung gewährter Hilfen | 306.793,42 | 363.720 | 395.757,66 | 32.037,66 |
| ~ Erstattungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz | 412.254,84 | 840.000 | 894.928,06 | 54.928,06 |
| **Summe TEP 003:** | **4.946.107,16** | **5.911.240** | **6.751.274,09** | **840.034,09** |

Im Haushaltsjahr 2018 sind die sonstigen Transfererträge im Ergebnis (rd. 6,75 Mio. €) mit rd. **840 T€** höher als bei der Haushaltsplanung angenommen. Darunter sind insbesondere höhere Kostenerstattungen von anderen Trägern bei den Leistungen nach dem SGB XII in Höhe von rd. **652 T€** entstanden.

### TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

| Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **Verwaltungsgebühren** | **8.910.591,49** | **8.594.550** | **9.155.380,21** | **560.830,21** |
| darunter | | | | |
| ~ Straßenverkehr - Zulassung | 3.400.652,94 | 3.310.000 | 3.187.905,35 | -122.094,65 |
| ~ Straßenverkehr - Überwachung v. Halterpflichten | 560.363,27 | 550.000 | 580.782,89 | 30.782,89 |
| ~ Straßenverkehr - Fahrerlaubnisse | 769.387,33 | 780.000 | 937.872,46 | 157.872,46 |
| ~ Straßenverkehr - Gewerblicher Kraftverkehr | 137.032,40 | 150.000 | 129.371,58 | -20.628,42 |
| ~ Straßenverkehr - Verkehrsordnungenwidrigkeiten | 1.169.763,45 | 972.750 | 1.277.960,61 | 305.210,61 |
| ~ Gesundheit und Verbraucherschutz - Fleischhygiene | 452.143,13 | 420.000 | 464.413,32 | 44.413,32 |
| ~ Bauen - Wohnungswesen | 24.089,50 | 45.000 | 21.139,44 | -23.860,56 |
| ~ Bauen - Bauordnungsangelegenheiten | 933.144,00 | 540.500 | 569.081,50 | 28.581,50 |
| ~ Vermessung und Kataster | 686.716,09 | 640.000 | 647.430,08 | 7.430,08 |
| **Benutzungsgebühren u.ä. Entgelte** | **24.677.078,84** | **24.055.304** | **23.273.730,92** | **-781.573,08** |
| darunter | | | | |
| ~ Natur und Umwelt - Abfallentsorgungsentgelte von Kommunen | 20.978.911,93 | 20.134.000 | 18.608.430,96 | -1.525.569,04 |
| ~ Gesundheit und Verbraucherschutz - Verhütung v. Tierkrankheiten | 122.203,91 | 65.000 | 88.015,44 | 23.015,44 |
| ~ Familie und Jugend - Elternbeiträge Kindergärten | 1.633.083,11 | 1.487.004 | 2.238.479,26 | 751.475,26 |
| ~ Öffentliche Sicherheit und Ordnung - Leitstelle | 2.245.727,46 | 2.300.000 | 2.323.693,00 | 23.693,00 |
| **Summe TEP 004:** | **33.587.670,33** | **32.649.854** | **32.429.111,13** | **-220.742,87** |

Bei den Erträgen aus Verwaltungsgebühren ist eine positive Entwicklung in Höhe von insgesamt rd. **561 T€** zu verzeichnen. Diese Verbesserung resultiert insbesondere aus den im Budget 36 Straßenverkehr eingenommenen Gebühren, die gegenüber der Ansatzplanung um rd. **365 T€** höher ausfielen.

Die im Haushaltsjahr 2018 geringeren Benutzungsgebühren u. ä. Entgelte (rd. **782 T€**) ergeben sich vor allem aus den Mindererträgen im Budget 69 Natur und Umwelt bei den Abfallentsorgungsentgelten in Höhe von rd. 1,53 Mio. €. Bedingt wird diese Entwicklung durch die geringeren Aufwendungen für den Bereich der Abfallentsorgung (siehe hierzu Erläuterungen zu TEP 013 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Die höheren Erträge im Bereich der Kindertagesbetreuung ergeben sich u. a. aus den gestiegenen Elternbeiträgen, die für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder zu zahlen sind. Diese richten sich nach den gebuchten Betreuungsstunden sowie dem zur Verfügung stehenden Einkommen der Eltern und liegen im Haushaltsjahr 2018 mit rd. **751 T€** über dem Planansatz.

### TEP 005 Privatrechtliche Leistungsentgelte

| Privatrechtliche Leistungsentgelte | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | € | | | |
| **Erträge aus Verkauf** | **2.584.040,97** | **2.043.859** | **2.104.714,58** | **60.855,58** |
| darunter | | | | |
| ~ aus dem Katalogverkauf im Museumsshop | 25.966,76 | 10.000 | 27.905,60 | 17.905,60 |
| ~ Verkaufserträge Altpapier | 2.269.234,66 | 1.777.659 | 1.706.464,66 | -71.194,34 |
| **Mieten und Pachten** | **255.042,62** | **231.733** | **257.776,46** | **26.043,46** |
| **Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte** | **219.134,09** | **243.500** | **233.772,12** | **-9.727,88** |
| **Summe TEP 005:** | **3.058.217,68** | **2.519.092** | **2.596.263,16** | **77.171,16** |

Die Erträge aus Verkäufen bzw. Umsatzerlösen weisen im Haushaltsjahr 2018 insgesamt eine Verbesserung von rd. 61 T€ gegenüber der Ansatzplanung aus. Bei den geplanten Erträgen aus dem Verkauf von Altpapier lässt sich für 2018 jedoch eine Verschlechterung von rd. **71 T€** feststellen, die u. a. aus Einbrüchen bei der Preisentwicklung resultiert (geringerer Ertrag je Altpapiertonne). Im Vorjahr konnten noch rd. **2,27 Mio. €** – bei nahezu gleichbleibenden Mengen – erwirtschaftet werden.

## TEP 006 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **Erträge aus öffentl.-rechtl. Kostenerstattungen u. -umlagen** | **11.934.023,65** | **13.809.554** | **15.180.622,46** | **1.371.068,46** |
| darunter | | | | |
| ~ vom Land für die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende (EAE) | 3.399.441,02 | 3.829.830 | 4.495.812,00 | 665.982,00 |
| ~ vom Land für die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) | 893.581,49 | 4.320.586 | 4.139.964,00 | -180.622,00 |
| ~ vom Land für die Versorgungs- und Umweltverwaltung | 1.044.907,22 | 1.122.000 | 1.232.262,96 | 110.262,96 |
| ~ vom Land für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer | 1.966.364,30 | 2.155.000 | 1.364.895,88 | -790.104,12 |
| ~ von den Gemeinden (RPA, übernommene Aufgaben) | 196.000,00 | 199.000 | 200.380,00 | 1.380,00 |
| ~ von den Gemeinden (FB 53, Tierheim, Veterinärangelegenheiten für die Stadt Hamm und Schwangerschaftkonfliktberatung) | 809.508,58 | 838.000 | 679.908,07 | -158.091,93 |
| ~ wegen Dienstherrenwechsel | 1.200.970,28 | | 930.600,79 | 930.600,79 |
| **Kostenerstattung für Personal- und Sachkosten Jobcenter** | **11.085.569,71** | **11.884.000** | **12.734.861,55** | **850.861,55** |
| **Erträge aus privat-rechtl. Kostenerstattungen u. -umlagen** | **631.145,68** | **545.410** | **711.793,60** | **166.383,60** |
| darunter | | | | |
| ~ Kostenerstattung von Gemeinden | 128.007,60 | 65.700 | 146.083,49 | 80.383,49 |
| ~ Kostenerstattung von privaten Unternehmen | 185.572,18 | 173.010 | 174.574,91 | 1.564,91 |
| ~ Elternzuschuss zum Mittagessen | 128.207,00 | 125.000 | 115.098,83 | -9.901,17 |
| **Kostenerstattung Grundsicherung SGB XII** | **28.836.451,50** | **28.955.000** | **29.339.104,92** | **384.104,92** |
| darunter | | | | |
| ~ außerhalb von Einrichtungen | 27.504.681,37 | 27.681.300 | 28.010.517,74 | 329.217,74 |
| ~ innerhalb von Einrichtungen | 1.331.770,13 | 1.273.700 | 1.328.587,18 | 54.887,18 |
| **Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft** | **39.955.578,66** | **42.020.000** | **40.161.216,60** | **-1.858.783,40** |
| darunter | | | | |
| ~ Kosten der Unterkunft und Heizung | 28.554.422,65 | 29.492.000 | 28.572.304,25 | -919.695,75 |
| ~ Bildung und Teilhabe | 4.771.588,65 | 5.228.000 | 4.768.550,22 | -459.449,78 |
| ~ Übergangsmilliarde | 6.629.267,37 | 7.300.000 | 6.820.362,13 | -479.637,87 |
| **Summe TEP 006:** | **92.442.769,20** | **97.213.964** | **98.127.599,13** | **913.635,13** |

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungen und Kostenumlagen hat es im Haushaltsjahr 2018 u. a. folgende Abweichungen zwischen Plan und Ergebnis gegeben:

Seit dem 01.07.2015 betreibt der Kreis Unna auf dem Gelände der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen im Rahmen der Erstaufnahme von Asylbegehrende und Flüchtlingen eine **Erstaufnahmeeinrichtung (EAE)**. Des Weiteren nimmt der Kreis Unna nach der Zustimmung durch den Kreistag und der Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländerwesen (ZustAVO) seit dem 01.11.2017 die Aufgaben einer **Zentralen Ausländerbehörde (ZAB)** wahr. Die Kosten für die Einrichtung als auch den Betrieb der EAE und ZAB werden vom Land Nordrhein-Westfalen übernommen, so dass durch die Übernahme der Aufgaben keine den Kreishaushalt belasteten und umlagerelevanten Aufwendungen entstehen.

Für die vom Land übernommenen Beamtinnen und Beamten der Versorgungs- und Umweltverwaltung einschließlich der Versorgungsempfänger hat der Kreis Unna Anspruch auf Erstattungen für die Versorgungs- und Beihilferückstellungen (rd. **1,23 Mio. €**). Die Versorgungsaufwendungen hierzu finden sich in den jeweiligen Budgets wieder.

Für Beamte, die von anderen Dienstherren (Bund, Land oder Gemeinden) übernommen wurden, ist nach Eintritt in den Ruhestand ein Ausgleich der Versorgungsleistungen durchzuführen. Die sich aus zukünftigen Erstattungsansprüchen ergebenden Forderungen führen im Haushaltsjahr 2018 zu rd. **931 T€** höheren Erträgen in der Ergebnisrechnung.

In der TEP 006 Kostenerstattungen und Kostenumlagen wurden die Zuweisungen des Bundes für Personal- und Sachkosten des Jobcenters für das Jahr 2018 eingeplant. Gegenüber der Planung in

Höhe von rd. 11,85 Mio. € wurden rd. **833 T€** höhere Erträge erzielt. Dem stehen allerdings gestiegene Personalaufwendungen entgegen.

**Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung**

Die Bundesbeteiligung ist in § 46 SGB II – Finanzierung aus Bundesmitteln – geregelt. Danach beteiligt sich der Bund zweckgebunden an den Ausgaben für die Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II.

Bundesweit ist die Finanzierungsbeteiligung unterschiedlich. Dieses hängt u. a. damit zusammen, dass teilweise abweichende landesspezifische Beteiligungsquoten vereinbart und darüber hinaus in Nordrhein-Westfalen für die Weiterverteilung kommunalspezifische Regelungen getroffen worden sind.

In den vergangenen Jahren wurden immer mehr Sachverhalte über § 46 SGB II abgebildet, die nicht mehr nur zur Entlastung von den hohen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung dienen, sondern insgesamt im Zusammenhang mit der kommunalen Entlastung stehen. Neben dem originären Anteil für die Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe von **26,4 v. H.** findet über § 46 Abs. 6 SGB II auch ein Anteil für die Verwaltungskosten des Bildungs- und Teilhabepaketes in Höhe von **1,2 v. H.** Berücksichtigung.

Ende 2014 und Mitte 2015 sind auf Grundlage der Gesetze zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen bzw. zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern zudem weitere Regularien getroffen worden, die zu einer prozentualen Erhöhung der Bundesbeteiligung geführt haben. Für die Jahre 2015 und 2016 war damit eine Erhöhung des „variablen“ Beteiligungssatzes um jeweils **3,7 v. H.** und für 2017 von insgesamt **7,4 v. H.** verbunden (Übergangsmilliarde).

Mit dem Ende Dezember 2016 verabschiedeten Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ist sowohl eine Beteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe als auch an den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen für die Leistungen für Unterkunft und Heizung vereinbart worden.

Der vorgenannte variable Beteiligungssatz gemäß § 46 Abs. 7 SGB II – Berücksichtigung findet hierüber die Entlastung an den Kosten der Eingliederungshilfe – wurde für 2018 auf **7,9 v. H.** angepasst. Der damit verbundene Ertrag in Höhe von rd. **6,82 Mio. €** ist im Budget 01 Zentrale Verwaltung veranschlagt worden.

Regelungen zur Beteiligung an den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen sind in den Absätzen 9 und 10 des § 46 SGB II getroffen worden. Auf Basis der Bundesbeteiligungs-Feststellungsverordnung 2018 vom 29.09.2018 ist der Beteiligungssatz rückwirkend für 2017 und 2018 auf **6,7 v. H.** erhöht worden. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat gemäß § 6b des Ausführungsgesetzes zum SGB II (AG- SGB II NRW) wiederum kommunalspezifische Anteile für die Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen festgelegt.

Neben den Verwaltungskosten beteiligt sich der Bund auch weiterhin an den unmittelbaren Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes nach § 28 SGB II und § 6b Bundeskindergeldgesetz (BKGG). Eine entsprechende Regelung findet sich in § 46 Abs. 8 SGB II. Für 2018 beläuft sich der landesspezifische Wert auf **4,5 v. H.** (2017: 4,4 v. H.) an den Leistungen für Unterkunft und Heizung des Landes Nordrhein-Westfalen. Um auch hier eine bedarfsgerechte Verteilung der BuT-Mittel im Land Nordrhein-Westfalen zu erreichen, werden die Bundesmittel nach § 6a AG-SGB II NRW ähnlich wie bei den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen zunächst vorläufig in Abhängigkeit von den tatsächlichen Kosten des Vorjahres an die einzelnen kommunalen Träger weitergeleitet. Insgesamt konnte hier ein Ertrag von rd. **4,77 Mio. €** (einschl. der Beteiligung an den Verwaltungskosten) realisiert werden.

Trotz der insgesamt höheren prozentualen Beteiligung des Bundes sind gegenüber den Planungen für 2018 Mindererträge festzustellen. Diese Tatsache hängt ausschließlich mit den insgesamt deutlich geringen Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung (siehe hierzu Erläuterungen zu TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen) zusammen. Für die originäre Deckung der Leistungen für Unterkunft und Heizung (26,4 v. H.) und die Übernahme der flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen belaufen sich die Erstattungen für 2018 auf insgesamt rd. **28,57 Mio. €**.

## TEP 007 Sonstige ordentliche Erträge

| Sonstige ordentliche Erträge | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **Ordnungsrechtliche Erträge** | **5.257.260,02** | **4.387.650** | **7.125.315,79** | **2.737.665,79** |
| darunter | | | | |
| ~ Verwarnungs- und Bußgelder | 5.227.499,14 | 4.363.150 | 7.052.222,91 | 2.689.072,91 |
| **Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge** | **2.263.961,96** | **2.012.242** | **3.990.754,25** | **1.978.512,25** |
| darunter Erträge aus der Auflösung von | | | | |
| ~ Personalrückstellungen | 973.568,80 | 1.721.482 | 1.561.386,30 | -160.095,70 |
| ~ Instandhaltungsrückstellungen | 164.523,47 | | 30.144,42 | 30.144,42 |
| ~ sonstige Rückstellungen | 677.146,01 | | 369.344,73 | 369.344,73 |
| ~ sonstigen Sonderposten | 234.449,85 | 271.230 | 476.118,45 | 204.888,45 |
| ~ Erträge aus der Herabsetzung PWB | 49.643,43 | | 1.489.448,89 | 1.489.448,89 |
| **Andere sonstige ordentliche Erträge** | **2.739.834,76** | **1.599.022** | **3.284.789,09** | **1.685.767,09** |
| darunter | | | | |
| ~ Zugang fremdverwalteter Forderungen SGB II | 136.656,81 | | 13.226,41 | 13.226,41 |
| ~ Zugang darlehensweise Hilfegewährung SGB II, SGB XII | 473.476,98 | | 345.332,19 | 345.332,19 |
| ~ Beitreibungsgebühren und Säumniszuschläge | 229.029,51 | 195.000 | 229.914,66 | 34.914,66 |
| ~ Erträge zur Minderung von Personalaufwendungen | 956.750,97 | 990.902 | 1.072.047,69 | 81.145,69 |
| ~ Ersatzgelder (FB 69) | 253.493,79 | 250.000 | 274.358,13 | 24.358,13 |
| ~ Fehlbuchungen Jobcenter | | | 677.774,63 | |
| **Summe TEP 007:** | **10.261.056,74** | **7.998.914** | **14.400.859,13** | **6.401.945,13** |

Die Mehrerträge an Verwarnungs- und Bußgeldern in Höhe von insgesamt rd. **2,69 Mio. €** entstanden vorrangig im Budget 36 Straßenverkehr bei den Verkehrsordnungswidrigkeitsfällen und begründen sich insbesondere in den gestiegenen Fremdanzeigen der Polizei im Rahmen der Geschwindigkeitskontrollen auf Autobahnen.

Die Rückstellungsauflösungen in Höhe von insgesamt **1,96 Mio. €** teilen sich auf verschiedene Budgets auf. Unter Hinweis auf die seit 2011 praktizierte Verfahrensweise bei den Personalrückstellungen ist ein Betrag in Höhe von rd. **1,56 Mio. €** aufgelöst worden, der sich auf alle Budgets verteilt. Hierbei handelt es sich um Pensions- und Beihilferückstellungen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger. Gleichzeitig müssen die Pensions- und Beihilferückstellungen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger durch Zuführungen angepasst werden (siehe hierzu Erläuterungen zu TEP 011 und 012 Personal- und Versorgungsaufwendungen).
Bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen im Bereich der Dienstgebäude (Budget 01 Zentrale Verwaltung) und der Kreisstraßen (Budget 60 Bauen) wurde der jeweils gebildete Rückstellungsbetrag nicht in voller Höhe beansprucht. Insgesamt konnten rd. **165 T€** ertragswirksam aufgelöst werden.

Im Zuge der bilanzierten fremdverwalteten Forderungen SGB II sowie der bilanzierten darlehensweisen Hilfegewährung im Rechtskreis des SGB II (KdU und BuT) und SGB XII (Hilfe zur Pflege) waren ermittelte „Brutto-Forderungen“ in Höhe von insgesamt rd. **359 T€** in der TEP 007 Sonstige ordentliche Erträge zu berücksichtigen. Eine Herabsetzung der pauschalen Wertberichtigung (PWB) im Rahmen der Bilanzierung von fremd verwalteten Forderungen sowie der darlehensweise gewährten Hilfen im SGB II in Höhe von rd. **789 T€** führt mit der allgemeinen Herabsetzung der PWB zu nicht geplanten Mehrerträgen in Höhe von rd. **1,49 Mio. €** im Vergleich zum Planansatz**.**

Darüber hinaus wurden bei einer Prüfung des Jobcenters der Haushaltsjahre 2012 bis 2016 durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Unna Fehlbuchungen zu Lasten des Kreises Unna festgestellt. Die entstandende Nettoforderung belief sich auf insgesamt rd**. 678 T€** zu Gunsten des Kreises Unna.

Im Rahmen der pauschalierten Wertberichtigungen der fremdverwalteten Forderungen SGB II und der darlehensweisen gewährten Hilfen wurden in der TEP 016 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ rd. **379 T€** erfasst (siehe hierzu Ausführungen zu Ziffer 5.1.2 des Anhangs). Darüber hinaus wurde auch der Sondersachverhalt „Fehlbuchung Jobcenter“ mit **159 T€** pauschal wertberichtigt.

### TEP 008 Aktivierte Eigenleistungen

| Aktivierte Eigenleistungen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| Aktivierte Eigenleistungen | 526.603,00 | 1.023.000 | 745.374,00 | -277.626,00 |
| **Summe TEP 008:** | **526.603,00** | **1.023.000** | **745.374,00** | **-277.626,00** |

Unter dem Begriff „Aktivierte Eigenleistungen“ sind die Eigenleistungen zu verstehen, die eine Kommune zum Beispiel im Rahmen der Planung von Baumaßnahmen selbst erbringt. Da aktivierte Eigenleistungen als Ertrag in die Ergebnisrechnung eingehen, wird dadurch das Jahresergebnis tendenziell verbessert. Die während der Herstellungsperiode anfallenden Aufwendungen werden durch die Ertragsbuchung neutralisiert.

Insgesamt fielen die aktivierten Eigenleistungen im Vergleich zur Haushaltsplanung um rd. **278 T€** geringer als geplant aus. Im Haushaltsjahr 2018 entfielen hiervon rd. **270 T€** auf den Bereich des Straßen- und Radwegebaus (Budget 60 Bauen) und rd. **475 T€** für Hochbaumaßnahmen (Budget 40 Schulen und Bildung).

## 6.5 Aufwandslage

Zur Beschreibung der Aufwandslage des Kreises Unna werden nachstehend verschiedene bedeutende Teilergebnisplanpositionen (TEP) dargestellt und ggf. budgetübergreifend erläutert, sofern sich erhebliche Abweichungen von den Planansätzen ergeben haben:

**TEP 011 Personalaufwendungen differenziert nach Arten**

| Personalaufwendungen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | € | | | |
| Dienstaufwendungen für Beamte | 14.384.449,60 | 16.013.182 | 15.172.869,09 | -840.312,91 |
| Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte | 38.056.593,50 | 41.744.205 | 42.340.896,33 | 596.691,33 |
| Dienstaufwendungen für sonstige Beschäftige | 153.106,31 | 153.524 | 162.911,08 | 9.387,08 |
| Versorgungskassenbeiträge für tariflich u. sonstige Beschäftigte | 2.931.065,20 | 3.198.306 | 3.291.202,82 | 92.896,82 |
| Sozialversicherungsbeiträge für tariflich u. sonstige Beschäftigte | 7.299.908,11 | 8.240.479 | 8.121.616,17 | -118.862,83 |
| Beihilfen Unterstützungsleistungen für Beamte | 889.960,29 | 761.000 | 946.502,90 | 185.502,90 |
| Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beamte | 6.393.726,63 | 5.474.068 | 5.788.074,00 | 314.006,00 |
| Zuführung zu Beihilferückstellungen für Beamte | 1.577.603,00 | 1.980.000 | 1.427.140,00 | -552.860,00 |
| Zuführung zu Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden, Dienstherrenwechsel u. a. | 339.414,65 | 27.013 | 411.306,44 | 384.293,44 |
| LOB-Rückstellungen | 95.681,53 | | 66.928,84 | 66.928,84 |
| **Summe TEP 011:** | **72.121.508,82** | **77.591.777** | **77.729.447,67** | **137.670,67** |

**Dienstaufwendungen Beamte und für Tarifbeschäftigte**

Die geringeren Dienstaufwendungen für Beamte und Tarifbeschäftigte (insgesamt rd. **260 T€** einschl. der Beiträge zu Sozialversicherung und Zusatzversorgung) resultieren im Wesentlichen aus personalwirtschaftlichen Effekten (z. B. zeitversetzte Wiederbesetzung offener Stellen, Reduzierung der Anordnung von Mehrarbeit bzw. deren Auszahlung). Weitere Minderaufwendungen im Bereich der tariflich Beschäftigten sind auf Langzeiterkrankungen und den Wegfall der Lohnfortzahlung sowie die Inanspruchnahme von Sonderurlaub und Elternzeit zurückzuführen. Hierbei sind die weiter ansteigenden Aufwendungen für die Beschäftigten des Jobcenters Kreis Unna bereits berücksichtigt, die sich insbesondere aus einem höheren Bestand an kommunalem Personal ergeben. Diese Mehraufwendungen werden durch höhere Kostenerstattungen vom Bund im Budget 50 Arbeit und Soziales ausgeglichen.

**Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen für Beamte**

Bei der Festsetzung des Zuführungsbedarfs für die Pension- und Beihilferückstellungen ergibt sich ein Gesamtbetrag in Höhe von rd. **7,22 Mio. €**. Den Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen stehen Rückstellungsauflösungen in Höhe von rd. **1,56 Mio. €** gegenüber (siehe hierzu Erläuterungen zu TEP 007 Sonstige ordentliche Erträge).

**TEP 012 Versorgungsaufwendungen**

| Versorgungsaufwendungen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | € | | | |
| Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger | 6.860.673,39 | 7.300.067 | 8.032.903,94 | 732.836,94 |
| Zuführung zu Beihilferückstellugen für Versorgungsempfänger | 1.714.049,10 | 1.850.000 | 1.965.231,29 | 115.231,29 |
| **Summe TEP 012:** | **8.574.722,49** | **9.150.067** | **9.998.135,23** | **848.068,23** |

Die Umlagezahlungen an die Kommunale Versorgungskasse für Westfalen-Lippe (rd. **8,03 Mio. €**) sowie die Beihilfezahlungen an Versorgungsempfänger (rd. **1,97 Mio. €**) wurden aus den gebildeten Pensions- und Beihilferückstellungen geleistet und fallen gegenüber der Ansatzplanung um insgesamt rd. **848 T€** höher aus.

| Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | € | | | |
| Personalaufwendungen | 72.121.508,82 | 77.591.777 | 77.729.447,67 | 137.670,67 |
| Versorgungsaufwendungen | 8.574.722 | 9.150.067 | 9.998.135,23 | 848.068,23 |
| **Zwischensumme** | **80.696.231,31** | **86.741.844** | **87.727.582,90** | **985.738,90** |
| abzgl. Erträge | -8.203.711,91 | -10.914.269 | -11.919.072,91 | -1.004.803,91 |
| **Vergleichssumme** | **72.492.519,40** | **75.827.575** | **75.808.509,99** | **-19.065,01** |
| **Verbesserung** | **-19.065,01** | | | |

Für eine zusammenfassende Betrachtung der Personal- und Versorgungsaufwendungen sind ebenfalls die Erträge zu berücksichtigen, die aus der Auflösung von Personalrückstellungen, der Minderung von Personalaufwendungen sowie aus den Kostenerstattungen von Dritten (z. B. Land, Gemeinden) wegen Dienstherrenwechsel resultieren. Zudem sind die Kostenerstattungen für Personal und Versorgung, die für die Erledigung von Landesaufgaben entstehen, miteinzubeziehen. Dazu gehören die Erstattungen für den Betrieb einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende (EAE) und Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) sowie die Belastungsausgleiche für die Kommunalisierung von Aufgaben des Landes (Elterngeld, Schwerbehindertenangelegenheiten, Umweltverwaltung). In der Berechnung werden ausschließlich die tatsächlich angefallenen Personal- und Versorgungsaufwendungen als Erstattungsbeträge gegengerechnet. Querschnittskosten bzw. Gemeinkostenzuschläge, die in einigen Fällen ebenfalls erstattet werden, bleiben in der obigen Tabelle unberücksichtigt.

Gegenüber der Ansatzplanung ergibt sich insgesamt eine geringfügige Verbesserung des Personalbudgets in Höhe von rd. **19 T€**.

**TEP 013 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

| Sach- und Dienstleistungen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **Aufwendungen für Unterhaltung** | **4.872.720,57** | **4.715.990** | **4.354.395,41** | **-361.594,59** |
| darunter | | | | |
| ~ der Grundstücke, Gebäude etc. | 1.758.488,35 | 2.181.700 | 1.233.691,02 | -948.008,98 |
| ~ des Infrastrukturvermögens | 935.590,51 | 1.092.100 | 1.190.601,32 | 98.501,32 |
| ~ Zuführungen zu Instandhaltungsrückstellungen | 1.012.066,57 | | 397.538,71 | 397.538,71 |
| **Aufwendungen für Bewirtschaftung** | **6.347.443,83** | **6.406.100** | **6.424.745,98** | **18.645,98** |
| darunter | | | | |
| ~ der Grundstücke, Gebäude etc. | 3.673.181,14 | 3.646.100 | 3.681.351,81 | 35.251,81 |
| ~ Mietnebenkosten im Rahmen von PPP | 2.674.262,69 | 2.760.000 | 2.743.394,17 | -16.605,83 |
| **Beförderung von Flüchtlingen, Schülerbeförderung, Lernmittel** | **3.524.768,00** | **4.124.900** | **3.937.144,91** | **-187.755,09** |
| **zu leistende Kostenerstattungen** | **11.480.445,41** | **10.727.150** | **10.947.901,88** | **220.751,88** |
| darunter | | | | |
| ~ kom. Finanzierungsanteil an d. Verwaltungskosten des Jobcenters | 6.533.565,89 | 5.775.000 | 5.525.896,00 | -249.104,00 |
| ~ an das Land | 355.990,00 | 13.113 | 55.990,00 | 42.877,22 |
| ~ Notarztkosten an Krankenhäuser und Ärzte | 1.594.842,62 | 1.610.000 | 2.085.656,01 | 475.656,01 |
| ~ an das Chemische Untersuchungsamt Stadt Hamm | 701.919,40 | 710.000 | 701.919,40 | -8.080,60 |
| **Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren** | **294.329,40** | **421.700** | **316.580,38** | **-105.119,62** |
| **Aufwendungen aus Dienstleistungsverträgen** | **22.532.981,76** | **21.534.000** | **19.913.960,37** | **-1.620.039,63** |
| darunter | | | | |
| ~ Dienstleistungsvertrag ÖPNV (VKU) | 17.000,00 | | 17.500,00 | 17.500,00 |
| ~ für Verbrennung | 12.807.594,42 | 11.541.000 | 10.217.548,50 | -1.323.451,50 |
| ~ für Kompostierung, Schadstoffsammlung, Abfallberatung | 9.708.387,34 | 9.993.000 | 9.678.911,87 | -314.088,13 |
| **Summe TEP 013:** | **49.052.688,90** | **47.929.840** | **45.894.728,93** | **-2.035.111,07** |

Im Fachdienst 11 Zentrale Dienste ergeben sich im Saldo für die **Unterhaltung** sowie **Bewirtschaftung** gegenüber dem Planansatz Abweichungen in Höhe von insgesamt rd. **343 T€**. Diese Entwicklung ist insbesondere auf Verzögerungen bei Unterhaltsungsmaßnahmen für Dienstgebäude und Grundstücke (rd. 948 T€) zurückzuführen. Eingeplante Aufwandsermächtigungen wurden somit nicht in Anspruch genommen.

**Aufwendungen aus Dienstleistungsverträgen**

Im Bereich des ÖPNV werden nach der Übertragung von Geschäftsanteilen an der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mgH (VKU) auf die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU) und den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen der VKU und VBU die Verluste der VKU seit dem Haushaltsjahr 2017 von der VBU getragen. Mithilfe der thesaurierten Gewinne aus den Vorjahren kann die VBU die bei der VKU entstehenden Verluste auch im für das Haushaltsjahr 2018 in voller Höhe übernehmen. Die vollständige Verlustübernahme durch die VBU führte zu einer wesentlichen Entlastung im Kreishaushalt.

Die im Rahmen der Abwicklung der Dienstleistungsverträge für die Aufgaben der Abfallentsorgung (GWA / AKU) entstehenden Aufwendungen werden durch entsprechende Gebührenerträge von den kreisangehörigen Kommunen ausgeglichen (siehe hierzu auch TEP 004 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte). Die ergebnisneutralen Abweichungen gegenüber der Ansatzplanung resultieren hier aus dem gesunkenen Abfallaufkommen, da bei der Kalkulation für 2018 noch von höheren Entsorgungsmengen ausgegangen wurde.

### TEP 014 Bilanzielle Abschreibungen

| Bilanzielle Abschreibungen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| Abschreibung auf | | | | |
| ~ Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände | 9.846.232,05 | 9.991.340 | 9.973.310,67 | 18.029,33 |
| ~ das Umlaufvermögen | 99.298,23 | | 2.179,64 | -2.179,64 |
| ~ Sonderabschreibung auf Grund und Boden | 441.661,78 | | 159.176,22 | -159.176,22 |
| **Summe TEP 014:** | **10.387.192,06** | **9.991.340** | **10.134.666,53** | **-143.326,53** |

Abschreibungen spiegeln den Werteverzehr in einer Rechnungsperiode (Haushaltsjahr) wider. Für den Kreis Unna sind in der Ergebnisrechnung des Jahres 2018 Abschreibungen in Höhe von rd. **10,13 Mio. €** gebucht worden. Gegenüber der Ansatzplanung sind damit Mehraufwendungen von rd. **143 T€** zu verzeichnen.

Korrespondierend zur Höhe der Abschreibungen sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zu sehen, die im Ergebnisplan unter TEP 002 Zuwendungen und allgemeine Umlagen enthalten sind. Für das Haushaltsjahr 2018 ist hier eine Summe von rd. **4,36 Mio. €** veranschlagt worden. Tatsächlich wurden Sonderposten für Zuwendungen in einer Höhe von rd. **3,90 Mio. €** aufgelöst.

### TEP 015 Transferaufwendungen

| Transferaufwendungen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **Budget 01 - Zentrale Verwaltung** | **111.789.633,90** | **113.288.088** | **114.098.517,22** | **810.429,22** |
| darunter | | | | |
| ~ Umlage Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) | 102.577.222,97 | 102.366.370 | 102.370.799,93 | 4.429,93 |
| ~ Umlage Regionalverband Ruhr (RVR) | 3.959.834,52 | 4.297.468 | 4.297.654,14 | 186,14 |
| ~ Zuweisungen an öffentliche und private Verkehrsunternehmen | 2.920.255,59 | 2.922.650 | 3.397.624,73 | 474.974,73 |
| ~ Aufwendungen aus Verlustübernahmen (WFG) | 54.596,66 | 900.000 | 1.281.841,63 | 381.841,63 |
| **Budget 50 - Arbeit und Soziales** | **85.371.529,09** | **85.650.258** | **88.952.060,11** | **3.301.802,11** |
| darunter | | | | |
| ~ Soziale Sicherung | 39.462.342,13 | 39.899.974 | 40.831.763,22 | 931.789,22 |
| ~ Stationäre Hilfe zur Pflege | 32.122.156,75 | 31.537.000 | 33.508.370,36 | 1.971.370,36 |
| ~ Ambulante Hilfe zur Pflege | 3.168.679,95 | 3.227.000 | 3.473.349,74 | 246.349,74 |
| ~ Sozialticket | 1.676.294,51 | 1.780.000 | 1.465.117,48 | -314.882,52 |
| **Budget 51 - Familie und Jugend** | **28.791.224,34** | **27.433.358** | **30.899.293,87** | **3.465.935,87** |
| darunter | | | | |
| ~ Betriebskostenzuschüsse Kindertageseinrichtungen | 16.943.954,73 | 15.410.858 | 16.768.295,39 | 1.357.437,39 |
| ~ Hilfen zur Erziehung | 9.427.858,65 | 9.324.000 | 10.617.408,34 | 1.293.408,34 |
| **Sonstige Bereiche** | **4.188.061,78** | **3.452.350** | **5.470.670,28** | **2.018.320,28** |
| darunter | | | | |
| ~ Krankenhilfekosten und Taschengeld für Asylsuchende (EAE) | 1.472.762,43 | 1.700.000 | 2.725.835,38 | 1.025.835,38 |
| **Summe TEP 015:** | **230.140.449,11** | **229.824.054** | **239.420.541,48** | **9.596.487,48** |

### Umlagen an Gemeindeverbände

Zu den Transferaufwendungen gehören auch die Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) mit rd. **102,37 Mio. €** und die Umlage an den Regionalverband Ruhr (RVR) in Höhe von rd. **4,30 Mio. €**.

**Zuweisungen im Rahmen der Aufgabenträgerschaft zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

In Nordrhein-Westfalen wird der Ausgleich für die Beförderung von Auszubildenden im öffentlichen Straßenpersonenverkehr durch die Vorschriften des § 11a ÖPNVG NRW geregelt. Empfänger der sogenannten Ausbildungsverkehrspauschale sind die kommunalen Aufgabenträger.

Darüber hinaus leitet der Kreis die Zuweisungen für Zwecke des ÖPNV zur Förderung von Qualitätsstandards, Durchschnittsalter von Fahrzeugen und sonstige Investitionsmaßnahmen an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiter.

Die Landeszuweisungen für Zwecke des ÖPNV sowie die Ausbildungsverkehrspauschale werden unter der TEP 002 Zuwendungen und allgemeine Umlagen vereinnahmt. In 2018 wurden insgesamt Zuweisungen in Höhe von rd. **3,40 Mio. €** an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weitergeleitet.

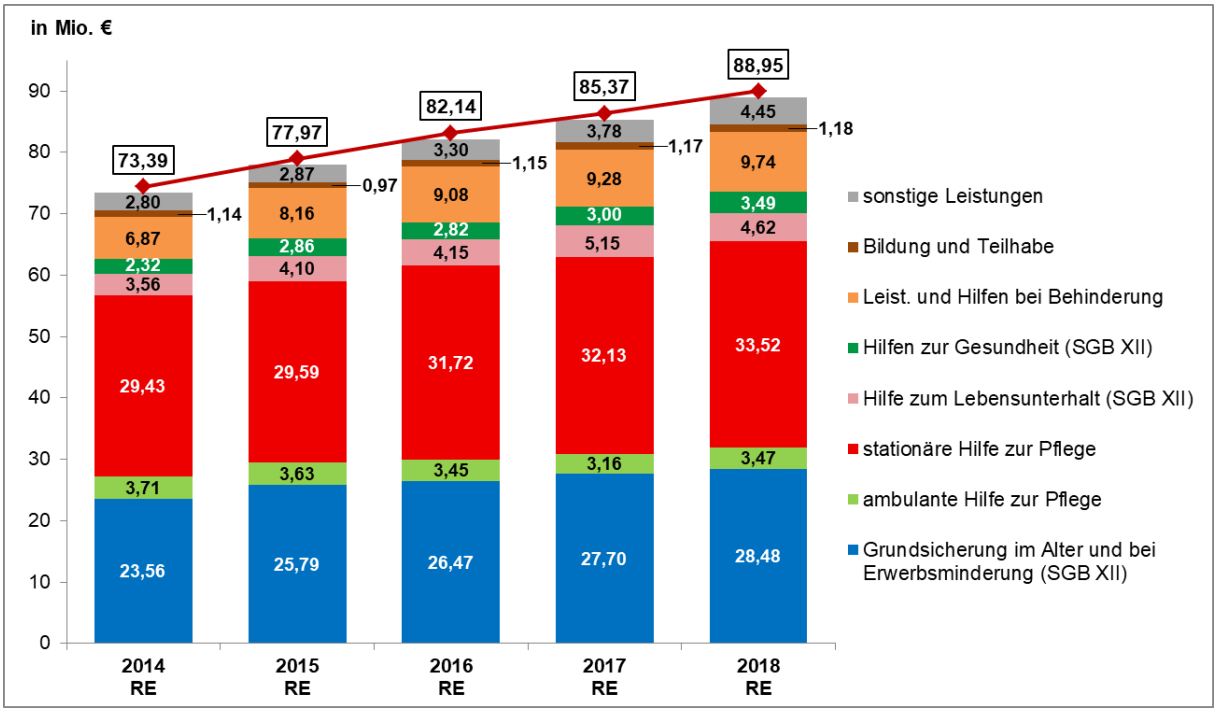
**Aufwendungen aus Verlustübernahmen (WFG)**

Aufgrund der „Betrauung“ der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) mit Dienstleistungen in allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) ist der Kreis Unna verpflichtet, gemäß dem Gesellschaftsvertrag (Obergrenze von 50 v. H. des Stammkapitals) im Verlustfalle eine Ausgleichszahlung zu leisten. Für den Fall, dass neben den DAWI-Aufgaben auch solche übernommen werden, die keine gemeinwirtschaftliche Verpflichtung darstellen, hat die WFG dies durch getrennte Ausweise in der Buchführung (Trennungsrechnung) zu belegen.

Im Haushaltsjahr 2018 wurden rd. 900 T€ als Aufwendungen aus Verlustübernahmen für die WFG eingeplant. Unter Berücksichtigung des vorläufigen Rechnungsergebnisses der Beteiligung für 2018 wurde der Ansatz mit rd. **382 T€** überschritten.

**Soziale Transferleistungen**

Die Transferaufwendungen beinhalten ganz überwiegend Sozialaufwendungen, die dem **Budget 50 Arbeit und Soziales** zuzuordnen sind.




Nachfolgend werden die Abweichungen sowie die Entwicklung der einzelnen Hilfearten gegenüber der Planung für das Haushaltsjahr 2018 dargestellt:

- Zum Stichtag 31.12.2018 haben 5.826 Personen Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung** nach dem 4. Kapitel SGB XII erhalten. Wenngleich die Vorjahreszahlen (31.12.2017: 5.035) aufgrund der IT-Verfahrensumstellung nicht vergleichbar sind, ist tatsächlich auch von einer „echten" Fallzahlensteigerung auszugehen. Dieses macht sich insbesondere bei den Transferaufwendungen bemerkbar. Gegenüber der Ansatzplanung lassen sich im Ergebnis Mehraufwendungen von rd. **700 T€** feststellen. Für den Kreis Unna ergeben sich hieraus allerdings keine Belastungen, da die Nettoaufwendungen seit 2014 vollständig vom Bund übernommen werden.

- Für die **ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege** sind in 2018 rd. **36.990 T€** an Transferaufwendungen verausgabt worden. Gegenüber dem Planansatz bedeutet das eine Steigerung von rd. **2.226 T€** bzw. 6 v. H.. Durch die Einführung der Pflegestärkungsgesetze hatten sich zuletzt diverse finanzielle Unsicherheiten ergeben. Zwischenzeitlich zeigt sich, dass die pflegerischen Betreuungsleistungen auch verstärkt in Anspruch genommen werden. Gründe für die höheren Aufwendungen in der Produktgruppe 50.02 sind der Anstieg der Fallzahlen im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege, höhere Vergütungssätze und auch die deutlich höhere Investitionskostenförderungen, sowohl für ambulante Pflegedienste als auch im Bereich der Kurzzeit-/ Tages- und vollstationären Pflege.

- Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind die Fallzahlen im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung nach dem **3. Kapitel SGB XII - Hilfe zum Lebensunterhalt -** zurückgegangen. Am 31.12.2018 haben 776 Personen Leistungen erhalten. Gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt ist damit ein Rückgang um rd. 4,9 v. H. verbunden (31.12.2017: 816 Personen). Aufgrund von

Rechtsstreitigkeiten über die Frage der Erwerbsfähigkeit befinden sich zahlreiche Fälle derzeit im Widerspruchsverfahren und weiterhin in der Zuständigkeit des Jobcenters. Vor dem Hintergrund der noch ausstehenden Entscheidung des Rentenversicherungsträgers sind die Minderaufwendungen für 2018 in Höhe von rd. **934 T€** mit entsprechender Vorsicht zu betrachten.

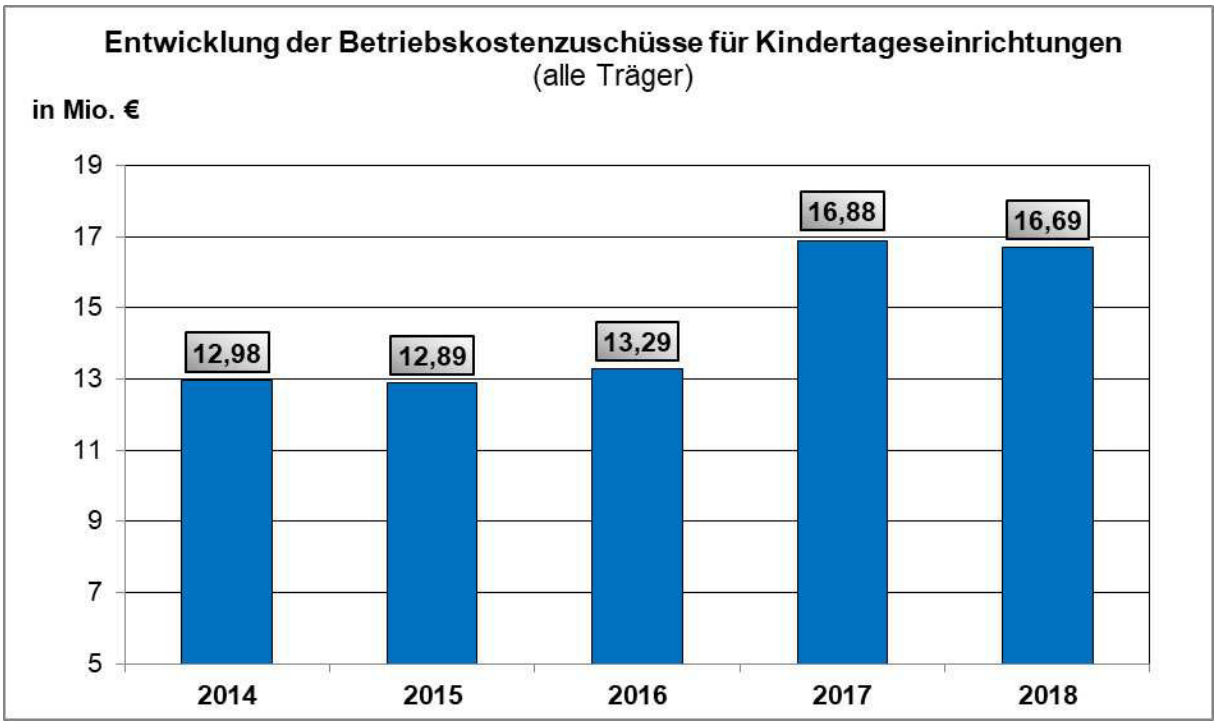
- Für die **Hilfen zur Gesundheit** (außerhalb von Einrichtungen) sind in 2018 Mehraufwendungen von rd. **962 T€** angefallen. Zwar ist die Zahl der Leistungsempfänger nach § 264 SGB V seit einigen Jahren rückläufig, die Hilfefälle sind aber oftmals sehr kostenintensiv. Hinzu kommt, dass die Übersendung der Krankenkassenabrechnungen häufig mit einem erheblichen Zeitverzug verbunden ist, so dass in Kombination mit der Unsicherheit über die Höhe der Aufwendungen entsprechend hohe Rückstellungen gebildet werden müssen.

- Die Transferaufwendungen für die **Leistungen und Hilfen bei Behinderung** waren zuletzt immer deutlich überzeichnet. In 2017 war im Ergebnis ein Mehraufwand von rd. **1.664 T€** festzuhalten. Begründet war diese Entwicklung insbesondere durch die hohen Aufwandssteigerungen im Zusammenhang mit der Schulbegleitung. Diese Entwicklung wurde im Rahmen der Haushaltsplanung für 2018 berücksichtigt. Die Ansätze wurden entsprechend angepasst. Für 2018 beträgt der Fehlbetrag „nur“ noch rd. **93 T€**.

**Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen**

Ein wesentlicher Bestandteil des **Budgets 51 Familie und Jugend** sind die Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen, die im Ergebnis für das Haushaltsjahr 2018 einen Betrag von rd. 16,69 Mio. € ausweisen. Gegenüber der Ansatzplanung stiegen die Aufwendungen um rd. **1,35 Mio. €**. Gleichzeitig erhöhten sind auch die Erträge in Form höherer Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen oder Entgelte (u. a. „KiTa-Rettungspaket I“).

Die Entwicklung der letzten Jahre wird im nachstehenden Schaubild dargestellt:



### Aufwendungen für Krankenhilfekosten und Taschengeld für Asylsuchende

Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (EAE) übernimmt der Kreis Unna die Abrechnung der vor Ort ausgezahlten Taschengeldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), die den Planansatz (rd. 500 T€) im Haushaltsjahr 2018 mit rd. **41 T€** leicht überschritten haben. In den Transferaufwendungen sind ebenfalls die Kosten der Krankenhilfe, die der Kreis Unna seit dem 01.05.2017 abrechnet, enthalten. Insgesamt entstanden hierfür Aufwendungen in Höhe von rd. 2,2 Mio. € und somit rd. **985 T€** mehr als eingeplant.

Da die Aufwendungen vollständig vom Land Nordrhein-Westfalen getragen werden, stehen diesen Verschlechterungen entsprechende Mehrerträge entgegen (siehe hierzu Erläuterungen zu TEP 006 Kostenerstattungen und Kostenumlagen). Es entstanden somit keine umlagerelevanten Belastungen für den Kreishaushalt.

### TEP 016 Sonstige ordentliche Aufwendungen

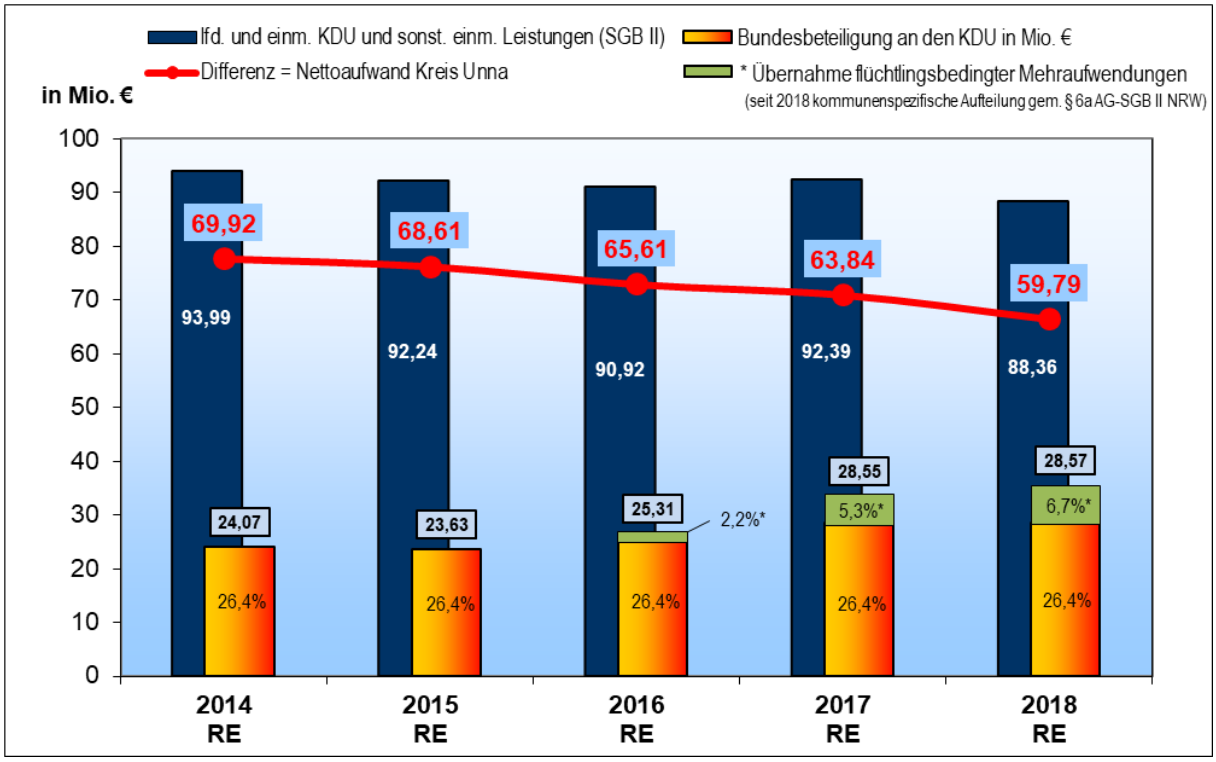
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **Personalnebenaufwendungen** | **1.140.417,70** | **1.387.580** | **1.286.747,50** | **-100.832,50** |
| **Aufw. für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten** | **3.417.959,27** | **3.937.747** | **3.862.498,06** | **-75.248,94** |
| darunter | | | | |
| ~ Mieten, Pachten, Erbbauzinsen und Leasing | 1.603.193,37 | 1.808.692 | 1.916.599,71 | 107.907,71 |
| ~ Ehrenamtliche Tätigkeit | 769.249,53 | 786.000 | 792.122,79 | 6.122,79 |
| ~ Supportleistungen | 999.869,97 | 1.284.955 | 1.097.071,40 | -187.883,60 |
| **Geschäftsaufwendungen** | **7.232.085,02** | **10.681.802** | **7.761.919,07** | **-2.919.882,93** |
| darunter | | | | |
| ~ Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (EAE) | 409.916,21 | 420.000 | 329.875,88 | -90.124,12 |
| ~ Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) | 114.592,62 | 316.029 | 167.668,67 | -148.360,33 |
| **Steuern, Versicherungen und Schadensfälle** | **841.062,00** | **835.320** | **1.006.447,23** | **171.127,23** |
| **Aufwendungen aus aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen** | **95.234.102,08** | **97.850.000** | **91.259.741,91** | **-6.590.258,09** |
| darunter | | | | |
| ~ lfd. und einm. Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung | 89.962.775,13 | 92.419.000 | 86.395.250,05 | -6.023.749,95 |
| ~ sonstige einm. Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung | 2.423.446,82 | 2.581.000 | 1.966.513,97 | -614.486,03 |
| **Wertberichtigungen** | **694.749,91** | **411.980** | **1.167.098,49** | **755.118,49** |
| darunter | | | | |
| ~ Wertberichtigungen zu Forderungen | 654.052,18 | 411.980 | 787.168,26 | 375.188,26 |
| ~ Wertberichtigungen fremdverwalteter Forderungen SGB II und darlehensweiser Hilfegewährung SGB II / SGB XII | 40.697,73 | | 379.930,23 | 379.930,23 |
| **Sonstige Rückstellungszuführungen** | **14.353,00** | | **8.954,75** | **8.954,75** |
| **weitere sonstige Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit** | **991.527,63** | **815.810** | **1.114.043,02** | **298.233,02** |
| darunter | | | | |
| ~ Fraktionszuwendungen | 411.163,48 | 419.190 | 419.184,76 | -5,24 |
| ~ Verfügungsmittel des Landrates | 265,00 | 6.000 | | -6.000,00 |
| **Summe TEP 016:** | **109.566.256,61** | **115.920.239** | **107.467.450,03** | **-8.452.788,97** |

### Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende (KdU)

Die kommunalen Leistungen nach dem SGB II (laufende und einmalige Leistungen der Kosten der Unterkunft und Heizung sowie sonstige einmalige Leistungen) belaufen sich für 2018 auf insgesamt rd. **88,36 Mio. €**. Damit wird der Ansatz um rd. **6,64 Mio. €** unterschritten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben auch in 2018 dafür gesorgt, dass der Arbeitsmarkt „boomt".

Selbst die immer noch ansteigenden Leistungen für Unterkunft und Heizung im Kontext **„Fluchtmigration"** (2018: voraussichtlich rd. **9,9 Mio. €**) konnten aufgefangen werden.

Die nachstehende Grafik stellt die Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende seit 2014 dar:




## TEP 021 Finanzergebnis

| Finanzergebnis | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Abweichung |
|---|---|---|---|---|
| | | € | | |
| **TEP 019 Finanzerträge** | **305.655,58** | **296.000** | **372.473,42** | **76.473,42** |
| darunter | | | | |
| ~ Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen | 277.299,40 | 265.000 | 285.706,07 | 20.706,07 |
| **TEP 020 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen** | **2.288.507,98** | **2.346.840** | **2.212.914,48** | **133.925,52** |
| darunter | | | | |
| ~ Zinsaufwendungen an Kreditinstitute | 1.752.000,97 | 1.850.000 | 1.720.760,13 | 129.239,87 |
| **Summe TEP 021:** | **-1.982.852,40** | **-2.050.840** | **-1.840.441,06** | **210.398,94** |

## 6.6 Finanzlage

In der **Finanzrechnung** sind gem. § 39 GemHVO NRW die im Haushaltsjahr eingegangenen **Einzahlungen** und geleisteten **Auszahlungen** getrennt voneinander nachzuweisen. Im Ergebnis des Jahres 2018 ergibt der Plan-Ist-Vergleich – unter Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen aus 2017 – folgendes Bild:

**Kreis Unna**

**Finanzrechnung**

Rechnungsjahr 2018

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/ Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| **09** | **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **473.972.921,04** | **482.955.605** | **491.454.911,28** | **8.499.306,28** |
| **16** | **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **-464.592.610,45** | **-472.627.819** | **-472.315.001,99** | **312.817,08** |
| **17** | **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **9.380.310,59** | **10.327.786** | **19.139.909,29** | **8.812.123,36** |
| 18 | Einz. aus Zuwendungen für Invest.-Maßnahmen | 4.806.955,27 | 5.600.740 | 3.735.734,05 | -1.865.005,95 |
| 19 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | 8.899,00 | 4.780 | 79.720,23 | 74.940,23 |
| 20 | Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen | | | | |
| 21 | Einzahlungen von Beiträgen und ähnlichen Entgelten | | | | |
| 22 | Sonstige Investitionseinzahlungen | 78.423,07 | 10.000 | 3.644.301,17 | 3.634.301,17 |
| **23** | **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **4.894.277,34** | **5.615.520** | **7.459.755,45** | **1.844.235,45** |
| 24 | Auszahlungen f.d. Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden | -3.255.543,33 | -1.035.500 | -1.785.584,94 | -750.084,94 |
| 25 | Auszahlungen für Baumaßnahmen | -5.159.726,47 | -22.054.090 | -6.848.466,61 | 15.205.623,39 |
| 26 | Auszahlungen f.d. Erwerb v. beweglichem Anl.-Vermögen | -2.524.858,55 | -4.063.319 | -2.863.516,01 | 1.199.802,99 |
| 27 | Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | -457.882,07 | -481.000 | -480.468,44 | 531,56 |
| 28 | Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | -120.080,25 | -400.000 | -665.100,00 | -265.100,00 |
| 29 | Sonstige Investitionsauszahlungen | -5.263.747,06 | -26.263.195 | -19.112.779,36 | 7.150.415,64 |
| **30** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-16.781.837,73** | **-54.297.104** | **-31.755.915,36** | **22.541.188,64** |
| **31** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-11.887.560,39** | **-48.681.584** | **-24.296.159,91** | **24.385.424,09** |
| **32** | **Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag** | **-2.507.249,80** | **-38.353.798** | **-5.156.250,62** | **33.197.547,38** |
| 33 | Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen | 13.016.139,12 | 42.191.000 | 25.717.290,27 | -16.473.709,73 |
| 34 | Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung | 36.500.000,00 | | 48.500.000,00 | 48.500.000,00 |
| 35 | Tilgung und Gewährung von Darlehen | -7.185.284,87 | -3.935.000 | -9.765.799,63 | -5.830.799,63 |
| 36 | Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung | -40.500.000,00 | | -50.500.000,00 | -50.500.000,00 |
| **37** | **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** | **1.830.854,25** | **38.256.000** | **13.951.490,64** | **-24.304.509,36** |
| **38** | **Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln** | **-676.395,55** | **-97.798** | **8.795.240,02** | **8.893.038,02** |
| 39 | Anfangsbestand an Finanzmitteln | **379.946,38** | | **-156.498,08** | **-156.498,08** |
| 40 | Bestand an fremden Finanzmitteln | 139.951,09 | | -575.407,72 | -575.407,72 |
| **41** | **Liquide Mittel** | **-156.498,08** | | **8.063.334,22** | **8.063.334,22** |

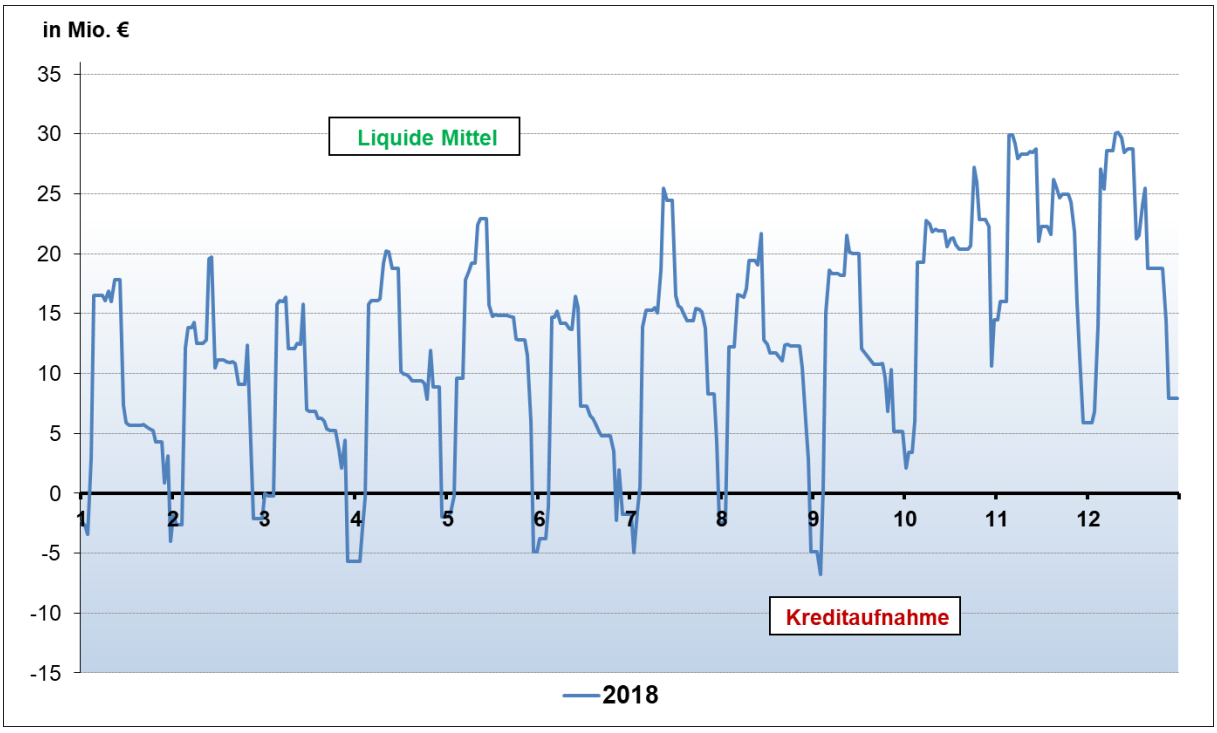
**Liquiditätskredite**

Aufgrund der seit mehreren Jahren anhaltend positiven Entwicklung der Liquiditätslage ist die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung lediglich ausnahmsweise, in der Regel zum Monatsende, erforderlich. Im Bedarfsfall werden diese zur Aufrechterhaltung der Zahlungsabwicklung tagesaktuell bei der Sparkasse UnnaKamen aufgenommen. Der Zinssatz hierfür beläuft sich auf 0,4 v. H.

Insbesondere im Haushaltsjahr 2018 verbesserte sich die Liquiditätssituation erneut. Ursächlich hierfür waren u. a. die deutlich gestiegenen Bußgelder im Budget 36 Straßenverkehr sowie die geringeren Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung (Budget 50 Arbeit und Soziales). Zudem führten die geringeren Auszahlungen aus Investitionstätigkeit sowie die Einzahlung von Fördermitteln in Form einer Kreditaufnahme zu einer weiteren Verbesserung der Liquiditätslage. Durchschnittlich betrug das Liquiditätsniveau in 2018 rd. 12,38 Mio. €. Für dieses Guthaben bzw. die liquiden Mittel auf den Girokonten über 1,00 Mio. € wird ebenso ein Verwahrentgelt von 0,4 v. H. erhoben.

Zum Stichtag **31.12.2018** war **kein** Liquiditätskredit erforderlich.

Die folgende Grafik stellt die tagesgenaue Entwicklung der Liquidität des Kreises Unna innerhalb des Haushaltsjahres 2018 dar:



## 6.7 Ergebnisüberblick sowie Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft

Das Jahresergebnis 2018 schließt mit einem Überschuss in der Ergebnisrechnung in Höhe von rd. **10,56 Mio. €** positiv ab und stellt im Vergleich zu den Prognosen im Rahmen der Budgetberichterstattung zum 30.09.2018 eine weitere Verbesserung dar.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die in den gebildeten Budgets erzielten Überschüsse bzw. die Zuschüsse der TEP 290 (Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen, u. a. die Gebäudeaufwendungen, Porto- und Fernmeldegebühren und Druckereileistungen) im Vergleich des fortgeschriebenen Haushaltsansatzes.

| Ergebnisse 2018 der Budgets TEP 290 | | Ergebnis 2017 | fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich fortgeschr. Ansatz / Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Zuschuss / Überschuss in € | | | |
| | Allgemeine Deckungsmittel | 206.684.228,13 | 210.585.057 | **212.344.989,62** | 1.759.932,62 |
| 01 | Zentrale Verwaltung (ohne Allg. Deckungsmittel) | -20.080.697,86 | -24.165.671 | **-22.876.617,16** | 1.289.053,84 |
| 32 | Öffentliche Sicherheit und Ordnung | -4.333.562,93 | -4.237.937 | **-3.389.367,48** | 848.569,52 |
| 36 | Straßenverkehr | 3.742.723,08 | 3.307.513 | **6.432.274,40** | 3.124.761,40 |
| 40 | Schulen und Bildung | -12.902.359,19 | -16.006.507 | **-14.184.794,39** | 1.821.712,61 |
| 50 | Arbeit und Soziales | -126.538.321,57 | -127.810.145 | **-122.744.846,58** | 5.065.298,42 |
| 51 | Familie und Jugend | -18.306.016,38 | -19.347.251 | **-20.954.895,02** | -1.607.644,02 |
| 53 | Gesundheit und Verbraucherschutz | -9.534.331,17 | -9.929.371 | **-9.663.071,05** | 266.299,95 |
| 60 | Bauen | -6.425.696,50 | -5.762.494 | **-5.727.558,19** | 34.935,81 |
| 62 | Vermessung und Kataster | -4.168.381,38 | -4.273.894 | **-4.246.518,66** | 27.375,34 |
| 69 | Natur und Umwelt | -4.339.328,99 | -4.659.300 | **-4.429.339,01** | 229.960,99 |
| | **Ergebnis** | **3.798.255,24** | **-2.300.000** | **10.560.256,48** | **12.860.256,48** |

Nachstehend werden bedeutsame Abweichungen zwischen dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz und dem festgestellten Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 **zusammenfassend je Budget** dargestellt, soweit noch keine Erläuterungen in den TEP zur Ertrags- und Aufwandslage enthalten sind. Veränderungen der Personal- und Versorgungsaufwendungen werden hierbei grundsätzlich nicht im Einzelnen berücksichtigt.

**Budget 01 „Zentrale Verwaltung“**

Insgesamt ergibt sich für das Budget Zentrale Verwaltung (ohne Allgemeine Deckungsmittel) ein Zuschussbedarf von rd. **-22.877 T€**, der um rd. **1.289 T€** geringer ausfällt als ursprünglich geplant.

Die Zentrale Verwaltung ist in hohem Maße durch haushalterische Querverflechtungen geprägt. Ein Großteil der Abweichungen zwischen Plan- und Ergebniswerten im Budget 01 sind bereits in den jeweiligen TEP erläutert (z. B. Kreisumlagen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen (WFG), Wohngeldentlastung). Weitere bedeutsame Abweichungen bzw. Angelegenheiten von allgemeinem Interesse werden nachstehend dargestellt:

Im Haushaltsjahr 2018 wurden rd. 365 T€ Mehrerträge aus Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land erzielt. Diese Gesamtsumme setzt sich zusammen aus Mehrerträgen aus der Inklusionspauschale sowie aus einem Belastungsausgleich für schulische Inklusion und für neue Aufgaben, die sich aus der Durchführungsverordnung zum Prostituiertenschutzgesetz NRW ergeben.

Bei den im Budget 01 zentral gebuchten Personal- und Versorgungsaufwendungen war im Zusammenhang mit Dienstherrenwechseln in Summe eine zusätzliche Entlastung des Ergebnisses in Höhe von rd. 1.000 T€ zu verzeichnen.

**Budget 32 „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“**

Der geplante Zuschussbedarf im Budget Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Höhe von rd. **-4.238 T€** wurde um rd. **849 T€** unterschritten.

Im Laufe des Jahres 2018 wurden rückwirkend zum 01.01.2018 die Honorare für die Notarztvergütung angepasst. Bereits abgeschlossene Abrechnungen mit Honorarnotärzten konnten nicht angepasst werden. Im Ergebnis ergibt sich daraus eine Verbesserung von rd. 225 T€. Eine weitere Abweichung im Sachgebiet Bevölkerungsschutz ergibt sich aus erhöhten Erträgen aus Leitstellengebühren (rd. 24 T€), die von den Trägern der Rettungswachen aufgrund der Erstattung durch die Krankenkassen an den Kreis Unna abgeführt werden. Des Weiteren sind im Budget 32 erhöhte Erträge aus Verwaltungsgebühren im Bereich Gewerberecht sowie Jagd- und Fischereiwesen zu verzeichnen (insgesamt rd. 29 T€). In der Ausländerbehörde sind Mehrerträge im Bereich der aufenthaltsgestaltenden Maßnahmen (rd. 27 T€) sowie durch Kostenerstattungen der Stadt Unna (rd. 78 T€) und Kostenerstattungen für Abschiebungen in Amtshilfe (rd. 36 T€) erzielt worden. Versicherungserstattungen und Fahrzeugverkäufe führen zu weiteren Mehrerträgen von rd. 69 T€.

Mehraufwendungen im Sachgebiet Bevölkerungsschutz sind im Zusammenhang mit der Haltung von Fahrzeugen und der Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens (z. B. Wartung und Prüfung der Geräte des Feuerwehrservicezentrums) entstanden (insgesamt rd. 100 T€).

In der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) konnten im Jahr 2018 noch nicht alle Planstellen besetzt werden, so dass bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen Verbesserungen von rd. 437 T€ zu verzeichnen sind. Aufgrund der vollständigen Erstattung der Aufwendungen durch das Land Nordrhein-Westfalen sind daher ebenfalls Mindererträge zu verzeichnen.

**Budget 36 „Straßenverkehr“**

Der Ergebnisüberschuss im Budget Straßenverkehr beträgt rd. **6.432 T€** und ist somit rd. **3.125 T€** höher als geplant.

Dieses Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus Mehrerträgen aufgrund einer erneuten Steigerung der Fallzahlen im Sachgebiet Bußgeldstelle und Verkehrssicherung im Bereich „Ordnungswidrigkeiten aus Fremdanzeigen“ (rd. 2.924 T€). Die Fallzahlensteigerung ergibt sich überwiegend aus Geschwindigkeitsmessungen der Autobahnpolizei und hat aufgrund der Einführung eines neuen Messsystems nochmals zugenommen.

Aber auch im Sachgebiet Führerscheinstelle und gewerblicher Kraftverkehr sind im Produkt Fahrerlaubnisse Mehrerträge aus Verwaltungsgebühren (rd. 158 T€) zu verzeichnen. Diese sind auf eine zwischenzeitlich vorgenommene produktscharfe Zuordnung sämtlicher EC-Kartenzahlungen im Bürgerbüro des Kreishauses Unna und eine Erhöhung der Rahmengebühren zurückzuführen. Mindererträge im Produkt gewerblicher Kraftverkehr (rd. 21 T€) ergeben sich aus den verlängerten Genehmigungszeiträumen im Güterkraftverkehr von bisher max. 5 auf 10 Jahre. Gleiches gilt für die Genehmigungszeiträume im Großraum- und Schwerverkehr.

Die o. a. produktscharfe Zuordnung der EC-Kartenzahlungen führt im Sachgebiet Zulassungsstelle zu entsprechenden Mindererträgen (rd. 77 T€).

**Budget 40 „Schulen und Bildung“**

Für das Budget Schulen und Bildung sieht das Jahresergebnis 2018 einen Zuschussbedarf von rd. **14.185 T€** und damit eine Verbesserung gegenüber dem Planansatz von rd. **1.822 T€** vor.

Bei der Beschaffung von Lernmitteln (rd. 115 T€), den Geschäftsaufwendungen (rd. 397 T€) und für Kostenerstattungen an übrige Bereiche (rd. 156 T€) sind Verbesserungen eingetreten, die sich im Jahresergebnis niederschlagen.

Signifikant sind die Auswirkungen bei den internen Leistungsbeziehungen. Im Bereich der Gebäudeunterhaltung ergeben sich Verbesserungen von rd. 720 T€, die u. a. aus Verzögerungen bei der Maßnahmendurchführung resultieren.

**Budget 50 „Arbeit und Soziales“**

Das Budget Arbeit und Soziales schließt das Haushaltsjahr 2018 mit einer Verbesserung gegenüber der Ansatzplanung von rd. **5.065 T€** ab. Wurde im Rahmen der Planungen noch von einem Fehlbetrag in Höhe von rd. **-127.810 T€** ausgegangen, beläuft sich das Ergebnis auf rd. **-122.745 T€**.

Prägend für das Ergebnis waren in 2018 auf der einen Seite die deutlichen Minderaufwendungen bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung und andererseits die Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Hilfe bei Pflegebedürftigkeit. Weitergehend Ausführungen zu den wesentlichen Themenbereichen finden sich bereits unter den Erläuterungen zu den einzelnen Teilergebnisplan-Positionen.

Weitere Veränderungen im Budget 50 werden nachstehend erläutert:

- Der Ansatz für die kommunalen Leistungen (laufende und einmalige Leistungen für Unterkunft und Heizung und sonstige einmalige Leistungen) ist gegenüber der Vorjahresplanung deutlich reduziert worden. Wurden in 2017 noch 96.956 T€ veranschlagt, belief sich der Ansatz für 2018

nur noch auf 95.000 T€. Angesichts der zum Planungszeitpunkt noch ungewissen Entwicklung bei den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen und der offenen Fragen zum Familiennachzug wurde zunächst auf Basis des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2017 zzgl. einer moderaten Steigerungsrate gerechnet. Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass die doch eher etwas vorsichtigeren Planungen nicht mit der Realität übereingestimmt haben. Zwar sind die flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen tatsächlich deutlich angestiegen, letztlich haben aber die positiven Rahmenbedingungen (gute Konjunkturlage und daraus resultierend ein guter Arbeitsmarkt) überwogen.

- Die Höhe der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung richtet sich nach den laufenden Leistungen gemäß § 22 Abs. 1 SGB II. Obwohl die Aufwendungen deutlich geringer ausgefallen sind und in dem Zusammenhang im Budget 50 auch Mindererträge bei den Kostenerstattungen in Höhe von rd. 1.379 T€ zu verbuchen waren, hat sich die Bundesbeteiligung insgesamt betrachtet nicht im gleichen Verhältnis reduziert. Positiv für den Kreis Unna hat sich die teilweise rückwirkende Anpassung der Beteiligungsquoten bemerkbar gemacht.

- Im Produkt Schwerbehindertenangelegenheiten führen diverse Sachverhalte zu einer deutlichen Verbesserung des Ergebnisses. Zu verzeichnen sind höhere Kostenerstattungen durch das Land, und zwar sowohl für das eingesetzte Personal (u. a. im Wege des Nachersatzes) als auch für Versorgungsempfänger. Insgesamt ist gegenüber der Ansatzplanung ein Plus von rd. 657 T€ zu verzeichnen.

**Budget 51 „Familie und Jugend“**

Für das Budget Familie und Jugend beträgt der Zuschussbedarf für das Jahr 2018 insgesamt rd. **-20.955 T€**. Bei der Ansatzplanung wurde noch von einem Ergebnis von rd. **-19.347 T€** ausgegangen, so dass sich im Vergleich eine deutliche Verschlechterung von rd. **1.608 T€** ergibt.

Die Berechnung der diff. Kreisumlage umfasst auch die zu berücksichtigenden zentral veranschlagten Personal- und Beihilfeaufwendungen sowie einen Zuschlag von 10 v.H. für die Verwaltungsgemeinkosten des Jahres 2018. Im Ergebnis werden insgesamt rd. **1.611 T€** von den beteiligten Kommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede angefordert.

Die wesentlichen Veränderungen im Budget 51 sind nachfolgend dargestellt:

- In den Fällen, in denen Kinder oder Jugendliche von einer seelischen Behinderung betroffen bzw. bedroht sind, besteht ein Anspruch auf Eingliederungshilfe durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Entwicklung der Vorjahre, wonach die verstärkte Inanspruchnahme dieser Leistungen auch zu Steigerungen der Transferaufwendungen führten, hat sich auch in 2018 fortgesetzt. Einem Ansatz von 1.310 T€ steht im Ergebnis ein Aufwand für die ambulante und stationäre Eingliederungshilfe von rd. 2.308 T€ und damit im Saldo ein Negativergebnis von rd. 998 T€ entgegen.

- Bei der Hilfe zur Erziehung sind zudem bei den stationären Hilfen Verschlechterungen festzustellen. Fallzahlensteigerungen und kostenintensive Hilfefälle führen insgesamt zu einem Mehraufwand von rd. 680 T€. Auch bei der Vollzeitpflege sind im Ergebnis Mehraufwendungen von rd. 75 T€ gegenüber der Ansatzplanung festzustellen. Die unbegleiteten minderjährigen Ausländer sind in der Betrachtung unberücksichtigt geblieben. Für diese Personengruppe wurde für das Haushaltsjahr 2018 ein Transferaufwand von rd. 2,16 Mio. € eingeplant. Durch eine geringere Personenzuweisung sind die Aufwendungen insgesamt niedriger ausgefallen. Hinzu kommt, dass die hierauf bezogenen Aufwendungen vom Land erstattet werden.

- Das Land Nordrhein-Westfalen erbringt nach dem Konnexitätsprinzip einen Belastungsausgleich zur Finanzierung der anfallenden Personal- und Sachaufwendungen für die Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich Elterngeld. Höhere Kostenerstattungen führen im Ergebnis zu einer Verbesserung von rd. 63 T€.

- Der Ausbau der Kindertagesbetreuung steht weiter im gesellschaftlichen und politischen Fokus. Mit der Kindertagesbetreuung sind folglich auch nicht ohne Grund die höchsten Aufwendungen verbunden. Die Höhe der Betriebskostenzuschüsse an die jeweiligen Einrichtungsträger ist gegenüber dem Vorjahr noch einmal um rd. 1,35 Mio. € auf 16,69 Mio. € angestiegen. Gemeinsam mit den Investitionszuschüssen und den Jugendhilfeleistungen für die Betreuung in einer Kindertagespflege beläuft sich der Aufwand auf insgesamt rd. 18,47 Mio. €, gegenüber der Ansatzplanung ein Plus von rd. 2,16 Mio. €. Doch auch auf der Ertragsseite sind mit dem Ausbau der Betreuung deutliche Steigerungen verbunden. Die Landeszuwendungen sind um rd. 1,79 Mio. € gestiegen; ein Teil der höheren Zuwendungen stammt dabei aus dem Kita-Rettungspaket I. Höhere Kostenbeteiligungen der Eltern (Elternbeiträge / Kostenersatz für die Tagespflege) sorgen zudem für Mehrerträge von rd. 783 T€.

- Zum 01.07.2017 sind die gesetzlichen Änderungen zum Unterhaltsvorschuss in Kraft getreten. Neben einer Ausweitung des leistungsberechtigten Personenkreises ist damit auch eine Veränderung der Kostenbeteiligung von Land und Bund verbunden. Aufgrund höherer Transfererträge sind in 2018 gegenüber der Ansatzplanung Verbesserungen von rd. 61 T€ zu verzeichnen.

**Budget 53 „Gesundheit und Verbraucherschutz“**

Im Budget Gesundheit und Verbraucherschutz ergibt sich gegenüber dem Planansatz in Höhe von rd. **-9.929 T€** eine Verbesserung in Höhe von rd. **266 T€**.

Diese Verbesserung ergibt sich aus höheren Gebührenerträgen in den einzelnen Sachgebieten (insgesamt rd. 92 T€) sowie Mehrerträgen aus Verwarnungs- / Buß- und Zwangsgeldern in Höhe von rd. 29 T€.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen konnten Einsparungen im Bereich der Kostenerstattung für die Tierkörperbeseitigungsanstalt Lünen sowie das Chemische Veterinäruntersuchungsamt Westfalen erzielt werden (insgesamt rd. 53 T€). Weitere Einsparungen erfolgten bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Reisekosten, Aus- und Fortbildung, Softwaresupport und allgemeine Geschäftsaufwendungen).

**Budget 60 „Bauen“**

Im Budget Bauen ergibt sich eine Verbesserung von insgesamt rd. **35 T€** gegenüber den Planungen von rd. **-5.762 T€**.

Insbesondere führen höhere Erträge aus Kostenerstattungen (rd. 121 T€) zu Verbesserungen. Diesen stehen allerdings geringere Erträge aus aktivierten Eigenleistungen (rd. 278 T€) gegenüber.

Dafür lassen sich Verbesserungen durch Minderaufwendungen für bilanzielle Abschreibungen (rd. 48 T€) und sonstige ordentliche Aufwendungen im Bereich der Geschäftsaufwendungen (rd. 40 T€) und Planungsaufwendungen für künftige Baumaßnahmen (rd. 70 T€) verzeichnen.

**Budget 62 „Vermessung und Kataster“**

Für das Budget Vermessung und Kataster ist im Rahmen der Haushaltsplanungen für 2018 von einem Zuschussbedarf in Höhe von rd. **4.274 T€** ausgegangen worden. Tatsächlich schließt das Haushaltsjahr 2018 um rd. **27 T€** besser ab.

Dies resultiert aus Einsparungen im Bereich der Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen und die Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens (rd. 11 T€) sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen für Supportleistungen für Software (rd. 16 T€).
Weitere Verbesserungen sind bei der internen Leistungsverrechnung aufgrund von Einsparungen im Bereich der Gebäudebewirtschaftung und - unterhaltung zu verzeichnen (rd. 29 T€).

**Budget 69 „Natur und Umwelt“**

Das Jahresergebnis im Budget Natur und Umwelt schließt mit einer Verbesserung von rd. **230 T€** gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von rd. **-4.659 T€** ab.

Im Zusammenhang mit Ersatzgeldern (rd. 24 T€) und ökologischem Grundstückfonds (rd. 18 T€) sowie mit der Auflösung von Sonderposten aufgrund der Neubewertung von Grundstücken (rd. 76 T€) konnten Mehrerträge erzielt werden, so dass sich bei den sonstigen ordentlichen Erträgen insgesamt eine Verbesserung von etwa 118 T€ ergeben hat.
Gleichzeitig führten geringere ordentliche Aufwendungen im Bereich der Geschäftsaufwendungen (rd. 105 T€), sowie Minderaufwendungen für Gutachten (rd. 20 T€) und die Überwachung von Altlasten (rd. 40 T€) ebenfalls zu einem besseren Ergebnis.

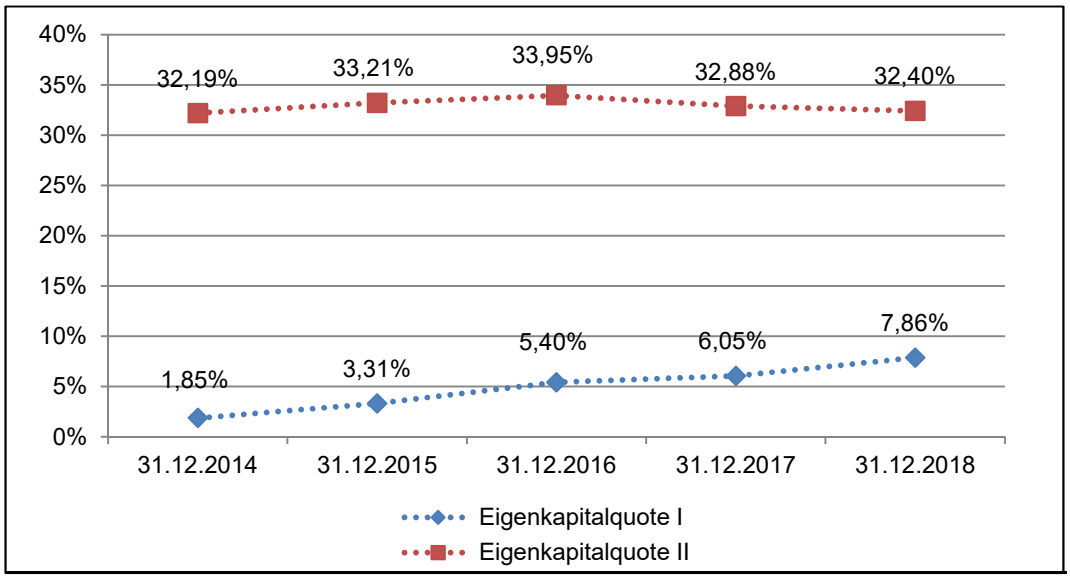
An negativen Entwicklungen stehen diesen jedoch mit rd. 42 T€ Mehraufwendungen für Pachtzahlungen entgegen.

Bei der ergebnisneutralen Abfallentsorgung stehen Mindererträgen im Zusammenhang mit den Abfallentsorgungsentgelten der Kommunen von rd. 1.526 T€ geringere Aufwendungen für Verbrennung (rd. 1.323 T€) gegenüber.

## 6.8 Kennzahlen

Die nachstehenden Liniendiagramme stellen die Entwicklung der Kennzahlen zur Bilanz in den letzten fünf Jahren (2014 bis 2018) dar. Zu beachten ist hierbei, dass die abgebildete Trendlinie zwischen den Datenpunkten keine unterjährigen Werte dieser Kennzahl ausweist, da es sich ausschließlich um stichtagsbezogene Kennzahlen handelt (jeweils zum 31.12. eines Jahres).

**Eigenkapitalquoten**



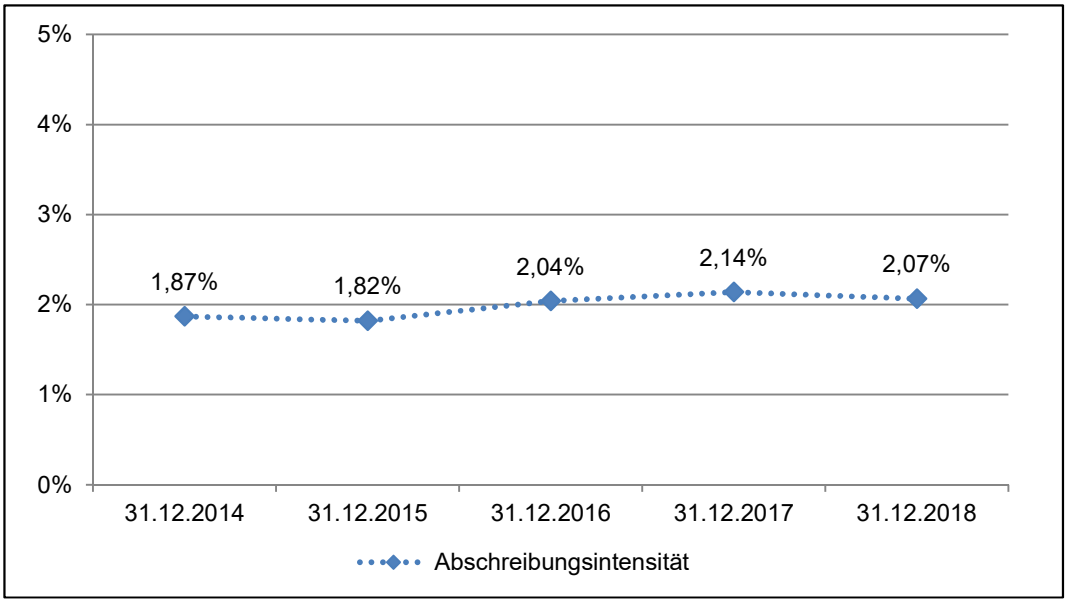

**Eigenkapitalquote I =** (Eigenkapital∗100)/Bilanzsumme

Die Eigenkapitalquote I misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital.
Im Durchschnitt liegt dieser Wert bei Kreisen in NRW bei rd. 25 %. Der Kreis Unna hat mit einer Eigenkapitalquote I von rd. 7,6 % einen geringen Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme. Allerdings steigt der Wert seit 2014 kontinuierlich an.

**Eigenkapitalquote II =** ((Eigenkapital+SoPo f. Zuwendungen u. Beiträge)∗100)/ Bilanzsumme

Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des »wirtschaftlichen« Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße »Eigenkapital« um die »langfristigen« Sonderposten erweitert. Je größer das Eigenkapital mit dem langfristigen Sonderposten im Verhältnis zum Gesamtkapital ist, desto krisenfester gilt die Finanzierung und die Kommune ist somit umso unabhängiger von den Banken.
Der Orientierungswert für Kreise liegt laut MIK NRW bei rd. 45 %. Die Eigenkapitalquote II des Kreises Unna schwankt seit 2014 zwischen 32 % und 34 %. Die Werte liegen somit unter dem Orientierungswert vom MIK NRW.

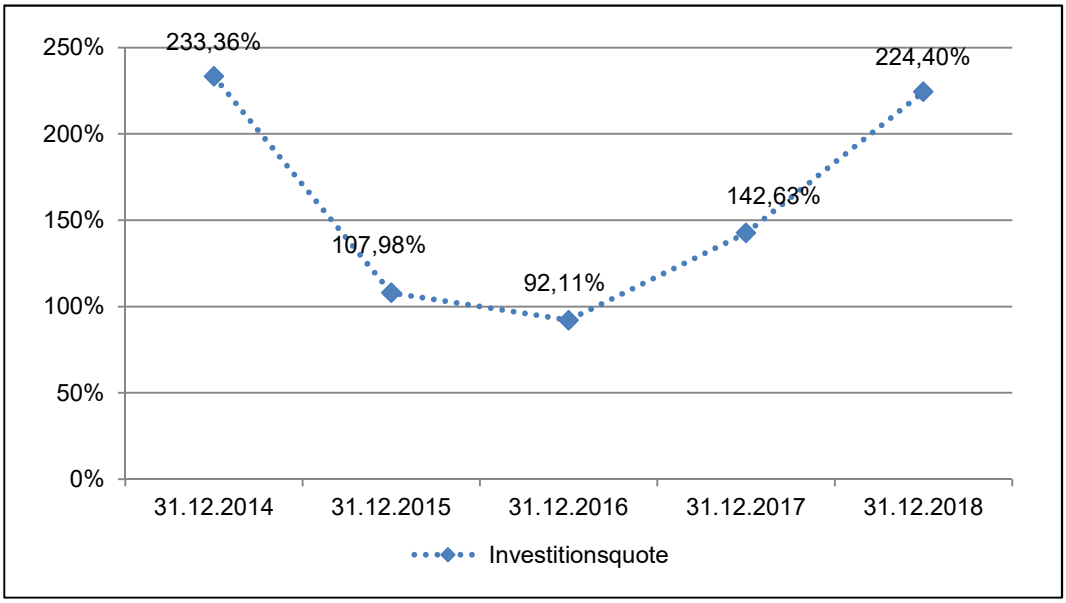
**Abschreibungsintensität**




**Abschreibungsintensität =** (Abschreibung auf AV∗100)/(Ordentliche Aufwendungen)

Die Abschreibungsintensität zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. Eine niedrige Abschreibungsintensität kann auf eine umfangreiche Ausgliederung des Sachanlagevermögens aus dem Kernhaushalt hindeuten. Im Durchschnitt liegt die Abschreibungsintensität bei Kreisen in NRW bei rd. 2,7 %.
Die Abschreibungsintensität liegt im Jahresverlauf kontinurielich bei rd. 2 %.
Die Aufwendungen für Abschreibungen auf das Anlagevermögen machen nur einen geringen Wert an den gesamten ordentlichen Aufwendungen aus. Der Kreis Unna wird durch den Wertverlust des Anlagevermögens somit nur geringfügig belastet.

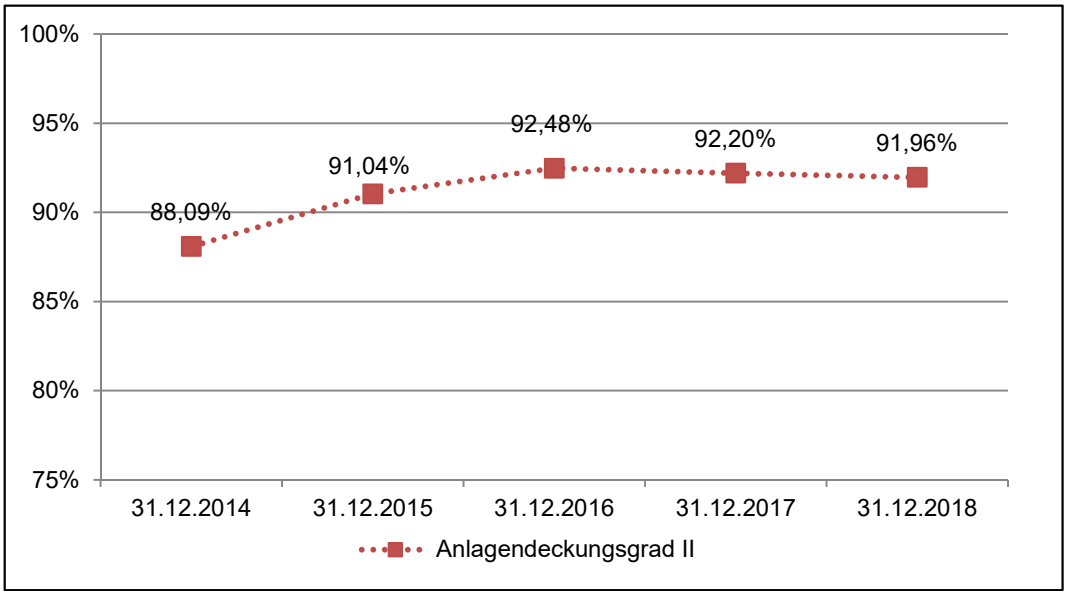
**Investitionsquote**




**Investitionsquote =** (Bruttoinvestitionen∗100) ⁄(Abgänge AV+Abschreibungen auf AV)

Die Investitionsquote zeigt, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgänge neue Investitionen gegenüber stehen. Hierbei werden nur ergebniswirksame Abschreibungen für die Berechnung berücksichtigt. Eine geringe Investitionsquote kann bedeuten, dass wenig investiert wird und das Vermögen somit altert. Eine Quote von 100 % kann darauf hindeuten, dass der Status Quo des Anlagevermögen erhalten bleibt.
Laut MIK NRW sollte eine »gesunde« Kommune einen Wert von über 100 % aufweisen. Nach einer deutlich erhöhten Investitionsquote im Jahr 2014 sank die Quote bis 2016 um mehr als die Hälfte. Bis zum Jahr 2018 ergibt sich wieder eine Steigerung der Investitionsquote auf rd. 224,4 %.

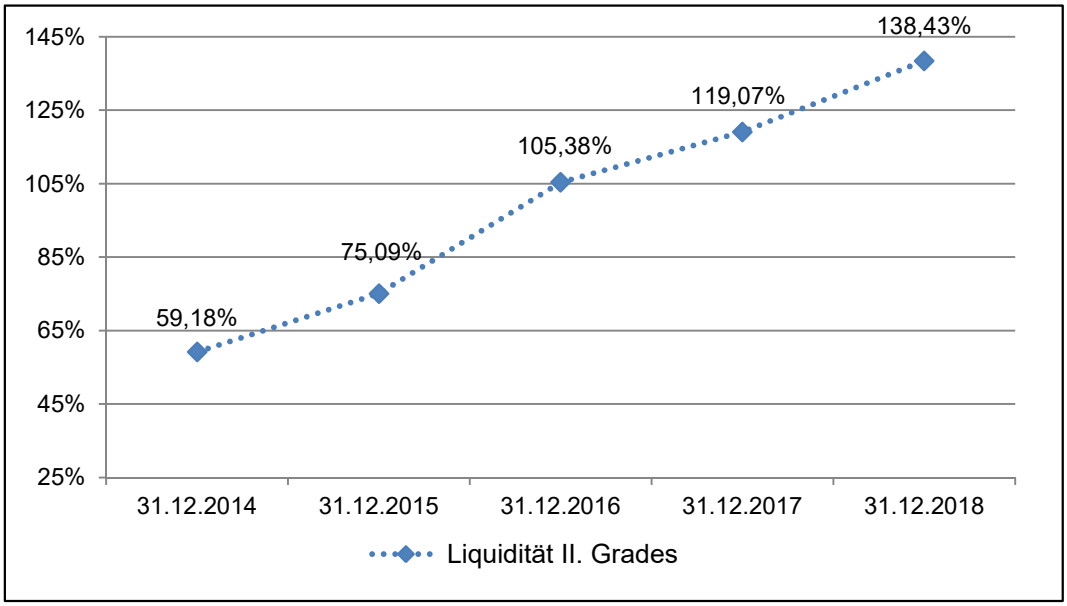
**Anlagendeckungsgrad II**




**Anlagendeckungsgrad II** = ((Eigenkapital+SoPo+langfr. FK)∗100) ⁄ Anlagevermögen

Der Anlagendeckungsgrad II gibt an, in welchem Umfang das Anlagevermögen durch langfristiges zur Verfügung stehendes Kapital gedeckt ist. Nach der »goldenen Bilanzregel« sollte diese Kennzahl mindestens 100 % betragen. So kann gewährleistet werden, dass fällig werdende Verbindlichkeiten fristgerecht bezahlt werden können.
Seit 2013 steigt diese Kennzahl stetig an. Am 31.12.2018 liegt der Anlagendeckungsgrad II bei rd. 91,6 %. Die »goldene Bilanzegel« ist somit zwar nicht erfüllt, aber der Kreis Unna nährt sich diesem Wert an.

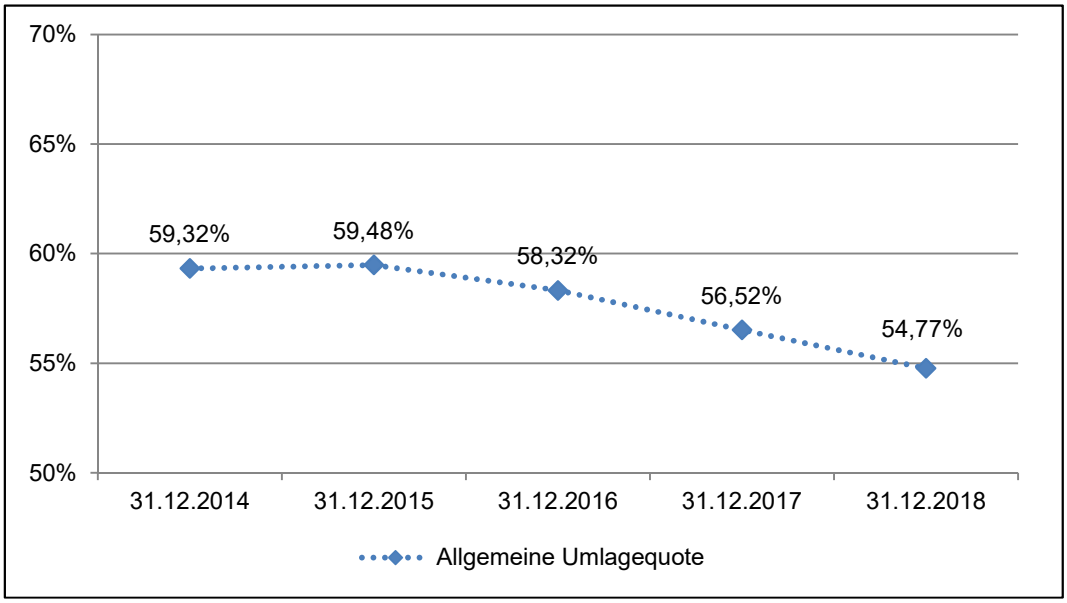
**Liquidität II. Grades**




**Liquidität II. Grades =** ((liquide Mittel+kurzfr. Ford.) ∗100) ⁄(kurzfr. Verbindlichkeiten)

Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen zum 31.12. an, inwieweit die kurzfristen Forderungen und die liquiden Mittel die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken können. Um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen sollte der Liquiditätsgrad 2 mindestens bei 100 % liegen. Ist die Kennzahl geringer, liegt ein Liquiditäts-engpass vor.
Der Liquiditätsgrad 2 liegt beim Kreis Unna am 31.12.2018 bei rd. 135,2 %. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten konnten somit durch die liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden und ein Liquiditätsengpass liegt nicht vor. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Kennzahl nur stichtagsbezogen ist.

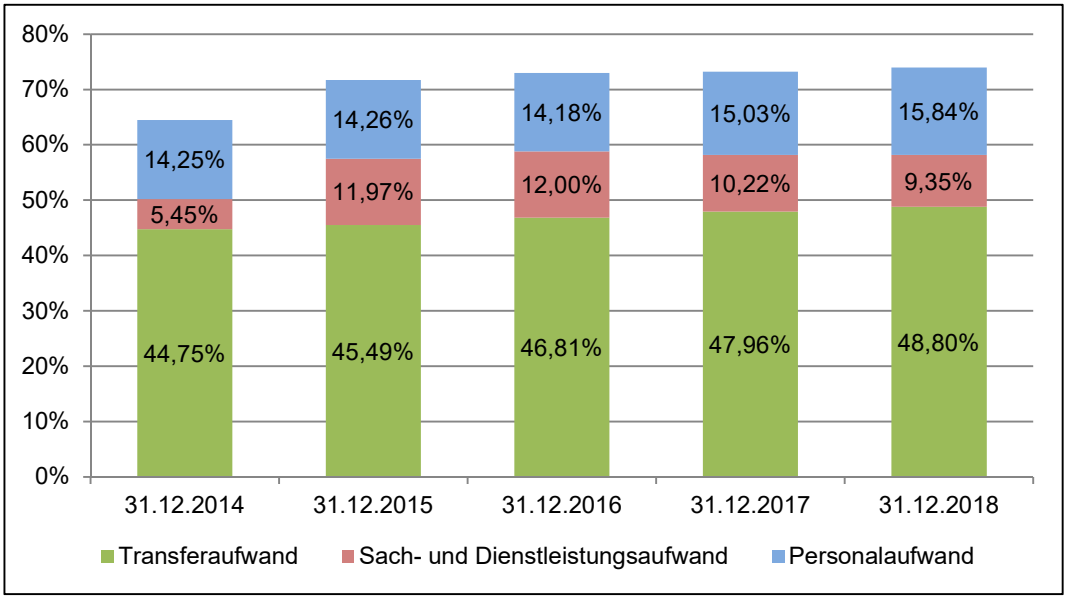
**Allgemeine Umlagequote**




**Allgemeine Umlagequote =** (Allgemeine Umlage∗100)／(ordentliche Erträge)

Die Allgemeine Umlagequote zeigt das Verhältnis der Allgemeinen Kreisumlage sowie der differenzierten Kreisumlage zu den ordentlichen Erträgen. Sie macht somit eine Angabe, inwieweit sich der Kreis »selbst« durch die Kreisumlagen finanzieren kann.
Eine hohe allgemeine Umlagequote kann ein Indiz für eine hohe Umlagekraft der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sein. Jedoch wird dabei nicht die unterschiedliche Umlagekraft der einzelnen Kommunen berücksichtigt und die teilweise deutlichen Unterschiede sind nicht ersichtlich.
Das MIK NRW sieht für Kreise einen Orientierungswert von rd. 55 % vor. Seit 2015 sinkt die Allgemeine Umlagequote beim Kreis Unna auf einen Wert von nunmehr rd. 54,9 % (31.12.2018) und nähert sich dem Orientierungswert somit beinahe exakt an.

**Wesentliche Aufwandsarten**




**Transferaufwandsquote** = (Transferaufwendungen∗100)/(Ordentliche Aufwendungen)

Die Transferaufwandsquote setzt die Transferaufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen. Die Quote ist abhängig von der Organisation und der Aufgabenstruktur der Kommune. Somit kann eine Veränderung der Organisationsstruktur zu einer signifikanten Veränderung der Transferaufwands-quote führen.
Beim Kreis Unna liegt die Transferaufwandsquote zum 31.12.2018 mit rd. 48,8 % unter dem landesweiten Durchschnitt von rd. 60 %. Das liegt u. a. an den Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung, die beim Kreis Unna nicht den »Transferaufwendungen«, sondern den »sonstigen ordentlichen Auf-wendungen« zugeordet werden. Die Transferaufwendungen haben somit einen vergleichsweise geringen Anteil an den gesamten ordentlichen Aufwendungen.

**Personalintensität** = (Personalaufwendungen∗100)/(ordentliche Aufwendungen)

Die Personalintensität zeigt den Anteil der Personalaufwendungen des derzeit beschäftigten Personals an den ordentlichen Aufwendungen. Diese Quote gibt nur bedingt Auskunft über das wirtschaftliche Verhalten der Kommune. Sie ist abhängig von der Organisation der Aufgabenerledigung. Eine reine Betrachtung der Kennzahl gibt somit keine genaue Auskunft über die absolute Entwicklung der Personalaufwendungen.
Beim Kreis Unna liegt diese Quote zum 31.12.2018 bei rd. 15,9 %. Der vom MIK NRW vorgegebene Orientierungswert für Kreise weist einen Wert zwischen 10 % und 12 % auf. Der Kreis Unna hat somit einen leicht höheren Wert.
Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass der Kreis Unna auch Aufgaben für den Bund, das Land und Kommunen übernimmt, die teilweise bis vollständig dritt-finanziert werden. Die Erträge, die der Kreis Unna diesbezüglich erhält, werden gemäß dem Bruttoprinzips nicht mit den Personalaufwendungen verrechnet und finden somit keinen Einfluss in die Berechnung dieser Kennzahl.

**Sach- und Dienstleistungsintensität** = (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen∗100)／(ordentliche Aufwendungen)

Die Quote gibt Auskunft über das Ausmaß der Inanspruchnahme von Leistungen Dritter. Eine Veränderung der Quote kann aufgrund von einer Veränderung der ordentlichen Aufwendungen oder wegen einer Veränderung bei den Sach- und Dienstleistungen entstehen. Die Kennzahl gibt allerdings keine Auskunft über die Qualität der Leistungen. Für die Kreise wird vom MIK NRW ein Orientierungswert von rd. 5 % angegeben.
Aufgrund einer Umstrukturierung der Aufwendungen aus ÖPNV-Leistungen und der Aufwendungen im Rahmen der Ausgleichszahlungen für die Abfallbeseitigung von den »sonstigen ordentlichen Aufwendungen« in die »Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen« steigt die Quote seit 2015 um mehr als das Doppelte an. Zum 31.12.2018 wird für diese Kennzahl ein Wert von rd. 9,4 % ausgewiesen.

**Kennzahlen zum Jahresabschluss 2018**

| Kennzahl | Ermittlung | Beschreibung | Wert | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 31.12.2018 | 31.12.2017 | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| **A \| Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation** | | | | | | | |
| **Aufwandsdeckungsgrad** | Ordentliche Erträge x 100<br>Ordentliche Aufwendungen | Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden. | **102,53%** | 101,20% | 102,40% | 102,24% | 100,98% |
| **Eigenkapitalquote 1** | Eigenkapital x 100<br>Bilanzsumme | Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital. | **7,86%** | 6,05% | 5,40% | 3,31% | 1,85% |
| **Eigenkapitalquote 2** | (Eigenkapital + SoPo für Zuwendungen/Beiträge) x 100<br>Bilanzsumme | Die Eigenkapitalquote 2 misst den Anteil des "wirtschaftlichen Eigenkapitals" am gesamten bilanzierten Kapital. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße "Eigenkapital" um die "langfristigen" Sonderposten erweitert. | **32,40%** | 32,88% | 33,95% | 33,21% | 32,19% |
| **Fehlbetragsquote** | Negatives Jahresergebnis x (-100)<br>Allgemeine Rücklage + Ausgleichsrücklage | Die Fehlbetragsquote gibt Auskunft über den durch den Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. | **n.a.** | n.a. | n.a. | n.a. | n.a. |
| **B \| Kennzahlen zur Vermögenslage** | | | | | | | |
| **Infrastrukturquote** | Infrastrukturvermögen x 100<br>Bilanzsumme | Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht. | **21,30%** | 23,11% | 24,25% | 25,23% | 24,76% |
| **Abschreibungsintensität** | Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100<br>Ordentliche Aufwendungen | Diese Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. | **2,07%** | 2,14% | 2,04% | 1,82% | 1,87% |
| **Drittfinanzierungsquote** | Erträge aus der Auflösung von Sonderposten x 100<br>Bilanzielle Abschreibungen auf AV | Die Drittfinanzierungsquote gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich. | **43,21%** | 48,05% | 49,65% | 46,06% | 42,19% |
| **Investitionsquote** | (Zugänge des AV + Zuschreibungen auf AV) x 100<br>Abgänge des AV + Abschreibungen auf AV | Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang die Gemeinde Neuinvestitionen durch jährliche Abschreibungen erwirtschaftet. Hierbei werden nur ergebniswirksame Abschreibungen für die Berechnung berücksichtigt. | **224,40%** | 142,63% | 92,11% | 107,98% | 233,36% |

| Kennzahl | Ermittlung | Beschreibung | Wert | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 31.12.2018 | 31.12.2017 | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| **C \| Kennzahlen zur Finanzlage** | | | | | | | |
| **Anlagendeckungsgrad 2** | (Eigenk. + SoPo Zuwend./Beiträge + lfr. Fremdkapital) x 100<br>Anlagevermögen | Der Anlagendeckungsgrad 2 gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. | **91,96%** | 92,20% | 92,48% | 91,04% | 88,09% |
| **Dynamischer Verschuldungsgrad** | Gesamtes Fremdkapital - Liquide Mittel - kurzfr. Forderungen<br>Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit | Mit Hilfe der Kennzahl "Dynamischer Verschuldungsgrad" lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei jeder Gemeinde an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der Dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer). | **12,80 Jahre** | 24,85 Jahre | 33,61 Jahre | 31,43 Jahre | 16,54 Jahre |
| **Liquidität 2. Grades** | (Liquide Mittel + Kurzfristige Forderungen) x 100<br>Kurzfristige Verbindlichkeiten | Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die "kurzfristige Liquidität" der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. | **138,43%** | 119,07% | 105,38% | 75,09% | 59,18% |
| **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** | Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100<br>Bilanzsumme | Mit Hilfe der Kurzfristigen Verbindlichkeitsquote soll beurteilt werden, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird. | **6,62%** | 5,98% | 5,88% | 5,26% | 6,43% |
| **Zinslastquote** | Finanzaufwendungen x 100<br>Ordentliche Aufwendungen | Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht. | **0,45%** | 0,48% | 0,54% | 0,84% | 0,82% |
| **D \| Kennzahlen zur Ertragslage** | | | | | | | |
| **Allgemeine Umlagequote** | Allgemeine Umlagen x 100<br>Ordentliche Erträge | Die Umlagequote gibt an, zu welchem Teil die Gemeinde abhängig von ihrer allgemeinen Umlage (Kreisumlage) ist. Berechnung für 2014 inkl. der Umlage nach dem ELAG. | **54,77%** | 56,52% | 58,32% | 59,48% | 59,32% |
| **Zuwendungsquote** | Erträge aus Zuwendungen x 100<br>Ordentliche Erträge | Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. | **12,93%** | 11,99% | 11,68% | 11,15% | 10,48% |

| Kennzahl | Ermittlung | Beschreibung | Wert | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 31.12.2018 | 31.12.2017 | 31.12.2016 | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| **Personalintensität** | Personalaufwendungen x 100<br>Ordentliche Aufwendungen | Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ord. Aufwendungen ausmachen. | **15,84%** | 15,03% | 14,18% | 14,26% | 14,25% |
| **Sach- und Dienstleistungsintensität*** | Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen x 100<br>Ordentliche Aufwendungen | Die Kennzahl "Sach- und Dienstleistungsintensität" soll aufzeigen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme Dritter entschieden hat. | **9,35%** | 10,22% | 12,00% | 11,97% | 5,45% |
| **Transferaufwandsquote** | Transferaufwendungen x 100<br>Ordentliche Aufwendungen | Diese Kennzahl stellt einen Bezug zwischen Transferaufwendungen und ordentlichen Aufwendungen her. | **48,80%** | 47,96% | 46,81% | 45,49% | 44,75% |

* Ab dem Haushaltsjahr 2015 werden die Aufwendungen aus ÖPNV-Leistungen sowie die Aufwendungen im Rahmen der Ausgleichszahlungen für die Abfallbeseitigung in der Ergebnisrechnung unter der Position "Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen" (Positionsnummer: 013) und nicht wie bisher unter den "sonstigen ordentlichen Aufwendungen" (Positionsnummer: 016) ausgewiesen.

## 6.9 Chancen und Risiken / Künftige Entwicklung

### 6.9.1 Allgemeine Einschätzung

Der Kreis Unna und seine Städte und Gemeinden sind in Bezug auf ihre künftige Entwicklung und die Finanzierung ihrer Aufgaben ganz wesentlich von der Dotierung des **kommunalen Finanzausgleichs NRW** (Gemeindefinanzierungsgesetz) abhängig. Aktuell sind hier für die nächsten Jahre keine durchgreifenden strukturellen Veränderungen zu erkennen, die zu einer Verbesserung der finanziellen Lage beitragen könnten. Das gilt auch für die von den kommunalen Spitzenverbänden seit Jahren vom Land Nordrhein-Westfalen geforderte Anhebung des **Verbundsatzes** von 23 v. H., dessen Absenkung von 28,5 v. H. seit Mitte der 1980er-Jahre als eine **zentrale Ursache** der strukturellen kommunalen Unterfinanzierung in Nordrhein-Westfalen gesehen wird.

Auch die deutlich gestiegene Steuerkraft der Kommunen im Kreis Unna löst nicht das grundlegende Problem dieser **strukturellen Unterfinanzierung** der Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände. Zu befürchten ist zudem, dass die grundgesetzlich verankerten Verschuldungsregelungen („**Schuldenbremse“**), die seit 2016 für den Bund und ab 2020 auch für das Land Nordrhein-Westfalen gilt, weitere negative Auswirkungen auf die Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs haben kann. Darüber hinaus laufen im Jahr 2019 eine Vielzahl finanzpolitischer Regelungen auf Bundes- und Landesebene aus, die auch für die Kommunen erhebliche finanzielle Auswirkungen haben können.

Demgegenüber sind die konjunkturellen **Wirtschaftsdaten** für den Kreis Unna weiterhin positiv zu beurteilen. Insbesondere die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, die sich auch im Aufwuchs der Steuereinnahmen bzw. einer Stärkung der Steuerkraft der Städte und Gemeinden widerspiegeln, führen zu spürbaren Entlastungen des Kreishaushalts.

### 6.9.2 Chancen

Bezogen auf die **Eigenkapitalausstattung** des Kreises Unna führten die positiven Jahresergebnisse der letzten Jahre zu einer Stärkung der Allgemeinen Rücklage sowie der Ausgleichsrücklage und damit zur Schaffung eines „Puffers“ für ggf. eintretende negative Ergebnisse der nächsten Jahre. Dabei gehört es zur Grundüberzeugung des Kreises Unna, entstandene finanzielle Spielräume auch im Interesse der Städte und Gemeinden zu nutzen und damit dem Rücksichtnahmegebot nach § 9 Abs. 2 KrO NRW zu entsprechen. Ebenso wie im Planjahr 2018 (rd. 2,3 Mio. €) ist auch für den Haushalt 2019 nur ein fiktiver Haushaltsausgleich dargestellt worden und damit eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 4,8 Mio. € vorgesehen. Über diesen Weg kann somit eine zu hoch angesetzte Allgemeine Kreisumlage den Städten und Gemeinden zum Teil „zurückgegeben“ werden. Durch das jetzt festgestellte Jahresergebnis 2018 und eine weitere Zuführung zur Ausgleichsrücklage wird sich voraussichtlich auch für den Haushalt 2020 die Möglichkeit eröffnen, einen fiktiven Haushaltsausgleich zu planen. Das Eigenkapital hat dabei mit einem Anteil von insgesamt rd. 7,6 v. H. der Bilanzsumme eine „angemessene Puffergröße“ erreicht. Im interkommunalen Vergleich aller Kreise in Nordrhein-Westfalen wird die Eigenkapitalausstattung des Kreises Unna von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW jedoch weiterhin als sehr niedrig eingestuft.

Auf der **Liquiditätsebene** sind die positiven Jahresergebnisse ebenfalls erkennbar und haben zu einer geringeren laufenden Inanspruchnahme von kurzfristigen Liquiditätskrediten geführt.

Der Kreistag des Kreises Unna hat im September 2015 beschlossen, zur Stärkung einer strategischen Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung des Kreises Unna eine sog. **„Wirkungsorientierte Steuerung“** einzuführen. Im darauf folgenden Jahr stimmte der Kreistag den Inhalten zur Entwicklung einer Gesamtstrategie für den Kreis Unna zu und der Landrat wurde beauftragt, auf dieser Grundlage eine **Gesamtstrategie für den Konzern Kreis Unna** zu entwickeln. Im Produkthaushalt 2017 wurden

erstmals erste Ergebnisse wirkungsorientierter Steuerung für ein Handlungsfeld im Produkthaushalt dargestellt. Die Entwicklung der Gesamtstrategie wurde in den Jahren 2017 und 2018 fortgesetzt, so dass im Produkthaushalt 2019 weitere Ansätze wirkungsorientierter Steuerung abgebildet werden konnten. Eine Überprüfung der Zielerreichung wirkungsorientierter Steuerung erfolgt jeweils im Rahmen des Jahresabschlusses. Es besteht die Erwartung, dass sich hieraus ggf. auch Chancen auf künftige finanzielle Verbesserungen ergeben werden.

- Finanzielle Entlastungen des Bundes und des Landes | Investitionshilfen

Mit dem am 17.12.2018 verabschiedeten Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ wird der Beschluss der Bundes- und der Landesregierungen vom 18.09.2019 umgesetzt, die ursprünglich bis zum Jahr 2018 befristete Entlastung der Kommunen von den zusätzlichen Kosten für Unterkunft und Heizung für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte um ein Jahr zu verlängern. Verändert wurde in dem Zusammenhang allerdings auch der Weg der Verteilung. Die Entlastung erfolgt für 2019 durch eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer um insgesamt rd. 1,0 Mrd. € und nicht wie ursprünglich vorgesehen über die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung.

Zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet sowie zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur unterstützt der Bund die Länder bei der Stärkung der **Investitionstätigkeit** finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände. Hierzu gewährt der Bund seit 2015 den Ländern Finanzhilfen für Investitionen finanzschwacher Kommunen in Höhe von insgesamt 7,0 Mrd. € (**Kommunalinvestitionsförderungsgesetz**), hälftig aufgeteilt auf zwei Kapitel. Die Bezirksregierung Arnsberg hat dem Kreis Unna im Jahr 2015 zunächst einen Betrag von rd. **3,8 Mio. €** (Kapitel 1) bewilligt, der für die Finanzierung der energetischen Sanierung von Sporthallen an den Berufskollegs in Werne und Lünen verwendet wird. Im Jahr 2018 wurden dem Kreis Unna aus dem Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes weitere rd. **4,3 Mio. €** für Sanierungsmaßnahmen an Schulen in der Trägerschaft des Kreises Unna bewilligt. Mit diesen Mitteln kann eine spürbare Entlastung bei der Finanzierung der investiven Auszahlungen für das Infrastrukturvermögen des Kreises Unna erreicht werden.

Auch das vom Land Nordrhein-Westfalen aufgelegte Investitionsprogramm **„Gute Schule 2020“** hilft, sinnvolle und notwendige Investitionen in Schulinfrastruktur ohne finanzielle Belastungen für den Kreis Unna durchzuführen, weil das Land für die auf den Kreis Unna in den Jahren 2017 – 2020 entfallenden rd. **7,43 Mio. €** (rd. 1,85 Mio. € pro Jahr) den Zins- und Tilgungsdienst vollständig übernimmt. Innerhalb des Förderzeitraums sollen mit den Mitteln im Wesentlichen der Neubau der Kreissporthalle und eines Förderzentrums in Unna sowie Digitalisierungsmaßnahmen an den Schulen des Kreises (mit-)finanziert werden.

### 6.9.3 Risiken

Der Kreishaushalt hat zuletzt im Besonderen von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und einer erfolgreichen Arbeit des Jobcenters profitiert. Insbesondere bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung konnten zuletzt durch erheblich geringere Aufwendungen Verbesserungen erzielt werden. Auch die relativ hohe Anzahl an Bedarfsgemeinschaften, die im Kontext zur „Fluchtmigration“ stehen (November 2018: 1.750 Bedarfsgemeinschaften), hat der guten Entwicklung keinen Abbruch getan.

Bereits mit dem Jahresabschluss 2017 ist auf die zukünftigen Risiken hingewiesen worden, die im Zusammenhang mit der politischen, der ökonomischen und verstärkt auch der ökologischen Lage stehen. Am Beispiel des sog. Brexit wird deutlich, wie komplex und verflochten die Dinge mittlerweile

sind, so dass nicht mehr annähernd abzuschätzen ist, welche Auswirkungen damit im Kleinen für den Kreis Unna verbunden sind.

Veränderte **wirtschaftliche Rahmenbedingungen** würden mittelfristig zu einem (Wieder-)Anstieg der Sozialaufwendungen sowie zu einer Reduzierung der allgemeinen Finanzierungsmittel der Kreise, Städte und Gemeinden führen und deren Haushaltsprobleme verschärfen. Mit dem erwarteten nachlassenden Impuls der Auslandsnachfrage und einem absehbaren Anstieg der Zinsen gibt es erste Anzeichen dafür, dass die konjunkturelle Hochphase ihren Scheitelpunkt erreicht haben könnte.

Der **demografische Wandel** mit steigender Lebenserwartung bei niedrigen Geburtenzahlen stellt die sozialen Sicherungssysteme und damit neben der gesetzlichen Pflegeversicherung auch das Budget 50 Arbeit und Soziales vor große Herausforderungen, da erhebliche Aufwandssteigerungen im Bereich der **Hilfen zur Pflege** zu erwarten sind. Im Rahmen der Einführung einer wirkungsorientierten Steuerung soll durch die Implementierung des Konzepts „Individuelles Fallmanagement SGB XII – Pflegeassessment: Ambulante vor stationäre Pflegeleistungen nach § 65 SGB XII“ prognostizierten Aufwandssteigerungen entgegengewirkt werden.

Das derzeit höchste Risiko für den Kreishaushalt besteht in der Kalkulation der Landschaftsumlage.
Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll dazu beigetragen werden, Menschen mit Behinderungen eine möglichst volle und wirksame Teilhabe in allen Bereichen für eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Mit dem BTHG und dem entsprechenden Ausführungsgesetz des Landes NRW sind diverse Rechts- und auch Zuständigkeitsänderungen verbunden. Träger der Eingliederungshilfe sind in NRW die beiden Landschaftsverbände. Die Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte können momentan noch nicht abgesehen werden. Auch wenn der LWL den Hebesatz sowie die Zahllast der Landschaftsumlage in 2018 und 2019 seit vielen Jahren erstmals wieder gesenkt hat, ist hier ggf. zu befürchten, dass die in der mittelfristigen Ergebnisplanung des Kreises Unna angesetzten Steigerungsbeträge (durchschnittlich rd. + 2,9 v. H.) der Zahllast des Kreises nicht auskömmlich sein werden.

# ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

# § 95 ABS. 2 GO NRW

| lfd. Nr. | Name | Vorname | Beruf | Mitgliedschaften | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | **zu Ziffer 3** (Aufsichtsräte/Kontrollgremien i.S.d. § 125 I S.3 AktG) | **zu Ziffer 4** (verselbstständigte Aufgabenber. d. Gemeinde ...) | **zu Ziffer 5** (Organe sonstiger privatrechtl. Unternehmen) |
| **1** | **Albert** | **Dieter** | Rentner | | | Mitglied Gesundheitskonf. Kreis Unna |
| **2** | **Bangert** | **Hans-Ulrich** | Lehrer | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml. | |
| **3** | **Beisenherz** | **Jasmin** | Medizinische Fachangestellte | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml. | AWO-Seniorenzentrum Bönen, Kuratorium Gesundheitskonferenz des Kreises Unna, stellv. Mitglied |
| **4** | **Blom** | **Martin** | Rentner | | AKU - Gesellsch.-Versamml., Biologische Station im Kreis Unna – Kuratorium (stv. Mitglied), NFG - Mitgliederversamml. (stv. Mitglied) Umweltzentrum Westfalen GmbH – Verwaltungsrat | Wolfgang-Fräger-Gesellschaft e.V. - Mitgliedervers. |
| **5** | **Böckmann** | **Carsten** | Reha- und Integrationsmanager | | Gemeinnützige Gesellschaft für Suchthilfe Kreis Unna mbH - Gesellsch.-Versamml., ordentl. Mitglied | AWO-Seniorenzentrum Schwerte-Holzen, Stiftung Weiterbildung Kreis Unna - Vorstand |
| **6** | **Bremerich** | **Günter** | Oberstudienrat a.D. | | VKU - Aufsichtsrat<br>ZRL Verbands-Versamml. | |
| **7** | **Bußmann** | **Insa** | Arzthelferin | | Ständige Kommission ÖPNV (stellv. Mitglied) | |
| **8** | **Chur** | **Angelika** | Rentnerin | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml. (stv. Mitglied), Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) - Gesellschafterversammlung | |
| **9** | **Cziehso** | **Brigitte** | Rentnerin | Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU) – Aufsichtsrat; Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) – Aufsichtsrat; GWA - Aufsichtsrat | Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU) – Gesellschaftervers.; Regionalkonferenz - Region Dortmund / Kreis Unna / Hamm Regionalverband Ruhr - Verbandsvers.; Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Verbandsvers.; Stadtwerke Lünen – Gesellschaftervers.; MVA Hamm Betreiber-GmbH – Gesellschaftervers.; MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH - Gesellschaftervers; GWA Resource Kreis Unna GmbH - Gesellschaftervers. | |
| **10** | **Dörner** | **Peter** | Landesbeamter (Schuldienst) | | AKU - Gesellsch.-Versamml., Landschaftsversamml. d. LWL - Ersatzmitglied | Hansischer Geschichtsverein e.V. - Mitgliedervers. (stellv. Mitglied) |
| **11** | **Dresen** | **Annika** | Dipl. Sozialarbeiterin | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml. | Altenheim St. Katharina Werne – Aufsichtsrat, Gesundheitskonf. Kreis Unna, stellv. Mitglied |
| **12** | **Eickhoff** | **Martina** | Dipl.Ingenieurin | | Jobcenter Kreis Unna - Beirat, UKBS - Aufsichtsrat (stellv. Mitglied),<br>VBU - Aufsichtsrat | AWO-Seniorenzentrum Bergkamen – Kuratorium (stellv. Mitglied) |
| **13** | **Engelhardt** | **Bernd** | Studiendirektor | | VBU - Gesellsch-Versamml. | Kulturpolitische Gesellschaft e.V. - Mitgliederversamml., Neue Philharmonie Westfalen - Mitglieder-Versamml. (stellv. Mitglied) - Kuratorium (ordentl. Mitglied), Westfälisches Literaturbüro Unna e.V. - Mitgliederversamml. |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **14** | **Enters** | **Norbert** | Dipl. Sozialpädagoge | | AKU - Gesellsch.-Vers., Biologische Station im Kreis Unna – Kuratorium, NFG - Gesamtvorstand u. Mitgliederversamml. | AWO-Seniorenzentrum Bönen - Kurartorium (stellv. Mitglied) |
| **15** | **Feldmann** | **Wilfried** | Architekt | | Biologische Station im Kreis Unna – Kuratorium (stellv. Mitglied), Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml., stellv. Mitglied PBKU –Gesellsch.-Versamml. (Mitglied) | Sparkassenzweckverband Kreis Un/Un/Ka/Howi - Verbandsversamml., Historischer Verein für Dortmund und die Grafschaft Mark e.V. - Mitgliederversamml. (stellv. Mitglied), Neue Philharmonie Westfalen - Mitgliederversamml. (ordentl. Mitglied) - Kuratorium (stellv. Mitglied) |
| **16** | **Flick** | **Stefan** | Kaufm. Angestellter | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml., stellv. Mitglied | AWO-Seniorenzentrum Lünen-Brambauer – Kuratorium |
| **17** | **Ganzke** | **Hartmut** | Rechtsanwalt | | Sparkasse UnnaKamen - Verwaltungsrat | |
| **18** | **Gebhard** | **Claudia** | Landwirtin | | UKBS - Aufsichtsrat, ordentl. Mitglied **bis 12.03.18**, stellv. Mitglied **seit 13.03.18** | AWO-Seniorenzentrum Bönen - Kurartorium |
| **19** | **Goldmann** | **Herbert** | Beamter | GWA - Aufsichtsrat; VBU - Aufsichtsrat; Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH Herten - Aufsichtsrat; WFG - Aufsichtsrat; | AKU – Gesellschafterversammlung; Umweltzentrum Westfalen gGmbH, Bergkamen-Heil – Vorsitzender des Verwaltungsrats; Region Dortmund / Kreis Unna / Hamm – Regionalkonferenz | |
| **20** | **Hebebrand** | **Jens** | Trauerredner | | Planungsbeirat für die geplante Maßregelvollzugseinrichtung des LWL in Lünen, VKU - Aufsichtsrat, VBU - Aufsichtsrat, ZRL - Verbands-Versamml., RVR - Verbandsversamml. | Arbeitsgem. fußgänger- u. fahrradfreundlicher Städte, Gem. u. Kr. in NRW e.V." - Mitgliederversamml. |
| **21** | **Heinrichsen** | **Sandra** | Bundesbeamtin (Sachbearbeiterin) | | Biologische Station im Kreis Unna – Kuratorium (stellv. Mitglied), NFG - Mitgliederversamml. | Mitglied Gesundheitskonf. Kreis Unna |
| **22** | **Holz** | **Udo** | Rentner | | UKBS - Aufsichtsrat (stellv. Mitglied) | Hansischer Geschichtsverein e.V. - Mitgliederversamml., Historischer Verein für Dortmund und die Grafschaft Mark e.V. - Mitgliederversamml., Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster e.V. - Mitgliederversamml., Wasser- u. Bodenverband Stever Lüdinghausen - Mitgliederversamml., Wasser- u. Bodenverband Unterhaltungsverband Funne - Mitgliederversamml., Westfälischer Heimatbund e.V. - Mitgliederversamml. (stellv. Mitglied) |
| **23** | **Hupe** | **Christine** | Lehrerin | | VBU - Aufsichtsrat | |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **24** | **Jasperneite** | **Wilhelm** | Geschäftsführer | WFG – Aufsichtsrat; VBU – Aufsichtsrat; business metropoleruhr GmbH (bmr) - Aufsichtsrat; Entsorgungsbetriebe Essen GmbH – Aufsichtsrat; Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS) – Aufsichtsrat; Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH – Aufsichtsrat; | Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) - Verbandsversammlung; Regionalverband Ruhr (RVR) - Verbandsversammlung; Betriebsausschuss Bad Werne - Gesellschafterver-sammlung | Sparkasse an der Lippe – Verwaltungsrat; Sparkasse an der Lippe – Zweckverbands-versammlung; Werne Marketing GmbH - Gesellschafterver-sammlung |
| **25** | **Jung** | **Renate** | - | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml. (stellv. Mitglied) | Perthes-Zentrum Kamen - Kuratorium, Mitglied Gesundheitskonf. Kreis Unna |
| **26** | **Kampmann** | **Kunibert** | Sonderschulrektor | | Ständige Kommission ÖPNV (stellv. Mitglied) | |
| **27** | **Kerl** | **Jürgen** | Sachbearbeiter | | Biologische Station im Kreis Unna – Kuratorium (stellv. Mitglied) | Caritas-Altenzentrum St. Norbert Lünen-Kuratorium (stellv. Mitglied) |
| **28** | **Kersting** | **Jan-Eike** | Dipl. Volkswirt, Geschäftsführer CDU-Ratsfraktion | | WFG - Aufsichtsrat (stellv. Mitglied) | Antenne Unna Betriebs-gesellschaft mbH & Co. KG – Gesellschafterversamml. |
| **29** | **Kleinwächter** | **Dieter** | Lehrer i.R. | | Ständige Kommission ÖPNV (stellv. Mitglied) | |
| **30** | **Klostermann** | **Michael** | Sparkassen-betriebswirt | | UKBS - Aufsichtsrat (stellv. Mitglied), VBU - Gesellsch-Versamml., RVR - Verbandsversamml. - Ersatzmitglied | |
| **31** | **Kolar** | **Dirk** | Schulleiter | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml., UKBS - Gesellschafter-Versamml. | Ev. Krankenhaus Unna – Stiftungsversammlung, Gesellschaft der Freunde der TU Dortmund e.V. - Mitgliederversammlung Mitglied Gesundheitskonf. Kreis Unna, Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrgebiet e.V. – Mitgliederversammlung |
| **32** | **Kranemann** | **Paul-Heinz** | Pensionär | St. Katharina Wohn- und Pflegegemeinschaften gGmbH Werne - Aufsichtsrat (stv. Mitglied) | Jobcenter Kreis Unna - Trägerversammlung (stv. Mitglied); VBU - Gesellschafterversammlung; GWA - Gesellschafterversammlung; MHB Betriebsführung GmbH - Gesellschafterversammlung | |
| **33** | **Krause** | **Helmut** | Angestellter (Fraktionskreisgeschäfts führer) | VBU – Aufsichtsrat | WFG – Gesellschafterversammlung; AKU - Gesellschafterversammlung; BIG - Verwaltungsrat; GKV–Spitzenverband - Verwaltungsrat; Sparkasse UnnaKamen – Verwaltungsrat (stv. Mitglied); Sparkassenzweckverband – Verbandsversammlung (stv. Mitglied); Naturförderungsgesellschaft Kreis Unna (NFG) - Mitgliederversammlung | |
| **34** | **Kroll** | **Ingrid** | - | | | Antenne Unna Betriebsgesellsch. mbH & Co.KG - Gesellsch.-Vers. - (stellv. Mitglied), Zentrum für internationale Lichtkunst – Kunstbeirat (ordentl. Mitglied), u.im Vorstand (beratend. stellv. Mitglied) |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **35** | **Krusel** | **Herbert** | Kriminalbeamter | | | |
| **36** | **Kudella** | **Sascha Alexander** | Rechtsanwalt | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml., VKU - Gesellsch.-Versamml. (stellv. Mitglied), Landschaftsversamml. d. LWL | AWO-Seniorenzentrum Schwerte-Holzen - Kuratorium, Mitglied Gesundheitskonf. Kreis Unna, stellv. Mitglied |
| **37** | **Kühnapfel** | **Klaus-Bernhardt** | | | Biologische Station - Kuratorium, Umweltzentrum Westfalen GmbH - Verwaltungsrat | |
| **38** | **Küpper** | **Marion** | | | Gemeinnützige Gesellschaft für Suchthilfe Kreis Unna mbH - Gesellsch.-versamml., stellv. Mitglied | |
| **39** | **Lauschner** | **Olaf** | Diplom-Ingenieur, Angestellter | | GWA - Gesellschafterversammlung; Umweltzentrum Westfalen gGmbH - Verwaltungsrat | |
| **40** | **Lindstedt** | **Ursula** | Marketingberaterin | UKBS - Aufsichtsrat | Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe | |
| **41** | **Mendrina** | **Dieter** | Rentner | | VBU - Gesellsch-Versamml. | |
| **42** | **Meyer** | **Gerhard** | Personalberater | | Sparkasse UnnaKamen - Verwaltungsrat | |
| **43** | **Middendorf** | **Elke** | Haushaltführende Person | | Volksbank Bönen – Vertreterversammlung | Bioenergie Kreis Unna GmbH |
| **44** | **Nadolski-Voigt** | **Jochen** | z. Zt. erwerbslos | | WFG – Aufsichtsrat, RVR - Verbandsversamml. | |
| **45** | **Niessner** | **Martin** | Landesbeamter | | ZRL – Verbandsversamml., (stellv. Mitglied), Ständige Kommission ÖPNV, VKU - Gesellschafter-Versamml. | AWO-Seniorenzentrum Bönen - Kurartorium (stellv. Mitglied), Perthes-Zentrum Kamen - Kuratorium, Zentrum für internationale Lichtkunst – Kunstbeirat (stellv. Mitglied) |
| **46** | **Oldenburg** | **Gerd** | Vorruhestand | | AKU - Gesellschafter-Versamml., Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml., VBU - Gesellsch-Versamml. | AWO-Seniorenzentrum Lünen-Brambauer – Kuratorium (stellv. Mitglied), Deutscher Verein für öfftentl. u. priv. Fürsorge - Mitgliederversammlung |
| **47** | **Piasecki** | **Hans-Jörg** | Beamter, Geschäftsführer/ Direktor | | | Care Center Rhein Ruhr GmbH - Geschäftsführer; Georgius Agricola Stiftung Ruhr, Institut für Pathologie der RUB |
| **48** | **Plath** | **Martina** | Juristin | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml., VBU - Aufsichtsrat | AWO-Seniorenzentrum Bergkamen – Kuratorium (stellv. Mitglied), Mitglied Gesundheitskonf. Kreis Unna, Westfälisches Literaturbüro Unna e.V. - Mitgliedervers., (stellv. Mitglied) |
| **49** | **Reichwald** | **Dieter** | Pensionär | | Ständige Kommission ÖPNV, Landschaftsversamml. d. LWL - Ersatzmitglied | |
| **50** | **Richter** | **Gabriele** | Architektin | | AKU - Gesellsch.-Versamml. | vhw Bundesverband für Wohnen u. Stadtentwickl. e.V. – Mitgliederversammlung AWO-Seniorenzentrum Lünen-Brambauer – Kuratorium (stellv. Mitglied) |
| **51** | **Rieke** | **Theodor** | Angestellter | | UKBS - Aufsichtsrat | vhw Bundesverband f. Wohnen u. Stadtentwicklung e.V. – Mitgliederversammlung (stellv. Mitglied) |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **52** | **Rosenkranz** | **Helmut** | Soldat a.D. | | | |
| **53** | **Roß** | **Christian** | Industriemechaniker | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml.,<br>UKBS - Aufsichtsrat | |
| **54** | **Schaefer** | **Ralf** | Berufssoldat | | | |
| **55** | **Schmeltzer-Urban** | **Renate** | | | ZRL – Verbandsversamml. (stellv. Mitglied) | Veranstaltergem. f. d. lokalen Rundfunk i.Kreis Unna e.V. – Mitgliederversammlung |
| **56** | **Schmidt** | **Stephanie** | Geschäftsführerin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | ZRL – Verbandsvers. (stellv. Mitglied), NFG-Mitgliederversamml.- stellv. Mitglied UKBS - Aufsichtsrat | Gesundheitskonferenz Kreis Unna (stellv. Mitglied) |
| **57** | **Schmidt** | **Ursula** | - | | Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml., stellv. Mitglied,<br>VBU - Gesellsch-Versamml. | AWO Seniorenzentrum Unna - Kuratorium (stellv. Mitglied),<br>Ev. Krankenhaus Unna – Stiftungsversamml. (stellv. Mitglied),<br>Kulturpolitische Gesellschaft e.V. - Mitgliederversammlung (stellv. Mitglied),<br>Zentrum für internationale Lichtkunst – Vorstand (beratend. ordentl. Mitglied) |
| **58** | **Schmülling** | **Jens** | Angestellter | Stadtwerke Hamm GmbH – Aufsichtsrat (Arbeitnehmervertreter); VKU – Aufsichtsrat; GWA - Aufsichtsrat | WFG - stv. Gesellschafter; Mitglied im Deutsch-Polnischen Ausschuss im RGRE | |
| **59** | **Schneider** | **Anke** | Grafik-Designerin | | UKBS - Aufsichtsrat, VKU - Aufsichtsrat, WFG – Aufsichtsrat (stellv. Mitglied), ZRL Verbands-Versamml. | |
| **60** | **Schulz-Gahmen** | **Carl** | Landwirt | | Biologische Station im Kreis Unna – Kuratorium,<br>NFG - Gesamtvorstand (stellv. Mitglied) u. Mitgliederversamml. (ordentl.),<br>Umweltzentrum Westfalen GmbH – Verwaltungsrat,<br>VBU - Gesellsch-Versamml. | Caritas-Altenzentrum St. Norbert Lünen - Kuratorium,<br>Wassser- und Bodenverband<br>Unterhaltungsverband Altlünen - Mitgliederversamml. |
| **61** | **Seier Dr.** | **Hubert** | Unternehmensberater | Stadtwerke Selm GmbH – Aufsichtsrat; Wirtschaftsbetriebe Selm GmbH – Aufsichtsrat; Stadtentwicklung Selm GmbH – Aufsichtsrat; Selm Netz GmbH - Aufsichtsrat | | |
| **62** | **Sell** | **Werner** | Unternehmensberater | | VBU - Gesellsch-Versamml., Landschaftsversamml. d. LWL | |
| **63** | **Stalz** | **Helmut** | Landesbeamter im Vorruhestand | | AKU – Gesellschafterversammlung; Umweltzentrum Westfalen gGmbH– Verwaltungsrat; Regionalverband Ruhr - Verbandsversammlung | |
| **64** | **Steffen** | **Heinz** | Oberstudienrat i.R. | | Sparkassenzweckverband Kreis Un/Un/Ka/Howi – Verbandsversamml.,<br>Sparkasse UnnaKamen - Verwaltungsrat, ZRL Verbands-Versamml. | |
| **65** | **Strathoff** | **Margarethe** | Schadenssachbearbeiterin | | NFG - Mitgliederversamml., stellv. Mitglied<br>VBU - Gesellsch.-Versamml., ordentl. Mitglied | AWO-Seniorenzentrum Unna, Kuratorium, ordentl. Mitglied |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **66** | **Symma** | **Simone** | Dienstleisterin für Haushalt und Gewerbe | | Biologische Station im Kreis Unna – Kuratorium, Gemeinnützige Gesellschaft Suchthilfe mbH - Gesellsch.-Versamml., stellv. Mitglied, NFG - Mitgliederversamml., Umweltzentrum Westf. GmbH– Gesellsch.-Versamml. u. Verwaltungsrat | AWO-Seniorenzentrum Lünen-Brambauer – Kuratorium |
| **67** | **Wiggermann** | **Martin** | Landesbeamter (Schuldienst) | | Jobcenter Kreis Unna - Trägerversammlung | |
| **68** | **Will** | **Julius** | Büroleiter im Landtag | Maximilianpark Hamm GmbH - Aufsichtsrat | | |
| **69** | **Ziegenbein** | **Herbert** | Beschäftigter im öffentl. Dienst | | PBKU –Gesellsch.-Versamml. | |
| **70** | **Zühlke** | **Uwe** | Angestellter, Kaufmännischer Leiter | | | |
| **71** | **Makiolla** | **Michael** | Landrat | Gelsenwasser AG - Kommunalbeirat RAG AG - Regionalbeirat | WFG – Aufsichtsrat - Vorsitz., VKU – Vors. Aufsichtsrat, ZRL – stellv. Vorsteher, Westfälische Verkehrs-gesellschaft mbH – Aufsichtsrat (stellv. Vors.), Agentur für Arbeit Hamm – Verwaltungsausschuss, Emschergenossenschaft - Widerspruchsausschuss, RVR – Verbandsversamm- lung / -ausschuss, Sparkassenzweckverband Kreis Un/Un/Ka/Howi - Verbandsversamml., Sparkasse UnnaKamen - Verwaltungsrat/Hauptausschuss/Risikoausschuss, Stiftung Zukunft der Sparkasse Unna – Kuratorium (Vors.), Gemeinnützige Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH - Gesellsch.-Versamml., Landkreistg NRW - Vorstand | ProSi – Vorsitzender „Neue Philharmonie Westfalen e.V.“ – Vors. Stiftung Zukunft der DRK –Kreisverband Unna – (Vorsitzender) |
| **72** | **Timpe Dr. (seit 01.01.2018 allgemeiner Vertreter des Landrates und Kämmerer bis 31.07.2018)** | **Detlef** | Dezernent | | Umweltzentrum Westfalen - Verwalt.-rat (ordentl. Mitglied **seit 31.01.2018**), UKBS - Aufsichtsrat (ordentl. Mitglied **seit 31.01.2018)**, VBU - Gesellschafterversammlung (ordentl. Mitglied seit **31.01.2018**), | |
| **73** | **Janke (seit 01.08.2018 allgemeiner Vertreter des Landrates und Kämmerer)** | **Mike-Sebastian** | Kreisdirektor | WFG - Aufsichtsrat; UKBS - Aufsichtsrat | Kulturpolitische Gesellschaft e.V. - Mitgliederversammlung; NFG - Gesamtvorstand; NFG - Mitgliederversammlung; Neue Philharmonie Westfalen e.V. - Kuratorium; Sparkassenzweckverband Kreis Unna \| Kreisstadt Unna \| Stadt Kamen \| Gemeinde Holzwickede \| Stadt Fröndenberg - Verbandsversammlung; VBU - Gesellschafterversammlung; Zweckverband Südwestfalen Studieninstitut für kommunale Verwaltung und Verwaltungsakademie in Hagen - Verbandsausschuss u. Verbandsversammlung | |

Die Besetzung der Organe der GWA erfolgt durch die VBU.

# NORMIERTER PRODUKTBEREICH

## Kreis Unna

## Normierte Produktbereiche des Landes

## Ergebnisrechnung 2018

| Nr. | Beschreibung | Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | 8.137.299,92 | 7.100.000 | 7.473.844,36 | 373.844,36 |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 332.664.201,60 | 335.742.093 | 340.521.342,41 | 4.779.249,41 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 4.946.107,16 | 5.911.240 | 6.751.274,09 | 840.034,09 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 33.587.670,33 | 32.649.854 | 32.429.111,13 | -220.742,87 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 3.058.217,68 | 2.519.092 | 2.596.263,16 | 77.171,16 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 92.442.769,20 | 97.213.964 | 98.127.599,13 | 913.635,13 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 10.261.056,74 | 7.998.914 | 14.400.859,13 | 6.401.945,13 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | 526.603,00 | 1.023.000 | 745.374,00 | -277.626,00 |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **485.623.925,63** | **490.158.157** | **503.045.667,41** | **12.887.510,41** |
| 011 | Personalaufwendungen | -72.121.508,82 | -77.591.777 | -77.729.447,67 | -137.670,67 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -8.574.722,49 | -9.150.067 | -9.998.135,23 | -848.068,23 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -49.052.688,90 | -47.929.840 | -45.894.728,93 | 2.035.111,07 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -10.387.192,06 | -9.991.340 | -10.134.666,53 | -143.326,53 |
| 015 | Transferaufwendungen | -230.140.449,11 | -229.824.054 | -239.420.541,48 | -9.596.487,48 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -109.566.256,61 | -115.920.239 | -107.467.450,03 | 8.452.788,97 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-479.842.817,99** | **-490.407.317** | **-490.644.969,87** | **-237.652,87** |
| **018** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **5.781.107,64** | **-249.160** | **12.400.697,54** | **12.649.857,54** |
| 019 | Finanzerträge | 305.655,58 | 296.000 | 372.473,42 | 76.473,42 |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | -2.288.507,98 | -2.346.840 | -2.212.914,48 | 133.925,52 |
| **021** | **Finanzergebnis** | -1.982.852,40 | **-2.050.840** | **-1.840.441,06** | **210.398,94** |
| **022** | **Ordentliches Jahresergebnis** | **3.798.255,24** | **-2.300.000** | **10.560.256,48** | **12.860.256,48** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **3.798.255,24** | **-2.300.000** | **10.560.256,48** | **12.860.256,48** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | 9.472.158,84 | 10.755.655 | 9.398.804,07 | -1.356.850,93 |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -9.472.158,84 | -10.755.655 | -9.398.804,07 | 1.356.850,93 |
| **290** | **Ergebnis** | **3.798.255,24** | **-2.300.000** | **10.560.256,48** | **12.860.256,48** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 1 - Innere Verwaltung**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 151.320,77 | 95.230 | 163.359,87 | 68.129,87 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 96.185,21 | 77.000 | 75.353,00 | -1.647,00 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 439.228,37 | 417.500 | 509.614,29 | 92.114,29 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 2.754.916,21 | 871.281 | 1.940.872,64 | 1.069.591,64 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 1.379.751,18 | 1.195.443 | 1.627.313,75 | 431.870,75 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | 223.318,00 | 714.000 | 474.884,00 | -239.116,00 |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **5.044.719,74** | **3.370.454** | **4.791.397,55** | **1.420.943,55** |
| 011 | Personalaufwendungen | -15.709.952,29 | -16.818.718 | -16.654.116,01 | 164.601,99 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -3.492.628,68 | -3.927.880 | -4.016.714,67 | -88.834,67 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -8.684.957,71 | -8.527.900 | -7.799.103,25 | 728.796,75 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -1.572.198,95 | -1.687.530 | -1.619.351,63 | 68.178,37 |
| 015 | Transferaufwendungen | -152.502,08 | -177.590 | -175.751,84 | 1.838,16 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -5.692.114,74 | -6.386.378 | -6.622.243,56 | -235.865,56 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-35.304.354,45** | **-37.525.996** | **-36.887.280,96** | **638.715,04** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-30.259.634,71** | **-34.155.542** | **-32.095.883,41** | **2.059.658,59** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | -463.480,76 | -437.000 | -438.441,46 | -1.441,46 |
| **021** | **Finanzergebnis** | -463.480,76 | **-437.000** | **-438.441,46** | **-1.441,46** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-30.723.115,47** | **-34.592.542** | **-32.534.324,87** | **2.058.217,13** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-30.723.115,47** | **-34.592.542** | **-32.534.324,87** | **2.058.217,13** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | 9.472.158,84 | 10.755.655 | 9.384.528,50 | -1.371.126,50 |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -1.445.285,12 | -1.460.042 | -1.400.474,85 | 59.567,15 |
| **290** | **Ergebnis** | **-22.696.241,75** | **-25.296.929** | **-24.550.271,22** | **746.657,78** |

## Kreis Unna

## Produktbereich 2 - Sicherheit und Ordnung

## Teilergebnisrechnung 2018

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 1.766.822,36 | 1.776.590 | 2.496.922,92 | 720.332,92 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 42,60 | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 8.753.873,40 | 9.084.950 | 9.557.988,17 | 473.038,17 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 4.114,03 | 3.000 | 31.694,42 | 28.694,42 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 5.358.418,14 | 9.233.416 | 9.684.402,39 | 450.986,39 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 5.359.813,78 | 4.691.492 | 7.913.514,98 | 3.222.022,98 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **21.243.084,31** | **24.789.448** | **29.684.522,88** | **4.895.074,88** |
| 011 | Personalaufwendungen | -12.893.586,78 | -15.679.893 | -15.308.031,36 | 371.861,64 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -1.795.836,02 | -2.069.181 | -2.140.604,74 | -71.423,74 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -3.098.141,11 | -3.091.685 | -3.625.479,84 | -533.794,84 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -634.592,66 | -714.330 | -746.723,93 | -32.393,93 |
| 015 | Transferaufwendungen | -1.475.762,43 | -1.703.000 | -2.728.835,38 | -1.025.835,38 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -2.666.774,79 | -3.054.900 | -2.829.454,78 | 225.445,22 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-22.564.693,79** | **-26.312.989** | **-27.379.130,03** | **-1.066.141,03** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-1.321.609,48** | **-1.523.541** | **2.305.392,85** | **3.828.933,85** |
| 019 | Finanzerträge | 3.891,62 | | 1.741,02 | 1.741,02 |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | 3.891,62 | | **1.741,02** | **1.741,02** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-1.317.717,86** | **-1.523.541** | **2.307.133,87** | **3.830.674,87** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-1.317.717,86** | **-1.523.541** | **2.307.133,87** | **3.830.674,87** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -1.424.407,23 | -1.697.757 | -1.583.580,95 | 114.176,05 |
| **290** | **Ergebnis** | **-2.742.125,09** | **-3.221.298** | **723.552,92** | **3.944.850,92** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 3 - Schulträgeraufgaben**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 5.763.695,43 | 6.026.119 | 5.461.250,84 | -564.868,16 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 6.761,74 | 60.000 | 6.390,28 | -53.609,72 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 2.270,30 | 2.100 | 1.314,35 | -785,65 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 276.983,97 | 180.600 | 255.397,71 | 74.797,71 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 49.232,08 | 92.567 | 163.277,92 | 70.710,92 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **6.098.943,52** | **6.361.386** | **5.887.631,10** | **-473.754,90** |
| 011 | Personalaufwendungen | -4.713.156,84 | -5.129.645 | -4.899.456,85 | 230.188,15 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -241.437,41 | -241.061 | -299.094,63 | -58.033,63 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -4.331.666,82 | -5.366.340 | -5.000.679,21 | 365.660,79 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -3.299.857,21 | -3.423.880 | -3.394.626,18 | 29.253,82 |
| 015 | Transferaufwendungen | -1.093.449,53 | -35.000 | -1.068.770,50 | -1.033.770,50 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -1.654.625,23 | -3.682.809 | -1.900.708,31 | 1.782.100,69 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-15.334.193,04** | **-17.878.735** | **-16.563.335,68** | **1.315.399,32** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-9.235.249,52** | **-11.517.349** | **-10.675.704,58** | **841.644,42** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-9.235.249,52** | **-11.517.349** | **-10.675.704,58** | **841.644,42** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-9.235.249,52** | **-11.517.349** | **-10.675.704,58** | **841.644,42** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -4.062.833,01 | -4.867.965 | -3.903.180,46 | 964.784,54 |
| **290** | **Ergebnis** | **-13.298.082,53** | **-16.385.314** | **-14.578.885,04** | **1.806.428,96** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 4 - Kultur und Wissenschaft**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 7.670,00 | 10.170 | 7.670,00 | -2.500,00 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | | 805,00 | 805,00 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 192.868,16 | 197.000 | 173.138,26 | -23.861,74 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 4.032,76 | | 858,10 | 858,10 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 3.796,48 | 7.857 | 10.584,74 | 2.727,74 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **208.367,40** | **215.027** | **193.056,10** | **-21.970,90** |
| 011 | Personalaufwendungen | -657.779,83 | -646.533 | -616.129,85 | 30.403,15 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -44.551,67 | -42.168 | -46.417,21 | -4.249,21 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -133.821,96 | -139.400 | -62.619,76 | 76.780,24 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -6.872,45 | -11.670 | -9.094,77 | 2.575,23 |
| 015 | Transferaufwendungen | -680.663,00 | -743.710 | -717.697,00 | 26.013,00 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -572.594,61 | -635.100 | -481.433,56 | 153.666,44 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-2.096.283,52** | **-2.218.581** | **-1.933.392,15** | **285.188,85** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-1.887.916,12** | **-2.003.554** | **-1.740.336,05** | **263.217,95** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | -160,11 | -160,11 |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | **-160,11** | **-160,11** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-1.887.916,12** | **-2.003.554** | **-1.740.496,16** | **263.057,84** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-1.887.916,12** | **-2.003.554** | **-1.740.496,16** | **263.057,84** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -114.281,03 | -214.918 | -117.849,19 | 97.068,81 |
| **290** | **Ergebnis** | **-2.002.197,15** | **-2.218.472** | **-1.858.345,35** | **360.126,65** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 5 - Soziale Leistungen**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 2.503.736,09 | 2.861.343 | 2.692.582,88 | -168.760,12 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 3.099.322,36 | 3.751.120 | 4.526.517,97 | 775.397,97 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 57.401,11 | 69.400 | 51.939,92 | -17.460,08 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 74.488.524,77 | 76.580.712 | 77.106.518,02 | 525.806,02 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 1.288.242,20 | 382.100 | 2.696.939,08 | 933.823,96 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **81.437.226,53** | **83.644.675** | **87.074.497,87** | **2.048.807,75** |
| 011 | Personalaufwendungen | -16.757.063,04 | -17.614.681 | -18.634.865,41 | -1.020.184,41 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -1.480.405,00 | -1.453.535 | -1.733.226,59 | -279.691,59 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -6.544.785,34 | -5.787.100 | -5.549.693,08 | 237.406,92 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -98.023,67 | -105.550 | -100.509,75 | 5.040,25 |
| 015 | Transferaufwendungen | -86.241.269,59 | -87.038.258 | -90.349.553,64 | -3.311.295,64 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -96.909.383,53 | -99.643.720 | -93.549.560,73 | 6.253.287,69 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-208.030.930,17** | **-211.642.844** | **-209.917.409,20** | **1.884.563,22** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-126.593.703,64** | **-127.998.169** | **-122.842.911,33** | **3.933.370,97** |
| 019 | Finanzerträge | | | 1.651,30 | 1.651,30 |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | **1.651,30** | **1.651,30** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-126.593.703,64** | **-127.998.169** | **-122.841.260,03** | **3.935.022,27** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-126.593.703,64** | **-127.998.169** | **-122.841.260,03** | **3.935.022,27** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -628.543,29 | -663.816 | -599.602,36 | 64.213,64 |
| **290** | **Ergebnis** | **-127.222.246,93** | **-128.661.985** | **-123.440.862,39** | **3.999.235,91** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 6 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 10.173.911,92 | 7.399.396 | 9.235.083,74 | 1.835.687,74 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 1.839.671,89 | 2.099.470 | 2.218.361,88 | 118.891,88 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 1.641.683,11 | 1.493.004 | 2.255.672,26 | 762.668,26 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 112.789,66 | 103.733 | 110.178,96 | 6.445,96 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 2.171.882,11 | 2.189.341 | 1.412.149,88 | -777.191,12 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 788.466,10 | 635.563 | 696.280,27 | 60.717,27 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **16.728.404,79** | **13.920.507** | **15.927.726,99** | **2.007.219,99** |
| 011 | Personalaufwendungen | -4.162.038,20 | -4.252.803 | -4.237.987,06 | 14.815,94 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -108.135,99 | -106.541 | -125.330,41 | -18.789,41 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -584.917,54 | -621.650 | -865.820,43 | -244.170,43 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -40.977,93 | -46.940 | -47.845,78 | -905,78 |
| 015 | Transferaufwendungen | -27.921.483,84 | -26.045.358 | -29.501.800,34 | -3.456.442,34 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -732.970,43 | -541.092 | -631.700,33 | -90.608,33 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-33.550.523,93** | **-31.614.384** | **-35.410.484,35** | **-3.796.100,35** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-16.822.119,14** | **-17.693.877** | **-19.482.757,36** | **-1.788.880,36** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-16.822.119,14** | **-17.693.877** | **-19.482.757,36** | **-1.788.880,36** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-16.822.119,14** | **-17.693.877** | **-19.482.757,36** | **-1.788.880,36** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -404.248,54 | -422.727 | -382.031,20 | 40.695,80 |
| **290** | **Ergebnis** | **-17.226.367,68** | **-18.116.604** | **-19.864.788,56** | **-1.748.184,56** |

## Kreis Unna

## Produktbereich 7 - Gesundheitsdienste

## Teilergebnisrechnung 2018

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 222.307,38 | 223.830 | 236.973,57 | 13.143,57 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | 308,57 | 650 | 3,96 | -646,04 |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 429.831,81 | 370.900 | 423.296,09 | 52.396,09 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 100,00 | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 310.334,64 | 276.975 | 340.276,63 | 63.301,63 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 40.716,43 | 67.549 | 73.634,37 | 6.085,37 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **1.003.598,83** | **939.904** | **1.074.184,62** | **134.280,62** |
| 011 | Personalaufwendungen | -5.807.739,71 | -5.836.016 | -5.755.563,02 | 80.452,98 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -379.817,53 | -323.882 | -430.852,69 | -106.970,69 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -28.990,41 | -34.650 | -30.762,97 | 3.887,03 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -57.652,79 | -58.380 | -59.044,05 | -664,05 |
| 015 | Transferaufwendungen | -1.397.743,32 | -1.492.250 | -1.451.957,90 | 40.292,10 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -156.737,95 | -232.710 | -150.845,46 | 81.864,54 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-7.828.681,71** | **-7.977.888** | **-7.879.026,09** | **98.861,91** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-6.825.082,88** | **-7.037.984** | **-6.804.841,47** | **233.142,53** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-6.825.082,88** | **-7.037.984** | **-6.804.841,47** | **233.142,53** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-6.825.082,88** | **-7.037.984** | **-6.804.841,47** | **233.142,53** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -557.963,05 | -600.513 | -538.875,58 | 61.637,42 |
| **290** | **Ergebnis** | **-7.383.045,93** | **-7.638.497** | **-7.343.717,05** | **294.779,95** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 8 - Sportförderung**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | | |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | | | | |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | | | | |
| 011 | Personalaufwendungen | | | | |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | | | | |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | | |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | | | | |
| 015 | Transferaufwendungen | | | | |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | | |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | | | | |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | | | | |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | | | | |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | | | | |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| **290** | **Ergebnis** | | | | |

## Kreis Unna

## Produktbereich 9 - Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation

## Teilergebnisrechnung 2018

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 198.290,94 | 299.020 | 652.420,93 | 353.400,93 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 686.716,09 | 652.500 | 658.223,12 | 5.723,12 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 26.194,50 | 100 | 32.815,67 | 32.715,67 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 4.747,55 | 21.600 | 5.830,31 | -15.769,69 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 357.406,42 | 78.163 | 449.909,78 | 371.746,78 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **1.273.355,50** | **1.051.383** | **1.799.199,81** | **747.816,81** |
| 011 | Personalaufwendungen | -4.783.616,62 | -5.020.162 | -5.107.453,23 | -87.291,23 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -417.826,71 | -419.478 | -470.715,05 | -51.237,05 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -463.764,34 | -596.350 | -800.933,21 | -204.583,21 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -198.299,36 | -166.620 | -424.414,31 | -257.794,31 |
| 015 | Transferaufwendungen | -18.072,40 | -66.500 | -55.489,99 | 11.010,01 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -351.890,68 | -480.150 | -375.819,75 | 104.330,25 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-6.233.470,11** | **-6.749.260** | **-7.234.825,54** | **-485.565,54** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-4.960.114,61** | **-5.697.877** | **-5.435.625,73** | **262.251,27** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | -2.000 | | 2.000,00 |
| **021** | **Finanzergebnis** | | **-2.000** | | **2.000,00** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-4.960.114,61** | **-5.699.877** | **-5.435.625,73** | **264.251,27** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-4.960.114,61** | **-5.699.877** | **-5.435.625,73** | **264.251,27** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -374.596,50 | -408.312 | -422.120,77 | -13.808,77 |
| **290** | **Ergebnis** | **-5.334.711,11** | **-6.108.189** | **-5.857.746,50** | **250.442,50** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 10 - Bauen und Wohnen**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 957.203,50 | 585.500 | 590.220,94 | 4.720,94 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 4.063,80 | 24.000 | 3.983,20 | -20.016,80 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 38.397,34 | 54.654 | 52.643,73 | -2.010,27 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **999.664,64** | **664.154** | **646.847,87** | **-17.306,13** |
| 011 | Personalaufwendungen | -1.258.841,72 | -1.281.350 | -1.313.900,74 | -32.550,74 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -159.623,48 | -164.510 | -176.094,50 | -11.584,50 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -1.296,78 | -3.500 | -1.966,79 | 1.533,21 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -7.569,55 | -4.570 | -5.200,42 | -630,42 |
| 015 | Transferaufwendungen | | | | |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -28.249,14 | -96.000 | -33.702,71 | 62.297,29 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-1.455.580,67** | **-1.549.930** | **-1.530.865,16** | **19.064,84** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-455.916,03** | **-885.776** | **-884.017,29** | **1.758,71** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-455.916,03** | **-885.776** | **-884.017,29** | **1.758,71** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-455.916,03** | **-885.776** | **-884.017,29** | **1.758,71** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -91.546,96 | -79.565 | -98.377,71 | -18.812,71 |
| **290** | **Ergebnis** | **-547.462,99** | **-965.341** | **-982.395,00** | **-17.054,00** |

## Kreis Unna

## Produktbereich 11 - Ver- und Entsorgung

## Teilergebnisrechnung 2018

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 288,86 | 100 | | -100,00 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 20.672.611,14 | 20.177.500 | 18.627.469,17 | -1.550.030,83 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 2.281.234,66 | 1.789.659 | 1.736.534,66 | -53.124,34 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | 10.200 | | -10.200,00 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 29.934,17 | 40.482 | 51.224,33 | 10.742,33 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **22.984.068,83** | **22.017.941** | **20.415.228,16** | **-1.602.712,84** |
| 011 | Personalaufwendungen | -898.924,85 | -884.632 | -886.970,30 | -2.338,30 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -132.313,45 | -124.787 | -136.659,86 | -11.872,86 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -22.515.981,76 | -21.546.320 | -19.897.633,18 | 1.648.686,82 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -8.535,57 | -8.550 | -8.685,40 | -135,40 |
| 015 | Transferaufwendungen | | | | |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -111.398,21 | -110.030 | -81.117,57 | 28.912,43 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-23.667.153,84** | **-22.674.319** | **-21.011.066,31** | **1.663.252,69** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-683.085,01** | **-656.378** | **-595.838,15** | **60.539,85** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-683.085,01** | **-656.378** | **-595.838,15** | **60.539,85** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-683.085,01** | **-656.378** | **-595.838,15** | **60.539,85** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -57.407,23 | -57.745 | -54.291,81 | 3.453,19 |
| **290** | **Ergebnis** | **-740.492,24** | **-714.123** | **-650.129,96** | **63.993,04** |

## Kreis Unna

## Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

## Teilergebnisrechnung 2018

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 10.456.692,29 | 9.862.760 | 10.425.104,07 | 562.344,07 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 12.528,23 | 7.000 | 11.156,62 | 4.156,62 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 1.688,30 | 8.000 | 2.271,90 | -5.728,10 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 141.411,56 | 151.910 | 123.645,20 | -28.264,80 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 757.036,20 | 453.408 | 606.894,89 | 153.486,89 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | 303.285,00 | 309.000 | 270.490,00 | -38.510,00 |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **11.672.641,58** | **10.792.078** | **11.439.562,68** | **647.484,68** |
| 011 | Personalaufwendungen | -1.838.433,00 | -1.883.106 | -1.867.168,56 | 15.937,44 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -78.352,97 | -73.987 | -85.146,41 | -11.159,41 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -2.436.456,29 | -2.058.090 | -2.166.765,18 | -108.675,18 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -4.297.703,04 | -3.683.430 | -3.637.562,53 | 45.867,47 |
| 015 | Transferaufwendungen | -3.186.100,52 | -3.163.150 | -3.673.818,20 | -510.668,20 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -362.055,80 | -655.680 | -520.253,86 | 135.426,14 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-12.199.101,62** | **-11.517.443** | **-11.950.714,74** | **-433.271,74** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-526.460,04** | **-725.365** | **-511.152,06** | **214.212,94** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | -23.116,16 | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | -23.116,16 | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-549.576,20** | **-725.365** | **-511.152,06** | **214.212,94** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-549.576,20** | **-725.365** | **-511.152,06** | **214.212,94** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -134.470,47 | -150.477 | -149.640,98 | 836,02 |
| **290** | **Ergebnis** | **-684.046,67** | **-875.842** | **-660.793,04** | **215.048,96** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 13 - Natur- und Landschaftspflege**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 67.202,95 | 16.000 | | -16.000,00 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 99.453,85 | 50.000 | 113.481,39 | 63.481,39 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 11.439,14 | 59.000 | 104.467,68 | 45.467,68 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 142.574,46 | 269.756 | 21.192,46 | -248.563,54 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **320.670,40** | **394.756** | **239.141,53** | **-155.614,47** |
| 011 | Personalaufwendungen | -1.355.318,73 | -1.225.101 | -1.192.510,09 | 32.590,91 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -83.836,81 | -63.084 | -72.717,84 | -9.633,84 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -146.137,58 | -58.705 | -10.307,68 | 48.397,32 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -90.246,08 | -4.970 | -6.496,75 | -1.526,75 |
| 015 | Transferaufwendungen | | | | |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -92.290,27 | -75.720 | -37.149,30 | 38.570,70 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-1.767.829,47** | **-1.427.580** | **-1.319.181,66** | **108.398,34** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-1.447.159,07** | **-1.032.824** | **-1.080.040,13** | **-47.216,13** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | -2.000 | | 2.000,00 |
| **021** | **Finanzergebnis** | | **-2.000** | | **2.000,00** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-1.447.159,07** | **-1.034.824** | **-1.080.040,13** | **-45.216,13** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-1.447.159,07** | **-1.034.824** | **-1.080.040,13** | **-45.216,13** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -90.249,30 | -72.749 | -82.575,13 | -9.826,13 |
| **290** | **Ergebnis** | **-1.537.408,37** | **-1.107.573** | **-1.162.615,26** | **-55.042,26** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 14 - Umweltschutz**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 58.500,49 | 63.500 | 58.500,48 | -4.999,52 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 177.912,58 | 80.000 | 62.191,10 | -17.808,90 |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | 100 | 15,00 | -85,00 |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 286.747,19 | 314.929 | 328.835,24 | 13.906,24 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | 25.689,90 | 29.880 | 25.084,31 | -4.795,69 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **548.850,16** | **488.409** | **474.626,13** | **-13.782,87** |
| 011 | Personalaufwendungen | -1.285.057,21 | -1.319.137 | -1.255.295,19 | 63.841,81 |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | -159.956,77 | -139.973 | -264.560,63 | -124.587,63 |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -1.771,26 | -18.150 | -2.964,35 | 15.185,65 |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | -74.662,80 | -74.920 | -75.111,03 | -191,03 |
| 015 | Transferaufwendungen | -221.000,00 | -175.100 | -175.000,00 | 100,00 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -191.619,46 | -276.950 | -207.504,11 | 69.445,89 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-1.934.067,50** | **-2.004.230** | **-1.980.435,31** | **23.794,69** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **-1.385.217,34** | **-1.515.821** | **-1.505.809,18** | **10.011,82** |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **-1.385.217,34** | **-1.515.821** | **-1.505.809,18** | **10.011,82** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **-1.385.217,34** | **-1.515.821** | **-1.505.809,18** | **10.011,82** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | 14.275,57 | 14.275,57 |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | -86.327,11 | -59.069 | -66.203,08 | -7.134,08 |
| **290** | **Ergebnis** | **-1.471.544,45** | **-1.574.890** | **-1.557.736,69** | **17.153,31** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | | |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | | | | |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | | | | |
| 011 | Personalaufwendungen | | | | |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | | | | |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | | |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | | | | |
| 015 | Transferaufwendungen | | | | |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | | |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | | | | |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | | | | |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | | | | |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | | | | |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| **290** | **Ergebnis** | | | | |

## Kreis Unna

## Produktbereich 16 - Allgemeine Finazwirtschaft

## Teilergebnisrechnung 2018

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | 8.137.299,92 | 7.100.000 | 7.473.844,36 | 373.844,36 |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 301.293.762,12 | 307.108.035 | 309.091.473,11 | 1.983.438,11 |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 6.629.267,36 | 7.300.000 | 6.820.362,13 | -479.637,87 |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | | | 12.364,52 | 12.364,52 |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | **316.060.329,40** | **321.508.035** | **323.398.044,12** | **1.890.009,12** |
| 011 | Personalaufwendungen | | | | |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | | | | |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -80.000,00 | -80.000 | -80.000,00 | |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | | | | |
| 015 | Transferaufwendungen | -107.752.402,40 | -109.184.138 | -109.521.866,69 | -337.728,69 |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | -43.551,77 | -49.000 | -45.956,00 | 3.044,00 |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | **-107.875.954,17** | **-109.313.138** | **-109.647.822,69** | **-334.684,69** |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | **208.184.375,23** | **212.194.897** | **213.750.221,43** | **1.555.324,43** |
| 019 | Finanzerträge | 301.763,96 | 296.000 | 369.081,10 | 73.081,10 |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | -1.801.911,06 | -1.905.840 | -1.774.312,91 | 131.527,09 |
| **021** | **Finanzergebnis** | -1.500.147,10 | **-1.609.840** | **-1.405.231,81** | **204.608,19** |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **206.684.228,13** | **210.585.057** | **212.344.989,62** | **1.759.932,62** |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | **206.684.228,13** | **210.585.057** | **212.344.989,62** | **1.759.932,62** |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| **290** | **Ergebnis** | **206.684.228,13** | **210.585.057** | **212.344.989,62** | **1.759.932,62** |

**Kreis Unna**

**Produktbereich 17 - Stiftungen**

**Teilergebnisrechnung 2018**

| Nr. | Beschreibung | Ist-Ergebnis 2017 | Fortgeschr. Ansatz 2018 | Ist-Ergebnis 2018 | Vergleich Ansatz/Ergebnis |
|---|---|---|---|---|---|
| 001 | Steuern und ähnliche Abgaben | | | | |
| 002 | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | |
| 003 | Sonstige Transfererträge | | | | |
| 004 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 005 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | | |
| 006 | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | | |
| 007 | Sonstige ordentliche Erträge | | | | |
| 008 | Aktivierte Eigenleistungen | | | | |
| 009 | Bestandsveränderungen | | | | |
| **010** | **Ordentliche Erträge** | | | | |
| 011 | Personalaufwendungen | | | | |
| 012 | Versorgungsaufwendungen | | | | |
| 013 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | | |
| 014 | Bilanzielle Abschreibungen | | | | |
| 015 | Transferaufwendungen | | | | |
| 016 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | | |
| **017** | **Ordentliche Aufwendungen** | | | | |
| **018** | **Ordentliches Ergebnis** | | | | |
| 019 | Finanzerträge | | | | |
| 020 | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | | | |
| **021** | **Finanzergebnis** | | | | |
| **022** | **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** | | | | |
| 023 | Außerordentliche Erträge | | | | |
| 024 | Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| **025** | **Außerordentliches Ergebnis** | | | | |
| **260** | **Ergebnis vor Berücksichtigung der ILV** | | | | |
| 270 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| 280 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | | | |
| **290** | **Ergebnis** | | | | |